DAS NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHLAND UND DIE SOWJETUNION

1939-1941

Akten aus dem Archiv
des Deutschen Auswärtigen Amts

D 208038

Deutsche Ausgabe von
EBER MALCOLM CARROLL, Professor of History in Duke University
und
DR. FRITZ THEODOR EPSTEIN, Historian, Department of State

DEPARTMENT OF STATE
1948

Gedruckt im Druckhaus Tempelhof, Berlin

Vorrede

Im Jahre 1945 erbeuteten die amerikanischen und die englischen Heere die Archive des deutschen Auswärtigen Amts, die von Berlin evakuiert worden waren. Mit der Auswertung der Archive für Zwecke des Nachrichtendienstes wurde sofort begonnen. Nach Kriegsende drängte sich die Überzeugung auf, daß es wünschenswert sei, Akten, die Licht auf die Ziele und Methoden der deutschen Außenpolitik werfen, zur Unterrichtung der Welt und insbesondere Deutschlands zu veröffentlichen.

Das Department of State und das Foreign Office kamen im Juni 1946 überein, gemeinsam eine Serie von etwa 20 Bänden solcher Akten über die deutsche auswärtige Politik zwischen 1918 und 1945 zu veröffentlichen. Die Französische Regierung schloß sich später diesem Abkommen an. Es wurde beschlossen, die Akten in der originalen deutschen Fassung zu drucken und außerdem eine englische Übersetzung der wichtigeren Stücke zu veranstalten. Man einigte sich ferner dahin, daß die Auswahl und Veröffentlichung der Akten nach den Grundsätzen strengster wissenschaftlicher Objektivität vorgenommen werden solle, und daß, um eine autoritative und wissenschaftliche dokumentarische Grundlage für die künftige Erforschung der deutschen Außenpolitik zu garantieren, die Dienste von Universitätshistorikern wie von Gelehrten im Regierungsdienst in Anspruch genommen werden sollten. Gleichzeitig behielt jede Regierung sich das Recht zu Sonderveröffentlichungen vor.

Das Department of State hat sich entschlossen, die bedeutsamsten Schriftstücke, die sich auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen 1939 und 1941 beziehen, als Sonderband zu veröffentlichen. Die Sammlung ist durch Raymond James Sontag und James Stuart Beddie, die Herausgeber der Serie in Washington, mit Unterstützung durch Jean Brownell Dulaney zusammengestellt worden.

Vorwort der Herausgeber der amerikanischen Ausgabe

Die Herausgeber haben für Veröffentlichung zum gegenwärtigen Zeitpunkt alle diejenigen Dokumente ausgewählt, die wesentlich sind für ein Verständnis der politischen Beziehungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion von den ersten Anstrengungen an, die im Frühjahr 1939 gemacht wurden, um zu einem Abkommen zu gelangen, bis zum Ausbruch des Krieges im Juni 1941. Die unter Verantwortung der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs vorbereitete größere Veröffentlichung wird weitere Einzelheiten bringen, ebenso Schriftstücke, die, wenngleich sie in der Hauptsache anderen Themen gewidmet sind, beiläufig zur Erhellung der deutsch-sowjetischen Beziehungen beitragen. Die umfangreichen Abkommen über Grenzregulierungen und die Einzelheiten der wirtschaftlichen Verhandlungen sind für die größere Publikation zurückgestellt worden. Dagegen wurden Schriftstücke, die die Wirtschaftsbeziehungen zusammenfassend behandeln, in die vorliegende Sammlung aufgenommen. Jedes Schriftstück ist ohne Auslassungen oder Änderungen vollständig abgedruckt.

Mit Ausnahme einiger Stücke, die durch die Herausgeber übersetzt wurden, wurde die Übersetzung durch die Central Translating Division des Department of State vorgenommen und durch die Herausgeber überprüft.

Die Herausgeber waren völlig unabhängig in ihrer Arbeit und übernehmen die endgültige Verantwortung für die Auswahl der vorgelegten Dokumente.

Dr. RAYMOND JAMES SONTAG,
Ehrman Professor of European History in the University of California, Berkeley

Dr. JAMES STUART BEDDIE,
Historian, Department of State.

Vorwort der Herausgeber der deutschen Ausgabe

Die vorliegende Auswahl aus den Akten des deutschen Auswärtigen Amts wurde im Januar 1948 durch das Department of State unter dem Titel „Nazi—Soviet Relations, 1939—1941" veröffentlicht. Mit der Herausgabe der Dokumente im originalen Wortlaut waren die unterzeichneten Mitglieder der Berliner Gruppe des German War Documents Project betraut.

Dr. EBER MALCOLM CARROLL,
Professor of History in Duke University

Dr. FRITZ THEODOR EPSTEIN,
Historian, Department of State.

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorrede	III
Vorwort der Herausgeber	IV
Verzeichnis der Dokumente	VII
I. Anstrengungen, die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern, 17. April bis 14. August 1939	1
II. Abschluß des Nichtangriffs-Abkommens zwischen Deutschland und der UdSSR, 14. bis 23. August 1939	55
III. Ausführung und Revision des Abkommens, 23. August bis 28. September 1939	87
IV. Deutsch-sowjetische Zusammenarbeit, 2. Oktober 1939 bis 29. Mai 1940	122
V. Gegensätze im Ostseeraum und auf dem Balkan, 4. Juni bis 21. September 1940	161
VI. Die UdSSR und der Dreimächtepakt, 25. September bis 26. November 1940	219
VII. Sowjet-Widerstand gegen deutsches Vordringen auf dem Balkan, 18. Dezember 1940 bis 13. März 1941	291
VIII. Die Sowjet-Verträge mit Jugoslawien und Japan, 25. März bis 13. April 1941	315
IX. Das Scheitern von Anstrengungen, den Frieden zu erhalten, 15. April bis 22. Juni 1941	364
Verzeichnis der benutzten Akten und Fundstellen der Dokumente	402
Schlüssel für Abkürzungen	406
Personenverzeichnis	408

Liste der in Faksimile wiedergegebenen Schriftstücke

Faksimile Nr.	Dokument Nr.	Datum	Seite
1.a, b	9	27. Mai 1939	10—11
2.	15	5. Juni 1939	20
3.	34	14. August 1939	55
4.a, b	49	22. August 1939	76
5.	51	23. August 1939	78
6.	53	24. August 1939	79
7.	71	13. September 1939	102
8.	130	10. Mai 1940	159
9.a, b	134	8. Juni 1940	162—163
10.	157	13. Juli 1940	186—187
11.	208	8. Januar 1941	298—299
12.	245	4. Mai 1941	375
13.	262	22. Juni 1941	400

Verzeichnis der Dokumente

I. Anstrengungen, die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern, 17. April bis 14. August 1939

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
1	17.4.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Unterredung mit Botschafter Merekalow: Sowjet-Kontrakte mit Skoda; Merekalow regt Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen an	1
2	4.5.	*Geschäftsträger von Tippelskirch (Moskau) an A. A. (Tel.)*	Ersetzung Litwinows durch Molotow	2
3	5.5.	*Aufzeichnung des VLR Dr. Schnurre, A. A.*	Vorschlag des Sowjet-Geschäftsträgers Astachow, die wirtschaftlichen Beziehungen zu aktivieren	3
4	9.5.	*Vermerk des Gesandten Braun von Stumm, A. A.*	Astachow beeindruckt durch Zurückhaltung der deutschen Presse in Sowjetangelegenheiten	4
5	17.5.	*Aufzeichnung des VLR Dr. Schnurre, A. A.*	Astachow skeptisch über die Aussichten eines anglo-sowjetischen Abkommens und optimistisch in bezug auf eine Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen	5
6	20.5.	*Aufzeichnung des Botschafters Graf von der Schulenburg*	Molotow äußerte, daß vor Aufnahme neuer Wirtschaftsverhandlungen die politischen Voraussetzungen geändert werden müßten	6
7	21.5.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, zunächst weitere russische Eröffnungen abzuwarten	8

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
8	22.5.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an Staatssekretär von Weizsäcker (Brief)*	Analyse der politischen Strömungen in Moskau	9
9	27.5.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Brief)*	Deutsche Zurückhaltung bis zum Bekanntwerden des Ergebnisses der Verhandlungen Englands und Frankreichs mit der UdSSR	10
10	29.5.	*Aufzeichnung des Auswärtigen Amts*	Erwägungen, inwieweit Voraussetzungen für Einleitung politischer Verhandlungen mit der UdSSR vorliegen	11
11	undatiert, Mai	*Aufzeichnung des Auswärtigen Amts*	Wirtschaftspolitische Vorschläge für von Weizsäckers Unterredung mit dem Sowjet-Geschäftsträger Astachow	12
12	30.5.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Unterredung mit dem Sowjet-Geschäftsträger Astachow über Wirtschaftsfragen; beide halten deutsch-sowjetisches politisches Abkommen für erwünscht und möglich	14
13	30.5.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Telegraphische Unterrichtung über seine Unterredung mit Astachow; Deutschland verhandlungsbereit	18
14	30.5.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Gesandtschaftsrat Hilger (Moskau) mit Wirtschaftsverhandlungen beauftragt; Verhandlungen über politische Fragen in Berlin	19
15	5.6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an Staatssekretär von Weizsäcker (Brief)*	Interpretiert Molotows Äußerungen am 20. Mai als Wunsch, politische Verhandlungen zu beginnen	20
16	15.6.	*Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Dr. Woermann*	Bulgarischer Gesandter berichtete Unterredung mit Astachow über die Außenpolitik der UdSSR	23

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
17	18. 6.	*Bericht des Geschäftsträgers von Tippelskirch an das Auswärtige Amt; Aufzeichnung des Legationsrats Hilger*	Die Sowjetregierung zweifelt an Deutschlands Aufrichtigkeit. Anlage: Mikojan erklärte Hilger am 17. Juni, die deutsche Antwort wegen Wirtschaftsverhandlungen sei nicht ganz zufriedenstellend	24
18	27. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Furcht der Sowjets, daß Deutschland durch die Wirtschaftsverhandlungen lediglich Verhinderung eines anglo-sowjetischen Abkommens bezwecke	27
19	29. 6.	*Notiz des Vortrag. Leg.-Rats Hewel, A. A.*	Anordnung Hitlers, die Verhandlungen mit der UdSSR einzustellen	28
20	29. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Gespräch mit Molotow, der bestrebt sei, Fühlung mit Deutschland aufrecht zu erhalten	29
21	30. 6.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, vorläufig weder politische noch wirtschaftliche Verhandlungen zu führen	31
22	3. 7.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Einzelheiten seiner Unterredung mit Molotow am 28. Juni	31
23	12. 7.	*Botschaftsrat von Tippelskirch, z. Zt. Berlin, an Botschafter Graf von der Schulenburg (Brief)*	Auffasungen in Berlin wegen Verhandlungen mit der UdSSR noch ungeklärt	34
24	22. 7.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Ankündigung von deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen in der Sowjetpresse	36
25	27. 7.	*Aufzeichnung des VLR Dr. Schnurre, A. A.*	Unterhaltung mit Astachow und Babarin über die zwischen Deutschland und der UdSSR schwebenden Fragen	36

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
26	29.7.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Erlaß)*	Weisung, Molotows Ansichten über Schnurres Unterredung in Erfahrung zu bringen und gegebenenfalls deutsche Bereitschaft, Sowjetinteressen in Polen und den baltischen Staaten anzuerkennen, zu betonen	40
27	3.8.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Schnurre wird Astachow unterrichten, daß Deutschland zu eingehenden Verhandlungen bereit ist	41
28	3.8.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Unterredung mit Astachow. Deutschland wünscht zu wissen, ob die UdSSR zu einer umfassenden Regelung aller zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen bereit sei	42
29	4.8.	*Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow hofft auf Besserung der Beziehungen, erklärt jedoch, daß der Beweis für eine grundlegende Änderung der Haltung Deutschlands noch nicht erbracht sei	44
30	7.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an Gesandtschaftsrat Schliep, A. A. (Brief)*	Anglo-französische Verhandlungen mit der UdSSR; Sowjetmißtrauen gegen Deutschland	47
31	10.8.	*Aufzeichnung des VLR Dr. Schnurre A. A.*	Schnurre betonte gegenüber Astachow, daß Sowjetinteressen in Polen vor Ausbruch deutsch-polnischen Krieges durch deutsch-sowjetische Vereinbarungen gesichert werden sollten; Astachow erklärte, daß die Sowjets mit England nur als Schutzmaßnahme gegen Deutschland verhandeln	49
32	14.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an Staatssekretär von Weizsäcker (Brief)*	Warnt vor Überstürzung und rät vorsichtiges Vorgehen in Moskau an	52

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
33	14.8.	*Das Auswärtige Amt (Dr. Schnurre) an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Astachow unterrichtete Schnurre, daß die Regierung der UdSSR jede Fragengruppe für sich zu diskutieren wünsche	54

II. Abschluß des Nichtangriffs-Abkommens zwischen Deutschland und der UdSSR, 14. bis 23. August 1939

34	14.8.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, Molotow gegenüber zu betonen, daß ideologische Unterschiede freundschaftliche Zusammenarbeit nicht ausschlössen und daß von Ribbentrop bereit sei, zu Verhandlungen über alle schwebenden Fragen nach Moskau zu kommen	55
35	16.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow erklärte am 15. August, er sei nun von Deutschlands Aufrichtigkeit überzeugt, halte jedoch genügende Vorbereitung des Besuchs des RAM in Moskau für unerläßlich. Er bat um Mitteilung deutscher Ansicht über ein Nichtangriffs-Abkommen und über Territorialfragen	58
36	16.8.	*Aufzeichnung des Botschafters Grafen von der Schulenburg*	Eingehender Bericht über seine Unterredung mit Molotow am 15. August	59
37	16.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an Staatssekretär von Weizsäcker (Brief)*	Unterstreicht Molotows Aufgeschlossenheit und Verhandlungsbereitschaft in der Unterredung am 15. August	62
38	16.8.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, Molotow zu unterrichten, daß Deutschland bereit sei, ein Nichtangriffs-Abkommen abzuschließen, die baltischen Staaten gemeinsam zu garantieren und sich für Besserung der Beziehungen zwischen Japan u. d. UdSSR einzusetzen. RAM wiederholt sein Angebot, jederzeit nach dem 18. August mit Vollmacht von Hitler nach Moskau zu kommen.	64

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
39	18.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Schulenburg unterrichtete Molotow vom Angebot des RAM vom 16. August. Molotows Antwort auf die deutschen Vorschläge vom 15. August. Die Regierung der UdSSR macht Abschluß einer politischen Abmachung von vorheriger Zeichnung eines Wirtschafts-Abkommens abhängig und wünscht gründliche Vorbereitung des vorgeschlagenen Ministerbesuchs	65
40	18.8.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, bei Molotow wegen drohenden Ausbruchs der Feindseligseligkeiten auf Beschleunigung der Verhandlungen zu drängen. Text eines deutschen Nichtangriffspakt-Vorschlags; von Ribbentrop ermächtigt, ein Protokoll zur Abgrenzung von Einflußsphären zu unterzeichnen	67
41	19.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow erklärt sein Einverständnis mit von Ribbentrops Besuch am 26. oder 27. August und legt Sowjetvorschlag eines Nichtangriffs-Abkommens vor	70
42	19.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Bericht über seine Verhandlungen mit Molotow am 19. August. Molotows Sinnesänderung auf Stalins Eingreifen zurückgeführt	70
43	19.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Text des Sowjet-Vorschlages eines Nichtangriffs-Abkommens	72
44	20.8.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Übermittelt Brief Hitlers an Stalin: Annahme des von der Sowjet-Regierung vorgeschlagenen Nichtangriffs-Abkommens und dringendes Ersuchen, daß von Ribbentrop, im Hinblick auf die deutsch-polnische Spannung, nicht später als am 23. August von Stalin empfangen werde	73

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
45	21.8.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Unterstreicht Wichtigkeit seines Moskauer Besuchs	74
46	21.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Übergabe von Hitlers Botschaft für Stalin an Molotow	75
47	21.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Entgegenkommende Antwort Stalins, der dem Besuch von Ribbentrops am 23. August zustimmt	75
48	21.8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Übermittelt Text von Stalins Antwort an Hitler	76
49	22.8.	*Vollmacht Hitlers für RAM*	Vollmacht für Verhandlungen und Vertragsabschluß in Moskau	76
50	22.8.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Befürchtungen des Japanischen Botschafters wegen der voraussichtlichen Rückwirkungen eines deutsch-sowjetischen Abkommens in Japan; St. S. machte Japans Zauderpolitik gegenüber Deutschland für Abschluß verantwortlich.	77
51	23.8.	*RAM, z. Z. in Moskau, an Auswärtiges Amt (Tel.)*	Erbittet Hitlers Einverständnis mit Sowjetanspruch, daß Libau und Windau zur sowjetischen Einflußsphäre gehören sollen	79
52	23.8.	*Dr. Kordt, Ministerbüro, an RAM (Tel.)*	Hitler erteilt seine Zustimmung zu dem von RAM beantragten Zugeständnis	80
53	24.8.	*Aufzeichnung über von Ribbentrops Unterredung mit Stalin und Molotow in der Nacht vom 23. auf den 24. August*	Die internationale Lage: Japan; Italien; Türkei; England; Frankreich; Antikominternpakt; Haltung des deutschen Volkes gegenüber dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Abkommen. Trinksprüche	80

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
54	23.8.	*Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR*	Nichtangriffs-Abkommen und gegenseitige Konsultationsverpflichtung	84
55	23.8.	*Geheimes Zusatzprotokoll*	Abgrenzung von Einflußsphären: Litauen; Polen; Südosteuropa: Sowjetanspruch auf Bessarabien (vgl. Dokument Nr. 149)	86
		III. Ausführung und Revision des Abkommens, 23. August bis 28. September 1939		
56	23.8.	*Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, z. Zt. in Rom, an RAM (Brief)*	Ciano fest überzeugt, daß trotz gegenteiliger Überzeugung von Hitler England und Frankreich gegen Deutschland kämpfen würden	87
57	25.8.	*Brief Hitlers an Mussolini*	Erklärt Zustandekommen und Bedeutung des deutsch-sowjetischen Abkommens; rechnet mit unmittelbar bevorstehendem Krieg mit Polen	88
58	25.8.	*Brief Mussolinis an Hitler*	Erklärt sein Einverständnis mit dem deutsch-sowjetischen Abkommen. Im Falle der Unterstützung eines von Deutschland angegriffenen Polen durch dessen Verbündete könne Italien nur eingreifen, wenn Deutschland Waffen und Rohstoffe liefere	90
59	29.8.	*Aufzeichnung des VLR Dr. Schnurre, AA*	Analyse des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens v. 19. August: finanzielle Bestimmungen und Charakter der gegenseitigen Lieferungen	92
60	2.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow über die Beziehungen der UdSSR zur Türkei; Unterstützung der deutschen Bemühungen, absolute Neutralität der Türkei herbeizuführen	94

Nr.	Dátum 1939	Titel	Inhalt	Seite
61	3.9.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Erwartet entscheidende Niederlage der polnischen Armee in wenigen Wochen und schlägt Sowjetregierung vor, zur gegebenen Zeit das Territorium der Sowjet-Einflußsphäre militärisch zu besetzen	95
62	5.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Die Sowjetregierung in der von Deutschland angeschnittenen Frage der militärischen Besetzung des Territoriums der Sowjet-Einflußsphäre zurückhaltend	96
63	5.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Sowjetregierung bemüht, dauernde türkische Neutralität im von Deutschland gewünschten Sinne herbeizuführen	96
64	6.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Anstrengungen der Sowjetregierung, der Bevölkerung der UdSSR die Änderung der Linie ihrer Deutschland-Politik verständlich zu machen	97
65	9.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Glückwunsch Molotows zum Einzug der deutschen Truppen in Warschau	98
66	9.9.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, von Molotow Information über die militärischen Absichten der Sowjets hinsichtlich Polens einzuziehen	98
67	9.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow kündigt militärische Aktion der UdSSR in Polen innerhalb der nächsten Tage an	99
68	9.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Militärische Vorbereitungen in der UdSSR	99

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
69	10.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow erklärt, die UdSSR beabsichtige, ihr militärisches Eingreifen in Polen mit der angeblichen Bedrohung der Ukrainer und Weißrussen durch Deutschland zu rechtfertigen, um nicht als Angreifer zu erscheinen	100
70	13.9.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Gerüchte von einem Waffenstillstand zwischen Deutschland und Polen unbegründet	101
71	14.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow wünscht Datum endgültiger Besetzung von Warschau zu erfahren, um erklären zu können, daß Polen niedergebrochen sei und die russischen Minderheiten geschützt werden müßten	102
72	15.9.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Besetzung von Warschau in den nächsten Tagen zu erwarten. Vorschlag eines gemeinsamen deutsch-sowjetischen Communiqués. Die von Molotow vorgeschlagene sowjetische Rechtfertigung des militärischen Eingreifens untragbar	102
73	16.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow kündigt militärische Aktion als unmittelbar bevorstehend an. Lehnt gemeinsames Communiqué ab und dringt auf Annahme der von ihm vorgeschlagenen Rechtfertigung der Sowjetaktion	104
74	17.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Stalin teilte Schulenburg mit, daß die Rote Armee im Begriff stehe, die polnische Grenze zu überschreiten. Er änderte den Text der Sowjetnote an den Polnischen Botschafter in einem für Deutschland annehmbaren Sinne ab	105
75	17.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Stalin erklärte, daß die Türkei einen Beistandspakt vorgeschlagen habe, der die Neutralität der Türkei sichern werde	106

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
76	18.9.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	RAM soll das beabsichtigte türkisch-sowjetische Abkommen mit den Italienern besprechen; Deutschland könne nur dann zustimmen, falls die UdSSR keine Verpflichtung übernehme, gegen Deutschland, Italien und Bulgarien vorzugehen	107
77	18.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Zweifel Stalins, daß die deutsche Armee sich an die vereinbarte Demarkationslinie halten werde. Schulenburg bittet um Ermächtigung, diese Zweifel zu zerstreuen	107
78	18.9.	*Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats Hilger (Moskau)*	Entstehungsgeschichte des von Deutschland vorgeschlagenen gemeinsamen Communiqués; Texte des deutschen Vorschlags und von Stalins Entwurf	108
79	19.9.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, Stalin zu unterrichten, daß Deutschland die Abmachungen mit der UdSSR gewissenhaft einhalten werde	111
80	20.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow schlägt Verhandlungen in Moskau für endgültige Regelung der polnischen Frage vor	111
81	23.9.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	RAM bereit, zu Verhandlungen über endgültige Regelung der polnischen Frage nach Moskau zu kommen	112
82	25.9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Stalin schlägt vor, daß Deutschland auf sein Anrecht auf litauisches Gebiet zugunsten eines größeren Anteils an polnischem Gebiet verzichte und erbittet deutsche Zustimmung für sofortige Lösung des Problems der baltischen Staaten	113
83	27.9.	*Dr. Brücklmeier, Büro RAM, an RAM, z. Zt. in Moskau (Tel.)*	Die UdSSR fordert von Estland Abschluß eines Bündnisses und Einräumung von Flotten- und Luftstützpunkten	113

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
84	27. 9.	*Dr. Brücklmeier, Büro RAM, an RAM, z. Zt. in Moskau (Tel.)*	Erklärung des finnischen Außenministers, daß Finnland niemals solche Forderungen annehmen werde, wie sie die UdSSR an Estland stelle	114
85	27. 9.	*Dr. Brücklmeier, Büro RAM, an RAM, z. Zt. in Moskau (Tel.)*	Bereitschaft der Estnischen Regierung, in Moskau zu verhandeln	115
86	27. 9. bis 29. 9.	*Notiz*	Zeiteinteilung von Ribbentrops während seines zweiten Moskauer Besuchs	116
87	28. 9.	*Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag*	Teilung Polens in deutsche und sowjetische Einflußsphären; Zurückweisung eines Einspruchsrechts dritter Mächte	116
88	28. 9.	*Vertrauliches Protokoll*	Austausch deutscher und Sowjet-Staatsangehöriger, die in den polnischen Gebieten unter deutscher oder Sowjet-Jurisdiktion residieren	117
89	28. 9.	*Geheimes Zusatzprotokoll*	Deutschland erkennt Litauen, mit Ausnahme Gebietsstreifens im Südwesten, als zur Sowjeteinflußsphäre gehörend an. Die Wojewodschaft Lublin und Teile der Wojewodschaft Warschau werden als deutsche Einflußsphäre erklärt	118
90	28. 9.	*Geheimes Zusatzprotokoll*	Gemeinsame Unterdrückung polnischer Agitation	119
91	28. 9.	*Deutsch-sowjetische Erklärung*	Nach der endgültigen Bereinigung der polnischen Frage wünschen beide Mächte Wiederherstellung des Friedens in Europa	119
92	28. 9.	*Brief des RAM an Molotow*	Bestätigt Molotows Mitteilung, daß Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag aufgenommen werden sollen	120

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
93	28. 9.	*Brief des RAM an Molotow*	Bestätigt Molotows Mitteilung, daß die UdSSR den deutschen Durchgangsverkehr nach Rumänien, dem Mittleren und dem Fernen Osten erleichtern werde und daß außer russischem auch galizisches Petroleum an Deutschland geliefert werden soll	121

IV. Deutsch-Sowjetische Zusammenarbeit, 2. Oktober 1939 bis 29. Mai 1940

94	2. 10.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, darauf hinzuwirken, daß Sowjetdruck ein Bündnis der Türkei mit England und Frankreich verhindere	122
95	2. 10.	*RAM an Botschafter von Papen, Ankara (Tel.)*	Weisung, alles Erdenkliche zur Verhinderung eines Bündnisses der Türkei mit England und Frankreich zu tun	123
96	2. 10.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Die Finnische Regierung wünscht Klarheit über die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Abmachungen für Finnland	123
97	3. 10.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotows Absicht, den litauischen Außenminister zu unterrichten, daß die UdSSR Wilna an Litauen geben wird, und daß Litauen einen Gebietsteil an Deutschland abtreten muß. Schulenburg bezeichnet die Form der Mitteilung, die Deutschland als „Räuber" und die UdSSR als Geschenkgeber erscheinen lasse, als unannehmbar	124
98	3. 10.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow versichert, daß die Sowjetdiplomatie auf Verhinderung eines Bündnisses der Türkei mit den Westmächten hinarbeite	125

Nr	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
99	4. 10.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, Molotow zu bitten, dem Litauischen Außenminister gegenüber den an Deutschland abzutretenden Gebietsstreifen nicht zu erwähnen	126
100	5. 10.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow hat die Litauer bereits von dem deutschen Anspruch unterrichtet. Stalin bittet, Deutschland möge nicht auf Abtretung im gegenwärtigen Zeitpunkt bestehen	127
101	5. 10.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Der Deutsche Gesandte in Litauen ist instruiert, zu erklären, daß Deutschland die Abtretung von Wilna an Litauen empfohlen und sich das Recht auf einen schmalen litauischen Gebietsstreifen vorbehalten habe; jedoch beabsichtige die Reichsregierung gegenwärtig nicht, die Frage des Gebietsstreifens anzuschneiden.	127
102	5. 10.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Unterredung mit dem Litauischen Gesandten, der sich mit der deutschen Auskunft befriedigt erklärt	129
103	7. 10.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, Molotow zu erklären, daß in einem Beistandspakt zwischen der UdSSR und der Türkei eine Verpflichtung der UdSSR, direkt oder indirekt Beistand gegen Deutschland zu leisten, mit Rücksicht auf die deutsche öffentliche Meinung ausdrücklich und öffentlich ausgenommen bleiben müsse	130
104	8. 10.	*Molotow an Botschafter Graf von der Schulenburg (Brief)*	Im Falle einer Besetzung Litauens durch Sowjettruppen werde der von Deutschland beanspruchte Gebietsstreifen nicht besetzt werden	131

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
105	Undatiert Oktober	*Aufzeichnung des Gesandten Dr. Schnurre, A.A.*	Richtlinien für Verhandlungen in Moskau über erhöhte Lieferungen von Rohstoffen aus der UdSSR oder solcher, die über die UdSSR eingeführt werden sollen	132
106	9. 10.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow zweifelt am Zustandekommen eines Beistandspakts mit der Türkei; die Sowjetregierung bleibe bemüht, die volle Neutralität der Türkei sicherzustellen	133
107	9. 10.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Erkundigung der Finnischen Regierung, ob Deutschland gegenüber dem Vordringen der Sowjets im Ostseeraum indifferent bleibe	134
108	9. 10.	*Staatssekretär von Weizsäcker an die Deutsche Gesandtschaft in Helsinki*	Deutschland lehne es ab, sich in die russisch-finnischen Verhandlungen einzuschalten	135
109	9. 10.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Befürchtungen des Schwedischen Gesandten wegen möglicher Sowjetforderungen an Finnland; St.S. gibt zu verstehen, daß Finnland außerhalb der deutschen Interessensphäre liege	136
110	10. 10.	*Der Deutsche Gesandte in Finnland v. Blücher an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Empfiehlt, daß Deutschland seiner wirtschaftlichen Interessen in Finnland wegen sich für Milderung der Sowjetforderungen an Finnland einsetzen möge	137
111	12. 10.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Mitteilung des Bulgarischen Gesandten, daß Molotows Angebot eines gegenseitigen Beistandspakts von der Bulgarischen Regierung abgelehnt worden sei	137

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
112	18. 10.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Entwurf einer Rede von Ribbentrops, worin die englische Behauptung zurückgewiesen wird, Deutschland habe die Sowjetunion um militärischen Beistand ersucht. Die Parallelität der Interessen Deutschlands und der UdSSR im Krieg zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien wird durch Hinweis auf eine Äußerung Stalins unterstrichen	138
113	19. 10.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Stalin billigt Ribbentrops Darstellung der deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau am 23. August und gestattet Anführung seiner Äußerung über die Gemeinsamkeit deutscher und sowjetischer Interessen	140
114	1. 11.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Beschwerden von Göring, Raeder und Keitel über den Umfang der von der Sowjet-Delegation in Berlin beanspruchten Kriegsmaterallieferungen	141
115	2. 12.	*Staatssekretär von Weizsäcker an die Deutschen Missionen (Tel.)*	Weisung, in bezug auf den Konflikt zwischen Finnland und der UdSSR antisowjetische Äußerungen zu unterlassen und vielmehr das Vorgehen der Sowjets zu rechtfertigen	141
116	5. 12.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Beschwerde von Keitel über Spannung längs der Sowjetgrenze, insbesondere im Zusammenhang mit der Austreibung von Juden auf Sowjetgebiet	142
117	5. 12,	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Erneute Beschwerde Keitels über den Umfang der Sowjetforderungen von deutschem Kriegsmaterial. Absicht des Auswärtigen Amts, derartigen Forderungen einen Riegel vorzuschieben	143

Nr.	Datum 1939	Titel	Inhalt	Seite
118	6.12.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Die Deutschen Missionen sind erneut angewiesen worden, im russisch-finnischen Konflikt eine pro-sowjetische Linie einzunehmen	143
119	11.12.	*Aufzeichnung des RAM*	Unterredung mit Sowjetbotschafter Schkwarzew. RAM weist die TASS-Meldung von deutschen Munitionslieferungen an Finnland zurück und wendet sich gegen übermäßige Sowjetforderungen von Kriegsmaterial	144
	1940			
120	26.2.	*Aufzeichnung des Gesandten Dr. Schnurre, A.A.*	Analyse des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens vom 11. Februar 1940: Erfüllung nur auf Kosten der russischen Verbraucher möglich; entscheidender Beitrag zur Durchbrechung der Blockade Deutschlands	146
121	28.2.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	v. Ribbentrop schlägt Besuch von Molotow und wenn möglich von Stalin in Berlin vor	150
122	30.3.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Schulenburg hält Besuch von Molotow oder Stalin in Berlin für unwahrscheinlich, da er zum Bruche zwischen der UdSSR und den Westmächten führen könne	151
123	3.4.	*Gesandter Dr. Schmidt, Büro RAM, an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weitere Sondierungen wegen eines russischen Staatsbesuchs in Berlin sollen vorläufig unterbleiben	152
124	7.4.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Erlaß)*	Zur Übergabe an Molotow am 9. April bestimmte Notifizierung des deutschen Vorgehens gegen Norwegen und Dänemark	153
125	9.4.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Molotow, vom deutschen Vorgehen in Skandinavien unterrichtet, wünscht Deutschland Erfolg in seinen Defensivmaßnahmen	154

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
126	11.4.	*Aufzeichnung des Botschafters Graf von der Schulenburg*	Die vorher zurückhaltende und ziemlich unfreundliche Haltung der Sowjetregierung gegenüber Deutschland, die offenbar auf Furcht vor einem Bruch mit den Westmächten zurückzuführen war, hat sich mit Deutschlands Vorgehen gegen Norwegen plötzlich geändert	154
127	13.4.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow betont, daß Fortsetzung der schwedischen Neutralität sowohl im deutschen wie im sowjetischen Interesse liege	156
128	15.4.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Versicherung, daß Deutschland Schwedens Neutralität respektieren werde	157
129	7.5.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Erlaß)*	Weisung, am 10. Mai Molotow vom Beginn der deutschen Offensive im Westen zu unterrichten	158
130	10.5.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Auf die Mitteilung vom deutschen Angriff im Westen erklärt Molotow, er zweifle nicht am Erfolge Deutschlands	159
131	29.5.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Trotz des von der Sowjetregierung für Sir Stafford Cripps als Englischem Botschafter erteilten Agrément sei an der Loyalität der UdSSR gegenüber Deutschland nicht zu zweifeln	159

V. Gegensätze im Ostseeraum und auf dem Balkan, 4. Juni bis 21. September 1940

132	4.6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow wünscht Auskunft, ob von Mackensens Äußerung gegenüber dem Sowjet-Geschäftsträger in Rom, daß die Balkanfragen von Deutschland, der UdSSR und Italien gemeinsam gelöst würden, die Ansicht der Regierungen Deutschlands und Italiens wiedergebe	161

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
133	6. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow offensichtlich hofft, die offizielle Stellungnahme werde von Mackensens Erklärung entsprechen	161
134	8. 6.	*Das Auswärtige Amt an seinen Vertreter beim Reichsprotektor für Böhmen und Mähren (Erlaß)*	Ukrainischen Organisationen in Großdeutschland und Hetman Skoropadskyj ist politische Tätigkeit nicht gestattet	162
135	11. 6.	*Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Dr. Woermann*	Mitteilung des Litauischen Gesandten, daß sich der Sowjetdruck auf Litauen verstärke	163
136	14. 6.	*Staatssekretär von Weizsäcker an die Deutsche Botschaft in Moskau (Tel.)*	Weisung, die deutschfeindliche Haltung der Gesandten Kollontay in Stockholm bei Molotow zur Sprache zu bringen	165
137	16. 6.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	von Mackensen hat nur seine Hoffnung ausgesprochen, daß der Friede auf dem Balkan erhalten bleibe; die deutsche Haltung ist durch das Moskauer Abkommen bestimmt	166
138	16. 6.	*Das Auswärtige Amt an RAM (im Felde) (Tel.)*	Erbittet Weisung wegen der Litauer, die Zuflucht in Deutschland suchen	166
139	16. 6.	*Aufzeichnung des Auswärtigen Amts*	OKW erbittet Instruktionen wegen litauischer Truppen, die die deutsch-litauische Grenze zu überschreiten suchen	167
140	16. 6.	*RAM an Staatssekretär von Weizsäcker*	Grenzübertritte von Litauern sollen gestattet, aber nicht ermutigt werden; Truppen sind zu entwaffnen und zu internieren	168
141	16. 6.	*Aufzeichnung des Auswärtigen Amts*	Anordnung des Führers, daß litauische Truppen, die die Grenze Ostpreußens überschreiten, zu entwaffnen seien	169
142	16. 6.	*Dr. Sonnleithner, Büro RAM, an Gesandten von Grundherr, A. A. (Tel.)*	RAM wünscht sofortige Information, ob baltische Staaten Anlehnung an Deutschland suchen oder einen Block bilden	170

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
143	17. 6.	*Gesandter v. Grundherr und Gesandter Schnurre, Auswärtiges Amt, an Büro RAM (Tel.)*	Aufzeichnungen über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und Deutschland	170
144	17. 6.	*Staatssekretär von Weizsäcker an die Deutschen Missionen (Rundtel.)*	Die Vorgänge in den baltischen Staaten gehen nur diese Staaten und die UdSSR an; entsprechende Sprachregelung	172
145	18. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Glückwunsch Molotows zu Deutschlands militärischen Erfolgen und Erklärung, englische und französische Intrigen hätten das Sowjetvorgehen in den baltischen Staaten notwendig gemacht	173
146	23. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow kündigt sofortiges Handeln der Sowjets in der bessarabischen Frage an und erklärt, daß die Sowjetforderung sich auch auf die Bukowina erstrecke	174
147	24. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	TASS-Meldung wendet sich gegen Gerüchte von einer Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen	175
148	24. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Nimmt Stalin als Verfasser der TASS-Meldung an, die Teil der Vorbereitung für die Lösung der bessarabischen Frage sei	176
149	24. 6,	*Aufzeichnung des RAM für Hitler*	Geheimes Protokoll v. 23. August 1939 (vgl. Dokument Nr. 55). RAM erklärte damals mündlich Deutschlands Desinteressement an Bessarabien, machte von weitergehender Ermächtigung, evtl. Deutschlands Desinteressement an Konstantinopel und den Meerengen zu erklären, jedoch keinen Gebrauch	177
150	26. 6.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, Molotow zu erklären, Deutschland sei an Bessarabien nicht interessiert. Die Bukowinafrage läge wegen der dortigen	178

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
			dichten deutschen Bevölkerung anders. Deutschland werde Rumänien zur Verständigung mit der UdSSR raten	
151	26. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Nach Unterredung mit Molotow hat der Botschafter den Eindruck, daß die Forderung auf die Bukowina möglicherweise fallengelassen werde	179
152	26. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow erläuterte dem Italienischen Botschafter seine Auffassung der Lage auf dem Balkan und erklärte, gegen die Anerkennung der Sowjet-Hegemonie im Schwarzen Meer werde die Sowjetregierung Italiens Hegemonie im Mittelmeer anerkennen	180
153	26. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Molotow erklärt, daß sich die Sowjetforderung auf die nördliche Bukowina beschränke; erwartet deutsche Unterstützung dieses Verlangens	182
154	27. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow teilt mit, daß dem Rumänischen Gesandten die Sowjetforderung auf Bessarabien und die nördliche Bukowina zugestellt wurde	183
155	27. 6.	*RAM an den Deutschen Gesandten in Bukarest Dr. Fabricius (Tel.)*	Weisung, Rumänien zum Nachgeben zu raten	183
156	11. 7.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an Staatssekretär von Weizsäcker (Bericht)*	Diplomatische Aktivität der UdSSR von Moskauer Diplomaten dahin gedeutet, daß die Sowjetregierung mit einem baldigen Ende des Krieges rechne	184
157	13. 7.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow erklärt, Stalin erkenne die Verpflichtung zur Abtretung des litauischen Gebietsstreifens an Deutschland an, hoffe jedoch, daß Deutschland nicht auf der Abtretung bestehen werde	186

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
158	13. 7.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Von Molotow dem Botschafter übergebene Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen Stalin und Sir Stafford Cripps, wonach Stalin alle Versuche, einen Keil zwischen die UdSSR und Deutschland zu treiben, zurückwies	187
159	22. 7.	*Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Dr. Woermann*	Litauisches Protestschreiben gegen das Sowjetvorgehen in Litauen. Woermann ließ die Frage offen, ob der RAM sich zur Entgegennahme des Protestes bereitfinden lassen werde	189
160	22. 7.	*Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Dr. Woermann*	Ähnliches lettisches Protestschreiben	192
161	24. 7.	*Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Dr. Woermann*	Woermann gab die litauischen und lettischen Protestschreiben an die Gesandten zurück und weigerte sich, ein ähnliches vom Estnischen Gesandten entgegenzunehmen	194
162	29. 7.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow bittet um Auskunft über die kürzlich stattgehabten Unterredungen deutscher und italienischer Staatsmänner mit Balkandiplomaten; Schulenburg erbittet Instruktion	194
163	30. 7.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, Molotows Anfrage dahin zu beantworten, daß die Besprechungen ihren Ursprung in dem deutschen Ratschlag an Rumänien hatten, mit Ungarn und Bulgarien direkt wegen Grenzrevisionen zu verhandeln	195
164	2. 8.	*RAM an die Deutsche Botschaft in Moskau (Tel.)*	Weisung, von Molotow in Erfahrung zu bringen, was die UdSSR als Kompensation biete, falls Deutschland sein Anrecht auf den litauischen Gebietsstreifen nicht geltend mache	196

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
165	6. 8.	*Aufzeichnung des RAM*	Unterredung mit dem Sowjetbotschafter; scharfer Protest des RAM gegen einen Artikel unter der Überschrift „Die deutschen Kommunisten gegen das Diktat von Compiègne" in einer Rigaer Zeitung	197
166	9. 8.	*Das Auswärtige Amt (Dr. Martius) an die Deutsche Botschaft in Moskau und die Deutsche Gesandtschaft in Kowno (Erlaß)*	Aufhören der litauischen Privilegien im Memeler Freihafen-Gebiet, die andernfalls zu politisch gefährlichen Sowjetprivilegien auf deutschem Gebiet werden könnten	198
167	13. 8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow bietet finanzielle Entschädigung für den litauischen Gebietsstreifen an	198
168	14. 8.	*Aufzeichnung des RAM*	Sowtjetbotschafter rückt von dem Zeitungsartikel, gegen den von Ribbentrop am 6. August protestiert hatte, ab	199
169	30. 8.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow protestiert dagegen, daß Deutschland Rechte der Litauischen Sowjetrepublik im Memeler Freihafen nicht anerkenne	200
170	31. 8.	*RAM an den Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, Molotow vom deutsch-italienischen Schiedsspruch in Wien zur Regelung des ungarisch-rumänischen Konflikts zu unterrichten. Bulgarien werde wegen seiner Revisionsforderungen mit Rumänien direkt verhandeln; Deutschland und Italien hätten Rumäniens Territorium in seinem künftigen Bestande garantiert	201
171	1. 9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Molotow beantwortet die Mitteilung vom Wiener Schiedsspruch mit der Beschwerde, daß die UdSSR nicht vorher gemäß Artikel 3 des Nichtangriffsvertrags befragt worden sei	203

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
172	3. 9.	*RAM an die Deutsche Botschaft in Moskau (Tel.)*	Weisung, Molotows Beschwerde unter eingehender Darlegung des deutschen Standpunkts schriftlich zurückzuweisen	204
173	4. 9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Vorschlag von Änderungen in der Berliner Fassung der Mitteilung an Molotow	206
174	5. 9,	*Unterstaatssekretär Dr. Woermann an die Deutsche Botschaft in Moskau (Tel.)*	Der Sowjetregierung soll der Dank der Reichsregierung für den Stützpunkt an der Murmanskküste, den die deutsche Flotte nicht mehr nötig habe, ausgesprochen werden	208
175	6. 9.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Zustimmung zu kleineren Änderungen in der Zurückweisung von Molotows Protest wegen des Wiener Schiedsspruchs	208
176	10. 9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Molotow stellte schriftliche Antwort auf die deutsche Erklärung in Aussicht. Wiederholte, daß das deutsche Vorgehen nicht ganz loyal gegenüber der UdSSR gewesen sei, da die UdSSR an Rumänien und Ungarn ein unbestreitbares Interesse habe	210
177	10. 9.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Befriedigung Molotows über Deutschlands Bereitschaft, gegen angemessene Kompensation den Anspruch auf den litauischen Gebietsstreifen fallen zu lassen	211
178	16. 9.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, am 21. September Molotow gegenüber beiläufig zu erwähnen, daß deutsche Truppen durch Finnland nach Nord-Norwegen gesandt würden	212
179	16. 9.	*RAM an den Deutschen Gesandten in Finnland v. Blücher (Tel.)*	Weisung, den Finnischen Außenminister am 21. September davon zu unterrichten, daß in Moskau von den deutschen Truppenbewegungen Mitteilung gemacht worden sei	212

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
180	21. 9.	*Aufzeichnung des Botschafters Graf von der Schulenburg*	Molotow bietet Aufhebung oder Änderung des Art. 3 des Nichtangriffsvertrages an, falls dieser Artikel für Deutschland unbefriedigend sei	213
181	21. 9.	*Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR an den Deutschen Botschafter in Moskau*	Aide-mémoire in Erwiderung der am 10. September übergebenen deutschen Erklärung; betont das Interesse der Sowjetunion an Ungarn und Rumänien und schlägt Aufhebung oder Änderung des Art. 3 des Nichtangriffsvertrages vor	214

VI. Die UdSSR und der Dreimächtepakt, 25. September bis 26. November 1940

182	25. 9.	*RAM an den Geschäftsträger in Moskau v. Tippelskirch (Tel.)*	Weisung, Molotow am 26. September von dem Militärbündnis zwischen Deutschland, Italien und Japan zu unterrichten, das sich in keiner Weise gegen die UdSSR richte. Ankündigung eines Briefes an Stalin von v. Ribbentrop, der Molotow nach Berlin einlade	219
183	26. 9.	*Aufzeichnung des Gesandten Dr. Schnurre, A.A.*	Deutschland sei nur dann in der Lage, seinen Verpflichtungen aus dem Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR nachzukommen, wenn Hitler eine Priorität deutscher Kriegsmaterallieferungen an die UdSSR zulasse; infolge deutschen Rückstandes drohe Unterbrechung der Sowjetlieferungen	221
184	27. 9.	*Der Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch an RAM (Tel.)*	Molotow erbittet vollständige Texte des Dreimächtevertrags und des deutsch-finnischen Abkommens über Truppentransporte nach Nord-Norwegen	222

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
185	28. 9.	*Aufzeichnung des Gesandten Dr. Schnurre, A.A.*	Deutscher Rückstand in Lieferungen an die Sowjetunion. Sieht ernste Folgen für die deutsche Kriegswirtschaft voraus, falls Sowjetlieferungen eingestellt würden	224
186	2. 10.	*RAM an die Deutsche Botschaft in Moskau (Tel.)*	Weisung, Molotow den Text des deutsch-finnischen Transportabkommens einzuhändigen; Versicherung, daß der Dreimächtevertrag nichts enthalte, was nicht veröffentlicht worden sei; der Charakter des Vertrags habe Konsultation mit der Sowjetregierung (unter Art. 3 des Nichtangriffsabkommens) unnötig erscheinen lassen.	226
187	4. 10.	*Der Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch an RAM (Tel.)*	Molotow erbittet weitere Information über die deutschen Truppentransporte durch Finnland und behält sich Prüfung der deutschen Auffassung des Dreimächtevertrags vor	228
188	8. 10.	*Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts an Büro RAM (Aufzeichnung)*	Deutschland müsse verhindern, daß die UdSSR die Kontrolle über die Nickel-Konzession in Petsamo erlange	230
189	9. 10.	*RAM an die Deutsche Botschaft in Moskau (Tel.)*	Weisung, Molotow gegenüber umlaufenden Gerüchten einer deutschen Besetzung Rumäniens beiläufig zu erwähnen, daß sich in Rumänien lediglich eine deutsche Militärmission zugleich mit gewissen Lehrformationen befinde, die dorthin auf Verlangen der Rumänischen Regierung geschickt worden sei	231
190	10. 10.	*Der Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow skeptisch hinsichtlich der Motive für die Entsendung der deutschen Militärmission nach Rumänien	232

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
191	13.10.	*Brief von Ribbentrops an Stalin*	Übersicht der Ereignisse seit seinem Moskauer Besuch im August 1939. Betont die Gewinne beider Partner seit dem Nichtangriffsabkommen und wünscht engere Beziehungen zwischen der UdSSR und den Mitgliedern des Dreimächtepakts. Lädt Molotow nach Berlin ein	233
192	18.10.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Einhändigung des Briefes für Stalin an Molotow	240
193	18.10.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Wünscht Auskunft, warum sein Brief an Molotow gegeben und nicht direkt Stalin eingehändigt wurde	241
194	19.10.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Ein Versuch, den Brief direkt an Stalin gelangen zu lassen, hätte Molotow verstimmt. Stalin weiche persönlicher Begegnung aus	241
195	22.10.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Übermittelt Stalins Antwortbrief an von Ribbentrop. Stalin stimmt Ausgestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu; Molotow nimmt die Einladung nach Berlin an	242
196	2.11.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an Staatssekretär von Weizsäcker (Tel.)*	Mikojan erwähnte Schnurre gegenüber zum ersten Male deutsche Waffenlieferungen nach Finnland	244
197	9.11.	*Deutscher Entwurf eines Vertrages zwischen den Staaten des Dreimächtepakts und der Sowjetunion*	Der Entwurf schließt zwei Geheimprotokolle über die Einflußsphären jeder Macht und über eine Revision des Meerengenabkommens von Montreux zugunsten der UdSSR ein	244

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
198	12.11.	*Aufzeichnung über die Unterredung zwischen von Ribbentrop und Molotow in Berlin am 12. November*	RAM gibt Übersicht über die militärische Lage. Er hält England bereits für besiegt. Hitler wünsche ein Abkommen über die Interessensphären von Deutschland, der Sowjetunion, Italien und Japan. Molotow wünscht genauere Definition der vorgesehenen Interessensphären	247
199	12.11.	*Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Hitler und Molotow am 12. November*	Auf Grund einer Übersicht über die weltpolitische Lage gibt Hitler der Überzeugung Ausdruck, daß eine Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den Unterzeichnern des Dreimächtepakts zur Verhinderung amerikanischen Eingreifens in Europa möglich sei. Auch Molotow hält eine solche Zusammenarbeit für möglich, wünscht jedoch präzise Erklärungen über Finnland, den Balkan und die Türkei und den Charakter der „Neuen Ordnung" in Europa und Asien	256
200	13.11.	*Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Hitler und Molotow am 13. November*	Hitler drängt auf Abschluß eines Abkommens über Teilung des Englischen Weltreichs. Molotow besteht darauf, daß zunächst einmal die Sowjetinteressen in Finnland, auf dem Balkan und in der Türkei anerkannt werden müßten	265
201	13.11.	*Aufzeichnung über die Unterredung zwischen von Ribbentrop und Molotow am 13. 11.*	RAM macht konkrete Vorschläge für zwei Geheimabkommen über die Interessensphären von Deutschland, Italien, Japan und der Sowjetunion und über den Beitritt der Sowjetunion zum Dreimächtepakt. Molotow verbleibt bei seiner Forderung ausdrücklicher Anerkennung der Sowjetinteressen im Ostseeraum,	279

Nr.	Datum 1940	Titel	Inhalt	Seite
			auf dem Balkan und an den Meerengen. Er hält Zusammenarbeit auf der Grundlage genauer Verständigung für erwünscht	
202	15.11.	*Staatssekretär von Weizsäcker an die Deutschen diplomatischen Missionen (Tel.)*	Molotows Berliner Besuch hat zu Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen geführt	287
203	26.11.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Molotow teilt mit, daß die Sowjetregierung unter den folgenden Voraussetzungen bereit ist, dem Dreimächtepakt beizutreten: Zurückziehung der deutschen Truppen aus Finnland, gegenseitiges Hilfeleistungs-Abkommen zwischen Bulgarien und der Sowjetunion, Sowjetstützpunkt an den Meerengen, japanischer Verzicht auf die Konzessionen in Nordsachalin. Diese Voraussetzungen sollen in fünf Protokollen niedergelegt werden. Er ersucht Deutsche Regierung um Rückäußerung zu diesen Vorschlägen	288

VII. Sowjetrußland gegen deutsches Vordringen auf dem Balkan, 18. Dezember 1940 bis 13. März 1941

204	18.12.	*Direktive (Nr. 21) des Führers*	Plan „Barbarossa" für Blitzkrieg gegen die Sowjetunion	291
205	31.12.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Der Finnische Gesandte erhofft deutsche Unterstützung Finnlands in einem künftigen Konflikt mit der UdSSR	296
	1941			
206	7. 1.	*RAM an die Deutschen Botschaften in Moskau und Ankara und die Gesandtschaften in Belgrad und Athen (Tel.)*	Mitteilung vom Aufmarsch starker deutscher Kräfte in Rumänien zum Einsatz gegen die Engländer in Griechenland	296

Nr.	Datum 1941	Titel	Inhalt	Seite
207	7.1.	*RAM an die Deutsche Botschaft in Tokio (Tel.)*	Weisung, den Japanischen Minister des Auswärtigen von der Verlegung deutscher Kräfte nach Rumänien zu unterrichten	298
208	8.1.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Moskauer Gerüchte über die deutschen Truppen in Rumänien	298
209	10.1.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, die Truppenbewegungen als gegen die Engländer in Griechenland gerichtet hinzustellen	299
210	10.1.	*Deutsch-sowjetisches Geheimprotokoll*	Deutscher Verzicht auf den litauischen Gebietsstreifen gegen finanzielle Entschädigung	300
211	17.1.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Warnung des Sowjetbotschafters, daß das Erscheinen fremder Truppen in Bulgarien und an den Meerengen als Verletzung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion angesehen werden müsse	301
212	17.1.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Molotow wundert sich, daß auf seine Mitteilung vom 26. November über Beitritt zum Dreimächtepakt bisher keine Antwort erfolgt sei; wiederholt die Warnung hinsichtlich fremder Truppen in Bulgarien und an den Meerengen	302
213	21.1	*RAM an Staatssekretär von Weizsäcker (Tel.)*	Weisung, den Sowjetbotschafter davon zu unterrichten, daß deutsche Truppen durch Bulgarien marschieren werden, um die Engländer aus Griechenland zu vertreiben. — Die Deutsche Regierung erörtere Molotows Gegenvorschläge mit den Italienern und Japanern	304
214	22.1.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Unterredung mit dem Sowjetbotschafter, der erklärt, Deutschland weiche einer klaren Antwort auf die Mitteilung seiner Regierung vom 17. Januar aus.	306

Nr.	Datum 1941	Titel	Inhalt	Seite
215	23.1.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Unterredung zwischen Molotow und Schulenburg über die am Vortage zwischen Staatssekretär von Weizsäcker und dem Sowjetbotschafter diskutierte Frage deutscher Operationen auf dem Balkan	307
216	22.2.	*Das Auswärtige Amt (Botschafter Ritter) an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Die Stärke der deutschen Truppen in Rumänien soll enthüllt und eventuell übertrieben werden	308
217	23.2.	*Staatssekretär von Weizsäcker an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Griechischen Berichten, daß sich keine englischen Truppen in Griechenland befänden und daß Griechenland englische Hilfsangebote zurückgewiesen habe, ist entgegenzutreten	309
218	27.2.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, am 28. Februar Molotow zu unterrichten, daß Bulgarien dem Dreimächtepakt beitrete, sowie ihm am 1. März den deutschen Einmarsch in Bulgarien zwecks Vorgehens gegen die Engländer in Griechenland bekanntzugeben	310
219	1.3.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow durch die Nachricht, daß Bulgarien dem Dreimächtepakt beitrete, sichtlich beunruhigt	311
220	1.3.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow erklärt, daß die deutsche Besetzung von Bulgarien das Sicherheitsinteresse der UdSSR verletze	312
221	13.3.	*Aufzeichnung des Botschafters Ritter, Auswärtiges Amt*	Deutsche Kommandostellen erklären, daß die Anwesenheit sowjetischer Kommissionen in Ostdeutschland nur bis zum 25. März gestattet werden könne; starke deutsche Kräfte seien dort bereits zusammengezogen	313

VIII. Die Sowjetverträge mit Jugoslawien und Japan, 25. März bis 13. April 1941

Nr.	Datum 1941	Titel	Inhalt	Seite
222	25.3.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Matsuoka berichtete zurückhaltend über seine Unterredung mit Stalin und Molotow	315
223	27.3.	*Aufzeichnung über von Ribbentrops Unterredung mit Matsuoka am 27. März*	RAM gibt Übersicht über die Kriegslage und hält den Krieg für gewonnen. Deutschlands Beziehungen zur Sowjetunion seien korrekt, jedoch könne sich Deutschland eines Verdachts gegenüber der Sowjetpolitik nicht erwehren. Befürwortet einen japanischen Angriff auf Singapore, der die Moral der Engländer erschüttern und die Vereinigten Staaten aus dem Kriege heraushalten werde	316
224	27.3.	*Aufzeichnung über Hitlers Unterredung mit Matsuoka am 27. März*	Hitler argumentiert, daß die Engländer sich noch nicht zur Einsicht, der Krieg sei von ihnen verloren, durchgerungen hätten. Matsuoka erklärt, daß bisher pro-britische und pro-amerikanische Stimmung Japan am Vorgehen verhindert habe und berichtet über seine Verhandlungen in Moskau	324
225	28.3.	*Aufzeichnung über von Ribbentrops Unterredung mit Matsuoka am 28. März*	RAM erklärt, wirkliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sei unmöglich; daher solle Matsuoka auf der Rückreise in Moskau die Frage des Beitritts der Sowjetunion zum Dreimächtepakt nicht erörtern	334
226	29.3.	*Aufzeichnung über von Ribbentrops Unterredung mit Matsuoka am 29. März*	RAM wiederholt seine Ermahnung, Matsuoka möge sich in politischen Erörterungen in Moskau zurückhalten und verspricht deutsche Hilfe im Falle eines Angriffs der UdSSR auf Japan. Er deutet Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion an und	339

Nr.	Datum 1941	Titel	Inhalt	Seite
			setzt Matsuoka die Gründe auseinander, warum Deutschland auf Molotows Bedingungen für den Beitritt der Sowjetunion zum Dreimächtepakt nicht eingehen könne. Matsuoka kündigt an, er werde in Moskau über ein Nichtangriffsabkommen verhandeln	
227	4. 4.	*Aufzeichnung über Hitlers Unterredung mit Matsuoka am 4. April*	Matsuoka berichtet über seine Unterredungen in Rom mit dem Papst und Mussolini. Hitler verspricht deutsche Unterstützung, falls Japan mit den Vereinigten Staaten in Krieg gerate	348
228	4. 4.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Mitteilung Molotows über Unterzeichnung des Freundschafts- und Nichtangriffs-Vertrages zwischen Jugoslawien und der UdSSR; Schulenburg drückt Erstaunen über die Wahl des Zeitpunkts für ein solches Abkommen aus; Molotow lehnt Berücksichtigung der deutschen Einwände ab, es handle sich um eine beschlossene Sache	354
229	5. 4.	*Aufzeichnung des GesandtenDr.Schnurre, A.A.*	Übersicht über Lieferung von Rohstoffen nach Deutschland seit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens vom 10. Januar 1941. Sowjetlieferungen, die offenbar infolge Abkühlung der politischen Beziehungen vorübergehend nachgelassen hatten, erfolgen seit März in großem Ausmaß	356
230	6. 4.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Weisung, Molotow von Deutschlands Vorgehen gegen Griechenland und Jugoslawien zu unterrichten, das Vertreibung der Engländer aus Griechenland zum Ziele habe, und zu betonen, daß Deutschland auf dem Balkan weder politische noch territoriale Interessen habe	357

Nr.	Datum 1941	Titel	Inhalt	Seite
231	6. 4.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Molotow bedauert Ausweitung des Krieges	359
232	9. 4.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Botschafter konnte von Matsuoka keine klare Auskunft über seine Unterredungen mit Molotow erlangen	359
233	10. 4.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Verhandlungen über ein japanisch-sowjetisches Neutralitätsabkommen sind im Gange	360
234	13. 4.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Matsuoka erklärt, daß das Neutralitätsabkommen wahrscheinlich am gleichen Nachmittage unterzeichnet werde	361
235	13. 4.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an RAM (Tel.)*	Stalins demonstrative Freundschaftserklärung für Deutschland bei der Abreise Matsuokas	363

IX. Das Scheitern der Anstrengungen, den Frieden zu erhalten, 15. April bis 22. Juni 1941

236	15. 4.	*Der Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Die Sowjetregierung macht sich den deutschen Standpunkt über Festlegung der deutsch-sowjetischen Grenze zu eigen und schlägt sofortige Bildung gemischter Kommissionen vor. Verzögerung auf deutscher Seite würde bei Sowjetregierung Mißtrauen wachrufen	364
237	16. 4.	*Der Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Das japanisch-sowjetische Abkommen und Stalins Verhalten auf dem Bahnhof bei der Abreise Matsuokas werden in Moskauer Diplomatenkreisen als Wunsch für Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Mächten der Achse interpretiert	365

Nr.	Datum 1941	Titel	Inhalt	Seite
238	18. 4.	*Deutsch-sowjetisches Protokoll wegen Ausführung des Wirtschaftsabkommens vom 11. Februar 1940*	Gesamtwert der Sowjetlieferungen im ersten Jahre der Gültigkeit des Abkommens	366
239	22. 4.	*Der Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Formelle Sowjetbeschwerde wegen Überfliegens der Grenze durch deutsche Flugzeuge.	367
240	23. 4.	*Das OKW an das Auswärtige Amt (Mitteilung)*	Beschwerde wegen Verletzung der deutschen Grenze durch sowjetische Flugzeuge	368
241	24. 4.	*Der Marine - Attaché bei der Deutschen Botschaft in Moskau an das Oberkommando der Marine (Tel.)*	Gerüchte über den bevorstehenden Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und der UdSSR erhalten Nahrung durch deutsche Reisende. Der englische Botschafter sagte den Ausbruch des Krieges auf den 22. Juni voraus	369
242	28. 4.	*Aufzeichnung des Botschafters Graf von der Schulenburg über seine Unterredung mit Hitler am 28. April*	Schulenburg überzeugt, daß die UdSSR Deutschland nicht nur nicht angreifen werde, sondern zu weiteren Zugeständnissen bereit sei; Hitler mißtraut den Russen	370
243	28. 4.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker für RAM*	Warnt gegen Krieg mit der Sowjetunion, der England nur ermutigen werde und der die wirtschaftlichen Vorteile, die Deutschland aus der Neutralität der Sowjetunion ziehe, aufs Spiel setze	373
244	2. 5.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Bericht)*	Auf Tatsachen gegründete Kriegsgerüchte in Moskau verbreitet durch Reisende	374
245	4. 5.	*Das Auswärtige Amt an die Deutsche Botschaft in Moskau (Tel.)*	Weisung, den Kriegsgerüchten entgegenzutreten.	375

Nr.	Datum 1941	Titel	Inhalt	Seite
246	7.5.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Übernahme des Vorsitzes im Rat der Volkskommissare durch Stalin. Als Ursache des Wechsels sei Stalins Wunsch der Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit Deutschland anzusehen, worin Molotow keine glückliche Hand gezeigt habe	376
247	12.5.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Bericht)*	Der Botschafter ist überzeugt, daß Stalin den Vorsitz im Rat der Volkskommissare von Molotow übernommen habe, um Krieg mit Deutschland zu vermeiden	377
248	13.5.	*Der Deutsche Konsul in Harbin, Dr. Ponschab, an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Text einer Weisung an Sowjetdienststellen, die mit Anwendung von Gewalt durch Deutschland gegen die UdSSR rechnet	380
249	15.5.	*Aufzeichnung des GesandtenDr.Schnurre, A.A.*	Übersicht über günstige Entwicklung deutsch-sowjetischer Wirtschaftsbeziehungen im April. Steigerung der russischen Lieferungen über die bisherigen Abmachungen hinaus erscheine möglich	381
250	15.5.	*Botschafter Ritter, Auswärtiges Amt, an Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Untersuchung der Berichte über Grenzverletzungen durch deutsche Flugzeuge ist im Gange	383
251	16.5.	*Prinz zu Wied, Deutscher Gesandter in Stockholm, an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Die Gesandte der UdSSR, Kollontay, hat auf den Aufmarsch an der Westgrenze der Sowjetunion hingewiesen	383
252	17.5.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Botschafter Oshimas Frage nach dem Stande der deutsch-sowjetischen Beziehungen ausweichend beantwortet	384

Nr.	Datum 1941	Titel	Inhalt	Seite
253	17. 5.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Wiederholte Sowjetbeschwerde über Verletzungen der Grenze durch deutsche Flugzeuge	384
254	24. 5.	*Unterstaatssekretär Dr. Woermann an den Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.) und Notiz Woermanns für Büro RAM*	Deutschland, obwohl bereit zur Ratifizierung des Grenzvertrags v. 10. Jan. 1941, sucht den Beginn der Arbeiten der gemischten Kommission für Festlegung der deutsch-sowjetischen Grenze hinauszuzögern	385
255	24. 5.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Der Botschafter davon überzeugt, daß die Sowjetregierung einen Konflikt mit Deutschland zu vermeiden suche	386
256	14. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow übermittelte eine TASS-Meldung, die sich gegen die Gerüchte von einem bevorstehenden Bruch zwischen Deutschland und der UdSSR wendet	387
257	15. 6.	*RAM an den Deutschen Gesandten in Budapest v. Erdmannsdorff (Tel.)*	Weisung, die Ungarische Regierung auf den bevorstehenden Bruch zwischen Deutschland und der UdSSR vorzubereiten	388
258	21. 6.	*RAM an Botschafter Graf von der Schulenburg (Tel.)*	Text der deutschen Kriegserklärung an die UdSSR	389
259	21. 6.	*Brief Hitlers an Mussolini*	Gründe des Entschlusses, die UdSSR anzugreifen	392
260	21. 6.	*Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker*	Auf den Protest des Sowjetbotschafters gegen Grenzverletzungen durch deutsche Flugzeuge entgegnete Weizsäcker, daß derartige Grenzverletzungen durch Sowjetflugzeuge in großem Ausmaße stattgefunden hätten. Die russische Protestnote ist als Anhang beigegeben	397

Nr.	Datum 1941	Titel	Inhalt	Seite
261	22. 6.	*Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt (Tel.)*	Molotow bat um Aufklärung über die Gründe der deutschen Unzufriedenheit mit der Sowjetunion. Schulenburg erklärte, er sei über die Ursachen der Zuspitzung nicht unterrichtet	399
262	22. 6.	*Aufzeichnung über die Unterredung von Ribbentrops mit dem Sowjetbotschafter Dekanosow am 22. Juni, 4 Uhr morgens*	Ribbentrop kündigte die Eröffnung der Feindseligkeiten an	400

I. Versuche, die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern, 17. April bis 14. August 1939

Nr. 1

Film 485, S. 231 609—231 610

Aufzeichnung[1]) des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

St. S. Nr. 339

BERLIN, den 17. April 1939

Der Russische Botschafter kam heute — zum ersten Mal seit seiner hiesigen Amtstätigkeit[2]) — zu einer sachlichen Besprechung zu mir. Er verbreitete sich über eine ihn angeblich besonders interessierende Sache, nämlich die Erfüllung gewisser Kriegsmaterial-lieferungskontrakte durch die Skoda-Werke. Obgleich die Objekte, um welche es sich dabei handelt, offenbar ziemlich geringfügig sind, wollte der Botschafter aus der Erfüllung der Kontrakte einen Prüfstein dafür machen, daß wir — im Sinne einer kürzlichen Äußerung des Ministerialdirektors Wiehl ihm gegenüber — gewillt seien, unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland wirklich zu pflegen und auch weiter auszudehnen. Die Sache dieser Lieferungsverträge wird an anderer Stelle weiter verfolgt.

Gegen Schluß der Erörterung warf ich dem Botschafter ein Wort darüber hin, daß auch bei gutem Willen unsererseits Kriegsmaterial-lieferungen an Sowjetrußland im jetzigen Augenblick atmosphärisch nicht gerade begünstigt würden durch Nachrichten über einen russisch-englisch-französischen Luftpakt und dergleichen. Herr Merekaloff ergriff dieses Wort, um auf das politische Gebiet überzugehen. Er erkundigte sich nach der hiesigen Auffassung über die gegenwärtige Lage in Mitteleuropa. Als ich ihm sagte, Deutschland sei meines Wissens das einzige Land, welches das gegenwärtige europäische Säbelrasseln nicht mitmache, fragte er mich nach unserem Verhältnis zu Polen und nach angeblichen militärischen Zusammenstößen an der deutsch-polnischen Grenze. Nachdem ich letztere

dementiert und über die deutsch-polnischen Beziehungen einige ziemlich gelassene Bemerkungen gemacht hatte, fragte der Russe mich unverblümt, was ich von dem deutsch-russischen Verhältnis hielte.

Ich erwiderte Herrn Merekaloff, wir hätten bekanntlich stets den Wunsch gehabt, mit Rußland in einem beiderseits befriedigenden Wirtschaftsaustausch zu leben. Die russische Presse schiene mir in der letzten Zeit die deutschfeindliche Tonart der amerikanischen und auch teilweise der englischen Blätter nicht ganz mitzumachen. Was die deutsche Presse betreffe, so werde Herr Merekaloff, da er sie gewiß genau verfolge, sich selbst ein Urteil bilden können.

Der Botschafter erklärte hierauf etwa folgendes: Die russische Politik sei immer geradlinig gewesen. Ideologische Meinungsverschiedenheiten hätten das russisch-italienische Verhältnis kaum beeinträchtigt und brauchten auch Deutschland gegenüber nicht zu stören. Sowjetrußland habe die jetzigen Reibereien zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien nicht gegen uns ausgenützt und wünsche das auch nicht zu tun. Es bestehe für Rußland kein Grund, warum es nicht mit uns auf einem normalen Fuße leben sollte. Aus normalen Beziehungen könnten auch wachsend bessere werden.

Mit dieser Bemerkung, auf welche der Russe die Unterhaltung hingeführt hatte, beendete Herr Merekaloff das Gespräch. Er hat die Absicht, in den nächsten Tagen zu einem Besuch nach Moskau zu reisen.

gez. WEIZSÄCKER

---

[1]) Schriftstücke des Auswärtigen Amts ohne originale Bezeichnung ihres Charakters, z. B. Aufzeichnung, Vermerk, Aktennotiz usw., sind in der vorliegenden Ausgabe als Aufzeichnung bezeichnet.

[2]) Botschafter Merekalow hatte sein Beglaubigungsschreiben am 13. Juli 1938 übergeben.

Nr. 2

Film 103, S. 111 301

Der Deutsche Geschäftsträger in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 4. Mai 1939, 20.45 Uhr
Ankunft den 4. Mai 1939, 22.00 Uhr

Nr. 61 vom 4. 5.

Ernennung Molotows zum Außenkommissar unter Beibehaltung seines Amts als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare wird

als Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 3. Mai von Sowjetpresse in großer Aufmachung veröffentlicht. Entlassung Litwinows erscheint auf letzter Seite klein unter Chronik. Plötzlicher Wechsel hat hier größte Überraschung hervorgerufen, da Litwinow sich mitten in Verhandlungen mit der englischen Delegation befand, noch bei der 1.-Mai-Parade auf Ehrentribüne in nächster Nähe Stalins erschienen und in letzter Zeit konkrete Anzeichen für Erschütterung seiner Stellung nicht vorlagen. Sowjetpresse enthält keine Kommentare. Außenkommissariat gibt Pressevertretern keine Erläuterungen.

Nachdem Litwinow noch am 2. Mai den englischen Botschafter[1]) empfangen hatte und noch in gestriger Presse als Ehrengast bei Parade genannt wurde, scheint seine Entlassung Folge spontanen Entschlusses Stalins zu sein. Entschluß hängt vermutlich damit zusammen, daß im Kreml Meinungsverschiedenheiten über Litwinows Verhandlungen entstanden sind. Grund für Meinungsverschiedenheiten dürfte in tiefem Mißtrauen liegen, das Stalin gegenüber gesamten kapitalistischen Umwelt hegt. Auf letztem Parteikongreß mahnte Stalin zur Vorsicht, damit Sowjetunion nicht in Konflikte hineingezogen werde. Molotow (kein Jude) gilt als „engster Freund und nächster Mitarbeiter" Stalins. Seine Ernennung soll offenbar Gewähr dafür bieten, daß die Außenpolitik streng im Stalinischen Sinn fortgesetzt wird.

TIPPELSKIRCH

---

1) Sir William Seeds.

Nr. 3

Film 388, S. 211 496

Aufzeichnung von Dr. Schnurre, Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts

zu W IV 1493

Ich habe heute nachmittag den sowjetischen Geschäftsträger, Botschaftsrat Astachoff, zu mir gebeten und ihm mitgeteilt, daß wir uns mit der von seinem Botschafter am 17. April beantragten Durchführung der sowjetischen Lieferverträge mit den Skoda-Werken einverstanden erklärt hätten. Entsprechende Weisungen seien bereits ergangen. Ich bat ihn, dies seiner Regierung mitzuteilen.

Botschaftsrat Astachoff nahm diese Mitteilung mit sichtbarer Befriedigung entgegen und betonte, daß für die Sowjet-Regierung nicht so sehr die materielle Seite der Frage von Bedeutung wäre als viel-

mehr die grundsätzliche. Er erkundigte sich, ob wir nicht bald die im Februar unterbrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen würden. Ich erwiderte ihm hierzu, daß ich ihm darüber noch keine Antwort geben könne, da die Prüfung der zahlreichen Probleme, die die letzte russische Antwort für uns gebracht hätte, noch nicht abgeschlossen sei.

Astachoff kam dann auf die Absetzung Litwinows zu sprechen und versuchte, ohne direkte Fragen zu stellen, zu erfahren, ob uns dies Ereignis zu einer veränderten Einstellung der Sowjet-Union gegenüber bringen würde. Er unterstrich sehr die große Bedeutung der Persönlichkeit Molotows, der nichts von einem Spezialisten in der Außenpolitik an sich hätte, aber ein desto größeres Gewicht für die künftige sowjetische Außenpolitik haben würde.

BERLIN, den 5. Mai 1939

gez. SCHNURRE

Nr. 4

Film 388, S. 211 486

Vermerk des Gesandten Braun von Stumm, Nachrichten- und Presse-Abteilung des Auswärtigen Amts

Vermerk

Der russische Botschaftsrat Astachoff erschien heute nachmittag, um mir den soeben eingetroffenen TASS-Vertreter Filipoff vorzustellen. Er erklärte eingangs, daß er sich freue, daß Herr Filipoff unter neuen Umständen, die sich ja gegenüber den vergangenen Zeiten wesentlich anders darstellten, seine Arbeit beginnen könne. Die neuerdings geübte Zurückhaltung der deutschen Presse Sowjetrußland gegenüber sei ja auch der Auslandspresse bereits aufgefallen. Ich bemerkte meinerseits, daß im Augenblick allerdings von einer entsprechenden russischen Zurückhaltung Deutschland gegenüber nicht die Rede sein könne und verwies auf die letzten Sendungen des Moskauer Rundfunks. Herr Astachoff bemerkte darauf, daß man in Moskau offensichtlich noch recht mißtrauisch sei, da man wohl noch nicht wisse, wie man diese Zurückhaltung zu werten habe, die möglicherweise doch nur ein kurzlebiges taktisches Manöver sei. Jedenfalls würde man sich auf sowjetrussischer Seite nur zu sehr freuen, wenn solche Befürchtungen unberechtigt wären.

Befragt über die Bedeutung des Wechsels der außenpolitischen Leitung in Moskau erklärte Herr Astachoff, es habe sich ja auch bisher nicht um eine persönliche Politik Litwinows gehandelt, sondern um die Befolgung der allgemein gegebenen Richtlinien. Von einer Neu-

orientierung der Politik werde wohl also einstweilen nicht die Rede sein können, zumal die sowjetrussische Politik von der der Andern, und nicht zuletzt Deutschlands, abhängig sei.

BERLIN, den 9. Mai 1939

gez. BRAUN v. STUMM

Nr. 5

Film 388, S. 211 504—211 505

Aufzeichnung von Dr. Schnurre, Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts

e. o. W IV 1870/39

Der sowjetische Geschäftsträger, Botschaftsrat Astachoff, suchte mich heute auf, um über die Rechtsstellung der sowjetischen Handelsvertretung in Prag, die auf Grund des sowjetisch-tschecho-slowakikischen Handelsvertrags von 1935[1]) dort eingerichtet ist, mit mir zu sprechen. Die Sowjet-Union will die Handelsvertretung als Abteilung der Berliner Sowjet-Handelsvertretung in Prag belassen und bittet, ihr vorläufig dieselbe Rechtsstellung zu geben, die sie auf Grund des sowjetisch-tschecho-slowakischen Handelsvertrags hat. Herr Astachoff berief sich auf die deutsche Erklärung, wonach für das Protektorat Böhmen und Mähren die bisherigen tschecho-slowakischen Handelsverträge solange weiter angewendet würden, bis etwas Neues an die Stelle gesetzt worden ist.

Ich habe diese Bitte entgegengenommen und eine baldige Antwort in Aussicht gestellt. Ich habe ihm als meine persönliche Ansicht gesagt, daß Bedenken gegen den sowjetischen Wunsch kaum bestehen würden.

In der sich anschließenden Unterhaltung kam Astachoff mit besonderer Ausführlichkeit wieder, wie er dies vor 14 Tagen bereits getan hatte, auf die Gestaltung der deutsch - sowjetischen Beziehungen zurück. Er bemerkte, daß die deutsche Presse seit einigen Wochen *ein ganz anderes Bild zeige. Es fehlten die bisherigen gegen die* Sowjet-Union gerichteten Auslassungen, man berichte objektiv; er habe in einer rheinischen Industrie-Zeitung sogar fotografische Wiedergaben sowjetischer Einrichtungen gesehen. Man könne natürlich sowjetischerseits nicht beurteilen, ob dies nur eine Pause sei, die aus taktischen Gründen eingelegt worden sei. Man hoffe aber, daß sich ein dauernder Zustand daraus ergeben werde. Astachoff ging ausführlich darauf ein, daß keine außenpolitischen Gegensätze zwischen Deutschland und der Sowjet-Union bestünden und daß infolgedessen kein Grund für eine Gegnerschaft der beiden Staaten vorläge. Man

habe allerdings in der Sowjet-Union das ausgesprochene Gefühl der Bedrohung durch Deutschland. Es sei gewiß möglich, dieses Gefühl der Bedrohung und das Mißtrauen in Moskau zu zerstreuen. Er erwähnte auch in dieser Unterhaltung wieder den Vertrag von Rapallo.[2]) Auf eine Zwischenfrage von mir äußerte er sich über die englisch-sowjetischen Verhandlungen in dem Sinne, daß nach dem jetzigen Stande wohl kaum das von England gewünschte Ergebnis eintreten würde.

Zur Begründung seiner Ansicht über die Möglichkeit einer Veränderung der deutsch-sowjetischen Beziehungen verwies Astachoff mehrfach auf Italien und betonte, daß der Duce auch nach Schaffung der Achse zu erkennen gegeben habe, daß einer normalen Weiterentwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjet-Union und Italien nichts im Wege stünde.

In meinen Gegenäußerungen hielt ich mich zurück und veranlaßte lediglich durch Zwischenbemerkungen Astachoff zu einer breiteren Darlegung seines Standpunktes.

BERLIN, den 17. Mai 1939

gez. SCHNURRE

---

1) Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 25. März 1935.

2) Vertrag zwischen Deutschland und der RSFSR vom 16. April 1922.

Nr. 6

Film 103, S. 111 353—111 355

Aufzeichnung des Deutschen Botschafters in Moskau

Zu Tgb. Nr. A/1023

MOSKAU, den 20. Mai 1939

Ich bin heute nachmittag um 16 Uhr von dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und Außenkommissar Herrn Molotow empfangen worden. Die Unterredung fand im Außenkommissariat statt, hat über eine Stunde gedauert und ist in freundschaftlicher Form verlaufen. Herr Molotow, der nur Russisch spricht, hat gebeten, keinen Übersetzer mitzubringen, da er selbst einen vorzüglichen Dragoman stellen werde. Dieser, ein jüngerer Herr, hat sehr korrekt aber langsam aus dem Französischen übersetzt; hieraus erklärt sich zum Teil die lange Dauer der Unterhaltung.

Ich habe das Gespräch damit eingeleitet, daß ich Herrn Molotow gesagt habe, die letzten Vorschläge des Herrn Mikojan in unseren Wirtschaftsverhandlungen hätten uns einige Schwierigkeiten bereitet, die nicht alsbald hätten behoben werden können. Jetzt glaubten wir einen Weg gefunden zu haben, um zu einer Einigung zu kommen,

und beabsichtigten in allernächster Zeit Herrn Geheimrat Dr. Schnurre nach Moskau zu senden, um mit Herrn Mikojan zu prüfen, ob auf Grund unserer Vorschläge eine Einigung herbeizuführen sei. Ich habe angefragt, ob Herr Mikojan bereit sei, mit Herrn Schnurre zu sprechen.

Herr Molotow hat mir erwidert, der Verlauf unserer letzten Wirtschaftsverhandlungen habe bei der Sowjetregierung den Eindruck hervorgerufen, daß es uns mit der Sache überhaupt nicht ernst gewesen sei und daß wir aus politischen Gründen mit den Verhandlungen nur gespielt hätten. Zunächst sei mitgeteilt worden, daß eine deutsche Delegation zu Wirtschaftsverhandlungen nach Moskau kommen werde (ich habe eingeworfen, daß diese Meldung nicht von uns, sondern aus der polnischen und französischen Presse stammte), dann habe es geheißen, daß Herr Schnurre allein kommen werde. Herr Schnurre sei nicht gekommen, sondern Herr Hilger und ich hätten verhandelt und dann seien auch diese Verhandlungen eingeschlafen. Die Sowjetregierung könnte danach einer Wiederaufnahme der Verhandlungen erst dann zustimmen, wenn hierfür die notwendige „politische Grundlage" geschaffen sein werde.

Ich habe Herrn Molotow erklärt, daß wir die Wirtschaftsverhandlungen niemals als ein Spiel betrachtet, sondern stets im vollen Umfange ernst genommen hätten. Wir hätten immer und auch noch heute den besten Willen, zu einer Einigung zu kommen, und Berlin wäre — wenn ich recht verstanden hätte — der Meinung gewesen, daß ein erfolgreicher Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen auch der politischen Atmosphäre dienlich sein würde. An dem Wegbleiben des Herrn Schnurre und an der Verzögerung der Verhandlungen seien lediglich technische Gründe schuld gewesen. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland machten es sehr schwer, die Wünsche des Herrn Mikojan zu erfüllen. Ich habe Herrn Molotow gefragt, was er unter der Schaffung einer politischen Grundlage verstehe. Ich hätte den Eindruck, daß die deutsch-sowjetische Atmosphäre seit Jahr und Tag sich gebessert habe, und wundere mich, daß gegenwärtig Wirtschaftsverhandlungen unmöglich sein sollten, während früher solche Verhandlungen wiederholt unter viel ungünstigeren Umständen stattgefunden hätten und zum Abschluß gebracht worden seien. Herr Molotow hat darauf erklärt, darüber, wie eine bessere politische Grundlage geschaffen werden könnte, müßten die beiden Regierungen nachdenken. Alle meine hartnäckigen Bemühungen, Herrn Molotow zur Präzisierung und Konkretisierung seiner Wünsche zu bringen, waren vergeblich. Herr Molotow hatte sich offenbar vorgenommen, so viel und kein Wort mehr zu sagen. Er ist für diese etwas sture Art bekannt. Ich

habe danach das Gespräch beendet und erklärt, ich würde meiner Regierung berichten. Herr Molotow hat sich dann sehr freundlich von mir verabschiedet.

Gleich im Anschluß an meinen Besuch bei Herrn Molotow habe ich Herrn Potemkin aufgesucht. Ich habe ihm den Verlauf meiner Unterredung mit dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare erzählt und hinzugefügt, ich hätte leider aus dem Gespräch nicht entnehmen können, was Herr Molotow eigentlich wünsche. Irgend etwas müsse er wohl im Auge gehabt haben. Ich habe Herrn Potemkin gebeten, zu versuchen, ob er mir nicht gelegentlich mitteilen könnte, in welcher Richtung sich die Gedankengänge des Herrn Molotow bewegen. Ich habe einfließen lassen, daß ich gar nicht wüßte, was ich meiner Regierung vorschlagen solle. An den Hauptrichtlinien der deutschen Politik würde sich nichts ändern lassen. So würden wir meines Erachtens an unserer ostasiatischen Politik festhalten. Ich könne aber hinzufügen, daß diese Politik in keiner Weise gegen die Sowjetunion gerichtet sei.

gez. GRAF VON DER SCHULENBURG

Nr. 7

Film 103, S. 111 328

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm (Reinkonzept)

W . . . . .

Berlin, den 21. Mai 1939

Diplogerma

Moskau
Nr. 94

Auf Tel. 73[1]). Für Botschafter persönlich.

Nach bisherigem Ergebnis Ihrer Fühlungnahme mit Molotow ist es nötig, unsererseits nunmehr ganz stillzuhalten und abzuwarten, ob Sowjetrussen mit der Sprache weiter herauskommen.

Ich bitte Sie, bis auf anderweitige Weisung sich entsprechend zu verhalten, jedoch alle an Sie gelangenden zweckdienlichen Mitteilungen und Nachrichten und Ihre Beurteilung der Sachlage jeweils zu drahten.

WEIZSÄCKER

[1]) Nicht gedruckt.

Nr. 8

Film 103, S. 111 346—111 347

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Brief

Der Deutsche Botschafter
Tgb. Nr. A 1023

MOSKAU, den 22. Mai 1939

Sehr geehrter Herr von Weizsäcker!

In der Anlage beehre ich mich, Ihnen einen Abdruck der Aufzeichnung zu übersenden, die den Inhalt und den Verlauf meiner Unterredung mit Herrn Molotow am 20. ds. Mts. widergibt. Ich habe die Aufzeichnung auch mit Bericht eingereicht.

Der Herr Reichsminister hatte mir für die Besprechung mit Molotow äußerste Vorsicht anbefohlen. Infolgedessen habe ich mich damit begnügt, so wenig zu sagen wie möglich und dies um so mehr, als das Verhalten des Herrn Molotow mir recht verdächtig erscheint. Es ist gar nicht anders zu verstehen, als daß ihm die Wiederaufnahme unserer Wirtschaftsverhandlungen als politische Geste nicht genügt und daß er offenbar weitergehende Angebote politischer Art von uns haben will. Wir müssen auf diesem Gebiete wohl so lange außerordentlich vorsichtig sein, als nicht sichergestellt ist, daß etwaige Anregungen unsererseits vom Kreml nur zu dem Zweck benutzt werden, um England und Frankreich zu erpressen. Wollen wir hier etwas erreichen, so wird es andererseits wohl unvermeidlich sein, daß wir früher oder später etwas tun.

Es ist hier außerordentlich schwer, irgend etwas über den Gang der englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen zu erfahren. Mein britischer Kollege[1]), der hier in der Angelegenheit anscheinend allein tätig ist (er wurde Herrn Potemkin gemeldet, als ich gerade bei diesem war), schweigt eisern. Auch neutrale Diplomaten haben nichts erfahren können.

Mein französischer Kollege[2]) ist seit langem abwesend. Der Botschaftsrat und Geschäftsträger[3]) hat uns in den letzten Tagen um eine Grenzempfehlung gebeten, scheint also Moskau ebenfalls zu verlassen. Sollten die Nachrichten stimmen, daß Frankreich nunmehr die Vermittlung in der Frage des französisch-britisch-sowjetischen „Bündnisses" übernehmen wird, so dürften die diesbezüglichen Verhandlungen nicht hier, sondern in Paris stattfinden.

Mein italienischer Kollege[4]) ist der Ansicht, daß die Sowjetunion nur dann ihre Verhandlungsfreiheit aufgeben werde, wenn sie von England und Frankreich einen vollgültigen Bündnisvertrag erhält.

Hier wird vielfach behauptet — ich weiß nicht, ob es zutrifft —, einer der Hauptgründe für das Zögern Englands, die sowjetischen Vorschläge eines Militärbündnisses anzunehmen, sei die Rücksicht auf Japan. London fürchte die Japaner in unsere Arme zu treiben, wenn es sich zur Verteidigung aller sowjetischen Grenzen verpflichte. Sollte sich Japan freiwillig in unsere Arme begeben, dürfte dieses Bedenken für England fortfallen.

Mit den allerbesten Grüßen und mit Heil Hitler! bin ich, sehr verehrter Herr von Weizsäcker,

Ihr ganz ergebener

gez. SCHULENBURG

---

1) Sir William Seeds.
2) Paul Emile Naggiar.
3) Jean Payart.
4) Augusto Rosso.

Nr. 9

Film 276, S. 178 396—178 397

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Moskau

Brief

DER STAATSSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTS

BERLIN, den 27. Mai 1939[1])

Verehrter, lieber Graf Schulenburg,

Ihren Brief vom 22. haben wir zunächst durch das gestrige Telegramm beantwortet[2]), welches Sie selbst wahrscheinlich weniger verwundern wird als Herrn Hilger, der Geburtszeuge einer ganz anderen Weisung war. Ich schulde Ihnen daher noch ein Wort der Erklärung. Wir sind hier der Ansicht, daß die englisch-russische Kombination doch nicht einfach zu vermeiden sein wird. Immerhin mag auch heute noch ein ziemlich breiter Verhandlungs-Spielraum vorliegen, in welchem wir uns durch eine deutlichere Sprache vielleicht bremsend und störend hätten einschalten können. Die Erfolgswahrscheinlichkeit wurde freilich hier immer recht bescheiden eintaxiert, sodaß man abwägen mußte, ob eine sehr offene Sprache in Moskau statt zu nützen vielleicht eher schaden und sogar vielleicht ein Tartarengelächter hervorrufen könnte. In der Abwägung dieser Gesichtspunkte hat dann auch eine Rolle gespielt, daß ein Glied in der ganzen Kette, nämlich ein schrittweiser Ausgleich zwischen Moskau und Tokio von den Japanern doch als äußerst problematisch bezeichnet

wurde. Auch Rom war recht zurückhaltend, sodaß schließlich die Nachteile des gedachten weitgehenden Schrittes für ausschlaggebend angesehen wurden. Kurzum, es soll bei der Instruktion bleiben, die wir Ihnen erteilt haben und wir wollen nun eben sehen, wie tief Moskau einerseits und Paris-London andererseits sich gegenseitig engagieren.

Nachrichten und Urteile von Ihnen über die Lage sind natürlich jederzeit hier äußerst willkommen.

Unsere Anfrage wegen Rückkehr des hiesigen russischen Sowjetbotschafters, Merekaloff, hatte auch nur eine Bedeutung im Rahmen der oben besprochenen ev. Aktion am Kreml.

Herzliche Grüße und beste Wünsche

Heil Hitler!

aufrichtig stets der Ihre

WEIZSÄCKER

P.S. Berlin, den 30. Mai 1939.

Meinen obigen Zeilen muß ich nachtragen, daß nun doch unter Billigung des Führers eine allerdings entschieden modifizierte Fühlungnahme mit den Russen stattfinden soll, und zwar durch ein Gespräch, was mir für heute mit dem Russischen Geschäftsträger aufgetragen worden ist. Sie werden selbstverständlich amtlich auf dem Laufenden gehalten. Ich brauche daher hier nicht tiefer in die Materie einzugehen. D. O.

---

1) Eingegangen Moskau 2. Juni.

2) Nicht gedruckt.

Nr. 10

Film 103, S. 111 372—111 374

Aufzeichnung des Auswärtigen Amts)*

29. Mai 1939

1. Wir stehen vor der Tatsache, daß unser Botschafter in Moskau mit Herrn Molotow ein Gespräch über die Wiederaufnahme deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen gehabt und daß Herr Molotow dabei zur Voraussetzung die Klärung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland gemacht hat. Wir fragen uns natürlich, ob Herr Molotow damit dem Wunsch hat Ausdruck geben wollen, daß ein Gespräch über die politischen Beziehungen zwischen uns in Gang kommt, oder ob er dies einfach als eine Form der Ablehnung betrachtet wissen wollte.

2. Sie selbst haben ebenso wie ihr*) Botschafter gelegentlich Möglichkeiten angedeutet, daß man einmal über die politischen

Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion sprechen sollte, und wir fragen uns, ob dies mit der Ansicht Molotows übereinstimmt, oder wir es hier mit verschiedenen Standpunkten ihrer*) hiesigen Botschaft und ihres*) Außenkommissariats zu tun haben.

3. Wenn man bei ihnen den Wunsch haben sollte, mit uns ein politisches Gespräch zu führen, so kann ich mir dies für meine Person durchaus als möglich vorstellen. Ich sehe dafür eine Voraussetzung, daß das aggressive Vorwärtstreiben der weltrevolutionären Idee nicht mehr Bestandteil der aktuellen sowjetischen Außenpolitik ist.[1]) Liegt diese Voraussetzung vor, wofür ja gewisse Anzeichen sprechen könnten, so könnte ich mir denken, daß ein solches Gespräch zu nützlichen Ergebnissen im Sinne einer fortschreitenden Normalisierung der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen führen könnte.[2])

4. Es ist allerdings sehr zweifelhaft, ob gerade der augenblickliche Stand der Dinge in Europa für solche Unterhaltungen erfolgversprechend ist, da die Sowjetregierung ja in Verhandlungen mit England steht, die erkennen lassen, daß man in Moskau schon mehr oder weniger endgültig entschlossen ist, aktiv in die englische Einkreisungspolitik einzutreten. Aber[3]) es ist ja Sache Ihrer Regierung, zu beurteilen, ob sie bei dem Stand der englisch-sowjetischen Verhandlungen noch Raum für solche Unterhaltung mit Deutschland sieht.[4])

*) Orthographie genau nach Vorlage. Falls die Aufzeichnung, nach von Weizsäckers handschriftlichen Randbemerkungen zu urteilen, der Vorbereitung des Gesprächs mit dem Sowjet-Geschäftsträger am folgenden Tage diente, würde in den mit * bezeichneten Fällen ein Schreibfehler (kleine anstatt große Anfangsbuchstaben) in dem mit Schreibmaschine geschriebenen Stück vorliegen.

Handschriftliche Randbemerkungen von Weizsäckers.

1) gegenseitig in Innenpolitik keinerlei Einfluß nehmen. Dann ...

2) Ukraine

3) Am Rand bei Beginn des Schlußsatzes der Aufzeichnung: eiskalt.

4) Vorwurf erspare, nicht mit der Sprache [herausgekommen zu sein]; vgl. S. 16 und S. 19.

Nr. 11

Film 103, S. 111 368—111 371

Aufzeichnung des Auswärtigen Amts[1])

Ich[2]) schlage vor, das Ansuchen der Berliner Sowjetbotschaft um Genehmigung der weiteren Duldung der sowjetrussischen Handelsvertretung in Prag als Filiale der sowjetrussischen Handelsvertretung

in Berlin zum Anlaß folgender Erklärung zu machen, die durch Herrn von Weizsäcker dem russischen Berliner Vertreter abzugeben wäre.

1. Die Frage des Weiterbestehens der russischen Handelsvertretung in Prag ist eine prinzipielle. Daher glaubte ja auch der Herr Minister, hier nicht von sich aus eine Entscheidung treffen zu können, sondern trug die Angelegenheit dem Führer vor.

2. Die Deutsche Reichsregierung würde nun Wert darauf legen, zu erfahren, ob die Sowjetregierung in der Erhaltung ihrer Handelsvertretung in Prag einen Dauerzustand sehen will, oder ob sie hier nur an eine kurz befristete Zeit denkt. Welches würde dann dieser befristete Zeitraum sein?

3. Es ist der Deutschen Reichsregierung nicht leicht, unter den heutigen Umständen in eine Erhaltung dieser russischen Handelsvertretung, auch unter der Firmierung als Filiale der Berliner, überhaupt einzuwilligen. Sie hat besonders auf ihre letzte Anregung, direkte Handelsbesprechungen mit Moskau aufzunehmen, dort eine Antwort erhalten, aus der sie entnehmen zu müssen glaubt, daß der Sowjetregierung zur Zeit an einer solchen Wiederaufnahme und Verstärkung deutsch-russischer Handelsbeziehungen an sich wenig gelegen ist. Es kommt dazu noch die Entwicklung der Außenpolitik der Sowjetunion, die auch die Deutsche Reichsregierung zur Vorsicht veranlaßt in bezug auf die Prüfung und Gewährung besonderer sowjetrussischer Wünsche, wie in diesem Falle in der Prager Handelsvertretung. Denn es besteht für die Reichsregierung kein Zweifel, daß Rußland die gegen Deutschland gerichtete englische Einkreisungspolitik aktiv zu unterstützen geneigt zu sein scheint. Die Reichsregierung hält daher auch ihrerseits im eigenen verständlichen Interesse eine Klärung dieser Entwicklung als die notwendige Voraussetzung für die Erweisung eines besonderen Entgegenkommens ihrerseits. Es wäre aber, wie schon im Punkt 2 betont, vor allem wichtig zu wissen, für welche Zeit unter diesen Umständen die Sowjetregierung überhaupt die Erlaubnis zur Weiterführung ihrer Prager Handelsvertretung in Aussicht nimmt.[3])

---

[1]) Handschriftliche Randbemerkungen von Weizsäckers: Geheim. zdA (Gespräch mit russischem Geschäftsträger) W(eizsäcker) 30/V.

[2]) Ministerialdirektor Wiehl? Eine Abschrift der unter Nr. 12 gedruckten Aufzeichnung des St.S. wurde an den Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung gesandt: Film 103 S. 111 356.

[3]) Unterschrift fehlt.

Nr. 12

Film 103, S. 111 362—111 367

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Streng geheim! BERLIN, den 30. Mai 1939

St.S. Nr. 455

Der Sowjetrussische Geschäftsträger besuchte mich heute vormittag auf meinen Wunsch. Ich bezeichnete als unser Gesprächsthema die sowjetrussische Bitte um weitere Duldung ihrer Handelsvertretung in Prag als Filiale der Handelsvertretung in Berlin. In meinen anschließenden Bemerkungen, die der Geschäftsträger durch gelegentliche Einwürfe unterbrach, hielt ich mich eng an die mir gegebene Instruktion.

Zunächst sagte ich dem Geschäftsträger, das Ersuchen der Russischen Regierung habe eine prinzipielle Seite, weshalb auch der Herr Reichsaußenminister mit ihr befaßt worden sei. Herr von Ribbentrop habe seinerseits die Sache auch dem Führer vorgetragen. An dieser Stelle wurde der Geschäftsträger aufmerksam und vergewisserte sich durch eine Rückfrage bei mir, daß der Führer sich tatsächlich mit der Angelegenheit beschäftigt hat.

Ich fuhr dann fort, man möchte bei uns gern wissen, ob es sich bei der Erhaltung der Handelsvertretung in Prag um einen Dauerzustand handeln solle oder nur um einen Übergang, und zwar mit welcher Frist. Hierzu bemerkte der Geschäftsträger gleich, von sich aus nur so viel sagen zu können, daß für die Abwicklung der im Protektorat laufenden Geschäfte noch allerhand Arbeit übrig sei, im übrigen aber seine Regierung höchstwahrscheinlich an einen Dauerzustand gedacht habe.

Ich fuhr dann auftragsgemäß fort, es sei für uns nicht leicht, unsere Einwilligung zur Erhaltung der Handelsvertretung in Prag zu geben, da wir, d. h. der Botschafter Graf Schulenburg, kürzlich von Herrn Molotow in der Frage unserer Wirtschaftsbeziehungen eine wenig ermutigende Auskunft erhalten habe. Der Geschäftsträger zeigte sich von dem Inhalt des Gesprächs unterrichtet und interpretierte es vorbehaltlich näherer Weisung so, daß man in Moskau eine Wiederholung des Vorganges vom letzten Januar vermeiden wolle, d. h. man wolle nicht noch einmal die Reise eines deutschen Wirtschaftsunterhändlers nach Moskau organisieren, um dann im letzten Augenblick unter dem Hohn der ausländischen Journalistik eine Absage zu erhalten. Tatsächlich habe Herr Molotow davon gesprochen, daß man Politik und Wirtschaft in unseren Beziehungen nicht völlig trennen könne; ein gewisses Junctim zwischen beiden bestehe doch faktisch. Anscheinend hat Potemkin in seiner Infor-

mation an den hiesigen Geschäftsträger die Sache so ausgedrückt, daß man geplante Wirtschaftsbesprechungen nicht spielerisch behandeln könne.

Nachdem wir noch ein Wort zur Klarstellung des erwähnten Vorganges vom Januar d. J. gewechselt hatten, sagte ich dem Geschäftsträger, ich könne ihm darin recht geben, daß Wirtschaft und Politik nicht vollkommen voneinander zu trennen seien, und gerade darum führte ich mein Gespräch mit ihm, denn die uns geläufigen britischen Bestrebungen, Rußland in seine Kreise zu ziehen, deuteten doch auf eine politische Orientierung Moskaus hin, welche wir in Rechnung stellen müßten, auch wenn es sich um verhältnismäßig minderwichtige Fragen handele, wie die der sowjetrussischen Handelsvertretung in Prag. Ich käme daher zurück auf meine Frage am Eingang des Gespräches, nämlich für welche Zeit die Sowjetregierung überhaupt ihre Handelsvertretungsgeschäfte in Prag in Aussicht nähme.

Der Geschäftsträger hatte aus diesem Gesprächsteil sich gemerkt, daß er in Moskau noch einmal anzufragen habe, welche Absichten tatsächlich wegen der Handelsvertretung in Prag dort bestehen, und weiter, was eigentlich der Außenkommissar Molotow dem Grafen Schulenburg hat sagen wollen. Der Geschäftsträger selbst gab von sich aus jedenfalls ohne weiteres zu verstehen, daß Herr Molotow zwar mit dem üblichen russischen Mißtrauen, aber nicht in der Absicht gesprochen hat, vor weitere deutsch-russische Erörterungen einen Riegel vorzuschieben.

Nachdem die Unterhaltung an diesem Punkt angelangt war, erinnerte ich den Geschäftsträger an gewisse Gespräche, die er selbst im Amt geführt hatte, und vor allem an Äußerungen seines zur Zeit von Berlin abwesenden Botschafters, der Mitte April mir gegenüber von der Möglichkeit einer Normalisierung und noch weiteren Verbesserung der deutsch-russischen politischen Beziehungen geredet hat. Von hier aus ergab sich zwanglos eine Fortsetzung des Gesprächs, in welchem ich zum reinen Konversationston überging und auch Papier und Bleistift beiseite legte.

Ich erinnerte dabei den Geschäftsträger an Bemerkungen seines Botschafters über die seit einigen Monaten gedämpftere Sprache in der beiderseitigen Publizistik. Ich erwähnte, daß meines Wissens in den offiziellen Reden der letzten Monate auf deutscher Seite das Thema Sowjetrußland in den Hintergrund getreten sei, was der Geschäftsträger bestätigte, aber als verschieden auslegbar hinstellte. Schließlich sagte ich dem Geschäftsträger, die ihm geläufige Entwicklung unserer Beziehungen zu Polen hätte ja tatsächlich unsere im Osten bisher gebundene Politik freier gemacht.

Nach einigen zustimmenden Äußerungen des Geschäftsträgers sagte ich ihm, ich persönlich sähe die deutsche Haltung gegenüber Sowjetrußland folgendermaßen: Deutschland sei nicht engherzig, es sei aber auch nicht aufdringlich. In dem deutschen politischen Kaufladen gäbe es e i n e Ware allerdings nicht, nämlich eine Vorliebe für den Kommunismus. Mit Kommunisten hätten wir kurzen Prozeß gemacht, und dabei blieben wir; übrigens erwarteten wir aber auch von Moskau keine Vorliebe für den Nationalsozialismus. Hier fiel der Geschäftsträger mit Ausführungen darüber ein, wie das russische Verhältnis zu Italien und namentlich zur Türkei, aber auch zu anderen Staaten ein normales oder sogar ein sehr gutes sein könne, obgleich in jenen Ländern der Kommunismus keinerlei Gnade finde. Er unterstrich stark die Möglichkeit einer sehr reinlichen Scheidung zwischen innenpolitischen Maximen einerseits und außenpolitischer Einstellung andererseits.

Ich blieb dann in meinem Bilde und sagte, daß in unserem politischen Laden auch für Rußland eine ziemliche Auswahl bestehe, von der Normalisierung unserer Beziehungen, so wie der Russische Botschafter sie mir angedeutet habe, bis zur unnachgiebigen Gegnerschaft. Vor einer Normalisierung läge ja freilich allerhand Schutt, und ich sei überzeugt, daß viele Leute diesen noch vergrößern wollten. Der Geschäftsträger werde wohl wissen, daß auch Herr Beck, der polnische Außenminister, hieran nicht ganz unbeteiligt sei. Man könne mit Herrn Beck interessante Gespräche führen, er schiene mir aber etwas alt zu werden, er litte nämlich manchmal an einer beklagenswerten Gedächtnisschwäche. So würde z. B. die Becksche Interpretation der deutschen Ukrainepolitik doch durch das deutsche Verhalten in Sachen der Karpatho-Ukraine widerlegt. Doch wolle ich das nicht vertiefen, ich glaubte, Deutschland habe im Innern bewiesen, daß es mit dem Kommunismus fertig werde, ebensowenig habe es in der Außenpolitik Angst. Ob für eine etwaige schrittweise Normalisierung der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland überhaupt noch Raum sei, nachdem Moskau den Londoner Lockungen vielleicht schon Gehör geschenkt habe, wisse ich nicht. Jedenfalls aber möchte ich mir, da der Geschäftsträger und sein Botschafter im Auswärtigen Amt eine offene Sprache gesprochen hätten, den Vorwurf ersparen, als hätten wir unsererseits hinter dem Berg gehalten und verschwiegen, wie unsere Einstellung ist. Wir verlangten nichts von Moskau, wünschten nichts von Moskau, wir wollten uns aber auch von Moskau nicht später sagen lassen, wir hätten zwischen uns eine undurchdringliche Schweigemauer aufgerichtet.

Der Geschäftsträger, welcher das Gespräch aufmerksam verfolgte und durch eine Reihe hier nicht erwähnter Zwischenbemerkungen

ergänzt hatte, brachte zum Schluß vor, daß die ideologische Scheidewand zwischen Moskau und Berlin eigentlich doch von uns aufgerichtet worden sei. Vor unserem Vertrag mit Polen[1]) hätten wir ein russisches Bündnisangebot zurückgewiesen, und noch bis in die letzte Zeit hätte man hier wenig Verständnis für die russische These gehabt, daß Außen- und Innenpolitik sich nicht zu stören brauchten. Er glaube, seine Regierung habe unbeirrt diesen Standpunkt beibehalten und sei ihm heute noch treu. Der Geschäftsträger sagte zum Schluß, er werde über unser Gespräch, dessen zweiten Teil er seinerseits als ein privates bezeichnete, nach Hause berichten und einen Bescheid von seiner Regierung erbitten, wie ihre Absichten wegen der Prager Handelsvertretung in Wirklichkeit seien, sowie ob er — der Geschäftsträger — das Molotowsche Gespräch als ein keineswegs zurückweisendes richtig interpretiert habe.

Nach dem Stande der russisch-englischen Verhandlungen habe ich den Geschäftsträger natürlich nicht gefragt, auch er brachte darüber nichts vor. Jedoch ist nicht zu bestreiten, daß er heute in seinen Bemerkungen über unsere politischen Beziehungen grundsätzlich dieselbe Sprache geführt hat wie bisher und wie sein Botschafter Mitte April d. J. Die Episode Molotow—Schulenburg scheint mir demnach mehr das Produkt von Empfindlichkeit und Mißtrauen gewesen zu sein als eine planmäßige Abweisung.

gez. WEIZSÄCKER

---

1) Zehnjähriger Nichtangriffspakt, 26. Januar 1934.

Nr. 13

Film 103, S. 111 375—111 378

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm (Reinkonzept)

e. o. Pol. V
Berlin, den 30. Mai 1939

Diplogerma
Moskau
Nr. 101

Citissime!

Für Botschafter.
Zur Information.

Entgegen bisher geplanter Taktik haben wir uns entschlossen, jetzt doch gewisse Fühlung mit Sowjetunion aufzunehmen. Demgemäß hatte ich heute in Abwesenheit Botschafters Geschäftsträger Astachoff zu mir gebeten. Ausgangspunkt Gesprächs bildete sowjet-

russische Bitte um weitere Duldung Handelsvertretung Prag als Filiale Handelsvertretung Berlin. Da russische Bitte eine prinzipielle Seite habe, sei auch Reichsaußenminister mit ihr befaßt worden, der Angelegenheit seinerseits Führer vorgetragen habe. Auf meine Frage, ob es sich bei Erhaltung Handelsvertretung Prag um Dauerzustand oder befristeten Übergang handle, bemerkte Geschäftsträger, daß nach seiner persönlichen Ansicht Sowjetregierung höchst wahrscheinlich an Dauerzustand denke. Ich erwiderte, daß es für uns nicht leicht sei, Einwilligung zur Erhaltung Handelsvertretung in Prag zu geben, nachdem Botschafter Graf Schulenburg kürzlich von Molotoff in Frage Gestaltung unserer Beziehungen wenig ermutigende Auskunft erhalten habe. Geschäftsträger interpretierte ihm bekanntes Gespräch zwischen Graf Schulenburg und Molotoff vorbehaltlich näherer Weisung dahin, daß man in Moskau Wiederholung Vorgangs vom letzten Januar vermeiden wolle. Nach Ansicht von Molotoff könnten Politik und Wirtschaft in unseren Beziehungen nicht völlig getrennt werden. Zwischen beiden bestehe faktisch ein gewisses Junktim.

Nach gewisser Klarstellung Vorgangs vom Januar durch mich sagte ich Geschäftsträger, daß auch nach unserer Ansicht Wirtschaft und Politik im deutsch-russischen Verhältnis nicht vollkommen zu trennen seien und ich gerade deshalb mit ihm spräche, zumal britische Bemühungen, Rußland in seine Kreise zu ziehen, auf politische Orientierung Moskaus hindeuteten, die wir auch bei verhältnismäßig minder wichtigen Fragen, wie der Handelsvertretung in Prag, in Rechnung stellen müßten. Ich müßte deshalb Frage, für welche Zeit Sowjetregierung Handelsvertretung in Prag wünsche, wiederholen. Geschäftsträger hat sich aus diesem Gesprächsteil gemerkt, daß er in Moskau zurückzufragen habe, welche Absichten dort wegen Handelsvertretung Prag bestehen und was Außenkommissar Molotoff Graf Schulenburg hat sagen wollen. Nach seiner Meinung hat Molotoff zwar mit üblichem russischem Mißtrauen, aber nicht in Absicht gesprochen, vor weitere deutsch-russische Erörterungen Riegel vorzuschieben.

Ich erinnerte Geschäftsträger hierbei an gewisse Gespräche, die er selbst im Amt geführt und vor allem an Äußerungen Sowjetbotschafters mir gegenüber Mitte April über Möglichkeit Normalisierung und noch weiterer Verbesserung deutsch-russischer politischer Beziehungen, wobei ich auf seit Monaten gedämpftere Sprache beiderseitiger Publizistik und vor allem Tatsache hinwies, daß Entwicklung unserer Beziehungen zu Polen unsere im Osten bisher gebundene Politik freier gemacht habe. Nach zustimmenden Äußerungen Geschäftsträgers sagte ich, daß nach meiner persönlichen Ansicht Deutschland gegenüber Sowjetrußland nicht engherzig, aber auch nicht aufdringlich sei. Kommunismus werde von uns weiter abgelehnt werden, wie wir an-

dererseits von Moskau keine Vorliebe für Nationalsozialismus erwarteten. Geschäftsträger unterstrich dabei stark Möglichkeit sehr reinlicher Scheidung zwischen innenpolitischen Maximen einerseits und außenpolitischer Einstellung andererseits. Ich fuhr fort, daß Rußland im übrigen von Normalisierung unserer Beziehungen, wie Russischer Botschafter sie angedeutet habe, bis unnachgiebiger Gegnerschaft wählen könne, wenn auch viele, wie z. B. polnischer Außenminister, an Verhinderung Normalisierung interessiert seien. Becksche Interpretierung deutscher Ukrainepolitik werde aber durch deutsches Verhalten in bezug auf Karpathen-Ukraine am besten widerlegt. Ob für schrittweise Normalisierung überhaupt noch Raum sei, nachdem Moskau Londoner Lockungen vielleicht schon Gehör geschenkt habe, wisse ich nicht, wir möchten uns aber, nachdem Geschäftsträger und Botschafter im Auswärtigen Amt offene Sprache gesprochen hätten, Vorwurf ersparen, als hätten wir unsere Einstellung verschwiegen. Wir verlangten und wünschten nichts von Moskau, wollten uns aber nicht später von Moskau sagen lassen, wir hätten zwischen uns undurchdringliche Schweigemauer aufgerichtet.

Geschäftsträger erwiderte, er glaube, seine Regierung sei noch heute der Ansicht, daß Außen- und Innenpolitik sich nicht zu stören brauchten. Er werde über Gespräche berichten und Bescheid seiner Regierung erbitten, wie deren Absichten wegen Handelsvertretung Prag seien sowie ob er Erklärungen Molotoffs als keineswegs zurückweisende richtig interpretiert habe.

Hatte aus Gespräch den Eindruck, daß Äußerungen Molotoffs nicht planmäßige Abweisung darstellen sollten.

Weisungen für weitere Behandlung Angelegenheit bleiben vorbehalten.

WEIZSÄCKER

Nr. 14

Film 103, S. 111 379—111 380

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

BERLIN, den 30. Mai 1939

Diplogerma
Moskau
Nr. 102

Citissime!

Unter Bezugnahme auf Telegramm vom heutigen Tage Nr. 101.

Nach Verlauf heutigen Gespräches mit hiesigem Sowjet-Geschäftsträger, worüber anderweitiger informatorischer Drahterlaß unter-

wegs, bestehen hier keine Bedenken, wenn Hilger von sich aus und ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, Verbindung mit Mikojan aufnimmt. Tatsache, daß Hilger 2½ Wochen in Berlin mit zuständigen Stellen an Schaffung einer wirtschaftlichen Verhandlungsgrundlage mit Sowjet-Union mitgearbeitet hat, dürfte genügenden Anlaß abgeben, eine solche Unterhaltung von seiner Seite herbeizuführen. Hilger müßte sich in etwaiger Unterhaltung jedoch darauf beschränken, allgemein von seinen hiesigen Arbeiten zu sprechen, ohne daß er Antrag auf Wiederaufnahme Verhandlungen wiederholt. Andererseits kann er versuchen, mit Rücksicht auf sowjetische Empfindlichkeit wegen seinerzeitiger Rückberufung Schnurres Zweifel an Ernsthaftigkeit unserer seinerzeitigen und jetzigen Absichten wegen Verbreiterung Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjet-Union zu zerstreuen. Wenn dabei von Sowjetseite politische Frage *aufgeworfen wird, soll Hilger lediglich* darauf hinweisen, daß politische Fragen Gegenstand unmittelbarer Unterhaltung Staatssekretärs mit Sowjetgeschäftsträger gebildet haben und die politischen Stellen wohl im Begriff wären, die Situation weiter zu klären.

Wenn von sowjetischer Seite in dieser Unterhaltung Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme Wirtschaftsverhandlungen geäußert wird, könnte Hilger zusagen, sich sofort mit Berlin in Verbindung zu setzen.

WEIZSÄCKER

Nr. 15

Film 103, S. 111 398—111 401

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts

F[1]) Brief

Abschrift

Der Deutsche Botschafter MOSKAU, den 5. Juni 1939

Sehr geehrter Herr von Weizsäcker!

Darf ich Ihnen für Ihr gefälliges, sehr interessantes Schreiben vom 27. v. M. bestens danken.

Daß Japan es nicht gern sieht, wenn auch nur der kleinste Ausgleich zwischen uns und der Sowjetunion stattfindet, liegt auf der Hand. Je geringer unser Druck auf die russische Westgrenze wird, umso stärker wird sich das Gewicht der Sowjetunion in Ostasien bemerkbar machen. Die Italiener sollten eigentlich einen deutsch-russischen Ausgleich begrüßen; sie selbst haben sich stets gehütet, sich mit Moskau zu zerstreiten, und das Reich könnte Frankreich gegenüber stärker auftreten, wenn Polen durch die Sowjetunion in

Schach gehalten und dadurch unsere Ostgrenze entlastet wird. Wenn die Italiener trotzdem „recht zurückhaltend" sind, so dürfte der Grund sein, daß sie es ungern sehen, wenn durch eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und die dadurch zwangsläufig herbeigeführte Verstärkung unserer Macht das Gewicht des Reichs innerhalb der Achse größer wird.

Es scheint mir, daß man in Berlin den Eindruck gewonnen hat, als ob Herr Molotow bei der Unterhaltung mit mir einen deutsch-sowjetischen Ausgleich abgelehnt hätte. Ich habe mein Telegramm noch einmal durchgelesen und mit meinem Briefe an Sie und mit meiner Aufzeichnung verglichen. Ich kann nicht entdecken, was diese Auffassung in Berlin hervorgerufen hat.[2]) In Wirklichkeit liegt *die Sache doch so, daß Herr Molotow geradezu zu politischen* Gesprächen aufgefordert hat. Unser Vorschlag, nur wirtschaftliche Verhandlungen zu führen, ist ihm ungenügend erschienen. Gewiß bestand und besteht die Gefahr, daß die Sowjetregierung deutsche Vorschläge zu einem Druck auf die Engländer und Franzosen benutzen wird. Herr Molotow hat in seiner Rede unser Angebot zur Aufnahme der Wirtschaftsverhandlungen sofort taktisch verwendet. Vorsicht unsererseits war und ist daher geboten, aber mir scheint klar, daß keine Tür zugeschlagen worden und der Weg für weitere Verhandlungen offen ist.

Mit allergrößtem Interesse haben wir von Ihrer Unterredung mit Herrn Astachow gehört und gelesen. Ich habe übrigens einige Tage nach Abgang meines letzten Schreibens an Sie Gelegenheit gehabt, noch einmal mit Herrn Potemkin über die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu sprechen. Ich habe ihm gesagt, ich hätte mir den Kopf zerbrochen darüber, was an positiven Dingen gemacht werden könne, um die Anregungen des Herrn Molotow zu verwirklichen. Zwischen Deutschland und der Sowjetunion gäbe es keine Reibungen, keine Streitpunkte. Wir hätten keine Grenzzwischenfälle zu beseitigen, keine différence auszugleichen. Wir verlangten nichts von der Sowjetunion und anscheinend auch die Sowjetunion nichts von uns. Ich habe Herrn Potemkin, mit dem ich unter vier Augen viel freier sprechen kann, gefragt, ob er mir jetzt etwas über die Gedankengänge des Herrn Molotow sagen könnte. Herr Potemkin hat das verneint; er könne den Ausführungen des Herrn Molotow, durch den die Sowjetregierung gesprochen habe, leider nichts hinzufügen.[3])

Ich bin neugierig, ob Ihr Gespräch mit Astachow die Sache weitertreiben wird. Herr von Tippelskirch hat m. E. mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß durch unsere Nichtangriffspakte mit den Baltischen Staaten Rußland von uns gratis und franko eine erhöhte Sicherheit und damit eine deutsche politische Vorleistung erhalten hat.

Ich möchte darauf hinweisen, daß Herr Molotow in seiner Rede drei Punkte aufgeführt hat, die unbedingt erfüllt werden müßten, damit das englisch-französisch-sowjetische Bündnis zustande kommen kann. In allen drei Punkten ist keine Rede davon, daß die Forderungen der Sowjetunion sich lediglich auf Europa beziehen. Der Ferne Osten wird zwar nicht genannt, aber auch nicht ausgeschlossen. Meines Wissens will Großbritannien aber nur in Europa neue Verpflichtungen übernehmen. Hieraus könnte ein neuer Streitpunkt entstehen, falls es gelingen sollte, die Baltenstaaten in die Garantie einzubeziehen. Die Sowjetrussen sind uns gegenüber mit tiefstem Mißtrauen erfüllt, aber auch den demokratischen Mächten trauen sie nicht über den Weg. Mißtrauen ist hier außerordentlich leicht erweckt und kann nur sehr schwer wieder beseitigt werden.

Es ist auffallend, daß Molotow bei der Erwähnung der Beziehungen zu England der Einladungen nicht gedacht hat, die die Britische Regierung in Verfolg des Besuchs des Mr. Hudson in Moskau an Mikojan und neuerdings angeblich auch an Woroschilow gerichtet hat.

Aus im allgemeinen zuverlässiger Quelle höre ich, daß Herr Potemkin seinerzeit so eilig nach Ankara entsandt worden ist, um zu verhindern, daß die Türkei mit den Engländern abschließt. Herr Potemkin hat nur die Unterzeichnung des Vertrages, nicht aber mehr die „Erklärung" verhindern können.[4]) Die Sowjetregierung soll keineswegs grundsätzlich gegen eine englisch-türkische Einigung eingestellt sein, aber Wert darauf legen, daß die Türkei nicht vorprellt, sondern gleichzeitig und gleichmäßig mit der Sowjetunion vorgeht.

Die letzten Grenzzwischenfälle an der mongolisch-mandschurischen Grenze scheinen recht schwer gewesen zu sein. Nach japanischen Angaben haben die „Mongolen" am 28. Mai 100 Flugzeuge eingesetzt, von denen die Japaner 42 abgeschossen haben wollen. Vorher sollen bereits 17 Flugzeuge abgeschossen worden sein. Ich bin der Meinung, daß die Schuldigen an diesen großen Zwischenfällen die Sowjets sind. Sie stellen eine Unterstützung für China dar: sie sollen verhindern, daß die Japaner ihre sehr starken Truppenmassen in der Mandschurei nach China abziehen.

Mit sehr herzlichen Grüßen und mit Heil Hitler! bin ich, sehr geehrter Herr von Weizsäcker,

Ihr stets ganz ergebener

gez. SCHULENBURG

Handschriftliche Randbemerkungen von Ribbentrop:

[1]) F (an Führer?)

[2]) Satz unterstrichen und Randbemerkung: ?? erl(edigt)

[3]) Satz unterstrichen mit zwei Ausrufezeichen am Rande.

[4]) Besuch Potemkins in Ankara, 28. April—6. Mai 1939; Erklärung von Prime Minister Chamberlain im Unterhaus am 12. Mai 1939.

Nr. 16

Film 276, S. 178 376—178 378

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 15. Juni 1939

Der Bulgarische Gesandte suchte mich heute auf und teilte mir vertraulich folgendes mit: Der sowjetrussische Geschäftsträger, zu dem er keine irgendwie intimen Beziehungen habe, habe ihn gestern ohne sichtlichen Anlaß aufgesucht und sei zwei Stunden bei ihm geblieben. Das lange Gespräch, bei dem nicht mit Sicherheit zu erkennen gewesen sei, ob es die persönlichen Ansichten des Herrn Astachoff oder die Ansichten der Sowjetregierung wiedergegeben habe, lasse sich etwa folgendermaßen zusammenfassen:

Die Sowjetunion stehe der augenblicklichen Weltlage zögernd gegenüber. Sie schwanke zwischen drei Möglichkeiten, nämlich dem Abschluß des Paktes mit England und Frankreich, einer weiteren verzögernden Behandlung der Paktverhandlungen und einer Annäherung an Deutschland. Gefühlsmäßig läge der Sowjetunion diese letzte Möglichkeit am nächsten, wobei weltanschauliche Fragen nicht mitzuspielen brauchten. Dazu kämen andere Punkte, so z. B., daß die Sowjetunion den rumänischen Besitz Bessarabiens nicht anerkenne. Hindernd sei aber die Furcht vor einem deutschen Angriff, entweder durch die Baltischen Staaten oder durch Rumänien. Der Geschäftsträger habe in diesem Zusammenhang auch auf „Mein Kampf" hingewiesen. Wenn Deutschland die Erklärung abgeben würde, daß es die Sowjetunion nicht angreifen wolle oder mit ihr einen Nichtangriffspakt abschließen würde, so würde die Sowjetunion wohl von dem Vertragsabschluß mit England absehen. Die Sowjetunion wisse jedoch nicht, was Deutschland eigentlich wolle, wenn man von gewissen, aber nur sehr unklaren Anspielungen absehe. Manche Umstände sprächen auch für die zweite Möglichkeit, nämlich die Paktverhandlungen mit England und Frankreich weiterhin dilatorisch zu behandeln. In diesem Fall würde nämlich die Sowjetunion bei einem etwa ausbrechenden Konflikt weiter freie Hand haben.

Herr Draganoff erzählte weiter, daß er dem Sowjetrussischen Geschäftsträger gegenüber erklärt habe, daß Deutschland nach seiner Ansicht gegenüber der Sowjetunion keine aggressiven Absichten haben könne, wobei er auch darauf hingewiesen habe, daß sich die Situation auch anderen Ländern gegenüber geändert habe, seitdem „Mein Kampf" geschrieben worden sei. Er habe Rußland den Vorwurf gemacht, daß es Rumänien zur Dobrudscha verholfen habe, was

der Geschäftsträger ausschließlich auf das Konto der Zaristischen Regierung schieben wollte.

Herr Draganoff wiederholte zum Schluß nochmals, daß er keine Anhaltspunkte dafür habe, warum ihm Herr Astachoff diese Eröffnung gemacht habe. Er erwog die Möglichkeit, daß dies doch mit der Absicht geschehen sei, daß Herr Draganoff uns darüber berichten werde.

gez. WOERMANN

Nr. 17

Film 103, S. 111 436—111 440

Der Deutsche Geschäftsträger in Moskau an das Auswärtige Amt

Bericht

Deutsche Botschaft
D/261

MOSKAU, den 18. Juni 1939
W. 950[39] g

Geheim!

Im Anschluß an anderweitige Meldung vom 17. 6. 39.

Inhalt: Unterredung mit dem Außenhandelskommissar Mikojan vom 17. 6. 39.

In der Anlage übersende ich eine Aufzeichnung des Legationsrats Hilger über seine Unterredung mit dem Außenhandelskommissar Mikojan am 17. 6. 39. Aus der Tatsache, daß Mikojan Herrn Hilger, nachdem er am Vortage bei ihm angemeldet worden war, gleich nach dessen Ankunft empfing, geht hervor, daß Mikojan Wert darauf legt, den Faden nicht abreißen zu lassen. Daß Mikojan sofort auf den deutschen Vorschlag eingehen würde, war bei der Mentalität der Sowjetregierung, die gegenwärtig auf einem hohen Pferd sitzt, und bei ihren bekannten Verhandlungsmethoden wohl kaum zu erwarten. Die ständig wiederkehrende Behauptung Mikojans, daß er hinter unserem Verhandlungsangebot ein politisches Spiel vermute, dürfte nicht allein taktischen Motiven entspringen, sondern zum Teil seine wirkliche Ansicht wiedergeben. Mikojan scheint zu glauben, daß wir den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Wirtschaftsverhandlungen mit Vorbedacht gewählt hätten. Dies erhellt auch aus seiner Bemerkung, daß wir uns von einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen gerade jetzt einen Vorteil versprächen.

Daß Mikojan sich in seiner Antwort der gleichen Formulierung bedient wie das am 16. Juni veröffentlichte Kommuniqué über die

erste Unterredung Molotows mit dem britischen und französischen Botschafter[1]) und Strang[2]), bildet eine bemerkenswerte Nuance. Hier wie dort wird das Ergebnis als „nicht ganz günstig" bezeichnet.

gez. v. TIPPELSKIRCH

---

[1]) Sir William Seeds und P. E. Naggiar.

[2]) William Strang, Chief of the European Department im Foreign Office.

Aufzeichnung des Legationsrats Hilger, Deutsche Botschaft in Moskau

Aufzeichnung

Anlage zu D/261

Geheim

Betr.: Unterredung mit Mikojan am 17. 6. 39.

Nach vorheriger Anmeldung durch die Botschaft empfing mich der Volkskommissar Mikojan heute gleich nach meiner Rückkehr aus Berlin.

Ich erläuterte Mikojan den Zweck meiner Reise, wobei ich auf den ungünstigen Eindruck hinwies, den seine letzte Mitteilung vom 8. 6. bei uns hervorgerufen hatte. Gleichzeitig forderte ich ihn auf, die Tatsache meiner Reise nach Berlin und die Antwort der Deutschen Regierung, die ich mitgebracht hätte, als einen zusätzlichen Beweis für die Ernsthaftigkeit unserer Absichten hinsichtlich der Verbreiterung und Vertiefung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen betrachten zu wollen. Darauf verlas ich Herrn Mikojan den mir in Berlin ausgehändigten Wortlaut der deutschen Antwort (vgl. Anlage). Der Volkskommissar hörte mit gespannter Aufmerksamkeit zu, während der für Berlin neuernannte stellvertretende Handelsvertreter Babarin, der der Unterhaltung beiwohnte, jedes Wort eifrig mitschrieb. Der Volkskommissar schien von der deutschen Antwort sichtlich beeindruckt. Nichtsdestoweniger erklärte er nach einer kurzen Pause, daß ihn die deutsche Antwort enttäuscht habe, da sie seinen Voraussetzungen nicht entspreche.

Hierauf erläuterte ich dem Volkskommissar — auf Grund der in Berlin hierzu erhaltenen Weisungen — den Inhalt der deutschen Antwort sehr eingehend. Ich hob insbesondere das große deutsche Entgegenkommen hervor, das in der Entsendung des Herrn V.L.R. Schnurre und in der Annahme des letzten Sowjetvorschlages als Gegenstand der Verhandlungen zum Ausdruck komme. Ich erinnerte den Volkskommissar daran, daß er in den Februarverhandlungen den letzten sowjetischen Vorschlag nicht als sein letztes Wort, sondern

als Gegenstand weiterer Verhandlungen bezeichnet hatte. Ich erinnerte ihn ferner an seine Äußerung in der Besprechung vom 8. 6., wo er erklärt habe, daß die Sowjetregierung in der Entsendung des Herrn Schnurre den Beweis dafür sehen werde, daß es der Deutschen Regierung auch mit der „Politik" ernst sei.

Mikojan erwiderte, daß meine beiden letzten Feststellungen durchaus den Tatsachen entsprächen und ich seine Äußerungen richtig wiedergegeben hätte. Nichtsdestoweniger glaube er immer noch nicht, die Sicherheit zu haben, daß es sich bei uns nicht um die Fortsetzung eines politischen Spiels handele, an dem die deutsche Seite gerade im gegenwärtigen Augenblick Interesse habe und von dem sie sich anscheinend Vorteile verspreche.

Hierauf erwiderte ich scharf, daß ich seine Behauptungen über ein angeblich von uns betriebenes politisches Spiel nun schon oft genug zurückgewiesen hätte und daß sie durch eine ständige Wiederholung nicht überzeugender würden. Ich könne überhaupt nicht verstehen, welches Risiko der Volkskommissar in der ganzen Angelegenheit für die Sowjetregierung sehe, da nicht die Sowjetregierung einen Sonderbeauftragten nach Berlin delegiere, sondern die Deutsche Regierung Herrn Schnurre nach Moskau entsende, und zwar in Übereinstimmung mit der im Januar dieses Jahres von der Sowjetregierung ausgesprochenen Bitte.

Herr Mikojan erwiderte, daß auch diese meine Feststellung richtig sei, da die Sowjetregierung seinerzeit den ausdrücklichen Wunsch geäußert habe, die Verhandlungen in Moskau zu führen.

Hierauf erklärte ich dem Volkskommissar, daß es mir völlig unklar sei, was er denn nun eigentlich von uns wolle und welche Antwort er von der Deutschen Regierung erwartet hätte.

Mikojan erwiderte, er hätte auf konkrete Angaben darüber gerechnet, welche Punkte seines letzten Vorschlages wir annähmen und welche nicht.

Ich sagte dem Volkskommissar, daß dies aus dem Inhalt der deutschen Antwort und meinen heutigen mündlichen Erläuterungen deutlich hervorginge. Ich möchte ihm daher zum dritten Male wiederholen, daß, nachdem unsererseits die bestehenden Hindernisse ausgeräumt worden seien, wir auch von der Sowjetregierung ein Eingehen auf unsere Wünsche und eine Erhöhung des sowjetischen Rohstoffangebotes mit Bestimmtheit erwarteten. Alle übrigen weniger wichtigen Punkte müßten den von uns vorgeschlagenen Verhandlungen überlassen bleiben. Dieses unser Angebot stelle das Höchstmaß von Entgegenkommen dar. Wenn es auf dieser Basis nicht bald zu konkreten Verhandlungen komme, so würde die Verantwortung hierfür einzig und allein die Sowjetregierung treffen.

Der Volkskommissar erklärte hierauf, er könne seine Ansicht, daß die deutsche Antwort „nicht ganz günstig" sei, leider nicht ändern. Nichtsdestoweniger würde er sie seiner Regierung unterbreiten und mir das Ergebnis mitteilen.

Moskau, den 17. Juni 1939. gez. HILGER

Geheim

Deutsche Regierung ist bereit, V. L. R. Schnurre nach Moskau zu entsenden mit Vollmacht über Verbreiterung und Vertiefung Wirtschaftsbeziehungen zwischen Reich und Sowjet-Union zu verhandeln und, wenn gemeinsame Grundlage gefunden, abzuschließen. Aus Tatsache Entsendung bevollmächtigten deutschen Unterhändlers bitten wir Sowjetregierung zu entnehmen, daß Deutsche Regierung mit positivem Abschluß auf verbreiterter Grundlage rechnet und diesen wünscht. Eine vorherige Festlegung auf sowjetischen Gegenvorschlag vom Februar 1939 müßten wir jedoch ablehnen, da gerade dieser Gegenvorschlag Gegenstand der Verhandlungen sein soll. Sowjetregierung könne jedoch zur Kenntnis nehmen, daß wir uns in der Zwischenzeit bemüht hätten, Hindernisse, die uns im Februar noch unüberwindlich erschienen wären, auszuräumen. Wir erwarteten aber, daß auch Sowjetregierung Überprüfung sowjetischer Rohstofflieferungen im Sinne deutscher Wünsche vornehme, um Gleichgewicht von Leistung und Gegenleistung unter künftigem Vertrage herzustellen.

Nr. 18

Film 34, S. 23 208

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 27. Juni 1939 17 Uhr 42
Ankunft: 27. Juni 1939 20 Uhr 30

Nr. 113 vom 27. 6. Auf Tel. vom 26. Nr. 132[1])

Meines Erachtens erklärt sich Mikojans Taktik wie folgt: Mikojan will die Besprechung mit uns nicht abreißen lassen, die Verhandlungen jedoch selbst fest in der Hand behalten, um ihren Verlauf jederzeit zu bestimmen. Es paßt der Sowjetregierung gegenwärtig offenbar nicht in den Rahmen ihrer Gesamtpolitik, wenn durch eine Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen, insbesondere einige Reisen eines Sonderbevollmächtigten nach Moskau, eine Sensation entsteht. Die Sowjetregierung glaubt

anscheinend, daß wir durch eine Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen gerade im gegenwärtigen Augenblick eine Einflußnahme auf die Haltung Englands und Polen bezwecken und uns hiervon bestimmte politische Vorteile versprechen. Sie befürchten, daß, sobald wir diese Vorteile erreicht hätten, wir die Verhandlungen wieder versanden lassen würden.

Um dieses Mißtrauen zu zerstreuen, gibt es m. E. folgende Möglichkeiten:

Ich werde beauftragt, Mikojan vorzuschlagen, einen qualifizierten Sonderbeauftragten mit allen erforderlichen Vollmachten nach Berlin zu entsenden, um die Verhandlungen dort fortzuführen und gegebenenfalls zum Abschluß zu bringen. Dieser Weg scheint mir im Hinblick auf die von Mikojan befolgte Taktik weit mehr Aussicht auf Erfolg zu haben. Falls Mikojan diesen Vorschlag ablehnt, bleibt die Möglichkeit, mich mit der Fortführung der Wirtschaftsverhandlungen in Moskau zu betrauen.

Ich behalte mir vor, obige Stellungnahme noch zu ergänzen, sobald ich Gelegenheit gehabt habe, mit Molotow zu sprechen.

SCHULENBURG

---

1) W 9739; nicht gedruckt.

Nr. 19

Film 103, S. 111 454

Notiz des Leiters des Persönlichen Stabes des Reichsaußenministers an das Ministerbüro

Geheim

Pers. Stab RAM
VLR Hewel

An das Ministerbüro

Im Anschluß an das Telegramm des Grafen Schulenburg, bezugnehmend auf die Unterhaltung Hilger—Mikojan, hat der Führer das folgende entschieden:

Man soll den Russen mitteilen, daß man aus ihrem Verhalten ersähe, daß sie die Fortführung weiterer Gespräche von der Annahme der Grundlage unserer Wirtschaftsbesprechungen, wie sie für Januar festgelegt waren, abhängig machten. Da diese Basis für

uns nicht tragbar sei, wären wir an einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsbesprechungen mit Rußland z. Zt. nicht interessiert.

Der Führer hat sich damit einverstanden erklärt, daß man diese Antwort um einige Tage verzögert[1]).

Ich habe dieses telefonisch dem Reichsaußenminister mitgeteilt und sende diese Notiz nur als Anhaltspunkt für eine Rücksprache des zuständigen Herrn mit dem Minister.

BERCHTESGADEN, den 29. 6. 39.

HEWEL

---

1) Randbemerkung von Weizsäckers: *ist inzwischen abgegangen. 10. 7.*

Nr. 20

Film 103, S. 111 452—111 453

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 29. Juni 1939 2.40 Uhr
Ankunft: den 29. Juni 1939 7.20 Uhr

Nr. 115 vom 28. 6.

Cito

Geheim. Ich hatte heute nachmittag Unterredung mit Molotow, der mich gleich nach Anmeldung empfing. Unterredung dauerte über eine Stunde und verlief in freundschaftlicher Form.

Ich legte Molotow die Eindrücke dar, die ich in Berlin aus Gespräch mit maßgebenden Persönlichkeiten insbesondere mit dem Herrn Reichsaußenminister gewonnen hatte. Ich wies darauf hin, daß, wie der Herr Staatssekretär dem Sowjet-Geschäftsträger in Berlin erklärt habe, wir eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland — Sowjetrußland begrüßen würden. Hierfür sei von uns eine Reihe von Beweisen geliefert worden, wie Zurückhaltung der deutschen Presse, Abschluß der Nichtangriffspakte mit den Balten-Staaten und Wunsch nach Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen. Aus all dem gehe hervor, daß Deutschland keine bösen Absichten gegen Sowjetunion hege, zumal der Berliner Vertrag[1]) noch in Kraft sei. Deutscherseits würde auch weiterhin etwaige Gelegenheit benutzt werden, um unseren guten Willen unter Beweis zu stellen. Demgegenüber vermißten wir von Sowjetunion eine Antwort auf die Frage, was Molotow in seiner letzten Unter-

haltung mit mir „Schaffung einer Neuregelung der Basis" gemeint habe. Auch beanstandeten wir die Haltung der Sowjetpresse.

Molotow erwiderte, daß er meine Mitteilungen mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, die Außenpolitik der Sowjetregierung sei entsprechend den Verlautbarungen ihrer Leiter auf die Pflege guter Beziehungen zu allen Staaten gerichtet, dies beziehe sich — unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit — selbstverständlich auch auf Deutschland. Daß nach Ansicht der deutschen Regierung der Berliner Vertrag noch in Kraft sei, nehme er mit Interesse zur Kenntnis, zumal hierüber bei der Sowjetregierung Zweifel bestanden hätten. Zur Frage Nichtangriffspakt-Vertragsverhandlungen mit den Baltenstaaten bemerkte Molotow, daß Deutschland sie im eigenen Interesse und auch nicht der Sowjetunion zuliebe geschlossen habe[2]). Die Dauerhaftigkeit solcher Verträge müsse er nach den Erfahrungen, die Polen gemacht habe, bezweifeln, worauf ich entgegnete, daß Polen die Beendigung des Vertrags dadurch selber herbeigeführt habe, daß es einer uns feindlichen Kombination beigetreten sei, was mit einem Freundschaftsverhältnis zu uns unvereinbar gewesen.

Zur Frage der Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen verwies Molotow auf die letzte Unterredung zwischen Mikojan und Hilger. Molotow zeigte sich unterrichtet, billigte die Haltung Mikojans und anheimstellte uns, Mikojan die gewünschte Auskunft zu erteilen. Nach Erledigung dieser Frage würde sich vielleicht gedachte Herreise Schnurres als nützlich erweisen.

Mein Eindruck geht dahin, daß die Sowjetregierung großes Interesse hat, unsere politische Auffassung kennenzulernen und den Kontakt mit uns aufrechtzuerhalten. Obwohl bei allem, was Molotow äußerte, ein starkes Mißtrauen unverkennbar war, bezeichnete er doch Normalisierung Beziehungen zu Deutschland als erwünscht und möglich. Fortschritt ferner darin zu erblicken, daß Molotow in Verbindung mit Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen diesmal nicht von vorheriger Schaffung einer politischen Basis gesprochen, sondern sich auf die Forderung Mikojan[s] beschränkt hat.

Ich bitte um Drahtanweisung, ob und [in] welcher Form dem auch von Molotow vorgebrachten Wunsche Mikojan[s] entsprochen werden soll. (vgl. Drahtber. 111[3]) und 113[4]) vom 25. d. M. und 27. d. M.).

SCHULENBURG

---

[1]) Freundschafts- und Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion vom 24. April 1926.

[2]) Nichtangriffsverträge Deutschlands mit Estland und Lettland, 7. Juni 1939.

[3]) Nicht gedruckt.

[4]) Dokument Nr. 18.

Nr. 21

Film 103, S. 111 464

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Moskau

BERLIN, den 30. Juni 1939

Diplogerma Telegramm
Moskau
Nr. 134
Auf Telegramm 115

Reichsaußenminister hat von Ihrem Drahtbericht betreffend Unterredung mit Molotow Kenntnis genommen. Er ist der Ansicht, daß auf politischem Gebiet nunmehr bis auf weitere Weisung genügend gesagt sei und daß im Augenblick das Gespräch von uns aus nicht wieder aufzunehmen wäre.

Wegen der etwaigen Wirtschaftsverhandlungen mit der Russischen Regierung sind die hiesigen Überlegungen noch nicht abgeschlossen. Auch auf diesem Gebiet bitte zunächst nichts weiter zu veranlassen, sondern Instruktion abzuwarten.

WEIZSÄCKER

Nr. 22

Film 103, S. 111 466—469

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 3. Juli 1939 20 Uhr 40
Ankunft: 4. Juli 1939 1 Uhr 20

Nr. 121 vom 3. 7. Auf Tel. vom 2. Nr. 139[1])
Citissime!

Weisungsgemäß ergänze ich mein Telegramm Nr. 115 vom 28. Juni wie folgt:

Molotow empfing mich im Kreml, nachdem ich mich drei Stunden vorher bei ihm angemeldet hatte. Einwandfreie Übersetzung war durch Hilger sichergestellt. Molotows Übersetzer versagte.

Ich eröffnete die Unterredung mit dem Hinweis, daß ich auf Grund der in Berlin gehabten Besprechungen — insbesondere mit dem Herrn Reichsaußenminister — den Eindruck hätte, daß man bei uns eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion begrüßen würde. Der Herr Staatssekretär habe unsere Einstellung Herrn Astachow mit voller Deutlichkeit bekanntgegeben. Kennzeichnend für diese Einstellung seien: korrekter Ton der deutschen Presse gegenüber der Sowjetunion, Abschluß von Nichtangriffspakten mit

den Baltischen Staaten und unser Wunsch nach Wiederaufnahme von Wirtschaftsverhandlungen.

Molotow hörte interessiert zu und erklärte, daß er meine Mitteilung mit Genugtuung zur Kenntnis nehme. Ich fortfuhr, seit der Unterhaltung Staatssekretär — Astachow warteten wir auf eine Äußerung von Sowjetseite darüber, was Molotow in der Unterredung mit mir vom 20. Mai mit den Worten „Schaffung einer politischen Basis für die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen" gemeint habe; auch müsse ich ihn darauf hinweisen, daß die Haltung der Sowjetpresse in allen Deutschland berührenden Fragen nach wie vor Anlaß zu ernsten Beanstandungen gebe. Herrn Astachow habe man gesagt, Herr Molotow wolle mir persönlich antworten. Ich sei u. a. gekommen, um mich zu erkundigen, ob er mir etwas zu sagen habe.

In seiner Antwort ging Molotow auf die Frage nach dem Sinn des Begriffs „politische Basis" nicht ein, sondern erklärte, daß die Sowjetregierung entsprechend den Verlautbarungen ihrer Leiter gute Beziehungen zu allen Staaten wünsche und daher — unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit — auch eine Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland begrüßen würde. Es sei nicht Schuld der Sowjetregierung, wenn diese Beziehungen schlecht geworden seien. Den Vorwurf gegen die Sowjetpresse könne er nicht gelten lassen, da ihm eine deutschfeindliche Haltung derselben nicht bewußt sei.

Ich erwiderte, über diese Frage lasse sich viel sagen, ich sei aber nicht gekommen, um von der Vergangenheit zu sprechen, sondern von der Zukunft.

Molotow fragte darauf, wie wir uns die weitere Entwicklung vorstellten und was sich in der letzten Zeit in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion geändert hätte. Was die Nichtangriffspakte betreffe, so seien sie von Deutschland wohl in erster Linie in seinem eigenen Interesse geschlossen worden und gingen nur Deutschland und die beteiligten Staaten an, nicht aber die Sowjetunion. Im übrigen müsse er nach den Erfahrungen, die Polen gemacht habe, die Dauerhaftigkeit solcher Verträge bezweifeln.

Ich entgegnete, unsere Nichtangriffspakte lieferten den Baltischen Staaten eine zusätzliche Sicherheit, woran die Sowjetunion lebhaft interessiert sei. Polen habe die Beendigung des mit uns geschlossenen Vertrags[2]) dadurch selber herbeigeführt, daß es sich unverantwortlich benommen und einer uns feindlichen Kombination beigetreten sei, was mit einem Freundschaftsverhältnis mit uns unvereinbar gewesen wäre. Hierauf meinte Molotow, daß der von Polen mit England geschlossene Vertrag[3]) seines Erachtens ein rein defensiver Akt sei.

Ich widersprach und wies darauf hin, daß das Wort „defensiv" in diesem Zusammenhang nur akademische Bedeutung habe. Sodann kam ich auf die Frage Molotows zurück, wie wir uns die weitere Entwicklung vorstellten und sagte, daß es sich m. E. in Zukunft vornehmlich darum handeln würde, daß beide Staaten alles vermieden, was zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen führe und alles täten, was deren Verbesserung zur Folge haben könnte. Deutschland habe keine böse Absichten gegen die Sowjetunion, ein Beweis hierfür sei u. a. der Berliner Vertrag, den wir seinerzeit verlängert hätten[4]).

Darauf fragte Molotow: „Sind Sie davon überzeugt, daß der Berliner Vertrag wirklich noch in Kraft und nicht durch spätere von Deutschland geschlossene Verträge überdeckt worden ist?" Ich erwiderte: „Ich kenne keine solchen Verträge und habe keinen Anlaß, an der Gültigkeit des Berliner Vertrags zu zweifeln."

Zum Schluß fragte ich Molotow, was er zu der Frage der Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen zu sagen hätte.

Molotow erwiderte, daß ihm der Inhalt letzter Unterredung Mikojans mit Hilger bekannt sei. Er billige Mikojans (... Gr. fehlt)[5]) und stelle anheim, Mikojan die gewünschte Auskunft zu erteilen.

Ich suchte Molotow davon zu überzeugen, daß es nicht im Interesse der Beschleunigung der Wirtschaftsverhandlungen liege, wenn Einzelheiten zwischen Mikojan und Hilger bezw. mir erörtert würden, da wir ständig in Berlin rückfragen müßten. Schnurre dagegen verfüge über alle nötigen Vollmachten, Kenntnisse und Erfahrungen und würde die Verhandlungen zu beiderseitiger Zufriedenheit schnell zu Ende führen können.

Hierauf ließ Molotow erkennen, daß Nichtzustandekommen Reise Schnurres im Februar die Sowjetunion verschnupft hat. Man möge es Mikojan, der die Materie beherrsche, überlassen, das zu verlangen, was er für richtig halte. Wenn von uns die von Mikojan erbetene Auskunft erteilt sei, könne sich vielleicht auch eine Reise Schnurres nach Moskau als nützlich erweisen.

Unteredung schloß in freundschaftlicher Weise und mit meiner wiederholten Bitte, Molotow möge auf Haltung der Sowjetpresse Einfluß nehmen.

SCHULENBURG

---

1) RAM; nicht gedruckt.

2) Am 28. April 1939 erklärte ein deutsches Memorandum an Polen das Nichtangriffsabkommen vom 26. Januar 1934 für außer Kraft gesetzt.

3) Erklärung von Prime Minister Chamberlain im Unterhaus am 6. April 1939.

4) Protokoll vom 24. Juni 1931 zur Verlängerung des Berliner Vertrags vom 24. April 1926, ratifiziert in Moskau am 5. Mai 1933.

5) Fehlendes Wort „Haltung" in Konzept: Film 127, S. 69 541.

Nr. 23

Film 276, S. 178 431—178 434

Botschaftsrat v. Tippelskirch (Deutsche Botschaft in Moskau), z. Zt. in Berlin, an Botschafter Graf von der Schulenburg

Brief

„Schmidts Hotel
Berliner Hof"

BERLIN NW 7, 12. Juli 1939[1])
Neustädtische Kirchstr. 14

Sehr verehrter Herr Botschafter,

Herr Lamla, dem ich Grüße für Sie auftrug, wird Ihnen sicherlich schon einiges erzählt haben. Ich möchte aber doch noch über meine hiesigen Eindrücke berichten. Der Herr RAM war durch den bulgarischen Staatsbesuch[2]) in Anspruch genommen und hat mich nicht zu sehen gewünscht. Aber sonst habe ich mit Ausnahme von Gaus und Selchow, die auf Urlaub, alle in Betracht kommenden Herren gesprochen. Der Herr St. S. interessierte sich dafür, ein Urteil zu hören, welches Ergebnis die engl.-franz.-sowjet. Paktverhandlungen haben würden. Er sagte, er könne sich nicht vorstellen, daß die Sowjet-Union, nachdem sie sich auf die Verhandlungen eingelassen habe, diese ergebnislos verlaufen lassen und wieder in die Isolierung zurücksinken würde. Er interessierte sich ferner für Ihre Unterredungen mit Molotow und bemerkte, seiner Ansicht nach sei politisch für den Augenblick von unserer Seite genug geschehen. Wir besprachen sodann die Weisung betr. Auskunft an Mikojan, wobei ich mich für die Erteilung dieser Auskunft aussprach. (Die Weisung ist vom RAM dem Führer vorgetragen worden und mit einem Zusatz des St. S. betr. Sprachregelung abgegangen.) Der Herr St. S. meinte, wirtschaftlich könne man wohl versuchen, weiterzukommen, aber langsam und schrittweise. Eine Vertiefung des Themas: „Berliner Vertrag" schien der Herr St. S. nicht zu wünschen; er erkundigte sich nach dem Verlauf der Unterredung mit Molotow in diesem Punkt. Ich verwies auf Ihr zweites Telegramm und sagte, das Thema sei von Ihnen nur gestreift worden. Mein Urlaub schien ihm etwas lang!! Ich werde daher Anfang August dort sein. —

Herr Schnurre war in nicht sehr guter Stimmung. Er betonte wiederholt, daß ohne eine positive Reaktion seitens Molotows es schwer möglich sei, weiterzukommen. Er zeigte mir eine am 30. Juni telefonisch übermittelte Weisung des Führers, wonach in

Anbetracht des Verhaltens der Russen weitere Aktionen in Moskau unterbleiben sollten. Schnurre hat darauf eine Aufzeichnung und die Weisung entworfen. Ich sagte ihm, die Botschaft und insbesondere Sie selbst hätten alles Mögliche getan, aber wir könnten auch nicht Molotow und Mikojan durch's Brandenburger Tor heranschleppen.

Bei Woermann war ich leider nur kurz, weil der St. S. mich rufen ließ. Er hielt für bedeutungsvoll, daß die Sowjets durch Astachow die Initiative für die Annäherung ergriffen hätten. Ich habe dem nicht widersprochen, aber auf die im „Temps" veröffentlichte Fournier-Meldung über die negative Verlautbarung der hiesigen Sowjetbotschaft hingewiesen, die ihm entgangen war. Er machte übrigens eine interessante Bemerkung über den Berliner Vertrag, die es ratsam erscheinen läßt, ohne Instruktion das Thema nicht wieder zu berühren. Näheres mündlich!

Mit Schliep habe ich mich über die Komsomolleute unterhalten und ihn veranlaßt, wegen der Abbeförderung nun das Weitere in die Wege zu leiten[3]). Natürlich haben wir auch sonst alles in Betracht kommende besprochen, desgleichen Meyer-Heydenhagen. Herrn Schwendemann habe ich auch auf die Komsomolleute scharf gemacht. Dann habe ich mit Braun-Stumm (da Dr. Schmidt nicht greifbar) alles pressemäßige im Sinne Ihres Briefes an Seibert, der übrigens noch Schmidt vorlag[4]), besprochen, was auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

In der Personalabteilung habe ich Kriebel, Schroeder, Dienstmann, Dittmann p. p. gesprochen. Ich habe mich im Sinne Ihrer Anweisung dagegen ausgesprochen, daß einer von uns wegversetzt würde.

Nach meinen Eindrücken ist das Problem Sowjetunion hier nach wie vor höchst interessant. Unsere Meinungen sind aber schwankend und unentschieden. Eine politische Willensbildung hat sich noch nicht durchgesetzt. — Heute abend fahre ich nach Bad Gastein, Hotel Kaiserhof. Mit den angelegentlichsten Empfehlungen bin ich, sehr verehrter Herr Botschafter, Heil Hitler! Ihr Ihnen aufrichtig ergebener

W. von TIPPELSKIRCH

---

1) Eingegangen Moskau 14. Juli.

2) Besuch des Ministerpräsidenten G. Kiosseivanoff in Berlin, 5.—7. Juli 1939.

3) Austausch von in der Sowjetunion verhafteten deutschen Reichsangehörigen gegen sieben Matrosen des Ende 1936 von der Franco-Regierung aufgebrachten Sowjetdampfers „Komsomol".

4) Betrifft Graf Schulenburgs Stellungnahme (29. Juni) zu einem ihm von Dr. Seibert, dem außenpolitischen Schriftleiter des „Völkischen Beobachter", am 24. Juni übersandten Entwurf eines Artikels über die deutsch-sowjetischen Beziehungen (Film 127, S. 69 544—69 548, nicht gedruckt).

Nr. 24

Film 103, S. 111 485

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 22. Juli 1939 13 Uhr 07
Ankunft: 22. Juli 1939 13 Uhr 35

Nr. 136 vom 22. 7.

Cito!

Gesamte heutige Sowjetpresse bringt unter Überschrift „Im Außenhandelskommissariat" folgende Meldung: „In diesen Tagen sind sowjetisch-deutsche Verhandlungen über Handel und Kredit wieder aufgenommen worden. Von seiten Außenhandelskommissariat werden daher Verhandlungen durch den stellvertretenden Handelsvertreter in Berlin, Babarin, von deutscher Seite durch Schnurre geführt."

SCHULENBURG

Nr. 25

Film 127, S. 69 530—69 536

Aufzeichnung des VLR Dr. Schnurre,
Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 27. Juli 1939

Geheim!

W 1216 g

Aufzeichnung

Entsprechend der mir erteilten Weisung habe ich gestern abend den Sowjetgeschäftsträger Astachoff und den Leiter der hiesigen Handelsvertretung der U.d.S.S.R., Babarin, zum Abendessen zu Ewest eingeladen. Die Russen blieben bis etwa ½1 Uhr. Das Gespräch über die uns interessierenden politischen und wirtschaftlichen Probleme wurde von den Russen in lebhafter und interessierter Weise aufgenommen, so daß eine zwanglose und gründliche Erörterung der einzelnen mir von dem Herrn R. A. M. bezeichneten Themen möglich war. Aus den Gesprächen ist folgendes hervorzuheben:

1. Anknüpfend an Bemerkungen Astachoffs über die frühere enge Zusammenarbeit und außenpolitische Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland setzte ich auseinander, daß mir eine solche Zusammenarbeit auch jetzt erreichbar schiene, wenn die Sowjetregierung darauf Wert lege. Ich könnte mir dabei 3 Etappen vorstellen:

Etappe 1: Die Wiederherstellung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet durch unseren abzuschließenden Kredit- und Wirtschaftsvertrag.

Etappe 2: Die Normalisierung und Besserung der politischen Beziehungen. Hierzu gehöre u. a. die Respektierung der Interessen des anderen Teiles in Presse und öffentlicher Meinung, die Achtung des wissenschaftlichen und kulturellen Schaffens des anderen Landes. Die offizielle Teilnahme Astachoffs am Tag der Deutschen Kunst in München oder die von ihm bei dem Herrn Staatssekretär angeregte Einladung deutscher Teilnehmer zur landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau könnten z. B. hier eingereiht werden.

Etappe 3 würde die Wiederherstellung guter politischer Beziehungen sein, entweder in Anlehnung an das, was früher gewesen wäre (Berliner Vertrag) oder eine Neuordnung unter Berücksichtigung der beiderseitigen lebenswichtigen politischen Interessen. Auch diese Etappe 3 schiene mir erreichbar, denn außenpolitische Gegensätzlichkeiten, die eine solche Ordnung zwischen den beiden Ländern ausschlössen, beständen meiner Meinung nach auf der ganzen Linie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und dem Fernen Osten nicht. Dazu komme bei aller Verschiedenheit der Weltanschauung e i n Gemeinsames in der Ideologie Deutschlands, Italiens und der Sowjetunion: Gegnerstellung gegen die kapitalistischen Demokratien. Wir hätten ebensowenig wie Italien etwas gemeinsam mit dem Kapitalismus des Westens. Deshalb schiene es uns reichlich paradox, wenn sich die Sowjet-Union als sozialistischer Staat jetzt ausgerechnet an die Seite der westlichen Demokratien stellen wolle.

2. Astachoff bezeichnete unter lebhafter Zustimmung von Babarin den Weg der Annäherung an Deutschland als denjenigen, der den Lebensinteressen der beiden Länder entspräche. Er hob jedoch hervor, daß das Tempo wohl nur ein langsames und allmähliches sein könne. Die Sowjet-Union habe sich durch die nationalsozialistische Außenpolitik auf das schwerste bedroht fühlen müssen. Wir hätten für unsere heutige politische Situation den treffenden Begriff der Einkreisung gefunden. Genau so hätte sich nach den September-Ereignissen des letzten Jahres die politische Situation für die Sowjet-Union dargestellt. Astachoff erwähnte den Antikominternpakt und unsere Beziehungen zu Japan, ferner München und die dort von uns errungene freie Hand in Osteuropa, deren politische Auswirkung sich gegen die Sowjet-Union hätte richten müssen. Wir betrachteten doch wohl die baltischen Staaten und Finnland sowie Rumänien als unsere Interessengebiete, was für die Sowjet-Regierung das Gefühl der Bedrohung vervollständigt hätte. An eine Schwenkung der deutschen

Politik gegenüber der Sowjet-Union wolle man in Moskau nicht recht glauben. Ein Umschwung könne erst allmählich erwartet werden.

3. In meiner Erwiderung wies ich darauf hin, daß die deutsche Ostpolitik inzwischen ganz andere Wege gegangen sei. Von einer Bedrohung der Sowjet-Union könne bei uns keine Rede sein, unsere Ziele gingen in ganz anderer Richtung. Den Antikominternpakt habe Molotow in seiner letzten Rede[1]) selbst als camouflage eines gegen die westlichen Demokratien gerichteten Bündnisses bezeichnet. Die Danziger und die damit verbundene polnische Frage kenne er. Ich sähe darin alles andere als einen Interessengegensatz zwischen Deutschland und der Sowjet-Union. Daß wir die Integrität der baltischen Staaten und Finnlands respektieren würden, sei durch unsere Nichtangriffspakte und unsere Angebote dazu hinreichend klar geworden. Unsere Beziehung zu Japan sei die einer gut fundierten Freundschaft, die aber nicht gegen Rußland gerichtet sei. Die deutsche Politik sei gegen England gerichtet. Das sei das Entscheidende.

Ich könnte mir, wie schon vorher gesagt, einen weitgehenden Ausgleich der beiderseitigen Interessen vorstellen, unter Berücksichtigung der lebenswichtigen russischen Fragen. Diese Möglichkeit wäre jedoch in dem Augenblick verschlossen, in dem die Sowjet-Union sich durch eine Paktunterschrift an die Seite Englands gegen Deutschland stellte. Die Sowjet-Union habe dann gewählt und würde sich dann mit England in die deutsche Gegnerschaft teilen können. Nur aus diesem Grunde hätte ich gegen seine Ansicht Einwendungen zu erheben, daß das Tempo einer etwaigen Verständigung zwischen Deutschland und der Sowjet-Union langsam sein müsse. Die Zeit sei jetzt geeignet, aber nicht mehr nach einem Paktabschluß mit London. Man müsse sich das in Moskau überlegen. Was könne England Rußland bieten? Bestenfalls die Beteiligung an einem europäischen Krieg und die Feindschaft Deutschlands, doch wohl kaum ein erstrebenswertes Ziel für Rußland. Was könnten wir dagegen bieten? Neutralität und Herausbleiben aus einem etwaigen europäischen Konflikt und, wenn Moskau wolle, eine deutsch-russische Verständigung über die beiderseitigen Interessen, die sich ebenso wie in früheren Zeiten zum Nutzen für beide Länder auswirken würde.

4. Astachoff kam in der folgenden Unterhaltung wieder auf die Frage der baltischen Staaten zurück und fragte, ob wir dort außer einer wirtschaftlichen Durchdringung sonstige weitergehenden politischen Ziele hätten. Ebenso stark beschäftigte ihn die rumänische Frage. Bei Polen brachte er zum Ausdruck, daß Danzig so oder so zum Reich kommen würde, und daß auch die Korridorfrage irgendwie zugunsten des Reichs gelöst werden müßte. Er stellte die Frage, ob nicht auch die ehemals zu Österreich gehörigen Gebiete nach

Deutschland tendierten, insbesondere die galizischen und ukrainischen Gebiete. Ich habe mich nach einer Schilderung unserer handelspolitischen Beziehungen zu den baltischen Staaten darauf beschränkt zu sagen, daß sich aus all diesen Fragen jedenfalls kein deutsch-russischer Interessengegensatz ergebe. Im übrigen habe die Lösung der *ukrainischen Frage gezeigt, daß wir hier nichts anstrebten,* was Sowjetinteressen gefährdete.

5. Einen ziemlich breiten Raum nahm die Debatte darüber ein, warum der Nationalsozialismus außenpolitisch die Gegnerschaft der Sowjet-Union gesucht habe. Man habe dies in Moskau nie recht verstehen können. Für die innerpolitische Gegnerstellung gegen den Kommunismus habe man immer volles Verständnis gehabt. Ich habe die Gelegenheit benutzt, um ausführlich unsere Auffassung über die Wandlung des russischen Bolschewismus in den letzten Jahren darzulegen. Die Gegnerschaft des Nationalsozialismus habe sich als etwas ganz Selbstverständliches aus dem Kampf gegen die von Moskau abhängige K.P.D. ergeben, die nur ein Werkzeug der Komintern war. Der Kampf gegen die K.P.D. sei längst beendet. Der *Kommunismus sei in Deutschland ausgerottet. Die Komintern sei in* ihrer Bedeutung weit hinter dem Politbüro zurückgetreten, wo jetzt eine ganz andere Politik gemacht werde als zu der Zeit, als die Komintern vorherrschend gewesen sei. Die Verschmelzung des Bolschewismus mit der nationalen Geschichte Rußlands, die sich in der Verherrlichung großer russischer Männer und Taten zeige (Feier der Schlacht von Poltawa, Peter der Große, Schlacht auf dem Peipussee, Alexander Newski) habe das internationale *Gesicht des Bolschewis*mus, wie wir es sehen, doch einigermaßen gewandelt, zumal Stalin die Weltrevolution ad calendas graecas vertagt habe. Wir sähen bei dieser Sachlage heute Möglichkeiten, die wir früher nicht gesehen hätten, vorausgesetzt, daß jeder Versuch unterbliebe, in Deutschland in irgendeiner Form kommunistische Propaganda zu treiben.

6. Astachoff betonte zum Schluß, wie wertvoll ihm diese Unterhaltung gewesen wäre. Er werde sie nach Moskau berichten und hoffe, daß sie dort sichtbare Spuren in der weiteren Entwicklung hinterlassen werde. Anschließend wurde eingehend die Frage des Wirtschafts- und Kreditvertrages durchgesprochen.

7. Ich hatte nach den Ausführungen der Russen den Eindruck, daß man in Moskau noch keine Entscheidung getroffen hat, was man letzten Endes tun will. Über Stand und Aussichten der englischen Paktverhandlungen schwiegen sich die Russen aus. Es hat nach allem den Anschein, als ob man in Moskau einstweilen sowohl uns als England gegenüber die Taktik des Hinzögerns und Hin-

haltens betreibt, um die Entscheidungen, deren Tragweite man völlig einsieht, hinauszuschieben. Daher die rezeptive Haltung der Russen nach den verschiedenen Gesprächen, insbesondere die Haltung Molotows, daher das Hinziehen der Wirtschaftsverhandlungen, daher wohl auch die Zurückhaltung des Botschafters Merekalow in Moskau. Hemmend fällt weiter das übergroße Mißtrauen ins Gewicht, das nicht nur uns gegenüber, sondern auch gegenüber England besteht. Von unserem Gesichtspunkt aus dürfte es schon als beträchtlicher Erfolg zu werten sein, wenn Moskau heute noch nach monatelangen Verhandlungen mit England in der Unsicherheit verharrt, was es letzten Endes tun soll.

gez. SCHNURRE

---

[1]) Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet der UdSSR am 31. Mai 1939; vgl. S. 45.

Nr. 26

Film 127, S. 69 528—69 529

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Moskau

Erlaß

BERLIN, den 29. Juli 1939[1])

W 1216 g Geheim!

Am 26. d. M. abends fand eine eingehende Besprechung Schnurres *mit Astachoff und Babarin statt, deren Inhalt aus der anliegenden* Aufzeichnung[2]) ersichtlich ist. Aus der Antwort Astachoffs ist zu schließen, daß ein ausführlicher Bericht von ihm bereits in Moskau vorliegt. Astachoff stellte zum Schluß die Frage, ob dann, wenn eine hochgestellte sowjetische Persönlichkeit sich mit einer hochgestellten deutschen Persönlichkeit über diese Fragen unterhielte, ähnliche Ansichten von uns vertreten würden. Schnurre hat diese Frage dem Sinne nach zustimmend beantwortet.

Es wäre uns wichtig zu wissen, ob die Astachoff und Babarin gegenüber gemachten Ausführungen eine Resonanz in Moskau gefunden haben. Wenn Sie die Gelegenheit dazu sehen, eine erneute Besprechung mit Molotow herbeizuführen, bitte ich in diesem Sinne zu sondieren und hierbei gegebenenfalls die Gedankengänge der Aufzeichnung auch Ihrerseits zu verwenden. Stellt sich dabei heraus, daß Molotow aus der bisher von ihm eingehaltenen Reserve heraustritt, so können Sie in Ihren Darlegungen noch einen Schritt weitergehen und das etwas mehr konkretisieren, was in der Aufzeichnung allgemein ausgedrückt ist. Das betrifft insbesondere die polnische

Frage. Wir wären bereit, bei jeder Entwicklung der polnischen Frage, sei es, wie wir es wünschen, auf friedlichem Wege, sei es auf einem uns aufgezwungenen anderen Wege, alle sowjetischen Interessen zu wahren und uns mit der dortigen Regierung darüber zu verständigen. Auch in der baltischen Frage könnte bei einem positiven Verlauf des Gesprächs der Gedanke vertieft werden, daß wir unsere Haltung gegenüber dem Baltikum so einrichten, daß lebenswichtige sowjetische Ostseeinteressen respektiert werden.

im Konzept gez. von WEIZSÄCKER

---

1) Eingegangen Moskau 31. Juli.
2) Dokument Nr. 25.

Nr. 27

Film 695, S. 260 369

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus BERLIN den 3. August 1939 13 Uhr 47 Min.
Ankunft in MOSKAU den 3. August 1939 18 Uhr — Min.

Diplogerma
Moskau
Nr. 164 vom 3. VIII.
Citissime

Geheim. Für den Herrn Botschafter zur Information.

Im Anschluß an Drahtweisung vom heutigen Tage.[1]) Nach politischer Lage und im Interesse der Beschleunigung liegt uns, unbeschadet Ihres für heute festgesetzten Gesprächs mit Molotow, daran, Fortsetzung Gesprächs über Konkretisierung deutsch-sowjetischen Interessenausgleichs in Berlin zu führen; zu diesem Zweck wird Schnurre heute Astachoff empfangen und ihm sagen, daß wir zu konkreter Fortsetzung bereit wären, wenn das auch Wunsch der Sowjetregierung sei; wir schlügen in diesem Falle vor, daß Astachoff sich Instruktionen von Moskau hierfür geben ließe. Wir wären dann bereit, ganz konkret über die die Sowjetunion etwa interessierenden Fragen zu sprechen.

WEIZSÄCKER

---

1) Tel. Nr. 165 (nicht gedruckt). Abgang aus Berlin 12 Uhr 58 Min.: Film 695, S. 260 368.

Nr. 28

Film 127, S. 69 519—69 521

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus BERLIN, den 3. August 1939, 15 Uhr 47 Min.
Ankunft in MOSKAU, den 4. August 1939, 4 Uhr 30 Min.

Diplogerma

Moskau

Nr. 166 vom 3. August.

Citissime!

Für Herrn Botschafter persönlich!

Ich empfing gestern abend russischen Geschäftsträger, der vorher in anderen Angelegenheiten im Amt war. Ich bezweckte, mit ihm die Ihnen bekannten Gespräche fortzusetzen, die schon vorher von Mitgliedern Auswärtigen Amts in meinem Einverständnis mit Astachow geführt worden waren. Ich anknüpfte an die Handelsvertragsbesprechungen, die sich zur Zeit erfreulich entwickeln, und bezeichnete ein solches Handelsabkommen als eine gute Etappe auf dem Wege einer Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen, wenn man eine solche wolle. Bekanntlich sei seit mehr als einem halben Jahr die Tonart unserer Presse gegenüber Rußland eine wesentlich andere. Ich hielte, sofern auf russischer Seite der Wille dazu vorhanden sei, eine Neugestaltung unserer Beziehungen für möglich, unter zwei Voraussetzungen:

a) Nichteinmischung in die inneren Dinge des anderen Staates (diese glaubt Herr Astachow ohne weiteres zusagen zu können)

b) Verzicht auf eine gegen unsere Lebensinteressen gerichtete Politik. Hierauf wußte Astachow keine ganz eindeutige Antwort zu geben, meinte aber, daß seine Regierung den Wunsch habe, eine Verständigungspolitik mit Deutschland zu führen.

Ich fortfuhr, unsere Politik sei eine gradlinige und auf lange Sicht angelegte, wir hätten keine Eile. Unsere Bereitschaft gegenüber Moskau sei vorhanden, es ankomme also darauf, welchen Weg die dortigen Machthaber beschreiten wollten. Stelle sich Moskau . . .[1]), so wüßten wir, woran wir wären und wie wir zu handeln hätten, im umgekehrten Fall gebe es kein Problem von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, was zwischen uns nicht zu lösen sei. Ich sagte, daß an der Ostsee für uns beide Platz sei und daß russische Interessen

hier mit unseren in keiner Weise zu kollidieren brauchten. Was Polen angehe, so sähen wir weiterer Entwicklung aufmerksam und eiskalt zu. Bei polnischer Provokation würde Abrechnung mit Polen in Wochenfrist erledigt sein. Für diesen Fall machte ich eine leichte Andeutung darüber, uns über das Schicksal Polens mit Rußland zu verständigen. Die deutsch-japanischen Beziehungen schilderte ich als gut und freundlich; dieses Verhältnis sei ein dauerndes. Hinsichtlich des russisch-japanischen Verhältnisses hätte ich jedoch meine besonderen Anschauungen (womit ein modus vivendi zwischen beiden Ländern auf lange Frist gemeint war).

Ich habe ganzes Gespräch im Ton der Gelassenheit geführt und gab dem Geschäftsträger zum Schluß noch einmal zu verstehen, daß wir in der großen Politik keine Taktik treiben wie die demokratischen Mächte. Wir hätten Gewohnheit, auf solidem Boden zu bauen, brauchten auf schwankende öffentliche Meinung keine Rücksicht zu nehmen und wünschten keine Sensationen. Würden Gespräche wie die unsrigen nicht so diskret behandelt, wie sie es verdienten, müsse ihre Fortsetzung unterbleiben. Wir machten davon kein Aufheben; die Wahl liege, wie gesagt, bei Moskau. Interessiere man sich dort für unsere Gedankengänge, so könne ja wohl Herr Molotow demnächst wieder einmal mit dem Grafen Schulenburg den Faden aufnehmen. (Dies überholt durch Telegramm Nr. 164.)[2])

Schluß des Gesprächs.

Zusatz für Grafen Schulenburg:

Ich habe Gespräch geführt, ohne irgendwelche Eile zu zeigen. Geschäftsträger, der interessiert schien, hat seinerseits mehrfach versucht, Gespräch zu konkretisieren, worauf ich ihm zu erkennen gab, daß ich zu einer Konkretisierung bereit sei, sobald grundlegender Wunsch Sowjetregierung nach Neugestaltung offiziell mitgeteilt wird. Falls Astachow in diesem Sinne instruiert wird, besteht unsererseits Interesse an baldiger Konkretisierung. Dies ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information.

RIBBENTROP.

---

[1]) Lücke in Entzifferung durch die Botschaft; im Konzept heißt es: Stelle sich Moskau negativ, so ... Ergänzt nach den Akten „Rußland adh. II" des Büros des Staatssekretärs: Film 34 S. 23 890.

[2]) Dokument Nr. 27.

Nr. 29

Film 127, S. 69 522—69 527

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm.

Auswärtig

Berlin

Tel. Nr. 158 vom 3. August.

Auf Erlaß W 1216 g vom 29. Juli[1]) und Drahtweisung vom 31. Juli[2]).

In heutiger 1¼stündiger Unterredung trat Molotow aus seiner sonstigen Reserve heraus und zeigte sich ungewöhnlich aufgeschlossen.

Ich knüpfte an meine letzte Unterredung mit M. an und sagte, daß inzwischen die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin wiederaufgenommen worden seien und anscheinend erfolgversprechenden Verlauf nähmen. Wir rechneten infolgedessen mit baldigem Abschluß. Darüber hinaus hätte zwischen Schnurre und Sowjetvertretern in Berlin Gedankenaustausch stattgefunden, über dessen Inhalt M. sicher unterrichtet sei. M. bestätigte, daß er „in großen Zügen" Bescheid wisse. An die Frage Astachows anknüpfend, ob die Ausführungen Schnurres gegebenenfalls auch von einer autoritären deutschen Persönlichkeit vertreten werden würden, erklärte ich, daß ich den Auftrag hätte, die von Schnurre entwickelten Gedankengänge ausdrücklich zu bestätigen. Ich führte sodann aus, wie wir uns auf der Grundlage der von Schnurre erwähnten 3 Etappen die Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion dächten. Anschließend erklärte ich, daß unseres Erachtens von Ostsee bis zum Schwarzen Meere keine Gegensätze zwischen Deutschland und der Sowjetunion beständen, daß Antikominternpakt nicht gegen Sowjetunion gerichtet sei, daß wir durch Abschluß von Nichtangriffsverträgen mit den Baltenstaaten unseren Entschluß dokumentiert hätten, ihre Integrität zu respektieren, und daß unsere bekannten Forderungen gegen Polen keine Beeinträchtigung sowjetischer Interessen bedeuteten. Wir glaubten daher, daß Interessenausgleich durchaus möglich, und bäten hierzu um Meinung der Sowjetregierung.

M. gab in längeren Ausführungen punktweise Antwort. Er erklärte, daß Sowjetregierung Abschluß Wirtschaftsabkommens stets gewünscht habe und, falls auf deutscher Seite gleicher Wunsch bestehe, so beurteile er Aussichten auf Zustandekommen eines Wirtschaftsabkommens als durchaus günstig. Was die Haltung der Sowjetpresse betreffe, so halte er unsere Vorwürfe — von Ausnahmen

abgesehen — für unbegründet. Er stehe aber auf Standpunkt, daß die Presse beider Länder alles unterlassen müsse, was eine Verschärfung der Beziehungen zur Folge haben könnte. Die allmähliche Aufnahme von kulturellen Beziehungen halte er für notwendig und zweckmäßig und stelle fest, daß erfreuliche Ansätze einer Besserung bereits vorhanden.

Zur Frage der politischen Beziehungen übergehend erklärte M., daß auch Sowjetregierung Normalisierung und Besserung der beiderseitigen Beziehungen wünsche. Es sei nicht ihre Schuld, daß Beziehungen sich so verschlechtert hätten. Den Grund hierfür sähe er erstens im Abschluß des Antikominternpaktes und in allem, was in diesem Zusammenhang gesprochen und getan worden sei. Auf meinen Einwand, daß Antikominternpakt nicht gegen Sowjetunion gerichtet und von M. selbst am 31. Mai als Bündnis gegen westliche Demokratien bezeichnet worden sei, sagte M., daß Antikominternpakt trotzdem aggressive Haltung Japans gegenüber Sowjetunion gefördert habe. Zweitens habe Deutschland Japan unterstützt, und drittens habe die Deutsche Regierung immer wieder zu erkennen gegeben, daß sie an keinerlei internationalen Konferenzen teilnehmen würde, an denen die Sowjetunion beteiligt sei. Als Beispiel führte M. die Zusammenkunft in München an.

Ich widersprach M. eingehend, indem ich betonte, daß es sich nicht darum handele, über die Vergangenheit zu diskutieren, sondern um neue Wege zu finden.

M. erwiderte, daß Sowjetregierung bereit sei, sich an der Suche nach solchen Wegen zu beteiligen, jedoch müsse er auf der Frage bestehen, wie meine heutigen Erklärungen mit den von ihm erwähnten 3 Punkten in Einklang zu bringen seien. Für eine veränderte Einstellung der Deutschen Regierung fehlten vorläufig noch die Beweise.

Ich betonte darauf erneut die Tatsache des Fehlens außenpolitischer Gegensätze und erwähnte deutsche Bereitschaft, unsere Haltung gegenüber Baltikum gegebenenfalls so einzurichten, daß lebenswichtige sowjetische Ostseeinteressen gesichert blieben.

Bei der Erwähnung Baltikums interessierte sich M. dafür, welche Staaten wir darunter verständen, und ob auch Litauen dazu gehöre.

Zur polnischen Frage erklärte ich, daß wir unsere bekannten Forderungen gegen Polen aufrechterhielten, aber eine friedliche Lösung anstrebten. Sollte uns dagegen eine andere Lösung aufgezwungen werden, so seien wir bereit, alle sowjetischen Interessen zu wahren und uns hierüber mit der Sowjetregierung zu verständigen.

M. zeigte sichtbares Interesse, sagte aber, daß eine friedliche Lösung in erster Linie von uns abhinge.

Ich habe dem energisch widersprochen und darauf hingewiesen, daß englische Garantie es leider dazu gebracht habe, daß Entscheidung bei polnischen Instanzen liege.

Ich zurückwies sodann Molotows Behauptung, daß Deutschland allein an Verschlechterung deutsch-sowjetischer Beziehungen schuld sei. Ich erinnerte ihn an verhängnisvolle Rolle Abschlusses Vertrages mit Frankreich von 1935[3]) und hinzufügte, daß etwaige erneute Beteiligung Sowjetunion an deutschfeindlicher Kombination ähnliche Rolle spielen könnte.

M. erwiderte, daß die gegenwärtigen von Sowjetunion eingeschlagenen Wege rein defensive Ziele und Festigung einer Abwehrfront gegen Aggression verfolgten. Im Gegensatz hierzu habe Deutschland mit Antikominternpakt[4]) aggressive Haltung Japans unterstützt und gefördert und verfolge mit militärischem Bündnisvertrag mit Italien[5]) neben defensiven auch offensive Zwecke.

Zum Schlusse versicherte M., daß er seine Regierung von meinen Mitteilungen in Kenntnis setzen werde, und wiederholte, daß auch Sowjetregierung Normalisierung und Besserung Beziehungen wünsche.

Aus gesamter Haltung M.'s ergab sich, daß bei Sowjetregierung zwar größere Bereitschaft zu Verbesserung deutsch-sowjetischer Beziehungen vorhanden, daß jedoch altes Mißtrauen gegen Deutschland weiterbesteht. Mein Gesamteindruck geht dahin, daß Sowjetregierung gegenwärtig entschlossen, mit England—Frankreich abzuschließen, falls diese sämtliche sowjetischen Wünsche erfüllen. Allerdings dürften Verhandlungen noch lange dauern, zumal Mißtrauen gegenüber England ebenfalls groß. Ich glaube, daß meine Mitteilungen M. beeindruckt haben, trotzdem wird es erheblicher Anstrengungen unsererseits bedürfen, um Umschwung bei Sowjetregierung herbeizuführen. SCHULENBURG

---

[1]) Dokument Nr. 26.

[2]) Nicht gedruckt.

[3]) Beistandspakt Frankreich—Sowjetunion, 2. Mai 1935.

[4]) Antikominternpakt Deutschland—Japan vom 25. November 1936, erweitert durch den Hinzutritt Italiens am 6. November 1937, Ungarns und Mandschukuos am 24. Februar 1939 und Spaniens am 27. März 1939.

[5]) Deutsch-italienischer Freundschafts- und Bündnispakt („Stahlpakt") vom 22. Mai 1939.

Nr. 30

Film 276, S. 178 513—178 517

Der Deutsche Botschafter in Moskau an Vortragenden Legationsrat Schliep im Auswärtigen Amt

Brief

MOSKAU, den 7. August 1939

Lieber Herr Schliep!

Verbindlichsten Dank für Ihren Brief vom 8. d. M.[1]) und seine interessante Anlage.

Tatsächlich habe ich inzwischen die telegraphische Weisung bekommen, am Parteitage teilzunehmen. Ich soll am 1. September mit den übrigen Herren des Auswärtigen Amtes in der neuen grauen Uniform von Berlin nach Nürnberg fahren. Das bedeutet, daß ich spätestens am 27. August in Berlin sein muß: eine letzte Anprobe und der Ankauf einer Anzahl Zubehörteile sind unvermeidlich.

Aus unserem Telegramm wissen Sie, daß die politischen Verhandlungen der Engländer und Franzosen zunächst unterbrochen worden sind. Mr. Strang ist heute morgen nach London abgeflogen, da sich angeblich eine große Masse Arbeit für ihn angehäuft hat. Ende der Woche kommen die britischen und französischen Offiziere. Auch die hiesigen britischen Militärs beurteilen die Aussichten der bevorstehenden militärischen Verhandlungen sehr skeptisch. Unter den Mitgliedern der englischen Militärmission befindet sich der frühere Luftattaché in Moskau Collier. Collier ist ein sehr nüchterner und ruhiger Mann und kennt die Sowjetverhältnisse gut. Er war in der Interventionszeit auch in Archangelsk. Seine Entsendung wird von den hiesigen Engländern begrüßt, da er sich nichts von den Sowjets vormachen lassen werde und ihre Verhandlungsmethoden kenne.

Von den bisher geführten politischen Verhandlungen hören wir, daß Herr Molotow bis zum letzten Tage steif und stumm dabeigesessen hat[2a]). Er hat kaum jemals den Mund aufgetan und wenn, dann waren es nur kurze Sätze: „Ihre Ausführungen erscheinen mir nicht ganz zufriedenstellend zu sein. Ich werde meine Regierung verständigen." Der englische und französische Botschafter[3]) sollen beide völlig erschlagen und glücklich sein, daß sie jetzt eine Ruhepause vor sich haben. Der Franzose hat einem meiner Gewährsmänner gesagt: „Gott sei Dank, daß der Kerl[2b]) nicht an den militärischen Verhandlungen teilnimmt!"

Über meine Gespräche mit Molotow sind Sie natürlich unterrichtet. Ich glaube, daß wir den Sowjets doch ein paar tüchtige Flöhe ins

Ohr gesetzt haben. Bei jedem Wort und bei jedem Schritt merkt man das sehr große Mißtrauen uns gegenüber. Daß dem so ist, wußten wir ja seit langem. Das Unglück dabei ist nur, daß das Mißtrauen solcher Leute sehr leicht entflammt und nur schwer und langsam wieder beseitigt werden kann.

Ich schrieb Ihnen neulich von einem angeblichen Boxkampf zwischen dem plötzlich von hier weggegangenen türkischen Botschafter Apaydin und seinem Militärattaché[4]). Ich glaubte damals nicht an diese Nachricht, sie scheint trotzdem richtig zu sein. Ich höre jetzt aus guter Quelle, daß die Prügelei sich sogar vor Zeugen abgespielt hat. Zunächst ist auch der Militärattaché abberufen worden, doch hat man diese Maßregel zurückgezogen, wohl um den hier umlaufenden Gerüchten von Streit keinen neuen Auftrieb zu geben.

Mein alter Bekannter, der Gesandte Idman, der gegenwärtig die hiesige Finnische Gesandtschaft verwaltet, hat mir erzählt, daß Molotow, als er ihn besuchte, sich sehr unzufrieden über die Rußland feindliche Haltung der finnischen Presse ausgesprochen habe. Idman will erwidert haben, daß die finnische Presse frei sei zu schreiben, was sie wolle, und wenn sie sowjetfeindliche Artikel drucke, so müsse die Sowjetunion wohl selber dazu Veranlassung gegeben haben.

Der hiesige dänische Gesandte[5]) hat erst vor kurzem Molotow seinen ersten Besuch gemacht. Der Ministerpräsident hat den Gesandten auf den deutsch-dänischen Nichtangriffsvertrag[6]) angesprochen. Er hat die Erklärung des Gesandten, daß Dänemark über den Paktabschluß sehr befriedigt sei, zur Kenntnis genommen, ohne etwas zu erwidern.

Auch die hiesigen Gesandten Lettlands und Estlands[7]) haben in Gesprächen mit Molotow die deutschen Nichtangriffsverträge als Friedenssicherung geschildert und darauf hingewiesen, daß der Abschluß der Verträge ganz natürlich gewesen sei, da ja Lettland und Estland entsprechende Nichtangriffsverträge mit der Sowjetunion ebenfalls besäßen. Molotow hat aber den Standpunkt vertreten, daß diese Verträge ein Hinneigen zu Deutschland bekundeten, und ist von dieser Auffassung nicht abzubringen gewesen.

Der hiesige estnische Geschäftsträger kam in einem Gespräch über die Stellung der Sowjets zur Baltenfrage auf die Möglichkeit zu sprechen, daß Deutschland die Unabhängigkeit Lettlands und Estlands ähnlich wie die Belgiens garantiere. Ich bin der Meinung, daß *die Sowjets jetzt eine solche Garantie durch uns nicht mehr wünschen werden.*

General Köstring[8]), der für einige Tage nach Berlin gefahren ist, wollte Sie aufsuchen und Ihnen von hier erzählen. Hoffentlich hat er

es getan. Wir sind sehr neugierig, welche Nachrichten er uns aus Berlin mitbringen wird. Ebenso neugierig sind wir auf das Eintreffen des Herrn von Tippelskirch, der am nächsten Freitag kommen will.

Hoffentlich kommen die drei deutschen Herren bald, die auf Einladung der Sowjetregierung die hiesige Landwirtschaftsausstellung besuchen sollen. Die Ausstellung ist übrigens wirklich in hohem Grade sehenswert (erstaunlich großartig). Sollte man nicht auch die Sowjetregierung zur Königsberger Ostmesse einladen? Es liegt auf der Hand, daß es zu spät ist, um die Sowjetunion zur Teilnahme und Beschickung der Messe einzuladen, doch könnte man in Erwiderung der Einladung zur Landwirtschaftsausstellung auch ein paar Sowjetherren bitten, die Messe wenigstens zu besuchen.

Hier dauert die ziemlich heftige Hitze fort. Mir ist das lieber als der ewige Regen und Schmutz.

Mit der Bitte um angelegentlichste Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin, mit vielen Grüßen an Sie selbst und mit Heil Hitler! bin ich, lieber Herr Schliep,

Ihr stets ganz ergebener

gez. Graf von der SCHULENBURG

---

[1]) Nicht gedruckt.

[2]) Zusätze (eingetragen durch Kanzleihand in Moskauer Durchschlag):
a) Mir und Hilger gegenüber war er neulich ganz anders: sehr gesprächig und liebenswürdig.
b) Molotow.

[3]) Sir William Seeds und P. E. Naggiar.

[4]) Oberstlt. Behzet Türkmen.

[5]) L. B. Bolt-Jørgensen.

[6]) 31. Mai 1939.

[7]) Fricis Kotzinš, Lettischer Gesandter in Moskau; Aug. Rei, Estnischer Gesandter.

[8]) Generallt. Köstring, deutscher Militärattaché in Moskau.

Nr. 31

Film 34, S. 23 237—23 241,

Aufzeichnung des VLR Dr. Schnurre, Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts, über eine Unterredung mit dem Sowjetgeschäftsträger Astachow

e. o. W 1301/39 g

Aufzeichnung

Der Sowjetgeschäftsträger Astachoff war heute um 11 Uhr zu einer einstündigen Besprechung bei mir. Zunächst wurde die Reise der deutschen Teilnehmer an der landwirtschaftlichen Ausstellung in

Moskau besprochen (vgl. hierüber besondere Aufzeichnung). Ich fragte sodann Astachoff, ob er etwas Neues aus Moskau über die zwischen uns besprochenen Fragen hätte. Astachoff bejahte dies und brachte folgendes vor:

Die zwischen uns gesprächsweise erörterte Frage, ob in der Präambel des Kredit-Vertrages ein politischer Gedanke aufgenommen werden sollte, sei auch in Moskau geprüft worden. Man hielte es für richtiger, den Kredit- und Wirtschaftsvertrag nicht in Zusammenhang mit politischen Formulierungen zu bringen. Es wäre dies etwas ein Vorgreifen in die Zukunft. Ich erwiderte Herrn Astachoff, daß dies auch unsere Auffassung sei. Astachoff sprach dann davon, daß er nochmals aus Moskau eine ausdrückliche Weisung bekommen habe, zu betonen, daß die Sowjetregierung die Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland wünsche. Hierdurch werde seine Erklärung, die er mir beim letzten Male abgegeben habe, noch verstärkt. Ich benutzte dies, um in dem nun folgenden Gespräch Astachoff folgendes zu sagen:

Wir hätten mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Sowjetregierung daran gelegen sei, das Gespräch über die Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen fortzuführen. Wir hätten gewünscht, daß Molotow uns seine grundsätzliche Auffassung über die sowjetische Interessenlage mitteilte, um weitere Gespräche besser in Gang zu bringen, und hätten geglaubt, daß es unsererseits verfrüht wäre, konkrete Fragen zu erörtern, solange wir nicht wüßten, wie sich die sowjetischen Interessen darstellten. Nun wäre aber immerhin eine Frage recht aktuell, und zwar Polen. Der polnische Größenwahnsinn, der von England gedeckt werde, triebe Polen zu immer neuen Provokationen. Wir hofften nach wie vor, daß Polen irgendwie Vernunft annehme, so daß eine friedliche Lösung erreicht werden könnte. Wenn dies nicht geschehe, so sei es möglich, daß gegen unseren Willen und gegen unsere Wünsche auch eine kriegerische Lösung erfolgen müßte. Wenn wir uns, wie wir dies nunmehr verschiedentlich getan hätten, Moskau gegenüber zu einem großzügigen Interessenausgleich bereit erklärt hätten, so sei es für uns wichtig zu wissen, wie sich die Sowjetregierung zu der Frage Polen stelle. In Moskau würden ja nunmehr, nachdem die politischen Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hätten, militärische Verhandlungen mit England und Frankreich geführt. Wir glaubten kaum, daß entgegen der klaren Interessenlage sich die Sowjetregierung an der Seite Englands festlegen und sich ebenso wie England zum Garanten polnischer größenwahnsinniger Aspirationen machen würde. Es wäre natürlich ein schlechtes Entrée für die deutsch-sowjetischen

Besprechungen, wenn als Ergebnis der Moskauer Militärverhandlungen doch eine Art Militärallianz unter Beteiligung der Sowjet-Union gegen uns beabsichtigt sei. Das wären daher Fragen, die uns in diesem Stadium unserer Besprechungen interessierten und von denen letzten Endes auch die Erfolgsaussichten der deutsch-sowjetischen Verständigung abhingen. Also einmal die Einstellung der Sowjet-Union gegenüber der polnischen Frage und zweitens die Absichten, die man in Moskau in den Militärverhandlungen mit England und Frankreich verfolge. Ich könne Herrn Astachoff nochmals versichern, wie dies ja schon verschiedentlich geschehen sei, daß auch im Falle einer kriegerischen Lösung die deutschen Interessen in Polen durchaus begrenzt seien. Sie brauchten in keiner Weise mit irgendwelchen sowjetischen Interessen zu kollidieren, wir müßten diese Interessen nur kennen. Wenn das Motiv für die von Moskau geführten Verhandlungen mit England das Gefühl der Bedrohung durch Deutschland im Fall eines deutsch-polnischen Konflikts sei, so seien wir unsererseits bereit, der Sowjet-Union jede gewünschte Sicherheit zu geben, die sicherlich mehr Bedeutung haben würde als eine Unterstützung durch England, die in Osteuropa doch niemals effektiv werden könnte.

Astachoff war sehr interessiert, hatte aber natürlich keinerlei Instruktionen aus Moskau, über das Thema Polen oder über das Thema der Moskauer Verhandlungen zu sprechen. Er verbreitete sich jedoch im Verlaufe des Gesprächs von sich aus ziemlich ausführlich über beide Themen. Die englischen Verhandlungen seien aufgenommen worden, als von einem deutschen Verständigungswillen noch nichts zu spüren gewesen sei. Die Verhandlungen seien mit wenig Enthusiasmus aufgenommen worden, aber man habe sie führen müssen, weil man sich gegen eine deutsche Bedrohung habe decken müssen und die Hilfe da hätte nehmen müssen, wo sie angeboten wurde. Die Situation sei sicherlich verändert, seitdem die Gespräche mit Deutschland in Gang gekommen wären. Man könne aber nun nicht einfach das abbrechen, was man aus wohl erwogenen Gründen angefangen habe. Zu welchem Ende die Verhandlungen führen würden, wäre seiner Auffassung nach unsicher und es wäre durchaus möglich, daß auch seine Regierung die Frage als völlig offen betrachte. Auch unser heutiges Gespräch werde ebenso wie die bisher geführten sicherlich in dieser Richtung wirken. Zur Frage Polen sagte er, daß es ihm zweifelhaft erschiene, ob er über dieses massive Problem eine konkrete Antwort aus Moskau bekommen würde. Es hieße in diesem Stadium der Besprechungen wohl etwas den Karren vor den Gaul zu spannen, wenn man die Frage Polen jetzt schon definitiv zur Er-

örterung stellen wolle. Astachoff versuchte zu erfahren, ob in den nächsten Tagen mit deutschen Entscheidungen in der polnischen Frage zu rechnen sei und welches die deutschen Ziele gegenüber Polen wären. Ich wich der Beantwortung dieser Frage aus und habe dem Thema jedenfalls nicht diese Dringlichkeit gegeben. Astachoff will berichten und auf die Fragen zurückkommen. Eine gesprächsweise gestellte Frage nach der etwaigen Rückkehr seines Botschafters konnte Astachoff nicht beantworten. Im Gegenteil, er fragte mich, ob wir nichts aus Moskau über Herrn Merekaloff gehört hätten. Er betonte jedoch, daß es für unsere Gespräche völlig gleich sei, wer in Berlin als amtlicher Vertreter der Sowjetregierung fungiere.

BERLIN, den 10. August 1939.

gez. SCHNURRE

Nr. 32

Film 472, S. 228 752—228 755

Der Deutsche Botschafter in Moskau
an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Brief

DER DEUTSCHE BOTSCHAFTER MOSKAU, den 14. August 1939

Sehr geehrter Herr von Weizsäcker!

Darf ich Ihnen für Ihr gefälliges Schreiben vom 7. d. M.[1]) verbindlichst danken.

Ich bin noch immer der Meinung, daß jedes stürmische Vorgehen in der Angelegenheit unserer Beziehungen zur Sowjetunion vermieden werden sollte; es wird fast immer schädlich wirken. So halte ich es für durchaus richtig, daß die Behandlung der Sowjetbotschaft in Berlin nur langsam aufgelockert wird.

In meiner letzten Unterredung mit Herrn Molotow waren wohl die folgenden die Hauptpunkte: die Erklärungen über das Baltikum haben ihn bis zu einem gewissen Grade befriedigt, doch wünschte er zu wissen, ob wir in die Baltenstaaten auch Litauen einbeziehen. Auch meine Ausführungen zur polnischen Frage haben ihn sichtlich beeindruckt; er ist meinen Worten mit größter Aufmerksamkeit gefolgt. Hier ist vielleicht seine Bemerkung des Festhaltens wert: „Die Erfüllung des deutschen Wunsches, daß dem Reiche in der polnischen Frage keine ‚Lösung' aufgezwungen würde, hängt in erster Linie von Deutschland selbst ab." Herr Molotow wollte offenbar damit sagen, daß — was auch immer geschehen möge — die Schuld auf uns fallen würde. Endlich — und das scheint mir der wichtigste Punkt zu sein — verlangte Herr Molotow, daß wir nicht weiter die japanische

„Aggression" unterstützten. In diesem Zusammenhange ist es vielleicht nicht uninteressant, daß ein Mitglied der hiesigen, meist sehr gut unterrichteten amerikanischen Botschaft einem unserer Herren gegenüber erklärt hat, wir könnten jeden Augenblick die britisch-französischen Verhandlungen umwerfen, wenn wir unsere Unterstützung Japans aufgäben, unsere Militärmission nach China zurückschickten und den Chinesen Waffen lieferten. Ich fürchte, daß diese amerikanischen Gedanken doch sehr optimistisch und nicht ohne weiteres durchführbar sind, aber der Herr Reichsaußenminister hatte ja zu diesem Punkte eigene Gedanken. Es müßte wohl in dieser Richtung etwas geschehen, wenn wir weiter kommen wollen.

Die britische und französische Militärmissionen weilen nunmehr seit drei Tagen in Moskau. Die Sowjets haben keinerlei größeren Tamtam über ihr Eintreffen gemacht. Es haben bisher nur ganz wenige Besprechungen der Militärs stattgefunden, über deren Inhalt und Ergebnis noch nichts bekannt geworden ist. Ich nehme an, daß die Verhandlungen eine ganze Zeit lang dauern werden.

Im Hinblick auf das Vorstehende möchte ich folgendes ausführen: Ich habe die Anweisung erhalten, am Nürnberger Parteitag teilzunehmen, und soll am 1. September mit den übrigen Herren des auswärtigen Dienstes von Berlin nach Nürnberg reisen. Weiter muß ich mir dazu die neue graue Uniform machen lassen. Obgleich alle Vorbereitungen getroffen sind, werde ich doch einen dreitägigen Aufenthalt in Berlin brauchen, um die letzten Anordnungen und Käufe zu erledigen. Das bedeutet, daß ich spätestens hier am 26. August werde abreisen müssen. Die mir zugegangenen Erlasse des Auswärtigen Amtes sind Runderlasse, wie sie offenbar jeder von uns erhalten hat. Wäre es nicht nach Lage der Dinge richtiger und notwendiger, daß ich dieses Mal nicht nach Nürnberg gehe, sondern hier bleibe? Ich vermag natürlich diese Dinge nicht mit Sicherheit zu übersehen, wollte aber wenigstens an Sie dieserhalb eine Anfrage richten. Ich halte es nach Lage der Dinge für sehr richtig, daß unsere politischen Gespräche mit der Sowjetunion in Berlin geführt werden. Im Hinblick auf die hiesigen Verhältnisse erscheint es mir aber sicher, daß ich von Zeit zu Zeit mit Herrn Molotow, der höchsten erreichbaren Persönlichkeit, werde sprechen müssen, sei es auch nur, um eine Beschleunigung herbeizuführen. Gespräche mit Herrn Molotow führe ich wohl sicher am besten und am leichtesten. Der merkwürdige Mann und schwierige Charakter hat sich jetzt an mich gewöhnt und hat in Gesprächen mit mir einen großen Teil seiner sonst stets gezeigten Zurückhaltung fallen gelassen. Jeder neue Mann würde von vorn anzufangen haben. Aber, wie gesagt, ich kann nicht übersehen, ob dieser Gesichtspunkt irgendwie durchschlagend ist oder ob die Teilnahme am Nürnberger

Parteitag vorgehen muß. Ich würde Ihnen daher sehr dankbar sein, wenn Sie mir dieserhalb ein kurzes Telegramm zugehen lassen würden.

Mit den allerbesten Grüßen und mit Heil Hitler! bin ich, sehr geehrter Herr von Weizsäcker, Ihr stets ganz ergebener

F. W. SCHULENBURG

---

1) Nicht gedruckt.

Nr. 33

Film 127, S. 69 514—515

VLR Dr. Schnurre, Auswärtiges Amt, an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus BERLIN den 14. August 1939 13 Uhr 52 Min.
Ankunft in MOSKAU den 14. August 1939 17 Uhr — Min.

Diplogerma

Moskau

Nr. 171 vom 14. August.

Für Herrn Botschafter zur gefl. Information.

Astachoff war Sonnabend bei mir, um mir folgende Mitteilung zu machen:

Er habe von Molotow Instruktion erhalten, hier zu erklären, daß man sowjetischerseits an einer Erörterung der einzelnen, bisher zur Sprache gekommenen Fragengruppen interessiert sei. Als solche Fragen bezeichnete A. außer den schwebenden Wirtschaftsverhandlungen unter anderem Pressefragen, kulturelle Zusammenarbeit, das polnische Problem, Frage der alten politischen deutsch-sowjetischen Verträge. Eine solche Erörterung könne aber nur stufenweise vorgenommen werden oder, wie wir es ausgedrückt hätten, etappenweise. Sowjetregierung schlüge für diese Erörterung Moskau vor, da es für Sowjetregierung dort wesentlich leichter sei, Gespräche fortzuführen. A. ließ es in dieser Unterhaltung offen, wen man sich in Moskau als Gesprächspartner vorstelle, ob den Botschafter oder eine andere zu entsendende Persönlichkeit.

Auf meine Frage, in welcher Stufe man sowjetischerseits die Frage Polen eingruppiere, erwiderte A., daß er über Reihenfolge besondere Weisungen nicht erhalten habe, daß aber Schwergewicht seiner Instruktion in dem Wort stufenweise liege.

Bei diesen Mitteilungen A.'s dürfte es sich um die von Ihnen angekündigten erweiterten Instruktionen des Geschäftsträgers handeln.

Weitere Weisungen bleiben vorbehalten.

SCHNURRE

II. Abschluß des Nichtangriffs-Abkommens zwischen Deutschland und der UdSSR, 14. bis 23. August 1939

Nr. 34

Film 127, S. 69 510—69 513

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus Berlin, den 14. August 1939, 22 Uhr 53 Min.
Ankunft in Moskau, den 15. August 1939, 4 Uhr 40 Min.

Citissime!

Diplogerma

Moskau
Nr. 175 vom 14. August

Für Herrn Botschafter persönlich.

Ich bitte Sie, Herrn Molotow aufzusuchen und ihm folgendes mitzuteilen[1]):

1. Der Gegensatz zwischen der nationalen Idee, verkörpert durch das nationalsozialistische Deutschland, und der Idee der Weltrevolution, verkörpert durch die UdSSR, war[a]) in den vergangenen Jahren die alleinige Ursache, daß sich Deutschland und Rußland in zwei weltanschaulich getrennten und sich bekämpfenden Lagern gegenüberstanden. Die Entwicklung der neueren Zeit scheint zu zeigen, daß die verschiedenen Weltauffassungen ein vernünftiges Verhältnis zwischen den beiden Staaten und die Wiederherstellung neuer guter Zusammenarbeit nicht ausschließen. Die Periode der außenpolitischen Gegnerschaft könnte damit ein für allemal abgeschlossen und der Weg für eine neue Zukunft der beiden Länder frei werden.

2. Reale Interessengegensätze zwischen Deutschland und Rußland bestehen nicht. Deutschlands und Rußlands Lebensräume berühren

sich, aber in ihren natürlichen Bedürfnissen überschneiden sie sich nicht. Hiermit fehlt von vornherein jede Ursache einer aggressiven Tendenz eines Landes gegen das andere. Deutschland hat keinerlei aggressive Absichten gegen die UdSSR. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß es zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine Frage gibt, die nicht zur vollen Zufriedenheit beider Länder geregelt werden könnte. Hierzu gehören Fragen wie: Ostsee, Baltikum, Polen, Südost-Fragen usw. Darüber hinaus könnte politische Zusammenarbeit beider Länder nur nützlich sein. Dies trifft auch auf die deutsche und russische Wirtschaft zu, die sich nach jeder Richtung ergänzen.

3. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsch-russische Politik heute an einem geschichtlichen Wendepunkt angelangt ist. Die in der nächsten Zeit in Berlin und Moskau zu fassenden politischen Entschlüsse werden für die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem deutschen und russischen Volk[b]) auf Generationen von entscheidender Bedeutung sein. Von ihnen wird es abhängen, ob die beiden Völker eines Tages erneut und ohne zwingenden Grund die Waffen kreuzen, oder ob sie wieder zu neuem[c]) freundschaftlichem Verhältnis kommen werden. Beiden Ländern ist es früher immer gut gegangen, wenn sie Freunde waren, und schlecht, wenn sie Feinde waren.

4. Wahr ist, daß sich Deutschland und Sowjetrußland durch die Jahre der weltanschaulichen Gegnerschaft heute mißtrauisch gegenüberstehen. Viel Schutt, der sich angesammelt hat, ist noch zu beseitigen. Festzustellen ist aber, daß auch während dieser Zeit die natürliche Sympathie der Deutschen für das Russische nie verschwunden ist. Hierauf kann die Politik der beiden Staaten neu aufbauen.

5. Die Reichsregierung und die Sowjetregierung müssen nach alten[d]) Erfahrungen damit rechnen, daß die kapitalistischen westlichen Demokratien unversöhnliche Feinde sowohl des nationalsozialistischen Deutschlands wie auch Sowjetrußlands sind. Sie versuchen heute erneut, durch Abschluß eines Militärbündnisses Rußland gegen Deutschland in den Krieg zu hetzen. 1914 ist das russische Regime an dieser Politik zerbrochen[e]). Es ist das zwingende Interesse beider Länder, daß ein Zerfleischen Deutschlands und Rußlands im Interesse der westlichen Demokratien für alle Zukunft vermieden wird.

6. Die durch die englische Taktik[f]) hervorgerufene Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie die englische Kriegstreiberei und die damit verbundenen Bündnisbestrebungen machen

eine baldige Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses erforderlich. Die Dinge könnten sonst ohne deutsches Zutun einen Verlauf nehmen, der beiden Regierungen die Möglichkeit abschneide, die deutsch-russische Freundschaft wieder herzustellen und gegebenenfalls auch territoriale Fragen Osteuropas gemeinsam zu klären. Die Führung in den beiden Ländern sollte daher die Dinge nicht treiben lassen, sondern zur rechten Zeit zupacken. Verhängnisvoll würde es sein, wenn aus gegenseitiger Unkenntnis der Auffassungen und Absichten die beiden Völker endgültig auseinandertreiben würden.

Bei der Sowjetregierung bestehe, wie uns mitgeteilt wurde, ebenfalls der Wunsch nach einer Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses. Da aber nach den bisherigen Erfahrungen diese Klärung durch den üblichen diplomatischen Kanal nur langsam herbeigeführt werden kann, bin ich bereit[g]), zu einem kurzen Besuch nach Moskau zu kommen, um namens Führers Herrn Stalin die Auffassung des Führers auseinanderzusetzen. Nur durch eine solche unmittelbare Aussprache ist nach meiner Auffassung eine Änderung herbeizuführen, und es sollte nicht unmöglich sein, hierbei das Fundament für eine endgültige Bereinigung der deutsch-russischen Beziehungen zu legen.

Zusatz: Ich bitte Herrn Molotow, diese Instruktion nicht schriftlich zu geben, sondern wörtlich vorzulesen. Ich lege Wert darauf, daß dieselbe möglichst genau an Herrn Stalin gelangt, und ermächtige Sie, hiermit gegebenenfalls bei Herrn Molotow in meinem Auftrage eine Audienz bei Herrn Stalin nachzusuchen, damit Sie ihm diese wichtige Mitteilung auch unmittelbar machen können. Neben der Aussprache mit Molotow wäre eine eingehende Unterredung mit Stalin Voraussetzung meines Besuchs.

RIBBENTROP

---

1) Für die Mitteilung an Molotow wurden in der Moskauer Entzifferung (außer regelmäßiger Ersetzung von „Rußland" durch „UdSSR" und „russisch" durch „sowjetisch") die folgenden Textänderungen handschriftlich eingetragen:

a) Der weltanschauliche Gegensatz zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der UdSSR war . . .
b) Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der UdSSR.
c) einem.
d) allen.
e) Dieser Satz eingeklammert und am Rande ersetzt durch: 1914 hat diese Politik für Rußland schlimme Folgen gehabt.
f) Politik.
g) ist Herr Reichsaußenminister von Ribbentrop bereit.

Nr. 35

Film 644, S. 254 836—254 837

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

MOSKAU, den 15. August 1939

Telegramm

Auswärtig

Berlin

Citissime!

Tel. Nr. 175 vom 15. August[1])

Auf Telegramm Nr. 175 vom 14. August.

Geheim!

Molotow nahm Inhalt mir aufgetragener Mitteilung mit größtem Interesse entgegen, bezeichnete sie als außerordentlich wichtig und erklärte, daß er seiner Regierung hierüber sogleich berichten und mir in Kürze Antwort geben werde. Schon jetzt könne er erklären, daß Sowjetregierung deutsche Absichten nach Verbesserung Beziehungen zur Sowjetunion lebhaft begrüße und angesichts meiner heutigen Mitteilung nunmehr an Aufrichtigkeit dieser Absichten glaube.

Zur Frage der Herreise des Herrn Reichsaußenministers möchte er provisorisch als seine eigene Ansicht zum Ausdruck bringen, daß eine solche Reise einer entsprechenden Vorbereitung bedürfe, damit Meinungsaustausch zu einem Ergebnis führe.

In diesem Zusammenhange interessiere ihn die Frage, wie Deutsche Regierung zu der Idee des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion eingestellt sei, ferner ob Deutsche Regierung bereit sei, auf Japan zwecks Besserung sowjetisch-japanischer Beziehungen und Beseitigung der Grenzkonflikte einzuwirken und ob etwaige gemeinsame Garantierung Baltenstaaten in den Bereich deutscher Erwägungen gehöre.

Bezüglich angestrebter Verbreiterung Wirtschaftsverkehrs anerkannte M., daß Verhandlungen in Berlin erfolgreich fortschritten und einem günstigen Ende zusteuerten.

M. wiederholte, daß, wenn meine heutige Mitteilung Idee Nichtangriffspaktes oder etwas Ähnliches einschließe, über diese Frage konkret gesprochen werden müsse, damit im Falle einer Herreise des Reichsaußenministers es nicht bei einem Meinungsaustausch verbleibt, sondern konkrete Entscheidungen getroffen werden.

M. anerkannte zwar, daß Eile geboten, um nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, betonte jedoch, daß entsprechende Vorbereitung von ihm erwähnter Fragen unerläßlich sei.

Eingehende Aufzeichnung über Verlauf Unterredung[2]) folgt Donnerstag mit Sonderkurier durch Flugzeug. SCHULENBURG

[1]) Handschriftlicher Vermerk auf Konzept: ab 16. August, 2 Uhr 30 Min.
[2]) Dokument Nr. 36.

Nr. 36

Film 127, S. 69 503—69 509

Aufzeichnung des Deutschen Botschafters in Moskau

Geheim

Aufzeichnung

Die Unterredung mit Molotow am 15. August d. Js. um 20 Uhr leitete ich mit der Feststellung ein, daß nach den uns gewordenen Mitteilungen die Sowjetregierung Interesse habe, die politischen Besprechungen fortzusetzen, es jedoch vorziehe, sie in Moskau zu führen.

Molotow erwiderte, daß dies zutreffend sei.

Sodann verlas ich Herrn Molotow den Inhalt der mir aufgetragenen Mitteilung, deren deutscher Wortlaut sofort absatzweise ins Russische übertragen wurde. Auch von dem Inhalt des Zusatzes zu der mir erteilten Instruktion gab ich Molotow Kenntnis. Meine Mitteilung, daß ich gegebenenfalls im Auftrage des Herrn Reichsaußenministers eine Audienz bei Herrn Stalin nachsuchen solle sowie die Feststellung, daß neben der Aussprache mit Molotow eine eingehende Unterredung des Herrn Reichsaußenministers mit Stalin die Voraussetzung für den angekündigten Besuch bilde, nahm Molotow zur Kenntnis. Zu dem Wunsche des Herrn Reichsaußenministers, daß der Inhalt der Instruktion möglichst genau an Herrn Stalin gelangt, machte Molotow eine zustimmende Geste.

Molotow hörte beim Verlesen der Instruktion mit gespannter Aufmerksamkeit zu und wies seinen Sekretär an, sich möglichst eingehende und wortgetreue Notizen zu machen.

Molotow erklärte sodann, daß er angesichts der Wichtigkeit meiner Mitteilungen mir nicht sofort Antwort geben könne, sondern vorerst seiner Regierung Bericht erstatten müsse. Schon jetzt könne er aber erklären, daß die Sowjetregierung die von deutscher Seite zum Ausdruck gebrachte Absicht, eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion herbeizuführen, lebhaft begrüße. Vorbehaltlich weiterer Mitteilungen, die er mir nach erfolgter Unterrichtung seiner Regierung in Kürze machen würde, wolle er vorläufig als seine eigene Ansicht Nachstehendes zu dem Vorschlage der Deutschen Regierung zum Ausdruck bringen.

Die Verwirklichung einer Reise des Herrn Reichsaußenministers nach Moskau erfordere eine eingehende Vorbereitung, damit der

beabsichtigte Meinungsaustausch ein Ergebnis zeitige. In diesem Zusammenhange bäte er mich um Mitteilung, ob folgendes den Tatsachen entspräche.

Die Sowjetregierung habe Ende Juni d. Js. von ihrem Geschäftsträger in Rom[1]) einen telegraphischen Bericht über dessen Unterredung mit dem italienischen Außenminister Ciano erhalten. In dieser Unterredung habe Ciano gesagt, daß ein deutscher Plan existiere, der sich eine entschiedene Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zum Ziele setze. Dabei habe Ciano aus dem Plane nachfolgende Punkte erwähnt:

1. Deutschland würde nicht abgeneigt sein, auf Japan hinsichtlich einer Verbesserung seiner Beziehungen zur Sowjetunion und einer Beseitigung der Grenzkonflikte einzuwirken;
2. Ferner würde die Möglichkeit erwogen, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt zu schließen und die Baltenstaaten gemeinsam zu garantieren;
3. Deutschland sei zu einem Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion auf breiter Basis bereit.

Der Inhalt der vorstehenden Punkte habe bei der Sowjetregierung großes Interesse hervorgerufen und er — Molotow — möchte gern wissen, was an diesem Plan, den Ciano dem Sowjetgeschäftsträger in der soeben vorgetragenen Form entworfen habe, wahr sei.

Ich erwiderte, die Mitteilungen Cianos beruhten offenbar auf einen Bericht des hiesigen Italienischen Botschafters Rosso, wovon auch wir bereits gehört hätten. Der Inhalt dieses Berichts bestehe im wesentlichen aus Kombinationen Rossos.

Auf eine Zwischenfrage Molotows, ob sich Rosso seine Angaben aus den Fingern gesogen habe, erwiderte ich, daß dies nur bedingt richtig sei. Wir wünschten — wie Molotow wisse — tatsächlich eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und hätten *natürlich darüber nachgedacht, wie eine solche Verbesserung herbei*geführt werden könnte. Das Ergebnis dieses Nachdenkens sei in meinen Molotow bekannten Weisungen und in den Erklärungen des Herrn Reichsaußenministers und des Herrn Schnurre gegenüber Herrn Astachow niedergelegt.

Molotow erwiderte, daß ihn die Frage, ob Rosso seine Regierung richtig informiert habe, nicht weiter interessiere. Es komme der Sowjetregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem darauf an, zu wissen, ob Pläne, wie sie in dem Berichte Rossos enthalten seien, oder etwas ähnliches tatsächlich existiert hätten und ob sich die Deutsche Regierung noch mit solchen Gedankengängen befasse. Er, Molotow, habe nach Kenntnisnahme des Berichts aus Rom nichts Unwahrscheinliches darin gefunden. Die Sowjetregierung habe in diesen ganzen letzten Jahren unter dem Eindruck gestanden, daß die

Deutsche Regierung nicht den Wunsch habe, eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion herbeizuführen. Jetzt liege die Sache anders. Aus den Besprechungen, die in den letzten Wochen stattgefunden hätten, habe die Sowjetregierung die Überzeugung gewonnen, daß es der Deutschen Regierung mit ihren Absichten, eine Änderung des Verhältnisses zur Sowjetunion herbeizuführen, wirklich ernst sei. Als entscheidend betrachte er die heutige Erklärung, die diesen Wunsch besonders prägnant und deutlich zum Ausdruck bringe. Was die Sowjetregierung betreffe, so sei sie zur Frage guter Beziehungen zu Deutschland immer positiv eingestellt gewesen und freue sich, daß dies nunmehr auch auf deutscher Seite der Fall sei. Ob nun Einzelheiten, wie sie der Bericht Rossos enthalten habe, deutscherseits tatsächlich ins Auge gefaßt worden seien oder nicht, sei von nicht so ausschlaggebender Bedeutung. Er — Molotow — habe den Eindruck, daß daran schon viel Wahres sein müsse, da sich diese Gedanken in der gleichen Linie bewegten, die sich schon seit Monaten auf deutscher Seite herausgebildet hätte. Er stelle in dieser Verbindung mit Genugtuung fest, daß die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin fortschritten und offensichtlich einem guten Ende zusteuerten.

Ich bemerkte, daß auch uns der Verlauf der Wirtschaftsverhandlungen befriedige und fragte, wie er sich nun den weiteren modus procedendi in den politischen Besprechungen vorstelle.

Molotow wiederholte, daß ihn vor allem eine Antwort auf die Frage interessiere, ob auf deutscher Seite der Wunsch bestehe, die im Berichte Rossos aufgeführten Punkte zu konkretisieren. So z. B. wolle die Sowjetregierung wissen, ob Deutschland reale Möglichkeiten sehe, auf Japan im Sinne einer Besserung seines Verhältnisses zur Sowjetunion einzuwirken. „Wie steht es ferner mit der Idee des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes? Ist die Deutsche Regierung sympathisch hierzu eingestellt oder ist diese Frage noch nicht näher erörtert worden?" fügte Molotow wörtlich hinzu.

Ich erwiderte, was das Verhältnis zu Japan betreffe, so habe der Herr Reichsaußenminister bereits zu Herrn Astachoff gesagt, daß er über diese Frage seine besonderen Anschauungen habe. Hieraus könne wohl geschlossen werden, daß der Herr Reichsaußenminister bereit sei, sich auch für diese Frage zu interessieren, zumal sein Einfluß auf die Japanische Regierung bestimmt nicht gering sei.

Molotow sagte, daß ihn dies alles sehr interessiere und ließ an dieser Stelle die Zwischenbemerkung fallen, daß Ciano dem sowjetischen Geschäftsträger erklärt habe, er werde die Gedanken des Rosso-Berichts voll unterstützen. Er fuhr fort, daß es der Sowjetregierung in Verbindung mit der beabsichtigten Reise des Herrn Reichsaußenministers nach Moskau wichtig sei, eine Antwort auf die

Frage zu erhalten, ob die Deutsche Regierung bereit sei, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt oder etwas ähnliches abzuschließen. Bei einer früheren Gelegenheit sei von der Möglichkeit einer „Belebung und Auffrischung früherer Verträge" die Rede gewesen.

Ich bestätigte Herrn Molotow, daß wir tatsächlich an eine Neuordnung der Dinge entweder in Anknüpfung an Vergangenes oder gegebenenfalls auf einer neuen Grundlage dächten. Sodann fragte ich ihn, ob ich ihn so verstehen dürfe, daß die von ihm aufgeworfenen Fragen den Gegenstand der Moskauer Besprechungen des Herrn Reichsaußenministers bilden würden und daß er sie mir nur mitgeteilt hätte, damit ich den Herrn Reichsaußenminister auf diese Fragen vorbereite.

Molotow erwiderte, daß er mir zur Frage der Herreise des Herrn Reichsaußenministers noch eine zusätzliche Antwort geben würde. Es scheine ihm aber, daß für diese Reise eine vorherige Klärung und Vorbereitung gewisser Fragen notwendig sei, damit es in Moskau nicht bei Gesprächen verbleibe, sondern auch Entscheidungen getroffen werden könnten. Er erkenne die Berechtigung meines Hinweises, daß eine baldige Erklärung erwünscht sei, durchaus an. Auch er habe die Ansicht, daß Eile geboten sei, damit man durch die Ereignisse nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Er müsse daher wiederholen, daß, wenn die Deutsche Regierung zu der Idee des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes positiv eingestellt sei und wenn meine heutige Erklärung diese oder eine ähnliche Idee einschließe, so müsse über diese Frage zunächst konkret verhandelt werden. Er bäte mich, meine Regierung in diesem Sinne zu verständigen.

Moskau, den 16. August 1939.

gez. Graf von der SCHULENBURG

---

[1]) L. Helphand.

Nr. 37

Film 276, S. 178 545—178 547

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

Brief

MOSKAU, den 16. August 1939

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Aus meiner gestrigen Unterredung mit Herrn Molotow möchte ich in aller Geschwindigkeit folgendes besonders hervorheben:

Herr Molotow war ganz außerordentlich entgegenkommend und aufgeschlossen. Ich habe den Eindruck, daß der Vorschlag des Be-

suches des Herrn Reichsministers Herrn Molotow persönlich erheblich schmeichelte und daß er ihn als einen wirklichen Beweis für unsere guten Absichten betrachtet. (Ich erinnere daran, daß — Zeitungsmeldungen zufolge — Moskau seinerzeit verlangt hatte, England und Frankreich sollten einen Kabinettsminister hierher entsenden, und daß stattdessen nur Herr Strang gekommen ist, weil London und Paris sich darüber geärgert hätten, daß man Herrn Woroschilow nicht gestattet hatte, der Einladung zu den englischen Manövern Folge zu leisten, was in Wirklichkeit eine ganz andere Sache ist, da die großen Sowjetrussen bisher niemals ins Ausland gereist sind.)

Bemerkenswert erscheint mir weiter in den gestrigen Ausführungen des Herrn Molotow seine erstaunliche Mäßigung in seinen Forderungen gegen uns. Er hat das Wort „Antikominternpakt" überhaupt nicht in den Mund genommen und hat nicht mehr, wie in meiner letzten Unterredung, von uns „Unterlassung" der Unterstützung der japanischen Aggression verlangt. Er hat sich begnügt mit dem Wunsch, daß wir einen sowjetisch-japanischen Ausgleich herbeiführen möchten.

Bedeutsamer ist sein ziemlich klar zum Ausdruck gebrachter Wunsch, mit uns einen Nichtangriffspakt abzuschließen.

Trotz aller Bemühungen ist es uns nicht gelungen, vollkommen klar zu ermitteln, was Herr Molotow in der Frage des Baltikums wünscht. Es scheint, daß er die Frage einer gemeinschaftlichen Garantie der Baltenstaaten nur als einen Punkt in dem Bericht des Herrn Rosso e r w ä h n t hat, nicht aber ausdrücklich das Verlangen geäußert hat, daß wir eine solche Garantie aussprechen. Eine solche gemeinsame Garantie scheint mir dem Verhalten der Sowjetregierung in den britisch-französischen Verhandlungen zu widersprechen.

Es sieht im Augenblick tatsächlich so aus, als ob wir in den hiesigen Verhandlungen den gewünschten Erfolg erzielen würden.

Mit herzlichen Grüßen und mit Heil Hitler! bin ich, sehr geehrter Herr Staatssekretär, Ihr stets ganz ergebener

gez. Graf von der SCHULENBURG

Nr. 38

Film 127, S. 69 501—69 502

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus BERLIN den 16. August 1939 16 Uhr 15 Min.
Ankunft in MOSKAU den 17. August 1939 1 Uhr — Min.

Diplogerma
Moskau
Nr. 179 vom 16. August.
Citissime.
Für Herrn Botschafter persönlich.

Ich bitte Sie, sich sofort erneut bei Herrn Molotow anzumelden mit dem Bemerken, Sie hätten ihm zu der gestrigen Mitteilung für Herrn Stalin eine soeben aus Berlin eingegangene ergänzende Instruktion mitzuteilen, die sich auf die von Herrn Molotow gestellten Fragen bezöge. Herrn Molotow bitte ich dann folgendes zu sagen:

1. Die von Herrn M. vorgebrachten Punkte decken sich mit den deutschen Wünschen, d. h. Deutschland ist bereit, einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abzuschließen, und zwar, wenn Sowjetregierung das wünscht, unkündbar auf die Dauer von 25 Jahren. Ferner ist Deutschland bereit, die baltischen Staaten gemeinsam mit der Sowjetunion zu garantieren. Endlich entspricht es durchaus dem deutschen Standpunkt und Deutschland ist bereit dazu, seinen Einfluß für eine Besserung und Konsolidierung der russisch-japanischen Beziehungen einzusetzen.

2. Der Führer ist der Auffassung, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Lage und der Möglichkeit des jederzeitigen Eintretens ernster Ereignisse (bitte hierzu Herrn M. zu erklären, daß Deutschland nicht gewillt ist, die polnischen Provokationen auf die Dauer hinzunehmen) eine grundsätzliche und schnelle Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses und der beiderseitigen Einstellung zu den aktuellen Fragen erwünscht ist. Aus diesem Grunde erkläre ich mich bereit, von Freitag, den 18. August, jederzeit im Flugzeug nach Moskau zu kommen mit der Vollmacht des Führers, über Gesamtkomplex der deutsch-russischen Fragen zu verhandeln und gegebenenfalls entsprechende Verträge zu unterzeichnen.

Zusatz: Ich bitte diese Instruktion wiederum wörtlich Herrn M. vorzulesen und die umgehende Stellungnahme der russischen Regierung bzw. Herrn Stalins zu erbitten. Ganz vertraulich sei für Ihr Vorgehen noch hinzugefügt, daß es für uns von ganz besonderem Interesse wäre, wenn mein Moskauer Besuch Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche stattfinden könnte. RIBBENTROP

Nr. 39

Film 127, S. 69 496—69 500

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Geheim!

Telegramm Nr. 182 vom 17. August[1])

Auf Telegramm Nr. 179 vom 16. August

Citissime

Nachdem ich Molotow ergänzende Instruktion vorgelesen hatte, erklärte M. — ohne auf deren Inhalt näher einzugehen —, daß er mir heute bereits die Antwort der Sowjetregierung auf meine Mitteilungen vom 15. 8.[2]) geben könne. Stalin verfolge die Besprechungen mit großem Interesse, sei über alle Einzelheiten unterrichtet und befinde sich in völliger Übereinstimmung mit M.

Hierauf verlas M. die Antwort der Sowjetregierung, die gemäß mir überlassenem Text wie folgt lautet:

„Die Sowjetregierung hat von der ihr am 15. August d. Js. durch den Grafen Schulenburg abgegebenen Erklärung der Deutschen Regierung über ihren Wunsch nach einer ernsthaften Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR Kenntnis genommen.

Unter Berücksichtigung der offiziellen Erklärungen einzelner Vertreter der Deutschen Regierung, die nicht selten einen unfreundlichen und sogar feindlichen Charakter in bezug auf die UdSSR gehabt hatten, ist die Sowjetregierung bis zur letzten Zeit davon ausgegangen, daß die Deutsche Regierung einen Anlaß zu Zusammenstößen mit der UdSSR sucht, sich auf diese Zusammenstöße vorbereitet und nicht selten die Notwendigkeit seiner steigenden Aufrüstung mit der Unvermeidlichkeit solcher Zusammenstöße begründet. Nicht zu reden davon, daß die Deutsche Regierung unter Ausnutzung des sogenannten „Antikominternpaktes" die Einheitsfront einer Reihe von Staaten gegen die UdSSR zu schaffen bestrebt war und geschaffen hat, wobei sie mit besonderer Hartnäckigkeit Japan heranzog[3]).

Es ist verständlich, daß eine derartige Politik der Deutschen Regierung die UdSSR zwang, ernste Maßnahmen zur Vorbereitung einer Abwehr gegen eine mögliche Aggression auf die UdSSR von seiten Deutschlands zu ergreifen und somit an der Organisierung der Abwehrfront einer Reihe von Staaten gegen eine derartige Aggression teilzunehmen.

Wenn jedoch die Deutsche Regierung jetzt eine Schwenkung von der alten Politik in Richtung auf eine ernsthafte Verbesserung der politischen Beziehungen zur UdSSR unternimmt, so kann die Sowjetregierung eine derartige Schwenkung nur begrüßen und ist ihrerseits bereit, ihre Politik im Geiste einer ernsthaften Verbesserung in bezug auf Deutschland umzustellen.

Fügt man diesem die Tatsache hinzu, daß die Sowjetregierung niemals irgendwelche aggressive Absichten gegen Deutschland gehabt hat und solche nicht haben will, daß sie nach wie vor eine friedliche Lösung der Streitfragen auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR für durchaus möglich hält, daß der Grundsatz des friedlichen Nebeneinanderbestehens der verschiedenen politischen Systeme einen alten Grundsatz der Außenpolitik der UdSSR darstellt, so kann man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß für die Wiederherstellung neuer verbesserter politischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht nur eine reale Basis, sondern auch die Voraussetzungen vorhanden sind, um schon jetzt ernsthafte praktische Schritte in dieser Richtung zu verwirklichen.

Die Regierung der UdSSR ist der Ansicht, daß der erste Schritt zu einer solchen Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland der Abschluß eines Handels- und Kreditabkommens sein könnte.

Die Regierung der UdSSR ist der Ansicht, daß der zweite Schritt nach kurzer Zeit der Abschluß eines Nichtangriffspaktes oder die Bestätigung des Neutralitätspaktes von 1926 sein könnte bei gleichzeitiger Vereinbarung eines speziellen Protokolls, das die Interessen der vertragschließenden Teile an diesen oder jenen Fragen der Außenpolitik regelt und das einen integrierenden Bestandteil des Paktes bildet."

Anschließend gab M. nachstehende Erläuterungen:

1. Zunächst müsse ein Wirtschaftsabkommen geschlossen werden. Was man angefangen habe, müsse man auch zu Ende führen.

2. Sodann könne nach kurzer Zeit nach deutscher Wahl Abschluß eines Nichtangriffspaktes oder Bestätigung Neutralitätsvertrages von 1926 erfolgen. In beiden Fällen müsse daneben ein Protokoll abgeschlossen werden, in dem unter anderem die deutschen Erklärungen vom 15. 8. ihren Niederschlag finden müßten.

3. Zu der beabsichtigten Reise des Herrn Reichsaußenministers nach Moskau erkläre er, daß Sowjetregierung diesen Vorschlag sehr hoch schätze, da die Entsendung eines so hervorragenden Politikers und Staatsmanns die Ernsthaftigkeit der Absichten der Deutschen Regierung unterstreiche. Dies stehe in einem beachtlichen Gegensatz zu England, das in der Person Strangs einen

zweitrangigen Beamten nach Moskau entsandt hätte. Eine Reise des Reichsaußenministers bedürfe jedoch einer gründlichen Vorbereitung. Die Sowjetregierung scheue das Aufsehen, das eine solche Reise hervorrufen würde, sie ziehe es vor, ohne viel Aufhebens praktische Arbeit zu leisten. Auf meine Einwendungen, daß gerade durch die Reise des Herrn Reichsaußenministers das praktische Ziel schnell erreicht werden könnte, entgegnete M., daß die Sowjetregierung trotzdem den anderen Weg vorziehe, auf dem der erste Schritt bereits getan sei.

Auf meine Frage, wie sich die Sowjetregierung zu dem Inhalte meiner heutigen Mitteilung stelle, erklärte M., daß heutiger positiver deutscher Bescheid Sowjetregierung bei Ausarbeitung ihrer Antwort zwar nicht bekannt gewesen sei und noch geprüft werden würde, daß aber heutige sowjetische Antwort bereits alles Wesentliche enthalte. Er schlage vor, daß nunmehr deutsche Seite unverzüglich an die Ausarbeitung der Entwürfe für den Nichtangriffspakt beziehungsweise für die Auffrischung des Neutralitätsvertrages sowie für das Protokoll herantrete; das gleiche werde von Sowjetseite geschehen.

Ich erklärte, daß ich meiner Regierung diese Vorschläge berichten würde. Hinsichtlich des Protokolls würden gegebenenfalls nähere Angaben über die Wünsche der Sowjetregierung erforderlich sein.

Unterredung schloß, indem M. die Erwartung aussprach, baldmöglichst in den Besitz unserer Entwürfe zu gelangen.

SCHULENBURG

---

1) Handschriftlicher Vermerk auf Konzept: ab 18. August, 5 Uhr 30 Min.
2) Dokumente Nr. 35—37.
3) Vgl. S. 46 Anm. 4.

Nr. 40

Film 127, S. 69 492—69 495

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus BERLIN, den 18. August 1939, 22 Uhr 48 Min.
Ankunft in MOSKAU, den 19. August 1939, 5 Uhr 45 Min.

Diplogerma
Moskau
Nr. 185 vom 18. August.
Citissime.
Für Herrn Botschafter persönlich.
Auf Telegramm Nr. 182.[1])

Ich bitte Sie nochmals, eine sofortige Unterhaltung mit Herrn Molotow herbeizuführen und alle gegebenen Mittel auszunutzen, daß

diese Unterhaltung ohne jede Verzögerung stattfindet. Bei dieser Unterhaltung bitte ich, mit Herrn Molotow in folgendem Sinne zu sprechen:

Die Reichsregierung habe aus seiner letzten Erklärung zu ihrer großen Befriedigung positive Einstellung der Sowjetregierung zur Neugestaltung deutsch-russischer Verhältnisse entnommen. Auch wir würden unter normalen Verhältnissen natürlich bereit sein, Neuregelung deutsch-russischer Beziehungen auf diplomatischem Wege weiter vorzubereiten und in der üblichen Weise durchzuführen. Die ungewöhnliche gegenwärtige Lage mache aber nach Auffassung des Führers notwendig, eine andere Methode anzuwenden, die schnell zum Ziel führe. Die deutsch-polnischen Beziehungen verschärften sich von Tag zu Tag. Wir müßten damit rechnen, daß jeden Tag Zwischenfälle eintreten könnten, die den Ausbruch eines offenen Konflikts unvermeidlich machten. Nach der ganzen Haltung der Polnischen Regierung hätten wir die Entwicklung der Dinge in dieser Beziehung keineswegs in unserer Hand. Der Führer hält es für notwendig, sich bei Bemühungen um Klärung deutsch-russischen Verhältnisses nicht von Ausbruch eines deutsch-polnischen Konflikts überraschen zu lassen. Er hält vorherige Klärung schon deshalb für notwendig, um bei diesem Konflikt russischen Interessen Rechnung tragen zu können, was ohne solche Klärung natürlich schwer sei.

Die von Herrn Molotow abgegebene Erklärung bezieht[2]) . . . . . sich auf Ihre erste Mitteilung vom 15. August. In meiner ergänzenden Instruktion sei über diese Mitteilung hinaus schon klar gesagt, daß wir mit Gedanken Nichtangriffspakts, Garantierung baltischer Staaten und deutscher Einflußnahme auf Japan völlig einverstanden seien. Alle sachlichen Elemente für sofortige Aufnahme direkter mündlicher Verhandlungen und für eine endgültige Einigung seien also gegeben.

Im übrigen können Sie erwähnen, daß die von Herrn Molotow erwähnte erste Etappe, nämlich der Abschluß der Verhandlungen über ein neues deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen, ja mit dem heutigen Tage zurückgelegt sei, sodaß man zweite Etappe nun in Angriff nehmen solle.[3])

Wir bäten deshalb nunmehr um sofortige Stellungnahme zu dem in der ergänzenden Instruktion gemachten Vorschlag meiner sofortigen Reise nach Moskau. Ich bitte dabei hinzuzufügen, daß ich mit Generalvollmacht des Führers kommen würde, die mich ermächtige, den Gesamtfragenkomplex erschöpfend und abschließend zu regeln.

Was insbesondere Nichtangriffspakt anbetreffe, so erscheine er uns so einfach, daß es keiner langen Vorbereitungen bedürfe. Wir

denken hier an folgende drei Punkte[4]), die ich Herrn M. vorzulesen, aber nicht zu übergeben bitte:

Artikel 1. Das Deutsche Reich und die UdSSR werden in keinem Fall zum Kriege oder zu einer anderen Art von Gewaltanwendung gegeneinander schreiten.

Artikel 2. Dieser Vertrag tritt sofort mit der Unterzeichnung in Kraft und gilt von da an unkündbar für eine Dauer von 25 Jahren.

Ich bitte dabei zu bemerken, daß ich in der Lage sei, im Hinblick auf diesen Vorschlag bei mündlichen Besprechungen in Moskau Details zu regeln und gegebenenfalls russischen Wünschen Rechnung zu tragen. Ebenso sei ich in der Lage, ein spezielles Protokoll zu unterzeichnen, das die Interessen beider Teile in diesen oder jenen Fragen der auswärtigen Politik regele, z. B. Regelung der Interessensphäre im Ostsee-Gebiet, Frage der Baltenstaaten usw. Auch eine solche Regelung, die uns von erheblicher Bedeutung scheine, sei aber nur bei einer mündlichen Aussprache möglich.

In diesem Zusammenhang bitte ich zu unterstreichen, daß die deutsche Außenpolitik heute an einer historischen Wende angelangt ist. Ich bitte, Unterhaltung, abgesehen von obigen Vertrags-Artikeln, diesmal nicht in der Form Vorlesung dieser Instruktion zu führen, sondern im Sinne der vorstehenden Ausführungen mit allem Nachdruck auf schnelles Zustandekommen meiner Reise hinzuwirken und etwaigen erneuten russischen Einwendungen entsprechend entgegenzutreten. Sie müssen sich dabei die entscheidende Tatsache vor Augen halten, daß baldiger Ausbruch offenen deutsch-polnischen Konflikts wahrscheinlich ist, und daß wir deshalb das größte Interesse daran haben, daß mein Besuch in Moskau sofort zustandekommt.

RIBBENTROP

---

1) Dokument Nr. 39.

2) Folgt Lücke in Moskauer Entzifferung.

3) Eine zusammenfassende Betrachtung des Handelsabkommens zwischen Deutschland und der Sowjetunion vom 19. August 1939 liegt vor in Schnurres Aufzeichnung vom 29. August (Dokument Nr. 59).

4) In einem Telegramm vom 19. August, 13 Uhr 25 Min. (Moskau Nr. 185, nicht gedruckt), wies der Botschafter darauf hin, daß der nachfolgende Entwurf eines Nichtangriffs-Vertrags nur zwei Paragraphen enthielt: Film 695, S. 260 333.

Nr. 41

Film 127, S. 69 490—69 491

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig, Berlin

Geheim

Telegramm Nr. 187 vom 19. August[1])
Auf Tel. Nr. 185 vom 18. August.

Citissime

Sowjetregierung einverstanden, daß der Herr Reichsaußenminister eine Woche nach Veröffentlichung der Unterzeichnung Wirtschaftsabkommens nach Moskau kommt. Molotow erklärte, daß, wenn Abschluß Wirtschaftsabkommens morgen veröffentlicht wird, der Herr Reichsaußenminister am 26. oder 27. August in Moskau eintreffen kann.

Molotow übergab mir Entwurf Nichtangriffspaktes.

Eingehende Wiedergabe der beiden Unterhaltungen, die ich heute mit Molotow hatte, sowie Wortlaut sowjetischen Entwurfes folgen sofort drahtlich. SCHULENBURG

[1]) Handschriftlicher Vermerk auf Konzept: ab 19. August 17 Uhr 50 Min.

Nr. 42

Film 127, S. 69 481—69 483

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig, Berlin

Geheim

Telegramm Nr. 189 vom 19. August
Im Anschluß an Tel. Nr. 187 vom 19. August

Citissime

Nachdem ich in meiner heutigen ersten Unterredung mit Molotow, die um 14 Uhr begann und eine Stunde dauerte, die mir aufgetragenen Mitteilungen gemacht hatte, versuchte ich immer wieder, M. davon zu überzeugen, daß eine Reise des Herrn Reichsaußenministers nach Moskau das einzige Mittel sei, um die wegen der politischen Lage dringend gebotene Beschleunigung zu erzielen. M. anerkannte positive Bedeutung der vorgeschlagenen Reise, betonte, daß die Sowjetregierung die darin liegende Absicht verstehe und schätze, blieb jedoch dabei, daß es vorläufig nicht möglich sei, auch nur annähernd den Zeitpunkt der Reise zu bestimmen, da sie einer gründlichen Vor-

bereitung bedürfe. Diese bezoge sich sowohl auf den Nichtangriffspakt als auch auf den Inhalt des gleichzeitig zu schließenden Protokolls. Der deutsche Entwurf des Nichtangriffspaktes sei keineswegs erschöpfend; die Sowjetregierung wünsche, daß dem Nichtangriffspakt mit Deutschland einer der vielen Nichtangriffspakte, die die Sowjetregierung mit anderen Ländern (z. B. mit Polen, Lettland, Estland usw.)[1]) geschlossen habe, als Muster zu Grunde gelegt werde. Er überlasse es der deutschen Regierung, hieraus den ihr als geeignet erscheinenden auszuwählen. Ferner sei Inhalt Protokolls sehr ernste Frage und Sowjetregierung erwarte, daß sich Deutsche Regierung noch präziser dazu äußere, welche Punkte in das Protokoll Aufnahme finden sollen. Die Einstellung der Sowjetregierung zu Verträgen, die sie schließe, sei sehr ernst, sie halte Verpflichtungen, die sie übernehme, und erwarte das gleiche von ihren Vertragspartnern.

Auf meine wiederholt und mit großem Nachdruck vorgebrachten Gründe der Eilbedürftigkeit entgegnete M., daß bisher noch nicht einmal der erste Schritt durch den Abschluß des Wirtschaftsabkommens gemacht sei. Zunächst müsse das Wirtschaftsabkommen unterzeichnet und veröffentlicht werden und sich nach außen auswirken. Dann käme der Nichtangriffspakt und das Protokoll dran.

Von meinen Einwendungen blieb M. scheinbar unberührt, so daß die erste Unterredung mit der Erklärung M.'s schloß, er habe mir die Auffassung der Sowjetregierung mitgeteilt und habe dem nichts mehr hinzuzufügen.

Nachdem kaum eine halbe Stunde nach der Unterredung vergangen war, ließ mich M. bitten, ihn um 16 Uhr 30 noch einmal im Kreml aufzusuchen.

Er entschuldigte sich, daß er mich bemüht habe, und erklärte, er habe der Sowjetregierung berichtet und sei beauftragt, mir einen Entwurf für den Nichtangriffspakt zu überreichen. Was die Reise des Herrn Reichsaußenministers betreffe, so sei die Sowjetregierung damit einverstanden, daß Herr von Ribbentrop etwa eine Woche nach Veröffentlichung der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens nach Moskau komme; wenn somit die Veröffentlichung morgen erfolge, könne Herr von Ribbentrop am 26. oder 27. August in Moskau eintreffen. Gründe für seine plötzliche Sinnesänderung gab M. nicht an. Ich nehme an, daß Stalin eingegriffen hat. Mein Versuch, M. zur Annahme eines früheren Termins zur Reise des Herrn Reichsaußenministers zu bewegen, blieb leider erfolglos.

Text Nichtangriffspaktentwurfes folgt telegraphisch.

SCHULENBURG

---

1) Nichtangriffsverträge der Sowjetunion mit Lettland, 5. Februar 1932; Estland, 4. Mai 1932; Polen, 25. Juli 1932.

Nr. 43

Film 127, S. 69 479—69 480

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig

Berlin

Citissime.
Geheim.

Telegramm Nr. 190 vom 19. August[1])

Im Anschluß an Telegramm Nr. 189 vom 19. 8.

Der sowjetische Nichtangriffspaktentwurf hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung der UdSSR und die Deutsche Reichsregierung, geleitet von dem Wunsche nach Festigung der Sache des Friedens zwischen den Völkern und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen der UdSSR und Deutschland geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung[2]) gelangt:

Artikel 1. Beide vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich gegenseitig irgendeines Gewaltaktes und irgendeiner aggressiven Handlung gegeneinander oder eines Angriffs aufeinander sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten zu enthalten.

Artikel 2. Falls einer der vertragschließenden Teile Gegenstand eines Gewaltaktes oder Angriffs seitens einer dritten Macht werden sollte, so wird der andere vertragschließende Teil in keiner wie immer gearteten Form solche Handlungen dieser Macht unterstützen.

Artikel 3. Im Falle der Entstehung von Streitigkeiten oder Konflikten zwischen den vertragschließenden Teilen über diese oder jene Fragen verpflichten sich beide Teile, diese Streitigkeiten und Konflikte ausschließlich auf friedlichem Wege mittels gegenseitiger Konsultation oder erforderlichenfalls mittels Schaffung von entsprechenden Schlichtungskommissionen zu regeln.

Artikel 4. Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, daß, sofern einer der vertragschließenden Teile ihn nicht ein Jahr vor Ablauf der Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit des Vertrages automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gelten wird.

Artikel 5. Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb einer möglichst kurzen Frist ratifiziert werden, wonach der Vertrag in Kraft tritt.

Postscriptum

Der gegenwärtige Pakt ist nur bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines besonderen Protokolls über die Punkte, an denen die vertrag-

schließenden Teile auf dem Gebiete der Außenpolitik interessiert sind, gültig. Das Protokoll bildet einen integrierenden Bestandteil des Paktes."

SCHULENBURG

---

[1]) Handschriftlicher Vermerk auf Konzept: ab 19. August 23 Uhr 30 Min.
[2]) Über „Übereinkunft" steht handschriftlich „Vereinbarung"; vgl. Dokument Nr. 54.

Nr. 44

Film 644, S. 254 844—254 846

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus BERLIN den 20. August 1939, 16 Uhr 35 Min.
Ankunft in MOSKAU den 21. August 1939, 0 Uhr 45 Min.

Diplogerma

Moskau

Nr. 189 vom 20. August

Citissime!

Für Herrn Botschafter persönlich.

Führer beauftragt Sie, sich umgehend bei Molotow anzusagen und ihm folgendes Telegramm Führers an Herrn Stalin auszuhändigen*). Ribbentrop:

Herrn Stalin [a]), Moskau.

1. Ich begrüße die Unterzeichnung des neuen deutsch-sowjetischen Handelsabkommens als ersten Schritt zur Neugestaltung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses aufrichtig.

2. Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion bedeutet für mich eine Festlegung der deutschen Politik auf lange Sicht. Deutschland nimmt damit wieder eine politische Linie auf, die in Jahrhunderten der Vergangenheit für beide Staaten nutzbringend war. Die Reichsregierung ist daher in einem solchen Falle entschlossen, alle Konsequenzen aus einer so eingreifenden Umstellung zu ziehen.

3. Ich akzeptiere den von Ihrem Außenminister [b]), Herrn Molotow, übergebenen Entwurf des Nichtangriffspakts, halte es aber für dringend notwendig, die mit ihm noch zusammenhängenden Fragen auf schnellstem Wege zu klären.

4. Das von der Regierung der Sowjetunion gewünschte Zusatzprotokoll kann nach meiner Überzeugung in kürzester Zeit substantiell geklärt werden, wenn ein verantwortlicher deutscher Staats-

mann in Moskau hierüber selbst verhandeln kann. Sonst ist sich die Reichsregierung nicht darüber im klaren, wie das Zusatzprotokoll in kurzer Zeit geklärt und festgelegt werden könnte.

5. Die Spannung zwischen Deutschland und Polen ist unerträglich geworden. Das polnische Verhalten einer Großmacht gegenüber ist so, daß jeden Tag eine Krise ausbrechen kann. Deutschland ist jedenfalls entschlossen, diesen Zumutungen gegenüber von jetzt an die Interessen des Reichs mit allen Mitteln wahrzunehmen.

6. Es ist meine Auffassung, daß es bei der Absicht der beiden Reiche, in ein neues Verhältns zueinander zu treten, zweckmäßig ist, keine Zeit zu verlieren. Ich schlage Ihnen daher noch einmal vor, meinen Außenminister am Dienstag, den 22. August, spätestens aber am Mittwoch, den 23. August, zu empfangen. Der Reichsaußenminister hat umfassendste Generalvollmacht zur Abfassung und Unterzeichnung des Nichtangriffspakts sowie des Protokolls. Eine längere Anwesenheit des Reichsaußenministers in Moskau als ein bis höchstens zwei Tage ist mit Rücksicht auf die internationale Situation unmöglich. Ich würde mich freuen, Ihre baldige Antwort zu erhalten. Adolf Hitler.

Ich bitte, das vorstehende Telegramm des Führers an Stalin Herrn Molotow schriftlich auf Bogen ohne Kopf zu übergeben.

RIBBENTROP

---

*) In der Moskauer Entzifferung wurden für die Mitteilung an Stalin die folgenden Textänderungen handschriftlich eingetragen:

a) Herrn J. W. Stalin.

b) „Ihrem Außenminister" ersetzt durch: dem Vorsitzenden der Volkskommissare der UdSSR und Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.

Nr. 45

Film 695, S. 260 314

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus BERLIN den 21. August 1939 10 Uhr 15 Min.
Ankunft in MOSKAU den 21. August 1939 14 Uhr 30 Min.

Diplogerma
Moskau
Nr. 191 vom 21. August.

Für Herrn Botschafter.

Bitte mit aller Energie dafür zu sorgen, daß Reise zustandekommt. Termin wie Telegramm.

RIBBENTROP

Nr. 46

Film 695, S. 260 312—260 313

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig

Berlin

Geheim

Citissime

Tel. Nr. 197 vom 21. August auf Tel. Nr. 189 vom 20. August und Nr. 191 vom 21. August.

Unter starker Betonung der außergewöhnlichen Wichtigkeit und außerordentlichen Eilbedürftigkeit habe ich 15 Uhr Molotow die Botschaft des Führers an Stalin nebst einer Übersetzung übergeben. M. las das Schriftstück durch und war offensichtlich stark beeindruckt. Er erklärte, er werde die Botschaft weiterleiten und mich sofort verständigen, sobald eine Entscheidung getroffen sei.

Unter Aufgebot aller mir zur Verfügung stehenden Mittel habe ich versucht, M. klarzumachen, daß eine sofortige Reise des Herrn R. A. M. im Interesse beider Länder unbedingt notwendig sei. Ich habe mit der Bitte geschlossen, mir unter allen Umständen noch heute Antwort zu geben.

Eben erfahre ich, daß mich M. bereits um 17 Uhr wieder empfangen will.

SCHULENBURG

Nr. 47

Film 695 S. 260 307

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig

Berlin

Citissime

Geheim

Tel. Nr. 199 vom 21. August.

Im Anschluß an Telegramm Nr. 197 vom 21. 8.

Molotow übergab mir um 17 Uhr in sehr konzilianter Form gehaltene Antwort Stalins auf Botschaft Führers. Stalin mitteilt, daß Sowjetregierung mit Eintreffen des Herrn Reichsaußenministers am 23. August einverstanden.

Molotow erklärte, Sowjetregierung wünsche, daß spätestens morgen früh kurzes sachliches Kommuniqué über beabsichtigten Abschluß Nichtangriffspaktes und „bevorstehende" Ankunft des Herrn

Reichsaußenministers in Moskau veröffentlicht wird. Molotow erbat hierzu bis Mitternacht deutsches Einverständnis. Empfehle zuzustimmen, da sich Sowjetregierung durch Veröffentlichung festlegt.

Wortlaut Brief Stalins folgt sofort telegraphisch.

SCHULENBURG

Nr. 48

Film 695, S. 260 306

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig

Berlin

Citissime

Geheim

Tel. Nr. 200 vom 21. 8.

Im Anschluß an Tel. Nr. 199 vom 21. 8.

Wortlaut der Antwort Stalins:

„21. August 1939.

An den Reichskanzler Deutschlands Herrn A. Hitler.

Ich danke für den Brief.

Ich hoffe, daß deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt eine Wendung zur ernsthaften Besserung der politischen Beziehungen zwischen unseren Ländern schaffen wird.

Die Völker unserer Länder bedürfen friedlicher Beziehungen zueinander. Das Einverständnis der deutschen Regierung mit dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes schafft die Grundlage für die Liquidierung der politischen Spannung und für die Aufrichtung des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.

Die Sowjetregierung hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß sie einverstanden ist mit dem Eintreffen des Herrn von Ribbentrop in Moskau am 23. August.

Gezeichnet J. Stalin".

SCHULENBURG

Nr. 49

Film F 11, S. 0032—0033

Vollmacht für Reichsaußenminister zum Vertragsabschluß mit der Sowjetunion

Vollmacht

Dem Reichsminister des Auswärtigen, Herrn Joachim von Ribbentrop, erteile ich hierdurch Generalvollmacht, im Namen

des Deutschen Reiches mit bevollmächtigten Vertretern der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einen Nichtangriffsvertrag sowie über alle damit zusammenhängenden Fragen zu verhandeln und sowohl den Nichtangriffsvertrag als auch andere sich aus den Verhandlungen ergebende Vereinbarungen zu unterzeichnen, und zwar gegebenenfalls mit der Maßgabe, daß dieser Vertrag und diese Vereinbarungen sofort mit der Unterzeichnung in Kraft treten.

Obersalzberg, den 22. August 1939

Adolf HITLER
RIBBENTROP

Nr. 50

Film 155, S. 130 968—130 970

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 22. August 1939

St. S. Nr. 644

Nachdem der Herr Reichsaußenminister gestern spät abends den Japanischen Botschafter vom Berghof aus telefonisch kurz über die neue Wendung zwischen Berlin und Moskau unterrichtet hatte, empfing ich Herrn Oshima um Mitternacht zu einer Aussprache, die etwa eine Stunde dauerte. Der Japaner zeigte wie üblich eine gute Haltung. Gleichzeitig war ihm jedoch seine Beklommenheit anzuspüren, die erst im späteren Gesprächsverlauf etwas wich.

Ich setzte zunächst Oshima die natürliche Entwicklung auseinander, welche uns bis zu dem heutigen Beschluß eines Nichtangriffspakt[es] geführt hat. Alsdann kam Oshima mit seinen eigenen Sorgen und schließlich stellten wir die Gründe fest, mit welchen Oshima seine Regierung von der Zwangsläufigkeit und zugleich von den Vorteilen des jetzigen Vorgangs überzeugen könne.

Die Einwendungen Oshimas waren, wie zu erwarten, zweierlei:

1. Rußland werde, in Europa entlastet, seine ostasiatische Front stärken und den chinesischen Krieg neu beleben.

2. Die Juristen in Tokio — und davon gäbe es viele — würden die Vereinbarkeit unseres jetzigen Vorgehens mit gewissen früheren deutsch-japanischen Abreden bestreiten.

Oshima fügte hinzu, es habe keinen Zweck, an bestehenden Tatsachen rütteln zu wollen. Er sähe aber einen Schock in Japan voraus

und diesen möchte er durch seine telegrafische Berichterstattung noch heute nacht mildern.

Meine Beweisführung war etwa die folgende:

1. Wir täten nichts, um unser Freundschaftsverhältnis zu Japan in Frage zu stellen. Im Gegenteil, wir würden es weiter aufrechterhalten und schätzten die Persönlichkeiten, die entschlossen dafür gekämpft hätten und kämpfen würden, wie Oshima, auf das aufrichtigste.

2. Der jetzige Vorgang sei insofern nicht überraschend, als doch der Herr Reichsaußenminister dem Botschafter schon vor Monaten eine Normalisierung im deutsch-russischen Verhältnis als erstrebenswert hingestellt habe.

3. Ein solcher Ausgleich würde uns instandsetzen, auch im japanisch-russischen Verhältnis eine Ruhelage zu erstreben und auf lange Zeit zu sichern. Daß Japan den japanisch-russischen Konflikt vorläufig nicht suche, sei doch sicher. Ich hätte aber auch von der russischen Seite her den Eindruck, daß dort ein Ausgleich Moskau—Tokio willkommen wäre.

4. Seit Aufnahme der (von Oshima erwähnten) Antikomintern-Abreden[1]) habe sich die Gegnerfront sowohl von Japan wie von Deutschland verschoben. Es liege klar zutage, daß für Japan England der Feind Nr. 1 geworden sei, ebenso wie auch Deutschland viel weniger von der russischen als von der englischen Politik belästigt werde. Unseren beiderseitigen Interessen diene also der nunmehr erstrebte Ausgleich mit Moskau.

5. Wenn Oshima auf gewisse frühere deutsch-japanische Abreden hinweise, so sei uns doch nicht abzustreiten, daß wir mit unendlicher Geduld das deutsch-japanische Verhältnis zu vertiefen gesucht hätten. Wir warteten seit einem halben Jahr auf das japanische Echo. Die Japanische Regierung sei also im Verzug und gerade Oshima käme das Verdienst zu, dieses stets erkannt und zur Eile gemahnt zu haben.

6. Unsere wirtschaftlichen und auch gewisse politische Unterhaltungen mit Moskau dauerten zwar schon einige Zeit. Die Erörterung über einen Nichtangriffspakt sei aber allerneuesten Datums. Erst in den letzten 2 bis 3 Tagen hätte sich eine derartige Möglichkeit abgezeichnet. Nun könne uns der polnische Übermut noch in dieser Woche den Krieg aufnötigen. In einer solchen Zeitknappheit seien wir absolut gezwungen gewesen, zuzugreifen.

Der Botschafter vermerkte sich diese Ausführungen und versicherte mich zum Schluß noch seiner unentwegten Absicht, an der

deutsch-japanischen Freundschaft weiter zu arbeiten. Im übrigen hoffte er, noch heute den Herrn Reichsaußenminister, wenn er durch Berlin reist, kurz sprechen zu können, um seiner Berichterstattung nach Tokio noch mehr Gewicht zu geben. Gegebenenfalls will Oshima auf den Flugplatz kommen.

gez. WEIZSÄCKER

---

[1]) Vgl. S. 46 Anm. 4.

Nr. 51

Film 644, S. 254 847

Der Reichsaußenminister an das Auswärtige Amt

Telegramm [1])

MOSKAU, 23. August 1939

Auswärtig
Berlin

Tel. Nr. 204 vom 23. August.

Citissime!

Bitte sofort dem Führer zu melden, daß soeben erste dreistündige Besprechung mit Stalin und Molotow beendet. Bei Besprechung, die im übrigen durchaus positiv in unserem Sinne verlief, hat sich herausgestellt, daß entscheidender Punkt für Endergebnis Anspruch der Russen ist, die Häfen Libau und Windau als ihre Interessensphären von uns anerkannt zu sehen. Ich wäre dankbar für Bestätigung, noch vor 20 Uhr deutscher Zeit [2]), daß Führer hiermit einverstanden. Vorgesehen ist Unterzeichnung eines geheimen Protokolls über Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären im gesamten Ostgebiet, wozu ich mich grundsätzlich bereit erklärte [2]).

RIBBENTROP

---

[1]) Von anderen Kopien dieser Anfrage und der Antwort (Dokument Nr. 52) kann geschlossen werden, daß sie telephoniert wurden (Nr. 51: Film 34 S. 24 017; Nr. 52: Film 695 S. 260 299).

[2]) Die gesperrten Worte sind handschriftliche Zusätze v. Ribbentrops im Moskauer Konzept.

Nr. 52

Film 34, Seite 24 018

VLR Dr. Kordt, Ministerbüro, an den Reichsaußenminister

Telegramm[1])

e. o. RAM 424

BERLIN, den 23. August 1939

Diplogerma
Moskau
Nr. 205

Auf Telegramm Nr. 204.

Antwort lautet: ja, einverstanden.

KORDT.

---

[1]) Das telephonisch übermittelte Telegramm wurde in Moskau am 23. August um 23 Uhr empfangen; vgl. Anm. 1 zu Nr. 51.

Nr. 53

Film F 11, Seiten 0019—0030

Aufzeichnung des VLR Hencke über die Unterredung des Reichsaußenministers mit Stalin und Molotow, 23./24. August 1939

Geheime Reichssache

Büro des Reichsaußenministers
24. August [1939]

Aufzeichnung

über eine in der Nacht vom 23. zum 24. August zwischen dem Herrn R. A. M. einerseits sowie Herrn Stalin und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Molotow andererseits geführte Unterhaltung.

Es wurden folgende Fragen erörtert:

1. Japan:

Der Herr R. A. M. führte aus, daß die deutsch-japanische Freundschaft in keiner Weise gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Vielmehr seien wir dank unserer guten Beziehungen zu Japan in der Lage, zu einem Ausgleich der Gegensätze zwischen der Sowjetunion und Japan beizutragen. Falls Herr Stalin und die Sowjetregierung es wünschten, sei der Herr R. A. M. bereit, in diesem Sinne zu wirken. Er würde entsprechend auf die Japanische Regierung einwirken und hierüber mit dem sowjetrussischen Vertreter in Berlin in Fühlung bleiben.

Herr Stalin erwiderte, daß die Sowjetunion zwar eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu Japan wünsche, ihre Geduld gegenüber den

japanischen Provokationen jedoch Grenzen habe. Wenn Japan den Krieg wolle, könne es ihn haben. Die Sowjetunion fürchte ihn nicht und sei darauf vorbereitet. Wünsche Japan den Frieden — um so besser! Herr Stalin halte eine Mitwirkung Deutschlands bei einer Verbesserung der sowjetrussisch-japanischen Beziehungen für nützlich, er wolle aber nicht, daß bei den Japanern der Eindruck entstünde, als ob die Initiative hierzu von der Sowjetunion ausgegangen sei.

Der Herr R. A. M. stimmte dem zu und betonte, daß seine Mitwirkung lediglich die Fortsetzung von Gesprächen bedeuten würde, die er seit Monaten mit dem japanischen Botschafter in Berlin im Sinne einer Verbesserung der sowjetrussisch-japanischen Beziehungen führe. Es würde demnach auch von deutscher Seite keine neue Initiative in dieser Frage vorliegen.

2. Italien:

Herr Stalin fragte den Herrn R. A. M. nach den italienischen Absichten. Habe Italien nicht über die Annexion Albaniens hinaus weitere Aspirationen, — vielleicht auf griechisches Gebiet? Das kleine, bergige und schwach bevölkerte Albanien habe nach seiner Ansicht für Italien keinen besonderen Wert.

Der Herr R. A. M. erwiderte, daß Albanien für Italien aus strategischen Gründen wichtig sei. Im übrigen sei Mussolini ein starker Mann, der sich nicht einschüchtern ließe. Dies habe er während des abessinischen Konflikts bewiesen, in dem Italien seine Ziele gegen eine feindliche Koalition aus eigener Kraft durchgesetzt habe. Auch Deutschland sei damals noch nicht in der Lage gewesen, Italien nennenswerte Unterstützung zu leihen.

Mussolini begrüße lebhaft die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Zu dem Abschluß des Nichtangriffspaktes habe er sich sehr erfreut geäußert.

3. Türkei:

Herr Stalin fragte den Herrn R. A. M., was Deutschland von der Türkei halte.

Der Herr R. A. M. äußerte sich hierzu wie folgt: Er habe schon vor Monaten der Türkischen Regierung erklärt, daß Deutschland freundschaftliche Beziehungen zur Türkei wünsche. Der Herr R. A. M. habe selbst alles getan, um dieses Ziel zu erreichen. Die Antwort sei gewesen, daß sich die Türkei als eines der ersten Länder der Einkreisungsfront gegen Deutschland angeschlossen und es nicht einmal für notwendig gehalten habe, die Reichsregierung hiervon zu verständigen.

Die Herren Stalin und Molotow bemerkten hierzu, daß auch die Sowjetunion schlechte Erfahrungen mit der schwankenden türkischen Politik gemacht habe.

Der Herr R. A. M. erwähnte weiter, daß England 5 Millionen Pfund in der Türkei verteilt habe, um die Propaganda gegen Deutschland zu schüren.

Herr Stalin meinte, die Summe, mit der türkische Politiker von England gekauft worden seien, betrage nach seiner Kenntnis wesentlich mehr als 5 Millionen Pfund.

4. England:

Die Herren Stalin und Molotow äußerten sich in absprechender Weise über die englische Militärmission in Moskau, die der Sowjetregierung niemals gesagt habe, was sie eigentlich wolle.

Der Herr R. A. M. erklärte hieran anknüpfend, daß England stets den Versuch gemacht habe und auch mache, die Entwicklung guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu stören. England sei schwach und für seinen anmaßenden Anspruch auf die Weltherrschaft wolle es andere kämpfen lassen.

Herr Stalin stimmte lebhaft zu und bemerkte folgendes: die englische Armee sei schwach; auch der britischen Seeflotte komme nicht mehr ihre frühere Bedeutung zu. Die Luftflotte Englands sei zwar im Aufbau begriffen, es herrsche aber Mangel an Fliegern. Wenn England trotzdem die Welt beherrsche, so läge das an der Dummheit der anderen Länder, die sich immer wieder bluffen ließen. Es sei lächerlich, daß z. B. einige hundert Engländer Indien beherrschten.

Der Herr R. A. M. stimmte zu und teilte Herrn Stalin vertraulich mit, daß England in diesen Tagen einen neuen Fühler ausgestreckt habe, der mit gewissen Andeutungen an das Jahr 1914 verknüpft sei. Es handele sich dabei um ein typisch englisches, dummes Manöver. Der Herr R.A.M. habe dem Führer vorgeschlagen, den Engländern mitzuteilen, daß Deutschland jede feindselige britische Handlung im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes mit einem Bombenangriff auf London beantworten würde.

Herr Stalin bemerkte, bei dem Fühler handele es sich offenbar um den Brief Chamberlains an den Führer, den der Botschafter Henderson am 23. VIII. auf dem Obersalzberg übergeben habe[1]). Stalin äußerte ferner die Ansicht, daß England trotz seiner Schwäche schlau und hartnäckig Krieg führen würde.

5. Frankreich:

Herr Stalin gab der Meinung Ausdruck, daß Frankreich immerhin eine beachtliche Armee habe.

Der Herr R.A.M. wies seinerseits die Herren Stalin und Molotow auf die zahlenmäßige Unterlegenheit Frankreichs hin. Während Deutschland über eine Jahresklasse von mehr als 300 000 Soldaten verfüge, könne Frankreich jährlich nur 150 000 Rekruten einberufen. Der Westwall sei fünfmal stärker als die Maginot-Linie. Wenn Frank-

reich mit Deutschland Krieg führen wolle, würde es unter allen Umständen besiegt werden.

6. Antikominternpakt:

Der Herr R.A.M. bemerkte, daß der Antikominternpakt im Grunde nicht gegen die Sowjetunion, sondern gegen die westlichen Demokratien gerichtet gewesen sei. Dies habe, wie er wisse und auch aus russischen Pressestimmen entnehmen konnte, die Sowjetregierung richtig erkannt.

Herr Stalin warf ein, der Antikominternpakt habe in der Tat hauptsächlich die Londoner City und die kleinen englischen Kaufleute erschreckt.

Der Herr R.A.M. stimmte zu und bemerkte scherzhaft, daß Herr Stalin durch den Antikominternpakt sicher weniger erschreckt worden sei, als die Londoner City und die kleinen englischen Kaufleute. Wie das deutsche Volk über diese Frage denke, gehe aus einem von den als witzig und humorbegabt bekannten Berlinern erfundenen Scherzwort hervor, daß schon seit einigen Monaten umliefe und besage: „Stalin werde auch selbst dem Antikominternpakt beitreten."

7. Einstellung des deutschen Volkes zu dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt.

Der Herr R.A.M. führte aus, er habe bereits feststellen können, daß alle Schichten des deutschen Volkes, und zwar gerade die einfachen Leute, die Verständigung mit der Sowjetunion auf das lebhafteste begrüßten. Das Volk fühle instinktiv, daß es zwischen Deutschland und der Sowjetunion keine natürlichen Gegensätze gebe und daß die Entwicklung guter Beziehungen bisher nur durch ausländische Machenschaften, insbesondere seitens Englands, gestört worden sei.

Herr Stalin erwidert, daß er dies gern glaube. Die Deutschen wünschten den Frieden und begrüßten daher freundschaftliche Beziehungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion.

Der Herr R.A.M. warf hier ein, es treffe sicher zu, daß das deutsche Volk den Frieden wünsche, andererseits sei aber die Empörung gegen Polen so groß, daß jeder einzelne zum Kampf bereit sei. Das deutsche Volk würde sich die polnischen Provokationen nicht länger gefallen lassen.

8. Trinksprüche.

Im Laufe der Unterhaltung brachte Herr Stalin spontan mit folgenden Worten einen Trinkspruch auf den Führer aus:

„Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken."

Herr Molotow trank auf das Wohl des Herrn R.A.M. und des Herrn Botschafters Graf v. d. Schulenburg.

Ferner erhob Herr Molotow sein Glas auf Herrn Stalin, wobei er bemerkte, daß es Stalin gewesen sei, der durch seine Rede vom März dieses Jahres, die in Deutschland gut verstanden worden sei, den Umschwung der politischen Beziehungen eingeleitet habe[2]).

Wiederholt tranken die Herren Molotow und Stalin auf den Nichtangriffspakt, *die neue Aera der deutsch-russischen Beziehungen und* auf das deutsche Volk.

Der Herr R.A.M. brachte seinerseits einen Trinkspruch auf Herrn Stalin, sowie Trinksprüche auf die Sowjetregierung und auf eine glückliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion aus.

9. Bei der Verabschiedung erklärte Herr Stalin dem Herrn R.A.M. wörtlich:

Die Sowjetregierung nehme den neuen Pakt sehr ernst, er könne auf sein Ehrenwort versichern, daß die Sowjetunion ihren Partner nicht betrügen würde.

MOSKAU, 24. August 1939.

HENCKE

---

1) *Documents concerning German-Polish Relations and the Outbreak of Hostilities between Great Britain and Germany on September 3, 1939* (Cmd. 6106), No. 56.

2) Rede Stalins vor dem 18. Kongreß der Kommunistischen Partei am 10. März 1939.

Nr. 54

Film 34, S. 23 278/1—21)

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

23. August 1939

Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der SSR, geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt[2]):

Artikel 1

Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltaktes, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel 2

Falls einer der vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel 3

Die Regierungen der beiden vertragschließenden Teile werden künftig fortlaufend mit Konsultation in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Artikel 4

Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel 5

Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den vertragschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, würden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder, nötigenfalls, durch Schlichtungskommissionen bereinigen.

Artikel 6

Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, daß, soweit nicht einer der vertragschließenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gilt.

Artikel 7

Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb möglichst kurzer Frist ratifiziert werden. Die Ratifizierungsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, deutscher und russischer Sprache.

MOSKAU, am 23. August 1939

für die deutsche Reichsregierung
gez. RIBBENTROP

in Vollmacht der Regierung der UdSSR
gez. MOLOTOW

---

[1]) DNB vom 24. August 1939.

[2]) Vgl. Dokument Nr. 43: Sowjetischer Nichtangriffspaktentwurf.

Nr. 55

Film F 19, S. 182—183

Geheimes Zusatzprotokoll

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.[1])

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwickelung geklärt werden.

In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.[2])

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

MOSKAU, den 23. August 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:	In Vollmacht der Regierung der UdSSR:
v. RIBBENTROP	W. MOLOTOW

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 89.

[2]) Die Diskussion dieser Fragen während der Verhandlungen über den Nichtangriffsvertrag ist erläutert in v. Ribbentrops Aufzeichnung für Hitler v. 24. Juni 1940 (Dokument Nr. 149).

III. Ausführung und Revision des Abkommens, 23. August bis 28. September 1939

Nr. 56

Film 439, S. 221 102—221 103

Der Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin v. Krosigk an den Reichsaußenminister

Brief

Reichsminister der Finanzen

ROM, den 23. August 1939

Sehr verehrter Herr von Ribbentrop!

Zunächst meinen herzlichen und aufrichtigen Glückwunsch zu dem großen Erfolg, der mit dem russischen Pakt erreicht ist.

Ich habe heute früh 10 Uhr eine Besprechung mit Graf Ciano gehabt und teile Ihnen verabredungsgemäß den Inhalt mit.

Nach den üblichen Begrüßungsworten sprach Graf Ciano sofort über die Außenpolitik und unterstrich die Bedeutung Ihrer Reise nach Rußland. Trotzdem würden nach seiner Ansicht bei einem Eingreifen Deutschlands in Polen England und Frankreich alsbald am Krieg sich beteiligen. Die Botschafter beider Mächte[1]) hätten ihm das soeben ausdrücklich und sehr ernst bestätigt. Hierdurch sei eine sehr ernste Lage gegeben. Denn tatsächlich sei die Achse vor allem wirtschaftlich noch nicht hinreichend gerüstet. Sie werde erst in 3 bis 4 Jahren — Graf Ciano verbesserte sich und sagte mit starker Betonung „in 3 Jahren" — kriegsbereit sein. Wir würden sicherlich militärische Anfangserfolge haben, die Gegner würden sie hinnehmen und würden einen vor allem wirtschaftlich organisierten Zermürbungskrieg von langer Dauer führen. Auf meinen Einwand, daß der Führer anderer Ansicht sei und nicht an einen Krieg mit England und Frankreich glaube, erwiderte Graf Ciano, daß ihm dies bekannt sei, daß er aber fürchte, daß der Führer dieses Mal nicht Recht behalten werde. Auf meine Erwiderung, daß es für ein großes Volk völlig unerträglich sei, der systematischen Behandlung Deutscher durch Polen länger tatenlos

zuzusehen, daß daher eine Lösung der polnischen Frage unerläßlich sei und daß hierin das ganze deutsche Volk eines Sinnes sei, entgegnete Graf Ciano, daß es auf die Stimmung der Völker der Achse stark ankomme. Denn es werde nötig sein, mit äußerster Verbissenheit zu kämpfen, da wir im Fall einer Niederlage mit einem Frieden zu rechnen hätten, der praktisch das Ende der Achsenmächte bedeuten würde. Graf Ciano schloß die Unterhaltung damit, daß er trotz des großen diplomatischen Erfolges des Russenpaktes die Lage für sehr ernst ansehe.

Meine Audienz beim Duce wird morgen um 19 Uhr stattfinden. Am Freitag früh fahre ich nach Berlin zurück.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
gez. Graf SCHWERIN-KROSIGK[2])

---

[1]) Sir Percy Lyham Loraine und André François-Poncet.

[2]) Laut handschriftlichem Zusatz von Schwerin-Krosigk sandte er wegen der Abwesenheit des Reichsaußenministers diese Abschrift des Briefes direkt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

Nr. 57

Film 147, S. 78 822—78 825

Brief Hitlers an Mussolini, 25. August 1939

An den Italienischen Ministerpräsidenten
Benito Mussolini

Duce!

Seit längerer Zeit standen Deutschland und Rußland in Gedankenaustausch über eine Neugestaltung der beiderseitigen politischen Beziehungen.

Die Notwendigkeit, in diesem Sinne zu Ergebnissen zu kommen, wurde verstärkt

1. durch die Lage der allgemeinen weltpolitischen Situation, soweit sie für die beiden Achsenmächte entscheidend ist.
2. durch das fortgesetzte Hinausziehen einer klaren Stellungnahme des Japanischen Kabinetts. Japan war wohl einverstanden zu einem Bündnis gegen Rußland, woran sowohl Deutschland als in meinen Augen Italien auch unter den obwaltenden Umständen nur s e k u n d ä r[1]) interessiert sein konnten. Es war aber nicht einverstanden zu einer ebenso klaren Verpflichtung gegenüber England, und dies wäre vom Standpunkt nicht nur Deutschlands, sondern auch Italiens aus mitentscheidend gewesen. Die Behauptung des Militärs, in kurzer Zeit die japa-

nische Regierung zu einer klaren Stellungnahme auch England gegenüber veranlassen zu können, lag seit Monaten vor, wurde aber praktisch eben doch nicht realisiert.

3. Das Verhältnis Deutschlands zu Polen ist nicht durch das Verschulden des Reichs, sondern wesentlich durch das Zutun Englands seit dem Frühjahr unbefriedigend gewesen und war in den letzten Wochen einfach unerträglich. Die Nachrichten über die Verfolgung der Deutschen in diesem Gebiet sind nicht erfundene Pressemeldungen, sondern nur ein Bruchteil einer erschütternden Wahrheit. Die von Polen betriebene zollpolitische Abwürgung Danzigs, die schon seit Wochen zur vollkommenen Stillegung des gesamten Handels führt, wird bei einer zeitlich auch nur sehr beschränkten Fortdauer die Stadt vernichten.

Diese Gründe veranlaßten mich, eine Beschleunigung des Abschlusses der deutsch-russischen Besprechungen herbeizuführen. Ich habe Ihnen, Duce, darüber im einzelnen noch nicht berichtet, weil mir sowohl der Einblick in den erreichbaren Umfang dieser Besprechungen als auch überhaupt die Gewißheit der Möglichkeit des Gelingens fehlte.

Nun ist in den letzten Wochen die seit dem Weggang Litwinows *zutage getretene Bereitschaft des Kremls zu einer Neuordnung* der Beziehungen zu Deutschland zu kommen, immer stärker in Erscheinung getreten und ermöglichte es mir, nunmehr nach einer bereits erfolgten Vorklärung meinen Reichsaußenminister nach Moskau zu schicken zum Abschluß eines Vertrages, der der weiteste zur Zeit bestehende Nichtangriffspakt überhaupt ist und dessen Text der Öffentlichkeit übergeben wurde. Der Pakt ist bedingungslos und umschließt außerdem die Pflicht zur Konsultation über alle Rußland und Deutschland berührenden Fragen. Darüber hinaus aber darf ich Ihnen, Duce, mitteilen, daß durch die Absprachen die wohlwollendste Haltung Rußlands im Falle irgendeines Konfliktes sichergestellt, und daß vor allem die Möglichkeit irgendeines Eingriffes Rumäniens in einen solchen Konflikt nicht mehr gegeben ist![1])

Auch die Türkei kann unter diesen Umständen nur eine Revision der bisherigen Haltung vornehmen. Aber ich wiederhole noch einmal, daß Rumänien nicht mehr in der Lage ist, sich an irgendeinem Konflikt gegen die Achse zu beteiligen![1]) Ich glaube, Duce, Ihnen sagen zu dürfen, daß durch die Verhandlungen mit Sowjet-Rußland eine vollkommen neue weltpolitische Situation entstanden ist, die als stärkster Gewinn für die Achse ausgelegt werden muß.

Zur Lage an der deutsch-polnischen Grenze kann ich Euer Exzellenz nur mitteilen, daß wir seit Wochen im Alarmzustand sind, daß sich steigend mit der polnischen Mobilmachung selbstverständlich auch die deutschen Maßnahmen entwickelten und daß ich im Falle unerträglicher polnischer Vorgänge augenblicklich handeln werde. Die Behauptung der polnischen Regierung, daß sie für die unmenschlichen Vorgänge, für die zahlreichen Grenzzwischenfälle (heute nacht allein 21 polnische Grenzübergriffe), für die Beschießung deutscher Verkehrsflugzeuge — die, um die Möglichkeit von Zusammenstößen zu vermeiden, ohnehin schon den Befehl haben, nach Ostpreußen über das Meer zu fliegen — nicht verantwortlich sei, beweist nur, daß sie die von ihr aufgeputschte Soldateska nicht mehr in der Hand hat. Seit gestern ist Danzig von polnischen Truppen zerniert, ein an sich unhaltbarer Zustand. Niemand kann unter diesen Umständen voraussagen, was die nächste Stunde bringt. Ich kann Ihnen aber nur versichern, daß es irgendwie eine Grenze gibt, über die ich unter keinen Umständen zurückweichen kann.

Ich darf Ihnen abschließend noch versichern, Duce, daß ich in einer ähnlichen Situation das volle Verständnis für Italien aufbringen werde und Sie von vornherein in jedem solchen Falle meiner Haltung sicher sein können.

[gez.] ADOLF HITLER

---

[1]) In der Kopie unterstrichen.

Nr. 58

Film 147, S. 78 820—78 821

Brief Mussolinis an Hitler, 25. August 1939[1])

Führer,

Ich antworte auf Ihren Brief, der mir in diesem Augenblick vom Botschafter von Mackensen ausgehändigt worden ist.

1. Was das Abkommen mit Rußland anbetrifft, so billige ich es vollkommen. Exzellenz Göring wird Ihnen sagen, daß ich in den Unterhaltungen, die ich mit ihm im vergangenen April hatte[2]), bestätigt habe, eine Annäherung zwischen Deutschland und Rußland sei notwendig, um die Einkreisung durch die Demokratien zu vermeiden.

2. Ich halte es für nützlich, zu versuchen, einen Bruch oder eine Abkühlung mit Japan zu vermeiden, wegen seiner daraus resultierenden Wiederannäherung an die demokratischen Staaten. In diesem Sinne habe ich nach Tokio telegrafiert, und es scheint, daß

nach Überwindung der Überraschung in der dortigen öffentlichen Meinung eine bessere psychologische Einstellung herrscht.

3. Das Moskauer Abkommen blockiert Rumänien und kann die Stellung der Türkei ändern, die die englischen Anleihen angenommen, aber das Bündnis noch nicht unterschrieben hat. Eine neue Haltung der Türkei würde die ganze strategische Planung der Franzosen und Engländer im östlichen Mittelmeer aus den Angeln heben.

4. Was Polen anbetrifft, so habe ich volles Verständnis für die deutsche Haltung und für die Tatsache, daß eine so gespannte Lage nicht ins Endlose dauern kann.

5. Was die praktische Haltung Italiens im Falle einer militärischen Aktion anbetrifft, so ist mein Gesichtspunkt dazu folgender:

Wenn Deutschland Polen angreift und der Konflikt lokalisiert bleibt, wird Italien Deutschland jede Form von politischer und wirtschaftlicher Hilfe, nach der verlangt wird, angedeihen lassen.

Wenn Deutschland [Polen] angreift und dessen Bundesgenossen einen Gegenangriff gegen Deutschland eröffnen, gebe ich Ihnen im voraus zur Kenntnis, daß es opportun ist, wenn ich nicht die Initiative von kriegerischen Handlungen ergreife angesichts des gegenwärtigen Standes der italienischen Kriegsvorbereitungen, die wir wiederholt und rechtzeitig Ihnen, Führer, und von Ribbentrop mitgeteilt haben.

Unsere Intervention kann indessen unverzüglich stattfinden, wenn Deutschland uns sofort das Kriegsmaterial und die Rohstoffe liefert, um den Ansturm auszuhalten, den die Franzosen und Engländer vorwiegend gegen uns richten werden.

Bei unseren Begegnungen war der Krieg für nach 1942 vorgesehen, und zu jener Periode wäre ich zu Lande, zur See und in der Luft fertig gewesen gemäß den verabredeten Plänen.

Ich bin außerdem der Meinung, daß die einfachen militärischen Vorbereitungen, die schon getroffen sind, und andere, die noch in Zukunft zu treffen sein werden, in Europa und in Afrika beträchtliche französische und britische Kräfte immobilisieren werden.

Ich halte es für meine unbedingte Pflicht, als loyaler Freund Ihnen die ganze Wahrheit zu sagen und die tatsächliche Lage vorher anzukündigen: Es nicht zu tun, könnte unerfreuliche Konsequenzen für uns alle haben. Dies ist meine Auffassung, und da ich binnen kurzem die höchsten Organe des Regimes zusammentreten lassen muß, bitte ich Sie, mich die Ihrige kennen zu lassen.

[gez.] MUSSOLINI

---

1) Übersetzung des Auswärtigen Amts.

2) Unterredungen zwischen Mussolini und Göring in Rom am 15. und 16. April 1939.

Nr. 59

Film 34, S. 24 058—24 061

Aufzeichnung des VLR Dr. Schnurre, Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts

W IV 3296

Streng vertraulich!

Aufzeichnung.

Das am 19. August abgeschlossene deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen hat folgendes zum Inhalt:

1. Deutschland gewährt der Sowjet-Union einen Warenkredit von 200 Mill. RM. Die Finanzierung erfolgt über die Deutsche Golddiskontbank. Diese Finanzierung schließt die 100%ige Reichsgarantie in sich. Der Kredit ist ein Wechselkredit. Die Wechsel werden für jedes einzelne Geschäft ausgestellt und haben eine durchschnittliche Laufzeit von 7 Jahren. Der Zinssatz beträgt 5%. Davon wird auf Grund eines geheimen Schlußprotokolls ½% auf die russischen Sonderkonten in Berlin zurückvergütet, so daß der effektive Zinssatz sich auf 4½% vermindert.

2. Der Kredit wird zur Finanzierung von sowjetischen Bestellungen in Deutschland verwendet. Die Sowjet-Union wird hierfür industrielle Erzeugnisse, die in der Liste „A" des Abkommens aufgeführt sind, bestellen. Es handelt sich hierbei um Maschinen und industrielle Anlagen. Einen besonderen Anteil an den Lieferungen haben Werkzeugmaschinen bis zu den größten Ausmaßen. Auch Rüstungsmaterial im weiteren Sinne (wie optische Geräte, Panzerplatten und ähnliches) wird vorbehaltlich der Prüfung in jedem Einzelfalle zu einem geringeren Anteil geliefert werden.

3. Die Abdeckung des Kredits erfolgt durch sowjetische Rohstoffe, über deren Auswahl sich die beiden Regierungen verständigen werden. Die Abdeckung der jährlichen Zinsen erfolgt gleichfalls aus dem Erlös sowjetischer Waren, d. h. aus den in Berlin geführten Sonderkonten.

4. Um dem Kreditvertrag auch einen Gegenwartswert für uns zu geben, wurde von Anfang an die Bedingung gestellt, daß die Sowjet-Union sich zur Lieferung von bestimmten Rohstoffen im laufenden Geschäft ab sofort verpflichten müßte. Es ist gelungen, diese Rohstoffverpflichtungen der Russen so zu gestalten, daß unseren Wünschen weitgehend Rechnung getragen ist. Die Rohstofflieferverpflichtungen der Russen sind in einer Liste „C" zusammengefaßt. Sie belaufen sich auf 180 Mill. RM, die je zur Hälfte in den beiden auf den Vertragsabschluß folgenden Jahren zu liefern sind. Es handelt sich dabei insbesondere um Holz, Baumwolle, Futtergetreide,

Ölkuchen, Phosphate, Platin, Rohrauchwaren, Mineralöl und andere Waren, die für uns mehr oder weniger Goldcharakter haben.

5. Da auch diese im laufenden Geschäft erfolgenden sowjetischen Lieferungen durch deutsche Gegenlieferungen kompensiert werden, müssen auch hier den Russen gewisse deutsche Lieferzusagen gemacht werden. In der Liste „B" sind diejenigen industriellen deutschen Erzeugnisse aufgeführt, die als Gegenleistung gegen die russischen Rohstoffe im laufenden Geschäft zu liefern sind. Die Liste schließt mit 120 Mill. RM ab und umfaßt im wesentlichen die gleichen Kategorien von Waren wie die Liste „A".

6. Aus der Fülle der schwierigen Einzelfragen, die sich bei den Verhandlungen ergaben, seien noch folgende genannt: Kurssicherung der Reichsmark. Die getroffene komplizierte Regelung ergibt sich aus dem am 26. August d. J. gezeichneten vertraulichen Protokoll. Die Frage wurde, um den Abschluß des Vertrages am 19. August d. J. nicht zu gefährden, ausgeschieden und anschließend geregelt. — Die Frage der Abdeckung der alten Kredite, die Verschiffungsklausel, eine Notklausel für den Fall der Unmöglichkeit der Lieferung auf einer der beiden Seiten, das Schiedsgerichtsverfahren, die Preisklausel u. a. konnte trotz des Zeitdrucks zufriedenstellend geregelt werden.

7. Der Vertrag, der nach außerordentlichen Schwierigkeiten zustande gekommen ist, wird zweifellos dem deutsch-sowjetischen Warenaustausch einen erheblichen Aufschwung geben. Es muß versucht werden, auf dieser Grundlage neu aufzubauen und vor allem auch eine Reihe von Fragen zu lösen, die bisher infolge der auf den Nullpunkt abgesunkenen Wirtschaftsbeziehungen nicht gelöst werden konnten. Der festgelegte Rahmen ist ein Mindestrahmen. Da die politischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, ist damit zu rechnen, daß er in beiden Richtungen — Einfuhr und Ausfuhr — erheblich überschritten wird.

8. Auf Grund des Vertrages ergibt sich folgende Warenbewegung für die nächsten Jahre:

Ausfuhr nach der U.d.S.S.R.		Einfuhr aus der U.d.S.S.R.	
200 Mill. RM	Kreditlieferung Liste „A"	180 Mill. RM	Rohstofflieferungen gemäß Liste „C"
120 Mill. RM	Lieferungen im laufenden Geschäft gemäß Liste „B"	200 Mill. RM	Abdeckung Kredits von 1935
		rd. 100 Mill. RM	kapitalisierte Verzinsung jetzigen und letzten Kredits

X Mill. RM nicht festgelegte Lieferungen im laufenden Geschäft.	X Mill. RM nicht festgelegte Lieferungen sowjetischer Waren gemäß deutsch-sowjetischen Wirtschafts - Abkommens vom 19. 12. 1938.

Die von dem Vertrag erfaßte Warenbewegung dürfte sich infolgedessen als Gesamtsumme für die nächsten Jahre auf mehr als 1 Milliarde RM beziffern, wobei die Abdeckung des jetzigen 200-Mill.-Kredits durch russische Rohstoffe ab 1946 nicht berücksichtigt ist.

9. Abgesehen von dem wirtschaftlichen Gewicht des Vertrages liegt seine Bedeutung darin, daß die Verhandlungen dazu dienten, auch politisch den Faden zu Rußland wiederaufzunehmen, und daß der Kreditvertrag von beiden Seiten als erster entscheidender Schritt zur Neugestaltung der politischen Beziehungen betrachtet wurde.

Berlin, den 29. August 1939.

SCHNURRE

Nr. 60

Film 103, S. 111 568

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 2. September 1939, 17.49 Uhr
Ankunft 2. September 1939, 18.10 Uhr

Nr. 254 vom 2. 9. 39
mit Bezug auf Telegr. vom 30. Nr. 233[1])
und auf Telegr. v. 1. Nr. 241[2])

Citissime

Auf meine Sondierung, ob Istanbul Gerüchte zuträfen, wonach Türkei bereits mit Sowjet-Union verhandele, antwortete Molotow, daß Sowjet-Regierung mit der Türkei tatsächlich in Meinungsaustausch und Kontakt stände.

Nach Rücksprache mit Stalin teilte mir M. in einer zweiten Besprechung um 15 Uhr mit, daß zwischen der Sowjet-Union und der Türkei nur ein Nichtangriffspakt[3]) bestehe und die Beziehungen im allgemeinen gut seien; die Sowjetregierung sei bereit, in dem von uns gewünschten Sinne auf dauernde Neutralität der Türkei

hinzuwirken. Unsere Auffassung über die Stellung der Türkei im gegenwärtigen Konflikt würde von der Sowjet-Regierung geteilt.

Ich bitte, von vorstehenden Mitteilungen Molotows den Türken gegenüber keinen Gebrauch machen zu wollen.

SCHULENBURG

---

1) Pol VII 1536 (nicht gedruckt).

2) Pol II (nicht gedruckt).

3) Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag v. 17. Dezember 1925, verlängert auf 10 Jahre durch Protokoll v. 7. November 1935.

Nr. 61

Film 127, S. 69 855

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

BERLIN ab, den 3. September 1939, 18.50 Uhr
MOSKAU an, den 4. September 1939, 0.30 Uhr

Diplogerma Moskau
Tel. Nr. 253 vom 3. 9.

Citissime! Ausschließlich für Botschafter.

Streng geheim! Für Behördenleiter oder dessen Vertreter persönlich. Verschlußsache. Selbst zu entziffern. Strengst geheim!

Erwarten bestimmt, polnische Armee in einigen Wochen entscheidend geschlagen zu haben. Wir würden dann das Gebiet, das in Moskau als deutsche Interessensphäre festgestellt wurde, militärisch besetzt halten. Natürlich müßten wir aber aus militärischen Gründen auch weiter gegen diejenigen polnischen Streitkräfte vorgehen, die zu dieser Zeit in dem zur russischen Interessensphäre gehörigen polnischen Gebiet stehen.

Bitte dies mit Molotow sofort zu besprechen und dabei feststellen, ob es nicht von der Sowjetunion für geboten gehalten wird, daß russische Streitkräfte sich zur gegebenen Zeit gegen polnische Streitkräfte in russischer Interessensphäre in Bewegung setzen und dieses Gebiet ihrerseits in Besitz nehmen. Nach unserer Auffassung würde das nicht nur Entlastung für uns sein, sondern auch im Sinne Moskauer Abmachungen sowie im sowjetischen Interesse liegen.

Bitte bei dieser Gelegenheit feststellen, ob wir diese Sache mit hier jetzt angekommenen Offizieren besprechen können und wie deren Stellung überhaupt von der Sowjetregierung gedacht ist.

RIBBENTROP

Nr. 62

Film 127, S. 69 848—69 849

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig Berlin

Citissime! Streng geheim!

Tel. Nr. 264 vom 5. September

Im Anschluß an Tel. Nr. 261 vom 4. September[1])

Molotow bat mich heute um 12.30 zu sich und übermittelte mir nachstehende Antwort der Sowjetregierung:

„Wir stimmen darin überein, daß wir in einem geeigneten Zeitpunkt unbedingt genötigt sein werden, konkrete Handlungen zu beginnen. Wir sind aber der Ansicht, daß dieser Zeitpunkt noch nicht herangereift ist. Es ist möglich, daß wir uns irren, es scheint uns aber, daß durch Übereilung der Sache geschadet und der Zusammenschluß der Gegner gefördert werden könnte. Wir verstehen, daß im Verlaufe der Operationen einer der Teile oder beide Teile gezwungen sein könnten die Linie, an der die Interessensphären der beiden Teile sich berühren, zeitweilig zu überschreiten; solche Fälle können aber die genaue Durchführung des angenommenen Planes nicht hindern."

SCHULENBURG

---

1) Nicht gedruckt.

Nr. 63

Film 103, S. 111 576

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 5. September 1939 17 Uhr 02
Ankunft: 5. September 1939 18 Uhr

Nr. 266 vom 5. 9.

Auf Tel. vom 4. Nr. 262[1])

Ich habe heute um 12 Uhr 30 Molotow erneut gebeten, daß die Sowjetregierung auch weiter auf Türkei hinsichtlich dauernder Neutralität einwirken möge. Ich habe erwähnt, daß Gerüchte umliefen, wonach England auf Rumänien zwecks aktiver Teilnahme Druck ausübe und englisch-französische Truppenhilfe in Aussicht stelle. Da dies auf dem Seewege erfolgen könne, sei es im Interesse der

Sowjetregierung, die Türkei zu absoluter Sperrung der Dardanellen zu veranlassen.

Molotow erwiderte, daß die Sowjetregierung beträchtlichen Einfluß auf die Türkei habe und ihn in dem von uns gewünschten Sinne ausübe. Molotow hinzufügte, daß zwischen der Sowjetunion und der Türkei nur der Nichtangriffspakt bestehe; Gespräche über Abschluß gegenseitigen Beistandspakts seien zwar seinerzeit geführt worden, hätten aber kein Ergebnis gezeitigt.

Gerüchte über Rumänien werde er durch die Sowjetbotschaft in Bukarest nachprüfen lassen.

SCHULENBURG

---

1) Pol II 3206 (nicht gedruckt).

Nr. 64

Film 388, S. 211 568—211 569

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 6. September 1939 17.46 Uhr
Ankunft: 6. September 1939 20.15 Uhr

Nr. 279 vom 6. 9. 39
Auf Telegramm vom 5. Nr. 267[1])

Da Kriegsangst, inbesondere Furcht vor deutschem Angriff, Stimmung hiesiger Bevölkerung in den letzten Jahren stark beeinflußt, wurde Abschluß Nichtangriffspakt mit Deutschland allgemein mit großer Erleichterung aufgenommen und begrüßt. Allerdings wird plötzliche Schwenkung der Politik der Sowjetregierung nach jahrelanger eindringlicher gegen deutschen Aggressor gerichteten Propaganda von Bevölkerung vorläufig noch schlecht verstanden, insbesondere stößt Feststellung amtlicher Agitatoren, daß Deutschland kein Aggressor mehr sei, teilweise auf erhebliche Zweifel. Sowjetregierung tut alles, um Einstellung hiesiger Bevölkerung gegen Deutschland zu ändern. Presse ist wie umgewandelt. Angriffe auf Haltung Deutschlands haben nicht nur völlig aufgehört, sondern auch Darstellung außenpolitischer Vorgänge fußt vorwiegend auf deutschen Nachrichtenquellen, aus Buchhandel wird antideutsche Literatur entfernt u. a.

Beginn Kampfes zwischen Deutschland und Polen hat hiesige Öffentlichkeit stark beeindruckt und in weiten Kreisen erneut Furcht wachgerufen, daß die Sowjetunion in Krieg hineingezogen werden könnte. Jahrelang genährtes Mißtrauen gegen Deutschland kann trotz wirksamer Gegenpropaganda, die in Partei und Betriebsversammlungen geübt wird, nicht so schnell beseitigt

werden. Von Bevölkerung wird Befürchtung geäußert, daß Deutschland, nachdem es Polen zerschlagen hat, sich gegen Sowjetunion wenden könnte. Erinnerung an deutsche Stärke im Weltkrieg ist allenthalben noch lebendig.

Für Beurteilung hiesiger Verhältnisse Tatsache maßgebend, daß Sowjetregierung es bisher immer aber meisterhaft verstanden hat, Stimmung Bevölkerung in dem von ihr gewünschten Sinne zu beeinflussen und es auch diesmal an der erforderlichen Propaganda nicht fehlen läßt.

SCHULENBURG

[1]) Pol I M 4320 g (nicht gedruckt).

Nr. 65

Film 388, S. 211 562

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 9. September 1939 0.56 Uhr
Ankunft: 9. September 1939 5.00 Uhr

Nr. 300 vom 8. 9.

Citissime

Ich erhielt soeben von Molotow nachstehendes Telephonat: „Ihre Mitteilung über den Einzug deutscher Truppen in Warschau habe ich erhalten. Übermitteln Sie deutscher Reichsregierung meine Glückwünsche und Grüße. Molotow."

SCHULENBURG

Nr. 66

Film 127, S. 69 816

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus BERLIN, den 9. September 1939, 0 Uhr 50 Min.
Ankunft in MOSKAU, den 9. September 1939, 12 Uhr 10 Min.

Diplogerma
Moskau
Nr. 300 vom 8. September 1939.
Cito!

Streng geheim! Für Herrn Botschafter persönlich.
Auf Telegramm Nr. 261[1]).

Wir sind selbstverständlich mit Sowjetregierung darüber einig, daß Gültigkeit der in Moskau getroffenen Abreden durch örtliche Ausdehnung unserer militärischen Operationen nicht berührt wird. Wir müssen und werden polnische Armee da schlagen, wo wir sie

treffen. Dadurch aber wird an den Moskauer Vereinbarungen nichts geändert. Militärische Operationen schreiten noch über unsere Erwartungen hinaus schnell vorwärts. Polnische Armee befindet sich allen Anzeichen nach mehr oder weniger im Zustande der Auflösung. Unter diesen Umständen halte ich Eile geboten, daß Sie das Gespräch mit Molotow über militärische Absichten Sowjetregierung wieder aufnehmen. Vielleicht deutet Berufung russischen Militärattachés[2]) nach Moskau darauf hin, daß man dort Entschlüsse vorbereitet. Ich bitte Sie deshalb, Molotow erneut in geeigneter Weise auf das Thema anzusprechen und das Ergebnis zu drahten.

RIBBENTROP

---

1) Nicht gedruckt.
2) General M. Purkajew.

Nr. 67

Film 127, S. 69 815

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Citissime
Streng geheim

Tel. Nr. 308 vom 9. September
Auf Tel. Nr. 300 vom 8. September

Molotow erklärte mir heute um 15 Uhr, daß eine sowjetische militärische Aktion noch in diesen Tagen erfolgen würde. Berufung Militärattachés nach Moskau hänge tatsächlich damit zusammen. Auch würden zahlreiche Reservisten einberufen.

SCHULENBURG

Nr. 68

Film 127, S. 69 814

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Citissime
Streng geheim

Tel. Nr. 310 vom 9. September
Im Anschluß an Tel. Nr. 308 vom 9. September

Von Roter Armee wurde Generalleutnant Köstring gegenüber zugegeben, daß Sowjetunion eingreifen wird. Daneben häufen sich

äußere Anzeichen für unmittelbar bevorstehendes sowjetisches militärisches Vorgehen: Einberufung großer Zahl Reservisten bis 45 Jahren, insbesondere technisch Ausgebildete und Ärzte, plötzliches Verschwinden wichtiger Lebensmittel, Bereitstellung von Schulräumen für Lazarette, Einschränkung Benzinausgabe u. a. m.

SCHULENBURG

Nr. 69

Film 127, S. 69 811—69 813

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Citissime

Streng geheim

Tel. Nr. 317 vom 10. September

Im Anschluß an Tel. Nr. 310 vom 9. September und mit Beziehung auf heutiges Telefongespräch mit Herrn Reichsaußenminister

In heutiger Besprechung um 16 Uhr einschränkte Molotow seine gestrige Erklärung, indem er sagte, daß Sowjetregierung durch unerwartet schnelle deutsche militärische Erfolge völlig überrumpelt worden sei. Rote Armee habe gemäß unserer ersten Mitteilung mit einigen Wochen gerechnet, die jetzt auf wenige Tage zusammengeschrumpft wären. Sowjetische Militärs seien daher in schwierige Lage geraten, da sie bei hiesigen Verhältnissen für ihre Vorbereitungen noch etwa 2 bis 3 Wochen brauchten. Über drei Millionen Mann seien bereits mobilisiert.

Ich habe M. nachdrücklich auseinandergesetzt, wie entscheidend in der gegenwärtigen Lage ein schnelles Handeln der Roten Armee ist.

M. wiederholte, daß alles zur Beschleunigung geschehe, was möglich sei. Ich hatte den Eindruck, daß M. gestern mehr versprochen hat, als Rote Armee halten kann.

Dann kam M. auf politische Seite Angelegenheit und erklärte, daß Sowjetregierung beabsichtigt hätte, das weitere Vordringen deutscher Truppen zum Anlaß zu nehmen, um zu erklären, daß Polen auseinanderfalle und Sowjetunion infolgedessen genötigt sei, den von Deutschland „bedrohten" Ukrainern und Weißrussen zu Hilfe zu kommen. Mit dieser Begründung sollte den Massen das Eingreifen der Sowjetunion plausibel gemacht und gleichzeitig vermieden werden, daß Sowjetunion als Angreifer erscheint.

Dieser Weg sei der Sowjetregierung durch eine gestrige DNB-Meldung versperrt worden, wonach gemäß einer Erklärung des Generalobersten Brauchitsch Kriegshandlungen an deutscher Ostgrenze nicht mehr notwendig seien. Die Meldung erwecke den Eindruck, daß deutsch-polnischer Waffenstillstand unmittelbar bevorstehe. Schließe aber Deutschland einen Waffenstillstand, so könne Sowjetunion nicht einen „neuen Krieg" beginnen.

Ich erklärte, daß mir diese Meldung, die den Tatsachen völlig widerspreche, unbekannt sei. Ich würde sofort Erkundigungen einziehen.

SCHULENBURG

Nr. 70

Film 127, S. 69 805

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Ab BERLIN am 13. September 1939 um 17 Uhr 50 Min.
An MOSKAU am 14. September 1939 um 1 Uhr 10 Min.

Diplogerma

Moskau

Telegramm Nr. 336 vom 13. September.
Cito.

Für Botschafter persönlich.

Sobald das genaue Ergebnis der ihrem Ende entgegengehenden großen Schlacht in Polen vorliegt, werden wir in der Lage sein, der Roten Armee die von ihr erbetenen Informationen über die einzelnen Teile der polnischen Armee zu geben. Schon jetzt bitte ich Herrn Molotow aber zu sagen, daß seine Äußerung über die Erklärung des Generalobersten Brauchitsch auf einem völligen Mißverständnis beruhe. Diese Erklärung beziehe sich ausschließlich auf die vor Einleitung der deutschen Aktion gegen Polen geregelte Ausübung der vollziehenden Gewalt im alten Reichsgebiet und hat mit einer Begrenzung unserer militärischen Operationen nach Osten hin auf dem bisherigen polnischen Staatsgebiet garnichts zu tun. Von einem bevorstehenden Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen kann nicht die Rede sein.

RIBBENTROP

Nr. 71

Film 127, S. 69 806—69 808

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Citissime

Streng geheim

Tel. Nr. 350 vom 14. 9.
Auf Tel. Nr. 336 vom 13. 9.

Molotow bat mich heute 16 Uhr zu sich und erklärte, daß Bereitschaft Roter Armee schneller erreicht worden sei als erwartet. Sowjetische Aktion könne daher früher erfolgen als er bei unserer letzten Unterredung annahm (vgl. Tel. Nr. 317 vom 10. 9.)[1]. Für die politische Untermauerung sowjetischen Vorgehens (Zerfall Polens und Schutz „russischer" Minderheiten) sei es von großem Werte, erst dann zur Aktion zu schreiten, wenn Regierungszentrum Polens, die Stadt Warschau, gefallen sei. M. bat daher, ihm so annähernd wie möglich mitzuteilen, wann mit Einnahme Warschaus zu rechnen ist.

Bitte um Weisung. Lenke Aufmerksamkeit auf heutigen Prawdaartikel, der von DNB gegeben und dem morgen ähnlicher Artikel in Iswestija folgen wird. Artikel dienen von M. erwähnter politischer Untermauerung sowjetischen Eingreifens.

SCHULENBURG

---

1) Dokument Nr. 69.

Nr. 72

Film 127, S. 69 788—69 790

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

BERLIN ab, den 15. September 1939, 20.20 Uhr
MOSKAU an, den 16. September 1939, 7.15 Uhr

Diplogerma Moskau

Citissime! Tel. Nr. 360 vom 15. 9.

Streng geheim! Für Botschafter persönlich.

Ich bitte, nunmehr Herrn Molotow sofort folgendes mitzuteilen:

1. Die Zerschlagung der polnischen Armee geht, wie sich schon aus der Ihnen mitgeteilten Übersicht über die militärische Lage vom

14. September ergibt, schnell ihrer Beendigung entgegen. Wir rechnen in den allernächsten Tagen mit der Besetzung Warschaus.

2. Daß wir uns, unabhängig von rein militärischen Operationen, an die in Moskau vereinbarte Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären für gebunden halten, haben wir Sowjetregierung schon erklärt und gilt selbstverständlich auch in Zukunft.

3. Aus den Ihnen von Molotow am 14. September gemachten Mitteilungen entnehmen wir, daß die Sowjetregierung nunmehr militärisch eingreifen wird und daß sie im Begriff ist, ihre Aktion jetzt einzuleiten. Wir begrüßen das. Sowjetregierung enthebt uns damit der Notwendigkeit, die Reste der polnischen Armee durch Verfolgung bis an russische Grenze zu vernichten. Ferner erledigen sich so die Fragen, die mangels eines russischen Eingreifens dadurch aufgeworfen worden wären, daß in östlich der deutschen Einflußzone gelegenen Gebieten ein politisch leerer Raum entstanden wäre. Da wir unsererseits in diesen Gebieten, abgesehen von den durch die militärischen Operationen bedingten Maßnahmen, keinerlei politische oder verwaltungsmäßige Aufgaben zu übernehmen beabsichtigen, hätte dort ohne ein Eingreifen Sowjetregierung die Möglichkeit der Bildung neuer Staaten bestanden.

4. Für die politische Untermauerung des Vorgehens der Sowjetarmee schlagen wir die Veröffentlichung eines gemeinsamen Kommuniqués folgenden Inhalts vor:

„Angesichts des offenbaren Auseinanderfallens der in dem bisherigen Staatsgebilde Polens lebenden Völkerschaften halten Reichsregierung und die Regierung der UdSSR es für erforderlich, den politisch und wirtschaftlich unhaltbaren Zuständen in diesen Gebieten ein Ende zu machen. Sie betrachten es als ihre gemeinsame Aufgabe, in diesen ihren natürlichen Interessengebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und dort eine Neuregelung unter dem Gesichtspunkt der Herstellung natürlicher Grenzen und lebensfähiger Wirtschaftskörper herbeizuführen."

5. Wir gehen bei dem Vorschlag eines solchen Kommuniqués davon aus, daß die Sowjetregierung den von M. bei einer früheren Unterhaltung mit Ihnen geäußerten Gedanken, als Grund der sowjetischen Aktionen eine Bedrohung der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung durch Deutschland anzugeben, schon von selbst hat fallen lassen. Eine derartige Motivierung wäre in der Tat unmöglich. Sie würde sachlich den wahren deutschen Absichten, die ausschließlich auf die Realisierung der bekannten deutschen Lebensinteressen abgestellt sind, widersprechen, würde ferner mit den in Moskau getroffenen Abmachungen unvereinbar sein und würde endlich, im Gegensatz zu dem beider-

seits ausgedrückten Wunsch der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen, die beiden[1] ..... Staaten vor der Welt als Gegner in Erscheinung treten lassen.

6. Da die militärischen Operationen schon wegen der fortgerückten Jahreszeit in kürzester Zeit ihren Abschluß finden müssen, wären wir dankbar, wenn die Sowjetregierung uns nunmehr Tag und Stunde bestimmen würde, an dem ihre Armee mit dem Einmarsch beginnt, damit wir uns unsererseits danach einrichten können. Zum Zweck der notwendigen Koordinierung des beiderseitigen militärischen Vorgehens ist es außerdem notwendig, daß sofort je ein Beauftragter der beiden Regierungen sowie deutsche und russische Offiziere an einem Ort im Operationsgebiet, wofür wir Bialistok vorschlagen, auf dem Flugwege zusammentreffen, um das Erforderliche zu vereinbaren.

Erbitte sofortigen Drahtbericht. Die von Gaus mit Hilger besprochene Textänderung ist bereits berücksichtigt.

RIBBENTROP

---

1) Folgt Lücke in Moskauer Entzifferung.

Nr. 73

Film 127, S. 69 777—69 778

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Citissime. Streng geheim!

Telegramm Nr. 371 vom 16. September.

Auf Telegramm Nr. 360 vom 15. September.

Habe heute 18 Uhr Auftrag bei Molotow ausgeführt. Molotow erklärte, daß militärisches Eingreifen Sowjetunion unmittelbar bevorstände. Vielleicht sogar schon morgen oder übermorgen. Stalin befände sich zur Zeit in einer Beratung mit den militärischen Führern und würde mir noch heute nacht im Beisein Molotows Tag und Stunde des sowjetischen Vormarsches angeben.

Molotow hinzufügte, daß er meine Mitteilungen seiner Regierung vortragen werde, aber glaube, daß ein gemeinschaftliches Communiqué nicht mehr nötig sein werde. Sowjetregierung beabsichtige, ihr Vorgehen wie folgt zu begründen: Polnischer Staat sei zerfallen und existiere nicht mehr; damit seien sämtliche mit Polen geschlossene Verträge hinfällig; dritte Mächte könnten versuchen, aus dem

entstandenen Chaos Vorteile herauszuschlagen; Sowjetunion fühle sich verpflichtet, zum Schutze ihrer ukrainischen und weißrussischen Brüder einzugreifen und dieser unglücklichen Bevölkerung Möglichkeit zu ruhiger Arbeit zu verschaffen.

Sowjetregierung beabsichtige, vorstehende Gedankengänge sofort, nachdem Rote Armee Grenze überschritten, durch Rundfunk, Presse usw. zu verbreiten und gleichzeitig in einer amtlichen Note dem hiesigen Polnischen Botschafter[1]) sowie sämtlichen hiesigen Missionen mitzuteilen.

Molotow gab zu, daß die von der Sowjetregierung beabsichtigte Formulierung für das deutsche Empfinden einen kleinen Schatten enthalte, bat aber, im Hinblick auf die schwierige Lage der Sowjetregierung über diesen Strohhalm nicht zu stolpern. Sowjetregierung sehe für eine andere Motivierung beider keine Möglichkeit, da die Sowjetunion sich bisher um die Lage ihrer Minderheiten in Polen nicht bekümmert habe und ihr jetziges Eingreifen nach außen irgendwie begründen müsse.

Zum Schluß bat Molotow dringlich um Aufklärung, was mit Wilna geschehen solle. Sowjetregierung möchte Zusammenstoß mit Litauen unbedingt vermeiden und daher wissen, ob über das Wilna-Gebiet mit Litauen etwas verabredet sei, insbesondere, wer die Stadt besetzen solle.

SCHULENBURG

---

[1]) Dr. Wacław Grzybowski.

Nr. 74

Film 127, S. 69 772—69 773

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Tel. Nr. 372 vom 17. 9.
Im Anschluß an Telegramm Nr. 371 vom 16. September.

Citissime! Geheim!

Stalin empfing mich um 2 Uhr nachts in Gegenwart von Molotow und Woroschilow und erklärte, daß Rote Armee heute morgen 6 Uhr Sowjetgrenze auf der ganzen Linie von Polozk bis Kamenetz-Podolsk überschreiten würde.

Um Zwischenfälle zu vermeiden, bat Stalin dringend zu veranlassen, daß deutsche Flugzeuge ab heute Linie Belostok—Brest-Litowsk—Lemberg nach Osten nicht überfliegen. Sowjetische Flug-

zeuge würden schon heute anfangen, Gegend östlich von Lemberg zu bombardieren.

Ich versprach mein Bestes hinsichtlich der Benachrichtigung der deutschen Luftwaffe zu tun, bat jedoch mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit zu veranlassen, daß Sowjetflugzeuge sich erwähnter Linie heute nicht allzusehr nähern.

Sowjetische Kommission wird morgen, spätestens übermorgen in Belostok eintreffen.

Stalin vorlas mir Note, die noch in dieser Nacht Polnischem Botschafter übergeben, im Laufe des Tages sämtlichen Missionen in Abschrift zugestellt und sodann veröffentlicht werden soll. Note enthält Begründung für sowjetisches Vorgehen. Mir vorgelesener Entwurf enthielt drei für uns unannehmbare Stellen. Auf meine Einwände änderte Stalin den Wortlaut bereitwilligst so ab, daß Note mir nunmehr als für uns tragbar erscheint. Stalin erklärte, daß Herausgabe deutsch-sowjetischen Kommuniqués erst in 2—3 Tagen in Frage käme.

Behandlung auftauchender militärischer Fragen soll in Zukunft in unmittelbarem Benehmen Generalleutnant Köstrings mit Woroschilow erfolgen.

SCHULENBURG

Nr. 75

Film 103, S. 111 596

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 17. September 1939, 8.23 Uhr
Ankunft: den 17. September 1939, 8.45 Uhr

Nr. 374 vom 17. 9.

Cito!

Auf Telegramm vom 16. Nr. 358[1])

Anläßlich meines heutigen Besuches teilte mir Stalin mit, daß türkische Regierung der Sowjetregierung Abschluß eines Hilfeleistungspaktes vorgeschlagen habe, der sich auf die Meerenge und den Balkan beziehen soll. Türkische Regierung wünscht Pakt mit einschränkender Klausel, wonach Türkei bei Hilfeleistung an Sowjetunion nur zu solchen Handlungen verpflichtet sein würde, die sich nicht gegen England und Frankreich richten.

Sowjetregierung ist von türkischem Vorschlag nicht sehr erbaut, erwägt den Gedanken, türkischer Regierung Klausel vorzuschlagen, daß Sowjetunion ihrerseits nicht zu Handlungen verpflich-

tet wäre, die sich gegen Deutschland richten. Stalin erbat unsere Stellungnahme zu diesem Gedanken, ließ aber deutlich erkennen, daß er Abschluß des Hilfeleistungspaktes in geeigneter Form für sehr vorteilhaft hält, da dann die Türkei sicherlich neutral bleiben würde. Anwesender Woroschilow setzte hinzu, daß solch ein Pakt „Haken" sein würde, womit Türkei von Frankreich weggezogen werden könnte. Erbitte Weisung.

SCHULENBURG

---

[1]) Pol II 3517 (nicht gedruckt).

Nr. 76

Film 103, S. 111 597

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 18. September 1939

Büro RAM

mit der Bitte, folgendes an den Zug für den Herrn Reichsaußenminister durchzugeben:

Stellungnahme zu Telegramm Nr. 374 aus Moskau betreffend türkisch-russischen Beistandspakt:

Angelegenheit sollte mit Italienern offen besprochen werden. Wenn diese einverstanden, könnte der Sowjetregierung gesagt werden, wir wären mit dem Grundgedanken einverstanden, die Parität würde aber nur dann gewahrt, wenn die Sowjetregierung nicht zu Handlungen gegen Deutschland, Italien und Bulgarien verpflichtet wäre.

gez. WEIZSÄCKER

Nr. 77

Film 34, S. 23 373

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 18. September 1939, 15 Uhr 59
Ankunft: den 18. September 1939, 17 Uhr 45

Nr. 385 vom 18. 9.

Citissime!

Streng geheim!

Im Verlauf Unterredung, die ich heute nacht mit Stalin über Entsendung sowjetischer Kommission nach Bialistok sowie Ver-

öffentlichung gemeinsamen Communiqués hatte, sagte Stalin ziemlich unvermittelt, daß auf Sowjetseite gewisse Zweifel beständen, ob sich deutsches Oberkommando im gegebenen Zeitpunkt an Moskauer Abmachungen[1]) halten und auf vereinbarte Linie (Pis[s]a—Narew —Weichsel—San) zurückgehen würde. — Ich entgegnete mit Nachdruck, daß Deutschland selbstverständlich fest entschlossen sei, Moskauer Abmachungen genau zu erfüllen und verwies auf Punkt zwei der von mir an Molotow am 16. September im Auftrag des Herrn Reichsaußenministers gemachten Mitteilung (vgl. dortseitiges Tel. 360[2]) vom 15. Sept.). Ich betonte, daß es dem Oberkommando nur recht sein würde, auf die vereinbarte Linie zurückgehen zu können, weil auf diese Weise Truppen für die Westfront frei würden. — Stalin erwiderte, daß er an der Loyalität der Deutschen Regierung nicht zweifle, seine Bedenken bezögen sich auf die bekannte Tatsache, daß alle Militärs eroberte Territorien nicht gern räumten. Hier warf der anwesende deutsche Militärattaché Generalleutnant Köstring ein, daß das deutsche Militär genau das tue, was der Führer befehle. Mit Rücksicht auf Stalins bekanntes Mißtrauen wäre ich dankbar, wenn ich erneut zu einer Erklärung ermächtigt würde, die geeignet wäre, seine letzten Zweifel zu zerstreuen.

SCHULENBURG

---

[1]) *Dokument Nr. 55.*

[2]) RAM; Dokument Nr. 72.

Nr. 78

Film 127, S. 69 766—69 769

Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats Hilger, Deutsche Botschaft in Moskau

Aufzeichnung

Betr. Veröffentlichung gemeinsamen sowjetisch-deutschen Communiqués.

Am 17. 9. um 15 Uhr wurde vom Auswärtigen Amt der Entwurf für ein gemeinsames deutsch-sowjetisches Communiqué telephonisch durchgegeben mit der Weisung, das Einverständnis der Sowjetregierung mit einer am 18. 9. zu erfolgenden Veröffentlichung eines solchen Communiqués herbeizuführen. Der Wortlaut dieses Entwurfes ist in der Anlage 1) beigefügt.

Am 17. 9. um 23.30 legte der Herr Botschafter den Entwurf Herrn Molotow zur Begutachtung vor. Dieser erklärte, sich in der Ange-

legenheit mit Herrn Stalin beraten zu müssen. Herr Stalin, der von Herrn Molotow telephonisch herbeigerufen wurde, erklärte, daß auch nach seiner Ansicht ein gemeinsames Communiqué herausgegeben werden müsse; mit dem von uns vorgeschlagenen Wortlaut könne er sich jedoch nicht ohne weiteres einverstanden erklären, da es den Tatbestand mit allzu großer Offenheit darlege. Hierauf fertigte Herr Stalin mit eigener Hand einen neuen Entwurf an und bat, das Einverständnis der deutschen Regierung mit diesem Entwurf herbeizuführen. (Vergl. Anlage 2.)

Am 18. 9. um 0.30 teilte ich Herrn Unterstaatssekretär Gaus den Wortlaut des sowjetischen Entwurfes mit. Herr Gaus erklärte, er könne von sich aus nicht dazu Stellung nehmen und müsse die Entscheidung des Herrn Reichsaußenministers erfragen.

Am 18. 9. um 12 Uhr rief der Leiter des Ministerbüros, Herr Cordt[1]), telephonisch an und teilte mir nachstehendes mit:

„Wir sind mit russischem Vorschlag Communiqués einverstanden und werden das Communiqué in dieser Fassung Dienstag in der Morgenpresse veröffentlichen. Ribbentrop."

Vorstehende Mitteilung gab ich sofort telephonisch an den Sekretär des Herrn Molotow weiter.

Am 18. 9. um 14.05 rief Herr Cordt erneut an und teilte Herrn Botschaftsrat von Tippelskirch folgendes mit:

„Das Communiqué wird bei uns bereits in einem Teil der Abendpresse veröffentlicht werden. Bitte verständigen Sie die in Betracht kommenden Stellen."

Von vorstehender Mitteilung gab ich dem Sekretär des Herrn Molotow ebenfalls sofort Kenntnis.

Zwei Stunden später erschien der Wortlaut des Communiqués im Hellschreiber und wurde auch im deutschen Kurzwellen-Sender mitgeteilt.

Moskau, den 18. 9. 1939.

Hiermit Herrn Botschafter

Herrn Botschaftsrat

ergebenst vorgelegt. HILGER

(Handschriftlicher Zusatz:)

Am 18. 9. um 19.15 rief Herr Gaus an und fragte, ob das Communiqué noch heute in den russischen Abendzeitungen veröffentlicht werden würde. Wenn nicht, müsse es noch heute durch den sowje-

tischen Rundfunk verbreitet werden. Der Herr RAM interessiere sich lebhaft dafür. Ich sagte Herrn Gaus, daß heute wegen des russischen Sonntags keine Abendzeitungen erschienen wären; wegen des Rundfunks würde ich zusätzlichen Bescheid geben. Um 20.00 konnte ich Herrn Gaus mitteilen lassen, daß der sowjetische Rundfunk das Kommuniqué seit 16.00 bereits mehrmals durchgegeben hätte.

18. September. HILGER

---

1) VLR Dr. Erich Kordt.

Anlage 1.

Entwurf für ein gemeinsames deutsch-sowjetisches Kommuniqué[1])

Angesichts der inneren Unhaltbarkeit des polnischen Staates und des Auseinanderfallens der auf seinem bisherigen Gebiet lebenden Völkerschaften halten die Reichsregierung und die Regierung der UdSSR es für erforderlich, den politisch und wirtschaftlich unhaltbaren Zuständen in diesen Gebieten ein Ende zu machen. Sie betrachten es als ihre gemeinsame Aufgabe, in diesen natürlichen Interessengebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und dort eine Neuregelung unter dem Gesichtspunkte der Herstellung natürlicher Grenzen und lebensfähiger Wirtschaftskörper herbeizuführen.

Anlage 2.[2])

Zur Verhütung von irgendwelchen unbegründeten Gerüchten hinsichtlich der Aufgaben der deutschen und sowjetischen Truppen, die in Polen tätig sind, erklären die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR, daß die Handlungen dieser Truppen keinerlei Ziele verfolgen, die den Interessen Deutschlands und der Sowjetunion zuwiderlaufen und dem Geiste und Buchstaben des zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossenen Nichtangriffsvertrages widersprechen. Die Aufgabe dieser Truppen besteht, im Gegenteil, darin, in Polen Ordnung und Ruhe herzustellen, die durch den Zerfall des polnischen Staates zerstört wurden und der Bevölkerung Polens zu helfen, die Bedingungen seines staatlichen Daseins neu zu regeln.

---

1) Vgl. Dokument Nr. 72.

2) Hilgers handschriftliche Übersetzung eines auf demselben Blatt stehenden, mit Schreibmaschine geschriebenen russischen Textes, nach Graf von der Schulenburgs handschriftlichem Vermerk „Entwurf Stalin".

Nr. 79

Film 34, S. 23 374

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Fernschreiben vom Sonderzug am 19. 9., 16.37 Uhr

BERLIN, den 19. September 1939.

Diplogerma

Moskau

Für Botschafter persönlich!

Auf Telegramm Nr. 305[1]).

Ich bitte, Herrn Stalin zu sagen, Sie hätten über Ihre Unterhaltung mit ihm nach Berlin berichtet und seien jetzt von mir ausdrücklich beauftragt worden, ihm mitzuteilen, daß die Abmachungen, die ich im Auftrage des Führers in Moskau getroffen hätte, selbstverständlich gehalten und von uns als das Fundament der neuen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion angesehen würden.

RIBBENTROP

---

1) Dokument Nr. 77.

Nr. 80

Film 103, S. 111 608

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 20. 9. 39 02.23 Uhr

Ankunft: den 20. 9. 39 4.55 Uhr

Nr. 395 vom 19. 9. 39

Streng geheim. Molotow erklärte mir heute, daß die Sowjetregierung den Zeitpunkt nunmehr für gekommen halte, um gemeinsam mit der deutschen Regierung endgültig Gestaltung des polnischen Raumes festzulegen. Dabei ließ Molotow durchblicken, daß bei der Sowjetregierung und bei Stalin persönlich ursprünglich vorhandene Neigung, ein restliches Polen bestehen zu lassen, jetzt der Tendenz gewichen ist, Polen entlang der Linie Pissa—Narew—Weichsel—San aufzuteilen. Die Sowjetregierung wünscht, hierüber

sofort in Verhandlungen einzutreten und sie in Moskau zu führen, da solche Verhandlungen sowjetischerseits von höchsten leitenden Persönlichkeiten geführt werden müssen, die Sowjet-Union nicht verlassen können. Erbitte Drahtanweisung.

SCHULENBURG

Nr. 81

Film 127, S. 69 721—69 722

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Abgang aus BERLIN den 23. September 1939 3 Uhr 40 Min.
Ankunft in MOSKAU den 23. September 1939 11 Uhr 05 Min.

Diplogerma
Moskau
Nr. 417 vom 22. 9.

Auf Nr. 295 [395]. Für Herrn Botschafter persönlich. Strengst geheim!

Auch wir halten nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, um mit der Sowjetregierung gemeinsam die endgültige Gestaltung des polnischen Raumes vertraglich niederzulegen. Die russischen Gedankengänge einer Grenzziehung entlang der bekannten Vierflußlinie decken sich im allgemeinen auch mit der Auffassung der Reichsregierung. Es war meine Absicht, ursprünglich Herrn Molotow zur Niederlegung dieses Vertrags nach Deutschland einzuladen. In Anbetracht des von Ihnen gemeldeten Umstandes, daß die dortigen leitenden Persönlichkeiten die Sowjetunion nicht verlassen können, sind wir mit den Verhandlungen in Moskau einverstanden. Entgegen meiner ursprünglichen Absicht, Sie mit diesen Verhandlungen zu betrauen, habe ich mich entschlossen, selbst nach Moskau zu fliegen. Dies insbesondere auch deshalb, weil im Hinblick auf die mir vom Führer gegebene Generalvollmacht und die dadurch mögliche Ausschaltung von Rückfragen usw. die Verhandlungen schneller zum Abschluß geführt werden können. Im Hinblick auf die allgemeine Lage wird sich mein Aufenthalt in Moskau höchstens auf einen bis zwei Tage beschränken müssen. Ich bitte, die Herren Stalin und Molotow aufzusuchen und mir einen baldmöglichen Terminvorschlag zu telegraphieren.

RIBBENTROP

Nr. 82

Film 103, S. 111 625

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 25. September 1939, 22.58 Uhr
Ankunft den 26. September 1939, 0.30 Uhr

Nr. 442 vom 25. 9.

Strengst geheim!
Citissime!

Stalin und Molotow ließen mich heute 20 Uhr in den Kreml kommen. Stalin vortrug folgendes: Bei der endgültigen Regelung der polnischen Frage müßte alles vermieden werden, was in Zukunft Reibungen zwischen Deutschland und Sowjetunion gebären könnte. Unter diesem Gesichtspunkt erscheine ihm die Belassung eines selbständigen Restpolens abwegig. Er mache nunmehr folgenden Vorschlag: Von dem östlich der Demarkationslinie gelegenen Gebiet solle unser[em] Teil die gesamte Woiwodschaft Lublin und der Teil der Woiwodschaft Warschau bis zum Bug hinzugeschlagen werden. Dafür möchten wir auf Litauen verzichten.

Stalin bezeichnete diesen Vorschlag als Material für die bevorstehenden Verhandlungen mit Herrn Reichsaußenminister und hinzufügte, daß Sowjetunion im Falle unseres Einverständnisses sofort an der Lösung des Problems der baltischen Staaten gemäß Protokolls vom 23. August[1]) herantreten würde und dabei einwandfreie Unterstützung durch die deutsche Regierung erwarte. Stalin sprach ausdrücklich von Estland, Lettland und Litauen, erwähnte aber nicht Finnland.

Ich erklärte Stalin, ich würde meiner Regierung berichten.

SCHULENBURG

1) Dokument Nr. 55.

Nr. 83

Film 103, S. 111 637

Legationsrat Dr. Brücklmeier, Büro RAM, an den Reichsaußenminister, z. Zt. in Moskau

Telegramm

Diplogerma
Moskau
Nr. 435

Büro RAM 500
BERLIN, den 27. September 1939

Citissime!

Für Reichsaußenminister persönlich!

Telegramm aus Tallinn Nr. 163 vom 26. für OKHeer, Attachégruppe.

Estnischer Generalstabschef[1]) unterrichtete mich über russische Bündnisforderung. Ausführte, daß Flottenstützpunkt Baltischport-Flugbasis auf estnischen Inseln russischerseits gefordert werde. Generalstab vorschlug, auf Forderungen einzugehen, da deutsche Unterstützung wohl ausgeschlossen, Lage sich somit nur verschlechtern könne. Russische Flugzeuge durchführen am 25. und 26. September weite Flüge in estnischen Gebieten. Generalstab anordnete, keinenfalls Flugzeuge zu beschießen, um Lage nicht zu verschlechtern. Rössing[2]), Frohwein[3]).

BRÜCKLMEIER

---

[1]) Generalmajor N. Reek.

[2]) Oberst Rössing (Helsinki), gleichzeitig Deutscher Militärattaché in Estland.

[3]) Dr. Frohwein, Deutscher Gesandter in Estland.

Nr. 84

Film 103, S. 111 638

Legationsrat Dr. Brücklmeier, Büro RAM, an den Reichsaußenminister, z. Zt. in Moskau

Telegramm

Büro RAM 499

BERLIN, den 27. September 1939

Diplogerma

Moskau

Nr. 436

Citissime!

Für Reichsaußenminister persönlich.

Telegramm aus Helsinki Nr. 245 vom 26.

Außenminister[1]) mitteilte mir Forderungen, die Rußland an Estland gerichtet, und bemerkte dazu, daß Finnland bereit sei, seine Beziehungen zu Rußland zu bessern, aber derartige Forderungen nie annehmen würde und es lieber zum äußersten kommen lasse.

Ich hinwies auf Unterschied zwischen Situation Estlands und Finnlands und riet Außenminister, Sicherheit seines Landes in gutem Verhältnis zu Deutschland und Rußland zu suchen.

Außenminister zustimmte und hervorhob völlige Ausschaltung englischen Einflusses aus Ostseeraum. Blücher[2]).

BRÜCKLMEIER

---

[1]) E. Erkko.

[2]) Dr. von Blücher, Deutscher Gesandter in Finnland.

Nr. 85

Film 103, S. 111 639—111 640

Legationsrat Dr. Brücklmeier, Büro RAM,
an den Reichsaußenminister, z. Zt. in Moskau

Telegramm

Büro RAM 498

BERLIN, den 27. September 1939

Diplogerma

Moskau
Nr. 437

Citissime!

Für Reichsaußenminister persönlich.

Telegramm aus Reval Nr. 164 vom 26.

Außenminister[1]) mitteilte mir Bitte, Reichsaußenminister möglichst vor Abreise nach Moskau zu informieren, folgendes:

Estnische Regierung unter schwerstem Druck drohender Vergewaltigung notgedrungen bereit, auf Militärallianz mit Sowjetunion einzugehen. Minister Selter mit Begleitung fliegt zur Verhandlung hierüber morgen Mittwoch nach Moskau. Verhandlungsziel: Ausgestaltung Vertrags derart, daß Souveränität sowie innere Sicherheit Staats gewahrt und der estnische Nichtangriffspakt[2]) intakt bleibt. Daher Vorschlag beabsichtigt, bei Unterstützungspflicht der Vertragspartner bestehende Nichtangriffspakte mit dritten Staaten vorzubehalten. Angestrebt ferner zur Verfügungstellung von Flotten- und Luftbasen nur im Kriegsfall, wenn Unterstützungspflicht eingreift; in Friedenszeit möglichst nur Vorbereitung der Basen. Russen haben als Flottenbasis zuerst Reval gefordert, scheinen sich mit Baltischport oder einem Hafen auf Ösel abfinden zu wollen. Esten wollen Flugplätze möglichst nur auf Insel zugestehen. Allgemeine Tendenz, nur soweit entgegenzukommen als nötig ist, um Vergewaltigung zu vermeiden und bestehende gute Beziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten. Frohwein.

BRÜCKLMEIER

---

1) K. Selter.

2) Nichtangriffspakt zwischen Estland und der Sowjetunion vom 4. Mai 1932, verlängert durch Protokoll vom 4. April 1934.

Nr. 86

Film 838, S. 281 527

Zeittafel des 2. Besuchs des Reichsaußenministers in Moskau[1])

Notiz

27. September 1939

Ankunft am Flugplatz 18 Uhr. Erste Besprechung 22—1 Uhr morgens.

28. September 1939

Fortsetzung der Besprechung um 15 Uhr bis 18.30 Uhr.

Essen im Kreml.

Ein Akt Ballett (Schwanensee), währenddessen verhandelte Stalin mit den Letten.

Fortsetzung der Besprechung 24 Uhr.

Unterschrift 5 Uhr morgens.

Danach Empfang der Delegation beim Botschafter bis etwa ½7 Uhr morgens.

29. September 1939

Abflug 12.40 Uhr.

---

[1]) Aus den Handakten des Unterstaatssekretärs Andor Hencke.

Nr. 87

Film 34, S. 24 096—24 097

Deutsch-Sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Zu diesem Zwecke haben sie sich über folgendes geeinigt:

Artikel I

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates die Linie fest, die in der anliegenden Karte eingezeichnet ist und in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel II

Beide Teile erkennen die in Artikel I festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Artikel III

Die erforderliche staatliche Neuregelung übernimmt in den Gebieten westlich der in Artikel I angegebenen Linie die Deutsche Reichsregierung, in den Gebieten östlich dieser Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel IV

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.

Artikel V

Dieser Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und russischer Sprache.

MOSKAU, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung	In Vollmacht der Regierung der UdSSR
gez. v. RIBBENTROP	gez. W. MOLOTOW

Nr. 88

Film 34, S. 24 100

Vertrauliches Protokoll

Die Regierung der UdSSR wird den in ihren Interessengebieten ansässigen Reichsangehörigen und anderen Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in die deutschen Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Sie ist damit einverstanden, daß diese Übersiedlung von Beauftragten der Reichsregierung im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden durchgeführt wird und daß dabei die Vermögensrechte der Auswanderer gewahrt bleiben.

Eine entsprechende Verpflichtung übernimmt die Deutsche Reichsregierung hinsichtlich der in ihren Interessengebieten ansässigen Personen ukrainischer oder weißrussischer Abstammung.

MOSKAU, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:	In Vollmacht der Regierung der UdSSR:
gez. v. RIBBENTROP	gez. W. MOLOTOW

Nr. 89

Film F 2, S. 0326—0325

Geheimes Zusatzprotokoll[1])

Die unterzeichneten Bevollmächtigten stellen das Einverständnis der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR über folgendes fest:

Das am 23. August 1939 unterzeichnete geheime Zusatzprotokoll wird in seiner Ziffer 1 dahin abgeändert, daß das Gebiet des litauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR fällt, weil andererseits die Woywodschaft Lublin und Teile der Woywodschaft Warschau in die Interessensphäre Deutschlands fallen (vergl. die Karte zu dem heute unterzeichneten Grenz- und Freundschaftsvertrage). Sobald die Regierung der UdSSR auf litauischem Gebiet zur Wahrnehmung ihrer Interessen besondere Maßnahmen trifft, wird zum Zwecke einer natürlichen und einfachen Grenzziehung die gegenwärtige deutsch-litauische Grenze dahin rektifiziert, daß das litauische Gebiet, das südwestlich der in der anliegenden Karte eingezeichneten Linie liegt, an Deutschland fällt.

Ferner wird festgestellt, daß die in Geltung befindlichen wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Deutschland und Litauen[2]) durch die vorstehend erwähnten Maßnahmen der Sowjetunion nicht beeinträchtigt werden sollen.

MOSKAU, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung	In Vollmacht der Regierung der UdSSR
v. RIBBENTROP	W. MOLOTOW

---

[1]) Vgl. Dokumente Nr. 55 und 104.

[2]) Vertragswerk vom 20. Mai 1939.

Nr. 90

Film 34, S. 24 098

Geheimes Zusatzprotokoll

Die unterzeichneten Bevollmächtigten haben bei Abschluß des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages ihr Einverständnis über folgendes festgestellt:

Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf die Gebiete des anderen Teiles hinüberwirkt. Sie werden alle Ansätze zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten.

MOSKAU, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:

gez. v. RIBBENTROP

In Vollmacht der Regierung der UdSSR:

gez. W. MOLOTOW

Nr. 91

Film 34, S. 24 099

Erklärung der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR vom 28. September 1939

Nachdem die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, daß es dem wahren Interesse aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen, gegebenenfalls im Einvernehmen mit anderen befreundeten Mächten, darauf, richten, dieses Ziel sobald als möglich zu erreichen.

Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind,

wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden.

MOSKAU, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:
gez. v. RIBBENTROP

In Vollmacht der Regierung der UdSSR:
gez. W. MOLOTOW

Nr. 92

Film 388, S. 211 596—211 597

Der Reichsaußenminister an den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der Sowjetunion, W. M. Molotow

Brief

MOSKAU, den 28. September 1939

Herr Präsident!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Briefes zu bestätigen, worin Sie mir folgendes mitteilen:

„Unter Bezugnahme auf unsere Besprechungen beehre ich mich, Ihnen hiermit zu bestätigen, daß die Regierung der UdSSR auf Grund und im Sinne der von uns erzielten allgemeinen politischen Verständigung willens ist, mit allen Mitteln die Wirtschaftsbeziehungen und den Warenumsatz zwischen Deutschland und der UdSSR zu entwickeln Zu diesem Zweck wird von beiden Seiten ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt werden, nach welchem die Sowjetunion Deutschland Rohstoffe liefern wird, die Deutschland seinerseits durch industrielle, auf längere Zeit zu erstreckende Lieferungen kompensieren wird. Dabei werden beide Teile dieses Wirtschaftsprogramm so gestalten, daß der deutsch-sowjetische Warenaustausch seinem Volumen nach das in der Vergangenheit erzielte Höchstmaß wieder erreicht.

Beide Regierungen werden zur Durchführung der vorstehenden Maßnahmen unverzüglich die erforderlichen Weisungen erteilen und dafür Sorge tragen, daß die Verhandlungen so schnell wie möglich in die Wege geleitet und zum Abschluß gebracht werden."

Namens und im Auftrag der Deutschen Reichsregierung stimme ich dieser Mitteilung zu und setze Sie davon in Kenntnis, daß die

Deutsche Reichsregierung auch ihrerseits das Erforderliche in diesem Sinne veranlassen wird.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die erneute Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. von RIBBENTROP

Nr. 93

Film 34, S. 24 094—24 095

Der Reichsaußenminister an den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der UdSSR, W. M. Molotow

Brief

MOSKAU, den 28. September 1939

Vertraulich!

Herr Präsident!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Briefes zu bestätigen, worin Sie mir folgendes mitteilen:

„In Ausführung meines Schreibens vom heutigen Tage über die Aufstellung eines gemeinsamen Wirtschaftsprogramms wird die Regierung der UdSSR dafür Sorge tragen, daß der deutsche Transitverkehr von und nach Rumänien über die Bahnverbindung Oberschlesien, Lemberg, Kolomea in jeder Hinsicht erleichtert wird. Die beiden Regierungen werden im Rahmen der vorgesehenen Wirtschaftsverhandlungen unverzüglich Vereinbarungen über die Durchführung dieses Transitverkehrs treffen. Das gleiche gilt für den deutschen Transitverkehr von und nach dem Iran, von und nach Afghanistan sowie aus und nach den Ländern des Fernen Ostens.

Ferner erklärt sich die Regierung der UdSSR bereit, zusätzlich zu den sonst vereinbarten oder noch zu vereinbarenden Mengen von Erdöl eine weitere Menge von Erdöl zu liefern, die der jährlichen Produktion des Erdölgebiets von Drohobycz und Boryslav entspricht, mit der Maßgabe, daß die Hälfte dieser Menge aus den Ölfeldern des genannten Erdölgebiets und die andere Hälfte aus den sonstigen Erdölgebieten der UdSSR nach Deutschland geliefert wird. Als Kompensation für diese Erdöllieferungen würde die UdSSR deutsche Lieferungen von Steinkohle und Stahlröhren entgegennehmen."

Mit Befriedigung nehme ich von dieser Mitteilung Kenntnis und stimme ihr im Namen der deutschen Reichsregierung zu.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. von RIBBENTROP

IV. Deutsch-sowjetische Zusammenarbeit, 2. Oktober 1939 bis 29. Mai 1940

Nr. 94

Film 103, S. 111 659—111 660

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Büro RAM 508

Telegramm

BERLIN, den 2. Oktober 1939

Diplogerma
Moskau
Nr. 475

Für Botschafter.

Bitte teilen Sie umgehend Molotow mit, daß nach mir vorliegenden Nachrichten türkische Regierung zögere, Beistandspakt mit Frankreich und England abzuschließen, falls sich Sowjetunion hiergegen energisch ausspräche. Meiner Auffassung nach läge, wie bereits mehrfach ausgeführt, es auch im russischen Interesse wegen der Meerengenfrage eine Bindung der Türkei an England und Frankreich zu verhindern. Ich legte daher besonderen Wert darauf, wenn russische Regierung in dieser Richtung prozedieren würde, um die Türkei von endgültigem Abschluß der Beistandsverträge mit Westmächten abzubringen und dies sofort in Moskau festzulegen. Beste Lösung wäre zweifellos im Augenblick Rückkehr der Türkei zu absoluter Neutralitätspolitik bei Bestätigung bestehender russisch-türkischer Abmachungen.

Endgültiges und schnellstes Abbringen der Türkei von vorgesehenem angeblich kürzlich paraphiertem englisch-französischem Vertrag würde auch absolut in Richtung der in Moskau verabredeten Friedensoffensive liegen, da damit weiterer Staat aus englisch-französischer Front ausscheidet.

RIBBENTROP

Nr. 95

Film 103, S. 111 660

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Ankara

Telegramm

Büro RAM 508

BERLIN, den 2. Oktober 1939

Diplogerma

Ankara

Nr. 352

Botschafter Schulenburg erhielt nachstehende Weisung:

(Folgt Text von Nr. 94)

Schluß der Weisung.

Ich bitte Sie[1]), auch Ihrerseits darauf hinzuwirken, daß endgültiger Abschluß Beistandspakts Türkei mit Westmächten verhindert wird. Hierbei könnten Sie auch auf starke russische Abneigung gegen einseitige Bindung der Türkei hinweisen und ausführen, daß Abschluß von Beistandspakt unter gegenwärtigen Kriegsverhältnissen von Deutschland notwendigerweise mit anderen Augen beurteilt werden würde, als vor Ausbruch des Krieges.

RIBBENTROP

---

1) Botschafter von Papen.

Nr. 96

Film 495, S. 233 367

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

St. S. Nr. 769

BERLIN, den 2. Oktober 1939

Der Finnische Gesandte wünschte heute von mir Aufklärung über die Bedeutung der Interessensphären-Einteilung zwischen Deutschland und Rußland, insbesondere lag ihm daran, zu erfahren, wie die Moskauer Abreden sich auf Finnland auswirken könnten.

Ich habe den Gesandten daran erinnert, daß Finnland uns den Abschluß eines Nichtangriffspaktes bekanntlich vor kurzem abgeschlagen habe. Vielleicht bedauere man das jetzt in Helsinki. Im übrigen sei der deutsche Wunsch nach wie vor, in den besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Finnland zu leben und namentlich auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet einen möglichst großen Warenaustausch herbeizuführen. Wenn Herr Wuorimaa wegen des estnischen Vorganges[1]) und der heute angekündigten Reise von Herrn Munters[2]) nach Moskau sich Gedanken um Finnland mache, so müsse ich ihm sagen, daß ich über die Moskauer Politik gegenüber Finn-

land nicht orientiert sei. Mein Gefühl aber sage mir, daß Sorgen wegen Finnland zur Zeit nicht am Platze wären.

Der Gesandte sprach dann von dem Ciano-Besuch.[3]) Hierzu bemerkte ich, nach der Liquidierung des polnischen Feldzuges seien wir zweifellos an einem wichtigen Abschnitt des Krieges angelangt. Die angekündigte Einberufung des Reichstages deute ja auf eine Regierungserklärung hin, in welcher gewiß zum Ausdruck kommen werde, daß wir die Aufnahme eines eigentlichen Krieges im Westen für sinnlos hielten.[4]) Werde jetzt allerdings die Friedenschance von den Westmächten nicht ergriffen, so müsse man sich wohl auf einen erbitterten Kampf gefaßt machen.

gez. WEIZSÄCKER

---

[1]) Beistandspakt zwischen der UdSSR und Estland vom 28. September 1939.
[2]) Lettischer Außenminister.
[3]) Besuch Graf Cianos in Berlin, 1. und 2. Oktober 1939.
[4]) Reichstagsrede Hitlers am 6. Oktober 1939.

Nr. 97

Film 103, S. 111 663—111 664

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 3. Oktober 1939, 19.04 Uhr
Ankunft: den 3. Oktober 1939, 23.10 Uhr

Nr. 463 vom 3. 10.

Citissime!

Streng geheim. Molotow bat mich heute 14 Uhr zu sich, um mir Nachstehendes mitzuteilen.

Sowjetregierung würde heute eintreffendem litauischem Außenminister[1]) erklären, daß Sowjetregierung im Rahmen einer freundschaftlichen Regelung der gegenseitigen Beziehungen (vermutlich ähnlich wie mit Estland) die Stadt Wilna und Umgebung an Litauen abtreten wolle, gleichzeitig würde Sowjetregierung Litauen zu verstehen geben, daß es den bekannten Teil seines Territoriums an Deutschland abtreten müsse. M. fragte, wie wir uns die formelle Verwirklichung dieser Angelegenheit dächten: ihm schwebe die gleichzeitige Unterzeichnung eines sowjetisch-litauischen Protokolls über Wilna und eines deutsch-litauischen Protokolls über das an uns abzutretende litauische Gebiet vor.

Ich erklärte, daß mir dieser Vorschlag nicht gefiele. Logischer erschien mir, daß die Sowjetregierung Wilna gegen den an uns abzutretenden Streifen eintausche und dann ihrerseits uns diesen Streifen überließe.

M. schien mit meinem Vorschlag nicht sehr einverstanden, gab sich jedoch damit zufrieden, daß ich die Stellungnahme meiner Regierung einholen und ihm bis morgen mittag Antwort geben würde.

Vorschlag Molotows erscheint mir abträglich, da er uns in den Augen der Welt als „Räuber" litauischen Gebiets erscheinen lassen würde, während Sowjetregierung als Geschenkgeber auftritt. Meines Erachtens kommt überhaupt nur mein Vorschlag in Betracht. Ich stelle aber zur Erwägung, ob wir nicht in einem besonderen vertraulichen deutsch-sowjetischen Protokoll solange auf die Abtretung des litauischen Gebietsstreifens verzichten sollten, bis die Sowjetunion Litauen tatsächlich einverleibt, von welchem Gedanken meines Erachtens bei der Vereinbarung über Litauen ausgegangen worden ist.

SCHULENBURG

---

1) J. Urbšys.

Nr. 98

Film 103, S. 111 666

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Ganz geheim!

MOSKAU, den 3. Oktober 1939, 20.08 Uhr
Ankunft: den 3. Oktober 1939, 23.10 Uhr

Nr. 464 vom 3. 10. 39

Cito!

Auf Telegramm vom 2. Nr. 475[1])

Ich setzte Molotow Inhalt dortiger Weisung eingehend auseinander. Molotow erklärte, daß die Sowjetregierung unsere Gedankengänge teile und in dieser Richtung vorgehe. Es habe sich jedoch herausgestellt, daß die Türkei sich mit England und Frankreich schon ziemlich weit eingelassen habe. Die Sowjetregierung würde bemüht bleiben, die Dinge in unserem Sinne zu rektifizieren bzw. zu „neutralisieren".

Afghanischer Botschafter[2]), mit dem ich heute sprach, wollte wissen, daß die Sowjetregierung von der Türkei absolute Neutralität und Schließung der Meerengen verlange.

Molotow selbst erklärte, daß die Verhandlungen noch in Fluß seien.

Auf meine Erwähnung der Gerüchte, England, Frankreich wollten Griechenland vergewaltigen und Bulgarien überrennen, um eine Balkanfront zu schaffen, erklärte Molotow spontan, daß Sowjetregierung einen Druck auf Bulgarien niemals zulassen würde.

SCHULENBURG

---

1) RAM 508 (Dokument Nr. 94).
2) Sultan Akhmed Khan.

Nr. 99

Film 103, S. 111 665

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm (Reinkonzept)

R. A. M.
Streng geheim!

BERLIN, den 4. Oktober 1939

Diplogerma

Moskau
Nr. 488

Auf Telegramm Nr. 463[1])

Auch ich halte den Weg, den Molotow hinsichtlich Abtretung litauischen Gebietsstreifens vorgeschlagen hat, nicht für opportun. Vielmehr bitte ich Molotow zu ersuchen, daß er jetzt gegenüber Litauern auf diese Gebietsabtretung überhaupt nicht eingeht, daß sich Sowjetregierung aber Deutschland gegenüber verpflichtet, diesen Gebietsstreifen bei einer von ihr etwa beabsichtigten Stationierung sowjetischer Truppen in Litauen freizulassen, und daß sie es ferner Deutschland überläßt, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Gebietsabtretung formell durchzuführen wäre. Entsprechende Abrede wäre in geheimem Briefwechsel zwischen Ihnen und Molotow festzulegen.

(R. A. M.)[2])

---

1) Dokument Nr. 97.
2) Randbemerkungen:
a) Auf Weisung des Herrn R. A. M. geht das nebenstehende Telegramm sofort mit der Unterschrift des Herrn R. A. M. ab.
(gez.) Gaus, 4. 10.
b) p. n. Ich habe dem Grafen Schulenburg den Inhalt des Telegramms in verdeckter Sprache um 11 Uhr vormittags telefonisch durchgegeben. Er hat die Instruktion genau verstanden.
G., 4. 10.

Nr. 100

Film 644, S. 254 871—254 872

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Streng geheim. Citissime

Tel. Nr. 470 vom 4. Okt.
Im Anschluß an Tel. Nr. 463 vom 3. Okt.

Sofort nach dem ersten Telefonanruf von Herrn UStS Gaus habe ich Molotow heute vormittag bitten lassen, gegenüber litauischem Außenminister nichts über deutsch-sowjetische Vereinbarung betreffs Litauens verlauten zu lassen. M. ließ mich um 17 Uhr kommen und teilte mir mit, daß er leider gezwungen gewesen wäre, bereits gestern dem litauischen Außenminister von dieser Vereinbarung Kenntnis zu geben, da er aus Gründen der Loyalität uns gegenüber nicht anders hätte handeln können. Litauische Delegation wäre sehr bestürzt und traurig gewesen; sie hätte erklärt, daß der Verlust gerade dieses Gebietes für sie besonders hart sei, da viele prominente Führer des litauischen Volkes aus diesem Teil Litauens stammten. Heute früh 8 Uhr sei litauischer Außenminister nach Kowno zurückgeflogen, um in 1—2 Tagen wieder nach Moskau zurückzukehren.

Ich erklärte, daß ich meine Regierung sofort telefonisch verständigen würde, worauf ich Herrn Gaus anrief. Eine Stunde später teilte mir M. mit, daß Stalin die inständige p e r s ö n l i c h e[1]) Bitte an die Deutsche Regierung richte, z u n ä c h s t[1]) auf der Abtretung des litauischen Gebietsstreifens n i c h t[1]) zu bestehen.

SCHULENBURG

[1]) Im Konzept unterstrichen.

Nr. 101

Film 127, S. 69 687—69 689

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

BERLIN ab, den 5. Oktober 1939, 3.43 Uhr
MOSKAU an, den 5. Oktober 1939, 11.55 Uhr

Diplogerma
Moskau

Citissime! Nr. 497 vom 4. 10.
Streng geheim!

Auf heutige telephonische Mitteilung Botschafters.
Gesandtschaft in Kowno erhält folgende Instruktion:

1. Nur zu persönlicher Information teile ich Ihnen folgendes mit: Gelegentlich Unterzeichnung deutsch-russischen Nichtangriffspaktes

am 23. August wurde mit Sowjet-Regierung auch eine streng geheime Abgrenzung beiderseitiger Interessensphären in Osteuropa vorgenommen. Danach sollte Litauen zur deutschen Interessensphäre gehören, während im Gebiet bisherigen polnischen Staates die sogenannte Vierflußlinie Pissa—Narew—Weichsel—San die Grenze bilden sollte. Schon damals habe ich gefordert, daß Wilnagebiet an Litauen fallen müsse, was von der Sowjet-Regierung zugestanden wurde. Bei Verhandlungen über den Grenz- und Freundschaftsvertrag am 28. September ist die Regelung insofern abgeändert worden, als Litauen einschließlich des Wilnagebiets in sowjetische Interessensphäre einbezogen wurde, wofür im polnischen Raum Woiwodschaft Lublin und große Teile der Woiwodschaft Warschau einschließlich des Gebietszipfels von Suwalki in deutsche Interessensphäre gefallen sind. Da durch diese Einbeziehung des Gebiets von Suwalki in deutsche Interessensphäre schwierige Grenzziehung entstanden, haben wir vereinbart, daß im Fall der Durchführung besonderer sowjetischer Maßnahmen in Litauen ein kartenmäßig genau abgegrenzter schmaler Gebietsstreifen im Südwesten Litauens an Deutschland fallen solle.

2. Heute teilt Graf von der Schulenburg mit, daß Molotow, entgegen unseren eigenen Absichten, dem litauischen Außenminister schon gestern abend Kenntnis von der vertraulichen Regelung gegeben hat. Ich bitte Sie jetzt Ihrerseits der litauischen Regierung von der Angelegenheit mündlich und streng vertraulich in folgender Form Kenntnis zu geben:

Schon bei Gelegenheit Unterzeichnung deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags vom 23. August hätten zur Vermeidung von Komplikationen in Osteuropa zwischen uns und der Sowjet-Regierung Besprechungen über Abgrenzung deutscher und sowjetischer Interessensphären stattgefunden. Dabei sei ich dafür eingetreten, daß Wilnagebiet an Litauen zurückfallen müsse, was mir von Sowjet-Regierung auch zugesagt worden sei. Bei Verhandlungen über Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September sei, wie sich aus der bekanntgegebenen deutsch-sowjetischen Grenzziehung ergebe, der zwischen Deutschland und Litauen hineinragende Gebietszipfel von Suwalki an Deutschland gefallen. Da hierdurch an dieser Stelle eine schwierige und unpraktische Grenze entstanden sei, hätte ich in diesem Raum für Deutschland eine Grenzrektifikation vorbehalten, derzufolge ein schmaler Streifen litauischen Gebiets an Deutschland fallen würde. Zuteilung Wilnas an Litauen sei auch bei diesen Verhandlungen aufrechterhalten worden. Sie seien jetzt ermächtigt, litauische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß die Reichsregierung die Frage einer solchen Grenzrektifikation im Augenblick

nicht als aktuell ansähe. Wir setzten hierbei aber voraus, daß die litauische Regierung diesen Punkt als streng geheim behandele. (Schluß der Instruktion nach Kowno.)

Ich bitte Sie, Herrn Molotow von unserer Mitteilung an litauische Regierung zu unterrichten. Ferner bitte ich Sie, ihn, wie schon im Vortelegramm angegeben, zu ersuchen, daß der in Frage stehende litauische Grenzstreifen bei etwaiger Stationierung sowjetischer Truppen in Litauen freigelassen wird, und daß es Deutschland überlassen bleibt, den Zeitpunkt der Durchführung der Abrede über die in Frage stehende Gebietsabtretung an Deutschland zu bestimmen. Diese beiden Punkte würden in einem geheimen Briefwechsel zwischen Ihnen und Molotow festzulegen sein.

RIBBENTROP

Nr. 102

Film 506, S. 235 040—235 041

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 5. Oktober 1939

Geheim!

St. S. Nr. 786

Der Litauische Gesandte kam heute abend zu mir, um, wie erwartet, wegen deutscher Ansprüche auf einen Gebietsstreifen im südwestlichen litauischen Gebiet vorzusprechen. Herr Skirpa machte jedoch schon beim Eintritt ein freundlicheres Gesicht als anzunehmen war. Der Gesandte Zechlin[1]) hatte nämlich inzwischen die ihm anbefohlene Mitteilung in Kowno gemacht, sodaß ich auf die Fragen, die Herr Skirpa stellte, nicht näher einzugehen brauchte. Ich hielt mich in knappen Worten an den heutigen Drahterlaß für Herrn Zechlin[2]). Da Herr Skirpa mir die Genugtuung seiner Regierung aussprach, daß wir unsere Forderung zurückgezogen hätten, betonte ich, daß die Anmeldung unseres Bedürfnisses im „Augenblick nicht aktuell" sei. (Bemerkenswert ist, daß Herr Skirpa die in unserem geheimen Protokoll mit den Russen vereinbarte Linie genau kannte und auf der uns beiden zufällig vorliegenden Karte Polens bezeichnete.)

Der Gesandte teilte dann weiter mit, die Russen erwarteten von Litauen einen Beistandspakt[3]) sowie die Unterbringung russischer Garnisonen unter gleichzeitiger prinzipieller Zusage des Anschlusses Wilnas mit Umgebung an Litauen. Herr Skirpa fragte mich, ob ich dazu Gedanken oder Anregungen geben könnte. Ich erklärte mich unorientiert und fügte hinzu, daß bei unseren Besprechungen in

Moskau deutsche Interessen nicht über die Herrn Skirpa bekannte deutsch-russische Grenzlinie nach Osten hinaus angemeldet worden seien.

Zum Schluß bat der Gesandte, etwaige Anregungen ihm zukommen zu lassen. Herr Urbsys sei heute und morgen noch in Kowno; er selbst — Skirpa — stehe dem Herrn Reichsaußenminister jederzeit zur Verfügung.

gez. WEIZSÄCKER

---

1) Dr. Erich Zechlin, Deutscher Gesandter in Litauen.
2) Dokument Nr. 101.
3) Beistandspakt zwischen der UdSSR und Litauen, 10. Oktober 1939.

Nr. 103

Film 103, S. 111 680—111 681

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

BERLIN, den 7. Oktober 1939

Sofort!

Telegramm (Reinkonzept)

Diplogerma

Moskau

Citissime!

Nr. 518

Mir gehen aus Konstantinopel zuverlässige Nachrichten zu, wonach russisch-türkische Vernandlungen nun doch zum Abschluß eines Beistandspaktes zu führen scheinen. Ich bitte Sie deshalb, sofort Herrn Molotow aufzusuchen und ihm gegenüber nochmals nachdrücklich zu betonen, wie sehr wir es bedauern würden, wenn es Sowjet-Regierung nicht gelänge, die Türkei von dem Abschluß eines Vertrages mit England und Frankreich abzubringen und zu einer unzweideutigen Neutralität zu veranlassen. Wenn Sowjet-Regierung ihrerseits Abschluß Beistandspaktes mit der Türkei nicht vermeiden könne, so sähen wir es als ganzselbstverständlich[1]) an, daß sie dann in dem Pakt einen Vorbehalt macht, wonach der Pakt die Sowjet-Regierung nicht zu einem direkt oder indirekt gegen Deutschland gerichteten Beistand verpflichtet. Das hat Stalin seinerzeit ja selbst zugesagt. Ohne einen solchen Vorbehalt würde die Sowjet-Regierung, wie schon früher betont, einen direkten Verstoß gegen den mit Deutschland geschlossenen Nichtangriffspakt begehen. Es genügt auch nicht, daß dieser Vorbehalt bloß stillschweigend oder vertraulich gemacht wird. Wir müssen vielmehr darauf bestehen, daß

er in aller Form vertraglich und für die Öffentlichkeit erkennbar[1]) festgelegt wird. Sonst würde in der Öffentlichkeit ein sehr unerwünschten Eindruck entstehen, und ein solches Vorgehen wäre geeignet, in deutscher Öffentlichkeit das Vertrauen in die Wirksamkeit der neuen deutsch-russischen Abmachungen zu stören.

Ich bitte Sie, die Gelegenheit zu benutzen, sich auch über die sonstigen Einzelheiten des Standes der russisch-türkischen Verhandlungen zu unterrichten und festzustellen, was zwischen den beiden Regierungen hinsichtlich der Meerengenfrage vereinbart werden soll.

Drahtbericht. (R. A. M.)

Notiz:

Ich habe den Inhalt der nebenstehenden Instruktion dem Grafen Schulenburg heute nachmittag bereits telefonisch mitgeteilt. Die Verständigung war sehr gut. Graf Schulenburg sagte, er komme eben von Molotow, der ihm erzählt habe, daß er die türkische Delegation[2]) seit Sonntag nicht gesprochen habe. Unsere Warnung käme also sicherlich noch rechtzeitig. Ich habe darauf erwidert, daß Graf Schulenburg trotzdem auf keinen Fall Zeit verlieren möge, da es sich um einen Punkt von entscheidender Wichtigkeit handele und die hier eingegangenen Nachrichten doch auf ein schon vorgeschrittenes Stadium der Verhandlungen hindeuteten. Graf Schulenburg will daraufhin morgen früh wieder zu Molotow gehen[3]).

---

1) Im Konzept unterstrichen.

2) Der türkische Außenminister Saracoglu hielt sich vom 25. September bis 17. Oktober 1939 in Moskau auf.

3) Ohne Unterschrift.

Nr. 104

Film F 2, S. 0318

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare der UdSSR, W. M. Molotow, an den Deutschen Botschafter in der UdSSR

Brief

MOSKAU, den 8. Oktober 1939

Geheim

Herr Botschafter,

hiermit beehre ich mich, Ihnen zu bestätigen, daß in Verbindung mit dem geheimen Zusatzprotokoll, das am 29. [28.] September 1939 zwischen der UdSSR und Deutschland bezüglich Litauens geschlossen wurde[1]), nachstehendes Einverständnis zwischen uns besteht:

1. Das im Protokoll erwähnte und auf der dem Protokoll beigefügten Karte eingezeichnete litauische Gebiet wird bei einer etwaigen Stationierung von Truppen der Roten Armee nicht besetzt werden;

2. Deutschland bleibt es überlassen, den Zeitpunkt der Durchführung der Vereinbarung über die Abtretung des obenerwähnten litauischen Gebiets an Deutschland zu bestimmen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. W. MOLOTOW

---

[1]) Dokument Nr. 89.

Nr. 105

Film 1369, S. 357 061—357 062

Aufzeichnung des Gesandten Dr. Schnurre, Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts (Oktober 1939)

Richtlinien für meine Moskauer Besprechungen.

1. An den Kredit- und Wirtschaftsvertrag vom 19. 8. d. J. darf von beiden Seiten nicht gerührt werden. Jedoch muß in unserem Interesse versucht werden, eine beschleunigte Durchführung der Rohstofflieferungen (180 Mill. RM) zu erreichen.

2. Hauptaufgabe meiner Verhandlungen wird sein, festzustellen, ob über den Vertrag vom 19. 8. 1939 hinaus Rußland für die ausfallenden Seeimporte einspringen kann und will, und in welchem Ausmaße dies geschehen kann. Die militärischen und zivilen Stellen haben mir ein Forderungsprogramm aufgestellt, das mit rund 70 Mill. RM sofortiger zusätzlicher Lieferungen abschließt (Anl. 1)[1]). Meine in Moskau zu vertretenden Forderungen werden über dieses Programm weit hinaus gehen, da der deutsche Kriegsbedarf ein Vielfaches von dem Verhandlungsvorschlag der Ressorts ist (vgl. Anlage 2)[1]). Immerhin läßt das verhältnismäßig bescheidene Forderungsprogramm der Ressorts erkennen, wie niedrig die tatsächlichen Möglichkeiten Rußlands für Rohstofflieferungen eingeschätzt werden. Die Gründe dafür sind Mängel des Verkehrsnetzes, der Organisation, des Produktionsverfahrens usw.

3. Der den Russen vorzuschlagende Plan wäre folgender: Unabhängig von dem Vertrag vom 19. 8. 1939 liefert uns die Sowjet-Union für X Millionen RM Rohstoffe und zwar sowohl solche, die in Rußland erzeugt werden, wie auch solche, die Rußland vom dritten neutralen Ausland für uns kauft. Die deutsche Gegenleistung für diese Rohstoffe könnte nicht sofort erfolgen, sondern müßte in die Form

eines Liefer- und Investitionsprogramms gekleidet werden, das sich etwa über einen Zeitraum von 5 Jahren zu erstrecken hätte. Innerhalb dieser Zeit wären wir bereit, zur Abdeckung unserer aus russischen Rohstofflieferungen entstehenden Verpflichtungen, Anlagen in Rußland gemäß einem zu vereinbarenden großen Programm (vgl. Anlage 3)[1]) zu erstellen.

4. Im Rahmen rein wirtschaftlicher Verhandlungen können die in Rußland tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten nicht überwunden werden, zumal wir eine Vorleistung der Russen verlangen. Ein positiver Erfolg kann überhaupt nur erwartet werden, wenn eine entsprechende Entscheidung von oberster russischer Stelle im Rahmen der politischen Einstellung zu uns ergeht. Insofern werden diese Verhandlungen ein Prüfstein dafür sein, ob und inwieweit Stalin bereit ist, aus der neuen politischen Einstellung praktische Folgerungen zu ziehen. Die von uns verlangten Rohstofflieferungen sind in Anbetracht der ungenügenden Eigenversorgung Rußlands nur zu Lasten des eigenen russischen Verbrauchs durchzuführen.

5. Je nach dem Ergebnis meiner Besprechungen wird es notwendig sein, das Rohstoffprogramm nochmals vom rein politischen Gesichtspunkt aus von einer dazu berufenen Persönlichkeit aufzunehmen.

6. In den Besprechungen in Moskau ist ferner zu klären, inwieweit unsere bisherigen Importe aus Iran, Afghanistan, Mandschukuo, Japan im Transitwege über Rußland geleitet werden können.

SCHNURRE

---

[1]) Nicht gedruckt.

Nr. 106

Film 103, S. 111 684

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 9. Okt. 1939, 00.30 Uhr,
Ankunft: 9. Okt. 1939, 3.00 Uhr.

Nr. 493 vom 8. 10. Citissime!

Auf Telegramm vom 7. Nr. 518.[1])

Molotow erklärte heute abend 21 Uhr, daß seit 1. Okt. keine Begegnungen mit türkischem Außenminister [stattgefunden][2]) hätten und daß sich der Ausgang der Verhandlungen z. Zt. noch nicht übersehen lasse. M. gab der Meinung Ausdruck, daß es aller Voraussicht nach nicht zum Abschluß eines Hilfeleistungspaktes mit der Türkei

kommen würde. Unter allen Umständen würde aber deutschen Interessen und besonderem Wesen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses Rechnung getragen werden. Molotow erklärte, Sowjetregierung verfolge das Ziel, die Türkei zur absoluten Neutralität und zur Schließung der Dardanellen sowie zur Beihilfe bei Aufrechterhaltung der Ruhe auf dem Balkan zu bewegen.

SCHULENBURG

---

[1]) B(üro) RAM: Dokument Nr. 103.
[2]) Lücke in Entzifferung.

Nr. 107

Film 495, S. 233 368

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 9. Oktober 1939

St. S. Nr. 793

Der Finnische Gesandte hatte sich heute beim Herrn Reichsaußenminister angemeldet. In seinem Auftrag empfing ich Herrn Wuorimaa heute nachmittag. Er brachte folgendes vor:

Rußland sei jetzt durch die Geschehnisse im Baltikum so weit in die Ostsee eingedrungen, daß das Gleichgewicht dortselbst ins Schwanken geraten sei und das Übergewicht an Rußland überzugehen drohe. Das Desinteressement Deutschlands habe in Finnland Aufsehen erregt, da man dort Anlaß habe anzunehmen, daß Rußland die Absicht hat, gleichartige Forderungen wie im Baltikum an Finnland zu stellen.

Die Finnische Regierung habe Wuorimaa ersucht, sich zu erkundigen, ob das Vordringen Rußlands in dieser Richtung Deutschland gleichgültig lasse und wenn das nicht der Fall sei, welche Stellung Deutschland dann einzunehmen beabsichtige.

Der Gesandte fügte noch hinzu, daß Finnland seinerseits während der letzten Wochen versucht habe sein Bestes zu tun, um die Handelsbeziehungen zu Deutschland zu regeln und dieselben normal zu erhalten und um der Neutralitätspolitik zu folgen, die auch Deutschland gewünscht habe.

Ich habe dem Gesandten im Sinne des beiliegenden Drahterlasses[1]) nach Helsinki geantwortet. Wuorimaa bat mich noch, wenn wir Weiteres hinzuzufügen hätten, ihn wieder kommen zu lassen

Aus den Worten des Gesandten war zu entnehmen, daß die Finnische Regierung in ziemlicher Unruhe wegen der russischen Forderungen lebt und sich nicht ebenso vergewaltigen lassen will wie Estland und Lettland[2]).

Gegenüber dieser Stimmung des Gesandten sagte ich nur, ich hoffe und wünsche, daß Finnland sich mit Rußland im Guten einigen könne.

gez. WEIZSÄCKER

---

[1]) Dokument Nr. 108.

[2]) Beistandspakte der UdSSR mit Estland vom 28. September und mit Lettland vom 5. Oktober 1939.

Nr. 108

Film 495, S. 233 369

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an die Deutsche Gesandtschaft in Helsinki

BERLIN, den 9. Oktober 1939

Diplogerma
Helsinki
Nr. [326][1])

Im Anschluß an Drahtweisung Nr. 322[2]).

Finnischer Gesandter, welcher heute im Auswärtigen Amt vorsprechen wird, soll folgenden Bescheid erhalten:

Unser Verhältnis zu den drei baltischen Staaten beruht auf den bekannten Nichtangriffspakten, unser Verhältnis zu Dänemark ebenso[3]). Norwegen und Schweden haben Nichtangriffspakte mit uns abgelehnt, da sie sich von uns nicht bedroht fühlen und da sie Nichtangriffspakte bisher überhaupt nicht abgeschlossen haben. Finnland hat zwar mit Rußland einen solchen Vertrag[4]), lehnte unser Angebot aber trotzdem ab. Wir bedauerten diese Tatsache, waren und sind aber der Ansicht, daß unsere herkömmlich guten und freundschaftlichen Beziehungen zu Finnland von unserer Seite her einer besonderen politischen Abrede nicht bedürfen.

Bei dieser Problemlosigkeit der deutsch-finnischen Beziehungen ist es sehr begreiflich, daß der Führer Finnland, ebenso wie übrigens viele andere größere und kleinere Staaten, in seinen vorwiegend auf unsere Nachbarn zielenden Ausführungen am 6. Oktober gar nicht erwähnt hat. Es geht daraus nur hervor, daß zwischen uns Differenzpunkte eben nicht existieren.

In Moskau, wo bei den Verhandlungen des Herrn Reichsaußenministers die deutsch-russischen Beziehungen im großen politischen Rahmen erörtert wurden und ein Freundschaftspakt zustande kam, ist die bekannte definitive Abgrenzungslinie festgelegt worden. West-

lich dieser Linie liegen die deutschen Interessen, östlich von ihr haben wir keine Interessen angemeldet. Wir sind daher auch nicht davon unterrichtet, welche Wünsche Rußland gegenüber Finnland vorbringen will. Wir vermuten jedoch, daß diese Wünsche nicht sehr tief greifen werden. Schon aus diesem Grunde erübrigt sich eine deutsche Stellungnahme dazu. Wir wären aber auch nach den geschilderten Vorgängen schwerlich in der Lage, uns in die russisch-finnischen Gespräche einzumischen.

WEIZSÄCKER

---

[1]) Telegramm-Nr. ergänzt nach Film B 18, S. 003 082: Büro des Staatssekretärs, Akten betr. Finnland, Bd. 1.

[2]) Nicht gedruckt.

[3]) Deutsch-litauischer Vertrag vom 22. März 1939; Nichtangriffsverträge Deutschlands mit Dänemark vom 31. Mai 1939 und mit Estland und Lettland vom 7. Juni 1939.

[4]) Nichtangriffsvertrag Finnland—Sowjetunion vom 21. Januar 1932.

Nr. 109

Film 506, S. 235 081

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

St. S. Nr. 795

BERLIN, den 9. Oktober 1939

Der Schwedische Gesandte[1]) suchte mich heute auf, um mir zu sagen, es werde in der Ostsee eine sehr ernste Lage entstehen, wenn Rußland gegen Finnland Forderungen vorbringen sollte, welche die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Finnlands bedrohen. Unter Hinweis auf die engen Beziehungen Schwedens mit Finnland wolle der Gesandte mir vorstehendes mitteilen. Man dürfe nicht vergessen, daß im Gegensatz zu Estland und Lettland starke und männliche Kräfte in Finnland herrschten, die sich einer russischen Vergewaltigung nicht beugen würden.

Ich habe dem Gesandten erwidert, mir sei über die vermutlichen russischen Forderungen an Finnland nichts bekannt. Meines Wissens sei bei dem Besuch des Herrn Reichsaußenministers in Moskau das Wort Finnland nicht gefallen. Es stehe so, daß wir östlich der bekannten Linie keine Interessen angemeldet hätten. Ich möchte aber annehmen, daß Rußland keine allzu tiefgreifenden Wünsche gegenüber Finnland vorbringe und daß daher eine friedliche Regelung zu finden sei.

gez. WEIZSÄCKER

---

[1]) Arvid G. Richert.

Nr. 110

Film 407, S. 214 964

Der Deutsche Gesandte in Helsinki an das Auswärtige Amt

Telegramm

HELSINKI, den 10. Oktober 1939, 21.30 Uhr
Ankunft: den 10. Oktober 1939, 24.00 Uhr

Nr. 287 vom 10. 10.

Citissime!

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß, wenn Rußland sich in seinen Forderungen nicht auf Inseln im finnischen Meerbusen beschränkt, Finnland sich mit Waffen zur Wehr setzt. Folgen für unsere Wehrwirtschaft schwerwiegend. Nicht nur Lebensmittel- und Holzexport, sondern auch unentbehrliche Kupfer- und Molybdenausfuhr von Finnland nach Deutschland werde aufhören. Anheimstelle aus diesem Grunde, auf die russische Regierung dahin einzuwirken, daß sie nicht über Inselforderung hinausgeht.

BLÜCHER

Nr. 111

Film 495, S. 233 342

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

St. S. Nr. 800

BERLIN, den 12. Oktober 1939

Vertraulich!

Der Bulgarische Gesandte teilte mir heute in Ergänzung seines kürzlichen Gespräches mit dem Herrn Reichsaußenminister folgendes mit:

Die unlängst von Molotow an die Bulgarische Regierung herangebrachten Anregungen für ein russisch-bulgarisches Abkommen waren zuerst unklar. Später stellte sich dann heraus, daß Molotow an einen russisch-bulgarischen Vertrag auf gegenseitige Unterstützung im Falle eines Angriffs seitens Dritter gedacht hat. Diese Anregung sei in Sofia abgelehnt worden.

Auf meine Frage, warum Bulgarien darauf nicht eingegangen sei, gab Draganoff als persönliche Vermutung folgendes an: Bulgarien habe bisher überhaupt noch keinen Bündnispakt dieser Art geschlossen, insbesondere auch nicht mit Deutschland, dem es von alters her nahestehe. Wahrscheinlich habe seine Regierung infolge-

dessen auch nicht von diesem Grundsatz abgehen und vor allem nicht zuerst mit Rußland einen Hilfeleistungspakt schließen wollen.

Draganoff fuhr dann fort, die Bulgarische Regierung haben den folgenden Gegenvorschlag gemacht: Bulgarien sei bereit, einen Nichtangriffs- oder Freundschaftspakt mit Rußland abzuschließen, wenn Moskau konkrete Vorschläge dieser Art vorbringen sollte. Eine Antwort hierauf sei in Sofia noch nicht eingegangen.

Ich habe dem Gesandten für seine Informationen gedankt und die Übermittlung an den Herrn Reichsaußenminister zugesagt.

gez. WEIZSÄCKER

Nr. 112

Film 127, S. 69 672—69 675

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Ab BERLIN am 18. Oktober 1939 um 0 Uhr 40

An MOSKAU am 18. Oktober 1939 um 10 Uhr 05

Diplogerma

Moskau

Telegramm Nr. 594 vom 17. Oktober.

Für Herrn Botschafter persönlich.

Ich beabsichtige, bei einer sich demnächst bietenden Gelegenheit in öffentlicher Rede über die außenpolitische Lage zu sprechen und werde dabei in Anknüpfung an die letzte Rede Chamberlains[1]) auf die künftigen Ziele der englischen Politik und die englische Lügen-Propaganda eingehen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch eine neuerlich in der feindlichen Presse in ganz konkreter Form verbreitete Lüge widerlegen, wonach ich angeblich bei meinem Aufenthalt in Moskau die Sowjetunion um militärischen Beistand gebeten, darauf aber eine glatte Absage erhalten hätte. Ich habe die Absicht, über dieses Thema etwa folgendes auszuführen:

„In ihrer schweren Enttäuschung über die neuere Entwicklung der internationalen Lage, die stark von der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetunion beeinflußt wurde, hat die englische Propaganda kein Mittel unversucht gelassen, um diese Entwicklung und die deutsch-russischen Beziehungen zu diskreditieren und zu stören. Sie hat hierbei in ihrer bekannten Methode vor keinem Mittel zurückgeschreckt und sich plumpester und unsinnigster Lügen bedient. So hat sie z. B. die Be-

hauptung in die Welt gesetzt, ich hätte bei den Moskauer Verhandlungen Herrn Stalin um militärische Unterstützung gegen Polen, Frankreich und England angegangen. Herr Stalin habe hierauf aber nur die scharfe Antwort gegeben: ‚Keinen Soldaten!'. Wie aber hat sich die Wirklichkeit dieser Moskauer Verhandlung abgespielt? Ich will es Ihnen verraten:

Ich kam am 23. August nach Moskau, um im Namen des Führers einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion auszuhandeln und abzuschließen. Ich begann die Verhandlungen mit Stalin und Molotow mit der Erklärung, ich sei nicht nach Moskau gekommen wie seinerzeit die englischen und französischen Abgesandten, um die Sowjetunion um Waffenhilfe zu bitten, falls deutscher Regierung ein Krieg von England aufgezwungen werden sollte. Die Deutsche Regierung benötige hierzu keine Hilfe, sondern sei in einem solchen Falle militärisch stark genug, um den Kampf mit Polen und seinen westlichen Gegnern allein aufzunehmen und bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Stalin gab hierauf spontan mit der ihm eigenen Klarheit und Präzision folgende Antwort: ‚Deutschland nähme einen stolzen Standpunkt ein, indem es von vornherein jede sowjetische Waffenhilfe ablehne. Die Sowjetunion aber habe Interesse an einem starken Deutschland als Nachbar und im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien lägen die Interessen der Sowjetunion und Deutschlands durchaus in gleicher Linie. Die Sowjetunion würde niemals dulden, daß Deutschland in eine schwierige Lage käme.' Ich habe hierauf Stalin für seine klare und präzise Erklärung gedankt und ihm gesagt, daß ich dem Führer von dieser großzügigen Einstellung der Sowjetregierung Meldung machen werde. So wurden die deutsch-russischen Verhandlungen eingeleitet, und durch diesen Gedankenaustausch war von vornherein eine großzügige und freundschaftliche Atmosphäre hergestellt, in der dann innerhalb 24 Stunden der Nichtangriffspakt und im Verlauf der weiteren Entwicklung Ende September der Grenz- und Freundschaftsvertrag zum Abschluß gebracht wurde. Auf der politischen Grundlage ist dann auch die sofortige Inangriffnahme eines umfassenden Wirtschaftsprogramms beschlossen worden, über dessen Durchführung zur Zeit in Moskau verhandelt wird. Deutschland braucht die Rohstoffe der Sowjetunion und die Sowjetunion braucht Industrieartikel. Es liegt kein Grund vor, daß nicht der alte blühende Handel zwischen den beiden Nationen baldigst wieder entstehen kann. Im Gegenteil, ich bin der festen Überzeugung, daß die einstige traditionelle Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland nunmehr wiederhergestellt ist und sich immer mehr vertiefen wird, und daß sich aus dem sich natürlich ergänzenden Güteraustausch ein un-

geahnter Aufschwung der beiden Nationen in der Zukunft ergeben wird. Auf der gleichen politischen Grundlage ist auch die gemeinsame deutsch-sowjetische Erklärung vom 28. 9. 1939 vereinbart worden, daß beide Regierungen nach Beendigung des Polen-Feldzuges auf die Wiederherstellung des Friedens einwirken würden[2]). Für den Fall eines Scheiterns dieser Bemühungen — ein Fall, der nun inzwischen eingetreten ist — ist von beiden Regierungen die Verantwortung Englands und Frankreichs für die Fortsetzung des Krieges festgestellt und zugleich vorgesehen worden, daß die Reichsregierung und die Sowjetregierung dann in eine Konsultation *über die erforderlichen Maßnahmen eintreten* würden. Diese Konsultationen sind zur Zeit im Gange und vollziehen sich im gleichen freundschaftlichen Geist wie die Moskauer Verhandlungen und auf dem festen Fundament der gleichgelagerten Interessen. Wir erwarten in diesem Zusammenhang in der nächsten Zeit den Besuch des Herrn Molotow in Berlin. Ich glaube, daß diese kurzen Feststellungen genügen, *um der ganzen Lügenflut des englischen Lügenministeriums* und der sonstigen stümperhaften Propagandazentralen unserer Feinde über die derzeitigen deutsch-sowjetischen Verhandlungen und die zukünftige Gestaltung der Beziehungen der beiden größten Staaten Europas ein für allemal den Boden zu entziehen."

Ich bitte Sie, die vorstehende Darstellung der Moskauer Verhandlungen möglichst umgehend Herrn Stalin zur Kenntnis zu bringen und mir dessen Einverständnis zu drahten.

RIBBENTROP

---

[1]) Unterhausrede Chamberlains am 12. Oktober 1939 in Beantwortung von Hitlers Reichstagsrede v. 6. Oktober.

[2]) Dokument Nr. 91.

Nr. 113

Film 127, S. 69 660

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Auswärtig

Berlin

Cito.

Tel. Nr. 568 vom 19. 10.
Auf Tel. Nr. 594 vom 17. 10.

Molotow mitteilte mir heute, daß Stalin mit der vom Herrn Reichsaußenminister in seiner bevorstehenden Rede beabsichtigten Darstellung der Moskauer Verhandlungen einverstanden sei, nur bitte er statt der als Ausführungen Stalins angeführten Sätze: „Deutschland

nähme einen stolzen Standpunkt ein" usw. bis „schwierige Lage käme" folgende Fassung zu wählen: „Der Standpunkt Deutschlands, das eine militärische Hilfe ablehnt, flößt Achtung ein. Indessen ist ein starkes Deutschland die unbedingte Voraussetzung für den Frieden in Europa, hieraus folgt, daß die Sowjetunion an der Existenz eines starken Deutschlands interessiert ist. Daher kann die Sowjetunion sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Westmächte Bedingungen schaffen, die Deutschland schwächen und es in eine schwierige Lage bringen könnten. Hierin liegt die Gemeinsamkeit der Interessen Deutschlands und der Sowjetunion."

SCHULENBURG

Nr. 114

Film 103, S. 111 764

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

St. S. Nr. 864

BERLIN, den 1. November 1939

Generalfeldmarschall Göring, Großadmiral Raeder und Generaloberst Keitel haben mich unabhängig voneinander darauf angesprochen, daß die russische Delegation in Berlin sich etwas allzu große Hoffnungen auf Besichtigung und Ankauf deutschen Kriegsmaterials mache. Generaloberst Keitel sagte mir, der Führer sei der Ansicht, daß truppenübliches Kriegsmaterial den Russen gezeigt werden könne; was wir zum Verkauf stellen, müßten wir uns selbst vorbehalten. Gegenstände, die noch im Versuchs-Stadium oder sonst geheim seien, wären den Russen nicht zu zeigen.

gez. WEIZSÄCKER

Nr. 115

Film 103, S. 111 828

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an Deutsche diplomatische Vertretungen

Telegramm (Reinkonzept)

BERLIN, den 2. Dezember 1939
e. o. Pol. VI 2651

An alle mit Blaukreuz bezeichneten Missionen[1])

Bitte bei Gesprächen über finnisch-russischen Konflikt jede antirussische Nuance zu vermeiden.

Je nach Gesprächspartner sind folgende Argumente verwertbar: Unvermeidlicher historischer Ablauf im Zuge der Revision der Verträge nach letztem großem Krieg. Natürliches Bedürfnis Rußlands

nach erhöhter Sicherung Leningrads und Eingangs zu Finnischem Meerbusen. Auswärtige Politik Finnischer Regierung hat in letzten Jahren Neutralitätsgedanken betont, sich an skandinavische Staaten angelehnt und deutsch-russischen Gegensatz als Axiom behandelt. Demzufolge hat Finnland Anlehnung an Deutschland vermieden und sogar Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Deutschand als kompromittierend zurückgewiesen, obwohl Finnland Nichtangriffspakt mit Rußland hatte. Auch im Völkerbund ist Finnland, trotz seiner Dankesschuld gegenüber Deutschland für dessen Hilfe 1918, niemals für deutsche Interessen eingetreten. Außenminister Holsti[2]) hierfür typisch und besonders deutschfeindlich. Weite finnische Kreise betonten wirtschaftliche und weltanschauliche Orientierung nach demokratischem England, demgemäß auch Haltung der meisten Presseorgane ausgesprochen unfreundlich uns gegenüber. Platonische Sympathie Englands hat Finnland in bisheriger Haltung bestärkt und nützt dem Lande nun gar nichts.

WEIZSÄCKER

---

1) Liste nicht gedruckt. Vgl. Dokument Nr. 118.

2) Dr. Rudolf Holsti, Finnischer Außenminister vom 7. Oktober 1936 bis 16. November 1938.

Nr. 116

Film 103, S. 111 834

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 5. Dezember 1939

St. S. Nr. 949

Generaloberst Keitel rief mich heute in folgender Sache an: In der letzten Zeit habe es an der Grenze zwischen Rußland und dem Gouvernement wiederholt Unzuträglichkeiten gegeben, in die die Wehrmacht auch einbezogen worden sei. Die Abschiebung von Juden in das russische Gebiet vollziehe sich nämlich nicht so anstandslos, wie es anscheinend erwartet wurde. Praktisch gesprochen gehe die Sache so vor sich, daß z. B. an einem stillen Ort im Walde tausend Juden über die russische Grenze abgeschoben würden; 15 km davon kämen sie wieder zurück, wobei der betreffende russische Befehlshaber den deutschen nötigen wolle, den Schub wieder anzunehmen. Da es sich um eine außenpolitische Frage handele, sei das O.K.W. nicht imstande, dem Generalgouverneur[1]) in der Sache Weisungen zu geben. Kapitän Bürkner werde sich mit dem Bearbeiter im Auswärtigen Amt in Verbindung setzen. Generaloberst Keitel bat mich, für einen guten Verlauf dieser Rücksprache zu sorgen.

gez. WEIZSÄCKER

---

1) Reichsminister Dr. Hans Frank.

Nr. 117

Film 103, S. 111 835

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 5. Dezember 1939

St. S. Nr. 950

Generaloberst Keitel sprach mich heute telefonisch darauf an, daß die russische Wunschliste wegen Lieferung deutscher Produkte immer umfangreicher und unbescheidener würde. Die Verhandlungen mit den Russen müßten sich dementsprechend immer schwieriger gestalten. Z. B. wollen die Russen Werkzeugmaschinen für die Herstellung von Munition haben, während das O. K. W. derartige Werkzeugmaschinen im jetzigen Kriegszustand unter keinen Umständen entbehren könne. Hinsichtlich der Luft- und Marine-Kriegsmaterial-Lieferungen stünde es ähnlich.

Ich habe dem Generalobersten Keitel bestätigt, daß auch das Auswärtige Amt die Absicht habe, der russischen Begehrlichkeit einen Riegel vorzuschieben. Wir seien uns über den Weg noch nicht ganz klar, ob in Moskau oder hier durch den Russischen Botschafter. Auch müsse der Herr Reichsaußenminister noch unterrichtet werden.

Zum Schluß erklärte sich Generaloberst Keitel bereit, entweder durch den General Thomas oder durch eigene Teilnahme eine etwa nötige Besprechung zu fördern.

gez. WEIZSÄCKER

Nr. 118

Film 103, S. 111 836—111 837

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts
an die Deutsche Botschaft in Moskau

Telegramm

e. o. Pol. VI 2714 Ang. III
BERLIN, den 6. Dezember 1939

Diplogerma
Moskau
Nr. 1003

Im Anschluß an Schrifterlaß Pol. VI 2651 Angabe II

In Ergänzung Runddrahterlasses vom 2. Dezember[1]) erging heute folgender weiterer Runderlaß an sämtliche wichtigen Missionen:

Bitte bei Gesprächen über finnisch-russischen Konflikt folgende weiteren Gesichtspunkte verwerten:

Noch vor wenigen Wochen ist Finnland im Begriff gewesen, sich mit Rußland zu einigen, was bei kluger finnischer Politik sich hätte durchführen lassen. Anrufung Völkerbunds[2]) durch Finnische Regierung ist ungeeignetstes Mittel, Krise zu lösen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß englischer Einfluß auf Finnische Regierung — zum Teil auch über skandinavische Hauptstädte sich auswirkend — Finnische Regierung zur Ablehnung russischer Vorschläge bestimmt und damit jetzigen Konflikt herbeigeführt hat. Schuld Englands an russisch-finnischem Konflikt ist besonders zu betonen.

Deutschland ist an diesen Ereignissen unbeteiligt. In Gesprächen ist Sympathie mit russischem Standpunkt Ausdruck zu geben. Jede Sympathieäußerung für finnischen Standpunkt bitte ich zu unterlassen.

Schluß der Drahtweisung.

WEIZSÄCKER

---

1) Dokument Nr. 115.
2) 3. Dezember 1939.

Nr. 119

Film F 18, S. 395—393

Aufzeichnung des Reichsaußenministers

RAM Nr. 60

BERLIN, den 11. Dezember 1939

I. Ich bat den russischen Botschafter, mich heute um 17.00 Uhr aufzusuchen.

Zu Beginn unserer Unterredung wies ich Herrn Schkwarzew auf die Unzweckmäßigkeit der gestern von der Tass-Agentur verbreiteten Meldung über angebliche Waffenlieferungen durch Deutschland nach Finnland hin. Ich betonte hierbei, daß diese Meldung bereits gestern von deutscher Seite dementiert worden sei. Um so mehr müsse ich bedauern, daß diese augenscheinlich von englischer Seite über Schweden lancierte Meldung, die lediglich dazu bestimmt sei, Unfrieden zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu stiften, in so hervortretender Weise von der amtlichen russischen Agentur übernommen wurde.

Hinsichtlich des Waffengeschäfts mit Finnland machte ich ihm folgende Vorschläge:

1. Deutschland habe vor Beginn der Feindseligkeiten im vergangenen Sommer mit Finnland Lieferung gewisser Flakgeschütze gegen

Nickellieferungen aus Finnland vereinbart. Nach dem Beginn der Feindseligkeiten seien weitere Lieferungen unterblieben.

2. Die italienische Regierung habe im Oktober angefragt, ob Deutschland bereit sei, den Durchtransport von 50 Flugzeugen nach Finnland zu gestatten. Damals war noch nicht vorauszusehen, daß zwischen Rußland und Finnland Kriegsmaßnahmen bevorstehen würden. Die deutsche Regierung habe infolgedessen wohl den Transport auf dem Luftwege abgelehnt, jedoch gegen einen Transport auf dem Eisenbahnweg keine Bedenken erhoben. Die italienische Regierung sei jedoch auf diese Angelegenheit nicht zurückgekommen und es seien weder von italienischer noch von finnischer Seite Anträge auf Durchfahrgenehmigung für Flugzeuge gestellt worden.

3. Vor einiger Zeit sei der Antrag gestellt worden, gewisses, für Finnland bestimmtes Kriegsmaterial von Belgien durch Deutschland zu transportieren. Auch dieser Antrag sei abgelehnt worden.

Ich bäte nun den russischen Botschafter, seine Regierung von Vorstehenden zu informieren und darauf hinzuweisen, daß mit Veröffentlichungen wie der erwähnten Tass-Meldung lediglich das Spiel Englands getrieben werde. England stehe hinter Finnland, und nach mir vorliegenden Informationen sei auch England verantwortlich für das Scheitern der russisch-finnischen Verhandlungen im vergangenen November. Ich wäre dankbar, wenn die russische Regierung die Tass-Agentur veranlassen würde, in Zukunft vor der Hinausgabe solcher Meldungen entweder mit der Deutschen Botschaft in Moskau oder mit Berlin vorher Fühlung zu nehmen, damit solche unangenehmen Vorfälle vermieden würden.

Der russische Botschafter zeigte Verständnis für meine Auffassung und versprach, seiner Regierung entsprechend zu berichten.

II. Ich sprach alsdann den russischen Botschafter auf die von der russischen Handelsdelegation vorgebrachten weitgehenden Wünsche auf militärische Lieferungen an. Ich wolle vorausschicken, daß ich Anweisung gegeben habe, den russischen Wünschen in jeder denkbaren Weise bis an die Grenze des Möglichen entgegenzukommen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß sich Deutschland im Krieg befinde und daß gewisse Dinge einfach nicht möglich seien. Wie mir inzwischen mitgeteilt worden sei, habe man inzwischen eine neue Basis gefunden, auf Grund derer demnächst in Moskau zwischen der zurückgekehrten russischen Delegation und unseren Unterhändlern die weiteren Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden können. Ich bitte aber den russischen Botschafter, in Moskau darauf hinzuweisen, daß von deutscher Seite das Menschenmögliche getan worden sei und daß man darüber hinaus nicht gehen könne.

Der russische Botschafter versprach, in diesem Sinne nach Moskau zu berichten und hob hervor, daß selbstverständlich von russischer Seite alle militärischen Informationen, die die russische Delegation hier erhalten habe, geheim gehalten würden.

Ich erklärte dem russischen Botschafter, daß wir volles Vertrauen in die russischen Zusagen setzten, man müsse aber auf russischer Seite verstehen, daß wir gewisses Material während des Krieges nicht liefern könnten.

gez. RIBBENTROP

Nr. 120

Film 34, S. 24 140—24 145

Aufzeichnung des Gesandten Dr. Schnurre, Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts

W 1027/40 g. Rs.

Geheime Reichssache

Aufzeichnung
über das am 11. Februar 1940 unterzeichnete deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen.

Das Abkommen beruht auf dem in der Präambel zitierten Briefwechsel zwischen dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen und dem Herrn Präsidenten des Rats der Volkskommissare Molotow vom 28. September 1939[1]). Das Abkommen stellt eine erste große Etappe zur Verwirklichung des von beiden Seiten vorgesehenen Wirtschaftsprogramms dar, der weitere folgen sollen.

1) Das Abkommen umfaßt einen Zeitraum von 27 Monaten: die sowjetischen Leistungen, die innerhalb von 18 Monaten zu machen sind, werden durch deutsche Gegenlieferungen innerhalb von 27 Monaten kompensiert. Dadurch ist der schwierigste Punkt des Briefwechsels vom 28. September 1939, daß die sowjetischen Rohstofflieferungen durch deutsche industrielle auf längere Zeit[2]) zu erstreckende Lieferungen kompensiert werden sollen, in unserem Sinne geregelt. Es war dies nicht ohne einen harten Kampf möglich. *Die Endlösung brachte erst die persönliche Botschaft des Herrn* Reichsaußenministers an Stalin. Die Regelung 18 und 27 Monate stellt insofern eine Kompromißlösung dar, als schon vorher in bestimmten Zeitabständen, nämlich alle 6 Monate, ein Ausgleich entsprechend dem festgesetzten proportionalen Verhältnis der beider-

seitigen Warenlieferungen zueinander stattfinden muß. Findet dieser Ausgleich nicht statt, bleiben also insbesondere die deutschen Gegenlieferungen hinter dem vertraglich festgesetzten proportionalen Verhältnis zu den sowjetischen Lieferungen zurück, so ist die Gegenseite berechtigt, mit ihren Lieferungen zeitweilig auszusetzen, bis das festgesetzte proportionale Verhältnis wieder erreicht ist. Diese Regelung ist störend, konnte aber von uns nicht ausgeschaltet werden, da Stalin sie sich in den Schlußbesprechungen selbst zu eigen gemacht hatte.

2) Die sowjetischen Leistungen.

Die Sowjet-Union liefert uns nach dem Abkommen innerhalb der ersten 12 Monate Rohstoffe im Werte von
rund . . . . . 500 Mill. RM

dazu kommen die sowjetischen Rohstofflieferungen, die im Kreditabkommen vom 19. 8. 1939 für den gleichen Zeitraum vorgesehen sind mit
rund . . . . . 100 „ „

die wichtigsten Rohstoffe sind:

1 000 000 to	Futtergetreide und Hülsenfrüchte im Werte von	120 Mill. RM
900 000 to	Erdöl im Werte von etwa	115 „ „
100 000 to	Baumwolle im Werte von rund	90 „ „
500 000 to	Phosphate	
100 000 to	Chromerz	
500 000 to	Eisenerz	
300 000 to	Schrott u. Roheisen	
2 400 kg	Platin, Manganerz, Metalle, Holz und zahlreiche andere Rohstoffe.	

Dazu kommt ferner die sowjetische Rohstoffausfuhr nach dem Protektorat, die nicht in das Abkommen eingegliedert ist, mit etwa . . . . . 50 „ „

so daß die reinen Warenlieferungen der Sowjet-Union im ersten Vertragsjahr mit insgesamt . . . . . 650 „ „

angesetzt werden können. Dazu kommen wichtige sonstige Lei-

stungen. Die Sowjet-Union hat uns auf Grund des Briefwechsels vom 28. September 1939 das Recht des Transits von und nach Rumänien, dem Iran und Afghanistan und den Ländern des Fernen Ostens zugestanden[3]), was besonders wichtig im Hinblick auf die deutschen Sojabohnenbezüge aus Mandschukuo ist. Die Frachtsätze der transsibirischen Bahn sind für Sojabohnen um 50% herabgesetzt worden. Die Transitfrachten sind im Clearing zu verrechnen und machen schätzungsweise einen Betrag von 100 Mill. RM aus.

Es kann unter Hinzurechnung gewisser anderer Posten (Clearinganteil bei Einkauf von Rohstoffen durch die Sowjet-Union in dritten Ländern) damit gerechnet werden, daß insgesamt rund 800 Mill. RM sowjetischer Lieferungen und Leistungen[2]) in den ersten 12 Monaten erfolgen.

3) Für das zweite Vertragsjahr ist bisher nur ein Teil der sowjetischen Lieferungen festgelegt worden. Die Sowjet-Union wird Deutschland in den ersten 6 Monaten des zweiten Vertragsjahres für 230 Mill. RM Rohstoffe der gleichen Art wie im ersten Vertragsjahr liefern. Es ist in Aussicht genommen, rechtzeitig vor Ablauf des ersten Vertragsjahres neue Verhandlungen aufzunehmen und den Umfang des Warenaustauschs für das zweite Vertragsjahr zu vervollständigen und noch über den Umfang des ersten Vertragsjahres hinaus zu steigern.

4) Die deutschen Lieferungen umfassen industrielle Erzeugnisse, industrielle Verfahren und Anlagen und Kriegsgerät. Die sowjetischen Lieferungen der ersten 12 Monate sind von uns in 15 Monaten zu kompensieren. Die sowjetischen Lieferungen der ersten 6 Monate des zweiten Vertragsjahres (13. bis 18. Monat) sind von uns in 12 Monaten (vom 16. bis 27. Monat) zu kompensieren.

5) Unter den sowjetischen Lieferungen befinden sich innerhalb der ersten 18 Monate 11 000 to Kupfer, 3000 to Nickel, 950 to Zinn, 500 to Molybdän, 500 to Wolfram, 40 to Kobalt. Diese Metallieferungen sind für die Durchführung der deutschen Gegenlieferungen nach der Sowjet-Union bestimmt. Da diese Metalle nicht sofort[2]) in Deutschland zur Verfügung stehen, sondern erst im Laufe des Vertrags geliefert werden, wird es notwendig sein, zur Überbrückung der Anlaufzeit Metalle aus eigenen Beständen für die deutschen Lieferungen nach der Sowjet-Union zu verwenden und diese aus den hereinkommenden sowjetischen Metallieferungen zu ersetzen. Eine andere Regelung, wie die von uns zuerst verlangte Vorlieferung der Metalle war nicht zu erreichen.

Die Sowjet-Union hat sich ferner bereit erklärt, für uns als Käufer von Metallen und Rohstoffen im dritten Auslande aufzutreten. In-

wieweit diese Zusage angesichts der verstärkten englischen Gegenmaßnahmen realisiert werden kann, läßt sich zur Zeit nicht übersehen. Da Stalin selbst wiederholt eine großzügige[2]) Hilfe in dieser Richtung zugesagt hat, kann erwartet werden, daß von Sowjetseite alle Anstrengungen gemacht werden.

6) Die Verhandlungen waren schwierig und langwierig. Der Grund dafür lag im Sachlichen und im Psychologischen. Die Sowjetregierung ist in ihren Lieferzusagen zweifellos über das vom rein wirtschaftlichen Standpunkt Vertretbare hinausgegangen und muß die Lieferungen an Deutschland teilweise zu Lasten ihrer eigenen Versorgung durchführen. Andererseits legt die Sowjetregierung begreiflicherweise Wert darauf, als Kompensation das zu erhalten, was in der Sowjet-Union fehlt. Da die Sowjet-Union keinerlei Verbrauchsgüter einführt, betrafen ihre Wünsche ausschließlich Produktionsgüter und Kriegsgerät. So treffen in zahlreichen Fällen sowjetische Engpässe mit deutschen Engpässen zusammen, z. B. bei Werkzeugmaschinen für die Herstellung von Artilleriemunition. Den Ausgleich der beiderseitigen Interessen zu finden, war nicht leicht. Psychologisch fiel das stets vorhandene Mißtrauen der Russen ins Gewicht und die Angst vor jeder Verantwortung. Auch Volkskommissar Mikojan mußte zahlreiche Fragen an Stalin persönlich heranbringen, da seine Machtbefugnisse nicht ausreichten.

Trotz aller Schwierigkeiten kam in den langen Verhandlungen immer wieder der Wille der Sowjetregierung zum Ausdruck, Deutschland zu helfen und die politische Verständigung auch wirtschaftlich breit zu untermauern.

Das Abkommen bedeutet für uns das weit geöffnete Tor im Osten. Die Rohstoffbezüge aus der Sowjet-Union und aus den an die Sowjet-Union angrenzenden Ländern lassen sich noch ganz beträchtlich steigern. Notwendig ist die Erbringung der deutschen Gegenleistung im erforderlichen Ausmaße. In Anbetracht der Größenordnung wird dies einer besonderen Kraftanstrenngung bedürfen. Gelingt es uns, die Ausfuhr nach dem Osten im erforderlichen Ausmaße auszubauen und auszuweiten, so wird durch die hereinkommenden Rohstoffe aus dem Osten die englische Blockade in ihrer Wirkung in entscheidender Weise abgeschwächt.

BERLIN, den 26. Februar 1940 gez. SCHNURRE

---

1) Dokument Nr. 92.
2) In Vorlage unterstrichen.
3) Dokument Nr. 93.

Nr. 121

Film 1379, S. 357 712—357 713

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Ab Berlin am 29. 3. um 4 Uhr 44
An Moskau am 29. 3. um 12 Uhr 50
Diplogerma
Moskau

Telegramm Nr. 543 vom 28. 3.

Für Behördenleiter oder dessen Vertreter persönlich. Verschlußsache. Selbst zu entziffern. Strengst geheim.

Für Herrn Botschafter persönlich. Geheim!

Schon während meines kürzlichen Besuchs in Rom[1]), wobei ich bekanntlich unter anderem die Besserung der italienisch-russischen Beziehungen betrieb, hatte ich ins Auge gefaßt, den bestehenden Plan eines Besuchs von Herrn Molotow in Berlin demnächst zu verwirklichen. Obgleich ich diesen Gedanken nach keiner Seite äußerte, hat doch die englisch-französische Propaganda in richtiger Vermutung meiner Absichten davon als von einer Tatsache gesprochen, in der Hoffnung, so den Plan selbst und damit die weitere Konsolidierung unseres Verhältnisses zu Rußland zu stören. Ich hätte englisch-französische Ausstreuung ohne weiteres dementieren können, verzichtete aber darauf mit Rücksicht auf Molotow. Die russische Presse hat dann ihrerseits ein Dementi gebracht.

Trotzdem habe ich Gedanken eines Besuches von Molotow in Berlin nicht aufgegeben. Ich möchte im Gegenteil daran festhalten und ihn, wenn er sich verwirklichen läßt, in naher Zukunft zur Ausführung bringen. Es versteht sich von selbst, daß die Einladung nicht auf Herrn Molotow beschränkt bleiben soll, vielmehr würde es unserem eigenen Bedürfnis wie auch unserem sich tatsächlich immer mehr befestigenden Verhältnis zu Rußland entsprechen, wenn Herr Stalin selbst nach Berlin käme. Der Führer würde sich nicht nur besonders freuen, Herrn Stalin in Berlin zu begrüßen; er würde auch für einen seiner Stellung und Bedeutung entsprechenden Empfang Sorge tragen und ihm alle in Betracht kommenden Ehren erweisen.

Eine Einladung sowohl an Herrn Molotow wie auch an Herrn Stalin ist von mir bekanntlich in Moskau schon mündlich ausgesprochen worden und wurde von beiden prinzipiell angenommen. In welcher Weise die Einladung nunmehr zu wiederholen und zu einer positiven Aufnahme und Ausführung zu bringen wäre, werden Sie selbst am besten ermessen. Wahrscheinlich werden Sie bei dem zu führenden Gespräch die Einladung an Herrn Molotow bestimmter zu formulie-

ren, die Einladung an Herrn Stalin im Namen des Führers lockerer zu behandeln haben. Natürlich muß vermieden werden, daß wir von Herrn Stalin eine als solche erkennbare Absage erhalten.

Ich bitte Sie, sich vor weiteren Schritten zu Vorstehendem umgehend zu äußern und mir dabei Ihre Meinung über das von Ihnen einzuschlagende Verfahren und dessen Erfolgsaussichten drahtlich zu melden.

RIBBENTROP

---

1) 10. und 11. März 1940.

Nr. 122

Film 1379, S. 357 714—357 716

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

MOSKAU, den 30. 3. 1940

Auswärtig Berlin

Telegramm

Nr. 599 vom 30. 3.

Auf Telegramm Nr. 543 vom 28. 3. Für Herrn Reichsaußenminister persönlich! Strengst geheim!

I. Ich glaube persönlich fest daran, daß Molotow — wie ich dies anläßlich meiner damaligen Anfrage vom 17. 10. (Telegramm Nr. 554)[1]) gemeldet habe — im Bewußtsein seiner Verpflichtung eine Besuchsreise nach Berlin ausführen wird, sobald Zeitpunkt und Umstände hierfür der Sowjetregierung günstig erscheinen. Nach sorgfältiger Prüfung aller mir bekannter Faktoren kann ich jedoch nicht verhehlen, daß ich die Erfolgsaussichten für die Annahme einer Einladung im jetzigen Augenblick als gering betrachte. Diese meine Auffassung beruht auf folgenden Erwägungen:

1. Alle unsere Beobachtungen, insbesondere die Rede Molotows vom 29. 3.[2]) bestätigen, daß die Sowjetregierung entschlossen ist, an der Neutralität im gegenwärtigen Kriege festzuhalten und möglichst alles zu vermeiden, was sie mit den Westmächten in Konflikt bringen könnte. Dies dürfte auch mit ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, daß die Sowjetregierung den Krieg mit Finnland unter Preisgabe der Volksregierung abbrach.

2. Bei dieser Einstellung der Sowjetregierung wird sie befürchten, daß eine solche Demonstration des Verhältnisses der Sowjetunion zu Deutschland wie ein Besuch Molotows oder gar Stalins in Berlin im gegenwärtigen Zeitpunkt mit dem Risiko des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen oder gar kriegerischen Verwicklungen mit den Westmächten verbunden sein könnte.

3. Kennzeichnend für diese Lage ist das dortseits erwähnte Tass-Dementi, das alle Gerüchte über eine angebliche bevorstehende Reise Molotows nach Deutschland mit einer geradezu auffallenden Deutlichkeit und Entschiedenheit in Abrede stellt.

4. Es ist eine feststehende Tatsache, daß Molotow, der noch niemals im Ausland war, starke Hemmungen hat, in einer ihm fremden Umgebung aufzutreten. Dies gilt in gleichem, wenn nicht in noch stärkerem Maße für Stalin. Demnach müßten entweder die Umstände sehr günstig sein oder es müßte schon ein ganz gewichtiger, im sowjetischen Interesse liegender Grund vorliegen, der Molotow beziehungsweise Stalin veranlassen könnte, unter Zurückstellung von Hemmungen und auch innerpolitischen Rücksichten eine solche Reise zu unternehmen. Dazu kommt, daß Molotow, der nicht fliegt, für die Reise mindestens eine Woche brauchen wird, und daß hier eigentlich kein geeigneter Vertreter für ihn vorhanden ist.

II. Wenn somit die Erfolgsaussichten zwar gering erscheinen, so werde ich selbstverständlich alles in meinen Kräften Stehende tun, um den Plan zu verwirklichen zu versuchen, falls er weiter verfolgt werden soll. Ein geeigneter Anknüpfungspunkt für ein unverbindliches Gespräch hierüber wird sich ohne weiteres finden lassen. Aus dem Verlauf der Unterhaltung wird sich ergeben, ob und inwieweit ich das Thema vertiefen kann.

Was die Einladung Stalins anbetrifft, so müßte von vornherein die Möglichkeit eines Treffens an einem Grenzort offen gelassen werden.

SCHULENBURG

---

[1]) Nicht gedruckt.

[2]) Rede auf der Sechsten Session des Obersten Sowjets der UdSSR.

Nr. 123

Film 1379, S. 357 721

Gesandter Dr. Schmidt, Ministerbüro, an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Diplogerma BERLIN ab 13.32 Uhr, 3. April
Moskau MOSKAU an 17.50 Uhr, 3. April
Nr. 570 vom 3. April

Für Behördenleiter oder dessen Vertreter persönlich. Selbst zu entziffern. Verschlußsache. Strengst geheim.

Für Herrn Botschafter persönlich.
Auf Telegramm vom 30. Nr. 599.

Reichsaußenminister bittet zunächst nichts Weiteres zu veranlassen.

SCHMIDT, Gesandter

Nr. 124

Film 354, S. 203 141—203 142

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Erlaß

BERLIN, 7. April 1940[1])

An den Deutschen Botschafter Graf von der Schulenburg, Moskau

Sie erhalten anbei zwei Abdrucke eines Memorandums[2]), das am 9. April morgens 5.20 Uhr deutscher Sommerzeit von unserem Gesandten in Oslo und Kopenhagen[3]) den dortigen Regierungen ausgehändigt wird. Bis zur Durchführung der nachstehend angeordneten Demarche ist das Memorandum und diese Instruktion von Ihnen auf das strengste geheim zu halten und auch keinem anderen Mitglied der Botschaft gegenüber zu erwähnen.

Ich bitte Sie, sich am 9. April vormittags 7 Uhr deutscher Sommerzeit bei Herrn Molotow anzumelden und ihm dann im Laufe des Vormittags einen Abdruck des Memorandums zu überreichen.

Mündlich bitte ich zu unterstreichen, daß wir absolut zuverlässige Nachrichten über einen unmittelbar bevorstehenden Vorstoß englisch-französischer Streitkräfte gegen die norwegische und dänische Küste kätten und daher unverzüglich hätten handeln müssen. Wie sich schon aus dem Memorandum ergäbe, handele es sich um Sicherungsmaßnahmen. Schwedisches oder finnisches Territorium werde von unseren Aktionen keinesfalls berührt.

Die Reichsregierung sei der Ansicht, daß unsere Aktionen auch im Interesse der Sowjetunion lägen, da bei Durchführung des uns bekannten englisch-französischen Planes Skandinavien zum Kriegsschauplatz geworden wäre, und da das aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu einer Wiederaufrollung der finnischen Frage geführt hätte.

Über die Aufnahme Ihres Schrittes bitte ich sofort telegraphisch zu berichten.

RIBBENTROP

---

1) Eingegangen Moskau 9. April.

2) Nicht gedruckt.

3) Dr. Curt Bräuer, Oslo, und Dr. Cecil von Renthe-Fink, Kopenhagen.

Nr. 125

Film 354, S. 203 133

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

Auswärtig
Berlin
Citissime

Tel. Nr. 653 vom 9. 4.

Geheim!

Auf Erlaß vom 7. 4. (durch V. L. R. von Saucken überbracht) und im Anschluß an Tel. Nr. 648[1]) vom 9. 4.

Für den Herrn Reichsaußenminister persönlich.

Weisung heute um 10 Uhr 30 E. Z. bei Molotow ausgeführt. M. erklärte, daß Sowjetregierung für die Deutschland aufgezwungenen Maßnahmen Verständnis habe. Die Engländer wären zweifellos viel zu weit gegangen, indem sie sich über Rechte neutraler Staaten völlig hinweggesetzt hätten. Zum Schluß sagte Molotow wörtlich: „Wir wünschen Deutschland für seine Verteidigungsmaßnahmen vollen Erfolg."

SCHULENBURG

---

1) Nicht gedruckt.

Nr. 126

Film 384, S. 210 958—210 960

Aufzeichnung des Deutschen Botschafters in Moskau

MOSKAU, den 11. April 1940

Tgb.-Nr. A/1833/40

Aufzeichnung

Seit einiger Zeit haben wir bei der Sowjet-Regierung einen deutlichen Umschwung zu unseren Ungunsten feststellen müssen. Auf allen Gebieten sind wir plötzlich auf zum Teil völlig unnötige Widerstände gestoßen; selbst in kleinen Dingen wie Paßvisen hat man angefangen, Schwierigkeiten zu machen; die vertragsmäßig zugestandene Herausgabe der von den Polen ins Gefängnis gesteckten Volksdeutschen ist nicht zu erreichen gewesen; die Ausweisungen der seit langem in sowjetischen Gefängnissen sitzenden Reichsdeutschen

haben plötzlich gestockt; die Sowjetregierung hat ihre bereits gegebenen Versprechungen betreffend die unsere Marine interessierende „Basis Nord" auf einmal zurückgezogen usw. usw. Diese überall bemerkbaren Widerstände haben ihren Höhepunkt in der Einstellung der Petroleum- und Getreidelieferungen[1]) an uns gefunden. Am 5. d. M. habe ich eine lange Unterredung mit Herrn Mikojan gehabt, bei der der Volkskommissar sehr ablehnend gewesen ist. Ich habe die größte Mühe aufbieten müssen, um ihn wenigstens zum teilweisen Nachgeben zu bewegen.

Wir haben uns vergeblich gefragt, was wohl der Anlaß für den plötzlichen Stimmungswechsel bei den Sowjetbehörden sein könnte. Es war doch gar nichts „passiert"! Ich bin auf die Vermutung gekommen, daß das ungeheure Geschrei unserer Feinde und ihre schweren Angriffe auf die Neutralen — darunter insbesondere auf die Sowjet-Union selber — und auf die Neutralität überhaupt nicht ohne Eindruck auf die Sowjetregierung geblieben sind, daß sie gefürchtet hat, durch die Entente zu einem großen Kriege gezwungen zu werden, zu dem sie nicht fähig ist, und daß sie aus diesem Grunde alles hat vermeiden wollen, was den Engländern und Franzosen den Vorwand hätte geben können, der Sowjet-Union unneutrales Verhalten oder gar Parteinahme für Deutschland vorzuwerfen. Mir ist es erschienen, als ob bereits der schnelle Abbruch des finnischen Krieges aus ähnlichen Erwägungen erfolgt ist. Natürlich ist irgendein Beweis für diese Vermutungen nicht zu erbringen gewesen. Immerhin hatte sich die Lage so zugespitzt, daß ich beschlossen hatte, Herrn Molotow aufzusuchen, diese Dinge mit ihm zu besprechen und nach dieser Unterredung das Auswärtige Amt zu verständigen. Deshalb hatte ich bereits am 8. d. M. gebeten, Herrn Molotow aufsuchen zu dürfen, d. h. v o r den skandinavischen Ereignissen. De facto ist der Besuch bei Herrn Molotow erst am 9. vormittags, d. h. n a c h unserer skandinavischen Aktion zustandegekommen. Bei dieser Unterredung hat sich herausgestellt, daß die Sowjetregierung von neuem total umgeschwenkt hatte. Plötzlich ist die Einstellung der Petroleum- und Getreidelieferungen als „Übereifer untergeordneter Organe" (Herr Mikojan ist Stellvertretender Präsident des Rates der Volkskommissare, also die höchste Sowjet-Persönlichkeit nach Herrn Molotow!) bezeichnet worden, die sofort abgestellt werden würde. Herr Molotow war die Liebenswürdigkeit in Person, ging bereitwilligst auf alle unsere Beschwerden ein und versprach Abhilfe. Er hat — und zwar von selbst — eine Anzahl uns interessierender Punkte angeschnitten und deren Erledigung im positiven Sinne mitgeteilt. Ich muß ehrlich sagen, daß ich über den Wechsel völlig verblüfft gewesen bin.

Meines Erachtens gibt es für diesen Umschwung nur eine Erklärung: unsere skandinavische Aktion muß der Sowjet-Regierung eine ungeheure Erleichterung gebracht, ihr sozusagen einen Stein von der Brust gewälzt haben. Worin ihre Sorgen bestanden haben, ist wiederum nicht mit Sicherheit festzustellen. Ich vermute folgendes: Die Sowjet-Regierung ist stets ganz außerordentlich gut unterrichtet. Wenn die Engländer und Franzosen beabsichtigt haben, Norwegen und Schweden zu besetzen, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Sowjet-Regierung diese Pläne gekannt hat. Sie haben ihr offenbar einen furchtbaren Schrecken eingejagt. Die Sowjet-Regierung hat die Engländer und Franzosen bereits an den Ufern der Ostsee erscheinen und die finnische Frage, wie Lord Halifax angekündigt hatte, wieder aufgerollt gesehen; endlich als größten aller Schrecken: die Gefahr, in einen Krieg mit zwei Großmächten hineingezogen zu werden. Diese Angst ist ihr offenbar durch uns genommen worden. Nur so läßt sich die völlig veränderte Haltung des Herrn Molotow verstehen. Der heutige lange und auffallende Artikel in den „Iswestija" über unsere skandinavische Aktion — der ist Ihnen bereits telegrafisch zugegangen — klingt wie ein einziger Schrei der Erleichterung. Jedenfalls aber ist wenigstens im Augenblick hier wieder „alles in Ordnung" und unsere Angelegenheiten laufen so, wie sie laufen sollen.

gez. SCHULENBURG

---

[1]) Sowjetische Entscheidungen gemäß Tel. Nr. 608 vom 1. April (nicht gedruckt). In Handakten des Gesandten Dr. Karl Clodius (Ha Pol Clodius), Rußland, Bd. 3.

Nr. 127

Film 103, S. 112 110

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 13. April 1940 — 22.31 Uhr

Ankunft: den 14. April 1940 — 5.20 Uhr

Nr. 687 v. 13. 4.

Citissime! Geheim.

Molotow bat mich heute zu sich und brachte folgendes zur Sprache:

In der Welt seien hartnäckige Gerüchte im Umlauf, wonach Deutschland demnächst gezwungen sein könnte, Schweden in seine skandinavische Aktion einzubeziehen, insbesondere um weitere Truppentransporte nach Norwegen durchzuführen. Molotow hinzufügte, daß

seines Erachtens Deutschland, bestimmt aber die Sowjetunion an der Aufrechterhaltung der schwedischen Neutralität lebhaft interessiert seien. Er fragte, was an diesen Gerüchten wahr sei.

Ich verwies zunächst auf die ihm von mir am 9. April gemachte Mitteilung, daß unsere Aktion Schweden und Finnland nicht berühren würde, und hinzufügte, daß mir auch nicht das geringste Anzeichen dafür bekannt sei, daß wir schwedisches Territorium in Anspruch nehmen wollten. Trotzdem würde ich seine Frage nach Berlin weitergeben.

Abschließend erklärte Molotow, daß die Sowjetregierung an der Aufrechterhaltung der schwedischen Neutralität großes Interesse habe, ihre Verletzung der Sowjetregierung unerwünscht sei, und daß sie hoffe, daß eine Einbeziehung Schwedens in unsere Aktion nicht erfolgen würde, sofern sich das irgend vermeiden ließe. Erbitte Drahtweisung.

SCHULENBURG

Nr. 128

Film 103, S. 112 111

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm (Reinkonzept)

BERLIN, den 15. April 1940

Diplogerma
Moskau

Sofort!
Geheim!

Nr. 636

Auf Telegramm Nr. 687.

Ich bitte Sie, Herrn Molotow unsere Haltung gegenüber Schweden wie folgt darzulegen:

Wir teilten durchaus die Auffassung der Sowjetregierung, daß Aufrechterhaltung der Neutralität Schwedens sowohl dem deutschen als dem sowjetischen Interesse entspreche. Wie Sie ihm bereits bei Übergabe unseres Memorandums am 9. April mitgeteilt und bei Unterredung am 13. April wiederholt hätten, sei es nicht unsere Absicht, unsere militärische Aktion im Norden auf schwedisches Gebiet zu erstrecken. Wir seien vielmehr entschlossen, die Neutralität Schwedens unbedingt zu respektieren, solange Schweden auch seinerseits strikte Neutralität beobachte und nicht die Westmächte unterstütze.

R. A. M.

Nr. 129

Film 357, S. 203 979—203 980

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Erlaß

BERLIN, den 7. Mai 1940[1])

An den
Deutschen Botschafter
Graf von der Schulenburg
Moskau.

Sie erhalten anbei zwei Abdrucke von zwei Memoranden, die an dem Ihnen von dem Kurier noch mündlich anzugebenden Tag und Stunde[2]) von unseren Gesandtschaften im Haag, Brüssel und Luxemburg den dortigen Regierungen ausgehändigt werden. Bis zur Durchführung der nachstehend angeordneten Demarche sind die Memoranden und diese Instruktion von Ihnen aufs strengste geheimzuhalten und auch keinem Mitglied der Botschaft gegenüber zu erwähnen.

Ich bitte Sie, nach Erhalt dieser Instruktion auf den Abdrucken der anliegenden Memoranden auf der letzten Seite unter den Schriftstücken das Datum des Tages v o r dem Tage, an dem Sie die Abdrucke der dortigen Regierung übergeben, möglichst mit Schreibmaschine, sonst aber auch schließlich mit Tinte einzufügen.

An dem Ihnen von dem Kurier genannten Tage vormittags gegen 7 Uhr deutsche Sommerzeit bitte ich Sie, sich bei Herrn Molotow anzumelden und ihm dann im Laufe des Vormittags zur frühesten ihm genehmen Stunde einen Abdruck der Memoranden zu überreichen. Ich bitte Sie, Herrn Molotow zu sagen, daß die Reichsregierung in Anbetracht der freundschaftlichen Beziehungen Wert darauf lege, die Sowjetregierung über diese Deutschland durch den bevorstehenden englisch-französischen Vorstoß auf das Ruhrgebiet über Belgien und Holland aufgezwungene Aktion im Westen zu unterrichten.

Im übrigen bitte ich Sie, sich der Gesichtspunkte und Argumente zu bedienen, die aus den Memoranden selbst ersichtlich sind.

Über die Aufnahme Ihres Schrittes bitte ich Sie, sofort telegrafisch zu berichten.

RIBBENTROP

---

[1]) Eingegangen Moskau 10. Mai.

[2]) Zwischen 2. und 3. Zeile handschriftliche Eintragung von Graf von der Schulenburg: 10. 5. 40 5 Uhr 45 D(eu)t(sche) S(ommer-) Z(ei)t.

Nr. 130

Film 357, S. 203 978

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm*

Auswärtig

Berlin

Citissime

Tel. Nr. 874 vom 10. 5.[1]) auf Erlaß vom 7. Mai.

Für den Herrn Reichsaußenminister: Weisung bei Molotow ausgeführt. M. nahm Mitteilung verständnisvoll auf und hinzufügte, er begreife, daß Deutschland sich gegen englisch-französischen Angriff schützen müsse. Er zweifele nicht an unserem Erfolge.

SCHULENBURG

---

* Von Botschaftsrat Hilger geschriebenes Konzept in den Moskauer Botschaftsakten; siehe Faksimile Nr. 8.

[1]) Handschriftliche Notiz auf Konzept: ab 10. Mai 18 Uhr.

Nr. 131

Film 384, S. 210 963—210 964

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 29. Mai 1940, 19.10 Uhr

Ankunft: den 29. Mai 1940, 22.10 Uhr

Nr. 1006 v. 29. 5.

Citissime

Auf Telegramm vom 28. Nr. 877[1])

Nachricht über Einverständnis Sowjetregierung mit Entsendung Cripps erscheint glaubwürdig, da Sowjetregierung von jeher Standpunkt eingenommen hat, daß es für sie von Interesse sei, zu erfahren, was britische Regierung ihr zu sagen habe und daß wirtschaftliche Abmachungen mit England neutraler Haltung der Sowjetunion entspräche. Hinzukommt, daß Sowjetunion an dem Bezug von Kautschuk und Zinn aus England im Austausch gegen Holz interessiert ist.

Zu einer Beunruhigung über die Mission Cripps besteht kein Anlaß, da kein Grund vorliegt, an der loyalen Haltung Sowjetunion uns gegenüber zu zweifeln und da unveränderte Einstellung der Sowjet-

---

[1]) W IV 2888 (Nicht gedruckt).

politik gegen England eine Benachteiligung Deutschlands oder lebenswichtiger deutscher Interessen ausschließt. Dafür, daß letzte deutsche Erfolge bei Sowjetregierung Beunruhigung und Angst vor Deutschland ausgelöst hätten, sind hier keinerlei Anhaltspunkte vorhanden. Alle gegenteiligen Behauptungen ausländischer, insbesondere Feindpresse sind krampfhafte Versuche, Mißtrauen zwischen Deutschland Sowjetunion zu säen, angesichts der bedrängten Lage der Alliierten um jeden Preis eine diplomatische Aktivität gegen Deutschland zu entfalten und dies der eigenen Öffentlichkeit gegenüber propagandistisch auszuwerten.

Die Auswahl Cripps als britischen Bevollmächtigten erscheint im Hinblick auf die hiesige Einstellung nicht glücklich, da die Sowjetregierung vorzieht, über wichtige Dinge mit maßgeblichem Vertreter der fremden Regierung zu verhandeln.

Von hier aus gesehen müßte vermieden werden, daß eine Reise von Ritter[2]) und (Gr. verst.) im gegenwärtigen Augenblick als ein Wettrennen mit Cripps erscheint. Die Zweckmäßigkeit der Reise müßte auch unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, ob wir Sowjetregierung etwas Neues zu bieten (fehlt Gruppe).

SCHULENBURG

---

[2]) Dr. Ritter, Botschafter z(u) b(esonderer) V(erwendung).

V. Gegensätze im Ostseeraum und auf dem Balkan, 4. Juni bis 21. September 1940

Film 103, S. 112 206

Nr. 132

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 4. Juni 1940 — 12.25 Uhr[1])
Ankunft: den 4. Juni 1940 — 5.15 Uhr

Nr. 1063 vom 3. 6. Citissime

Molotow mitteilte mir heute, Botschafter von Mackensen habe etwa 25. Mai Sowjet-Geschäftsträger Rom[2]) im Zusammenhang mit anscheinend bevorstehendem Eintritt Italiens in den Krieg erklärt, daß alle Balkanprobleme ohne Krieg gelöst werden sollen, und zwar durch gemeinsames Zusammenwirken von Deutschland, Sowjetunion und Italien.

Molotow bat um Auskunft, ob diese Äußerung Mackensens tatsächlich Auffassung deutscher Reichsregierung und italienischer Regierung wiedergebe. Erbitte Drahtweisung. SCHULENBURG[3])

---

1) Das Telegramm wurde am 4. Juni, 1.30 Uhr, von Moskau abgesandt: Handschriftlicher Zusatz auf dem Konzept in den Moskauer Botschaftsakten (Pol 2 Nr. 3 Balk, Bd. 2); Film 372, S. 208 230.

2) L. Helphand.

3) Randbemerkung von Weizsäckers: Rom Tatbestand.

Film 103, S. 112 208.

Nr. 133

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 6. Juni 1940, 15.55 Uhr
Ankunft: den 6. Juni 1940, 18.30 Uhr

Nr. 1079 vom 6. 6. Citissime!
Auf Telegramm vom 5. Nr. 938[1])

Molotow hatte in der Unterredung am 3. Juni lediglich um eine Information gebeten, ohne Absicht erkennen zu lassen, die Deutsche

oder Italienische Regierung auf irgend etwas festlegen zu wollen. Dagegen ließ er deutlich durchblicken, daß die Sowjetregierung es lebhaft begrüßen würde, wenn Herrn von Mackensens Äußerung nicht nur seine persönliche Meinung, sondern tatsächlich die Auffassung der Deutschen und Italienischen Regierung wiedergebe. Die Frage, wie sich eine etwaige Zusammenarbeit auf dem Balkan zwischen dreien praktisch auswirken würde, ist von Herrn Molotow nicht berührt worden. SCHULENBURG

[1]) RAM 203 (nicht gedruckt).

Nr. 134

Film 1228, S. 334 518—334 519

Das Auswärtige Amt an den Vertreter des Auswärtigen Amts beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren.

Erlaß (Konzept)

BERLIN, den 8. Juni 1940.
zu Pol. V 1581 g
Sofort

Vertraulich! (auch i[n] R[einschrift])

An
den Vertreter des A. A.[1]) beim
Reichsprotektor in Böhmen und
Mähren[2]). Prag.

Auf den Bericht vom 27. 5. 40.
— 5769/D. Pol. 5[3]). —

Betr.: Beabsichtigter Besuch des
Hetmans Skoropadsky beim
Reichsprotektor.

Im Hinblick auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen erscheint es bis auf weiteres[4]) geboten, alles zu vermeiden, was geeignet sein könnte, das Mißtrauen der Sowjetregierung in der ukrainischen Frage zu wecken. Dementsprechend wird vom A. A. Wert darauf gelegt, daß die in Groß-Deutschland vorhandenen ukrainischen Organisationen keine politische Aktivität entfalten. Dies gilt auch für den früheren Hetman Skoropadsky und seine Bewegung. Die Bedeutung der Hetman-Bewegung[5]) ist zwar in letzter Zeit zugunsten der von den zuständigen innerdeutschen Stellen geförderten Ukrainischen Nationalen Vereini-

gung (UNO)[6]) zurückgegangen, doch verfügt der Hetman auch jetzt noch über zahlreiche Anhänger außerhalb Deutschlands, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Kanada, wo einige tausend Ukrainer ihm den Treue-Eid geleistet haben und sein Geschlecht als Dynastie anerkennen.

Das A. A. und die Geheime Staatspolizei stehen mit dem Hetman laufend in Verbindung, der sich Deutschland gegenüber stets loyal verhalten hat. Um ihm und seiner Familie einen standesgemäßen Lebensunterhalt zu sichern, wird ihm neben dem von dem verstorbenen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg im Jahre 1928 ausgesetzten monatlichen Ehrensold vom A. A. laufend eine erhebliche Unterstützung gezahlt. Die Beziehungen zu ihm sind seit einiger Zeit leider dadurch beeinträchtigt, daß der 73jährige Hetman offenbar seine Hauptaufgabe darin erblickt, die anderen ukrainischen Gruppen, insbesondere die oben erwähnte UNO, anzugreifen und zu verdächtigen.

I. A. gez. v. RINTELEN

---

1) Gesandter z. D. Kurt Ziemke.
2) Constantin von Neurath.
3) Nicht gedruckt.
4) Die gesperrten Textstellen sind im Entwurf ausgestrichen.
5) Bund der staatstreuen Hetman-Anhänger
6) Ukraïns'ke Nacional'ne Obednannja.

Nr. 135

Film 432, S. 219 495—219 496

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 11. Juni 1940

Abschrift Pol. VI 1618

Der Litauische Gesandte suchte mich heute auf, um mich über den weiteren Verlauf der Besprechungen mit der Sowjetunion zu unterrichten. Nachdem die Sowjetunion die Frage der Sicherheit der Sowjet-Garnisonen in Litauen aufgeworfen habe und den Vorschlag einer Gemischten Kommission zur Untersuchung der Vorfälle abgelehnt habe, habe die Litauische Regierung von sich aus eine Reihe von Maßnahmen getroffen, von denen sie annahm, daß sie die Sowjetunion hätten befriedigen müssen. Es sei vielleicht zuzugeben, daß der Verkehr der Sowjet-Garnisonen mit der litauischen Bevölkerung zu liberal gehandhabt worden sei. Jetzt seien Absperrungs- und Überwachungsmaßnahmen getroffen, es seien zahlreiche Verhaftungen und Haussuchungen vorgenommen worden usw. Auf den litau-

ischen Vorschlag, den Außenminister[1]) nach Moskau zu entsenden, sei eine Antwort bekanntlich nicht erfolgt. Um so auffallender sei es gewesen, daß dann nicht der Außenminister, sondern Ministerpräsident Merkys nach Moskau bestellt worden sei.

Merkys habe am 7. Juni seine ersten Besprechungen mit Molotow gehabt. Dieser habe ihm schwere Vorwürfe wegen der Sicherheit der Sowjet-Garnisonen gemacht und dabei eine Fülle von Einzelmaterial vorgebracht. Insbesondere habe Molotow immer wieder behauptet, das der Rotarmist Butajeff, der nach litauischer Darstellung Selbstmord begangen hatte, von Litauern erschossen worden sei. Er habe *seiner Unzufriedenheit sehr deutlichen Ausdruck verliehen und* betont, daß das Litauische Innenministerium nicht auf der Höhe seiner Aufgabe sei.

In einer weiteren Besprechung vom 9. Juni sei dann Molotow auf außenpolitische Fragen übergegangen, was auf litauischer Seite die Befürchtungen über den Verlauf der Besprechungen erhöht habe. Molotow habe behauptet, daß ein Militärbündnis zwischen den drei baltischen Staaten bestehe und zum Beweis auf die häufigen Zusammenkünfte der Generalstabschefs der drei Länder und auf sonstige häufige Konferenzen zwischen Persönlichkeiten der baltischen Staaten hingewiesen. Merkys habe geantwortet, daß weder geheime noch offene Abkommen bestünden, die dem Buchstaben oder dem Geiste nach das Abkommen vom 10. Oktober 1939[2]) verletzen könnten. Es bestehe der alte politische Vertrag zwischen den baltischen Staaten[3]), aber kein Militärbündnis. Merkys habe dann selbst den Wunsch geäußert, den Außenminister zu Besprechungen hinzuzuziehen. Dieser sei gestern Nachmittag in Moskau eingetroffen. *Neuere Nachrichten* lägen ihm, Herrn Skirpa, noch nicht vor. In protokollarischer Hinsicht hätte sich alles in sehr höflicher Form abgespielt.

Die Litauische Regierung wisse nach wie vor nicht, worauf die Sowjetunion hinauswolle. Die Litauische Regierung sei bereit, für die Sicherheit der Garnisonen auch noch mehr zu tun, als sie bisher getan habe. Wenn die Sowjetunion jetzt weitergehende politische oder militärische Forderungen stelle, so könne die Litauische Regierung hierfür keine Verantwortung treffen. Das Thema der Beziehungen Litauens zu Deutschland sei bisher bei den außenpolitischen Besprechungen nicht erörtert worden. Es sei aber wohl damit zu rechnen, daß die Sowjetunion auch in dieser Hinsicht Fragen stellen werde. Ich habe hier eingeschaltet, daß ja im deutsch-litauischen Verhältnis nichts vorliege, was der Sowjetunion nicht bekannt sei oder nicht bekannt sein dürfte.

Herr Skirpa fragte, ob wir nicht unseren Botschafter in Moskau mit Erkundigungen beauftragt hätten. Ich habe dies verneint und das weitere Gespräch hierüber mit dem Bemerken abgebogen, daß unser Botschafter sicher von selbst berichten werde.

gez. WOERMANN

---

1) J. Urbšys.

2) Litauisch-sowjetrussischer Beistandspakt.

3) Vertrag zwischen Estland, Lettland und Litauen über Einvernehmen und Zusammenarbeit („Baltischer Vertrag"), 12. September 1934; vgl. Dokument Nr. 143.

Nr. 136

Film 270. S. 175 538

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an die Deutsche Botschaft in Moskau

Telegramm

BERLIN ab 14. Juni 20.45 Uhr
MOSKAU an 14. Juni 23.30 Uhr

Diplogerma

Moskau

Nr. 1003 vom 13. Juni

Für Behördenleiter oder dessen Vertreter persönlich. Strengst geheim. Selbst zu entziffern. Verschlußsache.

Aus Ihnen bekannter streng geheimer Quelle ist uns zur Kenntnis gekommen, daß Sowjetgesandte in Stockholm, Frau Kolontai, letzthin dortigem belgischem Gesandten[1]) gegenüber geäußert hat, europäische Mächte hätten heute gemeinsames Interesse, sich dem deutschen Imperialismus zu widersetzen. Es habe sich gezeigt, daß deutsche Gefahr weit größer sei als man glaubte.

Reichsaußenminister bittet Sie, gelegentlich ohne Preisgabe der Quelle bei Molotow mit leichter Hand die deutschfeindliche Haltung der Gesandtin Kolontai zur Sprache zu bringen.

WEIZSÄCKER

---

1) Prince de Croy.

Nr. 137

Film 103, S. 112 211

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Sonderzug RAM an Diplogerma Moskau Nr. 1007 v. 16. 6. 40.
Auf Telegramm 1063[1]) und 1094[2]).

Ich bitte Sie, die Frage Herrn Molotows in nachstehendem Sinne mündlich zu beantworten:

1. Wie Mackensen auf Rückfrage mitgeteilt hatte, habe er eine so präzise Äußerung wie sie vom sowjetischen Geschäftsträger Rom[3]) der Sowjetregierung berichtet worden sei, nicht abgegeben. Er habe vielmehr in Unterhaltung mit Geschäftsträger zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland und Italien seiner Ansicht nach übereinstimmend daran interessiert seien, daß es auf dem Balkan ruhig bleiben und daß eine Bereinigung der offenen Balkanfrage nach dem Kriege wohl leichter und ohne Anwendung von Gewalt herbeigeführt werden könne.

2. Die Reichsregierung begrüße es, daß sich der Krieg nicht auf dem Balkan ausgebreitet habe. Deutschland sei dort grundsätzlich nicht territorial, sondern nur wirtschaftlich interessiert. Unsere Haltung gegenüber Sowjetunion in dieser Frage sei endgültig und unwiderruflich durch klare Moskau-Abmachung festgelegt.

3. Auch die Haltung Italiens gegenüber dem Balkan sei durch die Rede Mussolinis vom 10. Juni eindeutig dahingehend klargestellt worden, daß Italien nicht die Absicht habe, den Balkan in einen Krieg hineinzuziehen.

RIBBENTROP

---

[1]) Dokument Nr. 132.
[2]) Nicht gedruckt.
[3]) L. Helphand.

Nr. 138

Film 407, S. 214 876—214 877

Das Auswärtige Amt an das Büro des Reichsaußenministers im Sonderzug RAM

Telegramm

BERLIN, den 16. Juni 1940

An Baumschule[1])
für Sonnleit(h)ner

Fernschreiben (Durchschlag).

Unter Bezugnahme auf die durch Fernschreiber dorthin gemeldeten Drahtberichte aus Kaunas Nr. 96 und 97 vom 15. 6.[2])

Litauischer Gesandter[3]) anrief heute gegen 2 Uhr und teilte mit, daß gemäß telephonischer Mitteilung aus Eydtkuhnen Staatspräsident Smetona mit Adjutant und Familienmitgliedern sowie General Rastaikis[4]) (der von Sowjets als Ministerpräsident abgelehnt worden war) und dessen Bruder Oberst Rastaikis nebst Frauen in Eydtkuhnen eingetroffen wären. Gesandter mitteilte ferner, daß wahrscheinlich noch eine Anzahl anderer angesehener litauischer Persönlichkeiten sich an der deutsch-litauischen Grenze aufhielten und nach Deutschland einzureisen wünschten. Einige von ihnen wären gefährdet, wenn sie den Russen in die Hände fielen. Gesandter bat, deutsche Grenzbehörde anzuweisen, diese Persönlichkeiten nach Deutschland einreisen zu lassen. Ihm wurde durch diensttuenden Beamten erwidert, daß er in dieser Angelegenheit selbständig nichts veranlassen könne und anheimgestellt, Antrag am Vormittag zu wiederholen.

Erbitte im Auftrag von UStS Woermann Weisung, wie Antrag Litauischen Gesandten zu behandeln. Es erhebt sich insbesondere Frage, ob bisherigem Innenminister Skucas und bisherigem Direktor Staatsschutzdepartements Powelaitis[5]), welche gemäß Punkt 1 sowjetischen Ultimatums[6]) vor ein Gericht gestellt werden sollen. Einreisegenehmigung erteilt werden kann. Powelaitis, dessentwegen bereits durch Fernschreiben dort angefragt wurde, hat bei Bekämpfung polnischer Umtriebe loyal mit deutschen Behörden zusammengearbeitet.

Nachtdienst Pol. Abt.

[gez.] WELCK[7])

---

[1]) Deckname für Sonderzug RAM.
[2]) Beide nicht gedruckt.
[3]) K. Skirpa.
[4]) Brigadegeneral St. Raštikis.
[5]) Powilaitis, Leiter des Departements der politischen Polizei.
[6]) 14. Juni 1940.
[7]) Legationsrat Freiherr von Welck.

Nr. 139

Film 407, S. 214 887

Aufzeichnung des Auswärtigen Amts

Aufzeichnung

Das Oberkommando der Wehrmacht (Oberst von Geldern) teilt mit, es habe von der Abwehrstelle Königsberg folgende Meldung erhalten:

Heute nacht um 3 Uhr habe Präsident Smetona mit Familie und Begleitung die grüne Grenze überschritten. Er habe den litauischen

Garnisonen Mariampol und Tauroggen den Befehl erteilt, sich in voller Ausrüstung und Bewaffnung über die Grenze nach Deutschland zu begeben.

Das Oberkommando der Wehrmacht bittet um Stellungnahme, wie man sich zu verhalten habe, wenn die litauischen Truppen, die anscheinend noch nicht eingetroffen seien, die Grenze überschreiten wollten.

BERLIN, den 16. Juni 1940

gez. von KESSEL[1])

---

[1]) Legationsrat von Kessel.

Nr. 140

Film 407, S. 214873

Der Reichsaußenminister an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Telegramm (Konzept)

Ref.: LR. Frhr. v. d. Heyden-Rynsch.

BERLIN, den 16. Juni 1940

Baumschule Nr. 56 vom 16. 6., 11 Uhr 15 Min.

Fernschreiben-Staatssekretär.

1. Ich habe bereits über die Gestapo veranlaßt, daß der über die grüne Grenze getretene litauische Staatspräsident Smetona mit Familie und sonstigen Funktionären interniert werde. Dies geschieht durch die geheime Staatspolizei.

2. Bei etwaigen Ersuchen litauischer Truppenteile um Übertritt über die deutsche Grenze kann diesem Ersuchen stattgegeben werden. Die Truppen sind zu entwaffnen und ebenfalls zu internieren.

3. Nachrichtlich wird noch mitgeteilt, daß ein litauischer Oberst Grenzübertritt eines Regiments angeboten habe. Es wird ersucht, daß die Entwaffnung und Internierung der etwa übertretenden litauischen Soldaten durch die Wehrmacht im Einvernehmen mit der Grenzpolizei vorgenommen wird. Ich bitte, im Einvernehmen mit der Staatspolizei die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die in Frage kommenden Grenzstationen sofort informiert werden.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Grenzübertritte nur auf Ersuchen der Litauer zu gestatten sind, und daß unsererseits nichts getan wird, um solchen Ersuchen Vorschub zu leisten.

Diese Mitteilung ist sofort auf kürzestem Wege mündlich und schriftlich an das OKW mit der Bitte um weitere Veranlassung weiterzuleiten.

RIBBENTROP

Vermerk. Die Übermittlung an das OKW ist weisungsgemäß umgehend erfolgt. Gleichzeitig ist das OKW gebeten worden, dafür Sorge zu tragen, daß über jeden Fall eines Grenzübertritts litauischer Truppenteile dem Auswärtigen Amt sofort Mitteilung gemacht wird.

gez. v. d. HEYDEN-RYNSCH

Nr. 141

Film 407, S. 214 886

Aufzeichnung des Auswärtigen Amts

Ref.: LR. Frhr. v. d. Heyden-Rynsch

LS. von Grote
Pol. I M 6560 g[1])

BERLIN, den 16. Juni 1940

Geheim!

Aufzeichnung (Konzept)

OKW — Ausland —, Major Krummacher, übermittelt um 11.35 Uhr folgendes:

„Führerentscheid

1. Wenn litauische Truppen über die ostpreußische Grenze übertreten, sind sie zu entwaffnen. Weitere Entscheidung, was mit ihnen werden soll, ist abzuwarten.

2. Zurzeit kehren einige deutsche Truppenteile nach Ostpreußen in ihre Garnisonen zurück. Sie sind angewiesen, keine Übungen zu machen und alles zu vermeiden, was so aussehen könnte, als ob diese Rückkehr mit den Ereignissen in Litauen irgendwie in Zusammenhang stände.

Dies zur Unterrichtung, damit etwaige Anfragen von sowjetrussischer Seite sofort in diesem Sinne beantwortet werden können."

gez. von GROTE

[An] Büro RAM mit der Bitte um sofortige Durchgabe.

---

[1]) Referat Pol I M (Militärfragen, Rüstungsfragen, Landesverteidigung) war die Verbindungsstelle des A. A. zum OKW und den drei Wehrmachtteilen.

Nr. 142

Film 407, S. 214 861

Dr. Sonnleithner, Büro RAM, Sonderzug, an Gesandten von Grundherr, Auswärtiges Amt

Telegramm

Telegramm Baumschule Nr. 57 vom 16. 6.

Fernschreiben über Ministerbüro
an Herrn von Grundherr[1])

RAM bittet Sie um baldmöglichste Vorlage eines Berichtes, ob in den Baltischen Staaten eine Tendenz festzustellen sei, sich an das Reich anzulehnen oder ob ein Versuch zu einer Blockbildung unternommen wurde. Um Vorlage Ihres Berichtes durch Fernschreiber wird gebeten.

SONNLEITHNER[2])

---

[1]) Gesandter Dr. von Grundherr, Leiter des Referats Pol VI: Skandinavien und Randstaaten.

[2]) Legationsrat Dr. Sonnleithner, Büro RAM.

Nr. 143

Film 407, S. 214 862—214 864

Gesandter von Grundherr, Auswärtiges Amt, an das Büro RAM

Bericht (Konzept)

BERLIN, den 17. Juni 1940

An

Büro RAM

zur Weiterleitung an Baumschule mit Fernschreiber.

An Baumschule.

Auf Telegramm Baumschule Nr. 57 vom 16. Juni 1940

I. Die Zusammenarbeit der baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen gründet sich auf den für 10 Jahre abgeschlossenen Verständigungs- und Zusammenarbeitsvertrag dieser drei Staaten vom 12. September 1934. Außerdem haben Lettland und Estland am 1. November 1923 ein Verteidigungsbündnis miteinander abgeschlossen. In der Praxis bestand die politische Zusammenarbeit im wesentlichen in halbjährigen Außenminister- und in gemeinsamen Pressekonferenzen; zudem gab es innerhalb der baltischen Entente häufig mancherlei Mißstimmungen und Rivalitäten. An der für

Litauen wichtigen Memel- und Wilnafrage hatten sich Lettland und Estland ausdrücklich desinteressiert. Die jetzt russischerseits aufgestellte Behauptung, Litauen sei dem estnisch-lettischen Militärbündnis beigetreten, entbehrt nach den hier vorliegenden Nachrichten jeder Grundlage. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der drei Staaten hat trotz mancher Bemühungen in den letzten Jahren angesichts der sehr ähnlichen Wirtschaftsstrukturen dieser Länder keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Eine engere Zusammenarbeit der baltischen Staaten mit antirussischer Tendenz hat seit Abschluß der sowjetrussischen Beistandspakte mit den baltischen Ländern im September—Oktober 1939 nicht stattgefunden. Die drei baltischen Regierungen waren sich angesichts der Besetzung ihrer Länder mit sowjetrussischen Truppen der Gefahren einer solchen Politik bewußt.

II. Aus demselben Grund kann von einer außenpolitischen Anlehnung der baltischen Staaten an Deutschland in den letzten Monaten nicht gesprochen werden. Die Litauische Regierung ist sich allerdings bis in die letzten Tage wohl nicht ganz klar darüber gewesen, ob wir uns an Litauen politisch völlig desinteressiert hätten oder nicht, so daß in manchen Kreisen, z. B. beim hiesigen Litauischen Gesandten, vielleicht noch eine gewisse Hoffnung bestand, Deutschland würde bei weiteren russischen Forderungen in Moskau für Litauen ein gutes Wort einlegen, obwohl unsererseits zu einer solchen Auffassung selbstverständlich niemals Anlaß gegeben worden ist.

Dagegen sind seit Kriegsbeginn unsere Wirtschaftsbeziehungen zu den baltischen Staaten sehr intensiviert worden. Über die große kriegswirtschaftliche Bedeutung der baltischen Staaten für das Reich vgl. die anliegende Aufzeichnung von Gesandten Schnurre.

gez. GRUNDHERR

Aufzeichnung von Dr. Schnurre,
Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts

Die wirtschaftliche Bedeutung der drei Baltenstaaten für unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln und kriegswichtigen Rohstoffen ist durch die während des letzten Jahres abgeschlossenen Wirtschaftsverträge mit diesen drei Staaten[1]) sehr erheblich geworden. Wir haben außerdem im Laufe des letzten halben Jahres mit allen drei Staaten Geheimverträge[2]) abgeschlossen, durch die die gesamte Ausfuhr dieser Länder abzüglich des geringen Teils, der nach Rußland geht und abzüglich eines weiteren geringen Teils, der nach neutralen Ländern geht, nach Deutschland gelenkt wird. Das bedeutet bei allen drei Staaten etwa 70 % ihrer gesamten Ausfuhr.

Wertmäßig wird die deutsche Einfuhr aus den drei Baltenstaaten im laufenden Jahr insgesamt rund 200 Millionen RM betragen, die sich auf Getreide, Schweine, Butter, Eier, Flachs, Holz, Sämereien und bei Estland Mineralöl verteilen.

Die Stabilisierung des russischen Einflusses in diesen Gebieten bedeutet für uns eine schwere Gefährdung dieser für uns notwendigen Zufuhren. Einmal werden die Russen alles daran setzen, die Rohstoffe und insbesondere Nahrungsmittel im Lande zu behalten und für sich zu verwerten. Andererseits werden sie, wenn ein Teil weiter nach Deutschland geht, ganz andere Forderungen hinsichtlich der zu liefernden deutschen Erzeugnisse stellen, als dies bisher die Baltenstaaten taten, so daß praktisch daran die Fortsetzung des bisherigen Warenaustausches scheitern wird. Die Lieferwünsche der Baltenstaaten konnten von uns sehr viel leichter erfüllt werden, in vielen Fällen konnten diese Staaten unter dem Druck der Verhältnisse auch auf später vertröstet werden.

Demgegenüber sind die wirtschaftlichen Interessen der Sowjet-Union in den drei Baltenstaaten von untergeordneter Bedeutung. Die Sowjet-Union hat sich nur etwa 10 % des Außenhandels dieser Länder durch ihre kürzlich abgeschlossenen Verträge sichern können.

BERLIN, den 17. Juni 1940.

gez. SCHNURRE

---

[1]) Abkommen mit Litauen, 20. Mai 1939; mit Estland, 24. Juni und 7. Oktober 1939; mit Lettland, 21. Dezember 1939.

[2]) Geheime Abkommen mit Lettland, 15. Dezember 1939; mit Estland, 6. März 1940; mit Litauen, 17. April 1940 (Daten nach den Akten der Handelspolitischen Abteilung des A. A.).

Nr. 144

Film 407, S. 214 849

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an alle Missionen

Rundtelegramm (Konzept)

BERLIN, den 17. Juni 1940
Pol. VI 1673

Rundtelegramm an alle Missionen

Zur Information und Regelung der Sprache

Kampflos durchgeführte Verstärkung russischer Truppen in Litauen, Lettland und Estland und von Russischer Regierung angestrebte Umbildung Regierungen baltischer Staaten zwecks vertrauensvollerer Zu-

sammenarbeit mit Sowjetunion ist Angelegenheit Rußlands und baltischer Staaten. Angesichts unserer unverändert freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion liegt daher für uns kein Grund zu Nervosität vor, wie zum Teil ausländische Presse sie in nur zu durchsichtiger Weise uns zu unterstellen bemüht ist.

Bitte in allen Gesprächen sich jeder Äußerung zu enthalten, die als Parteinahme gewertet werden könnte.

Empfangsbestätigung.

WEIZSÄCKER

Nr. 145

Film 103, S. 112 228

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 18. Juni 1940 1.40 Uhr

Ankunft: 18. Juni 1940 4.00 Uhr

Nr. 1167 vom 17. 6.

Citissime!

Molotow bat mich heute abend zu sich und aussprach mir wärmste Glückwünsche der Sowjetregierung zu dem glänzenden Erfolg der deutschen Wehrmacht. Anschließend informierte mich Molotow über das Vorgehen der Sowjetunion gegen Baltenstaaten. Er verwies auf die in der Presse veröffentlichte Begründung und hinzufügte, daß es notwendig gewesen sei, allen Intrigen ein Ende zu setzen, mit denen England und Frankreich in den Baltenstaaten versucht hätten, Zwietracht und Mißtrauen zwischen Deutschland und Sowjetunion zu säen.

Zu den Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung habe Sowjetregierung neben dem dort akkreditierten Sowjetgesandten folgende Sonderemissäre entsandt: Nach Litauen: Stellvertretenden Außenkommissar Dekanosow, nach Lettland: Stellvertreter Ministerrats[1]) Wyschinski, nach Estland: Gauleiter von Leningrad Shdanow.

In Verbindung mit der Flucht Smetonas und der Möglichkeit des Übertritts litauischer Heeresteile, erklärte Molotow, daß litauische Grenze offensichtlich unzureichend bewacht sei. Die Sowjetregierung werde daher — falls die litauische Regierung darum bitte — sie bei Bewachung der Grenze unterstützen.

SCHULENBURG

---

1) *i. e.*, Stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare.

Nr. 146

Film 103, S. 112 240—112 241

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 23. Juni 1940, 21 Uhr 26

Ankunft: 23. Juni 1940, 23 Uhr 20

Nr. 1205 v. 23. 6.

Citissime

Auf Telegramm vom 22., Nr. 1065[1]) und im Anschluß an Telegramm vom 21., Nr. 1195[2])

Molotow abgab mir heute nachstehende Erklärung: Lösung Bessarabien-Frage gestatte nunmehr keinen weiteren Aufschub. Sowjetregierung anstrebe nach wie vor Lösung auf friedlichem Wege, sei aber entschlossen, Gewalt anzuwenden, falls rumänische Regierung friedliche Einigung ablehne. Sowjetischer Anspruch erstrecke sich auch auf Bukowina, die ukrainische Bevölkerung habe.

Zur Begründung angab Molotow, daß, obwohl seit seiner Erklärung vor dem Obersten Rat[3]) viel Zeit verflossen sei, Rumänien nichts unternommen habe, um Lösung Bessarabien-Frage herbeizuführen. Daher müßte jetzt etwas geschehen.

Ich habe Molotow erklärt, daß dieser Entschluß der Sowjetregierung mir unerwartet komme. Ich sei der Ansicht gewesen, daß die Sowjetregierung ihre — von uns nicht bestrittenen — Ansprüche auf Bessarabien aufrechterhalte, jedoch zu ihrer Verwirklichung nicht selbst den Anstoß geben würde. Ich hätte die Befürchtung, daß außenpolitische Schwierigkeiten Rumäniens, das uns zur Zeit kriegs- und lebenswichtige Rohstoffe in sehr großer Menge liefere. zu einer schweren Beeinträchtigung der deutschen Interessen führen würde[n]. Ich sagte Molotow, daß ich meiner Regierung sofort berichten würde und ihn bäte, keine entscheidenden Schritte zu unternehmen, bevor nicht meine Regierung zu den Absichten der Sowjetregierung Stellung genommen habe.

Molotow versprach, von meiner Bitte der Sowjetregierung Kenntnis zu geben, betonte jedoch ausdrücklich, daß die Sache außerordentlich eilig sei. Molotow hinzufügte, die Sowjetregierung rechne damit, daß Deutschland die sowjetische Aktion nicht stören, sondern unterstützen würde. Sowjetregierung würde ihrerseits alles tun, um die deutschen Interessen in Rumänien zu wahren.

Erbitte hiernach unverzüglich Drahtweisung. Ich darf an die zahlreichen, in Bessarabien und der Bukowina ansässigen Volksdeutschen erinnern, für die in irgendeiner Weise Vorsorge getroffen werden müßte.

SCHULENBURG

---

1) Pol. IV 2015 (nicht gedruckt).

2) Nicht gedruckt.

3) Bericht Molotows über die Außenpolitik der Sowjetunion vor dem Obersten Sowjet der UdSSR am 29. März 1940.

Nr. 147

Film 103, 112 244—112 245

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm
(offen)

MOSKAU, den 24. Juni 1940, 18.50 Uhr
Ankunft: den 25. Juni 1940, 1.00 Uhr

Nr. 1212 vom 24. 6.

Tass verbreitet in Sowjetpresse 23. Juni und vorher Rundfunk 22. Juni folgende Mitteilung:

„In letzter Zeit werden im Zusammenhang mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in den baltischen Ländern verstärkt Gerüchte verbreitet, daß an der litauisch-deutschen Grenze einmal hundert, einmal hundertfünfzig Divisionen konzentriert sind, und daß diese Konzentration der sowjetischen Truppen durch die Unzufriedenheit der Sowjetunion über die Erfolge Deutschlands im Westen hervorgerufen worden sei, daß sie eine Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen erkennbar werden lasse und zum Ziel hätte, auf Deutschland einen Druck auszuüben. Verschiedene Varianten dieser Gerüchte werden in letzter Zeit fast jeden Tag in der amerikanischen, japanischen, englischen, französischen, türkischen und schwedischen Presse wiederholt.

Tass ist bevollmächtigt zu erklären, daß all diese Gerüchte, deren Widersinn auch so in die Augen springt, der Wirklichkeit keineswegs entsprechen. In den baltischen Ländern befinden sich tatsächlich weder hundert noch hundertfünfzig Divisionen, sondern im ganzen nicht mehr als achtzehn bis zwanzig Divisionen, wobei diese Divisionen nicht an der litauisch-deutschen Grenze, sondern in den verschiedenen Bezirken der drei baltischen Republiken zusammengezogen sind und zum Ziel haben, nicht einen „Druck" auf Deutsch-

land auszuüben, sondern die Garantie für die Durchführung des Beistandspaktes der UdSSR mit diesen Ländern zu schaffen.

In verantwortlichen sowjetischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Verbreitung dieser widersinnigen Gerüchte das besondere Ziel verfolgt, einen Schatten auf die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu werfen. Aber diese Herren geben ihre heimlichen Wünsche für die Wirklichkeit aus. Sie sind augenscheinlich nicht fähig, die offensichtliche Tatsache zu verstehen, daß man die gutnachbarlichen Beziehungen, die sich im Ergebnis des Abschlusses des Nichtangriffpaktes zwischen der UdSSR und Deutschland ergeben haben, nicht durch irgendwelche Gerüchte und kleinliche vergiftende Propaganda erschüttern kann, denn diese Beziehungen sind nicht durch Motive wechselnder Konjunktur, sondern durch grundlegende Staatsinteressen der UdSSR und Deutschland begründet."

SCHULENBURG

Nr. 148

Film 103, S. 112 246

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 24. Juni 1940, 18.49 Uhr
Ankunft: den 24. Juni 1924, 20.45 Uhr

Nr. 1213 vom 24. 6.

Im Anschluß an Tel. vom 24. Nr. 1212

Nach Beendigung unserer gestrigen Unterhaltung über Bessarabien (vergl. Tel. 1212 [1205?] vom 23. Juni) ansprach mich Molotow sichtlich*) selbstzufrieden auf Tass-Communiqué vom 22. Juni, worauf ich mich anerkennend äußerte.

Ich vermute aus der Formulierung des Communiqués, daß Stalin selbst der Verfasser ist. Widerlegung zahlreicher im Umlauf befindlicher Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und der Sowjetunion sowie über Truppenansammlungen im Zusammenhang mit sowjetischer Aktion im Baltikum sowie eindeutige Klarstellung deutsch-sowjetischen Verhältnisses dürfte gerade im jetzigen wichtigen Zeitpunkt durchaus unserm Interesse entsprechen. Ebenso klar ist allerdings der weitere Zweck des Communiqués, die deutsch-sowjetische Solidarität als Vorbereitung für die Lösung Bessarabien-Frage zu unterstreichen.

SCHULENBURG

---

*) Am Rande: gekommen ist „sicherlich".

Nr. 149

Film F 19, S. 179—181

Aufzeichnung des Reichsaußenministers

Notiz für den Führer

Das geheime Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 hat folgenden Wortlaut:

(Hier folgt der Text des unter Nr. 55 gedruckten Dokuments.)

Soweit mir erinnerlich, hat sich damals folgendes abgespielt:

Bei der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Ost-Europa wurde bei der Erwähnung des Süd-Ostens Europas von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Bei dieser Gelegenheit wurde von mir mündlich das Desinteressement an der bessarabischen Frage erklärt. Um aber wegen der Möglichkeit von Indiskretionen, mit denen bei dem an sich damals noch völlig ungeklärten deutsch-russischen Verhältnis gerechnet werden mußte, die Anerkennung des russischen Anspruchs auf Bessarabien nicht ausdrücklich schriftlich*) festzulegen, wurde von mir für das Protokoll eine Formulierung allgemeiner Art*) gewählt. Dies geschah in der Weise, daß bei der Erörterung süd-osteuropäischer Fragen ich ganz allgemein erklärte, daß Deutschland an „diesen Gebieten", d. h. also an dem Süd-Osten Europas, politisch*) desinteressiert sei. Das wirtschaftliche Interesse Deutschlands an diesen süd-osteuropäischen Gebieten wurde seinerzeit von mir betont zum Ausdruck gebracht. Dieses entsprach der allgemeinen, vom Führer befohlenen Sprachregelung für Süd-Ost Europa, als auch, wie ich mich erinnere, einer besonderen Weisung des Führers, die ich vor meiner Abreise nach Moskau erhielt und wonach der Führer mich ermächtigte, das deutsche Desinteressement an den Gebieten Süd-Ost Europas, und zwar gegebenenfalls bis Konstantinopel und den Meerengen auch zu erklären. Letzteres kam aber nicht zur Sprache.

gez. R.[1])

BAUMSCHULE, 24. 6. 1940

---

*) In Vorlage unterstrichen.

[1]) Rechts oben auf S. 179 Stempel: Hat dem Führer vorgelegen.

Nr. 150

Film 380, S. 210 475—210 476

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Am 25. Juni 1940, 6 Uhr nachmittags, telephonisch durchgegeben.

Diplogerma

Moskau
Nr. 1074 vom 25. 6.

Citissime!

Für Botschafter persönlich

Ich bitte Sie, sich zu Herrn Molotow zu begeben und ihm folgendes zu sagen:

1. Deutschland steht auf dem Boden der Moskauer Abmachungen. Es ist daher an der Bessarabischen Frage desinteressiert. In diesem Gebiet leben etwa 100 000 Volksdeutsche. Deutschland ist an dem Schicksal dieser Volksdeutschen selbstverständlich interessiert und erwartet, daß die Zukunft dieser Volksdeutschen sichergestellt wird. Die Reichsregierung vorbehält sich, zur gegebenen Zeit über die Frage der Umsiedlung dieser Volksdeutschen, analog der Volksdeutschen in Wolhynien, der Sowjetregierung bestimmte Vorschläge zu machen.

2. Der Anspruch der Sowjetregierung auf die Bukowina ist ein Novum. Die Bukowina war früher österreichisches Kronland und ist stark von Deutschen besiedelt. Deutschland ist am Schicksal dieser Volksdeutschen ebenfalls besonders interessiert.

3. In dem übrigen rumänischen Staatsgebiet hat Deutschland stärkste Wirtschaftsinteressen. Diese umfassen sowohl die Ölgebiete als auch das Agrarland. Deutschland ist daher, wie wir der Sowjetregierung wiederholt mitgeteilt haben, in hervorragendem Maße daran interessiert, daß die Gebiete nicht zum Kriegsschauplatz werden.

4. Bei allem Verständnis für Bereinigung der bessarabischen Frage ist daher die Reichsregierung der Auffassung, daß [von][1]) der Sowjetunion im [Geiste(?)][1]) der Moskauer Abmachungen alles getan werden sollte, um mit der rumänischen Regierung zu einer friedlichen Lösung der bessarabischen Frage zu gelangen. Die Reichsregierung wäre ihrerseits im Geiste der Moskauer Abmachungen bereit, gegebenenfalls der rumänischen Regierung zu einer friedlichen Bereinigung der bessarabischen Frage im russischen Sinne zu raten.

Zusammenfassend bitte ich, Herrn Molotow nochmals in klarer Form darauf hinzuweisen, ein wie großes Interesse wir daran haben, daß Rumänien nicht zum Kriegsschauplatz wird. Wir seien nach Lage der Dinge der Ansicht, daß bei entsprechender Behandlung der Frage eine friedliche Bereinigung im russischen Sinne durchaus im Bereich des Möglichen liege. Wir wären der Sowjetregierung dankbar für eine Mitteilung ihrer Auffassung über die weitere Behandlung der Angelegenheit.

RIBBENTROP

---

[1]) Lücke in Entzifferung durch Botschaft.

Nr. 151

Film 459, S. 224 890—224 891

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

MOSKAU, den 26. Juni 1940, 0.59 Uhr
Ankunft: den 26. Juni 1940, 12.25 Uhr

Nr. 1233 vom 25. 6.

Citissime!

Auf Telegramm vom 25. Nr. 1074[1])

Für Herrn Reichsminister persönlich

Weisung heute abend 9 Uhr bei Molotow ausgeführt. Molotow dankte für die verständnisvolle Haltung der deutschen Regierung und ihre Bereitwilligkeit, die Durchsetzung der sowjetischen Ansprüche zu unterstützen. Molotow erklärte, daß auch Sowjetregierung friedliche Lösung wünscht, unterstrich aber immer wieder, daß Frage außerordentlich eilig sei und keinerlei Aufschub mehr dulde.

Ich habe Molotow darauf hingewiesen, daß ein sowjetischer Verzicht auf die Bukowina, die auch zaristischem Rußland niemals gehört habe, friedliche Lösung wesentlich erleichtern würde. Molotow hielt dem entgegen, daß Bukowina der letzte noch fehlende Rest der zusammengehörenden Ukraine sei und die Sowjetregierung daher Wert darauf legen müßte, diese Frage gleichzeitig mit Bessarabienfrage zu lösen. Trotzdem hatte ich Eindruck, daß Molotow die Möglichkeit eines Verzichts der Sowjetunion auf Bukowina im Laufe der Verhandlungen mit Rumänien nicht ganz von der Hand wies.

Molotow erklärte, daß unsere Wünsche hinsichtlich der Volksdeutschen bestimmt analog der Regelung in Polen erfüllt werden können.

Molotow zusagte eine weitestgehende Berücksichtigung unserer wirtschaftlichen Interessen in Rumänien.

Zum Schlusse erklärte Molotow, daß er seiner Regierung die deutsche Auffassung mitteilen und mich über deren Stellungnahme in kürzester Frist unterrichten würde. Molotow fügte hinzu, daß über die ganze Angelegenheit bisher weder in Moskau noch in Bukarest gesprochen worden wäre. Er erwähnte weiter, daß Sowjetregierung lediglich ihre eigenen Interessen verfolgen wolle und nicht die Absicht habe, andere Staaten (Ungarn, Bulgarien) zu ermutigen, Ansprüche gegen Rumänien zu stellen.

SCHULENBURG

---

1) RAM

Nr. 152

Film 459, S. 224 892—224 893

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 26. Juni 1940, 15.36 Uhr
Ankunft: den 26. Juni 1940, 22.35 Uhr

Nr. 1235 v. 26. 6.

Citissime!

Streng geheim.

Im Anschluß an Telegramm vom 21. Nr. 1195[1]).

In Verfolg der Unterredung, die der italienische Botschafter Rosso am 20. Juni mit Außenkommissar Molotow gehabt hat, hat dieser gestern nachmittag Rosso zu sich gebeten. Molotow ausführte, er habe seiner Regierung die Ansichten der italienischen Regierung berichtet und Zustimmung gefunden. Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß die italienisch-sowjetischen Beziehungen schnell und in voller Klarheit wiederhergestellt und so gestaltet werden müßten, wie dies zwischen Deutschland und der Sowjetregierung geschehen sei. Molotow bemerkte hierbei, daß die Verhältnisse zwischen der Sowjetregierung und Deutschland ganz ausgezeichnet seien, und daß die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetregierung sich voll auswirken.

Molotow erklärte sodann, er sei der Meinung, daß der Krieg sich noch bis zum Winter hinziehen würde, daß es gleichwohl einige politische Fragen gäbe, deren Lösung unverzüglich erfolgen müsse, und könnte er das Verhältnis Sowjetregierung zu einigen Ländern kurz charakterisieren wie folgt:

Mit Ungarn unterhalte Sowjetregierung gute Beziehungen. Gewisse Ansprüche Ungarns betrachte Sowjetregierung als begründet.

Mit Bulgarien lebe Sowjetunion in guter Nachbarschaft. Die sowjetisch-bulgarischen Beziehungen seien intensive und könnten sogar noch vertieft werden. Die bulgarischen Forderungen auf Dobrudscha und auf einen Zugang zum Ägäischen Meer halte die Sowjetregierung für begründet, habe sie anerkannt und habe nichts gegen ihre Verwirklichung.

Die Einstellung Sowjetunion zu Rumänien sei bekannt. Die Sowjetunion wünsche, ihre Forderungen auf Bessarabien (die Bukowina wurde nicht erwähnt) am liebsten ohne Krieg durchzusetzen, sei jedoch entschlossen, falls dies wegen der rumänischen Intransigenz nicht möglich sei, zur Gewalt zu greifen Bezüglich der übrigen Gebiete Rumäniens werde die Sowjetregierung sich mit Deutschland in Verbindung setzen.

Der Türkei steht Sowjetregierung mit tiefem Mißtrauen gegenüber. Dies sei die Folge der wenig freundlichen Haltung der Türkei gegenüber Rußland und gegenüber anderen Ländern, mit denen Molotow offensichtlich Deutschland und Italien meinte. Das sowjetische Mißtrauen gegenüber der Türkei werde noch verstärkt durch die türkische Haltung im Schwarzen Meer, wo die Türkei eine dominierende Rolle spielen wolle, und in Meerenge, wo die Türkei die alleinige Herrschaft ausüben wolle. Die Sowjetregierung einenge eine türkische Bedrohung gegen Batum, gegen die sie sich nach Süden und nach Südosten sichern müsse, wobei deutsche und italienische Interessen berücksichtigt werden würden.

Im Mittelmeer erkenne Sowjetregierung Vorherrschaft Italiens an unter der Voraussetzung, daß Italien Vorherrschaft Sowjetregierung im Schwarzen Meer anerkenne.

Botschafter Rosso hat die Ausführungen Molotows seiner Regierung mit dem Hinzufügen telegraphiert, daß er sie für sehr vernünftig[2]) und empfehle, ihnen möglichst schnell Rechnung zu tragen.

SCHULENBURG

---

[1]) Nicht gedruckt.

[2]) Fehlt eine Gruppe, anscheinend: „halte" (Fußnote in Vorlage).

Nr. 153

Film 380, S. 210 457—210 458

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

Auswärtig

Berlin

Citissime

Tel. Nr. 1236 vom 26. 6.

Im Anschluß an Tel. Nr. 1233 vom 25. 6.

Für den Herrn Reichsaußenminister persönlich:

Molotow bat mich heute nachmittag zu sich und erklärte, daß Sowjetregierung sich auf Grund seiner gestrigen Unterredung mit mir entschlossen habe, ihre Forderung auf den nördlichen Teil der Bukowina mit der Stadt Czernowitz zu beschränken. Nach sowjetischer Auffasung müßte Grenze von südlichster Spitze sowjetischer Westukraine beim Berg Kniatiasa nach Osten entlang der Suczawa und dann nach Nordosten bis Hertza am Pruth verlaufen, wodurch Sowjetunion direkte Eisenbahnverbindung von Bessarabien über Czernowitz nach Lemberg erhalten würde. M. hinzufügte, daß Sowjetregierung auf deutsche Unterstützung dieser sowjetischen Forderung rechne.

Auf meinen Hinweis, daß eine friedliche Lösung vielleicht leichter zu erreichen sein würde, wenn die Sowjetregierung den während des Weltkrieges nach Moskau geflüchteten Goldschatz der rumänischen Nationalbank an Rumänien zurückgeben würde, erklärte M., dies sei völlig ausgeschlossen, da Rumänien lange genug Bessarabien ausgebeutet habe.

Die weitere Behandlung der Angelegenheit stellt sich M. wie folgt vor: die Sowjetregierung wird ihre Forderung in den allernächsten Tagen dem hiesigen rumänischen Gesandten[1]) präsentieren und erwartet von der Deutschen Reichsregierung, daß diese gleichzeitig der rumänischen Regierung in Bukarest den dringenden Rat erteilt, auf die sowjetischen Forderungen einzugehen, da sonst ein Krieg unvermeidlich sei. M. versprach mich sofort zu unterrichten, sobald er mit rumänischem Gesandten gesprochen habe.

Über die Haltung der rumänischen Regierung gegenüber dem neuen Sowjetgesandten zeigte sich M. verärgert und unterstrich,

daß dem Gesandten bisher noch keine Gelegenheit gegeben worden sei, sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, obwohl die üblichen Fristen verstrichen[2]).

SCHULENBURG

NB. Herr General Köstring hat Kenntnis.

---

1) G. Davidesco.

2) Gesandter Lawrentiew überreichte sein Beglaubigungsschreiben dem König am 8. Juli.

Nr. 154

Film 459, S. 224 898

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 27. Juni 1940 — 1.10 Uhr
Ankunft: den 27. Juni 1940 — 6.30 Uhr

Nr. 1241 v. 26. 6. Im Anschl. an Telegr. v. 26. 6. Nr. 1236

Citissime!

Molotow mitteilte mir soeben telefonisch, daß er heute abend um 10 Uhr den rumänischen Gesandten zu sich gebeten, ihm von der Forderung der Sowjetregierung wegen Abtretung von Bessarabien und der nördlichen Bukowina Kenntnis gegeben und eine Antwort der rumänischen Regierung noch im Laufe des morgigen Tages, d. h. am 27. Juli [Juni], verlangt habe.

SCHULENBURG

Nr. 155

Film 459, S. 224 903

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Gesandten in Bukarest, Dr. Fabricius

Telefonische Durchgabe vom Sonderzug (Herrn Gesandten Schmidt)

Geheim!

27. Juni 1940, 1030

Es ist sofort telefonisch nachstehende Instruktion an den Gesandten Fabricius, Bukarest, offen durchzugeben:

„Ich bitte Sie, sofort dortigen Außenminister[1]) aufzusuchen und ihm folgendes zu sagen:

Die Sowjetregierung habe uns mitgeteilt, daß sie an die Rumänische Regierung die Forderung nach Abtretung von Bessarabien und der nördlichen Bukowina gestellt habe. Wir könnten Rumänischer Regierung im Interesse der Vermeidung des Krieges zwischen Rumänien und der Sowjetunion nur raten, der Forderung der Sowjetregierung zu entsprechen. Bitte Drahtbericht." Schluß der Weisung nach Bukarest.

RIBBENTROP

(Um 11.00 Uhr an Herrn Gesandtschaftsrat Stelzer durchtelefoniert.)

---

[1]) Joan Gigurtu.

Nr. 156

Film 104, S. 112 294—112 297

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Bericht

MOSKAU, den 11. Juli 1940

Tgb. Nr. A/3192/40

An

Herrn Staatssekretär
Freiherrn von Weizsäcker

Die erneute außenpolitische Aktivität, die die Sowjetunion in den letzten Wochen entfaltet hat, bildet im hiesigen Diplomatischen Corps, wie es selbstverständlich ist, ein Hauptgesprächsthema. Manches ist noch nicht völlig klar, so die Frage, warum gerade jetzt*) die Sowjetunion gegen eine ganze Reihe von Ländern vorgegangen ist oder angeblich noch vorgehen wird. Die meisten meiner Kollegen sind der Meinung, daß die immer sehr gut informierten Sowjets wissen oder zum mindesten annehmen, daß das Kriegsende unmittelbar bevorsteht.

Bei dem Vorgehen gegen Rumänien hat hier allgemeines Aufsehen erregt, daß die Sowjetunion auch die nördliche Bukowina gefordert hat. Von sowjetischen Ansprüchen auf diesen Gebietsteil ist früher niemals die Rede gewesen. Wie bekannt, hat die Sowjetregierung ihre Forderung damit begründet, daß die Bukowina eine ukrainische Bevölkerung habe. Dies trifft nur auf den Nordteil des Landes zu, und mit dem hat sich die Sowjetunion zum Schluß begnügt. Ich kann mich des Eindrucks nicht entziehen, daß es ukrainische Kreise gewesen sind, die die Forderungen auf Abtretung der nördlichen Bukowina im Kreml vertreten und durchgesetzt

haben. Schon bei verschiedenen Gelegenheiten, so z. B. während der Verhandlungen über die deutsch-sowjetische Grenze in Polen, ist ein sehr starker ukrainischer Einfluß im Kreml erkennbar geworden. Herr Stalin hat mir damals persönlich gesagt, im Norden der Grenzlinie, wo sie durch Weißrußland laufe, sei er zu Entgegenkommen bereit, unmöglich sei dies aber im Süden, da, wo Ukrainer wohnen. Folgerichtig ist die Abtretung der von uns sehr begehrten Stadt Sinjawa von der Sowjetregierung zurückgenommen worden, nachdem sie sie erst zugestanden hatte. Von wem dieser starke ukrainische Einfluß ausgeht, ist bisher nicht festzustellen gewesen. Unter der näheren Umgebung der leitenden Leute im Kreml ist ein besonders einflußreicher Ukrainer nicht bekannt. Einen Fingerzeig könnte die Tatsache geben, daß der von den Herren Stalin und Molotow außergewöhnlich verhätschelte junge Pawlow (jetzt bei der Sowjetbotschaft in Berlin) von Stalin mir gegenüber einmal als „unser kleiner Ukrainer" bezeichnet worden ist.

Das gesamte politische Interesse in Moskau ist jetzt auf die Ereignisse in den Baltenstaaten und darauf gerichtet, was sich der Türkei und dem Iran gegenüber abspielen wird.

Die meisten Leute glauben, daß die drei baltischen Staaten in von Moskau vollkommen abhängige Gebilde umgewandelt, d. h. in den Sowjetbund aufgenommen werden. Die Gesandtschaften der drei Baltischen Staaten hier in Moskau nehmen an, daß sie in allerkürzester Frist völlig aufgelöst und verschwinden werden. Allgemein glaubt man, daß die Sowjetregierung die Zurückziehung sämtlicher fremder Vertretungen in Kowno, Riga und Reval verlangen wird. Die Aufregung unter den hiesigen Litauern, Letten und Esten ist ganz außerordentlich groß. Immerhin wird abgewartet werden müssen, was wirklich geschieht.

Letzteres gilt wohl ebenso für die Türkei und den Iran. Die beiden Botschafter hier versichern, daß bis zur Stunde weder in Moskau noch in Ankara, noch in Teheran irgendwelche Forderungen vorgebracht worden sind. Sicher aber ist wohl, daß die Lage ernst ist. Ich darf hinzufügen, daß man zum mindesten in hiesigen iranischen Kreisen auf uns wegen der Veröffentlichung des 6. Weißbuches[1]) sehr böse ist. Man glaubt, daß das Weißbuch die Sowjetregierung veranlaßt hat, gegen den Iran vorzugehen. Der hiesige Iranische Botschafter[2]) ist aber zu klug, um nicht zu sehen, daß die Urkunden des Weißbuches für die Sowjetregierung lediglich ein Vorwand für ihr Verhalten gewesen sind, und daß Moskau eben einen anderen Vorwand gefunden haben würde, falls sich dieser nicht gerade geboten hätte.

Zum Schluß ein interessantes Detail: Der hiesige Türkische Botschafter[3]) erzählt befreundeten Diplomaten, daß er am 6. Juli ein

offenes Telegramm — das er sogar vorzeigt — von Saracioglu[4]) erhalten habe, in dem dieser den Inhalt seiner Unterredung mit Massigli[5]) bestreitet und sich dabei auf entsprechende telegraphische Behauptungen Massiglis beruft. Im gleichen Atemzuge erklärt der Türkische Botschafter bemerkenswerterweise, es sei sehr ärgerlich, daß dabei auch seine Unterhaltung mit dem amerikanischen Botschafter Steinhardt[6]) herausgekommen sei!

gez. Graf von der SCHULENBURG

---

*) Unterstrichen in Vorlage.

1) Auswärtiges Amt 1939/41 Nr. 6: Die Geheimakten des französischen Generalstabes. Berlin 1941. 393 S.

2) Mahomed Saed.

3) Ali Haydar Aktay.

4) Sükrü Saracoglu, Türkischer Außenminister.

5) R. L. D. Massigli, Französischer Botschafter in der Türkei.

6) Laurence A. Steinhardt, Amerikanischer Botschafter in Moskau. Vgl.: Die Geheimakten des französischen Generalstabes, Dokument Nr. 26.

Nr. 157

Film 104, S. 112311

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 13. Juli 1940, 19.04 Uhr

Ankunft: den 13. Juli 1940, 21.10 Uhr

Nr. 1363 vom 13. Juli 1940.

Citissime!

Auf Telegramm vom 8. Nr. 1164[1]) und im Anschluß an Telegramm vom 12. Nr. 1348[2])

Molotow bat mich heute zu sich und erklärte Nachstehend[es:] Stalin habe die Vorgänge betreffend litauischen Gebietsstreifen nochmals genau geprüft mit dem Ergebnis, daß unser Anspruch aus diesem Gebietsstreifen und die sowjetische Verpflichtung auf Überlassung desselben unbestreitbar seien. Unter den gegenwärtigen Umständen sei jedoch die Abtretung dieses Gebietsstreifens für die Sowjetregierung außerordentlich unbequem und schwierig. Daher bäten Stalin und er selbst inständig die Deutsche Regierung zu prüfen, ob nicht entsprechend den außerordentlich freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Weg ge-

funden werden könne, der diesen Gebietsstreifen dauernd bei Litauen belasse. Molotow hinzufügte, daß wir selbstverständlich die deutschstämmige Bevölkerung aus Litauen einschließlich dieses Gebietsstreifens jederzeit aussiedeln könnten. Molotow unterstrich immer wieder die Schwierigkeiten, die für die Sowjetregierung aus der Abtretung dieses Gebietsstreifens gegenwärtig entstehen würden, und gab seiner und Stalins Bitte einen sehr dringlichen Charakter, indem er wiederholt der Hoffnung auf ein deutsches Entgegenkommen Ausdruck gab. Erbitte Drahtweisung. Vielleicht kann der sowjetische Wunsch dazu benutzt werden, um unsere wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen gegenüber den Baltenstaaten durchzusetzen[3]).

SCHULENBURG

---

1) B(üro) RAM 230 (nicht gedruckt).
2) Nicht gedruckt.
3) Vgl. Dokument Nr. 164.

Nr. 158

Film 104, S. 112 312—112 313

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 13.Juli 1940 — 21.17 Uhr
Ankunft: den 14. Juli 1940 — 9.15 Uhr

Nr. 1364 vom 13. 7.

Citissime!

Geheim!

Molotow mitteilte mir heute, daß hiesiger britischer Botschafter Cripps auf Bitte britischer Regierung vor einigen Tagen von Stalin empfangen worden sei. Dabei überreichte mir Molotow im Auftrage Stalins eine Aufzeichnung über diese Unterredung.

Cripps bat um Stellungnahme Sowjetregierung zu nachstehenden Fragen:

1. Britische Regierung sei überzeugt, daß Deutschland Vorherrschaft über Europa anstrebe und sämtliche europäischen Staaten überschlucken wolle. Dies sei eine Gefahr sowohl für die Sowjetunion als auch für England. Daher sollten sich beide Staaten auf eine gemeinsame Linie des Selbstschutzes gegen Deutschland und zum Zweck der Wiederherstellung des europäischen Gleichsgewichts einigen.

2. Unabhängig hiervon möchte England Handel mit der Sowjetunion treiben unter der Bedingung, daß Englands Exportwaren nicht an Deutschland weiterverkauft würden.

3. Britische Regierung sei der Meinung, daß der Sowjetunion die Zusammenfassung und Führung der Balkanstaaten zum Zweck der Erhaltung des Status quo gebühre. Diese ernste Mission könne unter den gegenwärtigen Umständen nur von Sowjetunion durchgeführt werden.

4. Der britischen Regierung sei bekannt, daß die Sowjetunion mit dem Regime in den Meerengen und im Schwarzen Meer unzufrieden sei. Cripps sei der Meinung, daß die Interessen der Sowjetunion in den Meerengen tatsächlich sichergestellt werden müßten.

Die Antworten Stalins sind wie folgt aufgezeichnet:

1. Die Sowjetregierung bekunde für die gegenwärtigen Ereignisse in Europa selbstverständlich größtes Interesse, jedoch sehe er — Stalin — keine Gefahr der Vorherrschaft irgend eines Landes in Europa und noch weniger die Gefahr des Überschluckens der europäischen Gebiete durch Deutschland. Stalin verfolge die Politik Deutschlands und kenne gut einige führende deutsche Staatsmänner. Er habe bei diesen kein Streben nach Überschlucken europäischer Staaten bemerkt. Stalin sei nicht der Meinung, daß die deutschen militärischen Erfolge die Sowjetunion und ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland bedrohten. Diese Beziehungen beruhten nicht auf vorübergehenden Momenten, sondern auf den grundlegenden staatlichen Interessen beider Länder.

Das bisherige sogenannte europäische Gleichgewicht habe nicht nur Deutschland, sondern auch die Sowjetunion bedrückt. Daher werde die Sowjetunion alle Maßnahmen treffen, damit das alte Gleichgewicht in Europa nicht wiederhergestellt werde.

2. Sowjetunion habe gegen Handel mit England nichts einzuwenden, jedoch bestreite sie England und jedem anderen Staat das Recht, sich in deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen einzumischen. Sowjetunion werde nach Deutschland vertragsmäßig einen Teil der von ihr im Ausland eingekauften Buntmetalle exportieren, weil Deutschland diese Metalle zur Anfertigung von Kriegsgeräten benötige, das es an Sowjetunion liefere. Erkenne England diese Voraussetzungen nicht an, so sei ein Handel zwischen England und Sowjetunion ausgeschlossen.

3. Keine Macht habe nach Stalins Ansicht Anspruch auf ausschließliche Rolle bei der Zusammenfassung und Führung der Balkanstaaten. Auch Sowjetunion beanspruche nicht eine solche Mission, obwohl sie in Balkanangelegenheiten interessiert sei.

4. Bezüglich Türkei erklärte Stalin, daß Sowjetunion tatsächlich gegen die Alleinherrschaft der Türkei in den Meerengen und dagegen sei, daß Türkei die Bedingungen im Schwarzen Meer diktiere. Die türkische Regierung sei hierüber unterrichtet.

SCHULENBURG

Nr. 159

Film 407, S. 214 783—214 785

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 22. Juli 1940

Der Litauische Gesandte suchte mich heute auf und führte folgendes aus:

Angesichts der wichtigen Ereignisse in seinem Heimatland halte er sich für verpflichtet, diese Ereignisse vor der Geschichte nicht ohne einen Akt vorübergehen zu lassen. Er habe seinen Standpunkt gegenüber den Ereignissen in Litauen in einem Schreiben an den Herrn Reichsaußenminister zusammengefaßt. Die Übergabe dieses Schreibens bedeute einen einseitigen Akt seinerseits, für den er allein die Verantwortung übernehme. Er wolle selbst nicht, daß durch diesen Akt irgendeine Belastung der deutschen Politik entstehe.

Die Entstehungsgeschichte sei so, daß der Außenminister Urbšys vor längerer Zeit vorbeugend alle litauischen Gesandten angewiesen habe, im Falle des Übergangs der Staatshoheit auf die Sowjetunion einen solchen Akt vorzunehmen. Auf Grund eines Kontakts zwischen den litauischen Gesandten nehme er als sicher an, daß eine entsprechende Note heute in allen Hauptstädten, in denen Litauen vertreten sei, übergeben werde. Der Gesandte übergab mir dann das beiliegende Schreiben, das „einen feierlichsten und entschiedensten Protest" enthält.

Ich habe Herrn Škirpa gesagt, ich wolle das Papier einmal vorläufig persönlich an mich nehmen, ich entnähme aus seinen Äußerungen, daß er eine Erklärung dazu nicht erwarte. Ich könne ihm aber nicht sagen, ob wir als Deutsche Regierung überhaupt bereit seien, ein solches Papier entgegenzunehmen, und müßte mir deshalb vorbehalten, es ihm zurückzuschicken.

Der Gesandte führte dann aus, daß er gerade mit Rücksicht auf die bekannte Stellung Deutschlands in der Note einen Punkt ausgelassen habe, den die anderen litauischen Gesandten bei den Regierungen, bei denen sie akkreditiert seien, mit in der Note vorbringen würden, nämlich die Bitte, die Eingliederung nicht anerkennen zu wollen. Der Gesandte fragte, ob er diese Bitte nicht wenigstens mündlich hier vorbringen könne. Ich habe dies abgelehnt, worauf der Gesandte erklärte, daß die Bitte als nicht vorgebracht anzusehen sei. Schließlich sagte der Gesandte, er beabsichtige, den von ihm unternommenen Schritt durch eine Verlautbarung der Berliner Vertretung der Elta-Agentur bekanntzugeben, da dies für die Wahrung seiner persönlichen Stellung gegenüber den Ereignissen ihm notwendig erscheine.

Ich habe den Gesandten ersucht, hiervon Abstand zu nehmen, was er zusagte.

Hiermit

über den Herrn Staatssekretär
dem Herrn Reichsaußenminister

mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt, ob die Note hierbehalten werden soll. Es ist damit zu rechnen, daß auch der Lettische und der Estnische Gesandte[1]) hier ähnliche Noten übergeben werden. Der Lettische Gesandte[2]) hat sich bereits bei mir angemeldet und Termin für heute 17 Uhr 30 erhalten.

gez. WOERMANN

---

[1]) Rudolf Möllerson.
[2]) Edgars Kreevinš.

Anlage

Film 407, S. 214 786—214 788

Schreiben des Litauischen Gesandten in Deutschland an den Reichsaußenminister

Abschrift.

Litauische Gesandtschaft BERLIN, den 21. Juli 1940
3991

Herr Reichsminister!

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz ergebenst folgendes zu unterbreiten:

Wie es bereits bekannt ist, stellte die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 14. Juni 1940 Litauen unter nichtigen und unbegründeten Vorwänden ein Ultimatum, in dem verlangt wurde:

1. die verfassungsmäßige Regierung Litauens sofort zum Rücktritt zu zwingen;
2. den Innenminister und den Chef der Staatssicherheitspolizei ohne Angabe der rechtlich begründeten Schuld vor Gericht zu stellen[1]), und
3. den freien Einmarsch der Sowjet-Streitkräfte in unbegrenztem Umfange nach Litauen zu gewähren.

Am darauffolgenden Tage besetzte die russische Rote Armee, die die litauische Grenze nach Überfall der litauischen Grenzposten überschritt, ganz Litauen. Weiter wurde uns eine Scheinregierung von einem zu diesem Zweck aus Moskau entsandten höheren Sowjetbeamten aufgedrängt und die gesamte Verwaltung unter Kontrolle der Regierung der Sozialistischen Sowjetrepubliken gestellt.

Um die gänzliche Eingliederung Litauens in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durchzuführen, ließ man am 14. Juli d. J. die Wahlen zum Seim (Landtag) geschehen, wobei die größte Fälschung des Willens der litauischen Bevölkerung erfolgt ist.

Um jeden Ausdruck des Widerstandes zu unterdrücken, wurden schon vor den Wahlen alle litauischen Vereine und Organisationen geschlossen, die litauische Presse unter Entfernung der Redakteure vergewaltigt und die mehr oder weniger einflußreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verhaftet. Zu Trägern der staatlichen Ämter, insbesondere der Staatssicherheitspolizei, wurden Personen bestellt, die früher als offene Feinde des litauischen Staates galten.

Als alleinige politische Organisation, die sich legal betätigen durfte, war die Kommunistische Partei. Sie allein übte dann auch den maßgebenden Einfluß auf die ausgeschriebenen Wahlen aus. Es wurde nur eine Liste von Kandidaten zugelassen, und zwar eine der Kommunistischen Partei genehme.

Um die nötige Beteiligung an den Wahlen zu erzwingen, wurde jedem, der nicht wählen wollte, mit der Erklärung zum Volksfeind gedroht und das persönliche Erscheinen scharf kontrolliert.

Daß der unter solchen Umständen gewählte Seim nur ein blindes Werkzeug in Händen der Kommunistischen Partei und somit auch der Regierung der Sozialistischen Sowjetrepubliken war, stellte sich sofort heraus. Heute, am 21. Juli 1940, faßte der Seim den Beschluß, im Innern des Landes die Sowjet-Ordnung einzuführen und Litauen in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von Rußland einzugliedern.

Alle diese Maßnahmen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stellen die flagranteste Verletzung aller zwischen der Republik Litauen und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von Rußland unterzeichneten Verträge dar, insbesondere aber:

1. des Friedensvertrages vom 12. Juli 1920, durch den die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, als Nachfolgerin des früheren russischen Zarenreiches, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Litauens ohne irgendwelchen Vorbehalt anerkannt hat und auf alle Souveränitätsrechte, die Rußland früher über Litauen besaß, für ewige Zeiten verzichtet hat (s. Art. 1),

2. des Nichtangriffspaktes vom 22. September 1926[2]) und seiner Verlängerungen vom 6. Mai 1931 und vom 4. April 1934. In diesem Vertrage verpflichtet sich die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Souveränität Litauens sowie seine territoriale Inte-

grität und Unantastbarkeit unter allen Umständen zu respektieren (s. Art. 2), und der jeglichen Gewaltanwendung sich zu enthalten (s. Art. 3);

3. des Beistandsvertrages vom 10. Oktober 1939, in dem die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Litauen gegenüber nochmals eine feierliche Zusicherung gab, die Souveränität des litauischen Staates sowie auch seine innere Ordnung in keinerlei Weise anzutasten.

In Anbetracht aller dieser Umstände sehe ich mich als von den verfassungsmäßigen Staatsorganen der Republik Litauen ernannter und beim Deutschen Reich beglaubigter Gesandter genötigt, den feierlichsten und entschiedensten Protest gegen die Vergewaltigung meines Landes und Beraubung der Souveränität und staatlichen Unabhängigkeit Litauens seitens der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu erheben und festzustellen, daß der oben erwähnte Seimbeschluß als von dem russischen Okkupanten erzwungener nichts anderes ist, als die unerhörteste Fälschung des Willensausdruckes des litauischen Volkes und im schärfsten Widerpruch zur Verfassung und zu den Interessen des litauischen Staates, sowie auch dem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker steht, und daher in keiner Weise als rechtskräftig anerkannt werden kann.

Ich benutze diese Gelegenheit, um Eurer Exzellenz den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung zu entbieten.

gez. K. ŠKIRPA,
A. o. Gesandter und bev. Minister von Litauen.

---

1) Vgl. Dokument Nr. 138.
2) Muß heißen: 28. September 1926.

Film 104, S. 214 780

Nr. 160

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 22. Juli 1940

Der Lettische Gesandte suchte mich heute auf und übergab mir den beiliegenden Brief an den Herrn Reichsaußenminister, worin er als Gesandter „der rechtmäßigen Regierung Lettlands" Protest gegen die Eingliederung Lettlands in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einlegt. Der Gesandte bemerkte dazu, daß ihm nichts ferner läge, als Deutschland irgendwelche Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Solche könnten nach seiner Ansicht dadurch nicht entstehen, daß er diesen Protest hier abgebe.

Ich habe Herrn Kreewinsch gesagt, daß ich seinen Brief vorläufig an mich nehmen werde. Ich würde ihm noch eine Mitteilung zukommen lassen, ob der Brief hier bleiben könne oder nicht.

Hiermit

über den Herrn Staatssekretär
dem Herrn Reichsaußenminister

im Anschluß an die Aufzeichnung über das Gespräch mit dem Litauischen Gesandten[1]) mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.

gez. WOERMANN

---

[1]) Dokument Nr. 159.

Anlage

Film 104, S. 214 781

Schreiben des Lettischen Gesandten in Deutschland an den Reichsaußenminister

Abschrift.

Der Lettische Gesandte

BERLIN, den 22. Juli 1940

Herr Reichsminister,

Hierdurch beehre ich mich, Euer Exzellenz folgendes ergebenst mitzuteilen:

Das am 21. d. M. in Riga zusammengetretene Parlament hat Lettland zur Sowjet-Republik erklärt und nach Moskau das Ersuchen gerichtet, Lettland der Union der S.S.R. einzugliedern. Dieser Entschluß entbehrt jeglicher rechtlichen Grundlage, da das Parlament selbst aus Wahlen hervorgegangen ist, die unter dem Terror der russischen Okkupation erfolgt sind und die in keiner Weise als freie Äußerung des Volkswillens angesehen werden könnten. Auch schon zuvor ist der Einmarsch der Sowjet-Truppen in Lettland unter Verletzung aller zwischen Lettland und der Sowjet-Union bestehenden Verträge erfolgt.

Als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der rechtmäßigen Regierung Lettlands sehe ich es als Pflicht an, meinen Protest gegen das oben dargelegte Vorgehen Eurer Exzellenz ergebenst zur Kenntnis zu bringen.

Genehmigen, Eure Exzellenz, auch bei diesem Anlaß den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Edg. KREEWINSCH
Außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter
Minister Lettlands.

Nr. 161

Film 407, S. 214 771

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 24. Juli 1940

Ich habe dem Litauischen und dem Lettischen Gesandten heute die Noten wegen der Eingliederung ihrer Länder in die Sowjetunion in freundlicher Form zurückgegeben und dies damit begründet, daß wir von Gesandten nur Noten entgegennehmen könnten, die sie namens ihrer Regierung hier überreichten. Ich habe dabei weisungsgemäß nicht erkennen lassen, daß die Rückgabe auf Anordnung des Herrn Reichsaußenministers geschehen ist.

Der Estnische Gesandte wollte bei mir heute gleichfalls eine derartige Note überreichen. Ich habe ihn mit entsprechender Begründung gebeten, davon Abstand zu nehmen.

Der Litauische Gesandte teilte mir mit, daß er am 22. Juli von sich aus ein Protesttelegramm an die Litauische Regierung gegen den Beschluß der Eingliederung in die Sowjetunion gesandt habe, worin er u. a. ausgeführt hat, daß er diesen Beschluß für das litauische Volk, für den Staat und für sich selbst nicht als obligatorisch betrachte. Der Lettische und Estnische Gesandte haben mir gesagt, daß sie ein solches Telegramm nicht abgeschickt hätten und dies auch nicht beabsichtigten.

Ich habe ferner den drei Gesandten gesagt, daß sie und die übrigen Angehörigen der Gesandtschaft nebst Familien, soweit sie dies wollten, in Deutschland verbleiben könnten. Die drei Gesandten haben sich hierfür besonders dankbar gezeigt und mich gebeten, auch dem Herrn Reichsaußenminister hierfür zu danken.

gez. WOERMANN

Nr. 162

Film 104, S. 112 343

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 29. 7. 40, 19.10 Uhr
Ankunft den 29. 7. 40, 20.20 Uhr

Nr. 1500 vom 29. 7. 40

Citissime!

Im Anschluß an Telegramm vom 16. Nr. 1472[1])

Molotow bat mich heute zu sich und erklärte, daß die Sowjetregierung sehr daran interessiert sei, über den Inhalt der kürzlichen

Besprechungen Deutschlands und Italiens mit den ungarischen, rumänischen und slowakischen Staatsmännern[2]) informiert zu werden. Ich erwiderte, daß ich noch keine Nachrichten hätte, aber darum bitten würde.

Erbitte beschleunigte Drahtanweisung besonders auch im Hinblick auf die am 1. August zu erwartende außenpolitische Rede Molotows.

SCHULENBURG

---

[1]) bei Pol IV (nicht gedruckt).

[2]) Unterredung Hitlers mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Paul Teleki und Außenminister Graf Csáky im Beisein der Außenminister von Ribbentrop und Ciano in München am 10. Juli 1940 und Unterredung Hitlers mit dem Slowakischen Staatspräsidenten Dr. Jozef Tiso und dem Ministerpräsidenten Dr. Vojtěch Tuka am 28. Juli.

Nr. 163

Film 104, S. 112 344

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

BERLIN, den 30. Juli 1940

Diplogerma

Moskau
Nr. 1307

Cito!

Auf Telegramm Nr. 1472[1]) und 1500.

Für Botschafter persönlich.

Reichsaußenminister bittet Sie, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit, Herrn Molotow über die letzten Staatsbesuche in Deutschland in folgendem Sinne zu informieren:

Besuch rumänischen Ministerpräsidenten und Außenministers in Deutschland[2]) sei dadurch veranlaßt worden, daß König von Rumänien[3]) und Rumänische Regierung sich letzthin wiederholt an Reichsregierung mit der Bitte gewandt hätten, zu den ungarischen und bulgarischen Revisionswünschen Stellung zu nehmen. Den rumänischen Staatsmännern sei bei dem Besuch von uns der Rat gegeben worden, Revisionsansprüchen auf einer gerechten und vernünftigen

Basis entgegenzukommen und zu diesem Zwecke mit Ungarischer und Bulgarischer Regierung direkt zu verhandeln. Die rumänischen Staatsmänner hätten ihrerseits in Aussicht gestellt, solche Verhandlungen nunmehr einzuleiten. Bei dem bulgarischen Besuch hätten wir bulgarische Staatsmänner hiervon verständigt.[4]) Schluß Weisung Reichsaußenministers.

Ich werde Botschafter Schkwarzew in gleichem Sinne auftragsgemäß informieren.

Erbitte Drahtbericht.

WEIZSÄCKER

---

[1]) Nicht gedruckt.

[2]) 26. Juli 1940: Unterredung Hitlers mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Gigurtu und Außenminister Manoilescu; Unterredung der rumänischen Staatsmänner mit Mussolini am 27. Juli.

[3]) Carol II.

[4]) 27. Juli 1940: Unterredung Hitlers mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Filoff und Außenminister Popoff.

Nr. 164

Film 1379, S. 357 760

Der Reichsaußenminister an die Deutsche Botschaft in Moskau

Telegramm

Ab BERLIN am 2. 8. um 16 Uhr 24
an MOSKAU am 2. 8. um 20 Uhr 45

Diplogerma

Moskau

Telegramm Nr. 1339 vom 2. 8.

Auf Telegramm vom 13. 7. Nr. 1363.[1])

Ich bitte, Herrn Molotow zu sagen, Reichsregierung habe von dem Wunsch der Sowjetregierung, Deutschland möge den laut Moskauer Abmachungen Deutschland zufallenden Teil litauischen Gebiets der Sowjetunion überlassen, Kenntnis genommen. Dies würde eine nicht unerhebliche Änderung des Moskauer Vertragswerks zuungunsten Deutschlands darstellen. Ehe die Reichsregierung daher eine nähere Prüfung der Angelegenheit vornehmen kann, würde es

mich interessieren, zu hören, welche Gegenleistung Sowjetregierung gegebenenfalls in Vorschlag bringen würde[2]).

RIBBENTROP

---

[1]) Dokument Nr. 157.
[2]) Vgl. Dokumente Nr. 167, 173, 175, 177 und 210.

Nr. 165

Film 384, S. 211 004
RM 21/40

Aufzeichnung des Reichsaußenministers

Aufzeichnung des Herrn RAM über den Empfang des Sowjetbotschafters, Herrn Schkwarzew, am 6. August 1940[1]).

Ich empfing heute den Sowjetbotschafter, Herrn Schkwarzew, und machte ihm ernste Vorhaltungen über den am 5. d. Mts. in Riga in der Zeitung „Jaunakas Zinas" erschienenen Artikel „Die deutschen Kommunisten gegen das Diktat von Compiègne". Ich wies mit allem Nachdruck darauf hin, daß es sich hier um einen ausgesprochenen Hetzartikel gegen Deutschland handle. Die in demselben enthaltenen Ausfälle gegen die deutsche Regierung seien alles andere als geeignet, gute deutsch-russische Beziehungen, die doch beiderseits gewünscht würden, zu fördern. Inhalt und Tendenz dieses Artikels entsprächen in keiner Weise dem Sinn und Geist der Moskauer Abmachungen. Der Artikel stände ebenfalls in diametralem Gegensatz zu dem kürzlich vom Führer und vorgestern von Molotow in Moskau zum Ausdruck gebrachten Wunsch einer weiteren Vertiefung der freundschaftlichen deutsch-russischen Beziehungen. Ich bat den Botschafter, seine Regierung unverzüglich von dieser Unterredung zu unterrichten und ihr mitzuteilen, daß die Reichsregierung es für angebracht hielte, in Zukunft derartige Artikel zu unterbinden.

Herr Schkwarzew äußerte sich nicht zu dem Artikel selbst, sondern versprach, sofort über die Angelegenheit Herrn Molotow Bericht zu erstatten. Als Unterlage für seine Meldung ist ihm eine Abschrift der hier über den Artikel vorliegenden DNB-Meldung vom 6. d. Mts. übergeben worden.

BERLIN, den 6. August 1940[2])

---

[1]) Der Hauptinhalt der Aufzeichnung wurde am 7. August dem Botschafter in Moskau zur Information übermittelt: Diplogerma Moskau Nr. 1381 (Film 104, S. 112 370). Vgl. Dokument Nr. 168.
[2]) Unterschrift fehlt.

Nr. 166

Film 1379, S. 357 784

Erlaß der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts an die Deutsche Botschaft in Moskau und an die Deutsche Gesandtschaft in Kowno

W XII 5228. BERLIN, 9. August 1940

Vertraulich!

Zur ausschließlich eigenen Unterrichtung!

Die Eingliederung Litauens in das Gebiet der Sowjet-Union schafft für die bisherige Memeler Freihafenzone eine völlig neue Lage. Die Einrichtung der Freihafenzone stellte eine zwischenstaatliche Verpflichtung dar, die dem kleinen Litauen die Rückgabe seines für ihn bis dahin wichtigsten Hafens an Deutschland erleichtern sollte. Dem erweiterten Rußland gegenüber, das über eine große Anzahl von Ostseehäfen verfügt, hat sie ihren eigentlichen Sinn verloren; ihr Fortbestehen würde zu politisch bedenklichen russischen Sonderrechten auf deutschem Gebiet führen. Falls etwa Rußland den Anspruch auf Fortbestehen der Freihafenzone in Memel erheben sollte, wird hier der Standpunkt vertreten werden, daß die in dem Deutsch-Litauischen Vertrag vom 22. März 1939 abgegebenen Zusagen von einem in die Sowjet-Union eingegliederten Litauen nicht mehr in Anspruch genommen werden können. Wegen der Abwicklung des bisherigen Zustandes wird von den zuständigen Ressorts das Erforderliche in die Wege geleitet werden.

Die Frage der Förderung des russischen Verkehrs über den deutschen Hafen Memel wird besonders im Auge behalten[1]).

Im Auftrag MARTIUS[2])

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 169.

[2]) Gesandter Dr. Martius, Leiter von W XII (Verkehrswesen).

Nr. 167

Film 104, S. 112 386

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 13. August 1940, 0.25 Uhr
Ankunft: den 13. August 1940, 4.25 Uhr

Nr. 1638 v. 12. 8.

Citissime!

Im Anschluß an Telegramm vom 7. Nr. 1590.[1])

Geheim!

In Angelegenheit litauischen Gebietsstreifens übergab mir Molotow heute längeres Memorandum, worin territoriale Kompensation

für Sowjetunion als untragbar bezeichnet, dagegen Bereitwilligkeit erklärt wird, für Belassung Gebietsstreifens bei Sowjetunion im Laufe von 2 Jahren 3,86 Millionen Golddollar (das heißt die Hälfte der seinerzeit von USA an Rußland für Abtretung von Alaska gezahlten Summe)[2]) nach deutscher Wahl in Gold oder Waren zu bezahlen.

Wortlaut Memorandums abgeht Mittwoch mit Gelegenheits-Kurier durch Flugzeug.

SCHULENBURG

1) Nicht gedruckt. Vgl. Dokument Nr. 164.

2) Amerikanisch-russischer Vertrag v. 30. März 1867; die Kaufsumme betrug 7 200 000 Dollar. Vgl. Dokument Nr. 210.

Nr. 168

Film 104, S. 112 393
RM 22/40

Aufzeichnung des Reichsaußenministers

Betr.: Unterredung mit dem Russischen Botschafter.

Der Russische Botschafter hatte sich heute bei mir angesagt, um mir die Antwort der russischen Regierung auf die Beschwerde betreffend den Artikel in der lettischen Zeitung „Janaukas Zinas"[1]) zu geben. Er sagte, er habe Instruktion seiner Regierung, mir mitzuteilen, daß das Erscheinen des Artikels auf einem Mißverständnis beruhe. Seine Regierung habe Lettland, das nunmehr zur Sowjetunion gehöre, Instruktionen gegeben, daß in Zukunft solche Artikel zu unterbleiben haben.

Ich erwiderte dem Russen, daß ich hiervon Kenntnis nähme. Solche Artikel seien für den Ausbau der guten deutsch-russischen Beziehungen, den wir wünschten, nicht vorteilhaft. In der deutschen Presse würden wir Artikel im umgekehrten Sinne gegen die russischen Verhältnisse auch nicht dulden.

Ich fragte dann den Botschafter noch, was denn Wahres an den Pressenachrichten über eine Versteifung der russisch-finnischen Beziehungen sei; ob man sich über die Aalandsfrage denn endgültig geeinigt habe, oder ob sonst irgendwelche Gründe zu einer Versteifung vorlägen. Herr Schkwarzeff erklärte, daß er hierüber keine Nachrichten habe.

Der Botschafter und sein Dolmetscher machten während der Unterhaltung einen etwas gedrückten Eindruck.

Berlin, den 14. August 1940.

gez. RIBBENTROP

1) Muß „Jaunākās Zinas" heißen; vgl. Dokument Nr. 165.

Nr. 169

Film 104, S. 112 436—112 437

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 30. August 1940 22.12 Uhr
Ankunft: den 31. August 1940 0.10 Uhr

Nr. 1799 vom 30. 8.

Cito!

Mit Beziehung auf Erlaß W XII 5228 vom 9. August[1])

Molotow bat mich gestern abend zu sich und übergab mir Verbalnote, in der Deutsche Regierung auf Handlungen deutscher Behörden in Memeler Freihafengebiet aufmerksam gemacht wird, die Rechte und Interessen der litauischen Sowjetrepublik verletzen. Unter Hinwegsetzung über die im deutsch-litauischen Vertrag vom 20. Mai über Memeler Freihafengebiet festgelegten Rechte Litauens (die in der Verbalnote im einzelnen aufgeführt sind) hätten deutsche Behörden am 27. August deutsche Truppen in das Territorium der Freizone einrücken lassen, die Tätigkeit des Zollamts eingestellt und erklärt, daß alle in dieser Zone befindlichen litauischen Güter abzutransportieren seien. Dadurch hätten die deutschen Behörden die wirtschaftliche Lage und die Handelsmöglichkeit Litauens, das nunmehr Bestandteil der Sowjetunion bildet, außerordentlich verschlechtert. Sowjetregierung stehe auf dem Standpunkt, daß der litauischen Sowjetrepublik alle Rechte und Vorrechte aus dem deutsch-litauischen Vertrag sowie aus den zwischen Schnurre und Norkaitis ausgetauschten Briefen vom 20. Mai 1939 zustehen, und daß ihre Gültigkeit nicht durch eine einseitige Handlung aufgehoben werden könne.

Molotow hinzufügte mündlich, daß ebenso wie Deutsche Regierung Erfüllung der zwischen Deutschland und den Baltenstaaten geschlossenen Wirtschaftsabkommen voraussetzt, so auch Sowjetregierung die Aufrechterhaltung des deutsch-litauischen Vertrags über Memeler Freihafengebiet fordern müsse, der ebenfalls Wirtschaftsvertrag sei.

Bitte mich zur Beantwortung der Verbalnote, deren Text mit nächstem Kurier folgt, baldigst instandzusetzen.

Gesandter Schnurre wird sich getrennt zu dieser Frage äußern.

SCHULENBURG

---

[1]) Dokument Nr. 166.

Nr. 170

Film 1379, S. 357 804—357 807

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Ab BERLIN am 31. August 1940 um 3 Uhr 12
An MOSKAU am 31. August 1940 um 10 Uhr

Diplogerma
Moskau
Nr. 1565 vom 30. August

Citissime

Ich bitte Sie, Herrn Molotow aufzusuchen und ihn über die Besprechungen in Wien und den deutsch-italienischen Schiedsspruch in der ungarisch-rumänischen Frage ungefähr in folgendem Sinne mündlich zu informieren:

Wie Molotow bereits früher mitgeteilt, hatte sich sowohl die rumänische als auch die ungarische Regierung schon vor längerer Zeit an den Führer und den Duce gewandt, um ihren Rat für die Lösung der territorialen Revisionsfrage zu erbitten. Der Führer und der Duce hatten daraufhin beiden Teilen sowie auch der bulgarischen Regierung dringend empfohlen, mit möglichster Beschleunigung eine Verständigung auf dem Wege unmittelbarer zweiseitiger Verhandlungen herbeizuführen.

Während die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen verhältnismäßig schnell zu einer grundsätzlichen Verständigung führten und jetzt auch den baldigen formellen Abschluß einer Vereinbarung erhoffen lassen, zeigte sich in letzter Zeit immer deutlicher, daß die ungarisch-rumänischen Verhandlungen auf die größten Schwierigkeiten stießen und daß eine Annäherung der Standpunkte der beiden Parteien nicht zu erkennen war. Letzthin spitzten sich die Beziehungen zwischen Ungarn und Rumänien so zu, daß ernstlich mit der Möglichkeit kriegerischer Komplikationen gerechnet werden mußte. Den wiederholten Bitten sowohl der ungarischen als auch der rumänischen Regierung entsprechend, hielt die Reichsregierung und die italienische Regierung es für notwendig, in einer nochmaligen persönlichen Aussprache unmittelbar auf beide Teile im Sinne einer beschleunigten Verständigung einzuwirken. Zu diesem Zweck wurde vor einigen Tagen mit ganz kurzer Frist die Zusammenkunft in Wien verabredet. Da aber der von den Rumänen und den Ungarn eingenommene Standpunkt eine unmittelbare Einigung nicht erhoffen ließ, und da andererseits beide Teile das Ersuchen um Fällung eines Schiedsspruchs an Deutschland und Italien richteten, haben die Reichsregierung und die italienische Regierung ihre früheren Be-

denken gegen einen solchen Schiedsspruch zurückgestellt und die Aufgabe einer schiedsrichterlichen Regelung übernommen.

Die Reichsregierung hat sich in Übereinstimmung mit der italienischen Regierung hierzu entschlossen, weil offensichtlich keine Aussicht mehr bestand, auf andere Weise eine friedliche Lösung zu erzielen, und weil beide Achsenmächte ein fundamentales Interesse an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in diesen Gebieten haben. Dieses Interesse ergibt sich, worüber ja zwischen Sowjetregierung und uns stets Einverständnis bestanden hat, vor allem aus der Tatsache, daß Deutschland und Italien aufs engste mit der rumänischen Wirtschaft verknüpft sind. So sind zum Beispiel die Förderung des rumänischen Öls und sein Transport nach Deutschland sowie die ungehinderten Einfuhren nach Deutschland von rumänischem Getreide usw. für die Achsenmächte für immer von vitaler Bedeutung. Eine kriegerische Verwicklung in diesen Gebieten, aus welchem Anlaß auch immer, hätte daher von der Achse nicht geduldet werden können. Nachdem die Sowjetregierung ihre Streitfrage mit Rumänien friedlich gelöst hat und auch das rumänisch-bulgarische Problem der Bereinigung nahe ist, war es notwendig, daß es nun nicht wegen des letzten noch offenen territorialen Problems doch noch hier zu einem kriegerischen Konflikt kommt. Bei den äußerst komplizierten geographischen und ethnographischen Verhältnissen in Siebenbürgen war die Entscheidung nicht leicht. Wir haben aber doch aus den Schwierigkeiten schließlich einen Ausweg gefunden, der auf einer gerechten und unparteiischen Abwägung aller in Betracht kommenden Interessen beruht. Deutschland und Italien haben mit dem von beiden Parteien vorbehaltlos anerkannten Schiedsspruch den bedrohten Frieden im Donauraum nunmehr gesichert. Um aber ein für allemal einer in diesen komplizierten territorialen und ethnographischen Gebieten leicht möglichen Wiederholung solcher Divergenzen vorzubeugen, haben die Achsenmächte die Garantie des nunmehr endgültig befriedeten rumänischen Staatsgebiets übernommen. Da der Schiedsspruch nach Lage der Dinge die Abtretung eines erheblichen Teils des bisherigen rumänischen Staatsgebiets in sich schließen mußte, war es ein natürliches rumänisches Bedürfnis, sowohl seine Grenze gegen Ungarn als überhaupt sein Staatsgebiet nunmehr als endgültig gesichert betrachten zu können. Da die von der Sowjetregierung gegen Rumänien erhobenen territorialen Ansprüche durch die Abtretung Bessarabiens ihre Erledigung gefunden haben, die Ansprüche Bulgariens jetzt befriedigt werden und Rumänien gegenüber Ungarn durch den Schiedsspruch seine endgültige Grenze erhalten hat, konnten für die Achsenmächte auch aus diesem Gesichtspunkt keinerlei Bedenken gegen die Gewährung einer solchen Garantie mehr bestehen.

Ich bitte Herrn Molotow in meinem Auftrag zu sagen, daß ich in Anbetracht der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Staaten Wert darauf lege, die Sowjetregierung über diese Vorgänge zu orientieren.

Wir annehmen, daß unter den vorstehend angeführten Gesichtspunkten auch die Sowjetregierung die von der Achse herbeigeführte Regelung begrüßt und als einen wertvollen Beitrag zur Sicherung des Friedens im Donauraum betrachtet. RIBBENTROP

Nr. 171

Film 104, S. 112 444

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm[1])

MOSKAU, den 1. September 1940, 2.08 Uhr
Ankunft den 1. September 1940, 4.40 Uhr

Citissime!

Nr. 1815 vom 31. 8. 1940.
Auf Telegramm vom 30. Nr. 1565. Geheim.

Für Herrn Reichsaußenminister:

Auftrag ausgeführt. Molotow, der sich im Vergleich zu seiner sonstigen Haltung reserviert zeigte, dankte für Information und erklärte folgendes:

Über Wiener Besprechungen sei die Sowjetregierung durch Presse und Rundfunk bereits unterrichtet. Er bäte mich, Aufmerksamkeit der Deutschen Regierung auf Tatsache zu lenken, daß sie durch ihr Vorgehen Artikel 3 Nichtangriffspakts verletzt habe, der Konsultation vorsehe[2]). Sowjetregierung sei von Deutscher Regierung vor vollzogene Tatsachen gestellt worden, was gegen getroffene Abmachungen verstößt und im Widerspruch stehe zu den Zusicherungen, die Sowjetregierung von Deutscher Regierung in bezug auf beide Staaten gemeinsam interessierende Fragen erhalten habe. Im vorliegenden Falle handle es sich um zwei der Sowjetunion benachbarte Staaten, wo sie selbstverständlich Interessen habe.

Ich habe Molotow gesagt, daß ich zu seinen Ausführungen nicht Stellung nehmen könne und meine Regierung unverzüglich unterrichten würde. Ich hätte persönlich die Vermutung, daß im vorliegenden Falle infolge der Dringlichkeit der Angelegenheit für eine Konsultation keine Zeit mehr vorhanden gewesen wäre.

SCHULENBURG

---

[1]) Randvermerk: Unter Nr. 95 am 1. 9., 5.30 Uhr, an den Sonderzug weitergegeben. Tel(egramm-) Ko(ntrolle).

[2]) Dokument Nr. 54.

Nr. 172

Film 1379, S. 357 818—357 821

Der Reichsaußenminister an die Deutsche Botschaft in Moskau

Telegramm

Ab BERLIN am 3. September 1940 um 6 Uhr 20.
An MOSKAU am 3. September 1940 um 13 Uhr 50.

Diplogerma

Moskau

Nr. 1580 vom 3. September.

Auf Telegramm Nr. 1815.

Ich bitte, Herrn Molotow erneut aufzusuchen und ihm auf seine Behauptung, daß Deutschland durch Vorgehen in Wien die Konsultationsverpflichtungen des Artikels 3 des Nichtangriffspakts verletzt habe, im Sinne der nachstehenden Notiz zu antworten und ihm diese Notiz sodann als Zusammenfassung Ihrer Instruktionen zu übergeben. Falls Ihrerseits zu der Instruktion noch etwas zu bemerken ist, bitte ich gegebenenfalls um Bericht vor Aufsuchen Molotows.

Wortlaut der Notiz:

Herr Präsident M. hat bei seiner letzten mündlichen Aussprache mit dem Botschafter Graf von der Schulenburg, als dieser ihn über die Wiener Besprechungen orientierte, gesagt, er müsse die Aufmerksamkeit Deutschlands auf die Tatsache lenken, daß es durch sein Vorgehen in Wien Artikel 3 des deutsch-russischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939 über die Konsultation verletzt habe. Sowjetregierung sei von Deutschland vor vollzogene Tatsachen gestellt worden, was gegen die getroffenen Abmachungen verstoße und in Widerspruch stehe zu den Zusicherungen, die die Sowjetregierung von Deutschland in bezug auf beide Staaten gemeinsam interessierende Fragen erhalten habe. Es handele sich in dem vorliegenden Falle um zwei der Sowjetunion benachbarte Staaten, wo sie selbstverständlich Interessen habe.

Im Bewußtsein ihrer freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, die sich seit Abschluß der Verträge von 1939 zur beiderseitigen Zufriedenheit weiterentwickelt und sowohl auf wirtschaftlichem als auch politischen Gebiet vertieft haben, nimmt die Reichsregierung zu der von der Sowjetregierung vertretenen Auslegung des deutsch-russischen Nichtangriffspakts folgende Stellung ein:

In dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt wurde in Artikel 3 eine Verpflichtung zur gegenseitigen Information und Konsultation über beide Teile gemeinsam interessierende Fragen vereinbart. Gleichfalls wurde in Moskau bei der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären von sowjetrussischer Seite das Interesse an Bessarabien betont und deutscherseits das politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt. Daß Deutschland aber selbstverständlich an den übrigen rumänischen Gebieten und an den sonstigen Fragen des Donauraums weitgehend und im Hinblick auf die engste Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit Rumänien besonders im Zusammenhang mit den Öl- und Getreidefragen sogar vital interessiert ist, ist allgemein bekannt und ist im übrigen auch der Sowjetregierung bei verschiedenen Gelegenheiten *mitgeteilt* und *von ihr im übrigen voll* und ganz anerkannt worden. Dagegen liegen nach Erledigung der Bessarabien-Frage solche Interessen an dem übrigen rumänischen Staatsgebiet seitens der Sowjetunion nicht vor und sind weder bei Moskau-Abmachung noch auch später von Sowjetunion Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht worden. Dasselbe gilt für Ungarn. Von einem Vorliegen gemeinsamer Interessen im Sinne des Moskauer Nichtangriffspaktes kann mithin hier nicht gesprochen werden. Wenn es sich daher bei Rumänien und Ungarn auch um Nachbarländer handelt, so liegt eine Verletzung der Konsultationsverpflichtungen durch Deutschland keinesfalls vor.

Reichsregierung glaubt im übrigen, um so mehr Berechtigung zu dieser Auffassung zu haben, als die Sowjetregierung auch ihrerseits *in verschiedenen Fällen ihres politischen Vorgehens in* der letzten Zeit die Tatsache der Nachbarschaft der von ihren Aktionen betroffenen Gebieten zu Deutschland keineswegs als Grund zu einer vorherigen Konsultation mit der Reichsregierung angesehen hat. Die Reichsregierung weist in diesem Zusammenhang auf das Vorgehen Rußlands in den baltischen Ländern, insbesondere Litauen, hin. In letzterem Fall lag, abgesehen von der Nachbarschaft Litauens zu Deutschland, noch die Verpflichtung vor, Deutschland ein bestimmtes Gebiet im Südwesten Litauens zu übergeben für den Fall, daß die Sowjetunion auf litauischem Gebiete zur Wahrnehmung ihrer Interessen besondere Maßnahmen treffen würde. Trotzdem aber hat die Sowjetunion dieses Gebiet militärisch besetzt, obwohl dasselbe infolge der russischen Maßnahmen ohne weiteres als zu Deutschland gehöriges Gebiet hätte behandelt werden müssen. Erst auf Vorstellung Reichsregierung ist diese Frage wieder aufgerollt worden.

Im übrigen darf noch hinzugefügt werden, daß auch bei der Besetzung Bessarabiens und der Nordbukowina Reichsregierung nur eine ganz kurzfristige Mitteilung von der Sowjetunion erhielt[1]), obwohl im Hin-

blick auf die vielen dort wohnenden Deutschen auch in diesem Fall ein besonderes Interesse Deutschlands vorlag und obwohl die Reichsregierung seinerzeit schon hingewiesen hat, daß es für Deutschland ein Novum war. Trotzdem hat Reichsregierung in Anbetracht ihrer freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und in ihrem Wunsch nach einer Befriedung des Donauraums es sich angelegen sein lassen, rumänische Regierung, die sich mit dringendsten Vorstellungen um Unterstützung an Reichsregierung gewandt hatte, den ernsten Rat zur friedlichen Regelung dieser Frage, daß heißt zur Abtretung dieses Gebiets an Sowjetunion erteilt[2]).

Schließlich möchte Reichsregierung unter Bezugnahme auf die Behauptung, daß Deutschland die Sowjetunion vor vollendete Tatsachen gestellt habe, noch bemerken, daß, während es sich bei den Maßnahmen der Sowjetunion um planmäßige, der Reichsregierung aber vorher nicht angekündigte Inbesitznahme verschiedener Gebiete in der Nachbarschaft Deutschlands handelte, das Vorgehen der Reichsregierung hinsichtlich Rumäniens und Ungarns dem Zweck diente, den durch die zwischen den beiden Ländern bestehende Spannung ernstlich bedrohten Frieden im Donauraum zu sichern, was nur durch schnellstes diplomatisches Eingreifen möglich war. Im übrigen glaubt Reichsregierung wohl nicht zu Unrecht, daß sie mit ihrer Befriedungsaktion im Donauraum allen Anräumern[3]) dieser Gebiete einen wesentlichen Dienst geleistet hat. RIBBENTROP

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 146.
[2]) Dokument Nr. 155.
[3]) Fehlentzifferung für „Anrainern"?

Nr. 173

Film 1379, S. 357 823—357 824

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

Auswärtig
Berlin
Citissime!

Tel. Nr. 1841 vom 4. 9.

Auf Tel. Nr. 1580 vom 3. 9.

Für den Herrn Reichsaußenminister.

Ich wäre für Ermächtigung dankbar, die in der Molotow zu übergebenden Notiz enthaltenen Gedankengänge in dem Sinne ergänzen

zu dürfen, daß die Sowjetregierung durch die von ihr mit unerwarteter Beschleunigung herbeigeführte Regelung der Bessarabienangelegenheit den großen Fragenkomplex erst ins Rollen gebracht und uns dadurch zur Vermeidung kriegerischer Verwicklungen auf dem Balkan gezwungen habe, in Sachen rumänisch-ungarischen Streites kurzfristige Entscheidungen zu treffen.

Die Einleitung zum vorletzten Absatz der Notiz dürfte der Sowjetregierung die Möglichkeit geben, uns entgegenzuhalten, daß sie der Deutschen Regierung vor ihrer Aktion in Bessarabien Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben und letztere abgewartet hatte.

Ferner würde ich vorschlagen, im dritten Absatz der Notiz die Worte „und sind weder bei Moskau-Abmachung noch auch später von Sowjetunion Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht worden" zu streichen, weil sie Molotow Anlaß geben könnten, erneut auf die Unterhaltung zwischen Mackensen und dem sowjetischen Geschäftsträger in Rom vom Mai d. J. zurückzukommen (vgl. diesseitige Telegramme Nr. 1063[1]) vom 3. 6., Nr. 1079[2]) vom 6. 6., Nr. 1094[3]) vom 7. 6. und Drahterlaß Nr. 1007[4]) vom 15. [16.] 6.) und festzustellen, daß Sowjetregierung damals ihr Interessement wiederholt bekundet habe.

Des weiteren würde meine Unterhaltung mit Molotow wesentlich erleichtert werden, wenn ich gleichzeitig instandgesetzt würde, ihm in der Angelegenheit des litauischen Gebietsstreifens, die Molotow inzwischen mehrmals angemahnt hat, sowie in der Frage der Memeler Freihafenzone (vgl. diesseitige Telegramme Nr. 1799[5]) und Nr. 1800[3]) vom 30. 8.) die Stellungnahme der Deutschen Regierung mitzuteilen. Frage Memeler Freihafenzone ist am 2. 9. auch von Mikojan bei Schnurre in einer Form zur Sprache gebracht worden, die über eine Verstimmung der Sowjetregierung keinen Zweifel läßt und Weiterverfolgung unserer Interessen in den Baltenstaaten außerordentlich erschwert (vgl. Tel. Nr. 1829[3]) vom 3. 9.).

Erbitte Drahtanweisung[6]).

SCHULENBURG

---

[1]) Dokument Nr. 132.
[2]) Dokument Nr. 133.
[3]) Nicht gedruckt.
[4]) Dokument Nr. 137.
[5]) Dokument Nr. 169.
[6]) Dokument Nr. 175.

Nr. 174

Film 104, S. 112 457

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts an die Deutsche Botschaft in Moskau

BERLIN, den 5. September 1940
zu Pol. I 969 gRs.

Ref.: LR. Kramarz

Diplogerma

Moskau
Nr. 1604

Telegramm (Konzept)

Kriegsmarine beabsichtigt, an Murmanküste Stützpunkt aufzugeben, da solche jetzt in Norwegen vorhanden. Bitte Russen diesen Entschluß mitzuteilen und im Namen der Reichsregierung für wertvolle Unterstützung Dank übermitteln. Oberbefehlshaber der Kriegsmarine[1]) beabsichtigt, in persönlichem Schreiben auch Oberbefehlshaber der Sowjetmarine im Anschluß an offizielle Übermittlung seinen Dank auszusprechen. Erbitte daher Drahtbericht, wenn Unterrichtung erfolgt.

WOERMANN

---

1) Großadmiral Raeder.

Nr. 175

Film 1379, S. 357 827—357 830

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Ab BERLIN am 6. September 1940 um 4 Uhr 35
An MOSKAU am 6. September 1940 um 10 Uhr

Diplogerma

Moskau

Citissime.

Telegramm Nr. 1609 vom 5. September.

Für Herrn Botschafter persönlich.

Auf Telegramm Nr. 1841[1]).

Zu Ihren Vorschlägen bemerke ich zu Ihrer Information folgendes:

1. Es ist richtig, daß die ungarischen und bulgarischen Revisionsansprüche gegen Rumänien durch die Besetzung Bessarabiens und der

Nord-Bukowina ins Rollen gebracht worden sind. Dagegen wird man nicht behaupten können, daß die russische Aktion es gewesen sei, die unser diplomatisches Eingreifen so dringend gemacht hätte, daß aus diesem Grunde ein Herantreten an die Sowjetregierung nicht mehr möglich gewesen sei. Im übrigen wird die Notwendigkeit schnellen diplomatischen Eingreifens im Schlußsatz der Notiz betont. Ich bitte Sie daher, in der Notiz im ersten Satz des vorletzten Absatzes hinter den Worten „Besetzung Bessarabiens und der Nord-Bukowina" den Relativsatz einzufügen, „die den Anstoß auch zur jetzigen Aufrollung der Revisionsforderungen gegen Rumänien gegeben hat".

2. Daß die Sowjetregierung uns vor Besetzung Bessarabiens und der Nord-Bukowina formal Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat, wird in unserer Notiz nicht bestritten, sondern es wird nur hervorgehoben, daß sie uns dafür nur eine ganz kurze Frist gegeben hat. In dieser Beziehung ist also eine Änderung der Fassung der Notiz nicht notwendig.

3. Die Worte im dritten Absatz der Notiz, in denen gesagt wird, daß solche Interessen in Rumänien seitens Sowjetunion weder bei Moskauer Abmachungen noch auch später Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht worden seien, bitte ich unverändert beizubehalten. Wenn Herr Molotow den Einwand machen sollte, daß die Sowjetregierung bei den Unterhaltungen über das Gespräch zwischen Mackensen und dem sowjetischen Geschäftsträger in Rom[2]) ihr Interesse an Rumänien bekundet habe, so wäre darauf zu erwidern, daß ein solches Interesse aus seiner damaligen Anfrage habe nicht entnommen werden können, da er sich damals nur nach Stellungnahme der Reichsregierung zu einer angeblichen Äußerung Mackensens erkundigt habe, die dieser in Wahrheit in dem behaupteten Sinne gar nicht abgegeben hatte. Im übrigen möchte ich zu Ihrer persönlichen Information hierzu bemerken, daß diese Stelle unserer Notiz von besonderer Bedeutung ist, weil es uns darauf ankomme, Sowjetregierung gegenüber bei dieser Gelegenheit ein für allemal zu etablieren, daß wir in Rumänien ganz vitale Bedeutung und prädominierende Interessen haben, die uns veranlaßt haben, das rumänische Staatsgebiet in seiner jetzigen Grenze zu garantieren. Ich bitte, das bei Ihrer Sprachregelung jetzt und in Zukunft zu beachten. Sie könnten — wenn nötig — Herrn Molotow in diesem Zusammenhang mündlich darauf hinweisen, daß nach Erledigung der bessarabischen Frage der bloßen geographischen Nachbarschaft der Sowjetunion zu Rumänien nicht eine Bedeutung beigemessen werden könne, die sich mit den deutschen Interessen in Rumänien vergleichen ließe. Die Sowjetunion besitze im Gegensatz zu Deutschland ja selbst genug

Ölquellen und Getreideproduktion, so daß ihr Verhältnis zu Rumänien schon aus diesem Grunde mit dem unsrigen keinenfalls auf die gleiche Stufe gestellt werden könne. Ich bitte aber eine solche ins einzelne gehende Diskussion von sich aus nicht herbeizuführen.

4. Ich überlasse es Ihnen, ob Sie es für opportun halten, bei dieser Gelegenheit auf die Frage des litauischen Gebietsstreifens einzugehen[3]). Wenn Sie glauben, daß dies angebracht ist, können Sie Herrn Molotow sagen, daß die Reichsregierung grundsätzlich bereit sei, gegen eine angemessene Gegenleistung auf die in Moskau vereinbarte Überlassung des litauischen Gebietsstreifens zu verzichten. Die von der Sowjetregierung angebotene Gegenleistung sei allerdings für uns in dieser Form keinenfalls annehmbar. Wir seien im Augenblick damit befaßt, einen Vorschlag wegen einer angemessenen Gegenleistung auszuarbeiten und würden mit diesem Vorschlag demnächst an die Sowjetregierung herantreten.

5. Dagegen bitte ich Sie, bei dieser Gelegenheit die Frage des Memeler Freihafens[4]) Ihrerseits nicht anzuschneiden. Wir müssen an unserem Standpunkt festhalten, daß wir der Sowjetregierung eine Freihafenzone in Memel nicht einräumen können. Diese Frage wird aber gesondert mit der Sowjetregierung zu erörtern sein.

Über den Verlauf Ihrer Unterhaltung mit Herrn Molotow bitte ich drahtlich zu berichten.

RIBBENTROP

---

1) Dokument Nr. 173.
2) L. Helphand.
3) Vgl. Dokument Nr. 164.
4) Vgl. Dokumente Nr. 166 und 169.

Nr. 176

Film 104, S. 112 472

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

MOSKAU, den 10. September 1940 0.55 Uhr
Ankunft: den 10. September 1940 4.30 Uhr

Nr. 1884 vom 9. 9.

Citissime!

Auf Telegramm vom 5. Nr. 1609[1]).

Für Reichsminister persönlich:

Weisung ausgeführt. Notiz heute abend Molotow übergeben. Molotow las sie aufmerksam durch und erklärte, Angelegenheit sei für Sowjetregierung so wichtig, daß sie schriftlich antworten werde.

Er müsse jedoch schon jetzt feststellen, daß Stellungnahme Deutscher Regierung sowjetischen Standpunkt nicht ändern könne. Sowjetregierung bestehe auf ihrer Auffassung, daß Vorgehen Deutscher Regierung in Wien nicht ganz loyal gewesen wäre, da sie nicht im unklaren darüber hätte sein können, daß Sowjetregierung an Rumänien und Ungarn interessiert sei. Dabei bestreite Sowjetregierung keineswegs, daß Deutschland in Rumänien besondere Interessen habe.

Molotow wies zur Begründung seines Standpunkts besonders darauf hin, daß in der Gesamtweltpresse als selbstverständlich angenommen würde, daß im vorliegenden Fall eine Konsultation zwischen Deutschland und Sowjetunion bestimmt stattgefunden habe.

SCHULENBURG

---

[1]) Pol V.

Nr. 177

Film 407, S. 214 737

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 10. September 1940 17.58 Uhr
Ankunft: den 11. September 1940 20.00 Uhr

Nr. 1900 v. 11. 9.
Auf Telegramm v. 10. Nr. 1649[1]).

Cito!

Molotow zeigte sich sehr interessiert und ließ sich die Mitteilung, daß „die Reichsregierung grundsätzlich bereit sei, gegen eine angemessene Gegenleistung auf die in Moskau vereinbarte Überlassung des litauischen Gebietsstreifens zu verzichten"[2]), mehrmals wiederholen. Ich hatte den Eindruck, daß Molotow hiervon befriedigt war. Die Feststellung, daß die angebotene Gegenleistung für uns in dieser Form keinesfalls annehmbar sei und die deutsche Seite mit Ausarbeitung eines Gegenvorschlags befaßt wäre, nahm Molotow mit Interesse zur Kenntnis, ohne sich weiter zu äußern.

SCHULENBURG

---

[1]) RAM 278 (nicht gedruckt)
[2]) Dokument Nr. 175.

Nr. 178

Film F 5, S. 0463—0464

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm (Konzept)

RAM 31 g. Rs.

BERLIN, den 16. September 1940

Diplogerma Moskau

Für Botschafter persönlich!

Bitte am 21. September nachmittags, falls bis dahin keine andere Weisung erfolgt, Herrn Molotow aufzusuchen und ihm mündlich und möglichst bei Gelegenheit der Ausführung eines anderen Auftrags leichterhand folgendes mitzuteilen:

Die fortwährenden Einflüge englischer Flieger nach Deutschland und in die von Deutschland besetzten Gebiete machen es erforderlich, die Abwehr an einigen Punkten, insbesondere auch in Nordnorwegen, zu verstärken. Zu dieser Verstärkung gehört eine Flakabteilung, die mit ihrer Ausrüstung nach Nordnorwegen gelegt werden soll. Die Prüfung der Transportmöglichkeiten hat ergeben, daß hierfür nur der Weg über Finnland die geringsten Schwierigkeiten bietet. Diese Flakbatterie wird voraussichtlich am 22. September in der Nähe von Haparanda an Land gebracht und zunächst mit Eisenbahn, für den Rest der Strecke auf dem Landwege nach Norwegen transportiert werden.

Die Finnische Regierung hat unter Würdigung der besonderen Umstände dem deutschen Ersuchen, diesen Transport zuzulassen, Folge geleistet.

Wir legten Wert darauf, der Sowjetregierung von dieser Maßnahme vorher Kenntnis zu geben. Wir setzten dabei voraus und bäten um ausdrückliche Bestätigung, daß die Sowjetregierung diese Mitteilung völlig geheim hält.

Drahtbericht über Ausführung. RIBBENTROP

Nr. 179

Film F 5, S. 0464

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Gesandten in Finnland Dr. von Blücher

Telegramm (Konzept)

[BERLIN, den 16. September 1940]

Diplogerma Helsinki

Für Gesandten persönlich.

Durch deutsche und finnische militärische Stellen sind Vereinbarungen über den Durchtransport einer Flakabteilung durch Finn-

land getroffen worden. Ich habe hierüber der Botschaft Moskau wie folgt gedrahtet:

(Folgt Text des Dokuments Nr. 178)

Schluß des Telegramms nach Moskau.

Bitte dortigen Außenminister[1]) am 21. September nachmittags über den in Moskau erfolgenden Schritt zu unterrichten.

RIBBENTROP

---

[1]) Dr. R. J. Witting.

Nr. 180

Film 104, S. 112 531—112 532

Aufzeichnung des Deutschen Botschafters in Moskau

Aufzeichnung

Betr.: Unterredung mit Molotow vom 21. 9. 40 über Wiener Besprechungen.

Vor meiner Abreise nach Berlin empfing mich Molotow am 21. 9. 40 um 5 Uhr nachmittags. Er übergab mir bei dieser Gelegenheit ein ausführliches Memorandum[1]) in Beantwortung des deutschen Memorandums, das ich ihm am 9. 9. 40 im Auftrage der Reichsregierung in der Angelegenheit der Wiener Besprechungen übermittelt hatte.[2])

Im Laufe der Unterhaltung erläuterte Molotow mündlich den Inhalt des Memorandums, wobei er im wesentlichen die gleichen Gedankengänge wie am 9. 9.[3]) zum Ausdruck brachte (vgl. die Aufzeichnung von B(otschafts-)R(at) Hilger vom 18. 9. 40[4]).

Auf meinen Hinweis, es sei mir nicht erinnerlich, daß er — Molotow — von einer deutschseitigen Unterstützung der Ansprüche der Sowjet-Regierung auf Süd-Bukowina jemals gesprochen habe, und daß ich mich lediglich auf das beiläufig hingeworfene Wörtchen, die Sowjetunion wolle sich „vorläufig" auf die Nord-Bukowina beschränken, besinnen könne, erwiderte Molotow, daß er diese Bemerkung seinerzeit offenbar in unbestimmter Form gemacht habe.

Sodann kam Molotow — und zwar mehrmals — auf den letzten Absatz des Memorandums zurück, in dem er unterstrich, daß von einer Abänderung bzw. Annullierung des Artikels 3 des Nichtangriffsvertrages gesprochen werden könne, falls dieser Artikel für uns irgendwie unbequem sei oder sich als beengend herausgestellt habe.

Ich erwiderte, daß m. E. die Deutsche Regierung keinerlei in dieser Richtung gehende Absichten hege.

Herr Molotow führte ferner aus, daß das deutsche Vorgehen in Wien der ausländischen Presse den Anlaß dazu gegeben habe, von *deutsch-sowjetischen Unstimmigkeiten zu sprechen* und zu behaupten, daß die rumänische Grenzgarantie gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Man hätte all diesen Gerüchten mit Leichtigkeit vorbeugen können, wenn man die Sowjetregierung nach ihren Absichten vorher gefragt hätte. Die Sowjetregierung hätte in einem solchen Falle die eindeutige Antwort erteilt, daß sie keinerlei Angriffsabsichten gegen Rumänien habe.

Herr Molotow wiederholte zum Schluß seine Bitte, daß ich während meines Aufenthaltes in Berlin alles tun möge, um den Standpunkt der Sowjetregierung in dieser Frage klarzustellen, was ich ihm selbstverständlich zusicherte.

MOSKAU, den 21. September 1940.

gez. Graf von der SCHULENBURG

---

1) Dokument Nr. 181.

2) Vgl. Dokumente Nr. 172, 173 und 175.

3) Dokument Nr. 176.

4) Nicht gedruckt. In Pol 2 Nr. 1, Bd. 3, der Moskauer Botschaftsakten: Film 3590 H (Ergänzung zu Film 1379 H), Seite E 025 879—882.

Nr. 181

Film 104, S. 112 533—112 538

Das Volkskommissariat der Auswärtigen Angelegenheiten der UdSSR an den Deutschen Botschafter in Moskau

Memorandum

In Beantwortung des Memorandums des deutschen Botschafters Graf von der Schulenburg vom 9. September d. J. beehrt sich das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten Nachstehendes zu erklären:

1. Die Deutsche *Reichsregierung stellt in Beantwortung* der Erklärung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten W. M. Molotow vom 31. August d. J., wonach die Deutsche Reichsregierung sich über den Artikel 3 des Konsultationsvertrages hinweggesetzt habe, fest, daß Deutschland seine Konsultationsverpflichtungen nicht verletzt habe. Zur Begründung dieses ihres Standpunktes beruft sich die Deutsche *Reichsregierung* darauf, daß nach der Lösung der bessarabischen Frage die UdSSR und Deutschland vom Standpunkte des Moskauer Nichtangriffsvertrages keine gemeinsamen Interessen in bezug auf Rumänien und Ungarn mehr hätten.

Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß eine solche Auslegung seitens der Deutschen Reichsregierung dem Artikel 3 des Vertrages vom 23. August 1939 widerspricht, kraft dessen die vertragschließenden Teile sich verpflichten, künftig „fortlaufend mit Konsultation in Fühlung miteinander zu bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren".

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die in Wien gefaßten Beschlüsse betreffs Übergabe eines bedeutenden Teiles von Transylvanien an Ungarn und betreffs Garantierung des Staatsterritoriums von Rumänien durch Deutschland und Italien sich gerade auf die Fragen beziehen, die die gemeinsamen Interessen unserer Länder berühren und infolgedessen zu der im Artikel 3 des Vertrages vom 23. August 1939 vorgesehenen Konsultation verpflichten. Gewisse Informationen über die oben erwähnten Wiener Beschlüsse wurden aber seitens der Deutschen Reichsregierung der Regierung der UdSSR erst nach dem Schiedsspruch von Wien erteilt, was die Sowjetunion vor eine vollendete Tatsache gestellt hatte.

Die Sowjetregierung muß auch auf den Umstand hinweisen, daß durch die Erteilung der Garantien an Rumänien bezüglich ihres Staatsterritoriums[1]) Anlaß für die Behauptung gegeben wurde, daß dieser Akt der Deutschen Reichsregierung gegen die UdSSR gerichtet sei. Wie bekannt, haben Behauptungen solcher Art tatsächlich eine erhebliche Verbreitung gefunden. Hätte sich indessen die Deutsche Reichsregierung im voraus an die Regierung der UdSSR mit dieser Frage gewandt, so wäre jeder Anlaß zur Verbreitung von solchen Behauptungen fortgefallen, und die Deutsche Reichsregierung hätte sich gleichzeitig völlig davon überzeugt, daß die UdSSR nicht beabsichtigt, die territoriale Unantastbarkeit Rumäniens zu bedrohen. Hieraus geht die außerordentliche Bedeutung der rechtzeitigen Information und Konsultation über Fragen hervor, die die gemeinsamen Interessen der UdSSR und Deutschland berühren.

Die Sowjetregierung ist leider gezwungen, festzustellen, daß der in der Antwort der Deutschen Reichsregierung vom 9. September d. J. geäußerte Standpunkt auch mit der Erklärung nicht übereinstimmt, die Graf von der Schulenburg im Auftrage der Deutschen Reichsregierung am 23. Juni d. J. abgegeben hat. Wie bekannt, hat die Deutsche Reichsregierung in diesem Fall auf eine spezielle Anfrage der Sowjetregierung geantwortet, daß die aus dem Artikel 3 des Vertrages resultierenden Verpflichtungen über Information und Konsultation sich auf die Länder von Südosteuropa und des Balkans beziehen. Aus dem Dargelegten geht hervor, daß die Deutsche Reichsregierung im Juni d. J. die Konsultationspflicht über Fragen, die sich

auf solche Länder, wie Rumänien und Ungarn, beziehen, anerkannt hat, besonders über so große Fragen, wie sie in Wien behandelt wurden und die die Interessen der UdSSR berühren.

Die Sowjetregierung hält es ihrerseits für ihre Pflicht mitzuteilen, daß sie ihre Erklärungen über die Anerkennung der besonderen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Rumänien, besonders auf dem Gebiete der Naphta- und Getreidelieferungen, bestätigt. Sie sieht sich aber gleichzeitig genötigt, zu erklären, daß der Hinweis darauf, als ob die Sowjetregierung, wie aus dem Memorandum des Grafen von der Schulenburg vom 9. September d. J. entnommen werden kann, nach der Lösung der bessarabischen Frage voll und ganz die ausschließlichen Interessen Deutschlands in den rumänischen und auch in den übrigen das Donaubecken betreffenden Fragen anerkannt hat, unrichtig ist. In Wirklichkeit aber hat die Sowjetregierung weder mündlich noch schriftlich ein solches Recht Deutschlands anerkannt.

2. Zur Begründung des Ausbleibens einer Konsultation mit der Regierung der UdSSR in den Wiener Beschlüssen beruft sich die Deutsche Reichsregierung darauf, daß angeblich auch die Regierung der UdSSR mit der Deutschen Reichsregierung über ihre Maßnahmen in den Baltischen Ländern, insbesondere in Litauen, nicht in Konsultation getreten ist und bezüglich Bessarabiens und Nordbukowinas nur eine kurzfristige Benachrichtigung gemacht hat.

Die Sowjetregierung muß vor allem darauf hinweisen, daß während der ganzen Zeit der Wirkung des Vertrages vom 23. August 1939 die Deutsche Reichsregierung kein einziges Mal erklärt hat, daß die Sowjetregierung ihre im Vertrag vorgesehenen Verpflichtungen verletzt hat oder mit der Deutschen Regierung nicht in Konsultation über die oben erwähnten Fragen getreten ist. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß die beste Art zur Herstellung des gegenseitigen Verständnisses und zur Sicherung der vollständigen und wirksamen Verwirklichung der im Vertrag vorgesehenen Verpflichtungen eine rechtzeitige Erklärung über alle auftauchenden Ansprüche ist, falls solche Ansprüche tatsächlich vorliegen. Die Sowjetregierung muß darauf hinweisen, daß sie im Laufe des ganzen Jahres der Wirkung des Vertrages vom 23. August 1939 von der Deutschen Reichsregierung keine solche Erklärungen und Ansprüche erhalten hat.

Zum Wesen der erwähnten Frage übergehend, hält es die Sowjetregierung für notwendig, mitzuteilen, daß die erwähnte Erklärung *der Deutschen Reichsregierung in Widerspruch zu der wirklichen* Sachlage steht. Die Sowjetregierung hat nicht nur im voraus die

Deutsche Reichsregierung über die von ihr beabsichtigten Maßnahmen in den Baltischen Staaten, insbesondere in Litauen, informiert, sondern hat sogar von der Deutschen Reichsregierung am 17. Juni d. J. eine Mitteilung erhalten, wonach die von der Sowjetregierung in diesen Staaten durchgeführten Maßnahmen von Deutschland als Maßnahmen betrachtet würden, die nur die Sowjetunion und die genannten Staaten angehen[2]). Eine solche Erklärung seitens der Deutschen Reichsregierung war der Sowjetregierung völlig verständlich, zumal Deutschland noch im August 1939 die besonderen Interessen der Sowjetunion in den Baltischen Staaten anerkannt hat und die Maßnahmen, die die Sowjetunion hinsichtlich dieser Staaten, insbesondere hinsichtlich Litauens, durchgeführt hat, in keiner Weise über den Rahmen des Sowjetisch-Deutschen Paktes vom 23. August 1939 hinausgegangen sind. Was jedoch ein bestimmtes Gebiet im Südosten Litauens betrifft, so hat die Sowjetregierung im Juni d. J. die Rechte Deutschlands darauf klar bestätigt und ihre neuen Vorschläge betreffend dieses litauischen Gebiets einer besonderen Verständigung mit der Deutschen Reichsregierung überlassen.

Dasselbe muß in der Frage betreffs Bessarabiens und Bukowina gesagt werden, in bezug auf welche die Sowjetregierung eine Konsultation mit der Deutschen Reichsregierung hatte, wobei sie dem von der Deutschen Reichsregierung geäußerten Standpunkt entgegenkam, indem sie ihre Absichten hinsichtlich der Bukowina wesentlich einschränkte. Gleichzeitig gab sie der Hoffnung Ausdruck, daß die Deutsche Reichsregierung sie in Zukunft bei der Aufrollung der Frage bezüglich der Südbukowina unterstützen würde. Diese Erklärung der Sowjetregierung hat keinen Widerspruch seitens Deutschlands gefunden.

Ihre Haltung in den Fragen, die Rumänien betreffen, hat die Sowjetregierung außerdem am 25. Juni d. J. auch der Italienischen Regierung durch den Italienischen Botschafter Herrn Rosso mitgeteilt, wobei sie überzeugt war, daß die Deutsche Reichsregierung von dieser Mitteilung der Sowjetregierung rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden würde. In dieser Mitteilung hat die Sowjetregierung mit der Betonung, daß die UdSSR von Rumänien nur das erhalten wolle, was ihr rechtmäßig gehöre, erklärt: „Was andere Gebiete Rumäniens anbetrifft, so berücksichtigt die UdSSR die Interessen Italiens und Deutschlands und ist bereit, sich über diese Fragen mit ihnen zu verständigen"[3]).

Auf Grund des oben dargelegten hält die Sowjetregierung es für notwendig, zu erklären, daß die von ihr durchgeführten Maßnahmen

in bezug auf die Baltenstaaten und Bessarabien sich in voller Übereinstimmung mit dem Sowjetisch-Deutschen Vertrag befanden, und daß die neuen kleinen Fragen, die in diesem Vertrag nicht vorgesehen sind, von der Sowjetregierung in Übereinstimmung mit der Deutschen Reichsregierung gelöst wurden und gelöst werden.

Demnach wird die Berufung der Deutschen Reichsregierung auf die von der Sowjetunion im Baltikum durchgeführten Maßnahmen als Erklärung für das Ausbleiben einer Konsultation mit der Sowjetregierung über die Wiener Beschlüsse durch die Tatsachen nicht bekräftigt und ist daher unbegründet.

3. Zum Schluß weist die Deutsche Regierung auf den Umstand hin, daß sie bei der Lösung des ungarisch-rumänischen Streites am 30. August den Weg einer sehr schnellen diplomatischen Intervention beschreiten mußte.

Aus diesem Anlaß hält die Sowjetregierung es für notwendig, daran zu erinnern, daß über diese Frage schon während der Besprechungen in Salzburg zwischen der Deutschen Reichsregierung und den Regierungen Ungarns und Rumäniens beraten wurde[4]), und daß infolgedessen die Deutsche Reichsregierung genügend Zeit zur Verfügung hatte, um mit der Regierung der UdSSR über diese Frage in Konsultation zu treten.

Der oben erwähnte Umstand kann also nicht als Rechtfertigung für die Nichterfüllung der im Nichtangriffsvertrag vorgesehenen Konsultationspflicht seitens der Deutschen Reichsregierung in der rumänischen Frage und im ungarisch-rumänischen Streit dienen.

Die Sowjetregierung ist fest davon überzeugt, daß die genaue und strikte Erfüllung dieses Vertrages, insbesondere des Artikels 3 des Vertrages, eine der wichtigsten Bedingungen auch in der Sache der Befriedung des Donaubeckens ist, wovon im Memorandum vom 9. September d. J. die Rede ist.

Zum Schluß hält die Sowjetregierung es für notwendig, zu dem oben dargelegten hinzuzufügen, daß, wenn der Artikel 3 des Nichtangriffsvertrages vom Standpunkt der Deutschen Reichsregierung gewisse Unbequemlichkeiten und Beengungen mit sich bringt, die Sowjetregierung bereit ist, über die Frage einer Änderung oder Beseitigung dieses Vertragsartikels zu verhandeln. Über Zeit und Form der Behandlung dieser Frage hält die Sowjetregierung eine besondere Verständigung für zweckmäßig.

MOSKAU, den 21. September 1940.

---

1) Vgl. Dokument Nr. 170.
2) Vgl. Dokument Nr. 144.
3) Vgl. Dokument Nr. 152.
4) Vgl. Dokumente Nr. 162 und 163.

VI. Die UdSSR und der Dreimächtepakt, 25. September bis 26. November 1940

Nr. 182

Film 285, S. 181 759—181 761

Der Reichsaußenminister
an den Deutschen Geschäftsträger in Moskau

Telegramm

Ab BERLIN am 26. 9. (ohne Zeitangabe)
an MOSKAU am 26. 9. um 12 Uhr 05

Diplogerma
Moskau
Citissime

Telegramm Nr. 1746 vom 26. 9.*)

Streng geheim. Ausschließlich für Geschäftsträger persönlich.

Folgende Instruktion ist erst auszuführen, wenn Ihnen im Laufe des Donnerstags von meinem Ministerbüro telefonisch oder telegrafisch das Wort „Ausführung" durchgegeben wird[1]):

Ich bitte Sie, am Donnerstag, den 26. September, Herrn Molotow aufzusuchen und ihm in meinem Namen mündlich zu sagen, daß ich mit Rücksicht auf freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetunion Wert darauf lege, ihn im voraus über folgendes streng vertraulich zu informieren[2]):

1. das kriegshetzerische Treiben in Amerika[a]), das in diesem Stadium der endgültigen Niederringung Englands nach einem letzten Ausweg in der Ausweitung und Verlängerung des Krieges sucht, hat zu Verhandlungen zwischen den beiden Achsenmächten einerseits und Japan andererseits geführt, die ihren Niederschlag, und zwar voraussichtlich in den nächsten Tagen, in der Unterzeichnung eines Militärbündnisses zwischen den drei Mächten haben wird.

2. Dieses Bündnis ist, entsprechend seinem Entstehungsgrund, ausschließlich gegen amerikanische[b]) Kriegshetzer gerichtet. Das wird zwar in dem Vertrag üblicherweise nicht ausdrücklich gesagt, ist aber aus seiner Fassung völlig eindeutig zu entnehmen.

3. Der Vertrag verfolgt selbstverständlich keinerlei offensive Ziele. Sein ausschließlicher Zweck ist vielmehr, die zum Kriegseintritt Amerikas[c]) treibenden Elemente zur Vernunft zu bringen,

indem ihnen unmißverständlich vor Augen geführt wird, daß sie, wenn sie in den gegenwärtigen Kampf eingreifen, es automatisch zunächst mit den drei Großmächten als Gegner zu tun haben würden.

4. Die drei Vertragsmächte sind sich von Beginn ihrer Verhandlungen an vollkommen einig darüber gewesen, daß ihr Bündnis in keiner Weise das Verhältnis berühren soll, das jede der drei Mächte zur Sowjetunion hat. Um das auch nach außen hin außer Zweifel zu stellen, ist in den Vertrag ein besonderer Artikel aufgenommen, der besagt, daß der politische Status, wie er zwischen jeder der drei Vertragsmächte und Sowjetrußland besteht, durch den Vertrag nicht berührt wird. Diese Bestimmung bedeutet also, daß nicht nur die von den drei Mächten mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge, insbesondere die deutsch-sowjetischen Verträge vom Herbst 1939, in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben, sondern, daß das überhaupt *für das gesamte politische Verhältnis zur Sowjetunion gilt.*

5. Der Pakt würde wohl einen Dämpfer auf die Kriegshetzer, besonders in Amerika[d]), bedeuten, sich gegen eine weitere Ausweitung des gegenwärtigen Krieges auswirken und vielleicht in diesem Sinne der Wiederherstellung des Weltfriedens dienen.

6. Bei dieser Gelegenheit bitte ich, Herrn Molotow noch zu sagen, daß ich von dem dem Grafen von der Schulenburg am 21. September übergebenen Memorandum Kenntnis genommen hätte und daß ich beabsichtige, demnächst einen persönlichen Brief an Herrn Stalin zu richten, in dem ich im Geiste der deutsch-russischen Freundschaft das Memorandum beantworten, darüber hinaus aber die deutsche Auffassung über die jetzige politische Lage offen und vertrauensvoll darlegen würde. Ich hoffte, daß dieser Brief erneut zur Festigung unserer freundschaftlichen Beziehungen beitragen würde. Ebenfalls würde der Brief eine Einladung für Herrn Molotow nach Berlin enthalten, dessen Gegenbesuch nach einem zweimaligen Besuch in Moskau wir erwarten und mit dem ich bei dieser Gelegenheit wichtige Fragen einer gemeinsamen politischen Zielsetzung für die Zukunft besprechen möchte.

RIBBENTROP

---

*) Konzept, 25. September 1940: RAM 33/40 g. Rs.: Film F 5, S. 0452.

1) Randnotiz: „Vermerk! Legationssekretär Schreiner (Schweiner?) vom Ministerbüro ruft an und gibt das Wort „Ausführung" durch. 26/9., 18.30 Uhr." — (Der Beamte hieß „Schweimer").

2) Für die Mitteilung an Molotow wurden in der Moskauer Entzifferung die folgenden Änderungen der im Abdruck gesperrten Stellen handschriftlich eingetragen:

a) den demokratischen Ländern
b) die demokratischen
c) zur Kriegsverlängerung und Kriegsausweitung
d) in den demokratischen Ländern

Nr. 183

Film 104, S. 112 539

Aufzeichnung von Dr. Schnurre, Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts

W 4499 g

Dringend!

Es ist notwendig, eine Entscheidung des Führers über die Fortsetzung des Wirtschaftsverkehrs mit der Sowjetunion herbeizuführen. Die in den letzten Wochen getroffenen Anordnungen des Herrn Reichsmarschalls[1]) über die absolute Vorrangstellung aller Rüstungsaufträge und die weitere Erhöhung dieser Rüstungsaufträge machen es der deutschen Industrie unmöglich, neben diesen Aufträgen die vertraglich vorgesehenen Lieferungen nach Rußland durchzuführen. Es wird bei dieser Sachlage unmöglich sein, das bereits bestehende beträchliche Defizit der deutschen Lieferungen auszugleichen. Es ist im Gegenteil mit einem weiteren starken Zurückbleiben der deutschen Lieferungen zu rechnen.

Die Moskauer Verhandlungen über den Ausgleich der Lieferungen sind am 12. d. M. unterbrochen worden, da die Delegation keine ausreichende Ermächtigung hatte, um auf die sowjetischen Vorschläge zu antworten. Wenn nicht bald befriedigende Antworten in Moskau gegeben werden, ist mit der Unterbrechung der russischen Lieferungen[2]) an Deutschland zu rechnen. Dies gilt insbesondere für die russischen Lieferungen von Getreide und Mineralöl. Die Fortsetzung des Warenverkehrs mit der Sowjetunion im bisherigen Umfange setzt voraus, daß die Russengeschäfte wie früher eine Vorrangstellung oder mindestens eine privilegierte Gleichstellung gegenüber den Rüstungsaufträgen haben. Dies kann nur vom Führer entschieden werden. Die deutschen Wirtschaftsressorts, insbesondere Reichswirtschaftsministerium, sehen sich infolge der ergangenen Weisungen nicht imstande, die Frage des Außenhandels mit Rußland in positivem Sinne aufzunehmen.

Hiermit dem Herrn Reichsaußenminister vorzulegen. General Thomas teilt mir mit, daß der Herr Reichsmarschall[2]) dieser Tage meinen Bericht über die Moskauer Verhandlungen erwartet. Ich bitte, mir vorher Gelegenheit zum Vortrag zu geben.

BERLIN, den 26. September 1940.

gez. SCHNURRE

---

[1]) Göring.

[2]) Unterstrichen in Vorlage.

Nr. 184

Film 285, S. 181 748—181 750

Der Deutsche Geschäftsträger in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

Auswärtig

Berlin

Citissime.

Tel. Nr. 2041 vom 26. 9.

Auf Telegramm Nr. 1746[1]) vom 26. 9.

Für den Herrn Reichsaußenminister persönlich.

Streng geheim.

Instruktion weisungsgemäß heute um 22 Uhr bei Molotow ausgeführt. M. hörte die Mitteilungen mit großer Aufmerksamkeit an. Bei Ziffer 6 zeigte M. sichtliche Befriedigung und meinte, eine Stellungnahme erübrige sich einstweilen, da die Beantwortung des von dem Herrn Reichsaußenminister beabsichtigten Briefes an Stalin hierzu Gelegenheit geben würde.

Bevor M. auf die Mitteilungen über das Militärbündnis mit Japan einging, erkundigte er sich an Hand eines Drahtberichtes der Berliner Sowjetbotschaft nach einem deutsch-finnischen Abkommen, über das der Pressechef Schmidt in der Pressebesprechung Mitteilung gemacht habe im Zusammenhang mit einem finnischen Kommuniqué, das die Gewährung des Transits für deutsche Truppen durch Finnland nach Norwegen vorsehe. M. erwähnte gleichzeitig eine durch Rundfunk verbreitete Meldung der Berliner Agentur der United Press, wonach in dem finnischen Hafen Vasa deutsche Truppen gelandet wären. Ich erklärte, daß mir in der Angelegenheit nichts Näheres bekannt sei.

Sodann führte M. zu dem Militärbündnis nachstehendes aus: Er nehme die Mitteilung des Herrn Reichsaußenministers dankbar zur Kenntnis. Sowjetbotschaft in Tokio habe dieser Tage über den Plan eines solchen Abkommens berichtet. Die Sowjetregierung sei selbstverständlich an dieser Frage außerordentlich interessiert, da es sich um ein Nachbarland und um einen großen Staat handele, mit dem die Sowjetunion durch vielfältige Interessen verbunden sei. Infolgedessen sei es verständlich, daß die Sowjetregierung nicht nur ein großes Interesse, sondern auch den Wunsch habe, vorher über das Abkommen und seinen Inhalt unterrichtet zu werden. Dies begründe die Sowjetregierung mit Art. 3 und Art. 4 des Nichtangriffsvertrags. Im

umgekehrten Falle würde auch die Sowjetregierung uns vorher informieren und uns den Vertragsinhalt zur Kenntnis bringen. Die Sowjetregierung lege den Art. 4 so aus, daß sie einen Anspruch darauf habe, den Vertrag zwischen den Achsenmächten und Japan einzusehen und auch von etwaigen geheimen Protokollen und Vereinbarungen Kenntnis zu erhalten, wobei eine vertrauliche Behandlung von vornherein zugesichert werde. Er bäte um Mitteilung, ob die Deutsche Regierung mit seiner Auslegung des Artikels 4 übereinstimme und wiederhole seinen Wunsch, den Vertragsinhalt v o r der Unterzeichnung kennenzulernen, um dazu Stellung nehmen zu können. Sollte die Deutsche Regierung wider Erwarten mit seiner Auslegung des Art. 4 nicht einverstanden sein, so bäte er, ihm den Standpunkt der Deutschen Regierung mitzuteilen.

Für die Auslassungen Molotows erscheint mir besonders charakteristisch

1. das große Interesse, das er für den Vertrag mit Japan bekundete;
2. das Herumreiten auf Art. 3 und besonders auf Art. 4 des Nichtangriffsvertrages, wobei er Art. 4 wörtlich zitierte;
3. das Insistieren auf Einsichtnahme in den Vertragstext einschließlich der geheimen Teile.

Nachdem M. seine Ausführungen zur Frage des Militärbündnisses beendet hatte, kam er erneut auf das eingangs erwähnte deutsch-finnische Abkommen zurück und erklärte, daß die Sowjetregierung seit drei Tagen Nachrichten über die Landung deutscher Truppen in Vasa, Uleaborg und Pori erhalte, ohne hierüber von deutscher Seite informiert worden zu sein. Die Sowjetregierung wünsche den Text des Abkommens über den Transit deutscher Truppen durch Finnland einschließlich der geheimen Teile zu erhalten. Auch dieser Anspruch resultiere aus den Art. 3 und 4 des Nichtangriffsvertrages. Falls wir mit dieser Auslegung der erwähnten Artikel einverstanden seien, bäte er um Mitteilung, welches Ziel das Abkommen habe, gegen wen es gerichtet sei und welche Absichten damit verfolgt würden. In der Öffentlichkeit befasse man sich mit dem Abkommen, während die Sowjetregierung nichts darüber wisse.

Ich erklärte Molotow, daß ich seine Ausführungen meiner Regierung übermitteln würde.

TIPPELSKIRCH

---

[1]) Dokument Nr. 182.

Nr. 185

Film 2097, S. 453 259—453 262

Aufzeichnung von Dr. Schnurre, Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts

W 4520/40 g Rs.

Aufzeichnung

1. In der Zeit vom 24. August bis 12. September d. J. haben auf russischen Wunsch in Moskau Verhandlungen stattgefunden, um den Stand der beiderseitigen Lieferungen nach dem Wirtschaftsvertrag vom 11. Februar 1940 nachzuprüfen. Die Verhandlungen haben ergeben, daß die deutschen Lieferungen des ersten halben Jahres um rund 73 Mill. RM hinter dem Liefersoll des Vertrages zurückbleiben. Die Russen haben Vorschläge zum Ausgleich dieses Fehlbetrages übergeben, die im wesentlichen auf eine Verkürzung der Lieferzeiten hinauslaufen. Die Verhandlungen wurden am 12. September unterbrochen, um die sowjetischen Vorschläge in Berlin nachzuprüfen und deutsche Gegenvorschläge über zusätzliche Lieferungen nach der Sowjet-Union auszuarbeiten. Die Russen haben mitgeteilt, daß sie entsprechend den Bestimmungen des Vertrages ihre Lieferungen zeitweilig einstellen werden, wenn weder ihre Vorschläge noch unsere Gegenvorschläge das vorgesehene proportionale Verhältnis der Lieferungen herbeiführen.

2. Die deutschen Lieferverpflichtungen betragen für das nächste Halbjahr

bis zum 11. Februar 1941	233 Mill. RM
bis zum 11. Mai 1941	311 Mill. RM
einschließlich des oben erwähnten Rückstandes von 73 Mill. RM.	

Dazu kommen noch die deutschen Gegenlieferungen für bessarabisches Getreide und bessarabische Ölsaaten (40 Mill. RM) und Gegenlieferungen für die deutschen Rohstoffbezüge aus den baltischen Gebieten. Die gemeinsam mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem OKW vorgenommene Nachprüfung hat ergeben, daß bei Durchführung der vom Führer befohlenen Rüstungsprogramme weder ein Ausgleich des bestehenden Fehlbetrages von 73 Mill. RM möglich ist, noch die fristgerechte Erfüllung des übrigen deutschen Liefersolls. Hinzukommt die von dem Herrn Reichsmarschall gegebene Weisung, Lieferungen nach Rußland zu vermeiden, die das Kriegspotential Rußlands mittelbar oder unmittelbar stärken. Bleibt es bei diesen Entscheidungen, ist in kurzer Zeit mit der Unterbrechung der russischen Lieferungen an Deutschland zu rechnen.

3. Dies bedeutet, daß die großen Zufuhren von Rohstoffen, insbesondere von Getreide, Mineralöl[1]), Baumwolle, Edel- und Buntmetallen, Phosphaten wenigstens zeitweilig aufhören und bestenfalls später auf einer sehr viel niedrigeren Grundlage und mit großen Opfern an deutschen Lieferungen wieder aufgenommen werden. Besonders schwerwiegend würde nach Auffassung des Reichsernährungsministeriums dies für die Getreidelieferungen[1]) sein. Rußland hat uns bisher fast 1 Million t Getreide geliefert. Rußland ist das einzige Land, das eine gute Getreideernte hat und infolgedessen in der Lage wäre, weiterhin große Lieferungen vorzunehmen. Das Reichsernährungsministerium weist darauf hin, daß die nationale Getreidereserve in diesem Getreidewirtschaftsjahr verbraucht werden wird, so daß wir ohne eine solche Reserve in das nächste Getreidejahr hineingehen würden.

4. Der Herr Reichswirtschaftsminister[2]), der Herr Reichsernährungsminister[3]) und das OKW haben gebeten, nochmals eine Entscheidung des Führers über die Fortsetzung des Wirtschaftsverkehrs mit der Sowjet-Union herbeizuführen. Die Rohstofflieferungen Rußlands sind nur dann annähernd auf der jetzigen Höhe zu halten, wenn die deutschen Lieferungen nach der UdSSR in der unter Ziffer 2 angegebenen Höhe (233 Mill. RM bzw. 311 Mill. RM und 40 Mill. RM bessarabisches Getreide usw.) bereitgestellt werden und wie früher eine Vorrangstellung oder mindestens eine privilegierte Gleichstellung gegenüber den Rüstungsaufträgen erhalten. Da es sich hauptsächlich um Lieferungen von Maschinen, Walzwerkserzeugnissen und Kohle handelt, kann eine solche Anordnung nur zu Lasten der Rüstungsaufträge erfolgen.

5. Die Russen haben, wohl als Reaktion auf die veränderte deutsche Haltung, alles das gestrichen, was im Wirtschaftsvertrag vom 11. Februar 1940 auf lange Sicht geplant war. Das bedeutet, daß sie keine langfristig lieferbaren Verfahren, Anlagen und Investi[ti]onsgüter haben wollen, sondern sich auf die Gegenstände beschränken, die ihrer Wirtschaft, insbesondere auch ihrer militärischen Aufrüstung, innerhalb der nächsten 8 bis 10 Monate zugute kommen. Daher ist die Kollision mit unseren eigenen militärischen Anforderungen auf dem verbliebenen engeren Sektor der Maschinenlieferungen und Walzwerkserzeugnisse noch sehr viel stärker, als es früher gewesen ist.

6. Die bisherigen Lieferungen der Russen sind eine sehr substantielle Unterstützung der deutschen Kriegswirtschaft gewesen. Rußland hat seit Inkrafttreten der neuen Wirtschaftsverträge für mehr als 300 Mill. RM Rohstoffe geliefert, darunter für rund 100 Mill. RM Getreide. Einen Gegenwert hat Rußland bisher nur etwa in Höhe von

150 Mill. RM erhalten. Das zur Zeit bestehende eklatante Mißverhältnis zwischen deutschen und sowjetischen Lieferungen erhellt daraus, daß im August 65 Mill. RM Russlieferungen nur 20 Mill. RM deutsche Lieferungen gegenüberstehen. — Unsere einzige wirtschaftliche Verbindung mit Iran, Afghanistan, Mandschukuo, China, Japan und darüber hinaus mit Südamerika ist der Weg durch Rußland, der in steigendem Maße für deutsche Rohstoffbezüge (Soja aus Mandschukuo) ausgenutzt wird.

BERLIN, den 28. September 1940.

gez. SCHNURRE[4])

---

1) Unterstrichen in Vorlage.
2) W. Funk.
3) R. Walther Darré.
4) Der Inhalt der Aufzeichnung wurde dem Reichsmarschall Göring vorgetragen, der der Ansicht des Gesandten Schnurre zustimmte: Nach einem handschriftlichen Zusatz v. 30. September auf der der englischen Übersetzung (*Nazi-Soviet Relations*, S. 199—201) zu Grunde liegenden Vorlage: Film F 5, S. 0458—0462.

Nr. 186

Film 104, S. 112 554—112 558

Der Reichsaußenminister an die Deutsche Botschaft in Moskau

Telegramm

Sofort!

BERLIN, den 2. Oktober 1940

Diplogerma
Moskau
Nr. 1787

Auf Telegramm Nr. 1041 [2041][1])

Ich bitte Sie, Herrn Molotow erneut aufzusuchen und ihm zu seinen Äußerungen folgendes mitzuteilen:

I.

Bei der von ihm erwähnten deutsch-finnischen Abrede handele es sich um eine rein militärtechnische Verkehrsangelegenheit ohne politische Bedeutung. Ebenso wie wir uns mit Schweden über ähnliche Durchtransporte für das Gebiet von Oslo, Drontheim und Narvik über schwedisches Gebiet verständigt hätten, sei eine Abrede mit Finnland über solche Durchtransporte nach dem Gebiet von Kirkenes zustande gekommen. Das Gebiet von Kirkenes, das auch wegen seiner

Gruben eines militärischen Schutzes gegen England bedürfe, sei von uns auf dem Landwege nur über finnisches Gebiet zu erreichen. Die Transporte gingen über Uleaborg und Wasa, nicht dagegen über Pori. Bei der rein verkehrstechnischen Bedeutung der Angelegenheit hätten wir natürlich keinen Anlaß gesehen, die Sowjet-Regierung davon besonders zu informieren. Die Abrede mit Finnland sei in Form eines Notenwechsels getroffen, der wörtlich folgende vier Punkte enthalte:

„1. Die Finnische Regierung gestattet auf Ersuchen der Reichsregierung den Durchtransport von Material mit Begleitpersonal von den nördlichen Ostseehäfen über Rovaniemi auf der nördlichen Eismeerstraße nach Kirkenes in Nordnorwegen.

2. Die Deutsche Reichsregierung wird der Finnischen Regierung die in Frage kommenden Ausladehäfen, die Anzahl der Transportschiffe, ihre Ankunfts- und Abfahrtstage sowie die vorgesehenen täglichen Transportstrecken in Nordfinnland rechtzeitig mitteilen.

3. Die Deutsche Reichsregierung wird der Finnischen Regierung spätestens einen Tag vor der Ankunft der Transportschiffe eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen.

4. Waffen werden getrennt von den Mannschaften in eigenen Waggons befördert. Über die Zahl der Wachoffiziere und -Mannschaften in den Waffenwaggons wird eine besondere Vereinbarung getroffen."

Falls Herr Molotow ausdrücklich darum bittet, sind Sie ermächtigt, ihm den Wortlaut der vorstehenden vier Punkte in Form einer Notiz zu überlassen.

II.

Was den Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan anbetreffe, so werde Herr Molotow ja aus dem inzwischen veröffentlichten Inhalt des Paktes sowie aus der dazu abgegebenen amtlichen deutschen Regierungserklärung ersehen haben, daß die von ihm aufgeworfene Frage hinsichtlich der Artikel 3 und 4 des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes gegenstandslos sei. Zwischen den drei Partnern habe von vornherein volle Übereinstimmung darüber bestanden, daß ihre Abmachungen die Sowjet-Union überhaupt nicht berühren sollten. Es sei deshalb im Artikel 5 des Paktes eine denkbar umfassende Formel gewählt worden, die klarstelle, daß nicht nur die mit der Sowjet-Union abgeschlossenen Verträge, sondern überhaupt das gesamte politische Verhältnis zur Sowjet-Union durch den Pakt nicht geändert würden. Infolgedessen könne nicht die Rede davon sein, daß es sich um eine Mächtegruppierung handele, die sich mittelbar oder unmittelbar im Sinne des Artikel 4 des deutsch-sowjetischen

Nichtangriffspaktes gegen die Sowjet-Union richte. Im Gegenteil sei in der deutschen Regierungserklärung deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Partner des Dreimächtepaktes eine positive Weiterentwicklung der bereits bestehenden Beziehungen zur Sowjet-Union ins Auge faßten.

Da also nach ausdrücklicher Feststellung in dem Dreimächtepakt das ganze Verhältnis Deutschlands und ebenso auch das Verhältnis Italiens und Japans zur Sowjet-Union völlig außer Spiel bleibe, berühre er nicht gemeinsame deutsch-sowjetische Interessen und falle daher nicht unter die Konsultationsbestimmung im Artikel 3 des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts. Trotzdem hätte ich Wert darauf gelegt, Herrn Molotow zu informieren, sobald die Unterzeichnung des Paktes in sicherer Aussicht stand. Die letzten Entscheidungen in dieser Beziehung seien in Tokio tatsächlich erst am 27. September gefallen.

Im übrigen seien Sie von mir ausdrücklich ermächtigt, Herrn Molotow auf das bestimmteste zu erklären, daß außer dem veröffentlichten Vertragstext keinerlei Abmachungen mit Japan getroffen worden seien. Es bestünden weder geheime Protokolle noch sonstige geheime Vereinbarungen.

Den von mir in Aussicht gestellten Brief an Herrn Stalin hoffte ich, in einigen Tagen absenden zu können.

(R. A. M.)
RIBBENTROP

---

1) Dokument Nr. 184.

Nr. 187

Film 104, S. 112 559—112 560

Der Deutsche Geschäftsträger in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

MOSKAU, den 4. Oktober 1940 22.40 Uhr
Ankunft: den 5. Oktober 1940 6.30 Uhr

Nr. 2095 vom 4. 10.

Citissime

Auf Telegramm vom 2. Nr. 1787. Geheim.

Für Reichsminister persönlich.

Molotow empfing mich heute, 18 Uhr, nachdem er mich zunächst 17 Uhr gebeten hatte. Bei der Einfahrt in den Kreml begegnete mir

der englische Botschafter[1]) in seinem Wagen. Molotow entschuldigte sich bei der Begrüßung, daß er wegen starker Inanspruchnahme Besuchszeit hätte verschieben müssen.

Zu meinen weisungsgemäß ausgeführten Mitteilungen machte Molotow folgende Bemerkungen.

I. Deutsch-finnische Abrede.

Finnland gehöre bekanntlich nach deutsch-sowjetischer Vereinbarung zur Interessensphäre der Sowjetunion. Das Interesse der Sowjetunion an der Abrede sei daher verständlich und die Sowjetregierung sei aus diesem Grunde an einer rechtzeitigen Information interessiert gewesen. Sowjetregierung lege Wert darauf, wenn möglich eine genauere ergänzende Information über die deutsch-finnische Abrede zu erhalten, und zwar über die Anzahl der betreffenden deutschen Truppen, über die Dauer der Abrede (einmaliger Akt oder für längere Periode berechnet?) sowie darüber, ob alle deutschen Truppen nur nach Kirkenes gehen würden.

Meine Frage, ob Sowjetregierung nicht auch durch die finnische Regierung unterrichtet worden sei, verneinte Molotow und hinzufügte, die finnische Regierung habe „etwa gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Nachricht" Mitteilung gemacht, jedoch die ihr gestellten Fragen bisher noch nicht beantwortet.

Ich sagte Herrn Molotow, daß ich seinen Wunsch nach Berlin mitteilen würde, wobei ich bemerkte, daß meines Wissens ein Verbleib deutscher Truppen in Finnland nicht beabsichtigt sei, und daß im übrigen die Voraussetzung für die Abrede die Bedrohung von Kirkenes durch England sei.

Den Wortlaut der vier Punkte habe ich Herrn Molotow auf seinen Wunsch überlassen.

II. Dreimächtepakt.

Herr Molotow: Sowjetregierung müsse die Angelegenheit gründlich prüfen, da meine Mitteilungen Ansichten der deutschen Regierung enthielten, die sich auf die Auslegung der Artikel 3 und 4 des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts bezögen. Er könne daher im Augenblick nichts weiter dazu sagen.

TIPPELSKIRCH

---

[1]) Sir Stafford Cripps.

Nr. 188

Film 104, S. 112 265—112 566

Die Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts an Büro RAM

Aufzeichnung

8. 10. [1940], 19,30 Uhr
W 4646/40 g

Mit Fernschreiber, Fuschl[1])
Nr. 34

An
Büro R.A.M.

Bitte folgendes durch Fernschreiben nach Fuschl durchzugeben:

Finnische Regierung sieht sich in Frage der Vergebung der Nickelkonzession Petsamo einem von Tag zu Tag wachsenden Druck der Sowjet-Regierung ausgesetzt. Finnen befürchten, daß sich hinter Molotows dauerndem Drängen böse Absichten verbergen. Wenn Finnische Regierung russischem Druck nachgibt und durch Staatsnotgesetz bisherige kanadische Nickelkonzession annulliert und sie Sowjet-Regierung gibt, entsteht für uns eine unangenehme und nachteilige Situation: Unsere eigenen, in den Verhandlungen mit der Finnischen Regierung begründeten Nickelinteressen werden restlos verloren gehen, da Rußland die deutsch-finnnischen Abmachungen nicht respektieren wird. Sowjet-Rußland wird mit der Übertragung der Nickelkonzession auch den ausschließlichen territorialen Enfluß in diesem Gebiet erwerben und damit unmittelbar an die von uns militärisch gesicherten Gebiete von Kirkenes angrenzen. Von militärischer Seite, insbesondere auch von dem Herrn Reichsmarschall, wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Petsamo uns nicht verloren geht. Der Beauftragte des Herrn Reichsmarschalls, Oberstleutnant Veltjens, hat sich u. a. als Gegenleistung für die deutschen Waffenlieferungen ein Vorkaufsrecht auch auf die Nickelkonzession geben lassen.

Das Auswärtige Amt hat den Finnen gesagt, daß sich Deutschland auf die Realisierung der deutsch-finnischen Nickelverträge beschränken wird und von sich aus die Frage der Konzession mit den Russen nicht aufnehmen wird. Es wird notwendig sein, jetzt hierüber hinauszugehen und den finnischen Widerstandswillen zu stärken. Es wäre ihnen zu sagen, daß wir es für richtig hielten, wenn die Frage der Konzession von ihnen in der Schwebe gehalten und nicht durch eine Übertragung an Rußland eine endgültige Tatsache geschaffen würde. Dem finnischen Wunsch auf eine Unterstützung ihrer Haltung in Moskau braucht nicht stattgegeben zu werden.

Gesandter Schnurre bittet, Gelegenheit zu erhalten, diesen Sachverhalt und den jetzigen Stand der Waffenlieferungen an Finnland vorzutragen. Die Angelegenheit ist dringlich, da sonst mit einem Nachgeben der Finnen zu rechnen ist.

---

[1]) Schloß Fuschl bei Salzburg, Besitztum von Ribbentrops.

Nr. 189

Film 104, S. 112 568

Der Reichsaußenminister an die Deutsche Botschaft in Moskau

Telegramm

BERLIN, den 9. Oktober 1940

Diplogerma Moskau

Nr. 1832

Ich bitte Sie, morgen, Donnerstag, Herrn Molotow aufzusuchen und ihm die nachstehende Mitteilung zu machen. Ich bitte, diese Mitteilung aber nicht als eigentlichen Anlaß zu Ihrer Demarche erscheinen zu lassen, sondern dazu irgendein anderes Thema zu nehmen und dann die nachstehende Mitteilung nur gelegentlich der Erörterung des anderen Themas einfließen zu lassen.

In der letzten Zeit seien in der englischen Presse verschiedene Meldungen über die Entsendung größerer deutscher Truppenverbände nach Rumänien erschienen. Diese Meldungen seien völlig tendenziös. In Wahrheit handele es sich um folgendes: Die Rumänische Regierung habe auf Grund der ihr von den Achsenmächten gewährten Garantie schon vor einiger Zeit die Bitte an uns gerichtet, ihr für die Ausbildung der rumänischen Armee eine deutsche Militärmission mit gewissen Lehrformationen aus der deutschen Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Wir hätten uns mit Rücksicht auf unser Interesse daran, daß Ruhe und Ordnung auf dem Balkan aufrechterhalten bleiben, und um unsere Öl- und Getreideinteressen gegen jegliche etwaige Störungsversuche seitens Englands zu schützen, bereit erklärt, auf den rumänischen Wunsch einzugehen. Wie die Sowjetunion ja wisse, haben wir ein vitales Interesse an diesen Gebieten, die wir nicht der Gefährdung durch die Engländer, deren Presse fortgesetzt mit solchen Gedanken spiele, ausgesetzt lassen könnten. Im Hinblick auf die freundschaftlichen Beziehungen wollten wir der Sowjetregierung dies mitteilen.

Ich habe heute Botschafter Schkwarzew bereits im gleichen Sinne informiert.

RIBBENTROP

Nr. 190

Film 104, S. 112 577—112 578

Der Deutsche Geschäftsträger in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 10. Oktober 1940, 23.20 Uhr
Ankunft: den 11. Oktober 1940, 3.25 Uhr

Citissime!

Nr. 2142 vom 10. 10.

Auf Telegramm vom 9. Oktober Nr. 1832[1]).

Ich habe Molotow heute um 18.30 Uhr aufgesucht. Als Anlaß meines Besuchs bezeichnete ich ihm die Mitteilung, die Hilger dem Volkskommissar Mikojan vor drei Tagen über die bevorstehende Ankunft einer deutschen Delegation zum Zwecke der Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen gemacht hatte. Ich betonte, daß ich, angesichts der Wichtigkeit der Frage, Wert darauf legte, auch ihn — Molotow — darüber zu unterrichten, daß die von Schnurre geführte Delegation durch maßgebende Persönlichkeiten verstärkt sein würde, die zu selbständigen Entscheidungen befugt wären, und daß wir auf Grund der in Berlin geleisteten Vorarbeit den Eindruck hätten, daß eine Basis für eine Verständigung geschaffen sei.

Molotow zeigte sich interessiert, erkundigte sich nach dem genauen Zeitpunkt der Ankunft Schnurres und bemerkte, daß das Weitere sich aus den Verhandlungen ergeben würde.

Sodann leitete ich das Gespräch zwanglos auf den eigentlichen Zweck meines Besuchs über und machte Molotow die vorgeschriebenen Mitteilungen, denen er interessiert zuhörte. Nachdem ich geendet hatte, meinte Molotow, daß, wenn es sich nur um . . . . (Gr. verst.) Lehrformationen handele, der zahlenmäßige Bestand der in Rumänien befindlichen deutschen Truppenverbände nicht allzu groß sein könne. Die Frage Molotows, ob mir die Zahl der nach Rumänien entsandten deutschen Truppen bekannt sei, verneinte ich, unterstrich aber erneut das vitale deutsche Interesse an jenen Gebieten, die gegen eine Gefährdung durch die Engländer geschützt werden müßten. Das Vorhandensein einer solchen Gefährdung wollte Molotow nicht wahr haben, indem er lächelnd bemerkte, daß England jetzt andere Sorgen habe und froh sein müsse, das eigene Leben zu bewahren.

Zum Schluß erkundigte sich Molotow nach den von ihm letzthin erbetenen Informationen in der finnischen Angelegenheit, worauf ich erwiderte, daß diese Informationen vermutlich der in einigen Tagen zurückkehrende Botschafter mitbringen würde.

TIPPELSKIRCH

---

[1]) B(üro) RAM.

Nr. 191

Film 1379, S. 357 863—357 881

Der Reichsaußenminister an Stalin

Brief

BERLIN, den 13. Oktober 1940.

Sehr verehrter Herr Stalin!

Vor über einem Jahr wurde durch Ihren und des Führers Willen das Verhältnis Deutschlands zu Sowjetrußland überprüft und auf eine völlig neue Basis gestellt. Ich glaube, daß sich der Entschluß zur Verständigung zwischen unseren beiden Ländern, der entstanden war aus der Erkenntnis, daß die Lebensräume unserer Völker sich wohl berühren, aber nicht zu überschneiden brauchen, und der dann zu einer Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären und zu den deutsch-sowjetrussischen Nichtangriffs- und Freundschaftsverträgen führte, für beide Teile als nutzbringend erwiesen hat. Daß sich die konsequente Weiterverfolgung dieser Politik der guten Nachbarschaft und eine weitere Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch in der Zukunft immer segensreicher für die beiden großen Völker auswirken wird, ist meine Überzeugung. Deutschland jedenfalls ist hierzu bereit und entschlossen.

Bei dieser Zielsetzung kommt — so scheint es mir — einer unmittelbaren Fühlungnahme zwischen den verantwortlichen Persönlichkeiten beider Länder besondere Bedeutung zu. Ich glaube sogar, daß ein solcher persönlicher Kontakt über den Rahmen der sonst üblichen diplomatischen Wege hinaus bei autoritären Regimen wie den unsrigen von Zeit zu Zeit unerläßlich ist. Ich möchte daher heute eine kurze Rückschau halten über die Ereignisse seit meinem letzten Besuch in Moskau und wegen der geschichtlichen Bedeutung dieser Ereignisse und in Anknüpfung an unseren Gedankenaustausch im

vergangenen Jahre Ihnen einen Überblick geben über die Politik, die Deutschland in diesem Zeitraum verfolgt hat.

Bereits nach Abschluß des Polenfeldzuges wurde uns bewußt und durch Nachrichten, die sich während des Winters häuften, bestätigt, daß England — getreu seiner von jeher verfolgten Politik — seine ganze Kriegsstrategie auf der Hoffnung einer Ausweitung des Krieges aufgebaut hatte. Die Versuche im Laufe des Jahres 1939, die Sowjetunion für eine Militärkoalition gegen Deutschland zu gewinnen, deuteten bereits vorher in diese Richtung. Sie wurden durch das deutsch-sowjetrussische Abkommen vereitelt. Die Haltung Englands und Frankreichs in dem sowjetrussisch-finnischen Konflikt lag später auf der gleichen Linie.

Im Frühjahr 1940 traten diese geheimen Absichten offen zu Tage. Es begann damit die aktive Phase dieser englischen Politik der Ausdehnung dieses Krieges auf andere Völker Europas. Als erstes Objekt nach Beendigung des sowjetrussisch-finnischen Krieges war Norwegen ausersehen. Durch die Besetzung von Narwick und anderer norwegischer Stützpunkte sollte Deutschland die Erzzufuhr abgeschnitten und darüber hinaus eine neue Entlastungsfront in Skandinavien errichtet werden. Nur dem rechtzeitigen Eingreifen der deutschen Führung und den schnellen Schlägen unserer Truppen, die die Engländer und Franzosen aus Norwegen hinausjagten, ist es zuzuschreiben, daß nicht ganz Skandinavien zum Kriegsschauplatz wurde.

Wenige Wochen später sollte sich dieses englisch-französische Spiel in Holland und Belgien wiederholen. Und auch hier konnte Deutschland dem beabsichtigten Vorstoß der englisch-französischen Armeen gegen das Ruhrgebiet, von dem wir seit einiger Zeit Kenntnis erhalten hatten, in letzter Stunde durch die entscheidenden Siege unserer Armeen begegnen. Selbst in Frankreich, dem „Festlandsdegen Englands", ist es heute den meisten Franzosen klar geworden, daß ihr Land letzten Endes nur als Opfer dieser traditionellen englischen menschenfreundlichen Politik verbluten mußte. Was nun die derzeitigen englischen Machthaber, die Deutschland den Krieg erklärt und damit das britische Volk ins Unglück gestürzt haben, anbelangt, so waren diese schließlich selbst nicht mehr in der Lage, ihre traditionelle britische Politik und die daraus resultierende Nichtachtung der eigenen Bundesgenossen zu verbergen. Im Gegenteil, als sich das Schicksal gegen sie wandte, fielen alle heuchlerischen Beteuerungen weg. Mit echt englischem Zynismus haben sie ihre Freunde treulos im Stich gelassen. Ja: um sich selbst zu retten, beschimpften sie die ehemaligen Bundesgenossen und nahmen später sogar gegen sie mit Gewalt offen Stellung. Andalsnes,

Dünkirchen, Oran, Dakar sind Namen, die — wie mir scheint — die Welt über den Wert der Freundschaft Englands genügend aufklären könnten. Aber auch wir Deutsche sind bei dieser Gelegenheit um eine Erfahrung reicher geworden, nämlich: daß die Engländer nicht nur gewissenlose Politiker, sondern auch schlechte Soldaten sind. Unsere Truppen haben sie überall da, wo sie sich stellten, zu Paaren getrieben. Der deutsche Soldat war ihnen an jedem Platz überlegen.

Das nächste Ziel der englischen Kriegsausweitung war der Balkan. Nach uns zugegangenen Nachrichten wurden hier im Laufe des Jahres wiederholt die verschiedenartigsten Pläne entworfen und in einem Falle auch bereits ihre Ausführung befohlen. Daß diese nicht rechtzeitig zu ihrer Durchführung kamen, ist — wie wir heute wissen — ausschließlich zurückzuführen auf den geradezu unbegreiflichen Dilettantismus und die erstaunliche Uneinigkeit sowohl der politischen wie auch der militärischen Führungen Englands und Frankreichs.

Die Gegner Deutschlands haben sich bemüht, ihre Maßnahmen der Kriegsausweitung vor der Welt zu verschleiern, und haben unsere Anprangerung dieser englischen Methoden der Kriegsausweitung vor aller Welt als ein Machwerk der deutschen Propaganda hinzustellen versucht. Indessen hat das Schicksal es gewollt, daß den blitzschnell vormarschierenden deutschen Armeen auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen Dokumente von unschätzbarer Bedeutung in die Hände fielen. Wie bekannt, ist es hierbei gelungen, in den Besitz der zum Abtransport bereitstehenden politischen Geheimakten des französischen Generalstabs zu gelangen und damit unwiderlegliche Beweise für die Richtigkeit unserer Nachrichten über die gegnerischen Absichten und der von uns hieraus gezogenen Schlußfolgerungen zu erhalten. Eine Anzahl dieser Dokumente ist bereits — wie Ihnen erinnerlich sein wird — in der Presse erschienen, weiteres ungeheuer umfangreiches Material ist heute noch in Übersetzung und Sichtung begriffen. Es soll bei Bedarf in einem Weißbuch veröffentlicht werden.[1]) Mit wahrhaft schlagender Beweiskraft werden hier die Hintergründe der englischen Kriegspolitik enthüllt. Sie werden verstehen, daß es für uns eine Genugtuung ist, der Welt die Augen sowohl über die beispiellose Unfähigkeit sowie aber auch über den geradezu verbrecherischen Leichtsinn öffnen zu können, mit denen die derzeitigen englischen Machthaber durch ihre Kriegserklärung an Deutschland nicht nur ihr eigenes Volk, sondern auch andere Völker Europas ins Unglück gestürzt haben. Daß die Herren von der Themse aber darüber hinaus nicht davor zurückgeschreckt wären, Angriffe auf völlig unbeteiligte Nationen zu unternehmen, nur weil diese trotz englischer Vorstellungen und sogar Drohungen ihren natürlichen

Handel mit Deutschland fortsetzten, wird durch die uns zur Verfügung stehenden Dokumente erwiesen. Das sowjetrussische Ölzentrum Baku und der Ölhafen Batum zum Beispiel wären zweifellos noch in diesem Jahre das Opfer britischer Anschläge geworden, wenn nicht der Zusammenbruch Frankreichs und die Vertreibung der englischen Armee aus Europa den englischen Angriffsgeist als solchen gebrochen und diesem Treiben ein jähes Ende bereitet hätten.

Der Führer hat, in der Erkenntnis der völligen Sinnlosigkeit einer Weiterführung dieses Krieges trotz allem am 19. Juli England nochmals den Frieden angeboten.[2]) Nach Ablehnung dieses letzten Angebotes ist Deutschland nunmehr entschlossen, den Krieg gegen England und sein Imperium bis zur endgüligen Niederringung Britanniens zu führen. Dieser Endkampf ist derzeit im Gange und wird erst dann abgebrochen werden, wenn der Gegner entweder militärisch vernichtet oder durch die Beseitigung seiner am Kriege verantwortlichen Kräfte die Sicherheit einer wirklichen Verständigung gegeben ist. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, ist nicht entscheidend.

Denn: eines ist sicher: der Krieg als solcher ist von uns so oder so bereits gewonnen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann England unter der Wucht unserer Aktionen den restlosen Zusammenbruch zugibt.

Um in dieser Endphase des Krieges allen Schachzügen Englands, die es vielleicht aus seiner verzweifelten Lage heraus noch unternehmen könnte, vorzubeugen, war für die Achse seit dem Siege über Frankreich die Sicherung ihrer militärisch-strategischen Position in Europa sowohl als auch ihrer politisch-diplomatischen Position in der Welt ein selbstverständliches Gebot der Vorsicht. Hinzu kam noch die Sicherstellung der Erfordernisse für die Aufrechterhaltung unseres wirtschaftlichen Lebens. Deutschland und Italien haben sofort nach Beendigung des Feldzuges im Westen diese Aufgabe in Angriff genommen und nunmehr in ihren großen Linien durchgeführt. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen die für Deutschland völlig neuartige Aufgabe der Sicherung seiner norwegischen Küstenpositionen, und zwar vom Skagerrak bis nach Kirkenes. Deutschland hat daher gewisse rein technische Abmachungen mit Schweden und Finnland getroffen, die ich Ihnen ja bereits durch die Deutsche Botschaft in vollem Umfange habe zur Kenntnis bringen lassen. Sie dienen ausschließlich dazu, den Nachschub nach den auf dem Landwege für uns schwer zu erreichenden Küstenstädten im Norden (Narwick und Kirkenes) dadurch zu erleichtern, daß er durch das Gebiet dieser Länder befördert wird.

In gleicher Richtung liegt auch die Politik, die wir kürzlich gegenüber dem ungarisch-rumänischen Streit befolgt haben. Unsere Garantie an Rumänien ist ausschließlich entstanden aus der Notwendigkeit einer Sicherung dieses für die deutsche Versorgung mit Öl und Getreide besonders wichtigen Balkangebietes gegen jedwede Störung durch Krieg, Sabotage usw. sowohl aus dem Innern dieses Raumes selbst, als auch gegen Einbruchsversuche von außen. Die deutschfeindliche Presse hat seinerzeit versucht, dieser Garantie der Achsenmächte für Rumänien Auslegungen zu geben, die in ihrer Tendenz nur zu offensichtlich waren. Wahrheit ist, daß sich gegen Ende August — wie uns bekannt, geschürt durch englische Agenten als den notorischen Unruhestiftern auf dem Balkan — die Lage zwischen Rumänien und Ungarn so zugespitzt hatte, daß der Ausbruch eines Krieges unmittelbar bevorstand, ja, daß Zusammenstöße in der Luft bereits stattgefunden hatten. Es war klar, daß nur durch schnellstes diplomatisches Eingreifen der Friede auf dem Balkan gerettet werden konnte. Zu irgendwelchen Verhandlungen oder Konsultationen war keine Zeit. Die Dinge waren militärisch schon zu weit gediehen. So kam es zu dem völlig improvisierten Zusammentreffen in Wien und innerhalb 24 Stunden zu dem Schiedsspruch. Es ist deshalb wohl auch überflüssig zu betonen, daß die in der deutsch-feindlichen Presse seinerzeit hervorgetretene Tendenz, diesem deutsch-italienischen Vorgehen die Auslegung einer gegen die Sowjetunion beabsichtigten Aktion zu unterschieben, gänzlich abwegig und lediglich von dem Bestreben diktiert war, die Beziehungen zwischen der Achse und der Sowjetunion zu stören.

Auch die von den Rumänen erbetene und in diesen Tagen dorthin entsandte deutsche Militärmission nebst den dazugehörigen Lehrformationen der deutschen Wehrmacht, die erneut zum Anlaß für durchsichtige Kombinationen seitens unserer Gegner genommen wurden, dient neben der Ausbildung des rumänischen Heeres zugleich auch der Sicherung der durch die enge Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit den Wirtschaften dieser Gebiete bedingten deutschen Interessen. Sollte England, wie es aus einigen Nachrichten hervorzugehen scheint, tatsächlich beabsichtigen, zum Beispiel etwas gegen die Ölfelder Rumäniens zu unternehmen, so ist allerdings heute schon dafür gesorgt, daß solchen englischen Versuchen des Eingriffs von außen oder der Sabotage im Innern die entsprechende Antwort erteilt wird. Im Hinblick auf die sich in den letzten Tagen häufenden völlig abwegigen tendenziösen Pressemeldungen habe ich bereits vor einigen Tagen Ihren Botschafter, Herrn Schkwarzew, über die wahren Motive unseres Vorgehens und die tatsächlich getroffenen Maßnahmen informiert.

Von gewisser Bedeutung im Zusammenhang mit den Sabotageversuchen der Engländer ist auch die von Ihrer Regierung aufgeworfene Frage einer Neugestaltung des Regimes an der Donau[3]). Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir im Einvernehmen mit der italienischen Regierung in den nächsten Tagen Vorschläge machen werden, die Ihren diesbezüglichen Wünschen Rechnung tragen.

Nach diesen Maßnahmen zur Sicherung der Position der Achse in Europa war das Hauptinteresse der Reichsregierung und der italienischen Regierung in der letzten Zeit darauf gerichtet, die Ausdehnung des Krieges über Europa hinaus zu einem Weltbrand zu verhindern. Denn: je mehr die Hoffnung der Engländer, in Europa noch Hilfsvölker zu finden, schwand, um so stärker wurden die Anstrengungen der englischen Regierung, vor allem die Kreise zu fördern, die in den überseeischen Demokratien auf einen Eintritt in den Krieg gegen Deutschland und Italien auf Seiten Englands hinarbeiten. Demgegenüber stand das Interesse der Völker, die in gleichem Maße von dem Wunsche nach einer Neuordnung der Dinge in der Welt gegenüber den erstarrten plutokratischen Demokratien erfüllt waren, und die ebenso wie wir durch eine weitere Ausdehnung des europäischen Krieges zu einem Weltbrand diese Interessen bedroht sahen. Diese Voraussetzung traf vor allem auf Japan zu. Ich habe daher bereits vor einiger Zeit im Auftrage des Führers einen Emissär zu inoffiziellen Erkundungen nach Tokio geschickt[4]), um festzustellen, ob sich die gemeinsamen Interessen in Form eines Paktes gegen die weitere Ausdehnung des Krieges auf andere Völker zum Ausdruck bringen ließen. Der sich hieran anknüpfende Gedankenaustausch ergab sehr bald eine völlige grundsätzliche Übereinstimmung der Auffassungen zwischen Berlin, Rom und Tokio darüber, daß im Interesse der baldigen Wiederherstellung des Friedens jede weitere Kriegsausdehnung verhindert werden sollte und daß durch ein Militärbündnis der drei Mächte der Kriegshetze eines internationalen Interessenklüngels am besten begegnet werden könnte. So kam es entgegen allen britischen Intrigen überraschend schnell zum Abschluß des Berliner Vertrages[5]), den ich Ihnen durch die Botschaft avisieren konnte, sobald am Tage vor der Unterzeichnung die endgültige Einigung zustande gekommen war. Ich denke, daß der Abschluß dieses Vertrages den Zusammenbruch der jetzigen englischen Machthaber, die als einzige der endgültigen Wiederherstellung des Friedens noch entgegenstehen, beschleunigen und damit dem Interesse aller Völker dienen wird.

Was nun die Frage der Einstellung der drei Partner dieses Bündnisses zur Sowjetunion anbetrifft, so möchte ich vorweg bemerken, daß von Anbeginn des Gedankenaustausches von allen drei Mächten

in gleichem Maße die Auffassung vertreten wurde, daß dieser Pakt sich in keiner Weise gegen die Sowjetunion richten, daß vielmehr die freundschaftlichen Beziehungen der drei Mächte und ihre Verträge mit der Sowjetunion durch diese Vereinbarung völlig unberührt bleiben sollten. Diese Einstellung hat dann auch in der Textierung des Berliner Paktes ihren formalen Ausdruck gefunden. Was Deutschland anbetrifft, so ist der Abschluß dieses Paktes die logische Folge einer bereits seit langem für die Reichsregierung maßgebenden außenpolitischen Konzeption, in der sowohl die deutsch-sowjetische als auch die deutsch-japanische freundschaftliche Zusammenarbeit nebeneinander ungestört ihren Platz finden. Darüber hinausgehend sind aber das gutnachbarliche Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrußland sowie ein gutnachbarliches Verhältnis zwischen Sowjetrußland und Japan zusammen mit der Freundschaft der Achsenmächte zu Japan die gegebenen Elemente einer natürlichen politischen Konstellation, die sich bei kluger Führung auf das vorteilhafteste für alle beteiligten Mächte auswirken kann. Sie werden sich erinnern, daß ich seinerzeit bei meinem ersten Besuch in Moskau bereits ähnliche Gedanken Ihnen in aller Offenheit entwickelt und für die Ausräumung damals noch bestehender sowjetrussisch-japanischer Divergenzen unsere guten Dienste zur Verfügung gestellt habe. Ich bemühte mich seither, in dieser Richtung zu wirken, und ich würde es begrüßen, wenn die auch in Japan immer stärker hervortretende Tendenz einer Verständigung mit der Sowjetunion zum Ziele führen könnte.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß es auch nach der Auffassung des Führers die historische Aufgabe der vier Mächte der Sowjetunion, Italiens, Japans und Deutschlands zu sein scheint, ihre Politik auf längste Sicht zu ordnen und durch Abgrenzung ihrer Interessen nach säkularen Maßstäben die zukünftige Entwicklung ihrer Völker in die richtigen Bahnen zu lenken[6]).

Um solche für die Zukunft unserer Völker so entscheidende Fragen weiter zu klären und in konkreter Form zu besprechen, würden wir es begrüßen, wenn Herr Molotow uns in nächster Zeit in Berlin besuchen wollte. Ich darf ihn im Namen der Reichsregierung dazu herzlichst einladen. Nach meinem zweimaligen Besuch in Moskau würde es mir auch persönlich eine besondere Freude sein, Herrn Molotow nun einmal in Berlin zu sehen. Sein Besuch gäbe dann dem Führer die Gelegenheit, seine Gedankengänge Herrn Molotow persönlich über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen unserer beiden Länder zu entwickeln. Herr Molotow kann bei seiner Rückkehr Ihnen in um-

fassender Weise über die Ziele und Absichten des Führers Bericht erstatten. Wenn sich hierbei, wie ich es glaube erwarten zu dürfen, die Möglichkeit zu einem weiteren Ausbau einer gemeinsamen Politik im Sinne meiner obigen Ausführungen ergibt, wird es mir eine Freude sein, dann selbst wieder nach Moskau zu kommen, um mit Ihnen, sehr verehrter Herr Stalin, den Gedankenaustausch fortzusetzen und uns — möglicherweise gemeinsam mit Vertretern Japans und Italiens — über die Grundlagen einer Politik zu unterhalten, die für uns alle nur von praktischem[6]) Nutzen sein könnte.

Mit besten Empfehlungen Ihr ergebener

[RIBBENTROP][7])

---

1) Vgl. Dokument Nr. 156 Anm. 1.

2) Reichstagsrede Hitlers.

3) Vgl. S. 276.

4) Gesandter Heinrich Stahmer, Hauptreferent in der Dienststelle Ribbentrop, reiste am 23. August von Berlin nach Tokio ab.

5) Dreimächtepakt von Berlin: Deutsch-italienisch-japanisches Bündnis vom 27. September 1940.

6) In der Vorlage unterstrichen.

7) Handschriftlich auf S. 351 683: 2. Durchschlag. ZdA. Hi(lger) 22/10.

Nr. 192

Film 1379, S. 357 894—357 895

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

Auswärtig

Berlin

Citissime!

Tel. Nr. 2200 vom 17. 10.

Für den Herrn Reichsaußenminister.

Ich habe heute den für Herrn Stalin bestimmten Brief Molotow übergeben und ihm nachdrücklich nahegelegt, der Einladung nach Berlin baldmöglichst Folge zu leisten. Molotow erklärte mehrmals, er könne nicht leugnen, daß er einen Besuch in Berlin schuldig sei, jedoch müsse er sich eine Antwort bis nach dem Studium des Briefes vorbehalten.

Ich habe sodann die Beschwerden der Umsiedlungskommissionen in den Baltenstaaten und in Bessarabien zur Sprache gebracht. M. versuchte zwar, die Berechtigung der Beschwerden zu bestreiten, versprach aber schließlich ihre Nachprüfung

SCHULENBURG

Nr. 193

Film 1379, S. 357 896

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

BERLIN ab 18. Oktbr. 17.55 Uhr
MOSKAU an 19. Oktbr. 3.50 Uhr

Diplogerma
Moskau

Citissime!

Nr. 1878 vom 18. Oktbr.

Für Herrn Botschafter persönlich.

Ich bitte um sofortige Drahtnachricht: Warum mein Brief an Stalin erst 17. Oktbr. Sowjetregierung übergeben wurde und warum entsprechend der Bedeutung seines Inhalts und der gesamten Aktion der an Stalin gerichtete Brief nicht, wie ich das als sicher angenommen hatte, in einer persönlichen Audienz von Ihnen Stalin überreicht wurde.

RIBBENTROP

Nr. 194

Film 1379, S. 357 901—357 902

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Citissime.

Tel. Nr. 2209 vom 19. 10.
Auf Telegramm Nr. 1878 vom 18. 10.

Für den Herrn Reichsaußenminister persönlich.

Aushändigung des für Stalin bestimmten Briefes an Molotow ist von mir nach reiflicher Prüfung der hier bestehenden sachlichen und personellen Verhältnisse erfolgt. Nachdem ich seinerzeit Molotow weisungsgemäß über Ihre Absicht, einen Brief an Stalin zu richten, und über seinen voraussichtlichen Inhalt informiert hatte, würde ein Antrag von mir, den Brief direkt an Stalin auszuhändigen, eine schwere Verärgerung bei Molotow zur Folge gehabt haben. Dies zu vermeiden, schien mir bei Berücksichtigung der Tatsache, daß

Molotow der engste Vertraute Stalins ist und ich in allen großen politischen Fragen auch in Zukunft auf den Verkehr mit ihm angewiesen sein werde, ein dringendes Gebot.

Dazu kommt, daß Stalin sich in letzter Zeit nach außen stark zurückhält, und ich daher begründeten Anlaß hatte, anzunehmen, daß er einer persönlichen Begegnung mit mir unter irgendeinem Vorwand ausweichen würde. Ich darf in diesem Zusammenhange an die Veröffentlichung in der Sowjetpresse vom 7. September erinnern, wonach Stalin mich seit über einem halben Jahre nicht mehr gesehen hätte. Ein Bestehen meinerseits auf einem Empfang durch Stalin würde von Sowjetseite leicht als eine Reaktion auf diese Veröffentlichung aufgefaßt werden.

Daß Übergabe Briefes erst am 17. Oktober erfolgte, erklärt sich daraus, daß ich infolge Verspätung des Flugzeugs erst am 15. Oktober abends in Moskau eintraf. Vor Übergabe des Briefes mußte er von uns erst ins Russische übersetzt werden, da Übersetzungen, die von Sowjetseite angefertigt werden, erfahrungsgemäß schlecht sind und von Verstümmelungen wimmeln. Bei der außerordentlichen politischen Bedeutung des Briefes kam es entscheidend darauf an, Stalin eine in Form und Inhalt einwandfreie Übersetzung zu vermitteln, damit der Eindruck des Briefes auf ihn nicht beeinträchtigt würde. Infolge des Umfanges und der Wichtigkeit des Briefes konnten seine Übertragung ins Russische und die Anfertigung einer entsprechenden russischen Reinschrift trotz angestrengtester Arbeit nicht eher bewerkstelligt werden.

SCHULENBURG

Nr. 195

Film 1379, S. 357 915—357 916

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

Auswärtig
Berlin

Citissime.

Telegramm Nr. 2236 vom 21. 10.

Auf Telegramm Nr. 1890[1]) vom 20. 10.

Für den Herrn Reichsaußenminister persönlich

Molotow übergab mir heute nacht den versiegelten Antwortbrief Stalins nebst Abschrift. Form und Stil des Briefes lassen keinen Zweifel daran, daß der Brief von Stalin persönlich abgefaßt ist.

Der Brief lautet in wörtlicher Übersetzung:

„Sehr geehrter Herr von Ribbentrop!

Ihren Brief habe ich erhalten. Ich danke Ihnen aufrichtig für Ihr Vertrauen sowie für die lehrreiche Analyse der letzten Ereignisse, die in Ihrem Briefe enthalten ist.

Ich stimme Ihnen zu, daß eine auf der dauerhaften Grundlage einer langfristigen Abgrenzung der beiderseitigen Interessen beruhende weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Staaten durchaus möglich ist.

Herr Molotow gesteht, daß er Ihr Schuldner ist und die Pflicht hat, Ihnen einen Gegenbesuch in Berlin abzustatten. Somit nimmt Herr Molotow Ihre Einladung an. Es bleibt übrig, den Tag des Eintreffens in Berlin zu vereinbaren. Für Herrn Molotow ist die Zeit vom 10. bis 12. November am bequemsten. Wenn sie auch der Deutschen Regierung paßt, so kann die Frage als erledigt gelten.

Ich begrüße den von Ihnen zum Ausdruck gebrachten Wunsch, erneut nach Moskau zu kommen, um den im vorigen Jahre begonnenen Meinungsaustausch über Fragen fortzusetzen, die unsere beiden Länder interessieren, und hoffe, daß dies nach der Reise Molotows nach Berlin verwirklicht werden wird.

Was die gemeinsame Beratung einiger Fragen unter Beteiligung von Japan und Italien betrifft, so bin ich, ohne dieser Idee grundsätzlich abgeneigt zu sein, der Meinung, daß diese Frage einer vorherigen Prüfung unterworfen werden müßte.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ihr sehr ergebener"

Molotow fügte mündlich hinzu, daß er am 10., 11. oder 12. November in Berlin einzutreffen gedenke. Über die Dauer seines Aufenthaltes sei noch keine Entscheidung getroffen. Sie solle von den sachlichen Notwendigkeiten abhängig gemacht werden.

Botschaftsrat Hilger eintrifft Donnerstag früh Berlin, überbringt Originalschreiben Stalins und soll weitere Einzelheiten des Besuches dort besprechen.

Molotow bat, die ganze Angelegenheit vorläufig streng vertraulich zu behandeln.

SCHULENBURG

---

1) Nicht gedruckt.

Nr. 196

Film 104, S. 112 626

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Telegramm

MOSKAU, den 2. November 1940, 2.30 Uhr
Ankunft den 2. November 1940, 7.50 Uhr

Cito
Nr. 2313 vom 1. 11.
Mit Bezug auf diesseitiges Telegramm Nr. 2310[1])

Für Herrn Staatssekretär.

In heutiger Verhandlung Schnurre mit Mikojan beschwerte sich Mikojan in sichtlich verärgerter Tonart, daß wir die von der Sowjetregierung gewünschte Lieferung von Kriegsgerät nicht übernehmen wollten, dafür lieferten wir Kriegsgerät an Finnland und andere Staaten.

Es ist dies zum ersten Mal, daß von Sowjetseite unsere Waffenlieferungen an Finnland erwähnt werden.

SCHULENBURG

---

1) Bei W; nicht gedruckt.

Nr. 197

Film 292, S. 183 883—183 885

9. November 1940[1])

Entwurf zu einem Abkommen[2])
zwischen den Staaten des Dreimächtepakts
Deutschland, Italien und Japan einerseits
und
der Sowjetunion andererseits:

Die Regierungen der Staaten des Dreimächtepakts Deutschland, Italien und Japan einerseits

und

die Regierung der UdSSR andererseits

haben in dem Wunsche, in ihren natürlichen Interessensphären in Europa, Asien und Afrika eine neue, der Wohlfahrt aller beteiligten Völker dienende Ordnung herbeizuführen und für ihre auf dieses

Ziel gerichtete Zusammenarbeit eine feste und dauernde Grundlage zu schaffen, folgendes vereinbart:

Artikel I.

In dem Dreimächtepakt von Berlin vom 27. September 1940 haben Deutschland, Italien und Japan vereinbart, der Ausdehnung des Krieges zu einem Weltkonflikt mit allen Mitteln entgegenzutreten und für eine baldige Wiederherstellung des Weltfriedens zusammenzuarbeiten. Sie haben dabei ihren Willen bekundet, ihre Zusammenarbeit auf solche Nationen in anderen Teilen der Welt auszudehnen, die geneigt sind, ihren Bemühungen eine ähnliche Richtung wie sie selbst zu geben. Die Sowjetunion erklärt sich mit dieser Zielsetzung des Dreimächtepakts solidarisch und ist ihrerseits entschlossen, mit den drei Mächten auf dieser Linie politisch zusammenzuarbeiten.

Artikel II.

Deutschland, Italien, Japan und die Sowjetunion verpflichten sich, ihre natürlichen Interessensphären gegenseitig zu respektieren. Sofern diese Interessensphären sich berühren, werden sie sich über die sich daraus ergebenden Fragen fortlaufend freundschaftlich verständigen.

Deutschland, Italien und Japan erklären ihrerseits, daß sie den gegenwärtigen Besitzstand der Sowjetunion anerkennen, und daß sie ihn respektieren werden.

Artikel III.

Deutschland, Italien, Japan und die Sowjetunion verpflichten sich, keiner Mächtegruppierung beizutreten und keine Mächtegruppierung zu unterstützen, die gegen eine der vier Mächte gerichtet ist.

Die vier Mächte werden sich in wirtschaftlicher Beziehung nach jeder Richtung hin unterstützen und die zwischen ihnen bestehenden Abmachungen ergänzen und erweitern.

Artikel IV.

Dieses Abkommen tritt mit der Unterzeichnung in Kraft und gilt für eine Zeitdauer von 10 Jahren. Die Regierungen der vier Mächte werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die Frage einer Verlängerung des Abkommens verständigen.

Ausgefertigt in vierfacher Urschrift in deutscher, italienischer, japanischer und russischer Sprache.

MOSKAU, den ..... 1940.

---

[1]) Handschriftlich hinzugefügt in der rechten Ecke oben: 9. 11. 40: S. 183 883.

[2]) Vgl. Dokument Nr. 201.

Film 292, S. 183 888—183 889

Geheimes Protokoll Nr. 1

Die Vertreter von Deutschland, Italien, Japan und der Sowjetunion haben bei der heutigen Unterzeichnung des zwischen ihnen geschlossenen Abkommens folgendes festgestellt:

1. Deutschland erklärt, daß, abgesehen von den im Friedensschluß durchzuführenden europäischen territorialen Revisionen, der Schwerpunkt seiner territorialen Aspirationen in den mittelafrikanischen Gebieten liegt.

2. Italien erklärt, daß, abgesehen von den im Friedensschluß durchzuführenden europäischen territorialen Revisionen, der Schwerpunkt seiner territorialen Aspirationen in den Gebieten Nord- und Nordostafrikas liegt.

3. Japan erklärt, daß der Schwerpunkt seiner territorialen Aspirationen im ostasiatischen Raum südlich des japanischen Inselreichs liegt.

4. Die Sowjetunion erklärt, daß der Schwerpunkt ihrer territorialen Aspirationen im Süden des Staatsgebietes der Sowjetunion in Richtung des Indischen Ozeans liegt.

Die vier Mächte erklären, daß sie, vorbehaltlich der Regelung von Einzelfragen, diese territorialen Aspirationen gegenseitig respektieren und sich ihrer Verwirklichung nicht engegensetzen werden.

MOSKAU, den .....

Film 292, S. 183 886—183 887

Geheimes Protokoll Nr. 2

abzuschließen zwischen Deutschland, Italien und der Sowjetunion

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen Deutschland, Italien, Japan und der Sowjetunion haben die Vertreter von Deutschland, Italien und der Sowjetunion folgendes festgestellt:

1. Deutschland, Italien und die Sowjetunion stimmen in der Auffassung überein, daß es in ihrem gemeinsamen Interesse liegt, die Türkei aus ihren bisherigen internationalen Bindungen zu lösen und fortschreitend für eine politische Zusammenarbeit mit ihnen zu gewinnen. Sie erklären, daß sie dieses Ziel in enger Fühlungnahme nach einer noch festzulegenden Richtlinie gemeinsam verfolgen werden.

2. Deutschland, Italien und die Sowjetunion erklären ihr Einverständnis, zu einem gegebenen Zeitpunkt gemeinsam mit der Türkei ein Abkommen zu schließen, worin die drei Mächte den Besitzstand der Türkei anerkennen.

3. Deutschland, Italien und die Sowjetunion werden gemeinsam darauf hinwirken, daß das gegenwärtig geltende Meerengenstatut von Montreux[1]) durch ein anderes Statut ersetzt wird. Durch dieses Statut würde der Sowjetunion das Recht einzuräumen sein, mit ihrer Kriegsflotte jederzeit unbeschränkt die Meerengen zu passieren, während alle anderen Mächte, ausschließlich der übrigen Schwarzmeerstaaten, aber einschließlich Deutschlands und Italiens, auf das Recht der Durchfahrt durch die Meerengen für ihre Kriegsfahrzeuge grundsätzlich verzichten. Die Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Meerengen würde dabei selbstverständlich grundsätzlich freizubleiben haben.

MOSKAU, den ..... 1940.

[1]) Meerengen-Abkommen vom 20. Juli 1936.

Nr. 198

Film 66, S. 46 290—46 313

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Unterredung zwischen von Ribbentrop und Molotow am 12. November 1940

RM 41/40

Aufzeichnung
über die Unterredung zwischen dem RAM und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der UdSSR und Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten W. M. Molotow in Anwesenheit des Stellvertreters des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Dekanosow, sowie der Herren Botschaftsrat Hilger und Pawlow, die als Dolmetscher fungierten, in Berlin, am 12. November 1940.

Nach einigen einleitenden Worten führte der RAM aus, daß seit den beiden Besuchen, die er im vergangenen Jahre in Moskau abgestattet hätte, vieles geschehen sei. Anknüpfend an die Gespräche, die er in Moskau mit den russischen Staatsmännern geführt habe, und in Ergänzung dessen, was er in dem Brief an Stalin kürzlich mitgeteilt hätte, wolle er nunmehr einige weitere Ausführungen über die deutsche Auffassung zur allgemeinen Lage und zum deutsch-russischen Verhältnis machen, ohne dabei dem Führer vorgreifen zu wollen, der am Nachmittag eingehend mit Herrn Molotow sprechen

würde und ihm seine grundsätzliche Auffassung über die politische Lage mitteilen werde. Es würden nach dieser Aussprache mit dem Führer noch weitere Gelegenheiten zu Gesprächen mit dem Reichsaußenminister bestehen und es sei anzunehmen, daß dieser deutsch-russische Meinungsaustausch günstige Wirkungen auf die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben werde.

Molotow erwiderte, daß ihm der Inhalt des Schreibens an Stalin, das ja bereits einen allgemeinen Überblick über die Ereignisse seit dem vergangenen Herbst enthalte, bekannt sei, und er hoffe, daß die in dem Schreiben gegebene Analyse durch mündliche Ausführungen des Führers über die Gesamtlage und das deutsch-russische Verhältnis ergänzt werde.

Der RAM erwiderte, daß er bereits in dem Brief an Stalin die feste Überzeugung Deutschlands zum Ausdruck gebracht habe, die er hier noch einmal unterstreichen wolle, daß keine Macht der Welt etwas daran ändern könne, daß nunmehr der Anfang vom Ende des britischen Weltreichs gekommen sei. England sei geschlagen, und es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann es seine Niederlage endgültig zugebe. Es sei möglich, daß dies bald geschehen würde, denn in England würde die Lage von Tag zu Tag schlechter. Deutschland würde selbstverständlich einen baldigen Abschluß des Konflikts begrüßen, da es keinesfalls unnötig Menschenleben opfern wolle. Sollten sich jedoch die Engländer noch nicht so bald entschließen, ihre Niederlage zuzugeben, so würden sie bestimmt im Laufe des kommenden Jahres um Frieden bitten. Deutschland setze seine Bombenangriffe auf England Tag und Nacht fort. Seine U-Boot-Waffe würde allmählich zum vollen Einsatz gelangen und England furchtbare Verluste zufügen. Deutschland sei der Ansicht, daß Englang vielleicht schon durch diese Angriffe zur Aufgabe des Kampfes gezwungen werden könnte. Es mache sich in Großbritannien bereits eine gewisse Unruhe bemerkbar, die auf eine solche Lösung hinzudeuten schiene. Wenn England jedoch nicht durch die jetzige Angriffsmethode auf die Knie gezwungen würde, so würde Deutschland in dem Augenblick, in dem es die Wetterverhältnisse gestatten, entschlossen zum Großangriff übergehen und dadurch England endgültig zu Boden schlagen. Dieser Großangriff sei bisher lediglich durch die anormalen Wetterverhältnisse verhindert worden.

England hoffe demgegenüber auf die Hilfe der Vereinigten Staaten, deren Unterstützung jedoch äußerst fragwürdig sei. Hinsichtlich etwaiger militärischer Operationen zu Lande sei der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg für Deutschland völlig belanglos. Deutschland und Italien würden nie wieder einen Angelsachsen auf dem europäischen Kontinent landen lassen. Die Hilfe, die Eng-

land durch die amerikanische Flotte erhalten könne, sei ebenfalls sehr ungewiß. So würde sich Amerika wohl darauf beschränken, den Engländern Kriegsmaterial, vor allem Flugzeuge, zu schicken Wieviel von diesem Material in England wirklich ankommen würde, sei schwer zu sagen. Es liege jedoch die Vermutung nahe, daß infolge der von der deutschen Marine getroffenen Maßnahmen die Sendungen aus Amerika nur sehr spärlich in England eingehen würden, so daß auch in dieser Hinsicht die Unterstützung Amerikas mehr als zweifelhaft sei. Unter diesen Umständen lasse die Frage, ob Amerika in den Krieg eintreten würde oder nicht, Deutschland völlig gleichgültig.

Zur politischen Lage bemerkte der RAM, daß nach Abschluß des französischen Feldzugs Deutschland heute außerordentlich stark dastehe. Der Führer würde wahrscheinlich zu diesem Punkt Herrn Molotow noch weitere Aufklärungen geben. Der Verlauf des Krieges habe weder personell — so bedauerlich auch hier die Opfer für die direkt betroffenen Familien sein mögen — noch materiell Verluste gebracht, die irgendwie in die Waagschale fielen. Deutschland verfüge daher über eine außerordentlich hohe Zahl von Divisionen und seine Luftwaffe würde immer stärker. Die U-Boote und andere Marineeinheiten erhielten dauernd Zuwuchs[1]). Unter diesen Umständen sei jeder Versuch einer Landung oder kriegerischen Handlung Englands oder eines zu England stoßenden Amerikas auf dem europäischen Kontinent von vornherein restlos zum Scheitern verurteilt. Es sei überhaupt kein miltärisches Problem. Dies hätten die Engländer noch nicht begriffen, weil anscheinend in Großbritannien ein ziemliches Durcheinander herrsche, und weil das Land von einem politischen und militärischen Dilettanten namens Churchill geführt würde, der in seiner bisherigen Karriere in allen entscheidenden Augenblicken restlos versagt hätte und auch diesmal wieder versagen würde.

Im übrigen beherrsche die Achse ihren Teil Europas militärisch und politisch vollständig. Sie habe auch mit Frankreich, das den Krieg verloren hätte und dafür bezahlen müsse (worüber sich die Franzosen übrigens auch klar wären), den Grundsatz festgelegt, daß Frankreich in Zukunft nie wieder England unterstützen, sondern sich in die Kampffront gegen England und den Don Quichotteschen Afrikaeroberer de Gaulle einreihen würde. Infolge der außerordentlichen Stärke ihrer Position überlegten sich die Achsenmächte daher nicht etwa, wie sie den Krieg gewönnen, sondern vielmehr, wie schnell sie den bereits gewonnenen Krieg beenden könnten.

Diese ganze Entwicklung, d. h. der natürliche Wunsch Deutschlands und Italiens, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, habe dazu geführt, daß sich beide Länder nach Freunden umgesehen

hätten, die das gleiche Interesse verfolgten, d. h. gegen jede Kriegsausweitung wären und für das Ziel einer schnellen Kriegsbeendigung einträten. Der Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan sei das Ergebnis dieser Bestrebungen gewesen. Vertraulich könne er, der RAM, mitteilen, daß sich noch eine Anzahl anderer Staaten mit den Ideen des Dreierpaktes solidarisch erklärt hätten.

Der RAM unterstrich in diesem Zusammenhang, daß in den Besprechungen über den Dreierpakt, die, wie er bereits im Stalin-Brief ausgeführt habe, sehr schnell abgeschlossen wurden, von vornherein ein Gedanke für alle drei Teilnehmer maßgebend gewesen sei, nämlich daß der Pakt das Verhältnis der drei Mächte zu Rußland in keiner Weise beeinträchtigen solle. Dieser Gedanke sei vom RAM vorgebracht und von Italien und Japan sofort spontan gutgeheißen worden. Insbesondere hätte sich auch Japan dafür eingesetzt, dessen Freundschaft für Deutschland im Hinblick auf die kriegshetzerische Bewegung in den Vereinigten Staaten im Interesse einer Verhinderung der Kriegsausweitung von besonderer Bedeutung sei. Die Klarstellung des Verhältnisses zu Rußland sei im Artikel V des Dreierpaktes von Berlin, der eigentlich am Beginn der Beratungen gestanden hätte, festgelegt worden.

Der RAM wies darauf hin, daß er von Anfang an während seines Moskauer Besuchs erklärt habe, daß in der außenpolitischen Konzeption des neuen Deutschlands die Freundschaft zu Japan, wie sie im Dreierpakt zum Ausdruck komme, und die Freundschaft zu Rußland nicht nur absolut nebeneinander Platz hätten, sondern sogar zur Realisierung dieser außenpolitischen Konzeption im Sinne des sicher auch von Sowjetrußland geteilten Wunsches nach baldiger Beendigung des Krieges von erheblichem Nutzen sein könne. Molotow würde sich daran erinnern, daß der RAM in Moskau erklärt habe, Deutschland würde eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Rußland und Japan sehr begrüßen. Er (der RAM) habe die Zustimmung Stalins zu dem Gedanken mit nach Deutschland genommen, daß es auch im russischen Interesse läge, wenn Deutschland seinen Einfluß in Tokio im Sinne einer russisch-japanischen Annäherung geltend machen würde. Der RAM wies darauf hin, daß er diesen Einfluß in Tokio konsequent ausgeübt habe, und glaube, daß seine Arbeit bis zu einem gewissen Grade bereits Früchte getragen habe. Nicht erst seit seinem Moskauer Besuch, sondern bereits vor 7—8 Jahren sei er (der RAM) in Gesprächen mit Japanern stets für die russisch-japanische Einigung eingetreten. Er vertrete den Standpunkt, daß genau so, wie es zwischen Sowjetrußland und Deutschland möglich gewesen sei, die gegenseitigen Interessensphären abzugrenzen, sich auch zwischen Japan und Ruß-

land eine Interessenabgrenzung erreichen ließe. Japan sei raumpolitisch jetzt nicht nach Osten und Norden orientiert, sondern nach Süden, und der RAM glaube, durch seinen Einfluß manches zu dieser Entwicklung beigetragen zu haben. Ein weiterer Grund, weshalb Deutschland eine Einigung mit Japan erstrebte, war die Erkenntnis, daß England eines Tages gegen das Reich Krieg führen würde. Daher habe Deutschland beizeiten eine entsprechende Politik Japan gegenüber eingeschlagen.

Der Führer sei nun der Ansicht, daß es überhaupt vorteilhaft wäre, wenn einmal der Versuch gemacht würde, zwischen Rußland, Deutschland, Italien und Japan in einer ganz großen Konzeption Interessensphären festzulegen. Der Führer habe sich diese Frage lange und eingehend überlegt und sei dabei zu folgender Feststellung gekommen: auf Grund der Stellung, die die vier Völker in der Welt einnehmen, müßte normalerweise die Stoßkraft ihrer Raumexpansion bei einer klugen Politik sämtlich in südlicher Richtung verlaufen. Japan habe die Richtung nach Süden bereits eingeschlagen und würde Jahrhunderte zu tun haben, um seinen Raumgewinn im Süden zu konsolidieren. Deutschland habe seine Interessensphären mit Rußland festgelegt und würde nach Durchführung einer Neuordnung in Westeuropa seine Raumexpansion auch in südlicher Richtung, d. h. in Zentralafrika im Gebiet der ehemaligen deutschen Kolonien, finden. Desgleichen sei Italiens Expansion nach Süden auf den afrikanischen Teil des Mittelmeergebiets, d. h. auf Nord- und Ostafrika, gerichtet. Er, der RAM, frage sich, ob nicht Rußland, säkular gesehen, seinen natürlichen und für Rußland so wichtigen Ausgang zum freien Meer auch in südlicher Richtung finden würde. Dies seien, so erklärte der RAM abschließend, die großen Gedanken, die in den letzten Monaten des öfteren zwischen dem Führer und ihm besprochen worden wären und die bei Gelegenheit des Berliner Besuchs auch an Molotow herangetragen werden würden.

Auf eine Frage Molotows, welches Meer der RAM gemeint habe, als er soeben vom Zugang zum Meer gesprochen hätte, erwiderte dieser, daß nach deutscher Ansicht nach dem Krieg überall in der Welt große Veränderungen vor sich gehen würden. Er erinnere daran, daß er Stalin gegenüber in Moskau erklärt habe, England hätte nicht mehr das Recht, die Welt zu beherrschen, England verfolge eine Wahnsinnspolitik, für die es eines Tages die Kosten zu tragen haben würde. Deutschland glaube daher, daß im Besitzstand des britischen Imperiums große Veränderungen vor sich gehen würden. Aus dem deutsch-russischen Pakt hätten beide Partner bisher Nutzen gezogen, Deutschland sowohl wie Rußland, das seine berechtigten Revisionen im Westen durchführen konnte. Der Sieg

Deutschlands über Polen und Frankreich habe nicht unwesentlich zur erfolgreichen Durchführung dieser Revisionen beigetragen. Beide Partner des deutsch-russischen Pakts hätten gemeinsam gute Geschäfte gemacht. Dies sei die günstigste Basis für jeden Pakt. Es frage sich nun, ob man nicht auch in Zukunft weiter gemeinsam gute Geschäfte machen könne und ob nicht Sowjetrußland aus der Neuordnung der Verhältnisse im britischen Weltreich entsprechende Vorteile ziehen könnte, d. h. ob nicht in der Richtung auf den Persischen Golf und das Arabische Meer, säkular gesehen, der vorteilhafteste Zugang zum Meer für Rußland gefunden und dabei auch sonst noch gewisse Aspirationen Rußlands in diesem Teil Asiens, an dem Deutschland vollständig desinteressiert sei, verwirklicht werden könnten.

Anschließend kam der RAM auf die Türkei zu sprechen. Dieses Land habe bisher nach außen hin ein Bündnis mit Frankreich und England gehabt. Frankreich sei durch seine Niederlage ausgefallen, und Englands Wert als Verbündeter würde immer fragwürdiger. Deshalb hätte die Türkei klugerweise die Bindungen mit England in den letzten Monaten praktisch zu einem Zustand reduziert, der eigentlich auf weiter nichts als auf die frühere Neutralität hinauslaufe. Es erhebe sich die Frage, welches Interesse Rußland an der Türkei habe. Im Hinblick auf die baldige Beendigung des Krieges, die im Interesse aller Länder, auch Rußlands, läge, glaube er, daß die Türkei dahin beeinflußt werden sollte, sich immer mehr aus der englischen Bindung zu lösen. Er (der RAM) wolle im einzelnen kein abschließendes Urteil abgeben, glaube jedoch, daß bei der Herstellung einer gemeinsamen Grundkonzeption zwischen Rußland, Deutschland, Italien und Japan die Türkei allmählich in die Richtung dieser Länder gesteuert werden solle. Bisher habe er noch in keiner Weise mit den Türken konkret über diese Dinge gesprochen. Er habe lediglich in einem vertraulichen Gespräch mit dem türkischen Botschafter[2]) erklärt, Deutschland würde es begrüßen, wenn die Türkei unter allmählicher Vertiefung der bisher verfolgten politischen Linie zur absoluten Neutralität gelangen würde, und habe hinzugefügt, daß Deutschland keinerlei Ansprüche auf türkisches Gebiet erhebe.

Der RAM erklärte weiter, daß er in diesem Zusammenhang Rußlands Unzufriedenheit mit dem Montreux-Abkommen über die Meerengen vollkommen verstehe. Deutschland sei noch unzufriedener, denn es wäre überhaupt nicht beteiligt worden. Persönlich sei er (der RAM) der Ansicht, daß das Montreux-Abkommen genau so wie die Donaukommissionen verschwinden müßte und durch etwas Neues zu ersetzen wäre. Dieses neue Abkommen müßte zwischen denjenigen Mächten abgeschlossen werden, die besonders an der Frage inter-

essiert seien, vor allem Rußland, die Türkei, Italien und Deutschland. Es sei klar, daß Sowjetrußland mit dem jetzigen Zustand nicht zufrieden sein könne. Deutschland finde den Gedanken akzeptabel, daß im Schwarzen Meer Sowjetrußland und die Anliegerstaaten gegenüber anderen Ländern der Welt gewisse Vorrechte genössen. Es sei ein Unding, daß Länder, die Tausende von Meilen vom Schwarzen Meer ablägen, behaupteten, genau die gleichen Rechte wie die Anliegerstaaten zu besitzen. Das neue Meerengen-Abkommen mit der Türkei müsse im übrigen Rußland gewisse Sonderrechte sichern, über deren Einzelheiten er sich im Augenblick noch nicht äußern könne, die jedoch grundsätzlich der Kriegs- und Handelsflotte der Sowjetunion einen freieren Zugang zum Mittelmeer als bisher eröffnen müßten. Darauf hätte Rußland Anspruch. Er (der RAM) habe diese Fragen bereits mit den italienischen Freunden besprochen, und die Gedankengänge, die er soeben angedeutet habe, hätten in Italien weitgehendstes Verständnis gefunden. Es schiene ihm ratsam, daß Rußland, Deutschland und Italien gegenüber der Türkei eine gemeinsame Politik verfolgten, um dieses Land unter Wahrung des Gesichts dazu zu veranlassen, sich aus der Bindung mit England, die allen drei Ländern nicht sehr sympathisch sein könne, zu lösen. Dadurch würde die Türkei nicht nur zu einem Faktor der Machtkombination gegen Kriegsausweitung und für baldige Herstellung des Friedens werden, sondern würde auch freiwillig dazu bereit sein, das Montreux-Abkommen zu beseitigen und mit den drei vorgenannten Ländern gemeinsam ein neues Statut für die Meerengen zu schaffen, das die berechtigten Forderungen aller befriedigen und Rußland gewisse Sonderrechte geben würde. Dabei könne man noch gemeinsam überlegen, ob es nicht möglich sei, den Besitzstand der Türkei anzuerkennen.

Zusammenfassend erklärte der RAM, daß es sich um folgendes handele:

1. gemeinsam zu überlegen, wie die Dreierpaktstaaten in irgendeiner Form mit der Sowjetunion zu einer Vereinbarung gelangen könnten, die zum Ausdruck brächte, daß die Sowjetunion sich mit dem Ziel des Dreierpakts, d. h. der Verhinderung der Kriegsausweitung und der baldigen Herstellung des Weltfriedens, solidarisch erkläre.

   Außerdem könnten noch weitere gemeinsame Fragen festgelegt werden, in denen die Länder zusammenarbeiten wollten, und schließlich könnte auch die Respektierung der gegenseitigen Interessen vereinbart werden. Dies seien die ungefähren Richtlinien, nach denen eine derartige Vereinbarung in Aussicht genommen werden könnte. Über die Einzelheiten

wäre noch näher zu sprechen. Wenn diese Gedankengänge der Sowjetregierung annehmbar schienen, so würde sich daraus praktisch eine gemeinsame Erklärung der Sowjetregierung und der Dreipaktmächte ergeben, daß sie sich für die baldige Wiederherstellung des Friedens einsetzten.

2. Wäre gemeinsam zu prüfen, ob in irgendeiner Form die Interessen der vier Staaten in einem säkularen Maßstabe für die Zukunft klargestellt werden könnten.

3. Es handele sich um die Frage der Türkei und um das Meerengenproblem.

Zu allen diesen Punkten sei zu bemerken, daß der RAM noch keine konkreten Vorschläge habe machen wollen, sondern lediglich eine Zusammenfassung der Gedanken vorgetragen habe, die dem Führer und ihm vorgeschwebt hätten, als das Schreiben an Stalin abgegangen sei. Falls der Sowjetregierung diese Gedanken jedoch realisierbar[3]) erschienen, wäre der RAM gern bereit, selbst nach Moskau zu kommen und die Dinge mit Stalin persönlich zu besprechen. Er frage sich, ob dabei nicht auch die gleichzeitige Anwesenheit seines italienischen und japanischen Kollegen, die, soweit er wüßte, auch bereit wären, nach Moskau zu kommen, von Nutzen sein könnte. Selbstverständlich müßte vorher das Verhältnis Rußlands zur Achse ebenso wie auch die Beziehungen zwischen Rußland und Japan auf dem diplomatischen Wege geklärt seien.

Zum Schluß fügte der RAM noch eine Bemerkung über seine kürzliche Besprechung mit dem chinesischen Botschafter[4]) hinzu. Er sei von keiner Seite zu dieser Besprechung veranlaßt worden, besäße aber Anzeichen dafür, daß japanischerseits nichts gegen sie eingewendet würde. Im Rahmen der Bemühungen um die schnelle Kriegsbeendigung habe er sich die Frage vorgelegt, ob nicht die Möglichkeit bestünde, eine Überbrückung der Gegensätze zwischen Tschiangkaischek und Japan herbeizuführen. Er habe nicht etwa Deutschlands Vermittlung angeboten, sondern nur in Anbetracht der langen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China dem Marschall Tschiangkaischek die deutsche Auffassung zur Kenntnis gebracht. Japan stehe dicht vor der Anerkennung einer Nanking-Regierung, während andererseits Nachrichten umliefen, daß Japan sowie China den Wunsch hätten, einen Ausgleich zu finden. Ob diese Nachrichten auf Wahrheit beruhten, ließe sich nicht genau feststellen. Es wäre jedoch zweifellos gut, wenn ein Kompromiß zwischen beiden Ländern gefunden werden könne. Aus diesem Grunde habe er (der RAM) den chinesischen Botschafter kommen lassen, um ihm die deutsche Auffassung zu dieser Frage mitzuteilen,

da er es nicht für unmöglich halte, daß sich zwischen Japan und China etwas anbahne, was er Molotow im Rahmen dieses Meinungsaustausches mitteilen wolle.

Molotow stimmte der Bemerkung über die Vorteile einer chinesisch-japanischen Einigung zu und erwiderte auf die Ausführungen des RAM, daß sie für ihn von großem Interesse gewesen seien und sich [!] ein Gedankenaustausch über die nicht nur Deutschland und Sowjetrußland, sondern auch andere Staaten angehenden großen Fragen wohl nützlich sein könne. Er habe die Ausführungen des RAM über die große Bedeutung des Dreierpaktes wohl verstanden. Als Vertreter eines nicht kriegführenden Landes müsse er jedoch eine Reihe von Erklärungen erbitten, um die Bedeutung des Paktes genauer erkennen zu können. Wenn in dem Vertragsdokument von der Neuordnung Europas und des Großostasiatischen Raumes gesprochen wurde, so sei der Begriff „Großostasiatischer Raum" recht unbestimmt, zum mindesten für jemand, der an der Vorbereitung des Paktes nicht teilgenommen habe. Es wäre daher für ihn wichtig, eine nähere Definition dieses Begriffes zu erhalten. Im übrigen müsse die Teilnahme der Sowjetunion an den von dem RAM in Aussicht genommenen Aktionen genau besprochen werden, und zwar nicht nur in Berlin, sondern auch in Moskau.

Der RAM erwiderte, daß der Begriff des Großostasiatischen Raumes auch für ihn neu gewesen sei und auch ihm gegenüber nicht im einzelnen definiert wurde. Die Formulierung sei in den, wie bereits erwähnt, sehr schnell vonstatten gehenden Verhandlungen innerhalb der letzten Tage vorgeschlagen worden; er könne jedoch soviel sagen, daß der Begriff „Großostasiatischer Raum" nichts mit den vitalen russischen Interessengebieten zu tun habe. Es sei, wie gesagt, bei den Paktverhandlungen als erster Punkt die Frage beraten worden, daß nichts, was direkt oder indirekt gegen Rußland gerichtet sei, in den Pakt aufgenommen werden dürfe.

Molotow erwiderte, daß bei einer auf längere Sicht vorgenommenen Abgrenzung der Interessensphären Präzisierungen notwendig seien. Daher habe er um die Mitteilung der Auffassung der Verfasser des Paktes oder wenigstens der Auffassung der Reichsregierung zu diesem Punkt ersucht. Bei der Abgrenzung der Interessensphären zwischen Deutschland und Rußland müsse man besonders aufpassen. Die Festlegung dieser Interessensphären im Vorjahre stelle nur eine Teillösung dar, die durch das Leben und die Ereignisse der letzten Zeit überholt und erschöpft sei, mit Ausnahme der finnischen Frage, auf die er noch im einzelnen zu sprechen kommen würde. Die Festlegung einer Dauerregelung würde notwendigerweise eine bestimmte Zeit erfordern. In erster Linie wolle sich dabei Rußland mit Deutsch-

land auseinandersetzen und erst dann mit Japan und Italien, nachdem es vorher genaue Auskunft über die Bedeutung, den Charakter und das Ziel des Dreimächtepakts erhalten hätte.

Hier wurde die Unterredung unterbrochen, um den russischen Delegierten Zeit zu geben, noch vor der Besprechung mit dem Führer das Frühstück im kleinen Kreise einzunehmen.

BERLIN, den 13. November 1940.

gez. SCHMIDT (Gesandter.)

---

1) 'Nachwuchs' handschriftlich abgeändert in Zuwuchs.

2) R. Husrev Gerede.

3) Ursprünglich „unrealisierbar" in Vorlage, erste Silbe ausradiert: S. 46 308.

4) Chen Chieh.

Nr. 199

Film 273, S. 177 555—177 577

[Füh. 32/40][1])

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Unterredung zwischen Hitler und Molotow am 12. November 1940

Aufzeichnung
über die Unterredung zwischen dem Führer und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Molotow in Anwesenheit des Reichsaußenministers, des Stellvertretenden Volkskommissars Dekanosow sowie der Herren Botschaftsrat Hilger und Pawlow, die als Dolmetscher fungierten, am 12. November 1940.

Nach einigen Begrüßungsworten erklärte der Führer, daß der Gedanke, der ihn bei der nunmehr stattfindenden Aussprache bewege, folgender sei: Im Völkerleben ließe sich zwar die Entwicklung auf lange Zeit hinaus schwer festlegen und oft würde das Entstehen von Konflikten stark von persönlichen Faktoren beeinflußt, trotzdem glaube er, daß man versuchen müsse, auch auf lange Sicht, soweit es gehe, die Entwicklung der Nationen so festzulegen, daß wenigstens nach menschlichem Ermessen Reibungen vermieden und Konfliktsstoffe ausgeschlossen würden. Besonders sei dies dann angebracht wenn zwei Nationen, wie die deutsche und die russische, an ihrer Spitze Männer hätten, die genügend Autorität besäßen, um die Entwicklung ihrer Länder in einer bestimmten Richtung festzulegen

Bei Rußland und Deutschland handele es sich außerdem um zwei sehr große Nationen, die von Natur aus keine Interessengegensätze zu haben brauchten, wenn jede Nation begriffe, daß die andere gewisse Lebensnotwendigkeiten brauche, ohne deren Sicherung ihre Existenz unmöglich sei. Außerdem hätten beide Länder Regierungssysteme, die nicht den Krieg um des Krieges willen führten, sondern den Frieden nötiger hätten als den Krieg, um ihre inneren Aufgaben durchführen zu können. Unter Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiete, müßte es eigentlich möglich sein, eine Regelung zwischen ihnen zustande zu bringen, die über die Lebensdauer der augenblicklichen Führer hinaus eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ermöglicht.

Nachdem Molotow sich zu diesen Gedankengängen sehr zustimmend geäußert hatte, fuhr der Führer fort, es sei klar, daß es eine schwere Aufgabe wäre, auf lange Zeit die Entwicklung zwischen Völkern und Staaten festlegen zu wollen. Er glaube aber, daß es möglich sei, gewisse allgemeine Gesichtspunkte gänzlich unabhängig von persönlichen Motiven klar und deutlich herauszuarbeiten und eine derartige Orientierung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Völker vorzunehmen, die doch eine gewisse Sicherheit dafür gebe, daß selbst auf längere Zeiträume hinaus Konflikte vermieden würden. Die Situation, in der die heutige Unterhaltung stattfinde, sei gekennzeichnet durch die Tatsache, daß Deutschland Krieg führe, Sowjetrußland aber nicht. Viele der von Deutschland ergriffenen Maßnahmen seien durch die Tatsache seiner Kriegführung beeinflußt worden. Viele der im Laufe des Krieges notwendigen Schritte hätten sich aus der Kriegführung selbst entwickelt und seien bei Kriegsausbruch noch nicht vorherzusehen gewesen. Im ganzen gesehen hätte nicht nur Deutschland, sondern auch Rußland beträchtliche Vorteile realisiert. Näher betrachtet sei für beide Länder die politische Zusammenarbeit während ihrer einjährigen Dauer von erheblichem Nutzen gewesen.

Molotow äußerte dazu, daß dies vollkommen richtig sei.

Der Führer erklärte fortfahrend, daß vielleicht nicht jedes der beiden Völker seine Wünsche hundertprozentig erfüllt bekommen habe. Im politischen Leben sei jedoch eine 20- oder 25prozentige Realisierung von Forderungen schon sehr viel wert. Er glaube, daß auch in der Zukunft nicht jeder Wunschtraum in Erfüllung gehen werde, daß aber die beiden größten Völker Europas, wenn sie miteinander gingen, auf jeden Fall größeren Gewinn hätten, als wenn sie gegeneinander arbeiteten. Wenn sie zusammenhielten, würde

für beide Länder immer irgendein Vorteil dabei entstehen. Arbeiteten sie jedoch gegeneinander, so würden ausschließlich dritte Länder die Nutznießer sein.

Molotow erwiderte, daß der Gedankengang des Führers vollkommen richtig sei und von der Geschichte bestätigt würde, besonders zutreffend sei er jedoch für die heutige Situation.

Der Führer führte dann weiter aus, daß er sich aus diesem Gedankengang heraus in einer Zeit, in der die militärischen Operationen im wesentlichen abgeschlossen wären, die Frage der deutsch-russischen Zusammenarbeit ganz nüchtern erneut vorgelegt habe.

Der Krieg habe im übrigen zu Weiterungen geführt, die von Deutschland nicht beabsichtigt waren, es aber doch gezwungen hätten, von Fall zu Fall militärisch auf gewisse Vorgänge zu reagieren. Der Führer legte dann Molotow in kurzen Zügen den Verlauf der bisherigen Kampfhandlungen dar, der dazu geführt hätte, daß England nunmehr keinen Festlandsdegen mehr besäße. Er beschrieb im einzelnen die gegen England gegenwärtig durchgeführten Kampfhandlungen und unterstrich den Einfluß der atmosphärischen Bedingungen auf diese Operationen. Die englischen Gegenwirkungen seien lächerlich, und von der Fantasie angeblicher Zerstörungen in Berlin könnten sich die russischen Herren selbst durch Augenschein überzeugen. Sobald die atmosphärischen Bedingungen sich besserten, würde Deutschland zum großen Endschlag gegen England ausholen. Im Augenblick sei es nun sein Bestreben, zu versuchen, nicht nur militärische Vorbereitungen für diesen Endkampf zu treffen, sondern auch die politischen Fragen zu klären, die in und nach dieser Auseinandersetzung eine Rolle spielen würden. Er habe daher das Verhältnis zu Rußland einer neuen Prüfung unterzogen, und zwar nicht nur im negativen Sinne, sondern mit dem Ziel, es, wenn möglich auf lange Sicht hin, positiv auszugestalten. Dabei hätten sich mehrere Schlußfolgerungen ergeben:

1. Deutschland würbe nicht um militärische Hilfe bei Rußland;
2. Durch die ungeheure Ausweitung des Krieges sei Deutschland gezwungen gewesen, um England entgegenzutreten, in Gebiete vorzudringen, die ihm fernlägen und an denen es primär politisch und wirtschaftlich nicht interessiert wäre;
3. Es bestehen indes gewisse Erfordernisse, deren ganze Bedeutung sich erst im Laufe des Krieges herausgestellt hätte, die aber unbedingt lebensnotwendig für Deutschland seien. Dazu gehörten gewisse Rohstoffvorkommen, die von Deutschland als lebenswichtigste Elemente für absolut unentbehrlich angesehen würden. Vielleicht sei Herr Molotow der Ansicht, daß in

dem einen oder anderen Falle von den seinerzeit zwischen Stalin und dem Reichsaußenminister festgelegten Auffassungen über die Interessengebiete abgewichen worden sei. Solche Abweichungen hätten sich bereits im Zuge der russischen Operationen gegen Polen in einigen Fällen ergeben. In ruhiger Abwägung der deutschen und der russischen Interessen sei er (der Führer) in einer Reihe von Fällen nicht etwa zu Konzessionen bereit gewesen, sondern habe eingesehen, daß es zweckmäßig sei, den Bedürfnissen Rußlands entgegenzukommen, so z. B. im Falle Litauen. Wirtschaftlich gesehen hätte Litauen immerhin für uns eine gewisse Bedeutung gehabt, aber wir hätten politisch gesehen Verständnis für die Notwendigkeit der Lagebereinigung in diesem ganzen Gebiet gehabt, um dadurch besonders für die Zukunft die geistige Wiederaufnahme von Tendenzen zu verhindern, die geeignet gewesen wäre, Spannungen zwischen den beiden Ländern Deutschland und Rußland entstehen zu lassen. In einem anderen Falle, nämlich der Frage Südtirol, hätte Deutschland eine ähnliche Stellung eingenommen. Aber auch für Deutschland seien im Laufe des Krieges Momente eingetreten, die bei Kriegsausbruch nicht vorhergesehen werden konnten, die aber im Rahmen der Kriegsoperationen als absolut lebensnotwendig angesehen werden mußten.

Er (der Führer) habe sich nun die Frage überlegt, wie man über alle kleinen momentanen Überlegungen hinweg in großen Linien die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland weiter klären und nach welchen Richtlinien die deutsch-russische Entwicklung weiter vor sich gehen sollte. Für Deutschland handele es sich dabei um folgende Gesichtspunkte:

1. Die Raumnot. Im Verlaufe des Krieges habe Deutschland so große Gebiete in seine Hand bekommen, daß es 100 Jahre benötige, um sie voll nutzbar zu machen.
2. Es sei eine gewisse koloniale Ergänzung in Zentralafrika notwendig.
3. Deutschland hätte gewisse Rohstoffe nötig, deren Bezug es unter allen Umständen sicherstellen müsse. Und
4. Es könne nicht zulassen, daß in gewissen Gebieten von den Feindmächten Luft- oder Marinestützpunkte eingerichtet würden.

In keinem Falle jedoch würden die Interessen Rußlands berührt. Das russische Reich könne sich ohne die geringste Beeinträchtigung

deutscher Interessen entwickeln. (Diesen Gedanken bezeichnete Molotow als sehr richtig.) Wenn beide Länder sich diese Erkenntnis zu eigen machten, sie gemeinsame Arbeit zum Nutzen beider verrichten und sich Schwierigkeiten, Spannungen und Nervenbelastungen ersparen könnten. Es sei vollständig klar, daß Deutschland und Rußland nie eine Welt werden würden. Die beiden Länder würden immer als zwei gewaltige Bestandteile der Welt getrennt voneinander bestehen. Jeder von ihnen könne sich seine Zukunft nach eigenem Gutdünken gestalten, wenn er die Interessen des anderen dabei berücksichtige. Deutschland selbst habe in Asien keine Interessen außer allgemein wirtschaftlichen und handelspolitischen. Es habe insbesondere auch keine kolonialen Interessen dort. Es wisse zudem, daß die in Asien denkbaren kolonialen Räume wahrscheinlich an Japan fallen würden. Wenn womöglich auch noch China in den Bannkreis der erwachenden Nationen gezogen würde, wäre angesichts der dort lebenden Menschenmassen jede koloniale Bestrebung von vornherein zum Scheitern verurteilt.

In Europa lägen zwischen Deutschland, Rußland und Italien eine ganze Reihe von Berührungsmomenten vor. Jedes dieser drei Länder habe das verständliche Bestreben nach einem Zugang zum offenen Meer. Deutschland strebe aus der Nordsee heraus, Italien wolle den Riegel Gibraltar beseitigen, und Rußland strebe ebenfalls dem Weltmeer zu.

Es frage sich nun, wie weit die Möglichkeit bestehe, daß diese großen Staaten wirklich offene Zugänge zum Weltmeer erhielten, ohne selbst wieder darüber miteinander in Konflikt zu geraten. Unter diesem Gesichtspunkte betrachte er auch die Gestaltung der europäischen Verhältnisse nach dem Kriege. Die führenden Staatsmänner Europas müßten verhindern, daß dieser Krieg der Vater eines neuen Krieges würde. Die zu regelnden Fragen müßten daher so gelöst werden, daß, wenigstens auf absehbare Zeit, nicht wieder ein neuer Konflikt entstehen könne.

In diesem Sinne habe er (der Führer) mit den französischen Staatsmännern gesprochen und glaube, bei ihnen ein gewisses Verständnis für eine Regelung gefunden zu haben, die auf weitere Sicht zu erträglichen Verhältnissen führe und die für alle Beteiligten schon insofern von Nutzen wäre, als nicht wieder sofort ein neuer Krieg zu befürchten sei. Er habe unter Hinweis auf die Präambel zum Waffenstillstandsvertrage mit Frankreich Pétain und Laval darauf hingewiesen, daß, solange der Krieg mit England andauere, kein Schritt unternommen werden dürfte, der die Voraussetzungen zur Beendigung dieses Krieges gegen Großbritannien irgendwie beeinträchtige.

Es gäbe auch anderswo derartige Probleme, die nur für die Dauer des Krieges aufträten. So habe z. B. Deutschland auf dem Balkan keinerlei politische Interessen und handele dort augenblicklich ausschließlich unter dem Zwang, sich bestimmte Rohstoffe zu sichern. Es handele sich um rein militärische Interessen, deren Sicherung keine angenehme Aufgabe darstelle, da z. B. in Rumänien eine deutsche Militärmacht Hunderte von Kilometern von den Versorgungszentren unterhalten werden müsse.

Aus ähnlichen Gründen wäre der Gedanke, daß England sich in Griechenland festsetzen könne, um dort Luft- und Seestützpunkte einzurichten, für Deutschland unerträglich. Das Reich sei gezwungen, derartiges unter allen Umständen zu verhindern.

Die Fortsetzung des Krieges unter solchen Umständen sei natürlich nicht wünschenswert. Daher habe Deutschland auch den Krieg schon nach Abschluß des Polenfeldzuges beenden wollen. Damals hätten England und Frankreich ohne persönliche Opfer den Frieden haben können; sie hätten es jedoch vorgezogen, weiter Krieg zu führen. Selbstverständlich schaffe Blut auch Rechte und es sei nicht angängig, daß gewisse Länder den Krieg erklärt und geführt hätten, ohne daß sie nachher dafür die Kosten trügen. Dies habe er (der Führer) auch den Franzosen gegenüber klar zum Ausdruck gebracht. Es handele sich jedoch im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung um die Frage, wer von den kriegsschuldigen Ländern mehr bezahlen müsse. Auf jeden Fall hätte Deutschland am liebsten im vergangenen Jahr den Krieg beendet und sein Heer demobilisiert, um seine Friedensarbeit wieder aufzunehmen, denn wirtschaftlich gesehen wäre jeder Krieg ein schlechtes Geschäft. Selbst der Sieger müsse vor, während und nach dem Kriege derartige Ausgaben auf sich nehmen, daß er bei friedlicher Entwicklung sein Ziel erheblich billiger erreicht haben würde.

Diesem Gedanken stimmte Molotow durch die Bemerkung zu, daß auf jeden Fall die Erreichung eines Zieles durch kriegerische Mittel ungeheuer viel kostspieliger sei, als wenn man auf friedlichem Wege vorgehe. Der Führer wies fortfahrend darauf hin, daß unter den gegenwärtigen Umständen Deutschland durch die Kriegsentwicklung gezwungen sei, sich in Räumen zu betätigen, in denen es politisch nicht interessiert wäre, sondern höchstens wirtschaftliche Interessen habe. Die Notwendigkeit der Selbsterhaltung jedoch übe hier einen absoluten Zwang aus. Trotzdem stelle diese notgedrungene Tätigkeit Deutschlands in den betreffenden Räumen kein Hindernis für eine in Angriff zu nehmende Befriedung der Welt dar, die den Nationen, welche am gleichen Strange zögen, das brächten, was sie erhofften.

Hinzu käme das Problem Amerika. Die Vereinigten Staaten verfolgten heute eine imperialistische Politik. Sie kämpften nicht für England, sondern versuchten lediglich, das britische Weltreich in die Hand zu bekommen. Sie hülfen England höchstens, um ihre eigene Aufrüstung damit zu fördern und ihre militärische Machtstellung durch Gewinnung von Stützpunkten zu verstärken. In der ferneren Zukunft würde es sich darum handeln, eine große Solidarität zwischen den Staaten herzustellen, die bei einer Ausweitung des Einflußbereichs dieser ganz anders als England fundierten angelsächsischen Macht in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Es handele sich dabei nicht um eine Frage der näheren Zukunft; nicht im Jahre 1945, sondern höchstens in den Jahren 1970 und 1980 würde von dieser angelsächsischen Macht her der Freiheit anderer Nationen eine ungeheure Gefahr drohen. Immerhin müsse sich der europäische Kontinent schon jetzt auf diese Entwicklung einstellen und geschlossen gegen die Angelsachsen und jeden ihrer Versuche, gefährliche Stützpunkte zu erwerben, auftreten. Daher sei er in einen Gedankenaustausch mit Frankreich, Italien und Spanien eingetreten, um mit diesen Ländern in dem ganzen Gebiet von Europa und Afrika eine Art Monroe-Doktrin zu errichten und eine neue gemeinsame Kolonialpolitik aufzunehmen, wonach jeder von den betreffenden Mächten an Kolonialraum nur das für sich in Anspruch nehme, was er wirklich ausnutzen könne. In anderen Gebieten, wo Rußland die primär bevorrechtigte Macht sei, würden dessen Interessen selbstverständlich vorzugehen haben. Daraus ergebe sich eine große Kombination von Mächten, die unter nüchterner Beurteilung der Realitäten ihre Interessengebiete untereinander festzulegen hätten und sich der anderen Welt gegenüber unter entsprechenden Bedingungen behaupten würden. Eine derartige Kombination von Ländern zustande zu bringen, sei sicherlich eine schwere Aufgabe, aber immerhin sei die gedankliche Regelung noch nicht so schwer wie die tatsächliche Verwirklichung.

Der Führer kam dann anschließend wieder auf die deutsch-russischen Bestrebungen zu sprechen. Er verstehe durchaus Rußlands Bemühungen um eisfreie Häfen mit absolut gesicherten Zugängen zum offenen Meer. Deutschland habe in seinen jetzigen Ostprovinzen seinen Lebensraum außerordentlich erweitert. Mindestens die Hälfte dieses Raumes sei jedoch als wirtschaftliches Zuschußgebiet anzusprechen. Vielleicht hätten sowohl Rußland und Deutschland nicht alles erreicht, was sie sich als Ziel vorgenommen hätten. Auf jeden Fall seien jedoch die Erfolge auf beiden Seiten groß gewesen. Wenn man die noch verbleibenden Fragen großzügig betrachte, wobei berücksichtigt werden müsse, daß Deutschland sich noch im Kriege be-

finde und sich für Gebiete interessieren müsse, die ihm an und für sich politisch fern lägen, so könnten auch in der Zukunft für beide Partner erhebliche Gewinne erzielt werden. In diesem Zusammenhang kam der Führer erneut auf den Balkan zu sprechen und wiederholte, daß Deutschland sich militärisch sofort jedem Versuch Englands, in Saloniki Fuß zu fassen, widersetzen würde. Es habe noch aus dem letzten Kriege eine unangenehme Erinnerung an die damalige Saloniki-Front.

Auf eine Frage Molotows, wieso denn Saloniki eine Gefahr darstelle, wies der Führer auf die Nähe der rumänischen Petroleumfelder hin, die Deutschland unter allen Umständen verteidigen wolle. Sobald jedoch Friede herrsche, würden die deutschen Truppen Rumänien sofort wieder verlassen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung richtete der Führer an Molotow die Frage, wie sich Rußland die Sicherung seiner Interessen im Schwarzen Meer und in den Meerengen vorstelle. Deutschland würde jederzeit bereit sein, von sich aus eine Verbesserung des Meerengenregimes für Rußland mit durchsetzen zu helfen.

Molotow erwiderte, daß die Erklärungen des Führers allgemeiner Natur gewesen seien und er im allgemeinen diesen Gedankengängen zustimmen könne. Er sei auch seinerseits der Ansicht, daß es im Interesse Deutschlands und der Sowjetunion läge, wenn beide Länder zusammenarbeiteten und nicht gegeneinander kämpften. Bei der Abreise aus Moskau habe ihm Stalin genaue Weisungen erteilt und alles, was er in der Folge mitteilen würde, sei mit der Ansicht Stalins identisch. Er stimme der Meinung des Führers zu, daß beide Partner an dem deutsch-russischen Abkommen erhebliche Vorteile davongetragen hätten. Deutschland hätte ein sicheres Hinterland erhalten, das, wie allgemein bekannt sei, von großer Bedeutung für den weiteren Verlauf der Ereignisse während des Kriegsjahres gewesen wäre. Deutschland hätte auch in Polen erhebliche wirtschaftliche Vorteile erhalten. Durch den Austausch Litauens gegen die Wojewodschaft Lublin seien alle möglichen Reibungen zwischen Rußland und Deutschland vermieden worden. Das deutsch-russische Abkommen vom vorigen Jahre könne daher bis auf einen Punkt, nämlich Finnland, als erfüllt angesehen werden. Die Finnlandfrage sei noch ungelöst, und er bitte den Führer, ihm zu sagen, ob das deutsch-russische Abkommen, soweit es sich auf Finnland beziehe, noch in Kraft sei. Nach Ansicht der Sowjetregierung seien hier keine Änderungen eingetreten. Nach Ansicht der Sowjetregierung stelle das deutsch-russische Abkommen vom vorigen Jahr nur eine Teillösung dar. Inzwischen seien andere Fragen herangereift, die ebenfalls gelöst werden müßten.

Anschließend kam Molotow auf die Bedeutung des Dreimächtepaktes zu sprechen. Was bedeute die Neuordnung in Europa und in Asien und in welcher Weise würde hier die U. d. S. S. R. mit eingeschaltet? Diese Fragen müßten während der Berliner Gespräche und während des in Aussicht genommenen Besuches des RAM's in Moskau, mit dem die Russen bestimmt rechneten, besprochen werden. Außerdem seien Fragen bezüglich der russischen Balkan- und Schwarzmeerinteressen hinsichtlich Bulgariens, Rumäniens und der Türkei zu klären. Es würde für die Russische Regierung leichter sein, konkret zu den vom Führer aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, wenn sie die soeben erbetenen Erläuterungen erhalten könnte. Sie interessiere sich für die Neuordnung in Europa und außerdem besonders auch für das Tempo und die Form dieser Neuordnung. Auch würde sie gern eine Vorstellung über die Abgrenzung des sogenannten großostasiatischen Raumes haben.

Der Führer erwiderte, daß der Dreierpakt die Verhältnisse in Europa im Bereich der natürlichen Interessen der europäischen Staaten ordnen solle und Deutschland daher nunmehr an die Sowjetunion herantrete, damit diese in den sie interessierenden Gebieten mitsprechen könne. Auf keinen Fall soll eine Regelung ohne die sowjetrussische Mitarbeit getroffen werden. Dies gelte nicht nur für Europa, sondern auch für Asien, wo Rußland selbst an der Definition des großostasiatischen Raumes mitwirken und seine dortigen Ansprüche selbst bestimmen solle. Deutschlands Aufgabe wäre hierbei die eines Mittlers. Auf keinen Fall solle Rußland vor vollendete Tatsache gestellt werden.

Als der Versuch vom Führer unternommen wurde, die vorerwähnte Mächtekombination aufzustellen, sei ihm als schwierigster Punkt nicht das deutsch-russische Verhältnis erschienen, sondern die Frage, ob zwischen Deutschland, Frankreich und Italien eine Zusammenarbeit möglich sei. Erst nachdem er nunmehr glaube, daß dieses Problem gelöst werden könne, und eine Regelung in ihren großen Zügen von den drei Ländern im wesentlichen akzeptiert worden sei, hätte er es für möglich gehalten, nunmehr mit Sowjetrußland zur Regelung der Fragen des Schwarzen Meeres, des Balkans und der Türkei in Fühlung zu treten.

Abschließend und zusammenfassend erklärte der Führer, es handele sich gewissermaßen um den ersten Kristallisationspunkt für eine umfassende Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Probleme Westeuropas, die zwischen Deutschland, Italien und Frankreich zu regeln seien, sowie der Fragen des Ostens, die im wesentlichen Rußland und Japan angingen, bei denen jedoch Deutschland seine guten Dienste als Vermittler zur Verfügung stelle. Es handele sich darum, allen Ver-

suchen Amerikas, „an Europa zu verdienen", entgegenzutreten. Die Vereinigten Staaten hätten weder in Europa, noch in Afrika, noch in Asien etwas zu suchen.

Molotow erklärte sich mit den Ausführungen des Führers über die Rolle Amerikas und Englands einverstanden. Die Teilnahme Rußlands am Dreimächtepakt erschiene ihm grundsätzlich durchaus annehmbar, unter der Voraussetzung, daß Rußland als Partner mitwirke und nicht nur Objekt sei. In diesem Falle sehe er keine Schwierigkeiten in der Frage der Teilnahme der Sowjetunion an den gemeinsamen Bemühungen. Aber das Ziel und die Bedeutung des Paktes müßten, besonders wegen der Abgrenzung des großostasiatischen Raumes, zunächst näher definiert werden.

Die Besprechung wurde hier mit Rücksicht auf eventuellen Fliegeralarm abgebrochen und auf den nächsten Tag verschoben, wobei der Führer Molotow zusagte, daß er die einzelnen, im Verlauf der Besprechung aufgetauchten Fragen genau mit ihm durchsprechen würde.

BERLIN, den 16. November 1940.

(gez.) SCHMIDT.

---

1) Film F 3, S. 0281.

Nr. 200

Film 273, S. 177 578—177 614

RM . . .[1])

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Unterredung zwischen Hitler und Molotow am 13. November 1940

Aufzeichnung
über die Unterredung zwischen dem Führer und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Molotow in Anwesenheit des RAM und des Stellvertretenden Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Dekanosow sowie der Herren Botschaftsrat Hilger und Pawlow, die als Dolmetscher fungierten, in Berlin am 13. 11. 1940.

Der Führer knüpfte an die Bemerkung Molotows während des gestrigen Gesprächs an, nach der die deutsch-russische Vereinbarung „mit Ausnahme eines Punktes, nämlich Finnlands, erfüllt" worden sei.

Molotow präzisierte, daß sich diese Bemerkung nicht nur auf die deutsch-russische Vereinbarung selbst, sondern vor allen Dingen auch auf die Geheimprotokolle bezogen habe.

Der Führer erwiderte, daß in dem Geheimprotokoll Einflußzonen und Interessengebiete zwischen Deutschland und Rußland festgelegt und aufgeteilt worden seien. Soweit es sich dabei um tatsächliche Besitzergreifung gehandelt habe, habe man sich deutscherseits an die Abmachungen gehalten, was auf russischer Seite nicht absolut der Fall gewesen sei. Jedenfalls habe Deutschland kein Gebiet besetzt, das innerhalb der russischen Interessensphäre liege.

Bereits gestern sei Litauen erwähnt worden. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß in diesem Falle die Abweichungen von der ursprünglichen deutsch-russischen Abmachung im wesentlichen auf eine russische Initiative zurückgingen. Ob später einmal wirklich aus der Teilung von Polen die Schwierigkeiten erwachsen wären, deren Vermeidung die Russen zu ihrem Vorschlag veranlaßt hatte, könne dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall sei die Wojewodschaft Lublin kein wirtschaftlicher Ersatz für Litauen gewesen. Jedoch habe man auf deutscher Seite eingesehen, daß sich im Zug der Ereignisse eine Lage ergab, die Korrekturen an der ursprünglichen Vereinbarung notwendig machte.

Das Gleiche gelte für die Bukowina. An sich hätte sich Deutschland in der ursprünglichen Vereinbarung nur an Bessarabien desinteressiert. Trotzdem habe es auch hier eingesehen, daß die Korrektur der Abmachung unter gewissen Gesichtspunkten für den anderen Partner zweckmäßig sei.

Ganz ähnlich sei die Lage bezüglich Finnlands. Deutschland habe dort kein politisches Interesse. Das sei der Russischen Regierung bekannt. Während des russisch-finnischen Krieges habe Deutschland peinlichst alle seine Verpflichtungen hinsichtlich einer absolut wohlwollenden Neutralität eingehalten.

Molotow warf hier ein, daß die Russische Regierung an der Haltung Deutschlands in diesem Konflikt nichts auszusetzen gehabt hätte.

Der Führer wies in diesem Zusammenhang noch darauf hin, daß er sogar Schiffe in Bergen angehalten hätte, die Waffen und Munition nach Finnland transportierten, wozu Deutschland an und für sich kein Recht gehabt habe. Deutschland hätte sich durch seine Haltung im russisch-finnischen Krieg in einen schweren Gegensatz zur übrigen Welt, besonders aber zu Schweden gebracht. Die Folge davon war, daß es während des anschließenden Norwegen-Feldzugs, der an und für sich schon erhebliche Risiken mit sich brachte, eine große Zahl von Divisionen zur Sicherung gegen Schweden einsetzen mußte, die es andernfalls nicht gebraucht hätte.

Die eigentliche Lage sei folgende: Gemäß den deutsch-russischen Abmachungen erkenne Deutschland an, daß Finnland politisch in

erster Linie Rußland interessiere und in dessen Interessenzone läge. Jedoch ergäben sich für Deutschland zwei Gesichtspunkte:

1. sei es für die Dauer des Krieges sehr stark an den Nickel- und Holzlieferungen aus Finnland interessiert, und

2. wünsche es keinen neuen Konflikt in der Ostsee, der seine Bewegungsfreiheit in einem der wenigen Handelsmeere, die es noch besäße, einengte. Wenn behauptet würde, daß Finnland von deutschen Truppen besetzt sei, so sei dies völlig unzutreffend. Allerdings würden durch Finnland Truppen nach Kirkenes transportiert, worüber Rußland offiziell von Deutschland unterrichtet worden sei. Wegen der Länge der Reiseroute müßten die Züge unterwegs zwei- bis dreimal auf finnischem Gebiet halten. Sobald jedoch die Durchfuhr des zu transportierenden Truppenkontingents abgeschlossen sei, würden keine weiteren Truppen mehr durch Finnland befördert werden. Er (der Führer) weise darauf hin, daß sowohl das deutsche als auch das rüssische Interesse natürlicherweise dahin gehe, die Ostsee nicht erneut zu einem Kampfgebiet werden zu lassen. Seit dem russisch-finnischen Krieg sei ein Umschwung in den militärischen Operationsmöglichkeiten insofern eingetreten, als England über Fernbomber und Zerstörer mit großer Reichweite verfüge. Dadurch hätten die Engländer die Möglichkeit, sich in finnischen Flughäfen festzusetzen.

Hinzu käme noch ein rein psychologischer Faktor, der außerordentlich belastend sei. Die Finnen hätten sich tapfer verteidigt und die Sympathie der Welt und insbesondere Skandinaviens gewonnen. Auch in Deutschland habe während des russisch-finnischen Krieges unter dem Volk eine gewisse Gereiztheit über die Haltung geherrscht, die Deutschland auf Grund der Abmachungen mit Rußland einnehmen mußte und auch tatsächlich eingenommen hat. Aus den vorstehenden Erwägungen heraus wünsche Deutschland keinen neuen finnischen Krieg. Aber die rechtmäßigen Ansprüche Rußlands würden dadurch nicht berührt. Deutschland habe dies durch seine Haltung zu verschiedenen Fragen, u. a. zur Frage der Befestigung der Aalandsinseln, immer wieder bewiesen. Für die Dauer des Krieges jedoch seien seine wirtschaftlichen Interessen in Finnland genau so bedeutend wie in Rumänien. Deutschland erwarte die Rücksichtnahme auf diese Interessen um so mehr, als es selbst auch seinerzeit in der Frage Litauen und Bukowina Verständnis für die russischen Wünsche gezeigt habe. Jedenfalls hätte es keinerlei politische Interessen in Finnland und akzeptiere die Tatsache der Zugehörigkeit dieses Landes zur russischen Einflußzone vollständig.

In seiner Erwiderung wies Molotow darauf hin, daß sich das Abkommen von 1939 auf eine bestimmte Etappe der Entwicklung bezogen habe, die mit der Beendigung des Polenkrieges abgeschlossen

wurde, während die zweite Etappe mit der Niederlage Frankreichs ihr Ende fand und man jetzt eigentlich in der dritten Etappe stehe. Er erinnerte daran, daß durch das ursprüngliche Abkommen mit dem Geheimprotokoll die gemeinsame deutsch-russische Grenze festgelegt und Fragen hinsichtlich der baltischen Anliegerstaaten, Rumäniens, Finnlands und Polens geregelt worden wären. Er stimme im übrigen den Bemerkungen des Führers über die vorgenommenen Korrekturen zu. Wenn er jedoch eine Bilanz der sich nach der Niederlage Frankreichs ergebenden Situation zöge, so müsse er erklären, daß das deutsch-russische Abkommen nicht ohne Einfluß auf die großen deutschen Siege gewesen sei.

Zur Frage der Korrektur der ursprünglichen Abmachung hinsichtlich Litauens und der Wojewodschaft Lublin wies Molotow darauf hin, daß die Sowjetunion nicht auf dieser Korrektur bestanden haben würde, wenn Deutschland es nicht gewollt hätte. Er glaube nur, daß die neue Lösung im beiderseitigen Interesse gelegen habe.

Der RAM warf hier ein, daß zwar Rußland diese Korrektur nicht zu einer absoluten Bedingung gemacht habe, sich immerhin aber dafür sehr stark eingesetzt hätte.

Molotow blieb dabei, daß sich die Sowjetregierung nicht geweigert hätte, die Dinge so zu belassen, wie sie im ursprünglichen Abkommen vorgesehen waren. Jedenfalls habe aber Deutschland für das Entgegenkommen in Litauen auf dem Gebiet in Polen einen Ausgleich erhalten.

Der Führer warf hier ein, daß man wirtschaftlich gesehen bei diesem Tausch nicht von einem Ausgleich sprechen könnte.

Molotow kam dann auf die Frage des litauischen Gebietszipfels zu sprechen und betonte, daß die Sowjetregierung von Deutschland in dieser Frage immer noch keine klare Antwort erhalten habe. Sie erwarte jedoch eine Stellungnahme.

Bezüglich der Bukowina gab er zu, daß es sich hier um ein zusätzliches, nicht im Geheimprotokoll erwähntes Gebiet handle. Rußland habe seine Forderungen zunächst auf die Nordbukowina beschränkt. Unter den gegenwärtigen Umständen müsse jedoch Deutschland Verständnis für das russische Interesse an der Südbukowina haben. Auch hier hätte jedoch Rußland auf seine diesbezügliche Anfrage keine Antwort erhalten. Statt dessen hätte Deutschland das ganze Staatsgebiet Rumäniens garantiert und die russischen Wünsche bezüglich der Südbukowina völlig übergangen.

Der Führer erwiderte, daß es ein erhebliches Entgegenkommen von deutscher Seite bedeute, wenn überhaupt ein Teil der Bukowina von Rußland besetzt werden konnte. Nach einer mündlichen Abmachung

sollten die ehemaligen österreichischen Gebiete in die deutsche Interessensphäre fallen. Im übrigen seien die zur russischen Zone gehörenden Gebiete namentlich erwähnt worden, wie z. B. Bessarabien. Von der Bukowina stehe jedoch kein Wort in den Abmachungen. Schließlich sei auch die genaue Bedeutung des Wortes „Einflußsphäre" nicht weiter definiert worden. Jedenfalls habe Deutschland hier nicht im geringsten gegen das Abkommen verstoßen. Auf den Einwand Molotows, daß die Korrekturen bezüglich des litauischen Gebietszipfels und der Bukowina im Vergleich zu den Korrekturen, die Deutschland anderswo durch die Waffen vorgenommen habe, keine sehr große Bedeutung hätten, erwiderte der Führer, daß die sogenannten „Waffenkorrekturen" ja überhaupt nicht Gegenstand des Abkommens gewesen wären.

Molotow beharrte jedoch auf seiner vorher geäußerten Meinung, daß die beiden von Rußland gewünschten Korrekturen von verschwindender Bedeutung seien.

Der Führer erwiderte, daß, wenn die deutsch-russische Zusammenarbeit in der Zukunft positive Ergebnisse zeitigen solle, die Sowjetregierung begreifen müsse, daß sich Deutschland in einem Kampf auf Leben und Tod befinde, den es unter allen Umständen erfolgreich beenden wolle. Dazu seien eine Reihe von wirtschaftlich und militärisch bedingten Voraussetzungen notwendig, die sich Deutschland unter allen Umständen sicherstellen wolle. Wenn sich die Sowjetunion in einer ähnlichen Lage befände, so würde und müßte Deutschland dann auch seinerseits ein gleiches Verständnis für die russischen Erfordernisse aufbringen. Die Voraussetzungen, die Deutschland sich sichern wolle, widersprächen den Abmachungen mit Rußland nicht. Der deutsche Wunsch, einen Krieg in der Ostsee mit unabsehbaren Folgen zu vermeiden, bedeute keinen Verstoß gegen die deutsch-russischen Abmachungen, wonach Finnland in die russische Einflußzone falle. Die auf Wunsch und Ersuchen der rumänischen Regierung gegebene Garantie sei kein Verstoß gegen die Abmachungen bezüglich Bessarabiens. Die Sowjetunion müsse sich darüber klar sein, daß im Rahmen einer erweiterten Zusammenarbeit der beiden Länder Vorteile ganz anderen Ausmaßes als die unbedeutenden Korrekturen, die jetzt zur Debatte stünden, zu erreichen seien. Es würden sich dann viel größere Erfolge erzielen lassen unter der Voraussetzung, daß von Rußland nicht jetzt Erfolge in Gebieten gesucht würden, an denen Deutschland im Kriege interessiert sei. Die zukünftigen Erfolge würden um so größer sein, je mehr es Deutschland und Rußland gelänge, Rücken an Rücken nach außen zu kämpfen, und würden um so kleiner werden, je mehr die beiden Länder Brust an Brust gegen-

einander stünden. Im ersteren Fall gäbe es keine Macht der Welt, die sich den beiden Ländern entgegenstellen könne.

Molotow erklärte sich in seiner Erwiderung mit den letzten Schlußfolgerungen des Führers einverstanden. Er unterstrich dabei den Standpunkt der Sowjetführer und insbesondere Stalins, daß es möglich und zweckmäßig sei, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen und zu aktivieren. Um diesen Beziehungen jedoch eine dauerhafte Grundlage zu geben, müßten auch Fragen bereinigt werden, die zwar von nebensächlicher Bedeutung seien, jedoch die Atmosphäre des deutsch-russischen Verhältnisses verdürben. Zu diesen Fragen gehöre Finnland. Bei gutem Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland würde sich diese Frage ohne Krieg lösen lassen, jedoch dürften weder deutsche Truppen in Finnland sein, noch politische Demonstrationen gegen die sowjetrussische Regierung in diesem Lande stattfinden.

Der Führer erwiderte, daß der zweite Punkt auf keinen Fall zur Debatte stehen könne, da Deutschland mit diesen Dingen nicht das geringste zu tun habe. Demonstrationen seien im übrigen leicht zu veranstalten, und es sei hinterher schwer festzustellen, wer der eigentliche Arrangeur gewesen sei. Bezüglich der deutschen Truppen könne er jedoch versichern, daß, wenn eine allgemeine Regelung zustande käme, keine deutschen Truppen mehr in Finnland auftreten würden.

Molotow erwiderte, daß er unter Demonstrationen auch Entsendung von finnischen Delegationen nach Deutschland oder Empfänge finnischer Persönlichkeiten in Deutschland verstehe. Die Tatsache der Anwesenheit deutscher Truppen habe im übrigen zu einer zweideutigen Haltung Finnlands geführt. So würden z. B. Parolen ausgegeben, daß „niemand ein Finne sei, der sich mit dem letzten russisch-finnischen Friedensvertrag[2]) einverstanden erkläre", und dergleichen.

Der Führer erwiderte, daß Deutschland immer nur mäßigend gewirkt habe und sowohl Finnland als auch vor allen Dingen Rumänien zur Annahme der russischen Forderungen geraten hätte.

Molotow erwiderte, daß es die Sowjetregierung für ihre Pflicht halte, die finnische Frage endgültig zu bereinigen und klarzustellen. Dazu bedürfe es keiner neuen Abmachungen. Das alte deutsch-russische Abkommen teile Finnland der russischen Interessensphäre zu.

Der Führer erklärte abschließend zu diesem Punkt, daß Deutschland in der Ostsee keinen Krieg wünsche und Finnland als Lieferant von Nickel und Holz dringend benötige. Politisch sei es nicht interessiert, hätte auch im Gegensatz zu Rußland kein finnisches Gebiet

besetzt. Der Durchmarsch der deutschen Truppen würde im übrigen in diesen Tagen beendet sein. Weitere Transporte würden dann nicht mehr erfolgen. Die entscheidende Frage für Deutschland sei, ob Rußland die Absicht habe, mit Finnland Krieg zu führen.

Molotow beantwortete diese Frage etwas ausweichend mit der Erklärung, daß alles glatt gehen würde, wenn die finnische Regierung die zweideutige Haltung gegenüber der UdSSR aufgebe und wenn in der Bevölkerung die Hetze gegen Rußland (Ausgabe von Losungen, wie der vorher erwähnten) aufhöre.

Auf den Einwand des Führers, daß er fürchte, Schweden würde das nächste Mal in einen russisch-finnischen Krieg eingreifen, erwiderte Molotow, daß er über Schweden nichts sagen könne, jedoch betonen müsse, daß sowohl Deutschland als auch die Sowjetunion an der Neutralität Schwedens interessiert seien. Beide Länder seien selbstverständlich auch an der Ruhe in der Ostsee interessiert, jedoch sei die Sowjetunion durchaus in der Lage, den Frieden in diesem Gebiet sicherzustellen.

Der Führer erwiderte, daß man vielleicht in einem anderen Teil Europas erleben würde, wie auch das beste militärische Wollen durch geographische Gegebenheiten außerordentlich beeinträchtigt würde. Er könne sich daher vorstellen, daß sich in Schweden und Finnland bei einem neuen Konflikt eine Art Widerstandszelle bildete, die England oder auch Amerika Flugstützpunkte liefere. Dies würde Deutschland zum Eingreifen zwingen. Er (der Führer) würde dies jedoch sehr ungern tun. Er habe bereits gestern erwähnt, daß sich in Saloniki vielleicht auch die Notwendigkeit eines Eingreifens ergeben würde, und der Fall Saloniki genüge ihm vollständig. Er habe kein Interesse daran, auch noch im Norden erneut tätig werden zu müssen. Er wiederholte, daß bei einer zukünftigen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern ganz andere Ergebnisse erzielt werden könnten und daß im Zuge des Friedens Rußland doch alles bekäme, was ihm nach seiner Meinung zustehe. Es würde sich vielleicht nur um eine Verzögerung von sechs Monaten oder einem Jahr handeln. Außerdem habe die finnische Regierung soeben eine Note geschickt, in der sie die engste und freundschaftlichste Zusammenarbeit mit Rußland zusichere.

Molotow erwiderte, daß die Worte nicht immer den Taten entsprächen, und blieb bei seiner vorher bereits geäußerten Ansicht, daß der Friede im Ostseeraum absolut gesichert werden könne, wenn zwischen Deutschland und Rußland in der finnischen Angelegenheit volle Klarheit geschaffen sei. Er sehe unter diesen Umständen nicht ein, weshalb Rußland die Realisierung seiner Wünsche um ein halbes

oder ein ganzes Jahr verschieben solle. Das deutsch-russische Abkommen enthalte doch keine Fristen, und keinem der Partner seien in seiner Interessensphäre die Hände gebunden.

Unter Hinweis auf Änderungen des Abkommens, die auf russischen Wunsch erfolgt seien, erklärte der Führer, daß es in der Ostsee keinen Krieg geben dürfte. Ein Ostseekonflikt würde für die deutsch-russischen Beziehungen und für die große Zusammenarbeit der Zukunft eine starke Belastung darstellen. Seiner Auffassung nach sei jedoch eine zukünftige Zusammenarbeit wichtiger als die Bereinigung zweitklassiger Fragen im jetzigen Augenblick.

Molotow erwiderte, daß es sich nicht um den Krieg in der Ostsee, sondern um die Finnlandfrage und ihre Bereinigung im Rahmen des vorjährigen Abkommens handele. Auf eine Frage des Führers erklärte er, daß er sich diese Bereinigung in demselben Ausmaß wie in Bessarabien und in den Randstaaten vorstelle, und bat den Führer, dazu Stellung zu nehmen.

Als der Führer darauf erwiderte, daß er nur wiederholen könne, daß es keinen Krieg mit Finnland geben dürfe, weil ein solcher Konflikt tiefgehende Rückwirkungen haben könne, erklärte Molotow, daß durch diese Stellungnahme ein neues im vorjährigen Vertrag nicht zum Ausdruck gekommenes Moment in die Erörterung hineingetragen würde.

Der Führer erwiderte, daß Deutschland während des russisch-finnischen Krieges trotz der Gefahr, daß im Zusammenhang damit alliierte Stützpunkte in Skandinavien entstehen könnten, peinlichst seine Verpflichtungen Rußland gegenüber eingehalten und Finnland immer nur zum Einlenken geraten habe.

Der RAM wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Deutschland sogar soweit gegangen sei, dem finnischen Staatspräsidenten[3]) die Benutzung einer deutschen Kabelleitung für eine Rundfunkansprache nach Amerika zu untersagen.

Der Führer führte dann weiter aus, daß genau so wie Rußland seinerzeit darauf hingewiesen habe, daß eine Teilung Polens zu einer Belastung des deutsch-russischen Verhältnisses führen könne, er jetzt mit derselben Offenheit erkläre, daß ein Krieg in Finnland eine solche Belastung der deutsch-russischen Beziehungen darstellen würde, und er bäte die Russen, in diesem Fall genau dasselbe Verständnis zu zeigen, wie er es vor Jahresfrist in der Polenfrage an den Tag gelegt hätte. Bei der Genialität der russischen Diplomatie würden sich sicherlich Mittel und Wege finden lassen, um einen solchen Krieg zu vermeiden.

Molotow erwiderte, ihm sei die deutsche Befürchtung, es könne möglicherweise in der Ostsee ein Krieg ausbrechen, unverständlich.

Im Vorjahre, als die internationale Lage für Deutschland schlechter war als jetzt, habe das Reich diese Frage nicht aufgeworfen. Ganz abgesehen davon, daß Deutschland Dänemark, Norwegen, Holland und Belgien besetzt halte, habe es Frankreich völlig niedergeschlagen und glaube auch, England bereits besiegt zu haben. Er (Molotow) sehe nicht, woher unter diesen Umständen die Gefahr eines Krieges in der Ostsee kommen solle. Er müsse verlangen, daß Deutschland die gleiche Haltung einnehme wie im Vorjahre. Wenn es dies vorbehaltlos täte, würden bestimmt im Zusammenhang mit der finnischen Frage keine Komplikationen entstehen. Wenn es allerdings Vorbehalte mache, entstehe eine neue Lage, über die dann gesprochen werden müsse.

In Erwiderung der Ausführungen Molotows über die militärische Gefahrlosigkeit der finnischen Frage betonte der Führer, daß er von militärischen Dingen einiges verstehe und es durchaus für möglich hielte, daß sich bei einer Teilnahme Schwedens an einem evtl. Krieg Amerika in diesen Gegenden festsetze. Er (der Führer) wolle den europäischen Krieg beenden und könne nur wiederholen, daß ein neuer Krieg in der Ostsee eine Belastung des deutsch-russischen Verhältnisses darstellen würde mit Konsequenzen, die angesichts der ungeklärten Haltung Schwedens nicht abzusehen wären. Würde denn Rußland an Amerika den Krieg erklären, falls dieses im Zusammenhang mit dem finnischen Konflikt intervenieren würde?

Als Molotow darauf entgegnete, daß diese Frage nicht aktuell sei, erwiderte der Führer, daß es zu einer Stellungnahme zu spät wäre, wenn sie aktuell würde. Als Molotow dann erklärte, daß er kein Anzeichen für den Ausbruch eines Krieges in der Ostsee sehe, erwiderte der Führer, daß in diesem Fall ja alles in Ordnung wäre und die ganze Diskussion eigentlich einen rein theoretischen Charakter trage.

Der RAM wies zusammenfassend darauf hin, daß

1. der Führer erklärt habe, Finnland bleibe in der Interessensphäre Rußlands und Deutschland würde dort keine Truppen unterhalten;

2. Deutschland nichts mit den Demonstrationen Finnlands gegen Rußland zu tun habe, sondern seinen Einfluß in entgegengesetzter Richtung geltend mache, und

3. das entscheidende Problem von säkularer Bedeutung in der Zusammenarbeit beider Länder liege, die ja in der Vergangenheit schon für Rußland große Vorteile mit sich gebracht habe, in der Zukunft aber Vorteile zeitigen würde, neben denen die Dinge, die jetzt erörtert worden seien, völlig unbedeutend erscheinen würden. Es

liege eigentlich keine Veranlassung vor, aus der finnischen Frage überhaupt ein Problem zu machen. Vielleicht handele er sich lediglich um ein Mißverständnis. Im übrigen habe ja Rußland durch seinen Friedensschluß mit Finnland strategisch seine sämtlichen Wünsche erfüllt. Demonstrationen seien in einem besiegten Lande nicht ganz unnatürlich, und wenn etwa der Durchmarsch der deutschen Truppen bei der finnischen Bevölkerung gewisse Reaktionen hervorgerufen haben sollte, so würden diese mit dem Aufhören der Durchmärsche ebenfalls verschwinden. Wenn man daher die Dinge real betrachtete, so bestünden keine Divergenzen zwischen Deutschland und Rußland.

Der Führer wies darauf hin, daß sich beide Teile grundsätzlich darüber einig seien, daß Finnland zur russischen Interessensphäre gehöre. Anstatt daher eine rein theoretische Diskussion fortzusetzen, solle man sich lieber wichtigeren Problemen zuwenden.

Nach der Niederringung Englands würde das britische Weltreich als eine gigantische Weltkonkursmasse von 40 Millionen qkm zur Verteilung kommen. In dieser Konkursmasse läge für Rußland der Weg zum eisfreien und wirklich offenen Weltmeer. Eine Minderheit von 45 Millionen Engländern habe bisher 600 Millionen Einwohner des britischen Weltreichs regiert. Er stehe im Begriff, diese Minderheit zusammenzuschlagen. Auch Amerika täte eigentlich weiter nichts, als sich bereits jetzt aus dieser Konkursmasse einige für die Vereinigten Staaten besonders geeignete Stücke herauszuholen. Deutschland möchte natürlicherweise jeden Konflikt vermeiden, der es von seinem Kampf gegen das Herz des Weltreichs, die britischen Inseln, ablenke. Daher sei ihm (dem Führer) auch der Krieg Italiens gegen Griechenland unsympathisch, weil er die Kräfte auf die Peripherie abzöge, anstatt sie an einem Punkt gegen England zu konzentrieren. Das Gleiche würde bei einem Ostseekrieg eintreten. Die Auseinandersetzung mit England würde bis zur letzten Konsequenz durchgekämpft werden, und er habe keinen Zweifel, daß die Niederlage der britischen Inseln zur Auflösung des Imperiums führen würde. Es sei eine Utopie, zu glauben, daß das Weltreich etwa von Kanada aus regiert und zusammengehalten werden könne. Unter diesen Umständen eröffneten sich weltweite Perspektiven. Im Laufe der nächsten Wochen müßten sie in gemeinsamen diplomatischen Verhandlungen mit Rußland geklärt und Rußlands Beteiligung an der Lösung dieser Probleme festgelegt werden. Alle Staaten, die etwa Interessenten an dieser Konkursmasse sein könnten, müßten sämtliche Konflikte untereinander abstoppen und sich lediglich mit der Verteilung des britischen Weltreichs befassen. Dies gelte für Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland und Japan.

Molotow erwiderte, daß er den Gedankengängen des Führers mit Interesse gefolgt sei und mit allem, was er verstanden habe, einverstanden wäre. Er könne jedoch weniger dazu sagen, als der Führer, da dieser sicherlich mehr über diese Probleme nachgedacht und sich konkretere Vorstellungen davon gemacht habe. Das Entscheidende sei, sich zunächst über die deutsch-russische Zusammenarbeit klar zu werden, an die dann auch Italien und Japan angeschlossen werden könnten. Dabei sollte an Begonnenem nichts geändert, sondern lediglich eine Fortsetzung des Begonnenen in Aussicht genommen werden.

Der Führer führte dazu aus, daß die weitere Arbeit im Sinne der Eröffnung großer Perspektiven nicht einfach sein würde, und betonte in diesem Zusammenhang, daß Deutschland Frankreich nicht annektieren wolle, wie die Russen anzunehmen schienen. Es wolle eine Weltkoalition von Interessenten schaffen, die aus Spanien, Frankreich, Italien, Deutschland, Sowjetrußland und Japan bestehen würde und gewissermaßen eine von Nordafrika bis nach Ostasien reichende Interessengemeinschaft aller derjenigen darstellen würde, die aus der britischen Konkursmasse befriedigt werden wollten. Zu diesem Zweck müßten alle inneren Gegensätze zwischen den Mitgliedern dieser Interessengemeinschaft beseitigt oder zum mindesten neutralisiert werden. Dazu sei die Klärung einer ganzen Reihe von Fragen notwendig. Im Westen, d. h. zwischen Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland, glaube er nunmehr eine Formel gefunden zu haben, die alle gleichmäßig befriedige. Es sei nicht leicht gewesen, z. B. Spanien und Frankreich in Bezug auf Nordafrika auf eine Linie zu bringen; aber in Erkenntnis der größeren Zukunftsmöglichkeiten hätten sich beide Länder schließlich doch dazu bewegen lassen. Nachdem auf diese Weise der Westen bereinigt sei, müsse nunmehr auch eine Übereinstimmung im Osten erzielt werden. Hier handele es sich nicht nur um das Verhältnis zwischen Sowjetrußland und der Türkei, sondern auch um den Großasiatischen Raum. Dieser bestehe nicht nur aus dem Großasiatischen Raum, sondern enthalte auch einen rein asiatischen Raum, der nach Süden hin orientiert wäre und den Deutschland bereits jetzt als Interessengebiet Rußlands anerkenne. Es handle sich darum, in großen Linien die Grenzen für die künftige Aktivität der Völker festzulegen und den Nationen große Räume zuzuweisen, in denen sie 50—100 Jahre lang ihr Betätigungsfeld zur Genüge finden könnten.

Molotow erwiderte, daß der Führer eine Reihe von Fragen aufgeworfen habe, die nicht nur Europa, sondern darüber hinaus auch noch andere Gebiete beträfen. Er wolle sich zunächst über ein Europa näher liegendes Problem, die Türkei, aussprechen. Die Sowjetunion hänge als Schwarzmeermacht mit einer Reihe von an-

deren Staaten zusammen. In diesem Zusammenhang gäbe es noch eine ungeklärte Frage, über die die Donaukommission gerade jetzt beriete[4]). Im übrigen habe die Sowjetunion Rumänien ihre Unzufriedenheit darüber ausgesprochen, daß dieses Land ohne Konsultation mit Rußland die Garantie Deutschlands und Italiens angenommen habe. Die Sowjetregierung hätte ihren Standpunkt bereits zweimal dargelegt und sei der Ansicht, daß die Garantie gegen die Interessen Sowjetrußlands gerichtet sei, „wenn man sich so grob ausdrücken dürfe." Es erhebe sich daher die Frage der Aufhebung dieser Garantie. Dazu habe der Führer erklärt, daß sie für eine gewisse Zeit notwendig sei, die Aufhebung daher unmöglich wäre. Dies berühre die Interessen der Sowjetunion als Schwarzmeermacht.

Molotow kam sodann auf die Meerengen zu sprechen, die er unter Hinweis auf den Krimkrieg und die Vorgänge in den Jahren 1918/19 als historisches Angriffstor Englands auf die Sowjetunion bezeichnete. Die Lage sei für Rußland um so bedrohlicher, als sich die Briten jetzt in Griechenland festgesetzt hätten. Aus Gründen der Sicherheit seien die Beziehungen Sowjetrußlands mit anderen Schwarzmeerländern von großer Wichtigkeit. In diesem Zusammenhang stellte Molotow an den Führer die Frage, was Deutschland dazu sagen würde, wenn Rußland Bulgarien, d. h. dem den Meerengen am nächsten gelegenen unabhängigen Lande, eine Garantie unter genau den gleichen Bedingungen gäbe, wie sie Deutschland und Italien Rumänien gegeben hätten. Rußland beabsichtige jedoch, sich vorher mit Deutschland und möglichst auch mit Italien über diese Frage zu einigen.

Auf eine Frage Molotows nach der deutschen Stellungnahme zur Meerengenfrage erwiderte der Führer, daß der RAM diesen Punkt bereits vorgesehen und eine Revision des Montreux-Abkommens zugunsten der Sowjetunion in Aussicht genommen habe.

Der RAM bestätigte dies und teilte mit, daß auch die Italiener in der Frage dieser Revision eine wohlwollende Haltung einnähmen.

Molotow kam erneut auf die Garantie an Bulgarien zu sprechen und versicherte, daß die Sowjetunion sich keinesfalls in die innere Ordnung des Landes einmischen wolle. Diese würde „nicht um Haaresbreite" verändert werden.

Zur Frage der Garantie Deutschlands und Italiens an Rumänien erklärte der Führer, daß diese Garantie die einzige Möglichkeit gewesen sei, um Rumänien zu veranlassen, Bessarabien ohne Kampf an Rußland abzutreten. Außerdem stelle Rumänien wegen seiner Ölquellen ein absolutes deutsch-italienisches Interesse dar, und

schließlich hätte die rumänische Regierung selbst darum gebeten, daß Deutschland den Schutz des Ölgebiets in der Luft und auf dem Lande mit übernähme, da man sich vor Angriffen der Engländer nicht ganz sicher fühle. Unter Hinweis auf eine drohende Landung der Engländer in Saloniki wiederholte der Führer in diesem Zusammenhang, daß Deutschland eine solche Landung nicht dulden würde, gab jedoch die Versicherung ab, daß bei Kriegsende sämtliche deutschen Soldaten aus Rumänien zurückgezogen würden.

In Beantwortung der Frage Molotows nach der deutschen Ansicht über eine russische Garantie an Bulgarien erwiderte der Führer, daß, wenn diese Garantie unter den gleichen Bedingungen gegeben werden sollte wie die deutsch-italienische an Rumänien, zunächst die Frage entstehe, ob Bulgarien selbst um eine Garantie gebeten habe. Es sei ihm (dem Führer) von einem Ersuchen Bulgariens nichts bekannt. Außerdem müsse er selbstverständlich die Stellungnahme Italiens erfragen ehe er sich selbst äußern könne.

Die entscheidende Frage sei jedoch, ob Rußland die Möglichkeit sähe, durch eine Revision des Abkommens von Montreux eine genügende Sicherheit für seine Schwarzmeerinteressen zu gewinnen. Er erwarte auf diese Frage keine sofortige Antwort, da er wisse, daß Molotow diese Dinge erst mit Stalin besprechen müsse.

Molotow erwiderte, daß Rußland in dieser Hinsicht nur ein Ziel habe. Es wolle vor einem Angriff durch die Meerengen gesichert sein und möchte diese Frage mit der Türkei regeln, wobei eine an Bulgarien gegebene Garantie die Lage erleichtern würde. Als Schwarzmeermacht habe Rußland ein Recht auf eine derartige Sicherung und glaube, zu einer Verständigung mit der Türkei darüber gelangen zu können.

Der Führer erwiderte, daß dies ungefähr den deutschen Gedankengängen entsprechen würde, wonach durch die Dardanellen nur russische Kriegsschiffe frei hindurchfahren dürften, während die Meerenge für alle anderen Kriegsschiffe gesperrt sei.

Molotow fügte hinzu, daß sich Rußland die Garantie gegen einen Angriff auf das Schwarze Meer durch die Meerengen nicht nur auf dem Papier, sondern „in der Tat" verschaffen wolle und glaube, sich mit der Türkei darüber einigen zu können. Er kam in diesem Zusammenhang erneut auf die Frage der russischen Garantie an Bulgarien zurück und wiederholte, daß das innere Regime des Landes unberührt bleiben würde, während andererseits Rußland bereit wäre, Bulgarien einen Ausgang zum Ägäischen Meer zu sichern. Er richte nochmals an den Führer als denjenigen, der über die gesamte deutsche Politik zu entscheiden habe, die Frage, welche Stellungnahme Deutschland zu dieser russischen Garantie einnehme.

Der Führer erwiderte mit der Gegenfrage, ob denn die Bulgaren um eine Garantie gebeten hätten, und erklärte erneut, daß er den Duce nach seiner Ansicht fragen müsse.

Molotow unterstrich, daß er vom Führer keine endgültige Entscheidung verlange, sondern nur um eine vorläufige Meinungsäußerung bitte.

Der Führer erwiderte, daß er keinesfalls Stellung nehmen könne, ehe er nicht mit dem Duce gesprochen hätte, da Deutschland hier erst in zweiter Linie interessiert sei. Als große Donaumacht sei es nur an dem Donaustrom interessiert, nicht aber an der Durchfahrt ins Schwarze Meer. Denn wenn es etwa Reibungsflächen mit Rußland suche, so brauche es dazu nicht die Meerengen.

Das Gespräch wandte sich dann erneut den großen Plänen der Zusammenarbeit zwischen den an der Konkursmasse des britischen Weltreichs interessierten Mächten zu. Der Führer wies darauf hin, daß er natürlich nicht absolut sicher sei, ob sich diese Pläne durchführen ließen. Falls es nicht möglich wäre, würde jedenfalls eine große historische Gelegenheit verpaßt werden. Alle diese Fragen müßten eventuell durch die Außenminister von Deutschland, Italien und Japan zusammen mit Herrn Molotow in Moskau erneut geprüft werden, nachdem sie auf diplomatischem Wege entsprechend vorbereitet worden seien.

An diesem Punkt der Unterhaltung machte der Führer auf die vorgerückte Zeit aufmerksam und erklärte, es sei angesichts der Möglichkeit von englischen Luftangriffen besser, die Besprechung jetzt abzubrechen, da die Hauptpunkte wohl genügend erörtert wären.

Zusammenfassend erklärte er, daß in der Folge die Möglichkeiten, Rußlands Interessen als Schwarzes Meer-Macht zu sichern, weiter untersucht werden und überhaupt die weiteren Wünsche Rußlands in bezug auf seine künftige Stellung in der Welt in Betracht gezogen werden müßten.

In einem Schlußwort erklärte Molotow, daß sich für Sowjetrußland eine ganze Reihe von großen und neuen Fragen ergeben habe. Die Sowjetunion könne als mächtiger Staat nicht abseits der großen Fragen in Europa und Asien stehen.

Er kam dann noch auf die russisch-japanischen Beziehungen zu sprechen, die sich vor kurzem gebessert hätten. Er sähe voraus, daß die Verbesserung in einem noch schnelleren Tempo weitergehen würde, und danke der Reichsregierung für ihre Bemühungen in dieser Hinsicht.

Hinsichtlich der japanisch-chinesischen Beziehungen sei es sicherlich die Aufgabe Rußlands und Deutschlands, für ihre Regelung zu

sorgen. Es müsse aber dabei ein ehrenvoller Ausgang für China gesichert werden, um so mehr als Japan jetzt Aussicht auf „Indonesien" hätte.

BERLIN, den 15. November 1940.

gez. SCHMIDT.

---

1) Ohne Nummer.

2) Friedensvertrag von Moskau, 12. März 1940.

3) Kyösti Kallio.

4) Bukarester Donaukonferenz, 29. Oktober bis 20. Dezember 1940; vgl. Peter (pseud.?), „Die Sowjetregierung und die Donaumündung Ende 1940. Dokumentarischer Bericht über die Bukarester Seedonaukonferenz". In: Auswärtige Politik, 11. Jg. Nr. 1/2, Jan.—Febr. 1944, S. 22—39.

Nr. 201

Film 292, S. 183 892—183 905

Aufzeichnung des Botschaftsrats Hilger über die Unterredung zwischen von Ribbentrop und Molotow vom 13. November 1940

[RAM 42/40][1])

Aufzeichnung
über
die abschließende Unterredung zwischen dem Herrn Reichsaußenminister des Auswärtigen von Ribbentrop und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der UdSSR und Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn Molotow, am 13. November 1940.

Dauer der Unterredung: 21.45 bis 24 Uhr.

Ort der Unterredung: Luftschutzkeller im Hause des Herrn Reichsaußenministers.

Mit Rücksicht auf den angekündigten Luftalarm begaben sich der Herr Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop und Herr Molotow am 13. November 1940 nach dem Abendessen in der Botschaft der UdSSR um 21.40 Uhr in den Luftschutzkeller des Herrn Reichsaußenministers, um dort die abschließende Unterredung zu führen.

Der Herr Reichsaußenminister begann die Unterredung mit der Feststellung, daß er die Gelegenheit benutzen wolle, um das, was bisher besprochen worden sei, noch zu ergänzen und zu präzisieren. Er wolle Herrn Molotow auseinandersetzen, wie er sich die Möglichkeit der Herstellung einer gemeinsamen Linie der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion in der Zukunft vorstelle und die Punkte aufzählen, die ihm dabei vorschwebten. Er müßte

jedoch ausdrücklich betonen, daß es sich dabei lediglich um noch rohe Gedanken handle, die sich vielleicht einmal in der Zukunft realisieren lassen würden. Es handle sich dabei im großen um die Herbeiführung einer künftigen Zusammenarbeit zwischen den Staaten des Dreimächtepaktes Deutschland—Italien—Japan und der Sowjetunion, wobei ihm der Gedanke vorschwebe, daß zunächst ein Weg gefunden werden müsse, um gemeinsam die Interessensphären dieser vier Staaten in großen Linien festzulegen und sich über das Problem der Türkei zu einigen. Es sei dabei von vornherein klar, daß das Problem der Abgrenzung der Interessensphären alle vier Staaten betreffe, während an der Lösung der Meerengenfrage nur die Sowjetunion, die Türkei, Italien und Deutschland interessiert seien. Er stelle sich die weitere Entwicklung so vor, daß Herr Molotow die in Berlin aufgeworfenen Fragen mit Herrn Stalin besprechen würde, daß sich dann im Wege von weiteren Unterredungen eine Einigung zwischen der Sowjetunion und Deutschland herbeiführen lassen würde, und daß der Herr Reichsaußenminister sodann die Fühlung mit Italien und Japan aufnehmen würde, um festzustellen, wie deren Interessen hinsichtlich der Abgrenzung der Interessensphären auf eine gemeinsame Formel gebracht werden könnten. Was die Türkei betreffe, so hätte er bereits Fühlung mit Italien aufgenommen. Der weitere modus procedendi zwischen Italien, der Sowjetunion und Deutschland würde darauf hinauslaufen, einen Einfluß auf die Türkei im Sinne der von den drei Staaten verfolgten Bestrebungen auszuüben. Gelänge es, die Interessen der vier beteiligten Staaten auf einen Nenner zu nehmen, was bei gutem Willen durchaus möglich sei, so würde sich dies zweifellos zum Nutzen aller Beteiligten auswirken. Der weitere Schritt würde in dem Versuch bestehen, die beiden Fragenkomplexe in vertraulichen Dokumenten festzuhalten. Sollte die Sowjetunion eine ähnliche Auffassung vertreten, d. h. gewillt sein, gegen die Kriegsausweitung und zugunsten einer baldigen Beendigung des gegenwärtigen Krieges zu wirken (der Herr Reichsaußenminister glaube, Herrn Molotow in den vorangegangenen Unterredungen in diesem Sinne verstanden zu haben), so schwebe ihm als ultimatives Ziel eine Vereinbarung zwischen den Staaten des Dreimächtepaktes und der Sowjetunion über eine Zusammenarbeit vor. Den Inhalt dieser Vereinbarung habe er in großen Linien entworfen und möchte sie heute Herrn Molotow zur Kenntnis bringen, wobei er vorausschicke, daß er weder mit Japan noch mit Italien über die gleiche Frage in so konkreter Form gesprochen hätte. Er halte es für notwendig, die Frage vorerst zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu klären. Es handle sich dabei nicht etwa um einen deutschen Vorschlag, sondern — wie

bereits erwähnt — um noch rohe Gedanken, die von beiden Seiten überlegt und zwischen Molotow und Stalin besprochen werden müßten. Eine Weiterverfolgung der Angelegenheit, insbesondere in diplomatischen Verhandlungen mit Italien und Japan, hätte nur Zweck, wenn die Frage zwischen Deutschland und der Sowjetunion klargestellt sei.

Sodann gab der Herr Reichsaußenminister Herrn Molotow den Inhalt des von ihm skizzierten Abkommens[2]) mit folgenden Worten bekannt:

„Die Regierungen der Staaten des Dreimächtepaktes Deutschland, Italien und Japan einerseits und die Regierung der UdSSR andererseits haben in dem Wunsche, in ihren natürlichen Grenzen eine der Wohlfahrt aller beteiligten Völker dienende Ordnung herbeizuführen und für ihre auf dieses Ziel gerichtete Zusammenarbeit eine feste und dauernde Grundlage zu schaffen, folgendes vereinbart:

Artikel 1

In dem Dreimächtepakt vom 27. 9. 1940 haben Deutschland, Italien und Japan vereinbart, der Ausdehnung des Krieges zu einem Weltkonflikt mit allen Mitteln entgegenzutreten und für eine baldige Wiederherstellung des Weltfriedens zusammenzuarbeiten. Sie haben dabei den Willen bekundet, die Zusammenarbeit auf solche Nationen in anderen Teilen der Welt auszudehnen, die geneigt sind, ihren Bemühungen eine ähnliche Richtung zu geben. Die Sowjetunion erklärt sich mit dieser Zielsetzung solidarisch und ist ihrerseits entschlossen, mit den drei Mächten auf dieser Linie politisch zusammenzuarbeiten.

Artikel 2

Deutschland, Italien, Japan und die Sowjetunion verpflichten sich, ihre natürlichen Interessensphären gegenseitig zu respektieren. Sofern diese Interessensphären sich berühren, werden sie sich über die daraus ergebenden Fragen fortlaufend freundschaftlich verständigen.

Artikel 3

Deutschland, Italien, Japan und die Sowjetunion kommen darin überein, daß sie keiner Mächtegruppierung beitreten und keine Mächtegruppierung unterstützen werden, die gegen eine der vier Mächte gerichtet ist.

Die vier Mächte werden sich wirtschaftlich in jeder Beziehung unterstützen und die zwischen ihnen bestehenden Abmachungen ergänzen und erweitern."

Der Herr Reichsaußenminister fügte hinzu, daß dieses Abkommen für eine Zeitdauer von 10 Jahren gedacht sei mit der Maßgabe, daß sich die Regierungen der vier Mächte vor Ablauf dieser Frist recht-

zeitig über die Frage einer Verlängerung des Abkommens zu verständigen hätten.

Das Abkommen selbst würde der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Darüber hinaus könnte unter Bezugnahme auf das obige Abkommen eine vertrauliche (geheime) Abmachung in einer noch festzustellenden Form über die Festlegung der Schwerpunkte der territorialen Aspirationen der vier Staaten getroffen werden[3]).

Was Deutschland betreffe, so läge, abgesehen von den beim Friedensschluß durchzuführenden europäischen territorialen Revisionen, der Schwerpunkt seiner territorialen Aspirationen im mittelafrikanischen Raum.

Der Schwerpunkt der territorialen Aspirationen Italiens liege, abgesehen von den im Friedensschluß durchzuführenden europäischen territorialen Revisionen, in Nord- und Nordostafrika.

Die Aspirationen Japans müßten noch diplomatisch geklärt werden. Auch hier könnte man leicht eine Abgrenzung finden, etwa in der Art, daß eine Linie festgelegt würde, die südlich des japanischen Inselreiches und Mandschukuos verliefe.

Der Schwerpunkt der territorialen Aspirationen der Sowjetunion würde vermutlich im Süden des Staatsgebietes der Sowjetunion in Richtung des Indischen Ozeans liegen.

Eine solche vertrauliche Vereinbarung könnte durch die Feststellung ergänzt werden, daß die in Frage kommenden vier Mächte, vorbehaltlich der Regelung von Einzelfragen, ihre territorialen Aspirationen gegenseitig respektieren und sich ihrer Verwirklichung nicht entgegensetzen würden.

Vorstehende Abmachungen könnten durch ein zweites geheimes Protokoll[4]) ergänzt werden, das zwischen Deutschland, Italien und der Sowjetunion abzuschließen wäre. Dieses zweite geheime Protokoll könnte etwa so lauten, daß Deutschland, Italien und die Sowjetunion anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Deutschland, Italien, Japan und der Sowjetunion in der Auffassung übereinstimmten, daß es in ihren gemeinsamen Interessen liege, die Türkei aus ihren bisherigen Bindungen zu lösen und fortschreitend für eine politische Zusammenarbeit mit ihnen zu gewinnen. Sie erklären, daß sie dieses Ziel in enger Fühlungnahme nach einer festzulegenden Richtlinie gemeinsam verfolgen würden.

Deutschland, Italien und die Sowjetunion würden gemeinsam darauf hinwirken, daß das gegenwärtig geltende Meerengen-Statut von Montreux durch ein anderes Statut ersetzt werde, durch das die Sowjetunion das Recht erhielte, mit ihrer Kriegsflotte jederzeit unbeschränkt die Meerengen zu passieren, während alle anderen Mächte ausschließlich der übrigen Schwarzmeerstaaten, aber einschließlich Deutsch-

lands und Italiens, auf das Recht der Durchfahrt durch die Meerengen für ihre Kriegsfahrzeuge grundsätzlich verzichten. Die Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Meerengen würde dabei selbstverständlich grundsätzlich frei bleiben.

Anschließend hieran führte der Reichsaußenminister Nachstehendes aus:

Die Deutsche Regierung würde es begrüßen, wenn die Sowjetunion sich zu einer solchen Zusammenarbeit mit Italien, Japan und Deutschland bereitfinden würde. Diese Frage solle in nächster Zeit durch den Deutschen Botschafter in Moskau, Grafen von der Schulenburg, und den Sowjetbotschafter in Berlin[5]) geklärt werden. In Übereinstimmung mit der Feststellung, die in dem Brief des Herrn Stalin enthalten sei, wonach er einer grundsätzlichen Prüfung der Frage nicht abgeneigt sei, was von Herrn Molotow während seines Aufenthaltes in Berlin bestätigt worden wäre, könne als Endziel eine Zusammenkunft der Außenminister Deutschlands, Italiens und Japans zum Zwecke der Unterzeichnung einer solchen Vereinbarung ins Auge gefaßt werden. Er — der Reichsaußenminister — sei sich selbstverständlich darüber im klaren, daß solche Fragen einer sorgfältigen Prüfung bedürfen; er erwarte daher heute von Herrn Molotow keine Antwort, freue sich aber, Gelegenheit gehabt zu haben, Herrn Molotow die Gedanken, die die deutsche Seite in der letzten Zeit bewegt hätten, in dieser etwas konkreteren Form mitteilen zu können. Darüber hinaus wolle er Herrn Molotow noch Folgendes sagen:

Wie Herr Molotow wisse, habe er — der Reichsaußenminister — stets ein besonderes Interesse für die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion bekundet. Er wäre dankbar, wenn Herr Molotow sagen könne, wie es um diese Beziehungen gegenwärtig bestellt sei. Soweit die Deutsche Regierung unterrichtet wäre, lege Japan Wert auf den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages. Es läge ihm fern, sich in Angelegenheiten einzumischen, die ihn direkt nichts angingen, jedoch glaube er, daß es nützlich wäre, wenn auch diese Frage zwischen ihm und Molotow erörtert werden würde. Sollte ein vermittelnder Einfluß von deutscher Seite erwünscht sein, so wäre er hierzu gern bereit. Zwar habe er die Bemerkung des Herrn Stalin noch genau in Erinnerung, als Herr Stalin sagte, er kenne die Asiaten besser als Herr von Ribbentrop. Trotzdem wolle er nicht unerwähnt lassen, daß ihm die Bereitwilligkeit der Japanischen Regierung zu einer großzügigen Verständigung mit der Sowjetunion bekannt sei. Er habe auch den Eindruck, daß, wenn der Nichtangriffspakt zustande käme, die Japaner bereit wären, alle anderen Fragen in großzügiger Weise zu regeln. Er wolle audrücklich betonen, daß Japan die Deutsche Regierung nicht um eine Vermittlung gebeten hätte. Er — der Reichs-

außenminister — sei jedoch informiert, wie die Sachen ständen und wisse, daß auf japanischer Seite die Bereitwilligkeit bestände, im Falle des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes die russischen Einflußsphären in der Äußeren Mongolei und in Sinkiang unter der Voraussetzung einer Verständigung mit China anzuerkennen. Auch über etwaige sowjetische Aspirationen in Richtung auf Britisch-Indien ließe sich eine Einigung erzielen, falls eine Verständigung zwischen der Sowjetunion und dem Dreimächtepakt zustande kommen würde. Die Japanische Regierung sei gewillt, den sowjetischen Wünschen in bezug auf die Naphtha- und Kohlenkonzessionen auf Sachalin entgegenzukommen, müsse jedoch vorher innere Widerstände überwinden. Dies würde der Japanischen Regierung leichter sein, wenn vorher ein Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abgeschlossen werden würde. Danach würde sich zweifellos die Möglichkeit einer Verständigung auch über alle anderen Punkte eröffnen.

Der Herr Reichsaußenminister schloß mit der Bitte an Herrn Molotow, ihm seine Ansicht zu den von ihm vorgebrachten Fragen mitzuteilen.

Herr Molotow erwiderte, daß er bezüglich Japans die Hoffnung und Überzeugung habe, daß man nunmehr auf dem Wege der Verständigung schneller vorwärtskommen würde, als dies bisher der Fall gewesen wäre. Das Verhältnis zu Japan sei stets reich gewesen an Schwierigkeiten und Rückschlägen. Nichtsdestoweniger schienen jetzt Aussichten für eine Verständigung vorhanden zu sein. Die Japanische Regierung habe der Sowjetregierung den Abschluß eines Nichtangriffspaktes — und zwar noch vor dem Regierungswechsel in Japan[6]) — vorgeschlagen, wobei die Sowjetregierung eine Anzahl von Fragen an die Japanische Regierung gestellt habe. Die Antwort auf diese Fragen stände gegenwärtig noch aus. Erst wenn sie eingegangen sei, könnten Verhandlungen aufgenommen werden, die von dem ganzen übrigen Fragenkomplex nicht getrennt werden könnten. Infolgedessen würde die Lösung des Problems einige Zeit erfordern.

Was die Türkei betreffe, so gehe die Sowjetunion davon aus, daß man sich in der Meerengenfrage in erster Linie mit der Türkei verständigen müsse. Deutschland und die Sowjetunion seien sich gemeinsam darüber im klaren, daß das Statut von Montreux nichts tauge. Für die Sowjetunion, als die wichtigste Schwarzmeermacht, komme es darauf an, reale Garantien für ihre Sicherheit zu bekommen. Rußland sei im Verlaufe seiner Geschichte oft durch die Meerengen angegriffen worden. Der Sowjetunion genügten daher papierne Abmachungen nicht, sondern sie müsse auf tatsächliche Garantien für ihre Sicherheit bestehen. Infolgedessen müsse diese Frage konkreter geprüft und beraten werden. Die Fragen, die die Sowjetunion im

Nahen Osten interessierten, beträfen nicht nur die Türkei, sondern z. B. Bulgarien, worüber er — Molotow — in seiner vorhergegangenen Unterredung mit dem Führer ausführlich gesprochen habe. Aber auch das Schicksal Rumäniens und Ungarns interessiere die Sowjetunion und könne ihr keinesfalls gleichgültig sein. Des weiteren würde es die Sowjetregierung interessieren zu erfahren, was die Achse über Jugoslawien, Griechenland denke, desgl. was Deutschland mit Polen beabsichtige. Er erinnere daran, daß über die künftige Gestaltung Polens ein Protokoll zwischen der Sowjetunion und Deutschland bestehe[7]), über dessen Verwirklichung ein Meinungsaustausch erforderlich sei. Er frage, ob nach deutscher Auffassung dieses Protokoll noch in Kraft sei. Auch an der Frage der schwedischen Neutralität sei die Sowjetregierung interessiert und er wolle wissen, ob die Deutsche Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß die Aufrechterhaltung der schwedischen Neutralität im Interesse der Sowjetunion und Deutschlands liege. Es existiere außerdem die Frage bezüglich der Durchfahrten aus der Ostsee (Großer Belt, Kleiner Belt, Sund, Kattegat, Skagerrak). Die Sowjetregierung glaube, daß über diese Frage ähnliche Besprechungen gepflogen werden müßten, wie sie zur Zeit über die Donaukommissionen geführt würden[8]). Was die finnische Frage betreffe, so sei sie in seinen vorhergegangenen Unterredungen mit dem Führer ausreichend klargestellt worden. Er wäre dankbar, wenn sich der Herr Reichsaußenminister zu den vorstehenden Fragen äußern würde, weil dies die Klärung auch all der anderen Fragen fördern würde, die Herr von Ribbentrop vorhin aufgeworfen hätte.

In seiner Antwort führte der Herr Reichsaußenminister aus, daß er zu der bulgarischen Frage nichts anderes sagen könne, als was der Führer bereits Herrn Molotow erklärt habe; es müsse vorerst festgestellt werden, ob Bulgarien eine Garantie seitens der Sowjetunion überhaupt wünsche, und daß im übrigen ohne eine vorherige Verständigung mit Italien die Deutsche Regierung zu dieser Frage keine Stellung nehmen könne. In allen übrigen Fragen fühle er sich von Herrn Molotow „überfragt". Was die Aufrechterhaltung der Neutralität Schwedens betreffe, so seien wir daran ebenso interessiert wie die Sowjetunion. Was die Ausgänge aus der Ostsee anlange, so sei die Ostsee gegenwärtig ein Binnenmeer, auf dem wir an der Aufrechterhaltung des freien Schiffahrtsverkehrs interessiert seien. Außerhalb der Ostsee sei dagegen Krieg. Auch sei gegenwärtig noch nicht der Zeitpunkt gekommen, um über die Neuordnung der Dinge in Polen zu sprechen. Die Balkanfrage sei bereits in breitem Umfange in den Unterredungen erörtert worden. Wir seien im Balkan ausschließlich wirtschaftlich interessiert und wünschten nicht, daß England uns dabei störe. Die Gewährung der deutschen Garantie an Rumänien sei offensichtlich in Moskau falsch verstanden worden. Er

wolle daher noch einmal wiederholen, daß es sich seinerzeit darum gehandelt hätte, durch eine schnelle Aktion einem Zusammenstoß zwischen Ungarn und Rumänien vorzubeugen. Hätte er — der Reichsaußenminister — damals nicht eingegriffen, so wäre Ungarn gegen Rumänien marschiert. Andererseits hätte man Rumänien nicht zu den großen Gebietsabtretungen bewegen können, wenn man der Rumänischen Regierung zur Rückenstärkung nicht die territoriale Garantie gewährt hätte. Die Deutsche Regierung sei bei all ihren Entschlüssen lediglich von dem Bestreben ausgegangen, den Frieden auf dem Balkan aufrechtzuerhalten und zu vermeiden, daß England sich dort festsetze und die Zufuhr nach Deutschland störe. Somit sei unser Vorgehen auf dem Balkan ausschließlich durch die Umstände unseres Krieges gegen England bedingt. Sobald England seine Niederlage zugebe und um Frieden bitte, würden die deutschen Interessen auf dem Balkan ausschließlich auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt bleiben und die deutschen Truppen aus Rumänien zurückgenommen werden. Deutschland habe — wie der Führer bereits mehrfach erklärt habe — keine territorialen Interessen auf dem Balkan. Er könne immer nur wiederholen, daß die entscheidende Frage darin liege, ob *die Sowjetunion bereit und in der Lage sei, mit uns an der großen* Liquidierung des britischen Imperiums mitzuarbeiten. Über alle anderen Fragen würden wir leicht eine Verständigung erzielen, wenn es gelänge, die Beziehungen zu erweitern und die Interessensphären abzustecken. Wo die Interessensphären lägen, sei wiederholt gesagt worden. Es handle sich darum — wie der Führer dies so einleuchtend ausgeführt hätte —, daß die Interessen der Sowjetunion und Deutschlands verlangten, daß die Partner nicht Brust an Brust, sondern Rücken an Rücken zueinander ständen, um sich gegenseitig bei der Durchsetzung ihrer Aspirationen zu unterstützen. Er wäre dankbar, wenn er hierüber von Herrn Molotow etwas hören könnte. Im Vergleich zu den großen grundsätzlichen Fragen seien alle übrigen völlig belanglos und würden sich von selbst regeln, sobald eine Verständigung im großen erfolgt sei. Zum Schluß wolle er Herrn Molotow daran erinnern, daß dieser ihm die Antwort darauf schuldig sei, ob die Sowjetunion der Idee, einen Ausgang in Richtung des Indischen Ozeans zu erlangen, grundsätzlich sympathisch gegenübersteht.

In seiner Erwiderung sagte Molotow, daß die deutsche Seite von dem Gedanken ausginge, der Krieg gegen England sei tatsächlich schon gewonnen. Wenn daher in einem anderen Zusammenhange davon gesprochen worden sei, daß Deutschland einen Krieg gegen England auf Leben und Tod führe, so könne er das nur so auffassen, daß „Deutschland auf Leben" und „England auf Tod" kämpfe. Was die Frage der Zusammenarbeit betreffe, so betrachte er sie durchaus positiv, aber mit dem Hinzufügen, daß man sich hierüber eingehend

verständigen müsse. Im Brief Stalins sei dieser Gedanke ebenfalls zum Ausdruck gekommen. Auch müsse eine Abgrenzung der Interessensphären gesucht werden. Hierzu könne er — Molotow — jedoch im Augenblick keine endgültige Stellung nehmen, da er die Meinung Stalins und seiner übrigen Freunde in Moskau hierüber nicht kenne. Allerdings müsse er sagen, daß alle diese großen Fragen des morgigen Tages von den Fragen des heutigen Tages und der Erfüllung der bestehenden Abmachungen nicht losgerissen werden könnten. Das Begonnene müsse zuerst vollendet werden, bevor man an weitere Aufgaben herantrete. Die Unterredungen, die er — Molotow — in Berlin gehabt habe, seien zweifellos sehr nützlich gewesen und er halte es für zweckmäßig, daß die aufgeworfenen Fragen nunmehr durch die beiderseitigen Botschafter auf diplomatischem Wege weiter behandelt werden sollten.

Sodann verabschiedete sich Herr Molotow in herzlicher Weise von dem Herrn Reichaußenminister und betonte, daß er dem Luftalarm nicht gram sei, weil er diesem eine so ausgiebige Unterhaltung mit dem Herrn Reichsaußenminister verdanke.

Moskau, den 18. November 1940.

HILGER

---

1) Film 66, S. 46 276.
2) Vgl. Dokument Nr. 197.
3) Vgl. S. 246: Geheimes Protokoll Nr. 1.
4) Vgl. S. 246: Geheimes Protokoll Nr. 2.
5) A. A. Schkwarzew.
6) 22. Juli 1940: Neubildung der Japanischen Regierung durch Prinz Fumimaro Konoye (Außenminister: Yosuke Matsuoka).
7) Dokumente Nr. 55 und 89.
8) Vgl. S. 279 Anm. 4.

Nr. 202

Film 273, S. 177 500—177 501

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an alle deutschen diplomatischen Missionen

Telegramm (Konzept)

BERLIN, den 15. November 1940

An e. o. Pol V. 10 101

alle diplomatischen Missionen, die Dienststelle in Paris, die Dienststelle in Brüssel.

Die Besprechungen zwischen der deutschen und der sowjetrussischen Regierung anläßlich der Anwesenheit Molotows in Berlin wur-

den auf der Grundlage der im Vorjahr abgeschlossenen Verträge geführt und ergaben völlige Übereinstimmung in dem festen Willen beider Länder, die mit diesen Verträgen eingeleitete Politik auch in Zukunft fortzusetzen. Darüber hinaus dienten sie dem Zwecke, die Politik der Sowjetunion der Politik des Dreimächtepaktes zu koordinieren. Wie bereits in dem Schlußkommuniqué zum Besuch Molotows zum Ausdruck gekommen ist, verlief dieser Meinungsaustausch in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und ergab beiderseitiges Einvernehmen in allen wichtigen Fragen, die Deutschland und die Sowjetunion interessieren. Dieses Ergebnis erweist klar, daß alle Kombinationen über angebliche deutsch - russische Gegensätze ins Reich der Phantasie gehören und alle Spekulationen der Gegenseite auf eine Störung des deutsch-russischen Vertrauens- und Freundschaftsverhältnisses auf Selbsttäuschung beruhen. Durch den Freundschaftsbesuch Molotows in Berlin wird dies noch besonders unterstrichen.[1])

Gleichlautend an alle Missionen. Empfangsbestätigung

WEIZSÄCKER

---

[1]) Dieser Satz im Konzept durch v. Ribbentrop hinzugesetzt.

Nr. 203

Film 104 S. 112 669—112 670

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

MOSKAU, den 26. November 1940 5.34 Uhr
Ankunft: „ 26. „ „ 8.50 „

Nr. 2362 [2562][1]) vom 25. November

Citissime

Streng geheim. Für Herrn Reichsminister persönlich.

Molotow bat mich heute abend zu sich und erklärte in Gegenwart Dekanosow Nachstehendes:

Die Sowjetregierung habe Inhalt der Ausführungen Herrn Reichsaußenministers in der abschließenden Unterredung vom 13. November geprüft und nehme wie folgt dazu Stellung:

„Die Sowjetunion ist bereit, den Entwurf des von Herrn Reichsaußenminister in der Unterredung vom 13. November skizzierten Viermächtepaktes über die politische Zusammenarbeit und gegen-

seitige wirtschaftliche [Unterstützung][2]) unter nachstehenden Bedingungen anzunehmen:

1. Sofern die deutschen Truppen unverzüglich aus Finnland zurückgezogen werden, das gemäß den Abkommen von 1939 zur Einflußsphäre der Sowjetunion gehört. Dabei verpflichtet sich die Sowjetunion, friedliche Beziehungen zu Finnland sicherzustellen sowie die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Finnland (Ausfuhr von Holz und Nickel) zu wahren.

2. Sofern in den nächsten Monaten Sicherheit der Sowjetunion in den Meerengen durch Abschluß eines gegenseitigen Beistandspaktes zwischen Sowjetunion und dem seiner geographischen Lage nach in der Sicherheitszone der Schwarzen-Meer-Grenzen der Sowjetunion liegenden Bulgarien sowie durch Schaffung einer Basis für Land- und Seestreitkräfte der UdSSR im Rayon des Bosporus und der Dardanellen auf der Grundlage einer langfristigen Pacht gewährleistet wird.

3. Sofern als Schwerpunkt der Aspirationen der Sowjetunion der Raum südlich Batum und Baku in der allgemeinen Richtung auf den Persischen Golf hin anerkannt wird.

4. Sofern Japan auf seine Konzessionsrechte betreffs Kohle und Naphta auf Nord-Sachalin [verzichten][3]) wird.

In Übereinstimmung mit Vorstehendem müßte der von Herrn Reichsaußenminister skizzierte Entwurf des Protokolls über die Abgrenzung der Interessensphären im Sinne einer Festlegung des Schwerpunktes der Aspirationen der Sowjetunion südlich Batum und Baku in der allgemeinen Richtung auf den Persischen Golf abgeändert werden.

Ebenso müßte der Entwurf des Protokolls beziehungsweise Abkommens zwischen Deutschland, Italien und Sowjetunion bezüglich der Türkei abgeändert werden, und zwar in dem Sinne der Sicherstellung einer Basis für Land-[4]) und Seestreitkräfte der UdSSR am Bosporus und Dardanellen auf der Grundlage einer langfristigen Pacht nebst einer Garantie der Unabhängigkeit und des Territoriums der Türkei seitens genannter drei Staaten, falls sich die Türkei bereit erklärt, sich dem Viermächtepakt anzuschließen.

Dieses Protokoll müßte vorsehen, daß im Falle Weigerung der Türkei, sich den vier Mächten anzuschließen, Deutschland, Italien und die Sowjetunion übereinkommen, die erforderlichen militäri-

schen und diplomatischen Maßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen, worüber besonderes Abkommen abgeschlossen werden müßte.

Ferner müßte vereinbart werden:

a) ein drittes geheimes Protokoll zwischen Deutschland und der Sowjetunion über Finnland (vergl. oben Punkt 1)

b) ein viertes geheimes Protokoll zwischen Japan und der Sowjetunion über den Verzicht Japans auf die Naphta- und Kohlenkonzessionen auf Nord-Sachalin (gegen eine angemessene Entschädigung)

c) ein fünftes geheimes Protokoll zwischen Deutschland, der Sowjetunion und Italien mit der Anerkennung dessen, daß sich Bulgarien im Hinblick auf seine geographische Lage in der Sicherheitszone der Schwarzmeergrenzen der Sowjetunion befindet und daß es daher als politisch notwendig erachtet wird, einen gegenseitigen Beistandspakt zwischen der Sowjetunion und Bulgarien abzuschließen, der in keiner Weise das innere Regime Bulgariens, seine Souveränität und Unabhängigkeit berühren soll."

Abschließend erklärte Molotow, sowjetischer Vorschlag würde statt der vom Herrn R.A.M. ins Auge gefaßten zwei geheimen Protokolle deren fünf vorsehen. Für die deutsche Stellungnahme wäre er dankbar[5]).

SCHULENBURG

---

[1]) Konzept. Moskauer Botschaftsakten: Film 292, S. 183 876.

[2]) Lücke in der Entzifferung: Text ergänzt aus den Moskauer Botschaftsakten. Film 292, S. 183 877.

[3]) Moskauer Botschaftsakten: Film 292, S. 183 878.

[4]) Entzifferungsfehler „leichte" anstatt „Land"; korrigiert nach dem Konzept in den Moskauer Botschaftsakten: Film 292, S. 183 879.

[5]) Vgl. Dokumente Nr. 212 und 213.

VII. Sowjetwiderstand gegen deutsches Vordringen auf dem Balkan
18. Dezember 1940 bis 13. März 1941

Nr. 204

Direktive des Führers

„Weisung Nr. 21"[1])

F(ührer-)H(aupt-)Qu(artier), den 18. 12. 40.

Der Führer und Oberste Befehlshaber
der Wehrmacht
OKW/WFSt/Abt L (I) Nr. 33 408/40 gK Chefs.
Chef Sache
Nur durch Offizier

Weisung Nr. 21

Fall Barbarossa

Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, daß die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen.

Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres frei zu machen, daß mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering wie möglich bleibt. Diese Schwerpunktbildung im Osten findet ihre Grenze in der Forderung, daß der gesamte von uns beherrschte Kampf- und Rüstungsraum gegen feindliche Luft-

angriffe hinreichend geschützt bleiben muß und die Angriffshandlungen gegen England, insbesondere seine Zufuhr, nicht zum Erliegen kommen dürfen.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während des Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.

Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen.

Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind — soweit noch nicht geschehen — schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15. 5. 41 abzuschließen.

Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, daß die Absicht eines Angriffes nicht erkennbar wird.

Die Vorbereitungen der Oberkommandos sind auf folgender Grundlage zu treffen:

I. Allgemeine Absicht:

Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkräftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden.

In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operationen ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland aus der allgemeinen Linie Wolga—Archangelsk. So kann erforderlichenfalls das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.

Im Zuge dieser Operationen wird die russische Ostseeflotte schnell ihre Stützpunkte verlieren und damit nicht mehr kampffähig sein.

Wirksames Eingreifen der russischen Luftwaffe ist schon bei Beginn der Operation durch kraftvolle Schläge zu verhindern.

II. Voraussichtliche Verbündete und deren Aufgaben:

1. Auf den Flügeln unserer Operation ist mit der aktiven Teilnahme Rumäniens und Finnlands am Kriege gegen Sowjetrußland zu rechnen.

In welcher Form die Streitkräfte beider Länder bei ihrem Eingreifen deutschem Befehl unterstellt werden, wird das Oberkommando der Wehrmacht zeitgerecht vereinbaren und festlegen.

2. Rumäniens Aufgabe wird es sein, zusammen mit der dort aufmarschierenden Kräftegruppe den gegenüberstehenden Gegner zu fesseln und im übrigen Hilfsdienste im rückwärtigen Gebiet zu leisten.

3. Finnland wird den Aufmarsch der aus Norwegen kommenden abgesetzten deutschen Nordgruppe (Teile der Gruppe XXI) zu decken und mit ihr gemeinsam zu operieren haben. Daneben wird Finnland die Ausschaltung von Hangö zufallen.

4. Mit der Möglichkeit, daß schwedische Bahnen und Straßen für den Aufmarsch der deutschen Nordgruppe spätestens von Operationsbeginn an zur Verfügung stehen, kann gerechnet werden.

III. Die Führung der Operationen:

A) Heer (in Genehmigung der mir vorgetragenen Absichten):

In dem durch die Pripjetsümpfe in eine südliche und eine nördliche Hälfte getrennten Operationsraum ist der Schwerpunkt nördlich dieses Gebietes zu bilden. Hier sind zwei Heeresgruppen vorzusehen.

Der südlichen dieser beiden Heeresgruppen — Mitte der Gesamtfront — fällt die Aufgabe zu, mit besonders starken Panzer- und mot(orisierten) Verbänden aus dem Raum um und nördlich Warschau vorbrechend, die feindlichen Kräfte in Weißrußland zu zersprengen. Dadurch muß die Voraussetzung geschaffen werden für das Eindrehen von starken Teilen der schnellen Truppen nach Norden, um im Zusammenwirken mit der aus Ostpreußen in allgemeiner Richtung Leningrad operierenden nördlichen Heeresgruppe die im Baltikum kämpfenden feindlichen Kräfte zu vernichten. Erst nach Sicherstellung dieser vordringlichsten Aufgabe, welcher die Besetzung von Leningrad und Kronstadt folgen muß, sind die Angriffsoperationen zur Besitznahme des wichtigen Verkehrs- und Rüstungszentrums Moskau fortzuführen.

Nur ein überraschend schnell eintretender Zusammenbruch der russischen Widerstandskraft könnte es rechtfertigen, beide Ziele gleichzeitig anzustreben.

Die wichtigste Aufgabe der Gruppe XXI bleibt auch während der Ostoperationen der Schutz Norwegens. Die darüber hinaus verfügbaren Kräfte sind im Norden (Gebirgs-Korps) zunächst zur Sicherung des Petsamogebietes und seiner Erzgruben sowie der Eismeerstraße einzusetzen, um dann gemeinsam mit finnischen Kräften gegen die Murmansk-Bahn vorzustoßen und die Versorgung des Murmanskgebietes auf dem Landwege zu unterbinden. Ob eine derartige

Operation mit stärkeren deutschen Kräften (zwei bis drei Div.) aus dem Raum Rovaniemi und südlich geführt werden kann, hängt von der Bereitwilligkeit Schwedens ab, seine Eisenbahnen für einen solchen Aufmarsch zur Verfügung zu stellen.

Der Masse des finnischen Heeres wird die Aufgabe zufallen, in Übereinstimmung mit den Fortschritten des deutschen Nordflügels *möglichst starke russische Kräfte durch Angriff westlich* oder beiderseits des Ladogasees zu fesseln und sich in den Besitz von Hangö zu setzen.

Bei der südlich der Pripjetsümpfe angesetzten Heeresgruppe ist der Schwerpunkt im Raum von Lublin in allgemeiner Richtung Kiew zu bilden, um mit starken Pz.-Kräften schnell in die tiefe Flanke und den Rücken der russischen Kräfte vorzugehen und diese dann im Zuge des Dnjepr aufzurollen.

Der deutsch-rumänischen Kräftegruppe fällt am rechten Flügel die Aufgabe zu,

a) den rumänischen Raum und damit den Südflügel der Gesamtoperation zu schützen.

b) im Zuge des Angriffs am Nordflügel der Heeresgruppe Süd die gegenüberstehenden feindlichen Kräfte zu fesseln und bei fortschreitender Entwicklung der Lage im Verein mit der Luftwaffe ihren geordneten Rückzug über den Dnjestr im Nachstoß zu verhindern.

[Sind die Schlachten südlich bzw. nördlich der Pripjetsümpfe geschlagen, ist im Rahmen der Verfolgung anzustreben:

im Süden die frühzeitige Besitznahme des wehrwirtschaftlich wichtigen Donezbeckens.][2])

im Norden das schnelle Erreichen von Moskau.

Die Einnahme dieser Stadt bedeutet politisch und wirtschaftlich einen entscheidenden Erfolg, darüber hinaus den Ausfall des wichtigsten Eisenbahnknotenpunktes.

B) Luftwaffe:

Ihre Aufgabe wird es sein, die Einwirkung der russischen Luftwaffe soweit wie möglich zu lähmen und auszuschalten sowie die *Operationen des Heeres in ihren Schwerpunkten, namentlich bei der* mittleren Heeresgruppe und auf dem Schwerpunktflügel der südlichen Heeresgruppe, zu unterstützen. Die russischen Bahnen werden je nach ihrer Bedeutung für die Operationen zu unterbrechen bzw. in ihren wichtigsten nahegelegenen Objekten (Flußübergänge!) durch kühnen Einsatz von Fallschirm- und Luftlandetruppen in Besitz zu

nehmen sein. Um alle Kräfte gegen die feindliche Luftwaffe und zur unmittelbaren Unterstützung des Heeres zusammenfassen zu können, ist die Rüstungsindustrie während der Hauptoperationen nicht anzugreifen. Erst nach dem Abschluß der Bewegungsoperationen kommen derartige Angriffe, in erster Linie gegen das Uralgebiet, in Frage.

C) Kriegsmarine:

Der Kriegsmarine fällt gegen Sowjetrußland die Aufgabe zu, unter Sicherung der eigenen Küste ein Ausbrechen feindlicher Seestreitkräfte aus der Ostsee zu verhindern. Da nach dem Erreichen von Leningrad der russischen Ostseeflotte der letzte Stützpunkt genommen und diese dann in hoffnungsloser Lage sein wird, sind vorher größere Seeoperationen zu vermeiden. Nach dem Ausschalten der russischen Flotte wird es darauf ankommen, den vollen Seeverkehr in der Ostsee, dabei auch den Nachschub für den nördlichen Heeresflügel über See, sicherzustellen (Minenräumung!).

IV. Alle von den Herren Oberbefehlshabern auf Grund dieser Weisung zu treffenden Anordnungen müssen eindeutig dahin abgestimmt sein, daß es sich um Vorsichtsmaßnahmen handelt für den Fall, daß Rußland seine bisherige Haltung gegen uns ändern sollte. Die Zahl der frühzeitig zu den Vorarbeiten heranzuziehenden Offiziere ist so klein wie möglich zu halten, weitere Mitarbeiter sind so spät wie möglich und nur in dem für die Tätigkeit jedes einzelnen erforderlichen Umfang einzuweisen. Sonst besteht die Gefahr, daß durch ein Bekanntwerden unserer Vorbereitungen, deren Durchführung zeitlich noch gar nicht festliegt, schwerste politische und militärische Nachteile entstehen.

V. Vorträgen der Herren Oberbefehlshaber über ihre weiteren Absichten auf Grund dieser Weisung sehe ich entgegen.

Die beabsichtigten Vorbereitungen aller Wehrmachtteile sind mir, auch in ihrem zeitlichen Ablauf, über das Oberkommando der Wehrmacht zu melden.

gez. ADOLF HITLER

---

[1]) Dieses Dokument der Sammlung stammt als einziges nicht aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, sondern aus erbeuteten Heeresarchiven.

[2]) Lücke in der Vorlage der englischen Übersetzung („Nazi-Soviet Relations" S. 263) und in dem als Document No. 446-PS, Office of Chief of Counsel for War Crimes, veröffentlichten Text der Direktive (4. Ausfertigung von 9). Die eingeklammerten Sätze sind hier wiedergegeben nach Peter de Mendelssohn, „Die Nürnberger Dokumente" (Hamburg: Wolfgang Krüger, 1947), S. 321.

Nr. 205

Film 104, S. 112 785.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 31. Dezember 1940

St. S. No. 925

Der Finnische Gesandte[1]), den ich heute anläßlich einer Vertragsunterzeichnung[2]) sah, knüpfte an seine Neujahrswünsche eine zuversichtliche Bemerkung für sein Land. Er sagte, in seiner Heimat sei man jetzt beruhigt, denn man glaube zu wissen, daß man in einem künftigen Konflikt mit Rußland nicht allein stehen werde.

Ich gebrauchte demgegenüber die Formel, die Russische Regierung gebe sich gewiß Rechenschaft darüber, daß Deutschland im Norden keine neue Unruhe wünsche.

gez. WEIZSÄCKER

---

1) Dr. Toivo Mikael Kivimäki.

2) Deutsch-finnischer Notenwechsel über die siebente Verlängerung der Geltungsdauer des deutsch-finnischen Handelsvertrags vom 24. März 1934.

Nr. 206

Film 104, S. 112 944—112 945.

Der Reichsaußenminister an die Deutschen Botschaften in Moskau und Ankara und an die Gesandtschaften in Belgrad und Athen

Telegramm

Konzept-Abschrift

BERLIN, den 7. Januar 1941

e. o. Pol. I 1650 gRs.

Geheime Reichssache

Diplogerma Moskau 36[1])
" Ankara 12
" Belgrad 11
" Athen 81

Geheimvermerk für Behördenleiter

I. Nur zur vertraulichen Information des Missionschefs und der Waffenattachés.

Seit Anfang Januar ist der Transport starker deutscher Truppenformationen über Ungarn nach Rumänien in Gang. Der Transport erfolgt in vollem Einvernehmen mit der Ungarischen und Rumä-

nischen Regierung. Die Truppen werden zunächst im Süden Rumäniens Quartier beziehen.

Die Truppentransporte sind dadurch veranlaßt, daß ernstlich mit der Notwendigkeit gerechnet werden muß, die Engländer wieder vollständig aus ganz Griechenland hinauszuwerfen. Die Stärke der deutschen Truppen ist so vorgesehen, daß sie jeder militärischen Aufgabe im Donauraum und allen Eventualitäten von irgendwelcher Seite her überlegen gewachsen sind. Die von uns in Durchführung begriffenen militärischen Maßnahmen richten sich ausschließlich gegen eine Festsetzung britischer Streitkräfte in Griechenland und nicht gegen irgendeinen Balkanstaat einschließlich Türkei.

II. Für Sprachregelung gilt im allgemeinen Zurückhaltung. Bei dringlichen offiziellen Anfragen ist je nach Umständen darauf zu verweisen, daß solche Anfragen in Berlin zu stellen sind. Soweit Gespräche nicht zu vermeiden sind, soll in allgemeiner Form Stellung genommen werden. Es kann dabei als plausibler Grund angegeben werden, daß uns zuverlässige Nachrichten über immer größere Verstärkungen englischer Truppen jeder Art in Griechenland vorliegen, und es kann an das Saloniki-Unternehmen im vorigen Weltkrieg erinnert werden. Bezüglich der Stärke der deutschen Truppen ist vorerst Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Unklarheit erwünscht. Späterhin werden wir voraussichtlich Interesse daran haben, die volle Truppenstärke bekannt werden zu lassen und darüber hinaus der Phantasie noch Antrieb zu geben. Dafür wird das Stichwort zu gegebener Zeit gegeben werden[2]).

Diese Sprachregelung gilt im Einvernehmen mit OKW auch für die Waffenattachés. Den übrigen Mitgliedern der dortigen Mission ist strikte Zurückhaltung bei Anfragen aufzuerlegen.

III. Ersuche gegebenenfalls um drahtliche Berichterstattung über die Haltung der dortigen Regierung, Öffentlichkeit und Presse, über etwaige Anfragen der dortigen Regierung, ferner über etwaige Demarchen fremder Missionen bei dortiger Regierung.

N(ame) d(es) H(errn) RAM

[Ribbentrop][1])

---

[1]) Das entzifferte Telegramm in den Moskauer Botschaftsakten (Film 426 S. 218 083—218 084) gibt als Absendezeit: Berlin, den 8. Januar 1941, 3.20 Uhr, Ankunftszeit: Moskau, den 8. Januar 1941, 8.05 Uhr.

[2]) Dokument Nr. 216.

Nr. 207

Film 104, S. 112 945

Der Reichsaußenminister an die Deutsche Botschaft in Tokio

BERLIN, den 7. Januar 1941
e. o. Pol I 1650 gRs.

Telegramm (Konzept-Abschrift)

Diplogerma
Tokyo Nr. 19

Geheimvermerk für Behördenleiter.

Ich bitte, den Japanischen Herrn Außenminister[1]) persönlich und vertraulich davon zu unterrichten, daß zur Zeit stärkere deutsche Truppenkontingente nach Rumänien verlegt werden. Die Transporte erfolgen in vollem Einvernehmen mit der Ungarischen und der Rumänischen Regierung. Diese Truppentransporte erfolgen als Sicherungsmaßnahme für ein etwa notwendig werdendes Eingreifen in Griechenland, falls eine Festsetzung englischer Streitkräfte ein solches Eingreifen dort notwendig macht.

N(ame) d(es) H(errn) RAM

---

[1]) Y. Matsuoka.

Nr. 208

Film 104, S. 112 942

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 8. Januar 1941, 16.45 Uhr
Ankunft: den 8. Januar 1941, 18.00 Uhr

Nr. 46 vom 8. 1.
Auf Telegramm vom 7. Nr. 36[1])

Strengst geheim.

Über Entsendung deutscher Truppen nach Rumänien umlaufen hier bereits zahlreiche Gerüchte; es wird sogar Stärke der Transporte mit 200 000 (zweihunderttausend) Mann angegeben. Hiesige Regierungskreise, Rundfunk und Sowjetpresse haben die Angelegenheit noch nicht aufgegriffen. Über Demarchen fremder Missionen bei Sowjetregierung nichts bekannt.

Sowjetregierung wird an diesen Truppenbewegungen stärkstes Interesse nehmen und wird darüber unterrichtet werden wollen, welchen Zwecken Truppenansammlungen dienen und insbesondere inwieweit gegebenenfalls Bulgarien und die Türkei (Meerenge) davon berührt werden.

Ich bitte, mich mit entsprechender Weisung zu versehen oder eventuell Herrn Dekanosow dort zu unterrichten.

SCHULENBURG[2])

---

[1]) Pol. I 1650 g Rs (Dokument Nr. 206)

[2]) Randbemerkung des Staatssekretärs:

H(errn) Botsch(after) Ritter

Es wird sich wohl empfehlen, Schulenburg darüber zu unterrichten, daß u(nd) warum es zu einer Information von Dekanosow vorläufig nicht gekommen ist.

W(EIZSÄCKER)/10

Nr. 209

Film 104, S. 112 966

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Fernschreiben aus FUSCHL Nr. 12 vom 10. 1., 23.45 Uhr

Über Büro RAM

Diplogerma Moskau

Auf Telegramm Nr. 50 vom 8. 1.[1])

Ich bitte Sie, die Frage verstärkter deutscher Truppensendungen nach Rumänien Ihrerseits gegenüber der Sowjetregierung nicht anzuschneiden. Sollten Sie von Herrn Molotow oder von einer anderen maßgebenden Persönlichkeit der Sowjetregierung auf die Angelegenheit angesprochen werden, so bitte ich zu sagen, daß es sich nach Ihren Informationen bei den deutschen Truppentransporten ausschließlich um militärische Vorsichtsmaßnahmen gegen England handele. Die Engländer hätten bereits militärische Kontingente auf griechischem Gebiet stationiert und es sei damit zu rechnen, daß sie diese Kontingente in nächster Zeit noch verstärken würden. Deutschland werde die Festsetzung Englands auf griechischem Gebiet unter keinen Umständen dulden. Auf weitere Einzelheiten bitte ich bis auf weiteres nicht einzugehen.

RIBBENTROP

---

[1]) Nicht gedruckt

Nr. 210

Film 644, S. 254740

Streng vertraulich

Geheimes Protokoll

Der Deutsche Botschafter, Graf von der Schulenburg, bevollmächtigt von der Deutschen Reichsregierung, einerseits, und der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare der UdSSR, W. M. Molotow, bevollmächtigt von der Regierung der UdSSR, andererseits, haben nachstehendes vereinbart:

1. Die Deutsche Reichsregierung verzichtet auf ihren Anspruch auf den litauischen Gebietsteil, der in dem Geheimen Zusatzprotokoll vom 28. September 1939 [1]) erwähnt und auf der diesem Protokoll beigefügten Karte bezeichnet ist;

2. die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ist bereit, der Deutschen Reichsregierung das in Punkt 1 dieses Protokolls erwähnte Gebiet zu kompensieren durch Zahlung von 7 500 000 Gold-Dollar = 31 Millionen 500 Tausend Reichsmark an Deutschland[2]).

Die Erstattung des Betrages von 31,5 Millionen Reichsmark erfolgt von seiten der Regierung der UdSSR in folgender Weise: ein Achtel und zwar 3 937 500 Reichsmark in Buntmetall-Lieferungen innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung dieses Protokolls, die restlichen sieben Achtel und zwar 27 562 500 Reichsmark in Gold durch einen Abzug von den deutschen Goldzahlungen, die die deutsche Seite gemäß dem in Verbindung mit dem „Abkommen vom Januar 1941 über die beiderseitigen Lieferungen auf Grund des Wirtschaftsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken vom 11. Februar 1940 in dem zweiten Vertragsabschnitt" stattgefundenen Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Wirtschaftsdelegation Herrn Dr. Schnurre und dem Volkskommissar für den Auswärtigen Handel der UdSSR Herrn A. I. Mikojan bis zum 11. Februar 1941 zu leisten hat.

3. Dieses Protokoll ist in zwei Urschriften in deutscher und in zwei Urschriften in russischer Sprache ausgefertigt und tritt sofort nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

MOSKAU, den 10. Januar 1941.

Für die Deutsche Reichsregierung:
Graf SCHULENBURG

In Vollmacht
der Regierung der UdSSR:
MOLOTOW

---

[1]) Dokument Nr. 89.

[2]) Vgl. Dokumente Nr. 164 und 167.

Nr. 211

Film 104, S. 112 984—112 986

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Reichsaußenminister

Aufzeichnung

St.S. Nr. 52

BERLIN, den 17. Januar 1941

Drahtlich auf schnellstem Wege
dem Herrn Reichsaußenminister
(Fernschreiben oder Telefon)

Geheim!

Der Russische Botschafter war heute nachmittag bei mir. Er führte an Hand einer Niederschrift, die er mir dann auch überließ, das Folgende aus:

„Nach allen Angaben haben sich die deutschen Truppen in großen Mengen in Rumänien konzentriert und sich bereits zum Einmarsch in Bulgarien fertiggemacht, indem sie als ihr Ziel die Besetzung Bulgariens, Griechenlands und der Meerengen haben. Es kann kein Zweifel sein, daß England versuchen wird, die[1]) Aktionen deutscher Truppen vorzubeugen und die Meerengen zu besetzen, im Bündnis mit der Türkei die militärischen Operationen gegen Bulgarien zu eröffnen, Bulgarien in ein Feld der militärischen Operationen zu verwandeln. Die Sowjetregierung hat der Deutschen Regierung mehrere Male erklärt, daß sie das Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen für die Sicherheitszone der UdSSR hält, wodurch sie nicht teilnahmslos zu den Ereignissen, die den Interessen der Sicherheit der UdSSR drohen, bleiben kann. In Anbetracht von diesem allem, hält die Sowjetregierung für ihre Pflicht zu warnen, daß das Erscheinen irgendwelcher fremden Streitkräfte auf dem Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen, sie für eine Verletzung der Sicherheitsinteressen der UdSSR halten wird."

Schluß der Ausführungen des Botschafters.

Ohne gegenüber Dekanosow die gemachte Mitteilung übermäßig wichtig zu nehmen, erwiderte ich, ich möchte ihm nicht von mir aus gleich antworten, vielmehr zunächst den Herrn Reichsaußenminister von seiner Mitteilung unterrichten.

Ich fügte dann an, um den Inhalt seiner Mitteilung recht zu verstehen, möchte ich noch zwei Fragen stellen, nämlich:

a) von wem die Sowjetregierung denn die Mitteilung habe, daß die in Rumänien zusammengezogenen deutschen Truppen die Besetzung Bulgariens, Griechenlands und der Meerengen zum

Ziele haben? Dekanosow erwiderte, die Quellen seiner Regierung seien ihm nicht bekannt. Er beziehe sich darauf, daß, wie gesagt, alle Angaben so lauten, worauf ich ihm antwortete, ohne einer späteren deutschen Äußerung vorgreifen zu wollen, es sei richtig, daß wir auf keinen Fall dulden würden, daß England in Griechenland Fuß fasse, und daß wir diese Angelegenheit scharf beobachten. Im übrigen sei das ja für die Sowjetregierung nichts Neues, denn das sei ja Herrn Molotow schon seinerzeit gesagt worden;

b) woraus schöpfe die Sowjetregierung ihre sichere Annahme, daß England versuchen werde, den Aktionen der deutschen Truppen vorbeugend, die Meerengen zu besetzen? Auch hier verwies Dekanosow lediglich auf seine ursprüngliche Mitteilung. Seine Regierung wisse zwar nicht, daß etwas Derartiges eintreten werde, sie habe jedoch keine Zweifel an dem entsprechenden englischen Vorgehen, wenn die erwähnte Voraussetzung, nämlich das Vorgehen der deutschen Truppen gegen Bulgarien, Griechenland und die Meerengen, zur Tatsache werde.

Eine Erwiderung auf die Demarche behielt ich mir zum Schluß nochmals vor.

Nachdem ich dem Botschafter noch einige Worte über die deutschen Fliegererfolge gegen die britische Flotte im Mittelmeer gesagt hatte, verabschiedete dieser sich in der Hoffnung auf eine baldige Antwort.

gez. WEIZSÄCKER

[1]) So in Vorlage.

Nr. 212

Film 104, S. 112 981—112 982

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

MOSKAU, den 17. Januar 1941, 20.46 Uhr
Ankunft: den 17. Januar 1941, 23.40 Uhr

Nr. 122 vom 17. 1. 41

Citissime!

Streng geheim!

Für den Herrn Reichsaußenminister:

1. Molotow bat mich heute nachmittag zu sich und erklärte Nachstehendes:

Nachdem durch die vor kurzem abgeschlossenen Verträge die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen im Verhältnis zwischen Deutsch-

land und der Sowjetunion geregelt worden wären, sei es nunmehr an der Zeit, sich auch den rein politischen Fragen wieder zuzuwenden. Die Sowjetregierung sei erstaunt, daß sie auf ihre Stellungnahme vom 25. November (vgl. Drahtbericht Nr. 2562[1]) vom 25. November) zu den in den Berliner Besprechungen aufgeworfenen Fragen bis heute von deutscher Seite keine Antwort erhalten habe; er wäre dankbar, wenn ich dies der deutschen Reichsregierung mit dem Bemerken zur Kenntnis bringen würde, daß die Sowjetregierung mit einer baldigen deutschen Rückäußerung rechne.

Ich erwiderte Herrn Molotow, daß zu einer Verwunderung auch nicht der geringste Anlaß bestände, da es sich um Fragen handele, die vorerst intensiv mit Italien und Japan durchberaten werden müßten. Sobald diese Beratungen beendet wären, würde die Sowjetregierung über unsere Stellungnahme zu ihrer Antwort gewiß in Kenntnis gesetzt werden.

2. Molotow kam sodann auf den Balkan zu sprechen und führte dazu wörtlich folgendes aus:

Allen hier vorliegenden Informationen zufolge seien deutsche Truppen in großer Zahl in Rumänien konzentriert und auf dem Sprung, in Bulgarien einzumarschieren mit dem Ziele, Bulgarien, Griechenland und die Meerengen zu besetzen. Es bestehe kein Zweifel, daß England versuchen werde, den Aktionen der deutschen Truppen zuvorzukommen, die Meerengen zu besetzen, im Bund mit der Türkei Kriegshandlungen gegen Bulgarien zu eröffnen und Bulgarien in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln. Die Sowjetregierung habe die deutsche Reichsregierung wiederholt darauf hingewiesen, daß sie das Gebiet von Bulgarien mit den beiden Meerengen als Sicherheitszone der UdSSR betrachte und daher gegenüber Ereignissen, die die Sicherheitsinteressen der UdSSR bedrohen, nicht teilnahmslos bleiben könne. Infolgedessen halte die Sowjetregierung es für ihre Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß sie das Erscheinen irgendwelcher ausländischer bewaffneter Kräfte auf dem Gebiet von Bulgarien mit den beiden Meerengen als eine Verletzung der Sicherheitsinteressen der UdSSR betrachten werde.

Molotow fügte hinzu, daß er Dekanosow beauftragt habe, eine gleichlautende Demarche in Berlin vorzunehmen. Ich beschränkte mich in meiner Erwiderung auf die durch die Drahterlasse Nr. 36 vom 7. Januar[2]) und Nr. 57 vom 10. Januar[3]) vorgeschriebenen Ausführungen.

SCHULENBURG

---

[1]) Dokument Nr. 203.
[2]) Dokument Nr. 206.
[3]) Nicht gedruckt.

Nr. 213

Film 104, S. 112 994—112 997

Der Reichsaußenminister an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Telegramm

Telegramm Nr. 38 (offen).

FUSCHL, den 21. Januar 1941, 23.30 Uhr

eingegangen [BERLIN], den 22. Januar 1941, 0.30 Uhr

Fernschreibstelle des Auswärtigen Amts

Fernschreiben über Büro RAM an St. S. v. Weizsäcker = Nr. 31

1. Ich bitte Sie, für Mittwoch abend den russischen Botschafter zu sich zu bestellen und ihm in mündlicher Form die nachstehende Antwort auf die Ihnen am 17. Januar abgegebene Erklärung[1]) mitzuteilen. Der Wortlaut der Antwort ist ihm sodann in Form einer Notiz zu übergeben.

Wortlaut der Antwort:

1. Der Reichsregierung liegen keine Nachrichten vor, wonach England beabsichtige, die Meerengen zu besetzen. Die Reichsregierung glaubt auch nicht, daß die Türkei das Betreten ihres Bodens durch englische Streitkräfte dulden wird. Wohl aber ist die Reichsregierung darüber unterrichtet, daß England die Absicht hat und auf dem Wege ist, sich auf griechischem Territorium festzusetzen.

2. Der Führer hat den Präsidenten Molotow während seines Besuches in Berlin im November 1940 wiederholt darauf hingewiesen, daß Deutschland jeden Versuch Englands, in Griechenland Fuß zu fassen, mit allen Mitteln militärisch verhindern werde.

Es ist der unabänderliche Wille der Reichsregierung, unter keinen Umständen ein solches Festsetzen englischer Streitkräfte auf griechischem Territorium, das eine Bedrohung vitaler Interessen Deutschlands auf dem Balkan bedeuten würde, zuzulassen. Sie führt daher zur Zeit auf dem Balkan gewisse Truppenkonzentrationen durch, die ausschließlich die Aufgabe haben, jede englische Festsetzung auf griechischem Boden zu verhindern.

3. Deutschland hat nicht die Absicht, die Meerengen zu besetzen. Es wird das türkische Hoheitsgebiet respektieren, es sei denn, daß die Türkei ihrerseits eine feindselige Haltung

gegen die deutschen Truppen unternimmt. Andererseits aber wird die deutsche Armee bei etwa gegen Griechenland einsetzenden militärischen Operationen durch bulgarisches Gebiet marschieren. Die Reichsregierung hat selbstverständlich nicht Absicht, irgendwelche sowjetrussischen Sicherheitsinteressen zu verletzen, was bei einem Durchmarsch deutscher Truppen durch Bulgarien auch keineswegs der Fall ist.

4. Deutschland führt für die etwa gegen England in Griechenland zu unternehmende Aktion eine Truppenkonzentration in einem solchen Ausmaße auf dem Balkan durch, die es ihm von vornherein ermöglicht, jeden englischen Versuch des Aufbaues einer Front in diesen Gebieten im Keime zu ersticken.

Die Reichsregierung glaubt, hiermit auch den sowjetischen Interessen, denen eine Festsetzung Englands in diesen Gebieten entgegenstehen würde, zu dienen.

5. Die Reichsregierung hat, wie sie dies auch gelegentlich des Berliner Besuchs des Präsidenten Molotow zu erkennen gab, Verständnis für das sowjetische Interesse an der Frage der Meerengen und ist bereit, zur gegebenen Zeit für eine Revision des Montreux-Statuts[2]) einzutreten. Deutschland seinerseits ist an der Meerengenfrage politisch nicht interessiert und wird nach Durchführung seiner Operationen auf dem Balkan seine Truppen von dort zurückziehen.

6. Zu der von dem Präsidenten Molotow erbetenen Stellungnahme zu der Frage der Weiterführung des in Berlin seinerzeit begonnenen politischen Gesprächs ist folgendes zu bemerken:

Die Reichsregierung hält an den dem Präsidenten Molotow bei seiner Anwesenheit in Berlin entwickelten Ideen nach wie vor fest. Die Sowjetregierung hat demgegenüber Ende November gewisse Gegenvorschläge gemacht[3]). Die Reichsregierung steht zur Zeit über diesen gesamten Komplex mit den Regierungen des ihr verbündeten Italiens und Japans in Fühlungnahme und hofft, nach einer weiteren Klärung des Fragenkomplexes in absehbarer Zeit das politische Gespräch hierüber mit der Sowjetregierung wiederaufnehmen zu können.

Schluß der Antwort.

2. Botschafter Schulenburg erhält gleichzeitig von hier aus Weisung, einen entsprechenden Schritt bei Herrn Molotow am Mittwoch abend oder Donnerstag vormittag zu machen[4]).

3. Ich bitte Sie ferner, nach dem Besuch des russischen Botschafters dem Botschafter Alfieri eine Abschrift der ihnen am 17. Januar von

Herrn Dekanosow übergebenen Erklärung sowie eine Abschrift unserer Antwortnotiz zur vertraulichen Information der italienischen Regierung zu übergeben.

Der Duce und Graf Ciano sind bereits hier von mir informiert worden. RIBBENTROP.

---

[1]) Dokument Nr. 211.

[2]) Meerengen-Abkommen von Montreux, 20. Juli 1936; vgl. S. 247, 252—253, 277, 282—284 und 289.

[3]) Dokument Nr. 203.

[4]) Mit Telegramm Nr. 129 v. 22. Januar 1941 (nicht gedruckt) wurde der Botschafter in Moskau angewiesen, Molotow eine gleichlautende Antwort zu geben.

Nr. 214

Film 104, S. 112 998—112 999

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 22. Januar 1941

St. S. Nr. 59

Ich habe heute gegen Abend den Sowjetrussischen Botschafter empfangen und ihm mündlich die festgelegte Antwort auf seine Erklärung vom 17. Januar mitgeteilt. Den Wortlaut der Antwort übergab ich ihm dann in Form einer Notiz.

Ferner sagte ich Dekanosow, Graf Schulenburg werde entweder heute abend oder morgen früh eine entsprechende Mitteilung bei Herrn Molotow absetzen.

Dekanosow erkundigte sich dann noch — wie er sagte, zu seiner eigenen Information — nach der Bedeutung einzelner Ausdrücke in der ihm erteilten Antwort. Dabei versuchte er festzustellen, wie aktuell der darin erwähnte deutsche Durchmarsch durch Bulgarien gegen Griechenland, sowie ob dieser Beschluß als feststehend zu betrachten sei.

Ich verwies den Botschafter in dieser Hinsicht auf den Wortlaut in Ziffer 1 und 3 der Notiz.

Sodann wiederholte der Botschafter aus seiner Mitteilung vom 17. d. M., daß die Sowjetregierung das Erscheinen irgendwelcher fremder Streitkräfte auf bulgarischem Territorium als eine Verletzung ihrer Sicherheits-Interessen ansehe. Damit stimme unsere Äußerung am Schluß der laufenden Nr. 3 der Notiz nicht überein.

Ich erwiderte, unsere Auffassung gehe in der Tat aus der laufenden Nr. 3 der Notiz sowie auch aus der laufenden Nr. 4 hervor. Wir glaubten gerade, mit unseren Absichten den sowjetischen In-

teressen, denen eine Festsetzung Englands in diesen Gebieten entgegenstehe, zu dienen. Im übrigen bat ich den Botschafter, sich doch noch einmal zu Hause die Notiz recht genau anzusehen. Er werde dann sicher zu der Überzeugung kommen, daß unsere Antwort seine Sorgen behebe.

Hiermit

dem Herrn Reichsaußenminister
(durch Fernschreiben)

gez. WEIZSÄCKER

Nr. 215

Film 104, S. 113 003

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 23. Januar 1941 — 21.21 Uhr

Ankunft: den 23. [24.] Januar 1941 — 0.25 Uhr

Nr. 161 v. 23. 1. Auf Telegramm v. 22. Nr. 129[1])

Citissime!
Geheim!

Weisung heute bei Molotow ausgeführt.

Molotow erklärte, daß Sowjetregierung unsere Mitteilung prüfen und erwägen würde, wonach er sich eine Stellungnahme gegebenenfalls vorbehielte. Er glaube, die Mitteilung der Deutschen Reichsregierung dahin zu verstehen, daß der Durchmarsch deutscher Truppen durch Bulgarien an sich eine fest beschlossene Sache sei, allerdings nur für den Fall, daß England über den gegenwärtigen Zustand hinaus erweiterte militärische Handlungen auf griechischem Boden unternehmen sollte. Dagegen sei eine Besetzung der Meerengen nicht ins Auge gefaßt, es sei denn, daß ein feindseliger Akt der Türkei Deutschland dazu zwingen sollte.

Im übrigen führte Molotow die bekannten Gedankengänge aus, wonach die Sowjetregierung Bulgarien und die Meerengen als Sicherheitszone der Sowjetunion betrachte und daß sie jeder Kriegsausweitung — insbesondere im Schwarzen Meer — abgeneigt sei, worin sie sich mit der Deutschen Reichsregierung einig glaube.

SCHULENBURG

---

1) RAM. — Vgl. Dokument Nr. 213, Anm. 2.

Nr. 216

Film 426, S. 218 062

Botschafter Ritter, Auswärtiges Amt, an die Botschaft in Moskau

Telegramm

ab BERLIN, den 22. 2. 41 6.25
an MOSKAU, den 22. 2. 41 11.00

Diplogerma Moskau
Tel. Nr. 353 v. 21. 2.

Verschlußsache. Für Behördenleiter oder Vertreter persönlich.

Geheime Reichssache. Selbst zu entziffern. Strengst geheim.

Antwort durch Kurier oder Geheimchiffre.

In dem Drahterlaß Nr. 36 vom 7. 1.[1]) ist gesagt worden, daß vorerst Unklarheit wegen der Stärke der deutschen Truppen erwünscht, und daß zu gegebener Zeit Stichwort für Bekanntwerden voller Truppenstärke gegeben wird. Diese Zeit ist jetzt gekommen.

In Rumänien sind 680 000 (sechshundertachtzigtausend) Mann deutscher Truppen bereitgestellt. Unter diesen Truppen befindet sich ein besonders hoher Prozentsatz technischer Truppen mit modernstem Kriegsgerät, besonders Panzertruppen. Hinter diesen Truppen stehen in Deutschland unerschöpfliche Reserven einschließlich der an deutsch-jugoslawischer Grenze stehender ständiger Verbände bereit.

Ich bitte, die Mitglieder der dortigen Mission und etwaige Vertrauensleute in geeigneter Rollenverteilung anzusetzen, um die Stärke in eindrucksvoller Weise und unter Hinweis darauf, daß sie allen Eventualitäten auf dem Balkan von irgendwelcher Seite her überlegen ist, bekanntwerden zu lassen, und zwar nicht nur in den dortigen Regierungskreisen, sondern auch bei dortigen interessierten fremden Missionen. Anheimstelle, daß dabei nicht immer die genaue obige Zahl genannt wird. Es kann vielmehr auch mit Andeutungen oder Umschreibungen wie z. B. „fast 700 000" u. ähnlichem gesprochen werden.

RITTER

---

1) Dokument Nr. 206.

Nr. 217

Film 426, S. 218 061

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

ab BERLIN, den 23. 2. 41 3.10
an MOSKAU, den 23. 2. 41 9.50

Diplogerma Moskau

Tel. MULTEX Nr. 98 v. 22. 2.

Verschlußsache. Geh. Reichssache. Strengst geheim. Nur vom Beauftragten für geh. Reichssachen zu entziffern. Missionschef sofort persönlich vorzulegen. Antwort durch Kurier oder Geh. Ch.

In letzter Zeit häufen sich griechische Versicherungen an deutsche Adresse, daß außer einer Anzahl von englischen Flugzeugen in Griechenland keine englischen Streitkräfte vorhanden sind, und daß Griechische Regierung englische Angebote, stärkere englische Streitkräfte in Griechenland einzusetzen, zurückgewiesen hat und zurückweisen wird. Diese Versicherungen erfolgen offenbar planmäßig auf Weisung der Griechischen Regierung direkt durch griechische Diplomaten und Mil.-Att. und indirekt über fremde Regierungen und Mil.-Att.

Ich bitte, solche Versicherungen nicht ohne Gegenbemerkungen entgegenzunehmen. Es ist zu erwidern, daß die Reichsregierung ihre eigenen Informationen über die Stärke der englischen Truppen in Griechenland und über die weiteren englischen Absichten hat. Der englische Ministerpräsident Churchill habe die englischen Absichten selbst enthüllt, als er bei Darlegungen über die englische militärische Lage in Nordafrika am 19. Dez. 1940 im Unterhaus erklärte: „Marschall Sir Longmore hatte den kritischsten Augenblick bei seinen Vorbereitungen, als er sah, wie ein großer Teil seiner Streitkraft ihm entzogen wurde, um nach Griechenland geschickt zu werden."[1]) Diesen und anderen Erklärungen Churchills legt Reichsregierung mehr Bedeutung bei als den Versicherungen Griechenlands, deren Zweck leicht zu durchschauen ist.

Empfangsbestätigung.

WEIZSÄCKER

---

[1]) Air Chief Marshal Sir Arthur Longmore: Parliamentary Debates. Commons, 1940—41. Vol. 367 (Nov. 21 to Dec. 19, 1940), Sp. 1401.

Nr. 218

Film 104, S. 113 086—113 087

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

FUSCHL, den 27. Februar 1941, 21.50 Uhr
Ankunft: den 27. Februar 1941, 22.30 Uhr

RAM 45/R

An Auswärtig Berlin

1. Diplogerma Moskau
2. Für Chiffrierbüro

Citissime!

Nr. 114 vom 27. 2.[1])

Für Botschafter persönlich.

Ich bitte Sie, am Freitag, den 27. Februar, gegen Abend Herrn Molotow aufzusuchen und ihm mündlich folgendes mitzuteilen:

1. Wie der Sowjetregierung bekannt, seien seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und italienischer Regierung einerseits und der bulgarischen Regierung andererseits über den Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt geführt worden. Diese Verhandlungen seien nunmehr zu einem Abschluß gelangt und man sei übereingekommen, daß Bulgarien dem Dreierpakt beitreten werde und das Protokoll über den Beitritt am 1. März unterzeichnet werden wird. Der Reichsregierung liege daran, die Sowjetregierung hiervon vorher zu unterrichten.

2. Ich bitte Sie, am 1. März gegen Abend erneut Herrn Molotow aufzusuchen und ihm folgendes zu sagen: die vorliegenden Nachrichten über englische Absichten in Griechenland haben die Reichsregierung veranlaßt, nunmehr ihrerseits weitere Sicherungsmaßnahmen zu treffen, die die Verlegung deutscher Truppen auf bulgarischen Boden notwendig gemacht haben. Unter Bezugnahme auf die am 23. Januar der Sowjetregierung abgegebene Erklärung[2]) bitte ich hinzuzufügen, daß es sich hier um eine Vorsichtsmaßnahme handele, um zu verhindern, daß die Engländer sich in Griechenland endgültig festsetzen. Sollte Herr Molotow irgendwie näher auf das Thema eingehen, so sei zu Ihrer Sprachregelung daran erinnert, daß erstens diese Sicherungsmaßnahmen sich ausschließlich gegen die Festsetzung Englands auf griechischem Territorium richten, zweitens die Maßnahmen nicht gegen die Türkei gerichtet sind, und daß wir das

türkische Hoheitsgebiet respektieren werden, es sei denn, daß die Türkei einen feindlichen Akt gegen uns unternimmt: daß es drittens sich bei diesen deutschen Truppenkonzentrationen um Kriegsmaßnahmen handelt, und daß der Fortfall der englischen Gefahr in Griechenland automatisch die Rücknahme der deutschen Truppen zur Folge haben wird.

Über die Aufnahme Ihrer Mitteilungen durch Herrn Molotow bitte ich drahtlich zu berichten.

Zu Ihrer persönlichen Orientierung sei noch mitgeteilt, daß auch der bulgarische Gesandte[3]) am 28. Februar und am 1. März Mitteilungen seiner Regierung auf gleicher Linie in Moskau machen wird.

RIBBENTROP

---

[1]) Vermerk: Nach Moskau unter Nr. 403 am 27. 2. um 22.58 Uhr weitergegeben. Tel(egramm-) K(on)tr(olle).
[2]) Vgl. Dokumente Nr. 213 und 215.
[3]) I. Stamenoff.

Nr. 219

Film 104, S. 113 094

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 1. März 1941, 0.25 Uhr

Ankunft: den 1. März 1941, 2.10 Uhr[1])

Nr. 444 vom 28. 2.

Citissime!

Auf Telegramm vom 27. Nr. 403[2]).

Ich habe heute abend Herrn Molotow aufgesucht und die Weisung zu 1. ausgeführt.

Molotow nahm meine Mitteilung mit sichtlicher Besorgnis entgegen und erklärte, daß deutsche Reichsregierung am 25. November 1940 über den Standpunkt der Sowjetregierung unterrichtet worden sei (vgl. Drahtbericht vom 25. November Nr. 2562[3]). Die Position der Sowjetregierung in der von mir vorgebrachten Frage würde auch gegenwärtig durch die damalige Mitteilung bestimmt. Darin sei die zukünftige Stellung Bulgariens in den Rahmen ganz bestimmter

Umstände gestellt worden. Inzwischen hätten sich die Ereignisse in einer anderen Richtung entwickelt. Unverändert dagegen blieb die Auffassung der Sowjetregierung, daß Bulgarien zur Sicherheitszone der Sowjetunion gehöre.

Trotz meiner Einwendungen, daß der Beitritt Bulgariens die Interessen der Sowjetunion in keiner Weise beeinträchtige, verblieb Molotow auf seinem Standpunkt mit dem Bemerken, daß Beitritt Bulgariens unter ganz anderen Umständen erfolge, als sie seinerzeit vorgesehen waren und er leider nicht feststellen könne, daß die Ereignisse im Rahmen der Demarche der Sowjetregierung vom 25. November abrollten.

SCHULENBURG

---

1) Vermerk: Unter Nr. 744 an Sonderzug weitergegeben. Tel(egramm-) K(on)tr(olle) 1. 3. 41 2.55 Uhr.
2) B(üro) RAM. — Vgl. Dokument Nr. 218 Anm. 1.
3) Dokument Nr. 203.

Nr. 220

Film 104, S. 113 100—113 101

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 1. März 1941 — 22.15 Uhr
Ankunft: 2. März 1941 — 2.20 Uhr[1])

Nr. 453 vom 1. 3.

Citissime!

Auf Telegramm vom 27. Nr. 403[2])

Geheim!

Auftrag zu zwei heute um achtzehn Uhr dreißig Moskauer Zeit ausgeführt.

Molotow, der meine Mitteilung mit großem Ernst aufnahm, äußerte zunächst, daß er über den deutschen Entschluß unterrichtet sei, da der bulgarische Gesandte Herrn Wyschinski heute bereits davon in Kenntnis gesetzt hätte. Sodann gab Molotow seiner großen Besorgnis darüber Ausdruck, daß die deutsche Regierung in dieser für die Sowjetregierung so wichtigen Fragen Beschlüsse gefaßt habe, die der Auffassung der Sowjetregierung über die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zuwiderlaufen. Die Sowjetregierung habe ihr beson-

deres Interesse an Bulgarien der deutschen Regierung gegenüber sowohl während der Berliner Besprechungen als auch später wiederholt betont. Sie könne infolgedessen bei den letzten deutschen Maßnahmen in Bulgarien nicht gleichgültig bleiben und müsse dazu Stellung nehmen. Sie hoffe, daß die deutsche Reichsregierung dieser ihrer Stellungnahme eine entsprechende Bedeutung beimessen werde. Molotow fertigte in meiner Gegenwart eigenhändig eine formlose Notiz als Stellungnahme der Sowjetregierung an, ließ dieselbe abschreiben und händigte sie mir aus. Die Notiz hat folgenden Wortlaut:

„1. Es ist bedauerlich, daß ungeachtet der in der Demarche vom 25. November 1940[3]) enthaltenen Prävenierung von seiten der Sowjetregierung die deutsche Reichsregierung es als möglich erachtet hat, den Weg der Verletzung der Sicherheitsinteressen der UdSSR zu beschreiten und beschlossen hat, Bulgarien militärisch zu besetzen.

2. Angesichts dessen, daß die Sowjetregierung nach wie vor auf der Grundlage ihrer Demarche vom 25. November steht, muß die deutsche Regierung verstehen, daß sie auf eine Unterstützung ihrer Handlungen in Bulgarien von seitens der UdSSR nicht rechnen kann."

In meiner Erwiderung hielt ich mich im Rahmen der dortigen Weisungen, wobei ich besonders betonte, daß von einer Verletzung der sowjetischen Sicherheitsinteressen nicht die Rede sein könne.

SCHULENBURG

---

1) Vermerk: Unter Nr. 771 an Sonderzug weitergeleitet. Tel(egramm-) K(on)tr(olle) 2. 3. 41

2) B(üro) RAM; Dokument Nr. 218.

3) Dokument Nr. 203.

Nr. 221

Film 34, S 24 471

Aufzeichnung von Botschafter Ritter, Auswärtiges Amt

e. o. Pol I M 653 gRs.

Geheime Reichssache

General Warlimont und Kapitän Bürkner wiesen darauf hin, daß aus bestimmten Gründen eine schnelle Beendigung der Tätigkeit der verschiedenen russischen Kommissionen auf deutschem Boden im Osten und ihre schnelle Heimsendung notwendig seien. Solche Kommissionen befinden sich zur Zeit noch auf deutschem Boden aus Anlaß der Umsiedlung der litauischen Rückwanderer aus Deutschland nach Litauen. Außerdem sei die deutsch-russische Grenzfestsetzungs-

kommission mit verschiedenen lokalen Unterkommissionen in Tätigkeit. Von diesen Unterkommissionen habe ein Teil seinen Standort auf russischem Boden, ein anderer Teil auf deutschem Boden (und zwar im Süden von Suwalki?). Die Arbeit dieser Unterkommissionen sollte am 10. März anlaufen. Sie soll aber aus irgendeinem Grunde noch nicht begonnen haben. Das OKW bittet, alles zu tun, um zu verhindern, daß diese Tätigkeit beginnt.

Der Aufenthalt von Russen in diesem Teil Deutschlands sei nur noch bis zum 25. März tragbar. In dem Nordabschnitt würden jetzt schon starke deutsche Truppen massiert. Vom 20. März ab würde eine noch stärkere Ansammlung stattfinden.

Es wurde in diesem Zusammenhang gefragt, ob das russische Konsulat in Königsberg besetzt sei.

BERLIN, den 13. März 1941.

gez. RITTER[1])

---

[1]) Randbemerkung des Unterstaatssekretärs:
H(errn) Schliep
Bitte um Bestätigung, daß sich aus dem Arbeitsgebiete von Pol V keine derartige Kommissionen auf deutschem Boden befinden (einschl. General-Gouvernement). W(OERMANN) 15/3

VIII. Die Sowjetverträge mit Jugoslawien und Japan, 25. März bis 13. April 1941

Nr. 222

Film 104, S. 113 215—113 216

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

MOSKAU, den 25. März 1941 3.05 Uhr
Ankunft: den 25. März 1941 5.45 Uhr[1])

Nr. 680 vom 24. März
Citissime
Geheim

Für Herrn Reichsaußenminister persönlich.

Japanischer Außenminister Matsuoka, der heute abend fahrplanmäßig von Moskau nach Berlin abgereist ist, abstattete heute nachmittag in Begleitung des hiesigen japanischen Botschafters[2]) Außenkommissar Molotow einen Besuch. An anschließender Unterredung, die insgesamt zwei Stunden dauerte, nahm späterhin auch Stalin teil, was, wie ich höre, auf einen ausdrücklichen Wunsch Matsuokas zurückging. Wie Matsuoka mir mitteilt, habe er Molotow und Stalin gegenüber die zwischen Japan und der Sowjetunion schwebenden „grundsätzlichen Fragen" im Sinne einer Beseitigung der bestehenden Differenzen dargelegt. Als Molotow und Stalin hätten antworten wollen, habe er gebeten, hiervon Abstand zu nehmen, sich die angeschnittenen Fragen zu überlegen und das Gespräch fortzusetzen, sobald er nach Moskau zurückgekehrt sein werde. Von der Persönlichkeit Stalins habe er einen starken Eindruck erhalten. Alle Einzelheiten des Gesprächs würde er dem Herrn Reichsaußenminister persönlich mitteilen.

Da die Unterredung mit Molotow und Stalin insgesamt zwei Stunden gedauert hat, scheint die Aussprache doch eine eingehende gewesen zu sein.

Matsuoka hat mir und dem italienischen Botschafter[3]) gegenüber ausgeführt, daß er seit 30 Jahren der Meinung sei, daß die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion gut sein sollten. Es sei daher nichts neues, wenn er diese Politik weiter verfolgt.

Matsuoka hat bereitwilligst hiesige Missionschefs (darunter auch amerikanischen[4]) und französischen Botschafter[5]), die er von früher kannte — nicht aber englischen Botschafter Cripps) sowie Pressevertreter empfangen. In allen Gesprächen äußerte sich Matsuoka sehr positiv über Japans Einstellung zur Achse, wobei er unterstrich, daß er sich persönlich für Zustandekommen Dreimächtepakts eingesetzt habe. Bezüglich seiner Reise betonte er immer wieder Bedeutung persönlicher Begegnung mit Deutschlands großem Führer, Reichsaußenminister und Mussolini. In nachdrücklichster Weise hat er seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß der Sieg Deutschlands und Italiens sicher sei. SCHULENBURG

---

1) Vermerk: Unter Nr. 1085 an Sonderzug weitergegeben Tel(egramm-) Ko(ntrolle) 25. 3., 8.00 Uhr.

2) Generalleutnant Yoshitsugu Tatekawa.

3) Augusto Rosso.

4) Laurence A. Steinhardt.

5) Éric Labonne.

Nr. 223

Film 67, S. 47 400—47 417.

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Unterredung zwischen von Ribbentrop und Matsuoka, 27. März 1941

Aufz. RAM 14/41

Geheime Reichssache

Aufzeichnung

über die Unterredung zwischen dem RAM und dem Japanischen Außenminister Matsuoka in Anwesenheit der Botschafter Ott und Oshima in Berlin am 27. März 1941.

Der RAM begrüßte Matsuoka mit herzlichen Worten als einen Mann, der durch Wort und Tat gezeigt habe, daß er dieselbe Einstellung zu den Problemen seines Landes hätte, wie sie der Führer und seine Mitarbeiter für Deutschland haben müßten, und der als verantwortlicher Außenminister seines Landes den Abschluß des Paktes mit Japan ermöglicht habe. Der Dreierpakt sei ein sehr bedeutungsvolles Instrument für die Zukunft der drei Länder und

stelle das Fundament dar, auf dem die Zukunft der drei Völker in einer Form gesichert werden könne, wie sie den deutschen und japanischen Patrioten immer vorgeschwebt habe.

Anschließend gab der RAM einen Überblick über die Lage, wie sie sich von Deutschland aus gesehen darstelle.

Bezüglich der militärischen Lage wies er darauf hin, daß Deutschland heute in der Endphase seines Kampfes gegen England stehe. Während des vergangenen Winters habe der Führer alles weiter vorbereitet, so daß Deutschland heute völlig einsatzbereit dastehe, um England überall zu treffen, wo es zu erreichen sei. Der Führer habe im Augenblick vielleicht die stärkste Militärmacht zu seiner Verfügung, die es jemals in der Welt gegeben habe. Deutschland besitze 240 schlagbereite Divisionen, von denen 186 erstklassige Angriffsdivisionen von jungen Soldaten seien. Davon seien 24 Panzerdivisionen, wozu noch weitere motorisierte Brigaden hinzukämen.

Die Luftwaffe habe sich sehr vermehrt und neue Typen eingeführt, so daß sie wie in der Vergangenheit auch in Zukunft jeglicher Kombination gewachsen sei, d. h. Deutschland sei auch England und Amerika auf diesem Gebiet nicht nur gewachsen, sondern restlos überlegen.

Die deutsche Marine hätte bei Kriegsausbruch nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Schlachtschiffen besessen. Immerhin seien die im Bau befindlichen Schlachtschiffe fertiggestellt worden, so daß auch das letzte unter ihnen in kurzer Zeit in Dienst gestellt werden würde. Im Gegensatz zum Weltkrieg bliebe diesmal die deutsche Marine nicht in den Häfen, sondern sei vom ersten Tag des Krieges ab gegen den Feind eingesetzt worden. Matsuoka würde aus den Nachrichten der letzten Wochen wohl ersehen haben, daß deutsche Großkampfschiffe die Zufuhrstraßen zwischen England und Amerika mit außerordentlichem Erfolg gestört hätten.

Die Zahl der bisher eingesetzten Unterseeboote sei sehr klein. Es seien höchstens jeweils 8 oder 9 Boote am Feind gewesen. Immerhin hätten auch diese wenigen U-Boote in Zusammenarbeit mit der Luftwaffe im Januar und Februar 750 000 Tonnen pro Monat versenkt, für die Deutschland jederzeit den genauen Nachweis führen könne. Diese Zahl enthielte jedoch nicht die großen zusätzlichen Verluste, die England durch schwimmende und magnetische Minen erwachsen seien. Anfang April würde sich die Zahl der U-Boote auf das acht- bis zehnfache erhöhen, so daß dann 60—80 U-Boote dauernd am Feind sein könnten. Der Führer habe hier die Taktik verfolgt, zunächst nur wenige U-Boote einzusetzen und die übrigen zur Schulung des für eine größere Flotte notwendigen Personals zu verwenden, um dann schlagartig mit einer größeren Zahl von

Einheiten gegen den Feind vorzugehen. Daher würde die zu erwartende Versenkungsziffer der deutschen U-Boote in der Zukunft sehr erheblich über dem liegen, was bereits jetzt erreicht sei. Unter diesen Umständen könne allein die U-Boot-Waffe als absolut tödlich bezeichnet werden.

Zur militärischen Lage auf dem europäischen Kontinent übergehend, bemerkte der RAM, daß Deutschland durch die Niederwerfung der Länder auf dem Kontinent außer den geringen englischen Kräften, die sich in Griechenland aufhielten, praktisch keinen nennenswerten Feind mehr besäße. Deutschland werde jeden Versuch Englands, auf dem Festland zu landen oder sich dort festzusetzen, zurückschlagen. Es würde daher auch nicht dulden, daß die Engländer in Griechenland blieben. Militärisch gesehen sei die griechische Frage von sekundärer Bedeutung. Von praktischer Bedeutung sei lediglich, daß durch den wahrscheinlich notwendig werdenden Vorstoß nach Griechenland beherrschende Positionen im östlichen Mittelmeer erworben würden, die von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der Operationen in diesen Gegenden sein würden.

In Afrika habe Italien in den vergangenen Monaten Pech gehabt, weil die dortigen italienischen Truppen den modernen Tankkampf nicht kannten und auf Tankabwehr nicht vorbereitet waren, so daß es für die englischen Panzerdivisionen verhältnismäßig leicht war, die nicht sehr bedeutenden italienischen Stellungen einzunehmen. Einem weiteren Vordringen der Engländer sei nunmehr ein endgültiger Riegel vorgeschoben worden. Der Führer habe einen der fähigsten deutschen Offiziere, den General Rommel, mit genügenden deutschen Kräften nach Tripolis entsandt. Die Hoffnung, daß General Wawel[1]) angreifen werde, habe sich leider nicht erfüllt. Bei einigen Vorpostengeplänkeln seien die Engländer auf die Deutschen gestoßen und hätten darauf ihre weiteren Angriffsabsichten aufgegeben. Sollten sie etwa doch noch einen Angriff auf Tripolis unternehmen, so würden sie damit einer vernichtenden Niederlage entgegengehen. Auch hier würde sich das Blatt sicherlich eines Tages wenden, und die Engländer würden aus Nordafrika vielleicht noch schneller verschwinden, als sie gekommen seien.

Im Mittelmeerraum habe die deutsche Luftwaffe nunmehr zwei Monate lang gute Arbeit geleistet und den Engländern, die sich hier verkrampft hätten, erhebliche Schiffsverluste beigebracht. Der Suezkanal sei lange Zeit gesperrt gewesen und würde nach Beseitigung der Hindernisse erneut gesperrt werden. Es sei für die Engländer kein Vergnügen mehr, im Mittelmeer aushalten zu müssen. Er (der RAM) glaube, daß noch im Laufe dieses Jahres das Mittelmeer derartig abgeriegelt werden würde, daß die Engländer

praktisch keine Gefahr mehr darstellen würden. Ihre Flotte würde zum Schutz ihrer Stellung in Afrika gebunden werden.

Wenn man so das Fazit der militärischen Lage in Europa ziehe, käme man zu dem Schluß, daß praktisch die Achse auf militärischem Gebiet völlig Herr der Lage im gesamten Kontinentaleuropa sei. Eine Riesenarmee stehe Deutschland zur Verfügung, die praktisch arbeitslos sei und zu jeder Zeit und an jedem Ort, wo es der Führer für notwendig hielte, eingesetzt werden könne.

Die politische Situation sei gekennzeichnet durch den Anschluß fast des gesamten Balkans an den Dreierpakt[2]). Aus Belgrad seien heute morgen zwar Nachrichten von einem Putsch und einer Regierungsneubildung gekommen, doch fehlten noch nähere Einzelheiten. Auch die politische Lage in Europa und in der ganzen Welt habe zur Stärkung der drei Paktmächte beigetragen. Deutschland bleibe bestrebt, diesen oder jenen letzten Staat, der noch außerhalb des Paktes stünde, ebenfalls für die Sache der drei Mächte zu gewinnen. Vertraulich könne er (der RAM) Matsuoka mitteilen, daß Spanien zum mindesten im Geiste im Dreierpakt sei. Von den zwei oder drei noch übrigbleibenden Ländern seien Schweden und die Türkei besonders interessant. Vertraulich könne er Matsuoka sagen, daß auch hier versucht werden würde, diese Länder für den Dreierpakt zu gewinnen.

Nach der Türkei seien bereits gewisse Fühler ausgestreckt worden. Wenn dieses Land auch formal ein Bündnis mit England habe[3]), sei es zum mindesten nicht ganz unmöglich, daß die Türkei in der Zukunft vielleicht doch immer näher an den Dreierpakt heranrückte.

Mit Rußland habe Deutschland die bekannten Verträge abgeschlossen. Botschafter Oshima wisse, wie diese Verträge zustande gekommen seien. Deutschland habe damals den Wunsch gehabt, ein Bündnis mit Japan abzuschließen. Nach der Lage in Japan sei es nicht möglich gewesen, diesen Wunsch in die Tat umzusetzen. Andererseits seien in Europa die Gewitterwolken des Krieges immer drohender aufgezogen, und da das Bündnis Italien—Japan—Deutschland damals leider nicht möglich war, zu dessen Unterzeichnung der RAM, wie Botschafter Oshima wisse, auf Weisung des Führers sechs Monate lang bereit gewesen wäre, mußte sich Deutschland mit Rücksicht auf den kommenden Krieg zu dem Pakt mit Rußland entschließen.

Vertraulich könne er (der RAM) Matsuoka mitteilen, daß das heutige Verhältnis zu Rußland zwar korrekt, aber nicht sehr freundschaftlich sei. Rußland habe Deutschland nach dem Molotow-Besuch, bei dem ihm der Beitritt zum Dreierpakt angeboten wurde, Bedingungen gestellt, die nicht akzeptabel waren. Es habe sich dabei

um die Preisgabe der deutschen Interessen in Finnland, um die Einräumung von Stützpunkten an den Dardanellen und um eine starke Einflußnahme auf die Verhältnisse auf dem Balkan, besonders in Bulgarien, gehandelt[4]). Der Führer sei darauf nicht eingegangen, weil er der Auffassung gewesen sei, daß Deutschland eine derartige russische Politik auf die Dauer nicht gutheißen könne. Deutschland benötige vor allem den Balkan für seine Wirtschaft und sei nicht gewillt gewesen, ihn unter die russische Herrschaft fallen zu lassen. Aus diesem Grunde habe es eine Garantie an Rumänien gegeben. Besonders dies letzte hätten die Russen sehr übel vermerkt[5]). Ferner sei Deutschland gezwungen gewesen, in ein engeres Verhältnis zu Bulgarien zu treten, um eine Vorposition für die Vertreibung der Engländer aus Griechenland zu gewinnen[6]). Deutschland habe sich dazu entschließen müssen, weil diese Aktion sonst nicht durchzuführen sei. Auch dies hätten die Russen nur sehr ungern gesehen.

Unter diesen Umständen seien die Beziehungen zu Rußland äußerlich normal und korrekt. Die Russen hätten jedoch seit einiger Zeit überall, wo sie konnten, Deutschland allerhand Unfreundlichkeiten erwiesen. Dazu gehörte z. B. auch die in den letzten Tagen an die Türkei abgegebene Erklärung[7]). Deutschland spüre deutlich, daß, seitdem Sir Stafford Cripps in Moskau Botschafter sei (er sei kürzlich auch in Ankara mit Eden zusammengetroffen[8]), im geheimen und zeitweise auch verhältnismäßig offen Fäden zwischen Rußland und England gesponnen würden. Deutschland beobachte diese Vorgänge sorgfältig. Er (der RAM), der Stalin persönlich kenne, nehme nicht an, daß dieser zu Abenteuern neige, aber genau wissen könne man es nicht. Die deutschen Armeen im Osten stünden jederzeit bereit. Sollte Rußland eines Tages eine Haltung einnehmen, die als eine Bedrohung Deutschlands gedeutet werden könnte, würde der Führer Rußland zerschlagen. Man sei in Deutschland sicher, daß ein solcher Feldzug gegen Rußland mit dem absoluten Sieg der deutschen Waffen und der restlosen Zerschlagung der russischen Armee und des russischen Staatswesens enden würde. Der Führer sei davon überzeugt, daß es im Falle eines Vorgehens gegen die Sowjetunion nach wenigen Monaten keine Großmacht Rußland mehr geben würde. Der RAM betonte jedoch, daß er nicht glaube, daß Stalin eine unkluge Politik treiben würde. Auf jeden Fall baue der Führer nicht auf die Verträge mit Rußland allein, sondern verlasse sich in erster Linie auf seine Wehrmacht.

Man dürfe auch nicht übersehen, daß die Sowjetunion trotz aller gegenteiligen Beteuerungen heute immer noch im Ausland kommunistische Propaganda treibe. Sie versuche nicht nur in Deutschland, sondern auch in den besetzten französischen Gebieten, Hol-

land und Belgien ihre irreführende Propagandatätigkeit fortzusetzen. Für Deutschland bilde diese Propaganda selbstverständlich keine Gefahr. Wohin sie aber in anderen Ländern leider geführt habe, sei Matsuoka bekannt. Als Beispiel führte der RAM die Baltenstaaten an, in denen heute, ein Jahr nach der Besetzung durch die Russen, die gesamte Intelligenz ausgerottet sei, und in denen geradezu furchtbare Zustände herrschten. Hier sei Deutschland auf der Hut und würde nie dulden, daß von Rußland aus Deutschland die geringste Gefahr drohe.

Dazu käme, daß Deutschland sich für seinen Endkampf gegen England unbedingt den Rücken freihalten müsse. Es würde daher eine Bedrohung durch Rußland nicht hinnehmen, wenn sie eines Tages als ernst angesehen würde. Deutschland wolle England so schnell wie möglich besiegen und würde sich durch nichts davon abhalten lassen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs sprach der RAM über die Wirtschafts- und Ernährungslage. Es sei zwar möglich, daß einzelne Nahrungsmittel zeitweilig verknappt seien; grundsätzlich jedoch könne er mitteilen, daß, ganz gleich wie lange der Krieg noch dauere, Ernährungsschwierigkeiten in Deutschland nicht auftreten würden. Deutschland habe Raum genug, um für die Dauer des Krieges die notwendigen Lebensmittel im eigenen Gebiet zu erzeugen.

Hinsichtlich der Rohstoffe gäbe es gewisse Engpässe, wie z. B. die Kautschukverhandlungen mit Japan zeigten. Grundsätzlich sei jedoch auch hier zu sagen, daß eine ernstliche Gefährdung des Reiches völlig außer jeder Frage stehe. Der Führer habe so reichlich Kriegsmaterial aufgehäuft, daß die deutsche Wirtschaft zu einer Umstellung schreiten würde. Die deutsche Munitionskiste sei so voll, daß auf Jahre hinaus nicht der geringste Mangel eintreten würde. Daher würde in den nächsten Monaten ein großer Umstellungsprozeß in der Wirtschaft durchgeführt werden und das Hauptgewicht des deutschen Kriegspotentials für die U-Boot- und Flugzeugherstellung verwendet werden. Da die deutsche Armee mit Ausnahme des Eventualfalles Rußland auf dem Kontinent praktisch keine Gegner mehr habe, könne ein hoher Prozentsatz der deutschen Produktionskapazität auf diese beiden Waffen verwendet werden.

Zusammenfassend erklärte der RAM, daß der Krieg für die Achse bereits restlos gewonnen sei, verloren könne er keinesfalls mehr werden. Es sei nur noch eine Zeitfrage, bis England zugebe, den Krieg verloren zu haben. Wann dies erfolgen würde, könne er natürlich nicht voraussagen. Dieser Zeitpunkt könne jedoch unter Umständen sehr schnell eintreten. Das würde von den Ereignissen

der nächsten 3—4 Monate abhängen. Es bestehe jedoch die größte Wahrscheinlichkeit, daß England im Laufe dieses Jahres kapitulieren werde.

Anschließend sprach der RAM über Amerika. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß die Engländer den Krieg längst aufgegeben hätten, wenn nicht Roosevelt Churchill immer neue Hoffnung gemacht hätte. Darüber besitze man in Deutschland präzise und klare Informationen aus England. Was Roosevelt letzten Endes beabsichtige, sei schwer zu sagen. Ob er in den Krieg eintreten wolle oder nicht, sei unklar. Sicher sei nur, daß die England versprochene amerikanische Rüstungshilfe nicht aus dem Boden gestampft werden könne. Es würde lange dauern, bis diese Hilfe wirklich wirksam würde. Aber selbst dann wäre die Qualitätsfrage sehr problematisch, besonders auf dem Gebiet der Flugzeuglieferungen. Bei der heutigen Entwicklung veralteten die einzelnen Baumuster sehr schnell. Von Monat zu Monat würden auf Grund der täglichen Fronterfahrungen Verbesserungen an den deutschen Typen vorgenommen, und es sei zweifelhaft, ob ein Land, fern vom Krieg, die höchste Qualität an Flugzeugen herausbringen könnte. Was die deutschen Flieger bisher an amerikanischen Maschinen angetroffen hätten, bezeichneten sie jedenfalls als „alte Klamotten". Er (der RAM) glaube daher, daß eine ganz beträchtliche Zeit verstreichen würde, ehe die amerikanische Hilfe für England überhaupt in die Waagschale fallen könnte. Deutschland sei auf jeden Fall bestrebt, auch im Interesse seiner Verbündeten und Freunde, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden.

Der Dreimächtepakt habe in erster Linie das Ziel verfolgt, Amerika davon abzuschrecken, auf der eingeschlagenen Bahn weiterzugehen und es aus dem Krieg herauszuhalten. Dieses Ziel sei durchaus klar und zweckmäßig. Weiterhin habe der Dreierpakt dazu dienen sollen, für die Zukunft die Zusammenarbeit der Vertragspartner bei der Neuordnung, die Deutschland und Italien in Europa, und Japan in Ostasien durchführen wollen, sicherzustellen. Der Hauptfeind, auf den man bei der Herstellung der neuen Ordnung stieße, sei England. Es sei in gleichem Maße der Feind Japans wie der Feind der Achsenmächte. Es müsse mit allen Mitteln verhindert werden, daß Amerika aktiv in den Krieg eintrete oder seine Hilfe an England zu aktiv gestalte.

Bei der Prüfung der Möglichkeiten, die für eine weitere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Japan bestünden, sei in den Gesprächen mit dem Führer immer wieder die Frage aufgetaucht, ob nicht im Hinblick auf die Neuordnung, d. h. die Niederwerfung *Englands, die zur Errichtung dieser Neuordnung notwendig sei, eine*

aktive Teilnahme Japans am Krieg von Nutzen sein könne. Diese Frage habe sich der Führer genau überlegt, und er glaube, daß es tatsächlich sehr vorteilhaft wäre, wenn Japan möglichst bald den Entschluß fassen würde, aktiv am Krieg gegen England teilzunehmen. Deutschland glaube, daß z. B. ein schneller Angriff auf Singapore ein sehr entscheidender Faktor für eine schnelle Niederwerfung Englands sein würde. Er (der RAM) glaube, daß es wohl möglich sei, von dort aus sehr viel enger auf maritimem und anderen Gebieten mit Japan zusammenzuarbeiten. Es sei auch sicher, daß die Einnahme Singapores für England ein sehr ernster Schlag sein würde. Dies sei besonders im Hinblick auf die schon ziemlich schlechte moralische Verfassung auf der britischen Insel von Bedeutung. Er glaube auch, daß die Einnahme Singapores vielleicht am ehesten geeignet sei, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten, weil die Vereinigten Staaten es kaum riskieren dürften, ihre Flotte in die japanischen Gewässer zu entsenden. Wenn heute Japan in einem Krieg gegen England mit einem entscheidenden Schlag, wie dem Angriff auf Singapore, Erfolg haben würde, befände sich Roosevelt in einer sehr schwierigen Lage. Praktisch sei es für ihn schwer, etwas gegen Japan zu unternehmen. Würde er es doch tun und Japan den Krieg erklären, so müsse er gewärtig sein, daß z. B. die Lösung der Philippinenfrage im japanischen Sinne erfolgt. Dies würde einen schweren Prestigeverlust für den Präsidenten bedeuten, so daß er sich wahrscheinlich eine Aktion gegen Japan lange überlegen würde.

Andererseits würde Japan durch die Eroberung von Singapore in die Lage versetzt, in ganz anderer Weise in Ostasien zu operieren als bisher, da es dann die absolute beherrschende Position in diesem Teil Ostasiens besitzen würde. Deutschland glaube also, daß, wenn Japan sich zu einem solchen Vorgehen entschließen könnte, dies der Lösung des gordischen Knotens in Ostasien gleichkäme.

Zusammenfassend erklärte der RAM, daß bei einem Vorgehen Japans in dieser Richtung der Krieg gegen die englische Tonnage auch in Ostasien mit viel stärkerer Wucht geführt werden könne, daß durch den kühnen Schritt Japans Amerika voraussichtlich aus dem Krieg herausgehalten werden würde und sich Japan in Ostasien die Position sichern könnte, auf die es nach deutscher Auffassung bei der Neuordnung des großostasiatischen Raumes auf die Dauer nicht verzichten könnte. In diesem Zusammenhang würden sich sicherlich noch eine Anzahl weiterer Fragen ergeben, zu deren Erörterung er jederzeit zur Verfügung stünde.

Abschließend erklärte der RAM, daß der Dreierpakt seinem wahren Sinn, d. h. die Kriegsausweitung oder mit anderen Worten den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu verhindern, am besten

dadurch gerecht werden könnte, daß die Vertragspartner über das bisher Vereinbarte hinaus zu gegebener Zeit gemeinsame Verabredungen zur endgültigen Niederzwingung Englands träfen. Auf diese Weise könne von allen Beteiligten der Sinn des Pakts am durchschlagendsten durch die Tat bewiesen werden.

In diesem Augenblick wurde der RAM in die Reichskanzlei gerufen Entgegen seiner ursprünglichen Annahme, daß es sich nur um eine kürzere Abwesenheit handeln würde, zogen sich die Besprechungen dort längere Zeit hin, so daß die Unterredung mit Matsuoka vor dem Frühstück nicht mehr fortgesetzt wurde.

Anschließend fand dann das im Programm vorgesehene Frühstück im kleinsten Kreise, zunächst in Abwesenheit des RAM, der erst später erschien, statt.

BERLIN, den 31. März 1941.

gez. SCHMIDT

---

1) General Sir Archibald Percival Wavell.

2) Dem Dreimächtepakt (Deutschland—Italien—Japan) vom 27. September 1940 waren beigetreten Ungarn am 20. November 1940, Rumänien am 23. November 1940, die Slowakei am 24. November 1940, Bulgarien am 1. März 1941 und Jugoslawien am 25. März 1941.

3) Beistandpakt zwischen Frankreich, Großbritannien und der Türkei vom 18. Oktober 1939.

4) Dokument Nr. 203.

5) Vgl. Dokumente Nr. 170, 172, 175 und 181.

6) Vgl. Dokument Nr. 218.

7) 24. März 1941: Sowjetrussisch-türkische Verlautbarung, die UdSSR habe kürzlich der Türkei notifiziert, daß sie sich im Falle eines Angriffs auf die Türkei gemäß dem Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag vom 17. Dezember 1925 neutral verhalten werde.

8) Besuch des britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Eden in Ankara, 26.—28. Februar 1941.

Nr. 224

Film 67, S. 47 418—47 444

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Unterredung zwischen Hitler und Matsuoka, 27. März 1941

Fü/Nr. 13/41

Aufzeichnung

über die Unterredung zwischen dem Führer und dem japanischen Außenminister Matsuoka in Anwesenheit des Reichsaußenministers sowie der Botschafter Ott und Oshima am 27. 3. 1941.

Nach einigen Begrüßungsworten erkundigte sich der Führer zunächst danach, wie Matsuoka die lange, ermüdende Reise von Japan

bis nach Deutschland überstanden habe. Matsuoka erwiderte, daß ihm die Reise sehr gut bekommen sei, da er besonders auf der Fahrt durch Sibirien völlig von der Außenwelt abgeschnitten gewesen wäre und lediglich von Zeit zu Zeit ein kleines sibirisches Provinzblatt zu Gesicht bekommen hätte, in dem so gut wie gar keine aktuellen Nachrichten verzeichnet gewesen wären. Er wäre sich daher wie auf einer Ferienreise vorgekommen.

Anschließend gab der Führer einen Überblick über die allgemeine Lage. Deutschland sei der Krieg aufgezwungen worden. Es sei allerdings nicht vom Kriege überrascht worden; denn es habe Gelegenheit gehabt, jahrelang die Hetzkampagne gewisser englischer, französischer und amerikanischer Kreise zu verfolgen und sich daher auf alles vorbereitet. Trotz dieser gründlichen Vorbereitungen sei jedoch der Ausbruch des Krieges nicht ein politisches Ziel gewesen. Deutschland hatte politische Forderungen, hoffte jedoch, sie auf dem Wege der Vernunft bereinigen zu können. Im Jahre 1939 wurde das bisher mit Erfolg angewandte Verfahren einer friedlichen Revision unmöglicher Zustände durch das Vorschieben Polens und der daraus erwachsenen Konsequenzen unterbrochen.

Wenn man die jetzige Lage nüchtern und ohne Phantasie überblicke, so müsse man feststellen, daß, als im Jahre 1939 der Krieg begann, auf der Gegenseite 60 polnische, 6 norwegische, 18 holländische, 22 belgische und 138 französische Divisionen standen. Dazu kamen noch 12—13 britische Divisionen auf dem Kontinent. Nun sei es gelungen, in knapp $1^1/_2$ Jahren 60 polnische Divisionen mit der Besetzung Polens, 6 norwegische Divisionen mit der Besetzung Norwegens, 18 holländische Divisionen mit der Besetzung Hollands und 22 belgische Divisionen mit der Besetzung Belgiens auszuschalten und von den 138 französischen Divisionen bestünden nur noch acht schwache Brigaden. Sämtliche englischen Verbände seien zerstreut und fortgejagt worden. Dies seien Verluste, die nicht mehr eingeholt werden könnten, und die Position Englands ließe sich nicht mehr retten. Der Krieg sei damit entschieden, die Achsenmächte seien zur beherrschenden Kombination geworden. Ein Widerstand gegen ihren Willen sei ausgeschlossen.

Wie Matsuoka wisse, sei Deutschland bei Beginn des Krieges erst im Begriff gewesen, sich eine Marine aufzubauen. Trotzdem seien sämtliche militärischen Operationen, in deren Verlauf Seewege benutzt werden mußten, besonders in Norwegen, durchgeführt worden, ohne daß die Engländer in der Lage waren, diese Operationen zu hindern. Die deutschen U-Boote sowie die Überwasserstreitkräfte (Hilfskreuzer und Panzerschiffe) hätten im Verein mit der Luftwaffe

den Engländern Tonnageverluste beigebracht, die fast drei Viertel der englischen und alliierten Verluste des Weltkrieges ausmachten. Denn U-Boote habe Deutschland zunächst sehr wenig eingesetzt. Die weitaus größte Zahl sei dazu benutzt worden, um neue Mannschaften für die aus der Massenproduktion hervorgehenden zahlreichen Einheiten zu schulen. Der eigentliche U-Bootkrieg würde erst im jetzigen und im kommenden Monat beginnen. England würde in einem über seine jetzigen Verluste erheblich hinausgehendem Ausmaße geschwächt werden und würde die deutschen Küsten und Verbindungswege in keiner Weise mehr bedrohen können. Deutschland binde außerdem einen steigenden Prozentsatz der englischen Flotte in der Nordsee und im Atlantik. Das gleiche geschehe durch die italienische Flotte und die deutsche Luftwaffe im Mittelmeer.

In der Luft besitze Deutschland die absolute Herrschaft, trotz aller Erklärungen der Engländer über angebliche Erfolge. Matsuoka würde diese Feststellung nachprüfen können, wenn er sich in Berlin umsähe und das heutige Berlin mit dem heutigen London vergleiche. Die Schläge der Luftwaffe würden in den nächsten Monaten noch erheblich an Stärke zunehmen. England würden immer schwerere Verluste an Schiffsraum zugefügt werden, und die Wirksamkeit der deutschen Blockade zeige sich daran, daß in England die Rationierung viel schärfer sein müsse als in Deutschland. Der Krieg würde als Vorbereitung für den endgültigen Schlag gegen England inzwischen weitergehen.

Der Führer behandelte dann die Lage im Mittelmeer und erklärte, daß Italien in Nordafrika Unglück gehabt habe, weil ihm die nötige Panzerabwehr gegen die britische Panzerarmee gefehlt habe. Jetzt sei die Gefahr jedoch mit dem Eintreffen der ersten Panzerdivision in Tripolitanien, der bald eine zweite Division folgen würde, beseitigt. Ein weiterer britischer Vorstoß käme nicht mehr in Frage, im Gegenteil, die Achse würde in kurzer Zeit zum Gegenangriff übergehen.

Schwierige Witterungsverhältnisse hätten die italienische Unternehmung auf dem Balkan gehindert. In den nächsten Tagen würden jedoch durch das gemeinsame Vorgehen Deutschlands und Italiens hier alle Schwierigkeiten beseitigt werden. Es gäbe kein militärisches Problem, weil Deutschland 240 Divisionen „arbeitslos" zur Verfügung habe, von denen 186 Divisionen erstklassige Angriffsdivisionen seien. Die personellen und materiellen Verluste seien im Jahre 1939 und 1940 sehr gering gewesen, sodaß trotz der vorangegangenen Feldzüge Deutschland in jeder Hinsicht stärker dastehe als im Jahre 1939.

Der Führer sprach sodann die Überzeugung aus, daß England schon jetzt den Krieg verloren habe. Es sei nur eine Frage der Einsicht, ob es dies zugeben wolle. Dadurch würde dann auch der Zusammenbruch der Personen und des Regimes, die für die Wahnsinnspolitik Englands verantwortlich seien, ausgelöst werden.

In seiner jetzigen kritischen Lage klammere sich England an jeden Strohhalm. Es baue insbesondere auf zwei Hoffnungen:

Erstens auf die amerikanische Hilfe. Deutschland habe diese Hilfe von vornherein einkalkuliert. Greifbarere Formen würde sie allerdings erst im Jahre 1942 annehmen, aber auch dann würde der Umfang dieser Hilfe in keinem Verhältnis zu der gesteigerten Produktionsleistung Deutschlands stehen.

Die zweite Hoffnung Englands sei Rußland. Sowohl das britische Weltreich als auch die Vereinigten Staaten hofften, daß es ihnen trotz allem gelingen würde, Rußland auf die Seite Englands zu ziehen. Sie glaubten, dieses Ziel wenn nicht in diesem Jahre, so doch vielleicht im nächsten Jahre erreichen zu können, um auf diese Weise ein neues Gleichgewicht der Kräfte in Europa herzustellen.

Hierzu sei zu bemerken, daß Deutschland mit Rußland die bekannten Verträge abgeschlossen habe, daß aber wichtiger noch als diese die Tatsache sei, daß es notfalls 160—180 Divisionen zu seinem Schutz gegen Rußland zur Verfügung habe. Es habe daher vor diesem Eventualfall nicht die geringste Scheu und würde keine Sekunde zögern, bei Gefahr sofort die Konsequenzen zu ziehen. Er (der Führer) glaube allerdings nicht, daß diese Gefahr eintreten würde.

Über die Ziele der deutschen Kriegsführung in Europa sagte der Führer, daß unter allen Umständen die britische Hegemonie gebrochen und der britische Einfluß in Europa ausgeschaltet und jeder Versuch einer amerikanischen Einmischung in Europa zurückgewiesen werden würde. Weiterhin würde die Neuordnung des europäischen Kontinents als wesentlichstes Element die Beschränkung der Rechte und Pflichten auf diejenigen mit sich bringen, die auf dem Kontinent lebten, und alle die Länder ausschließen, die nur von außen hineinreden wollten, insbesondere also England und Amerika.

In dem jetzigen Kampfe seien die Achsenmächte geistig, moralisch und zum Teil sachlich von Japan unterstützt worden. Der Dreierpakt habe durch die Zusammenarbeit mit Japan z. B. die Möglichkeit gegeben, deutsche Hilfskreuzer in Ostasien zu versorgen. Vor allem habe er jedoch bewirkt, daß Amerika zögere, offiziell in den Kampf einzutreten. Umgekehrt habe er auch dem japanischen Partner auf Grund der Arbeit und der Kämpfe Deutschlands einen großen Beitrag zu dessen eigener Zukunft geliefert.

Es gäbe wenige Situationen, die für die Verwirklichung der japanischen Ziele größere Erleichterungen und eine größere Wahrscheinlichkeit des Gelingens böten als die jetzige Lage. England sei zur See, zur Luft und zu Lande völlig gefesselt. Im Mittelmeer würden immer stärkere englische Kräfte gebunden. Ebenso müsse es auf dem Ozean für Geleitzüge immer stärkere Einheiten einsetzen. Kreuzer und Zerstörer seien oft nicht mehr ausreichend, da diese Geleitzüge von deutscher Seite durch Schlachtschiffe angegriffen würden. Denn im Unterschied zum Weltkriege besitze Deutschland heute auf der langen Front von Narvik bis zur spanisch-französischen Grenze zahlreiche Stützpunkte, von denen aus es mit seinen Seestreitkräften gegen England und seine Zufuhrstraßen vorgehen könne. England sei also in Europa festgenagelt, das Ziel bestehe in der Zerschlagung des britischen Weltreiches.

Amerika sehe sich vor drei Alternativen: Es könne selbst aufrüsten, England helfen oder anderswo Krieg führen. Wenn es England hülfe, könne es nicht aufrüsten. Wenn es England vernachlässige, würde dieses niedergeschlagen werden, und Amerika würde sich dann allein den Mächten des Dreierpaktes gegenüberfinden. Auf keinen Fall aber könne Amerika anderswo Krieg führen.

Daher würde es eine bessere Situation für ein gemeinsames Handeln der Dreierpaktmächte als die heute geschaffene nach menschlichem Ermessen überhaupt nicht wieder geben. Andererseits sei ihm auch klar, daß bei jedem geschichtlichen Akt ein Wagnis mit in Kauf genommen werden müßte. Selten sei in der Geschichte jedoch ein Wagnis kleiner gewesen als jetzt, wo in Europa Krieg herrsche, England dort gebunden sei, Amerika erst in den Anfängen seiner eigenen Rüstung stecke, Japan die stärkste Macht im ostasiatischen Raum sei und Rußland nicht handeln könne, da an seiner Westgrenze 150 deutsche Divisionen stünden. Ein solcher Augenblick würde nie wiederkehren, er sei einmalig in der Geschichte. Er (der Führer) gebe zu, daß ein gewisses Risiko vorhanden wäre, aber es sei außerordentlich gering in einem Augenblick, in dem Rußland und England ausgeschaltet seien und Amerika noch nicht fertig sei. Wenn dieser günstige Augenblick vorbeiginge und der europäische Konflikt womöglich mit einem Kompromiß ende, so würden sich nach wenigen Jahren Frankreich und England wieder erholt haben. Amerika würde sich als dritter Feind Japans zu ihnen gesellen, und Japan würde früher oder später doch vor der Aufgabe stehen, die Sicherung seines Lebensraumes im Kampfe gegen diese drei Staaten durchzusetzen.

Auch militärisch sei wohl seit Menschengedenken keine Situation verhältnismäßig so günstig gewesen wie jetzt, wenn auch die mili-

tärischen Schwierigkeiten, die ein Vorgehen böte, nicht unterschätzt werden sollten.

Besonders günstig sei, daß es zwischen Japan und seinen Verbündeten keine Interessenkonflikte gebe. Deutschland, das seine Kolonialansprüche in Afrika befriedigen würde, sei in Ostasien ebensowenig interessiert wie Japan in Europa. Dies sei die beste Voraussetzung für die Zusammenarbeit zwischen einem japanischen Ostasien und einem deutsch-italienischen Europa.

Die Zusammenarbeit mit den Angelsachsen dagegen bedeute nie ein wirkliches Zusammengehen, sondern immer nur ein Ausspielen des einen gegen den andern. Genau so wie England in Europa nicht die Hegemonie eines Staates dulde, würde es auch in Ostasien Japan, China und Rußland gegeneinander ausspielen, um die Interessen seines eigenen Weltreiches zu fördern. Genau so wie England würden sich die Vereinigten Staaten verhalten, die das Weltreich beerben und an Stelle des britischen Imperialismus den amerikanischen Imperialismus setzen würden.

Eine bessere Situation zum gemeinsamen Vorgehen würde auch noch aus einem persönlichen Grunde kaum je wieder bestehen. Er (der Führer) habe volles Vertrauen zu sich selbst, die deutsche Nation stehe so geschlossen hinter ihm wie hinter niemandem andern in ihrer bisherigen Geschichte. Er habe die nötige Entschlußkraft in kritischen Situationen, und schließlich erlebe Deutschland eine ungeheuere Erfolgsserie, die auch einzig in der Welt dastehe, sich aber nicht zu wiederholen brauche.

Abschließend wies der Führer darauf hin, daß seine Haltung Japan gegenüber nicht aus dem Jahre 1941 stamme. Er sei von jeher stets für ein Zusammengehen mit diesem Lande eingetreten. Botschafter Oshima wisse, daß er (der Führer) viele Jahre unentwegt an diesem Ziel gearbeitet habe. Er sei entschlossen, in der Zukunft nie mehr von dieser Linie abzugehen. Besonders günstig für ein Zusammengehen sei, wie gesagt, die Tatsache, daß es keine Interessengegensätze zwischen Japan und Deutschland gebe. Denn Interessen seien auf die Dauer doch stärker als Persönlichkeiten und der Wille eines Führers, daher gefährdeten sie immer wieder von neuem die Zusammenarbeit von Ländern, falls sie entgegengesetzt gerichtet seien. Im Falle Deutschland und Japan könne man wegen des Nichtbestehens solcher Gegensätze daher auf längste Zeit disponieren. Dies sei seit seiner frühesten Jugend seine feste Überzeugung. Das japanische, deutsche und italienische Volk würden große Erfolge erringen, wenn sie aus der jetzigen einmaligen Situation die Konsequenzen zögen.

Matsuoka dankte dem Führer für seine offenen Darlegungen, die ihm die ganze Lage in einem klaren Licht erscheinen ließen. Er würde sich die vom Führer vorgebrachten Argumente, obgleich er sich mit diesen Fragen selbst schon eingehend beschäftigt hätte, noch einmal genauestens überlegen.

Im ganzen gesehen stimme er mit den vom Führer geäußerten Ansichten überein. Er sei insbesondere auch der Ansicht, daß jedes entschlossene Vorgehen stets ein gewisses Risiko mit sich bringe. Matsuoka erklärte unter Hinweis auf die Berichterstattung des Botschafters Ott und den RAM, durch die der Führer wohl über die gegenwärtige Lage in Japan genau informiert sein dürfte, er wolle persönlich in sehr offener Weise die Dinge darstellen. Es gebe in Japan wie auch in anderen Ländern gewisse intellektuelle Kreise, die nur ein starker Mann fest im Zaume halten könne. Es handele sich hierbei um jenen Typ, der zwar die Jungen der Tigerin gern haben möchte, aber nicht bereit ist, in die Höhle hineinzugehen und sie der Mutter zu entreißen Diese Gedankengänge habe er in Anwesenheit von zwei Prinzen kaiserlichen Geblüts unter Verwendung des gleichen Bildes in einer Besprechung im Hauptquartier dargelegt. Es sei bedauerlich, daß Japan sich dieser Kreise noch nicht entledigt habe, ja, daß sogar einige dieser Leute in einflußreichen Stellungen säßen. Vertraulich könne er jedoch mitteilen, daß er in der Besprechung im Hauptquartier nach einer heftigen Diskussion mit seiner Ansicht durchgedrungen sei. Japan würde handeln, und zwar in entscheidender Form, wenn es das Gefühl hätte, andernfalls eine Chance zu verlieren, die erst in tausend Jahren wiederkehren könnte; und zwar würde Japan ohne Rücksicht auf den Stand seiner Vorbereitungen vorgehen, da es immer einige Leute geben würde, die die Vorbereitungen für ungenügend erklärten. Dies habe er, Matsuoka, auch gegenüber den beiden Prinzen durchgesetzt. Die schüchternen Politiker in Japan würden immer zögern und zum Teil aus einer gefühlsmäßigen pro-britischen oder pro-amerikanischen Haltung handeln.

Matsuoka wies dann darauf hin, daß er für das Bündnis schon lange vor Ausbruch des europäischen Krieges eingetreten sei. Er hätte sich damals um dessen Abschluß sehr bemüht, leider aber keinen Erfolg gehabt. Nach Ausbruch des europäischen Krieges habe er persönlich auf dem Standpunkt gestanden, daß Japan zunächst Singapur angreifen und dem britischen Einfluß in diesem Gebiete ein Ende bereiten und erst dann den Dreierpakt abschließen solle, da ihm der Gedanke unangenehm gewesen sei, daß Japan sich dem Bündnis anschlösse, ohne bereits einen Beitrag zur Niederwerfung Englands mit hereinzubringen. Denn während Deutschland

bereits ein Jahr lang einen gigantischen Kampf gegen England führte, hätte Japan bei Abschluß des Bündnisses noch nichts geleistet. Er habe sich daher sehr stark für diesen Plan eines Angriffs auf Singapur eingesetzt, sei aber damit nicht durchgedrungen und habe unter dem Zwang der Ereignisse dann sein Programm umgekehrt und den Eintritt in das Bündnis vorweggenommen.

Er habe nicht den geringsten Zweifel darüber, daß das Südseeproblem ohne die Einnahme Singapurs durch Japan nicht gelöst werden könne. Man müsse eben in die Höhle der Tigerin eindringen und die Jungen mit Gewalt herausholen

Es sei nur eine Frage der Zeit, wann Japan angreifen würde. Seiner Ansicht nach müsse der Angriff so früh wie möglich erfolgen. Leider regiere er nicht Japan, sondern müsse die Regierenden zu seiner Ansicht bekehren. Dies würde ihm sicherlich auch eines Tages gelingen. Aber im gegenwärtigen Augenblick könne er unter diesen Umständen für sein japanisches Reich keine Verpflichtung zum Handeln eingehen.

Er würde nach seinen Besprechungen mit dem Führer und dem RAM und nachdem er selbst die Lage in Europa geprüft habe, bei seiner Rückkehr diesen Dingen seine ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden. Endgültiges könne er nicht versprechen, aber zusagen, daß er sich persönlich für die angedeuteten Ziele auf das äußerste einsetzen würde.

Matsuoka bat sodann noch dringend, die von ihm soeben gemachten Darlegungen streng vertraulich zu behandeln, da bei ihrem Bekanntwerden in Japan die Andersdenkenden unter seinen Kabinettskollegen wahrscheinlich erbleichen und versuchen würden, ihn aus dem Amt zu bringen.

Bei seinen Bemühungen um das Zustandekommen des Bündnispaktes habe er auch bis zum letzten Augenblick strengste Verschwiegenheit bewahrt und zur Täuschung seiner Gegner vielfach absichtlich den Eindruck einer pro-amerikanischen oder pro-britischen Haltung hervorgerufen.

Kurz vor Abschluß des Bündnispaktes sei ihm berichtet worden, daß der britische Botschafter[1]) unter den Japanern eine starke Propaganda in dem Sinne betreibe, daß Japan ein sehr riskantes Spiel mit dem Beitritt zum Dreierpakt spiele. Auch der amerikanische Botschafter[2]) habe sich in der gleichen Richtung betätigt. Wenige Tage nach Abschluß des Bündnispaktes habe er den amerikanischen Botschafter gefragt, ob die Nachrichten über die Propaganda auf Wahrheit beruhten. Dieser habe alles zugegeben und dabei erklärt, daß jeder Japaner, mit dem er seit dem Bekanntwerden des Bündnispakt-

abschlusses zusammengekommen sei, die Meinung geäußert habe, Deutschland würde den Krieg gewinnen. Das sei nach Ansicht des amerikanischen Botschafters falsch, Deutschland habe keine Chance, den Krieg zu gewinnen, und daher sei es seiner (des amerikanischen Botschafters) Ansicht nach für Japan tatsächlich ein sehr riskantes Spiel, wenn es etwa in der Annahme eines deutschen Sieges den Pakt abgeschlossen habe.

Matsuoka erklärte weiter, er habe dem amerikanischen Botschafter darauf erwidert, daß nur der liebe Gott wisse, wer den Krieg letzten Endes gewinnen würde. Er (Matsuoka) habe den Pakt aber gar nicht auf der Grundlage des Sieges dieser oder jener Macht abgeschlossen, sondern ihn auf seiner Vision von der neuen Ordnung begründet. Er habe mit Interesse die Erklärungen des Führers über die neue Ordnung vernommen und sei durch sie voll und ganz überzeugt worden. Wenn er aber einmal rein hypothetisch annehme, daß das Kriegsglück sich in einem gewissen Augenblick gegen Deutschland wende, so müsse er dem amerikanischen Botschafter erklären, daß dann Japan seinem Verbündeten sofort zu Hilfe kommen würde.

Seine Vision von der neuen Ordnung habe er in der Präambel zum Dreimächtepakt niedergelegt. Es handele sich dabei um ein Ideal, daß seit undenklichen Zeiten von einer Generation der anderen überliefert worden sei. Für ihn persönlich sei die Verwirklichung dieses Ideals sein Lebenszweck, dem er bis auf den heutigen Tag seine gesamte Arbeit gewidmet habe, um seinerseits einen kleinen Beitrag zu seiner Verwirklichung zu liefern. Der Dreierpakt Berlin—Rom—Tokyo sei ebenfalls ein Beitrag zu dieser Verwirklichung. Die Durchführung dieser Gedankengänge, so betonte Matsuoka weiter, stehe im übrigen unter dem Motto: „Keine Eroberung, keine Bedrückung, keine Ausbeutung." Dies würde in Japan noch nicht überall verstanden. Wenn aber Japan etwa von dieser Linie abweichen sollte, so würde er (Matsuoka) der erste sein, der dagegen ankämpfen würde.

In diesem Zusammenhang erinnerte Matsuoka noch an den anderen Grundsatz der Präambel zum Dreimächtepakt, nach dem jedes Volk den ihm gebührenden Platz einzunehmen hätte. Obwohl auch Japan bei der Errichtung der neuen Ordnung, wenn es nötig sei, mit Gewalt vorgehe, und obwohl es manchmal mit starker Hand die von dieser neuen Ordnung betroffenen Völker leiten müsse, hatte es doch dabei stets das vorher angegebene Motto vor Augen: „Keine Eroberung, keine Bedrückung, keine Ausbeutung."

Im weiteren Verlauf des Gesprächs kam Matsuoka auf seine Unterhaltungen mit Stalin in Moskau zu sprechen. Als Verbündeter sei er

dem RAM eine Erklärung darüber schuldig und hätte sie auch in der Vormittagsbesprechung abgegeben, wenn der RAM nicht vorzeitig abberufen worden wäre. Nunmehr wolle er diese Mitteilung dem Führer machen.

Er habe zunächst Molotow bei der Durchreise durch Moskau lediglich einen Höflichkeitsbesuch machen wollen. Nach einigem Überlegen habe er sich jedoch entschlossen, den japanischen Botschafter[3]) zu beauftragen, bei der Sowjetregierung in leichter Form vorzufühlen, ob bei dieser Interesse an einer Unterhaltung zwischen Stalin und ihm bestünde. Bevor jedoch der japanische Botschafter seine Weisungen bei der Sowjetregierung ausführen konnte, sei von der russischen Regierung selbst der Vorschlag eines Zusammentreffens zwischen Stalin, Molotow und Matsuoka erfolgt. Molotow habe er ungefähr 30 Minuten gesprochen, Stalin eine Stunde, so daß er infolge der notwendigen Übersetzungen mit Molotow vielleicht 10 Minuten und mit Stalin 25 Minuten gesprochen hätte.

Er hätte Stalin erklärt, daß die Japaner moralische Kommunisten seien. Dieses Ideal sei seit undenklichen Zeiten von den Vätern den Söhnen überliefert worden. Gleichzeitig aber hätte er erklärt, daß er an den politischen und wirtschaftlichen Kommunismus nicht glaube und eher annehme, daß seine japanischen Vorfahren schon früh jeden Versuch in dieser Richtung aufgegeben und sich dem moralischen Kommunismus zugewandt hätten.

Für das, was er moralischen Kommunismus nannte, führte dann Matsuoka einige Beispiele aus seiner eigenen Familie an. Dieses japanische Ideal des moralischen Kommunismus sei dann durch den vom Westen eingeführten Liberalismus, Individualismus und Egoismus gestürzt worden. Im Augenblick sei die Lage in Japan in dieser Hinsicht außerordentlich verwirrt. Jedoch gäbe es eine Minderheit, die stark genug sei, um für die Wiederherstellung des „alten Ichs" der Japaner erfolgreich zu kämpfen. Dieser weltanschauliche Kampf in Japan sei äußerst erbittert. Aber diejenigen, die für die Wiederherstellung des alten Ideals kämpften, seien von ihrem Endsieg überzeugt. Nun seien die Angelsachsen im Grunde für das Eindringen der vorerwähnt bestehenden Weltanschauung verantwortlich, und zur Wiederherstellung des alten, überlieferten japanischen Ideals sei Japan daher gezwungen, gegen die Angelsachsen zu kämpfen, genau so wie es auch in China nicht gegen die Chinesen, sondern nur gegen Großbritannien in China und den Kapitalismus in China kämpfe.

Matsuoka führte dann weiter aus, daß er Stalin seine Gedanken über die neue Ordnung auseinandergesetzt und dabei betont habe, daß die Angelsachsen das größte Hindernis für die Errichtung dieser Ordnung seien und Japan daher notwendigerweise gegen sie kämpfen

müsse. Er habe Stalin erklärt, daß die Sowjets doch auch ihrerseits für etwas Neues einträten und daß er glaube, nach dem Zusammenbruch des britischen Weltreiches die Schwierigkeiten zwischen Japan und Rußland beilegen zu können. Die Angelsachsen habe er als den gemeinsamen Feind Japans, Deutschlands und Sowjetrußlands hingestellt.

Stalin habe ihm eine Antwort in Aussicht gestellt, wenn er auf seiner Rückreise nach Japan wieder durch Moskau durchreisen würde, habe jedoch nach einigem Nachdenken sofort hinzugefügt, daß Sowjetrußland mit Großbritannien niemals gut gestanden habe und niemals gut stehen würde.

Matsuoka machte im weiteren Verlauf des Gesprächs noch einige Ausführungen über das Wesen des Tenno. Der Tenno sei der Staat, und das Leben sowie das Eigentum eines jeden Japaners gehöre dem Tenno, d. h. dem Staate. Es sei dies gewissermaßen die japanische Version eines totalitären Staatsgebäudes.

Abschließend sprach sich Matsuoka bewundernd über die Art aus, mit der der Führer das deutsche Volk, das in völliger Einigkeit hinter ihm stehe, mit Entschlossenheit und Kraft durch diese große, in der Geschichte ohnegleichen dastehende Zeit der Umwälzungen führe. Einen solchen Führer habe jedes Volk nur einmal in tausend Jahren. Das japanische Volk habe seinen Führer noch nicht gefunden. Er würde aber sicher in der Stunde der Not erscheinen und mit Entschlossenheit die Führung des Volkes übernehmen.

BERLIN, den 1. April 1941

gez. SCHMIDT, Gesandter

---

1) Sir Robert L. Craigie.
2) Joseph Clark Grew.
3) Generalleutnant Tatekawa.

Nr. 225

Film 67, S. 47 376—47 389

Aufzeichnung über die Unterredung zwischen v. Ribbentrop und Matsuoka, 28. März 1941

Aufz. RAM Nr. 18/41

Der RAM gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, Matsuoka ein zweites Mal sprechen zu können. Der Führer hätte zu den vorliegenden Fragen gern noch vollständiger Stellung genommen, sei aber durch die Entwicklung in Jugoslawien zeitlich stark in Anspruch genommen worden. Die Einzelheiten seien jedoch nicht so

wichtig. Das Wesentliche sei die Frage der Möglichkeiten und Aussichten einer engeren Zusammenarbeit zwischen Japan und Deutschland, d. h. des Überganges von einem passiven zu einem aktiven Mitwirken Japans an der gemeinsamen Sache. Mit großer Befriedigung habe man auf deutscher Seite gehört, in welchem Geist Matsuoka an diese Dinge herantrete. Es handele sich um die größte Chance, die für die Erreichung der japanischen Ziele gegeben sei, und es wäre gut, diese Chance auszunutzen, ehe sie verloren ginge. Der Dreierpakt sei eins der wichtigsten Vertragswerke und begründe die Beziehungen zwischen Japan und Deutschland auf Jahrhunderte hinaus. Interessengegensätze bestünden nicht.

Die Lage sei derart, daß eine neue Ordnung nur errichtet werden könne, wenn Großbritannien vollständig geschlagen sei. Dies gelte in noch stärkerem Maße für Japan als für Deutschland, das den europäischen Kontinent bereits jetzt beherrsche und innerhalb dieses Jahres auch den Mittelmeerraum und Afrika, soweit es daran interessiert wäre, in diese Herrschaft einbeziehen würde. Deutschland habe dann alles, was es brauche. Nach der Weltherrschaft strebe es nicht, wie Roosevelt dies fälschlicherweise behaupte. Der Führer habe den Wunsch, den Krieg sobald wie möglich zu beenden, um sich seiner Aufbauarbeit erneut zuzuwenden. Das Ziel, das er sich gesteckt habe, d. h. dem Reich die äußerste Sicherheit zu verschaffen, sei eigentlich schon erreicht.

Demgegenüber könne die neue Ordnung im großostasiatischen Raum nur hergestellt werden, wenn Japan auch den Süden beherrsche. Dazu sei aber die Einnahme von Singapur notwendig.

Bezüglich Rußlands führte der RAM aus, daß man deutscherseits nicht wisse, wie sich die Dinge in dieser Richtung entwickeln würden. Es sei möglich, daß Rußland den falschen Weg einschlage, obgleich er dies von Stalin eigentlich nicht annehme. Aber wissen könne man es nicht. Auf jeden Fall würde Deutschland sofort losschlagen, wenn Rußland irgend etwas gegen Japan unternähme und damit Japan Rußland gegenüber den Rücken freihalten. Auf diese Weise wäre das eine der von Botschafter Ott berichteten Bedenken der japanischen Staatsmänner, besonders aber der japanischen Armee, mit Hilfe der deutschen Armee ausgeräumt. Das zweite Bedenken, das besonders die japanische Marine bezüglich der englischen Heimatflotte und der englischen Mittelmeerflotte geäußert habe, könne er (der RAM) damit beantworten, daß diese beiden englischen Flotten von Deutschland in den europäischen und den Mittelmeergewässern gebunden werden würden. Schließlich seien japanischerseits noch Besorgnisse wegen Amerika geäußert worden.

Die Vereinigten Staaten würden jedoch ihre Flotte gegen Japan nicht riskieren und sie nicht über die Hawaischen Inseln hinaussenden. Ein großer japanischer Erfolg in Singapur würde im Gegenteil die amerikanische Neutralität verstärken. Roosevelt würde dann zögern, irgend etwas Unkluges zu unternehmen.

Obwohl er (der RAM) für die Lage in Japan, die Matsuoka durch seine Geschichte von der Tigerin und ihren Jungen illustriert habe, durchaus Verständnis habe, müsse er doch erneut darauf hinweisen, daß jetzt zweien der stärksten Länder der Welt, die einen jungen, kräftigen und furchtlosen Geist besäßen, von der Vorsehung eine Chance geboten würde, die vielleicht nur alle 1000 Jahre einmal wiederkehre. Deutschlands große Chance sei der Führer, dessen Mitarbeiter lediglich als seine Werkzeuge seinen Willen durchführten. Er (der RAM) habe den Botschaftern Englands und Frankreichs immer wieder erklärt, sie dürften nicht in den Fehler verfallen, das heutige Deutschland mit dem von 1914 bis 1918 zu verwechseln. Selbst damals habe das Reich vier Jahre lang gegen eine Welt von Feinden ausgehalten, lediglich durch seine Uneinigkeit und durch seine innerliche Schwäche habe es den Krieg verloren. Jetzt sei es jedoch einig und hätte daher die doppelte Kraft, die durch die geniale Führung Adolf Hitlers ihrerseits wieder verdoppelt würde, so daß man nunmehr mit einem viermal so starken Deutschland wie im Weltkriege rechnen müsse. Die Botschafter hätten diese Warnungen in den Wind geschlagen. Die Voraussagen hätten sich jedoch erfüllt, und nichts in der Welt würde Deutschland und Italien daran hindern, die europäisch-afrikanische Hemisphäre absolut zu beherrschen. Wenn sich unter solchen Umständen für Japan eine Chance böte, so müßte es sich die Dinge sehr sorgfältig überlegen und die Chance nicht aus der Hand lassen.

Wann der gegenwärtige Kampf zu Ende gehen würde, ließe sich zwar mit Sicherheit nicht voraussagen, er (der RAM) habe jedoch das Gefühl, daß England vielleicht früher zusammenbrechen könnte, als allgemein erwartet würde. Wenn die Engländer plötzlich um Frieden bäten, wäre es sehr wünschenswert, wenn Deutschland und Japan diesen Frieden gemeinsam festlegen könnten.

Der RAM sprach sodann von seinen Familientraditionen, die stets projapanisch gewesen seien. Im übrigen habe er im Jahre 1934 bereits mit dem Führer ein wichtiges Gespräch über die deutsch-japanische Zusammenarbeit gehabt. Die Hochachtung des Führers vor Japan hätte mit dem russisch-japanischen Kriege begonnen. Jetzt wäre das wichtigste, die gemeinsame Chance, die sich im Jahre 1941 darböte, nicht aus der Hand zu lassen.

Matsuoka erwiderte, daß er der gleichen Ansicht sei. Sowohl aus Vernunftsgründen als aus einem inneren Gefühl heraus glaube auch er, daß 1941 in der Geschichte als ein Entscheidungsjahr erscheinen würde. Es würde sich in ihm die größte Tragödie, der Zusammenbruch des Britischen Weltreiches, vollenden. Das deutsche Volk in Europa und das japanische im Fernen Osten handelten seinem Gefühl nach fast unter einem göttlichen Befehl, das Britische Weltreich auseinanderzubrechen und eine neue Ordnung zu errichten.

Matsuoka fragte dann, welche Haltung Deutschland den Vereinigten Staaten gegenüber einnehmen würde, wenn England im Sommer auf die Knie gezwungen, Amerika jedoch noch nicht im Kriege wäre.

Der RAM antwortete, daß dies von der Haltung der Vereinigten Staaten selbst abhängen würde. Die Möglichkeit einer Besetzung der britischen Inseln erfordere allerdings eine Gutwetterperiode, und die Engländer würden möglicherweise versuchen, in den Vereinigten Staaten eine neue Regierung aufzumachen. Es sei seiner Ansicht nach jedoch undurchführbar.

Matsuoka präzisierte daraufhin seine Frage folgendermaßen: Wenn England zu Boden geschlagen wäre, würden die Vereinigten Staaten seiner Ansicht nach das Britische Weltreich nicht weiter unterstützen. Canada würde lediglich mehr oder weniger annektiert werden. Würde Deutschland unter diesen Umständen die Vereinigten Staaten in Ruhe lassen? Der RAM antwortete, daß Deutschland nicht das geringste Interesse an einem Kriege gegen die Vereinigten Staaten habe. Matsuoka nahm dies mit Befriedigung und der Bemerkung zur Kenntnis, daß man mit den Angelsachsen insgesamt rechnen müsse; wenn es nicht gelänge, Amerika zu unserer Auffassung zu bekehren, so könne keine neue Ordnung errichtet werden. Der RAM erwiderte, daß jeder in seiner eigenen Sphäre die Herrschaft ausüben würde. Deutschland würde dies, zusammen mit Italien, im europäisch-afrikanischen Raum tun, die Vereinigten Staaten müßten sich auf den amerikanischen Kontinent beschränken und Japan bliebe der Ferne Osten vorbehalten. Was Rußland anbeträfe, so würde man es sehr sorgfältig beobachten und auf keinen Fall irgendwelche umstürzlerische Propaganda zulassen. In der Zukunft würden nur noch die vorgenannten drei Interessensphären als große Kraftzentren übrigbleiben. Das Britische Weltreich würde verschwinden.

Matsuoka erwiderte, daß das einzige danach noch übrigbleibende große Problem Rußland wäre. Japan sei bereit, Rußland über Indien oder Iran an das eisfreie Meer heranzulassen, würde jedoch die Russen nicht an der chinesischen Küste dulden. Matsuoka fragte dann, ob der Führer jemals die Möglichkeit eines russisch-japanisch-

deutschen Bündnisses ins Auge gefaßt hätte. Der RAM verneinte dies und bezeichnete eine engere Zusammenarbeit mit Rußland als eine absolute Unmöglichkeit, da die geistigen Grundlagen sowohl der Armee als auch des übrigen Volkes völlig entgegengesetzt wären. Die Sowjetunion sei immer noch international ausgerichtet, während Japan und Deutschland national dächten. Rußland unterwühle die Familie, Deutschland trete für sie ein. Es sei hier genau wie zwischen Feuer und Wasser eine Vereinigung unmöglich. Stalin sei sehr geschickt und habe daher unter den damals obwaltenden Umständen den Pakt mit Deutschland abgeschlossen. Rußland wäre auch dem Dreierpakt beigetreten, aber seine Bedingungen seien unerfüllbar. Die ganze Angelegenheit würde jetzt, wie er Matsuoka vertraulich mitteilen könne, von Deutschland durchaus dilatorisch behandelt. Im übrigen beobachte Deutschland die Sowjetunion scharf, und — das müsse Matsuoka unter allen Umständen wissen — es sei auf alle Eventualitäten vorbereitet. Deutschland würde Rußland nicht provozieren, wenn aber die Politik Stalins nicht im Einklang stände mit dem, was der Führer für richtig hielte, würde er Rußland zerbrechen. Matsuoka erwiderte, daß Japan es jetzt vermeide, Rußland zu erzürnen. Japan warte auf die Vollendung des deutschen Sieges auf dem Balkan. Ohne die guten Dienste Deutschlands und ohne seine Stärke bestehe keine Chance für Japan, die russisch-japanischen Beziehungen vollständig zu bessern.

Weiterhin sprach Matsuoka von dem Handelsvertrag, der langfristig mit Rußland abgeschlossen werden würde. Er stellte dann an den RAM die Frage, ob er auf seinem Rückwege etwas länger in Moskau bleiben solle, um über den Nichtangriffspakt oder den Neutralitätsvertrag mit den Russen zu verhandeln. Dabei betonte er, daß eine unmittelbare Aufnahme Rußlands in den Dreierpakt vom japanischen Volk nicht zugelassen werden würde. Sie würde im Gegenteil in ganz Japan einen einzigen Schrei der Entrüstung hervorrufen. Der RAM erwiderte, daß ein derartiger Beitritt Rußlands zum Pakt nicht in Frage komme und empfahl im übrigen Matsuoka, die vorerwähnten Fragen möglichst nicht in Moskau anzuschneiden, da dies nicht ganz in den Rahmen der gegenwärtigen Lage passen dürfte.

Auf eine weitere Bemerkung Matsuokas, daß der Abschluß eines Fischerei- und eines Handelsvertrages die Atmosphäre zwischen Rußland und Japan verbessern würde, erwiderte der RAM, daß gegen den Abschluß derartiger rein kommerzieller Verträge keine Bedenken bestünden. Matsuoka erwähnte in diesem Zusammenhang noch, daß Amerika die japanisch-russischen Beziehungen genau beobachte und versuche, seinerseits mit Rußland ein Abkommen gegen Japan abzuschließen.

Matsuoka kam dann erneut auf Singapur zu sprechen. Wegen der britischen Marine seien die Japaner unbesorgt. Es gäbe aber japanische Kreise, die einem Konflikt mit Amerika mit großen Bedenken entgegensähen, da sie annähmen, daß es sich dabei um einen fünf- bis zehnjährigen Krieg mit den Vereinigten Staaten handeln würde. Er gebe ohne weiteres zu, daß Amerika seine Flotte in einem Krieg gegen Japan nicht aufs Spiel setzen würde, aber gerade deshalb wären diese japanischen Kreise besorgt, weil unter diesen Umständen der Krieg jahrelang andauern würde. Der RAM erwiderte, daß es seiner Ansicht nach Roosevelt nicht zum Kriege kommen lassen würde, da er sich der Unmöglichkeit eines Vorgehens gegen Japan wohl bewußt wäre. Japan seinerseits könne jedoch die Philippinen besetzen und auf diese Weise dem Prestige Roosevelts einen schweren Schlag versetzen. Wenn Japan Singapur erobere, so sei sowieso der größere Teil der Welt dadurch unter die Kontrolle der Dreierpaktmächte geraten und Amerika befände sich selbst in isolierter Stellung.

Matsuoka sprach sich persönlich sehr stark für die Gedankengänge des RAM aus. Wenn Japan das mit der Eroberung Singapurs verbundene Risiko nicht übernehme, so sei er der Ansicht, daß es dadurch zu einer drittklassigen Macht werden würde. Der Schlag müsse daher eines Tages unter allen Umständen erfolgen. Wenn es ihm dabei gelänge, die Vereinigten Staaten sechs Monate lang still zu halten, wären alle Schwierigkeiten überwunden. Eine Nation, die in einer Angelegenheit von so fundamentaler nationaler Bedeutung weiterhin zögere, würde dadurch nur beweisen, daß er ihr an der wichtigsten Eigenschaft, der Entschlußkraft, mangelt.

BERLIN, den 31. März 1941

Nr. 226

Film 67, S. 47 357—47 375

Aufzeichnung über die Unterredung zwischen v. Ribbentrop und Matsuoka, 29. März 1941

Aufz. RAM 19/41

Aufzeichnung

über die Unterredung zwischen dem RAM und dem japanischen Außenminister Matsuoka in Berlin am 29. März 1941.

Der RAM knüpfte an das vorhergegangene Gespräch mit Matsuoka über dessen bevorstehende Besprechungen in Moskau mit den Russen an. Er sprach die Ansicht aus, daß es angesichts der Gesamt-

lage wohl das beste sein dürfte, die Dinge mit den Russen nicht zu sehr zu vertiefen. Er wisse nicht, wie sich die Situation entwickeln würde .Eins sei jedoch sicher: Wenn Rußland jemals Japan angreifen sollte, würde Deutschland sofort losschlagen. Diese feste Zusicherung könne er Matsuoka gegenüber abgeben, so daß Japan ohne Furcht vor etwaigen Komplikationen mit Rußland nach Süden auf Singapore vorstoßen könnte. Der größte Teil der deutschen Armee befinde sich sowieso an der Ostgrenze des Reiches und sei zum jederzeitigen Losschlagen bereit. Er (der RAM) glaube jedoch, daß Rußland keine kriegerischen Verwicklungen heraufbeschwören würde. Sollte aber Deutschland mit Rußland in einen Konflikt geraten, so würde die Sowjetunion innerhalb von wenigen Monaten erledigt werden. In diesem Falle hätte Japan natürlich erst recht nichts zu befürchten, wenn es nach Singapore vorstoßen wolle. Es brauche sich also in keinem Fall von dieser Unternehmung durch etwaige Befürchtungen Rußland gegenüber abhalten zu lassen.

Wie die Dinge sich mit Rußland entwickeln würden, könne man natürlich nicht wissen. Ob Stalin seine gegenwärtige Politik der Unfreundlichkeit gegenüber Deutschland vertiefen würde oder nicht, sei ungewiß. Er (der RAM) wolle auf jeden Fall Matsuoka darauf hinweisen, daß ein Konflikt mit Rußland immerhin im Bereich der Möglichkeit liege. Matsuoka könne jedenfalls bei seiner Rückkehr dem japanischen Kaiser[1]) nicht berichten, daß ein Konflikt zwischen Deutschland und Rußland ausgeschlossen sei. Die Dinge lägen im Gegenteil so, daß ein solcher Konflikt, wenn er auch nicht wahrscheinlich wäre, doch als möglich bezeichnet werden müsse.

Bezüglich des russischen Beitritts zum Dreimächtepakt, wie er Molotow von Deutschland angeboten worden war, bemerkte der RAM, daß es sich dabei nicht um eine direkte Aufnahme Rußlands in den Pakt selbst gehandelt haben würde, sondern vielmehr um eine andere Kombination. Wie bereits mitgeteilt, hätten jedoch die Russen für ihren Beitritt Bedingungen gestellt, die Deutschland nicht annehmen konnte, so daß die Dinge jetzt in suspenso wären.

Auf eine Zwischenfrage Matsuokas, ob dies bedeute, daß Deutschland vielleicht nach einiger Zeit erneut versuchen würde, Rußland an den Dreierpakt anzuschließen, erwiderte der RAM, daß ein derartiger Versuch wahrscheinlich zunächst nicht gemacht werden würde, da die von Rußland vorgebrachten Bedingungen, besonders hinsichtlich Finnlands und der Türkei, mit der deutschen Anschauung unvereinbar seien.

Auf eine Frage Matsuokas nach näheren Einzelheiten über die russischen Bedingungen erwiderte der RAM, daß der deutsche

Widerstand gegen die sowjetischen Forderungen bezüglich Finnlands auf wirtschaftlichen, aber auch auf gefühlsmäßigen Erwägungen beruhe. Deutschland habe mit den Finnen im Weltkrieg zusammen gekämpft. Matsuoka schaltete hier ein, daß die Finnen anscheinend großen Wert darauf legten, als zur deutschen Seite zugehörig betrachtet zu werden. Der japanische Gesandte in Helsinki, den er im Rahmen des kürzlichen Diplomatenschubs abberufen habe, habe auf seiner Rückreise in Manschuli einem Journalisten erklärt, Finnland schiene sich jetzt auf die Seite Rußlands gestellt zu haben[2]). Darauf habe nach einiger Zeit der finnische Gesandte in Tokio[3]) offiziell bei Matsuoka gegen diese Äußerung protestiert und erklärt, daß Finnland sich niemals auf Rußlands Seite stellen würde.

Der RAM wies darauf hin, daß die sozialdemokratischen Regierungen in Finnland stets gegen den Führer eingestellt gewesen seien, so daß bei dem russisch-finnischen Krieg für Deutschland kein Grund bestand, ihnen zu helfen. Außerdem mußte Deutschland eine absolut neutrale Haltung einnehmen, weil in den Gesprächen mit Molotow und Stalin Finnland als nicht in der deutschen Interessensphäre liegend bezeichnet worden war. Als sich die Finnen jedoch so tapfer gegen die Russen wehrten, entstand in Deutschland eine starke Sympathie für sie, so daß es jetzt unmöglich sei, Finnland aufzugeben, da eine Besetzung durch Rußland, wie das Beispiel der Baltischen Staaten zeige, zu einer völligen Vernichtung des Landes führen würde.

Die zweite russische Bedingung habe die Garantie an Bulgarien nebst Besetzung des Landes durch russische Truppen betroffen, über die er in den früheren Gesprächen bereits im einzelnen informiert worden sei.

Die dritte Bedingung habe die Errichtung von Stützpunkten in den Dardanellen zum Gegenstand gehabt. Auch hierüber sei Matsuoka bereits unterrichtet. Deutschland ziehe es jedenfalls vor, daß die Dardanellen in der Hand der Türken blieben. Es könne im übrigen ein Eindringen der Russen in den Balkan nicht zulassen. Rußland versuche jedoch immer aufs neue, in dieser Richtung vorzustoßen. So entwickle es jetzt im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in Jugoslawien in diesem Lande eine erhöhte Tätigkeit, zum Teil unter Zuhilfenahme der Sokol-Organisation oder durch direkte kommunistische Beeinflussung. Jedenfalls seien die Besprechungen mit den Russen über diese Bedingungen nicht wieder aufgenommen worden. Man habe der Sowjetunion nur erklärt, daß Deutschland keine neuen Konflikte in Finnland oder auf dem Balkan zulassen

könne. Seitdem seien alle diese Fragen, wie gesagt, in suspenso, und irgendeine günstige Weiterentwicklung sei nicht zu erwarten.

Vertraulich teilte der RAM im weiteren Verlauf des Gesprächs dem japanischen Außenminister seine Ansicht über das wahre russische Interesse mit. Die Sowjetunion wünsche, daß der Krieg so lange wie möglich dauere. Sie wisse, daß sie durch militärische Angriffe selbst nichts erreichen könne. Daher sei dem gerissenen Politiker Stalin die überaus schnelle Niederlage Frankreichs auch nicht sehr gelegen gekommen. Er wünsche einen langen Krieg, der die Völker ermüde und sie für den bolschewistischen Einfluß reif mache. Dies sei das wahre Ziel der russischen Politik, das man niemals aus dem Auge verlieren dürfe.

Matsuoka stimmte diesen Gedankengängen zu und führte als Beispiel die Lage in China an. Tschangkaischek, mit dem er in persönlichen Beziehungen stünde, der ihn kenne und ihm vertraue, habe schwere Befürchtungen wegen der weiteren Zunahme des Einflusses der Roten Armee in China.

Der RAM erklärte, es sei durchaus möglich, daß die vorher geschilderten Umstände ziemlich schnell zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Rußland führten. Sollte Deutschland sich von Gefahr bedroht fühlen, würde es sofort losschlagen und den Bolschewismus erledigen.

Auf eine Anregung Matsuokas, den Antikominternpakt nicht ablaufen zu lassen, sondern ihn zu erneuern, erwiderte der RAM, daß er dazu noch nicht endgültig Stellung nehmen könne, da sich heute die Lage, wie sie sich bei Ablauf des Pakts im Herbst darstellen würde, noch nicht überblicken lasse. Grundsätzlich sei jedoch Deutschlands Haltung immer im Sinne des Antikominternpaktes[4]).

Als Matsuoka den RAM bat, ihn rechtzeitig vor Ablauf des Antikominternpaktes über die deutsche Stellungnahme zu seiner eventuellen Verlängerung zu informieren, erwiderte der RAM, daß sich die Lage bis Oktober sicherlich so geklärt haben würde, daß eine klare Stellungnahme Deutschlands möglich sei.[5])

Der RAM kam anschließend noch einmal auf die Frage Singapore zu sprechen. Angesichts der von Japan geäußerten Befürchtungen wegen etwaiger Unterseebootsangriffe von den Philippinen her und des Eingreifens der englischen Mittelmeerflotte und der Home Fleet habe er die Lage noch einmal mit General-Admiral Raeder besprochen. Dieser habe ihm erklärt, daß die englische Flotte in diesem Jahr in den englischen Heimatgewässern und im Mittelmeer so voll-

ständig beschäftigt sein würde, daß sie auch nicht ein einziges Schiff nach dem Fernen Osten entsenden könnte. Die amerikanischen Unterseeboote habe General-Admiral Raeder als so schlecht bezeichnet, daß sich Japan um sie überhaupt nicht zu kümmern brauche.

Matsuoka erwiderte sofort, daß die japanische Marine die Bedrohung durch die englische Marine als sehr gering einschätze und auch der Ansicht sei, bei einem Zusammenstoß mit der amerikanischen Marine diese ohne weiteres zerschlagen zu können. Sie befürchte jedoch, daß die Amerikaner sich mit ihrer Flotte nicht zum Kampf stellen würden, und daß sich so der Konflikt mit den Vereinigten Staaten vielleicht auf fünf Jahre erstrecken würde. Darüber sei man in Japan sehr beunruhigt.

Der RAM erwiderte, daß Amerika gegen Japan bei einer Einnahme von Singapore überhaupt nichts machen könne. Schon deshalb würde sich Roosevelt vielleicht einen Entschluß zum aktiven Vorgehen gegen Japan mehr als einmal überlegen. Denn während er einerseits nichts gegen Japan ausrichten könne, bestehe andererseits die Wahrscheinlichkeit, daß die Philippinen an Japan verlorengingen, was selbstverständlich ein starker Prestigeverlust für den amerikanischen Präsidenten sein würde, dem er wegen der ungenügenden Aufrüstung nichts entgegenzusetzen haben würde.

Matsuoka wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er alles täte, um die Engländer wegen Singapore zu beruhigen. Er täte, als ob Japan gegen diesen Schlüsselpunkt Englands im Osten überhaupt nichts vorhabe. Es könnte daher sein, daß er in seinen Worten und Taten den Engländern gegenüber eine freundliche Haltung einnehme. Dadurch solle sich jedoch Deutschland nicht irreführen lassen. Diese Haltung nehme er nicht nur zur Beruhigung der Engländer ein, sondern auch um die probritischen und proamerikanischen Elemente in Japan so lange hinters Licht zu führen, bis er eines Tages plötzlich gegen Singapore losschlagen würde.

Der RAM erklärte hierzu, daß seiner Ansicht nach die Kriegserklärung Japans an England in Form eines Angriffs auf Singapore erfolgen solle.

Matsuoka bemerkte in diesem Zusammenhang, seine Taktik beruhe auf der sicheren Annahme, daß durch das plötzliche Vorgehen gegen Singapore die gesamte japanische Nation mit einem Schlage geeinigt würde. („Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg", warf hier der RAM ein.) Er folge hier den Worten eines berühmten japanischen Staatsmannes an die japanische Marine bei Ausbruch des russisch-

japanischen Krieges: „Ihr eröffnet das Feuer, dann ist die Nation einig"[6]). Die Japaner müßten aufgerüttelt werden, damit sie erwachten. Schließlich glaube er als Orientale auch an das Schicksal, das doch komme, ob man es wolle oder nicht.

Im weiteren Verlauf wandte sich das Gespräch der Frage der Gummitransporte zu. Der RAM bat Matsuoka, die Möglichkeit eines Transports durch ein oder zwei japanische Hilfskreuzer nach Lissabon oder nach Frankreich zu prüfen.

Matsuoka sagte dies zu und erklärte, daß er sofort nach dem von Botschafter Ott in der Gummifrage unternommenen Schritt dafür eingetreten sei, daß Japan aus seinen eigenen Gummibeständen an Deutschland gewisse Mengen abgebe und die so entstandenen Lücken an Gummi aus Indochina später wieder auffülle.

Der RAM wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Verkehr über die sibirische Bahn nicht genüge, und daß im übrigen durch deutsche Vermittlung 18 000 Tonnen französischen Gummis aus Indochina an Japan geliefert werden würden. Er fragte hierbei nach der Größe der für die Gummitransporte eventuell zu verwendenden Hilfskreuzer. Matsuoka, der sich für genau nicht informiert erklärte, schätzte diese Größe auf 10 000 Tonnen.

Weiterhin brachte der RAM unter Hinweis auf die Besprechung mit Reichsminister Funk das Gespräch auf die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen Japan und Deutschland. Er führte aus, daß der Handel zwischen den großen Wirtschaftsräumen der Zukunft, d. h. Europa, Afrika einerseits und dem Fernen Osten andererseits, auf verhältnismäßig freier Grundlage entwickelt werden müsse, während die amerikanische Hemisphäre, jedenfalls was die Vereinigten Staaten anbeträfe, mehr unter sich bleiben würde, da sie alles, was sie brauchten, im eigenen Gebiet hätten und daher für einen Austausch mit anderen Wirtschaftsräumen nicht in Frage kämen. In Südamerika jedoch lägen die Dinge anders. Hier böten sich tatsächlich Austauschmöglichkeiten mit anderen Wirtschaftsräumen.

Matsuoka erwiderte, daß Japan für seinen eigenen Wiederaufbau und die Entwicklung Chinas die Zusammenarbeit mit Deutschland benötige. Er habe bereits vor einiger Zeit an die japanischen Missionen in China die schriftliche Weisung gegeben, den deutschen und italienischen Wirtschaftsinteressen Vorzugsbehandlung zu gewähren, ähnlich wie dies bereits in Manchoukuo und Nordchina durchgeführt worden sei. Japan sei außerstande, die riesigen Gebiete in China ohne die Mithilfe deutscher Technik und deutschen Unter-

nehmungsgeistes zu entwickeln. Nach außen hin würde es selbstverständlich die Politik der offenen Tür erklären, tatsächlich aber Deutschland und Italien Vorzugsbehandlung einräumen.

Im übrigen müsse er offen zugeben, daß japanische Geschäftskreise vor ihren deutschen Konkurrenten, die sie als sehr tüchtig ansähen, Angst hätten, während sie über die britische und amerikanische Konkurrenz nur lächelten. Die deutschen Geschäftskreise hätten wohl den Japanern gegenüber eine ähnliche Einstellung, und daher kämen die Klagen von beiden Seiten. Er sei jedoch der Ansicht, daß die beiderseitigen Interessen miteinander in Einklang gebracht werden könnten, und sage der japanischen Wirtschaft, sie solle nicht vor der deutschen Konkurrenz Angst haben, sondern versuchen, sich durch gleiche Tüchtigkeit mit dem Problem auseinanderzusetzten. Die japanische Regierung würde jedenfalls alles tun, um die beiderseitigen Interessen auszugleichen.

Anschließend kam der RAM auf die eventuell in Aussicht genommene Reise Matsuokas nach Vichy zu sprechen. Er erklärte dazu, daß er es selbstverständlich Matsuoka völlig überlasse, zu entscheiden, ob er nach Vichy reisen wolle oder nicht. Wenn er diese Reise für opportun halte, würde die deutsche Regierung nichts dagegen haben. Sie wolle ihm keineswegs im Wege stehen, wenn er mit den Franzosen dann über Indochina sprechen wolle.

Matsuoka erwiderte, daß ihn vor allen Dingen die Hochachtung, die er dem alten Marschall Pétain entgegenbringe, auf den Gedanken gebracht habe, nach Vichy zu reisen. Auch der Kaiser, der als Kronprinz einmal bei Pétain zu Gast gewesen war, gehöre zu den Bewunderern des Marschalls. Außerdem habe er (Matsuoka) gern nach Paris fahren wollen, und in diesem Fall wäre ja wohl ein Besuch in Vichy unumgänglich. Angesichts der außerordentlichen Spannung zwischen Italien und Frankreich zögere er jedoch sehr, diesen Besuch zu unternehmen, und wolle auf jeden Fall zunächst den Duce und den Grafen Ciano fragen. Er sei sich klar darüber, daß Deutschland in seiner Machtstellung nichts gegen einen derartigen Besuch haben würde, wisse aber nicht, ob er nicht dadurch die italienischen Gefühle verletzen würde.

Anschließend kam Matsuoka dann erneut auf die japanisch-russischen Beziehungen zu sprechen. Er wies darauf hin, daß er den Russen einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen habe, den Molotow mit dem Vorschlag eines Neutralitätsabkommens erwidert hätte. Bei seinem Aufenthalt in Moskau würde er daher als derjenige, der den ursprünglichen Nichtangriffsvorschlag gemacht habe, irgendwie zu diesen Dingen Stellung nehmen müssen. Bei dieser Gelegenheit wolle

er auch versuchen, die Russen zu einem Verzicht auf die nördliche Hälfte der Halbinsel Sachalin zu veranlassen. Es gäbe dort wichtige Ölvorkommen, deren Ausbeutung die Russen in jeder denkbaren Weise Schwierigkeiten bereiteten. Insgesamt bezifferte Matsuoka die aus diesen Ölvorkommen maximal zu erschließende Menge auf 2 Millionen Tonnen. Er würde den Russen anbieten, Nordsachalin käuflich zu erwerben.

Auf eine Frage des RAM, ob die Russen bereit sein würden, diese Gebiete zu verkaufen, erwiderte Matsuoka, daß dies äußerst zweifelhaft sei. Molotow habe den japanischen Botschafter auf eine entsprechende Andeutung gefragt, ob „dies ein Witz sein solle". Japan sei jedenfalls bereit, als Gegenleistung die Verträge von Portsmouth[7]) und von Peking[8]) durch andere Abmachungen zu ersetzen und auch seine Fischereirechte aufzugeben. Auf jedem Fall müsse er diese Dinge und vor allem auch die Frage des Nichtangriffspaktes bei seinem Aufenthalt in Moskau anschneiden. Er fragte RAM, ob er die Fragen sehr vertiefen oder nur leichthin an der Oberfläche behandeln solle.

Der RAM erwiderte, daß seiner Ansicht nach lediglich eine rein formelle, nicht in die Tiefe gehende Behandlung dieser Punkte angebracht sei. Die von Matsuoka erwähnte Frage bezüglich Sachalins würde sich auch später noch regeln lassen. Sollten die Russen eine törichte Politik verfolgen und Deutschland zum Zuschlagen zwingen, so würde er es bei der Stimmung in der japanischen China-Armee für richtig halten, wenn diese Armee daran verhindert würde, auch ihrerseits gegen Rußland vorzugehen. Japan hülfe der gemeinsamen Sache am besten, wenn es sich durch nichts von dem Unternehmen gegen Singapore ablenken ließe. Bei einem gemeinsamen Sieg würde die Erfüllung der vorgenannten Wünsche Japan sowieso gewissermaßen als reife Frucht in den Schoß fallen.

Matsuoka kam anschließend auf die deutsche Hilfeleistung bei dem Schlag gegen Singapore zu sprechen, auf die er vielfach angesprochen würde, und erwähnte dabei den Vorschlag eines schriftlichen deutschen Hilfsversprechens.

Der RAM erwiderte, daß er diese Dinge mit Botschafter Oshima bereits erörtert habe. Er habe ihn gebeten, Karten von Singapore zu besorgen, so daß der Führer, der wohl als der größte Sachverständige der Jetztzeit in militärischen Fragen betrachtet werden müsse, Japan über die beste Methode des Angriffs auf Singapore beraten könnte. Auch deutsche Luftsachverständige würden zur Verfügung stehen und den Japanern über den Einsatz von Sturzkampfflugzeugen gegen die englische Flotte in Singapore von in der Nähe gelegenen Luft-

stützpunkten auf Grund der in Europa gemachten Erfahrungen berichten können. Die englische Flotte würde dann gezwungen sein, sofort aus Singapore zu verschwinden.

Matsuoka warf hier ein, daß es Japan weniger um die englische Flotte als um die Inbesitznahme der Festungen gehe.

Der RAM erwiderte, daß auch hier der Führer bei den deutschen Angriffen auf stark befestigte Stellungen, wie die Maginotlinie und das Fort Eben Emael, neue Methoden entwickelt habe, die er den Japanern zur Verfügung stellen könne.

Matsuoka erwiderte in diesem Zusammenhang, daß einige jüngere sachverständige Seeoffiziere, mit denen er gut befreundet sei, der Ansicht wären, daß die japanischen Streitkräfte drei Monate brauchen würden, bis sie Singapore einnehmen könnten. Als vorsichtiger Außenminister habe er diese Zeit verdoppelt. Er glaube, sechs Monate lang jede von Amerika drohende Gefahr abwenden zu können. Wenn allerdings die Einnahme Singapores noch länger in Anspruch nähme und sich die Operationen vielleicht sogar ein Jahr hinzögen, würde sich mit Amerika eine äußerst kritische Situation entwickeln, von der er noch nicht wisse, wie er ihr begegnen solle.

Wenn es sich nur irgendwie umgehen ließe, würde er Niederländisch-Indien nicht anrühren, da er fürchte, daß bei einem japanischen Vorgehen gegen diese Gebiete die Ölfelder angezündet werden würden. Sie könnten dann erst in 1—2 Jahren wieder in Ordnung gebracht werden.

Der RAM bemerkte dazu, daß Japan mit der Einnahme Singapores gleichzeitig auch die Kontrolle über Niederländisch-Indien gewönne.

Matsuoka erwähnte dann noch, daß aus japanischen Offizierskreisen der Wunsch nach Flugstützpunkten in Französisch-Indochina und Thailand laut geworden wäre. Er habe dies jedoch abgelehnt, da er keinesfalls irgend etwas unternehmen wolle, was die japanische Absicht auf Singapore irgendwie verraten könne.

Abschließend kam der RAM noch einmal auf die Frage der Hilfe Deutschlands an Japan zu sprechen. Es würde vielleicht auch hier etwas geschehen können. Japan müsse sich aber bewußt sein, daß in diesem Krieg die schwerste Last auf Deutschlands Schultern ruhe. Das Reich kämpfe gegen die britische Insel und binde die englische Mittelmeerflotte. Japan dagegen kämpfe nur an der Peripherie. Außerdem liege auch Rußlands Hauptgewicht auf europäischer Seite. Diesen Tatbestand würde die ritterliche japanische Nation sicherlich anerkennen.

Matsuoka stimmte abschließend diesem Gedankengang zu und versicherte, daß Japan stets ein loyaler Verbündeter sein würde, der sich voll und ganz und nicht nur lauwarm für die gemeinsame Sache einsetzen würde.

BERLIN, den 31. März 1941.

---

1) Hirohito.

2) Interview des Gesandten Y. Sugishita mit einem Vertreter der „Manchuria Daily News", veröffentlicht in Nr. 741 v. 23. Oktober 1940: Moskauer Botschaftsakten Pol 2 Nr. 3 Nord, Bd. 4, Film 171, S. 135 134.

3) Dr. K. G. Idman.

4) Antikominternpakt (Deutschland—Japan) vom 25. November 1936; Beitritt Italiens am 6. November 1937, Ungarns und Mandschukuos am 24. Februar 1939 und Spaniens am 27. März 1939. — Vgl. Dokument Nr. 29.

5) 25. November 1941: Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Antikominternpakts um weitere 5 Jahre. Beitritt Bulgariens, Dänemarks, Rumäniens, Finnlands, der Slowakei, Kroatiens und der Chinesischen Nationalregierung.

6) Signal des Admirals Togo am 9. Februar 1904.

7) Friedensschluß zwischen Rußland und Japan, Portsmouth, New Hampshire, 5. September 1905.

8) 20. Januar 1925: Vertrag von Peking zwischen Japan und der Sowjetunion über de jure Anerkennung der Sowjetunion.

Nr. 227

Film 67, S. 47334—47347 Aufz. Füh 20/48

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Unterredung zwischen Hitler und Matsuoka, 4. April 1941

Aufzeichnung
über die Unterredung zwischen dem Führer und dem Japanischen Außenminister Matsuoka in Anwesenheit des Reichsaußenministers und des Staatsministers Meißner in Berlin am 4. April 1941.

Matsuoka dankte zunächst dem Führer für die ihm in seinem Namen überreichten Geschenke, die er stets als einen dauernden Schatz und als ein stetes Andenken an seinen Berliner Aufenthalt in Ehren halten werde. Gleichzeitig dankte er für die freundliche Aufnahme, die er in Deutschland seitens des Führers, des RAM und des gesamten deutschen Volkes gefunden habe. Solange er lebe, würde er die ihm hier von allen Seiten gezeigte Sympathie nie wieder vergessen. Bei seiner Rückkehr nach Japan würde er sich mit allen seinen Kräften darum bemühen, das japanische Vok davon zu überzeugen, mit welcher ehrlichen Freundschaft und Achtung es vom deutschen Volk behandelt werde.

Anschließend berichtete Matsuoka über seine Gespräche mit dem Duce und dem Papst[1]).

Mit dem Duce habe er allgemein über die europäische und die Kriegslage sowie über das Verhältnis Italiens zu Deutschland und die zukünftige Weltentwicklung gesprochen. Der Duce habe ihm (Matsuoka) seine allgemeinen Ansichten über die Kriegslage in Griechenland, Jugoslawien, Nordafrika und den Anteil, den Italien selbst an diesen Ereignissen hätte, auseinandergesetzt. Schließlich habe der italienische Regierungschef noch von Sowjetrußland und Amerika gesprochen. Man müsse sich über die Bedeutung seiner Gegner klar sein. Der Feind Nr. 1 sei Amerika, und erst an zweiter Stelle komme Sowjetrußland. Durch diese Bemerkungen habe der Duce zu verstehen gegeben, daß man Amerika als den Feind Nr. 1 sehr sorgfältig beobachten, aber nicht reizen solle. Andererseits müsse man sich entschlossen auf alle Eventualitäten vorbereiten. Diesen Gedankengängen habe er (Matsuoka) zugestimmt.

Über Sowjetrußland habe der Duce nur kurz und in demselben Sinne wie der Führer und der Reichsaußenminister gesprochen. Auch hierin habe er (Matsuoka) ihm zugestimmt.

Als den tiefsten Eindruck, den er aus dem Gespräch mit dem Duce mit nach Hause nehme, bezeichnete Matsuoka das Gefühl von der völligen Einigkeit zwischen Italien und Deutschland, deren Beziehungen seiner Ansicht nach niemals getrübt werden würden. Beide Länder seien eins und fest entschlossen, an diesem Zustand nicht rütteln zu lassen. Er (Matsuoka) habe dies schon früher gewußt, aber seine Überzeugung sei nach den Gesprächen mit dem Duce fester denn je. Bei seiner Rückkehr nach Japan würde er von dieser Tatsache besonders diejenigen Japaner zu überzeugen versuchen, die immer glaubten, Italien könne von Großbritannien dahin gebracht werden, sich zwar nicht ganz von Deutschland loszulösen, aber doch nicht mehr mit ganzem Herzen für die gemeinsame Sache einzutreten.

Graf Ciano, mit dem er persönlich befreundet sei, habe ihm anvertraut, daß er gelegentlich zwar die Politik des Führers nicht ganz verstanden hätte, ihm und seinen Entscheidungen aber nichtsdestoweniger blindlings vertraue.

Mit dem Papst habe er in einer 1¼stündigen Unterhaltung ein offenes und freundliches Gespräch geführt, das sich in mehr theoretischer Weise mit dem gegenwärtigen Stand und der zukünftigen Entwicklung der Zivilisation befaßt habe. Vom Krieg sei nicht gesprochen worden, sodaß es sich kaum lohne, dem Führer irgendwie mehr über diese Unterhaltung zu sagen. Beim Abschied habe er (Matsuoka) den Papst gefragt, ob der Papst irgendeine Gelegenheit oder Chance zur Herbeiführung des Friedens sähe. Nach kurzem

Nachdenken habe der Papst mit Nein geantwortet und nun seinerseits Matsuoka gefragt, ob er irgendwie Friedensmöglichkeiten erkennen könne. Auch Matsuoka seinerseits habe verneinend geantwortet. Der Papst habe lediglich hinzugefügt, daß er trotzdem täglich für den Frieden bete, und habe Matsuoka aufgefordert, ein Gleiches zu tun, was er zugesagt habe. Weiterhin habe der Papst noch erklärt, daß er, wenn Japan etwa eine Möglichkeit für den Frieden sähe, gern dabei mithelfen würde.

Matsuoka berichtete weiter, er habe dem Papst erzählt, daß er während des Weltkrieges im Auswärtigen Amt in Tokio Privatsekretär des damaligen Premierministers gewesen sei und in dieser Eigenschaft den Premierminister und den Feldmarschall Yamagata zu überreden versucht hätte, sich mit dem Vatikan zwecks Herbeiführung des Friedens in Verbindung zu setzen. Grundsätzlich wären beide einverstanden gewesen, hätten aber den Mut zu einer faktischen Durchführung dieser Aufgabe nicht aufgebracht.

Matsuoka erwähnte noch, daß er zu diesen Friedensbemühungen besonders im Hinblick auf die Persönlichkeit des Kardinals Gaspari[2]) veranlaßt worden sei.

Weiterhin habe er den Papst davon zu überzeugen versucht, daß die Vereinigten Staaten und besonders der amerikanische Präsident den Krieg in Europa und in China verlängerten. Es handle sich nicht darum, festzustellen, ob Amerika oder sein Präsident recht oder unrecht hätten. Sie würden sicherlich für ihre Politik bestimmte Gründe haben. Ganz abgesehen von der Frage Recht oder Unrecht müsse man die Tatsache feststellen, daß sie den Krieg in Europa und in China verlängerten. Bezüglich Chinas habe er den Papst davon zu überzeugen versucht, daß Japan nicht gegen die Chinesen oder China selbst kämpfe, sondern nur gegen den Bolschewismus, der sich in China und im ganzen Fernen Osten auszubreiten drohe. Es sei bedauerlich, daß Amerika und England auf der Seite des Bolschewismus ständen.

Der Führer warf hier ein, daß beide Länder auch in Spanien auf seiten des Bolschewismus gestanden hätten.

Matsuoka brachte dann anschließend noch die Bitte vor, der Führer möge die zuständigen Stellen in Deutschland anweisen, den Wünschen der japanischen Militärkommission möglichst großzügig entgegenzukommen. Japan bedürfe besonders auf dem Gebiet des Unterseebootkriegs der deutschen Hilfe in Gestalt einer Zurverfügungstellung der neuesten Kriegserfahrungen und neuesten technischen Verbesserungen und Erfindungen. Japan würde alles in seinen Kräften Stehende tun, um einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Für den Fall, daß das Land sich zu einem Schlag gegen Singapore entscheide, müsse die japanische Marine

natürlich auch für einen Kampf gegen die Vereinigten Staaten ihre Vorbereitungen treffen, da Amerika sich dann möglicherweise auf die Seite Großbritanniens stellen würde. Persönlich glaube er (Matsuoka), durch diplomatische Bemühungen die Vereinigten Staaten vom Eintritt in den Krieg auf seiten Großbritanniens abhalten zu können. Heer und Marine müßten jedoch mit dem ungünstigsten Fall, d. h. mit einem Krieg gegen Amerika, rechnen. Sie seien der Ansicht, daß dieser Krieg sich über fünf Jahre oder mehr hinziehen könne und in Form eines Guerillakrieges im Stillen Ozean und in der Südsee ausgefochten werden würde. Aus diesem Grunde seien die Erfahrungen, die Deutschland in seinem Guerillakrieg gemacht habe, für Japan sehr wichtig. Es handle sich darum, wie ein solcher Krieg am besten zu führen sei und wie sämtliche technischen Verbesserungen der Unterseeboote bis zu den einzelnen Teilen, wie Periskope und dergleichen, von Japan nutzbar gemacht werden könne[!].

Zusammenfassend bat Matsuoka den Führer, dafür zu sorgen, daß die von Japan benötigten Verbesserungen und Erfindungen auf dem Gebiet der Marine und des Heeres den Japanern von den zuständigen deutschen Stellen zur Verfügung gestellt würden.

Der Führer sagte dies zu und wies darauf hin, daß auch Deutschland einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten für unerwünscht halte, ihn aber in seine Rechnung schon einkalkuliert habe. In Deutschland stehe man auf dem Standpunkt, daß Amerikas Leistungen von seinen Transportmöglichkeiten abhingen, die wiederum durch die zur Verfügung stehende Tonnage bedingt seien. Der Krieg Deutschlands gegen die Tonnage bedeute jedoch eine entscheidende Schwächung nicht nur Englands, sondern auch Amerikas. Deutschland habe seine Vorbereitungen so getroffen, daß in Europa kein Amerikaner landen könne. Es würde mit seinen U-Booten und seiner Luftwaffe einen energischen Kampf gegen Amerika führen und infolge seiner größeren Erfahrung, die sich ja die Vereinigten Staaten erst erwerben müßten, erheblich überlegen sein, ganz abgesehen davon, daß die deutschen Soldaten selbstverständlich hoch über den Amerikanern stünden.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs betonte der Führer, daß, wenn Japan in einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten geriete, Deutschland seinerseits sofort die Konsequenzen ziehen würde. Es sei gleichgültig, mit wem die Vereinigten Staaten zuerst in Konflikt gerieten, ob mit Deutschland oder Japan. Sie würden stets darauf aus sein, zunächst ein Land zu erledigen, nicht etwa, um sich anschließend mit dem anderen Land zu verständigen, sondern um dieses danach ebenfalls zu erledigen. Daher würde Deutschland, wie gesagt,

unverzüglich in einem Konfliktsfall Japan—Amerika eingreifen, denn die Stärke der drei Paktmächte sei ihr gemeinsames Vorgehen. Ihre Schwäche würde darin liegen, wenn sie sich einzeln niederschlagen ließen.

Matsuoka wiederholte noch einmal seine Bitte, der Führer möge die nötigen Weisungen erteilen, damit die zuständigen deutschen Stellen den Japanern die neuesten für sie in Frage kommenden Erfindungen und Verbesserungen zur Verfügung stellten. Denn für einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten müßte sich die japanische Marine sofort vorbereiten.

Bezüglich der japanisch-amerikanischen Beziehungen führte Matsuoka weiter aus, er habe in seinem Lande stets behauptet, daß, wenn Japan weiter so dahin treibe wie jetzt, ein Krieg mit den Vereinigten Staaten früher oder später unvermeidlich sei. Seiner Ansicht nach würde dieser Konflikt eher früher als später eintreten. Weshalb, so habe seine Argumentation weiter gelautet, solle Japan deshalb nicht im richtigen Augenblick entschlossen handeln und das Risiko eines Kampfes gegen Amerika auf sich nehmen? Gerade dadurch würde es vielleicht auf Generationen hinaus einen Krieg verhindern, besonders, wenn es in der Südsee die Herrschaft gewonnen habe. In Japan allerdings zögerten viele, diesen Gedankengängen zu folgen. Man hielte Matsuoka in diesen Kreisen für einen gefährlichen Mann mit gefährlichen Gedanken. Er aber behaupte, daß, wenn Japan auf dem jetzigen Wege weitergehe, es doch eines Tages kämpfen müsse, und daß dies dann unter ungünstigeren Umständen als jetzt geschehen würde.

Der Führer erwiderte, er habe für die Lage Matsuokas großes Verständnis, da er sich selber in ähnlichen Situationen (Rheinlandräumung, Erklärung der Wehrhoheit) befunden habe. Auch er sei der Ansicht gewesen, daß er in einer Zeit, wo er selbst noch jung und tatkräftig sei, günstige Umstände ausnutzen und das Risiko eines doch unvermeidlichen Kampfes auf sich nehmen mußte. Daß er mit dieser Stellungnahme recht gehabt hätte, sei durch die Ereignisse bewiesen worden. Europa sei jetzt frei. Er würde keinen Augenblick zögern, auf jede Kriegsausweitung, sei es durch Rußland, sei es durch Amerika, sofort zu antworten. Die Vorsehung liebe denjenigen, der die Gefahren nicht über sich kommen ließe, sondern ihnen mutig entgegensähe.

Matsuoka erwiderte, daß die Vereinigten Staaten oder vielmehr die dort herrschenden Staatsmänner gegenüber Japan kürzlich noch ein letztes Manöver unternommen hätten, indem sie erklärten, Amerika würde Japan nicht wegen China oder der Südsee be-

kämpfen, unter der Voraussetzung, daß Japan die Lieferungen an Gummi und Zinn aus diesen Gegenden ungehindert nach Amerika an ihren Bestimmungsort durchließe. Amerika würde jedoch in dem Augenblick gegen Japan kämpfen, in dem es das Gefühl hätte, daß Japan mit der Absicht in den Krieg eintrete, bei der Zerstörung Großbritanniens mitzuhelfen. Bei der englisch orientierten Erziehung, die viele Japaner erhalten hätten, verfehle natürlich eine derartige Argumentation nicht ihre Wirkung auf die Japaner.

Der Führer bemerkte hierzu, daß diese Haltung Amerikas weiter nichts bedeute als daß, solange das Britische Weltreich bestehen bliebe, die Vereinigten Staaten die Hoffnung hegten, eines Tages gemeinsam mit Großbritannien gegen Japan vorgehen zu können, während sie bei einem Zusammenbruch des Weltreichs Japan gegenüber völlig allein dastehen würden und nichts gegen es ausrichten könnten.

Der RAM warf hier ein, daß die Amerikaner eben unter allen Umständen die Machtposition Englands in Ostasien aufrechterhalten wollten, daß aber andererseits diese Haltung beweise, mit welcher Furcht sie einem gemeinsamen Vorgehen Japans und Deutschlands entgegensähen.

Matsuoka führte weiter aus, es erschiene ihm wichtig, dem Führer über die wirkliche Haltung in Japan reinen Wein einzuschenken. Deshalb müsse er ihm auch die bedauerliche Tatsache mitteilen, daß er (Matsuoka) als japanischer Außenminister in Japan selbst nicht ein Wort von dem, was er vor dem Führer und dem Reichsaußenminister über seine Pläne dargelegt habe, äußern dürfe. In politischen und finanziellen Kreisen würde ihm dies sehr schaden. Er habe bereits vorher einmal, ehe er japanischer Außenminister wurde, den Fehler begangen, einem nahen Freunde etwas über seine Absichten mitzuteilen. Dieser habe dann anscheinend die Dinge herumgetragen, so daß alle möglichen Gerüchte entstanden, denen er, obwohl er sonst immer die Wahrheit sage, als Außenminister energisch entgegentreten mußte. Unter diesen Umständen könne er auch noch nicht angeben, wie bald er dem japanischen Premierminister[3]) oder dem Kaiser über die besprochenen Fragen Vortrag halten könne. Er würde die Entwicklung in Japan zunächst genau und sorgfältig verfolgen müssen, um sich in einem günstigen Augenblick zu entscheiden, dem Prinzen Konoye und dem Kaiser über seine eigentlichen Pläne reinen Wein einzuschenken. Die Entscheidung müßte dann in ein paar Tagen erfolgen, da die Probleme sonst zerredet würden. Sollte er (Matsuoka) sich nicht mit seinen Absichten durchsetzen, wäre es ein Beweis, daß es ihm an Einfluß, Überzeugungskraft und taktischen Fähigkeiten fehle. Sollte er sich jedoch

durchsetzen, so würde das beweisen, daß er einen großen Einfluß in Japan habe. Er persönlich glaube, daß er sich durchsetzen werde.

Bei seiner Rückkehr würde er dem Kaiser, dem Premierminister, dem Marine- und dem Kriegsminister[3]) auf deren Fragen zwar zugeben, daß über Singapore gesprochen worden sei; er würde jedoch erklären, daß dies nur in hypothetischer Form geschehen wäre.

Außerdem bat Matsuoka ausdrücklich, über die Angelegenheit Singapore nichts zu kabeln, da er fürchte, daß durch Telegramme etwas durchsickern würde. Falls nötig, würde er einen Kurier schicken.

Der Führer stimmte dem zu und versicherte im übrigen, daß er sich auf die deutsche Verschwiegenheit voll und ganz verlassen könne.

Matsuoka erwiderte, er glaube zwar an die deutsche Verschwiegenheit, könne aber leider nicht dasselbe von Japan sagen.

Nach einigen persönlichen Abschiedsworten fand die Unterredung ihr Ende.

BERLIN, den 4. April 1941.

gez. SCHMIDT

---

1) Besuch Matsuokas in Rom, 31. März bis 3. April, Audienz bei Papst Pius XII. am 2. April.

2) Kardinal Pietro Gasparri, Kardinal-Staatssekretär 1914—1930.

3) Marineminister Admiral K. Oikawa; Kriegsminister Generalleutnant H. Tojo.

Nr. 228

Film 104, S. 113 240—113 241

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

MOSKAU, den 4. April 1941, 22.28 Uhr
Ankunft, den 5. April 1941, 0.55 Uhr

Nr. 796 vom 4. 4.

Citissime!

Geheim

Für Herrn Reichsminister persönlich.

Molotow ließ mich soeben in den Kreml kommen, um mir in Ausführung der zwischen Deutschland und der Sowjetunion bestehenden Konsultationsabrede nachstehendes mitzuteilen:

Die jugoslawische Regierung hätte der Sowjetregierung den Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffsvertrags vorgeschlagen, womit sich die Sowjetregierung einverstanden erklärt habe. Die Unterzeichnung dieses Vertrags würde heute oder morgen erfolgen. Bei ihrem Entschluß, dem Vorschlag der jugoslawischen Regierung stattzugeben, hätte sich Sowjetregierung ausschließlich von dem Wunsch nach Erhaltung des Friedens leiten lassen. Sie wisse sich in diesem, ihrem Bestreben mit der deutschen Reichsregierung einig, die ebenfalls gegen eine Kriegsausweitung sei. Die Sowjetregierung hoffe daher, daß auch die deutsche Regierung in ihren gegenwärtigen Beziehungen zu Jugoslawien alles tun würde, um den Frieden zu erhalten. Der Vertrag zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien sei dem türkisch-sowjetischen Vertrag vom Jahre 1925[1]) analog und die Beziehungen der Sowjetunion zu anderen Ländern würden durch den Vertrag mit Jugoslawien nicht berührt. Überhaupt richte sich der sowjetisch-jugoslawische Vertrag gegen niemand und habe keine Spitze gegen irgendeinen anderen Staat.

Ich erwiderte Molotow, daß nach meinem Dafürhalten der Augenblick für den Abschluß eines solchen Vertrags von der Sowjetregierung sehr unglücklich gewählt worden sei und der Abschluß selbst einen unerwünschten Eindruck in der Welt hervorrufen würde. Die Politik der jugoslawischen Regierung sei völlig unklar und ihr Verhalten sowie das Benehmen der jugoslawischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland herausfordernd.

Molotow erwiderte, daß Jugoslawien mit Deutschland einen Vertrag über den Beitritt zum Dreimächtepakt abgeschlossen[2]) und der hiesige jugoslawische Gesandte, der gleichzeitig Mitglied des neuen Kabinetts sei[3]), die Sowjetregierung versichert habe, daß die neue jugoslawische Regierung diesen Vertrag aufrechterhalte. Unter diesen Umständen habe die Sowjetregierung geglaubt, ihrerseits einen Vertrag mit Jugoslawien abschließen zu können, der nicht einmal so weit gehe wie der deutsch-jugoslawische.

Meine Einwendung, daß wir meines Wissens bisher von der jugoslawischen Regierung keine Erklärung über die Aufrechterhaltung ihres Beitritts zum Dreimächtepakt erhalten und jeden Anlaß hätten, an ihrem guten Willen zu zweifeln, begegnete Molotow mit der Feststellung, daß er von den friedlichen Absichten der jugoslawischen Regierung überzeugt sei. Diese habe Ruhe und Ordnung in ihrem Lande wiederhergestellt und strebe nach guten Beziehungen zu allen ihren Nachbarn.

Auf meinen Einwand, daß das Verhalten der neuen jugoslawischen Regierung wirklich kein Streben nach guten Beziehungen zu Deutschland erkennen lasse und trotz aller meiner Bemühungen, von Molotow

die Zusage zu erhalten, daß sich die Sowjetregierung die Sache noch einmal überlegen möge, erklärte Molotow immer wieder, daß die Sowjetregierung ihren Beschluß nach reiflicher Überlegung getroffen habe. Sie sei überzeugt, daß dieser ihr Schritt ein positiver Beitrag zu dem auch von Deutschland gewünschten Frieden sei. Molotow schloß hieran die wiederholte eindringliche Bitte, daß auch Deutschland alles tun möge, um den Frieden auf dem Balkan zu erhalten.

SCHULENBURG

---

1) Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag vom 17. Dezember 1925.

2) 25. März 1941.

3) Milan Gawrilowitsch, Minister ohne Portefeuille im Kabinett des Generals Duschan Simowitsch.

Nr. 229

Film 104, S. 113 249—113 250

Aufzeichnung von Dr. Schnurre, Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts[1])

Ha Pol 1975/41 g

Aufzeichnung über den augenblicklichen Stand sowjetischer Rohstofflieferungen nach Deutschland

1. Nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens vom 10. Januar 1941 war bei der sowjetischen Seite zunächst eine merkliche Zurückhaltung hinsichtlich der praktischen Durchführung der sowjetischen Lieferungen zu beobachten, die zum Teil wohl auf die Abkühlung der politischen Beziehungen zum Reich zurückzuführen war. Auch der Abschluß der einzelnen kaufmännischen Lieferverträge bereitete wie immer große Schwierigkeiten. Infolgedessen blieben die Rohstoffeinfuhren aus der UdSSR im Januar und Februar verhältnismäßig geringfügig. (17 Millionen RM und 11 Millionen RM, darunter allerdings als größter und wichtigster Posten 200 000 t bessarabisches Getreide.)

2. Hierin ist im Monat März ein Wandel eingetreten. Die Lieferungen im März stiegen insbesondere bei Getreide, Mineralöl, Manganerz, Bunt- und Edelmetallen sprunghaft an. Der hart umkämpfte Getreideabschluß kam in Höhe von 1,4 Millionen t Getreide, lieferbar bis September d. J. zu verhältnismäßig günstigen Preisen zustande. Die Sowjetseite hat auf diesen Vertrag bereits 110 000 t Getreide angedient und hat fest zugesagt, im April 170—200 000 t Getreide zu liefern.

3. Die Lage bei den deutschen Gegenlieferungen ist in diesem Vierteljahr günstig, da wir nach den Bestimmungen der abgeschlossenen Verträge in diesem Vierteljahr nur die Rückstände des ersten Vertragsjahres nachzuliefern haben. Die später liegenden deutschen Liefertermine werden infolge Arbeitermangels und Vorrangs der militärischen Programme nicht eingehalten werden können.

4. Der Transitverkehr durch Sibirien funktioniert nach wie vor gut. Auf unseren Wunsch hat die Sowjetregierung sogar einen Sondergüterzug für Kautschuk an der mandschurischen Grenze bereit gestellt. Über die sowjetischen Tariferhöhungen wird in Moskau zur Zeit verhandelt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß nach anfänglichen Stockungen die augenblicklichen Lieferungen der Russen recht beträchtlich sind und der abgeschlossene Wirtschaftsvertrag vom 10. Januar d. J. von russischer Seite erfüllt wird.

BERLIN, den 5. April 1941.

gez. SCHNURRE

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 249.

Nr. 230

Film 1448, S. 365 281—365 282

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Ab BERLIN, am 6. 4. um 4 Uhr 30
an MOSKAU, am 6. 4. um 9 Uhr 35

Diplogerma
Moskau.
Citissime

Telegramm Nr. 703 vom 6. 4.

Geheime Reichssache. Strengst geheim. Nur vom Beauftragten für geheime Reichssachen zu entziffern. Missionschef sofort persönlich vorzulegen. Antwort durch Kurier oder Geheimchiffre.

Für Herrn Botschafter persönlich.

Ich bitte Sie, Herrn Molotow in den frühen Morgenstunden des Sonntags, 6. April, aufzusuchen und ihm mitzuteilen, daß die Reichsregierung sich genötigt gesehen habe, zu einer militärischen Aktion

in Griechenland und Jugoslawien zu schreiten. Reichsregierung sei hierzu gezwungen worden durch das ständig wachsende Eintreffen britischer Streitkräfte auf dem griechischen Festland und dadurch, daß jugoslawische Regierung, die sich durch den Staatsstreich vom 27. März widerrechtlich an die Macht gebracht habe, mit England und Griechenland gemeinsame Sache gemacht habe. Reichsregierung habe seit einigen Tagen präzise Nachrichten, daß der jugoslawische Generalstab mit dem griechischen Generalstab und dem Oberkommando der in Griechenland gelandeten englischen Expeditionsarmee gemeinsame Operation gegen Deutschland und Italien vorbereitet habe, die dicht vor ihrer Durchführung stände. Zudem hätten die sich ständig mehrenden Nachrichten über Ausschreitungen gegen Deutsche in Jugoslawien es Reichsregierung unmöglich gemacht, solcher Entwicklung gegenüber weiterhin untätig zu bleiben. Die neue jugoslawische Regierung habe wider jedes Recht und Vernunft diesen Weg eingeschlagen, nachdem Deutschland mit diesem Staat seit Jahren eine Politik der Freundschaft getrieben habe, die durch den kürzlichen Beitritt zum Dreimächtepakt ihre Krönung hätte finden sollen. Im übrigen bitte ich Sie, im Zusammenhang hiermit auf die Herrn Molotow verschiedentlich gemachten Mitteilungen zu verweisen, die Sie Sowjetregierung bereits über die Ziele und Absichten der deutschen Regierung auf der Balkanhalbinsel gemacht hätten, das heißt also, daß die deutsche Aktion in diesem Gebiet sich ausschließlich gegen eine erneute Festsetzung Englands auf dem Kontinent richtet, daß Deutschland keinerlei politische oder territoriale Interessen in diesem Gebiete habe und daß die deutschen Truppen nach Beendigung ihrer Aufgaben auf dem Balkan wieder zurückgezogen würden.

Ich bitte, diese Ausführungen ohne besonderes Empressement in sachlicher und nüchterner Form zu machen.

Auf die Ihnen von Molotow gemachten Mitteilungen über den Abschluß eines sowjetrussisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes bitte ich, bei dieser Gelegenheit nicht zurückzukommen; sollte Molotow seinerseits davon sprechen, so bitte ich Sie, sich auf die Bemerkung zu beschränken, Sie hätten seine Mitteilungen nach Berlin weitergegeben, aber von dort noch keine Rückäußerung erhalten.

Drahtbericht über Ausführung.

RIBBENTROP

Nr. 231

Film 104, S. 113 266

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

MOSKAU, den 6. April 1941 — 19.00 Uhr
Ankunft: den 6. April 1941 — 22.25 Uhr

Nr. 818 vom 6. 4. Citissime!

Auf Telegramm vom 5. Nr. 703 [1]).

Für Herrn Reichsminister persönlich:

Da Molotow sonntags stets außerhalb der Stadt weilt, habe ich ihn erst heute nachmittag um 4 Uhr sprechen können. Molotow ist zu diesem Zweck extra nach Moskau gekommen.

Nachdem ich Molotow die vorgeschriebenen Mitteilungen gemacht hatte, wiederholte er mehrmals, es sei außerordentlich bedauerlich, daß sich eine Ausweitung des Krieges somit doch als unvermeidlich erwiesen hat.

Den Abschluß des sowjetisch-jugoslawischen Paktes hat Molotow bei dieser Gelegenheit nicht erwähnt; daher bin auch ich weisungsgemäß auf diese Frage nicht zurückgekommen.

SCHULENBURG

---

[1]) RAM.

Nr. 232

Film 177, S. 84 963—84 964

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 9. April 1941 21.03 Uhr
Ankunft: den 9. April 1941 23.05 Uhr

Citissime!

Im Anschluß an Telegramm vom 7. Nr. 832[1])

Geheim

Japanischer Außenminister Matsuoka wird heute nachmittag eine weitere Unterredung mit Molotow im Kreml haben. Nach dem von

Molotow für ihn heute abend veranstalteten Diner wird Matsuoka nach Leningrad reisen und Donnerstag dort zubringen. Seine Abreise hat Matsuoka auf Sonntag verschoben. Ich habe mehrere Gespräche mit Matsuoka gehabt, jedoch noch keine klare Stellungnahme über seine Unterredungen mit Molotow und deren konkrete Ergebnisse erhalten können. Nach meinem Eindruck hat Matsuoka die Unterhaltung mit Molotow sehr vertieft, und es dürfte nunmehr im wesentlichen von der Sowjetregierung abhängen, ob es zu schriftlichen Abmachungen kommt. Matsuoka hat mir versprochen, mich vor seiner Abreise nach Tokio zu unterrichten.

Matsuoka erzählte noch folgendes: Bei einem Frühstück, das der hiesige amerikanische Botschafter Steinhardt auf Grund seiner früheren persönlichen Beziehungen Matsuoka gab, habe Steinhardt ihn immer wieder auszuforschen versucht, ob in Berlin ein Angriff Japans auf Amerika beschlossen worden sei. Matsuoka fügte hinzu, er habe Eindruck, daß Steinhardt hierzu direkt von Roosevelt beauftragt worden sei. Er habe selbstverständlich erwidert, daß davon gar keine Rede sein könne.

SCHULENBURG

---

1) Bei Pol VIII (nicht gedruckt).

Nr. 233

Film 177, S. 84967

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 10. April 1941, 00.25 Uhr

Ankunft: den 10. April 1941, 5.20 Uhr

Nr. 851 vom 9. April 1941

Citissime.

Japanischer Außenminister Matsuoka sandte heute abend ganz kurz vor seinem Diner bei Molotow den ebenfalls bei Molotow eingeladenen ersten Botschaftsrat hiesiger japanischer Botschaft, Gesandten Nischi, zu mir, um mir folgendes mitzuteilen:

Matsuoka habe heute wieder drei Stunden mit Molotow verhandelt. Ergebnis sei: Matsuoka habe auf die ursprüngliche japa-

nische Forderung: Nichtangriffspakt und japanischen Ankauf von Nord-Sachalin, verzichtet, jetzt handele sich es um den Abschluß eines Neutralitätspaktes, der folgende Hauptpunkte umfasse:

1. Freundschaft,
2. Respektierung des beiderseitigen Territoriums,
3. Neutralität im Falles eines Krieges.

Noch verlange Sowjetregierung als Preis für Neutralitätspakt Verzicht auf japanische Konzessionen in Nord-Sachalin, während japanische Regierung spätere Regelung dieses Punktes vorschlage. Sollte Sowjetregierung auf ihrem Standpunkt bestehen, würde Matsuoka ohne Ergebnis von hier abreisen. Sollte Sowjetregierung nachgeben, dürfte Neutralitätspakt abgeschlossen werden.

Matsuoka reist heute Leningrad, nach seiner Rückkehr Freitag früh dürfte Entscheidung fallen.

SCHULENBURG

Nr. 234

Film 165, S. 131 706—131 707

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

ab MOSKAU am 13. 4. um 18 Uhr[1])

Auswärtig
Berlin

Telegramm Nr. 883 vom 13. April 1941.

Citissime! Geheim!

Für den Herrn Reichsaußenminister persönlich!

Matsuoka aufsuchte mich eben, um mir Abschiedsbesuch zu machen. Er erklärte mir, daß ein japanisch-sowjetischer Neutralitätspakt im letzten Augenblick noch zustandegekommen sei und voraussichtlich heute nachmittag um 14 Uhr Ortszeit unterzeichnet werden würde. Die Sowjetregierung habe ursprünglich darauf bestanden, daß Japan gleichzeitig auf seine Konzessionen in Nord-Sachalin verzichte, was in einem Protokoll zum Vertrage niedergelegt werden sollte. Matsuoka habe diesen Verzicht strikt abgelehnt. Gestern abend habe er Unterredung mit Herrn Stalin gehabt,

bei der Stalin zum Schluß Forderung auf Liquidation japanischer Konzessionen fallen ließ. Stalin habe dabei bezeichnenderweise erklärt, Herr Matsuoka „erwürge" ihn, wobei er die entsprechende Geste machte. Herr Matsuoka habe seinerseits versprochen, in Tokyo sein Bestes dafür zu tun, um die japanische Regierung und die japanische Öffentlichkeit zu einem Verzicht auf die Konzessionen zu bewegen.

Zu der Angelegenheit machte Herr Matsuoka noch folgende Ausführungen:

1. Er habe in Berlin dem Herrn Reichsaußenminister erklärt, daß er wohl in Moskau nicht würde vermeiden können, die seit langem schwebenden Fragen eines japanisch-sowjetischen Nichtangriffs- oder Neutralitätspaktes zu berühren. Er werde selbstverständlich keinerlei Empressement zeigen, würde aber gezwungen sein, etwas zu tun, falls die Russen auf die japanischen Wünsche eingehen sollten. Der Herr Reichsaußenminister habe diesen Gedankengängen zugestimmt.
2. Der hier bevorstehende Abschluß berühre selbstverständlich in keiner Weise den Dreimächtepakt. Meine Frage, ob der abzuschließende Vertrag irgendeine diesbezügliche Bestimmung enthalte, verneinte Matsuoka und fügte hinzu, die Russen hätten diese Frage überhaupt nicht berührt und deshalb habe auch er sie nicht angeschnitten.
3. Matsuoka unterstrich, daß der Abschluß des Neutralitätspaktes für Japan eine sehr große Bedeutung habe. Sie werde starken Eindruck auf Tschankaishek machen und die japanischen Verhandlungen mit ihm wesentlich erleichtern. Auch würde er eine erhebliche Stärkung der Stellung Japans gegenüber Amerika und England zur Folge haben. Matsuoka hinzufügte, daß die amerikanischen und englischen Journalisten, die gestern berichtet hätten, daß seine Reise nach Moskau ein völliger Fehlschlag gewesen sei, heute genötigt sein würden, einen großen Erfolg der japanischen Politik zuzugeben, was auf England und Amerika seinen Eindruck nicht verfehlen würde.

SCHULENBURG

---

1) Handschriftliche Notiz.

Nr. 235

Film 165, S. 131 704—131 705

Der Deutsche Botschafter in Moskau an den Reichsaußenminister

Telegramm

ab MOSKAU am 13. 4. um 21 Uhr[1])

Auswärtig

Berlin

Tel. Nr. 884 vom 13. 4.

Im Anschluß an Telegramm 883 von heute.

Citissime! Geheim!

Für Herrn Reichsaußenminister persönlich!

1. Nach einer Mitteilung Matsuokas an den hiesigen italienischen Botschafter[2]) ist Matsuokas Zusicherung, er werde sein Bestes tun, um die Aufhebung der japanischen Konzession in Nord-Sachalin herbeizuführen, schriftlich durch einen Brief Matsuokas an Molotow erfolgt.

2. Auf eine Frage des italienischen Botschafters an Matsuoka, ob bei der Besprechung Matsuokas mit Stalin die Beziehungen der Sowjetunion zur Achse zur Sprache gekommen seien, hat Matsuoka geantwortet, Herr Stalin habe ihm gesagt, er sei ein überzeugter Anhänger der Achse und ein Gegner Englands und Amerikas.

3. Die Abreise Matsuokas verschob sich um eine Stunde, gestaltete sich dann aber außergewöhnlich feierlich. Offenbar völlig unerwartet für Japaner und Russen erschienen auch Stalin und Molotow, die Matsuoka und die anwesenden Japaner betont freundlich begrüßten und ihnen gute Reise wünschten. Dann suchte Stalin offenbar nach mir, kam, als er mich entdeckt hatte, auf mich zu, legte mir den Arm um die Schulter und sagte: „Wir müssen Freunde bleiben und dafür müssen Sie jetzt alles tun!" Etwas später wandte sich Herr Stalin an den stellvertretenden deutschen Militärattaché Oberst Krebs, vergewisserte sich zunächst, ob er Deutscher sei, und sagte ihm dann: „Wir werden mit Euch Freunde bleiben — auf jeden Fall!" Stalin hat die Begrüßung von mir und Oberst Krebs zweifellos absichtlich herbeigeführt und damit bewußt bei den zahlreichen Anwesenden allgemeines Aufsehen erregt.

SCHULENBURG

---

1) Handschriftliche Notiz.

2) Augusto Rosso.

IX. Das Scheitern der Anstrengungen, den Frieden zu erhalten, 15. April bis 22. Juni 1941

Nr. 236

Film 104, S. 113 314—113 315

Der Deutsche Geschäftsträger in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 15. April 1941, 21.34 Uhr

Ankunft: den 15. April 1941, 23.45 Uhr

Nr. 899 vom 15. 4.

Cito

Im Anschluß an Telegramm vom 7. Nr. 823 [1])

Generalsekretär des Außenkommissariats Sobolew bat mich heute zu sich und erklärte, daß er im Auftrage von Molotow eine Mitteilung über die Vermarkung der deutsch-sowjetischen Grenze auf dem Abschnitt von dem Fluß Igorka bis zur Ostsee zu machen habe. Generalsekretär ging zunächst kurz auf bisherige Verhandlungen ein, wobei er darauf hinwies, daß die sowjetischen Vorschläge auf Beschlüsse[n] der Botschafterkonferenz vom Jahre 1923 beruht hätten[2]), während die deutsche Seite für eine Vermarkungsgrenze entsprechend ihrem derzeitigen tatsächlichen Verlauf eingetreten sei. Generalsekretär erklärte sodann, die Sowjetregierung wünsche die Lösung der Frage nicht weiter hinauszuzögern und sei demgemäß bereit, eine Vermarkung der Grenze entsprechend ihrem zur Zeit bestehenden Verlauf in Übereinstimmung mit den Vorschlägen vorzunehmen, die in dem Memorandum der Botschaft vom 6. März 1941[3]) enthalten seien.

Generalsekretär fügte hinzu, daß damit alle sonstigen Vorschläge hinfällig würden, daß er bitte, seine Mitteilung unverzüglich der deutschen Regierung zu übermitteln und daß er hoffe, daß die Angelegenheit nunmehr einem schnellen Abschluß zugeführt werden würde.

Die von Sobolew gemachte Mitteilung bedeutet die bedingungslose Annahme der deutschen Forderung, wie sie am Schluß des von Gesandten Saucken ausgearbeiteten und am 6. März durch den Herrn Botschafter an Molotow übergebenen Memorandum niedergelegt war. Unter dem Druck der in dieser Angelegenheit von Molotow bisher vertretenen Auffassung erscheint das Entgegenkommen der Sowjetregierung sehr bemerkenswert. Da die Sowjetregierung zweifellos erwartet, daß diese ihre Haltung von deutscher Seite entsprechend gewürdigt wird, würde jedes Hinauszögern unserer Zustimmung bei der Sowjetregierung das größte Mißtrauen hervorrufen, wie dies auch dortseits im Zusammenhang mit der verzögerten Bildung der Unterkommission mit Recht vermutet worden ist (vgl. Drahterlaß Nr. 456 vom 6. März und Drahtbericht Nr. 508 vom 7. März)[4]).

Erbitte Drahtweisung.

TIPPELSKIRCH[5])

---

[1]) Bei Pol V (nicht gedruckt).

[2]) Entscheidung der Botschafterkonferenz in Paris bezüglich der Ostgrenzen Polens, 15. März 1923.

[3]) Nicht gedruckt.

[4]) Beide nicht gedruckt.

[5]) Vgl. Dokument Nr. 254.

Nr. 237

Film 177, S. 84 989—84 990

Der Deutsche Geschäftsträger in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 16. April 1941, 0.37 Uhr
Ankunft: den 16. April 1941, 3.10 Uhr[1])

Nr. 902 vom 15. 4. 41

Cito

Im Anschluß an Tel. vom 13. Nr. 884[2]).

Geheim.

Japanischer Botschafter[3]), den ich heute aufsuchte, sagte mir, Abschluß sowjetisch-japanischen Neutralitätspaktes habe auf seiten der Sowjetregierung sehr günstige Atmosphäre geschaffen, wovon er sich bei Molotow überzeugen konnte, der ihn gleich heute hätte rufen lassen, um Verhandlungen über den Handelsvertrag fortzusetzen. Auf Amerika, das Reise Matsuokas nach Berlin und Rom mit Aufmerksamkeit verfolgt hätte, habe der Vertragsabschluß enttäuschend und Besorgnis erregend gewirkt.

Mitglieder hiesiger japanischer Botschaft verbreiten, daß Pakt nicht nur Japan, sondern auch der Achse diene, daß Beziehungen der Sowjetunion zur Achse durch ihn günstig beeinflußt werden und daß Sowjetunion zur Zusammenarbeit mit Achse bereit sei.

In gleicher Richtung wird auch das Verhalten Stalins gegenüber dem Herrn Botschafter auf dem Bahnhof bei der Abreise Matsuokas durch hiesiges diplomatisches Korps gedeutet. Vielfach hört man die Ansicht[4]), Stalin habe absichtlich Gelegenheit herbeigeführt, um in Gegenwart der ausländischen Diplomaten und Pressevertreter seine Einstellung zu Deutschland zu demonstrieren, was angesichts der hier hartnäckig umlaufenden Gerüchte über einen bevorstehenden Zusammenstoß zwischen Deutschland und der Sowjetunion als besonders bemerkenswert hingestellt wird. Gleichzeitig wird die veränderte Haltung der Sowjetregierung auf den Eindruck zurückgeführt, den die deutschen Waffenerfolge in Jugoslawien und Griechenland auf sie gemacht haben.

TIPPELSKIRCH

---

[1]) Randvermerk: Unter Nr. 1196 an Sonderzug weitergegeben. Tel(egramm-)K(on)tr(olle) 16. 4. 41.

[2]) Bei RAM (Dokument Nr. 235).

[3]) General Tatekawa.

[4]) In Vorlage: Absicht.

Nr. 238

Film 104, S. 113 391

Wirtschafts-Protokoll

Ha Pol Va 925/41

Protokoll

über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken über die Prüfung der Erfüllung des Wirtschaftsabkommens zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken vom 11. Februar 1940.

Die auf Grund des Artikels 10 des Wirtschaftsabkommens zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken vom 11. Februar 1940 handelnden Bevollmächtigten der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken haben, auf Grund der Prüfung der Durchführung des vorerwähnten Abkommens nach dem Stande am 11. Februar 1941, folgendes vereinbart:

Nach den sowjetischen Berechnungen betrug die Höhe der sowjetischen Lieferungen am 11. Februar 1941 310,3 Millionen Reichsmark.

Die deutsche Seite wird bis zum 11. Mai 1941 deutsche Lieferungen mindestens in Höhe dieses Betrages durchführen.

Ausgefertigt in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Vollzogen in BERLIN, den 18. April 1941.

Für die Deutsche Reichsregierung:	In Vollmacht der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
gez. K. SCHNURRE	gez. A. KRUTIKOW[1])

[1]) A. D. Krutikow, Erster Stellvertretender Volkskommissar für den Außenhandel der UdSSR.

Nr. 239

Film 104, S. 113 335—113 336

Der Deutsche Geschäftsträger in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 22. April 1941, 0.05 Uhr
Ankunft: 22. April 1941, 3.30 Uhr

Nr. 957 vom 21. 4.

Cito!

Generalsekretär Außenkommissariats[1]) bat mich heute zu sich und übergab mir Verbalnote, in der erneut in dringender Form gebeten wird, Maßnahmen gegen fortdauernde Verletzungen der Grenze der UdSSR durch deutsche Flugzeuge zu ergreifen. Verletzungen hätten sich in letzter Zeit beträchtlich gehäuft. Vom 27. März bis 18. April seien 80 derartige Fälle vorgekommen. Verbalnote, der genaue Aufstellung genannter 80 Fälle beigefügt wird, hinweist auf Fall eines am 15. April bei Rowno gelandeten Flugzeugs, in dem Photoapparat, einige Rollen belichteter Filme und eine zerrissene topografische Karte der Bezirke der UdSSR gefunden wurden, was von der Besatzung dieses Flugzeugs verfolgte Ziele bekundet.

Verbalnote fortfährt wörtlich:

„Infolgedessen hält es das Volkskommissariat für notwendig, die Deutsche Botschaft an die Erklärung zu erinnern, die am 28. März 1940 vom Gehilfen des Militärattachés bei der Botschaft der UdSSR in Berlin Herrn Reichsmarschall Göring abgegeben worden ist und der zufolge der Volkskommissar für Verteidigung UdSSR[2]) als Ausnahme aus den strengsten Bestimmungen zum Schutz der Sowjetgrenze den Grenztruppen den Befehl gegeben hat, die auf Sowjetgebiet herüberfliegenden deutschen Flugzeuge nicht unter Feuer zu nehmen, solange derartige Überfliegungen nicht häufig vorkommen."

Verbalnote unterstreicht am Schluß noch einmal besonders Erwartung Außenkommissariats, daß von der Deutschen Regierung alle tatsächlich notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um in Zukunft Verletzung der Staatsgrenze UdSSR durch deutsche Flugzeuge zu verhindern.

Generalsekretär bat um Übermittlung nach Berlin, was ich zugesagt.

Im Hinblick darauf, daß sowjetische Verbalnote sich auf frühere Memoranden über ähnliche Grenzverletzungen durch deutsche Flugzeuge bezieht, sowie an Erklärung Gehilfen Militärattachés erinnert, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß mit ernsten Zwischenfällen zu rechnen ist, falls deutsche Flugzeuge weiterhin die Sowjetgrenze überfliegen. TIPPELSKIRCH

---

1) A. A. Sobolew.
2) Marschall Woroschilow.

Nr. 240

Film 1337, S. 352 987—352 988

Das Oberkommando der Wehrmacht an das Auswärtige Amt

Mitteilung[1])

Oberkommando der Wehrmacht
WFST / Abt. L (1 Op)
Nr.: 00 731 a/41 g.Kdos. F. H. Qu., den 23. April 1941

Geheime Kommandosache

Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das Auswärtige Amt
z. Hd. Herrn Botschafter Ritter

Fast täglich einlaufende Meldungen über weitere Grenzverletzungen sowjetrussischer Flugzeuge bestätigen die im Schreiben vom 1. 3. dem Auswärtigen Amt übermittelte Auffassung des Oberkommandos der Wehrmacht, daß es sich hierbei um bewußte Provokationen von sowjetrussischer Seite handelt.

Am 11. 4. überflogen zwei 2-mot. Flugzeuge vom Typ SB 2 die Stadt Belz in großer Höhe. Am 11. 4. wurde je ein Flugzeug bei Malkinia und Ostrow-Mazowike gesichtet. Ebenfalls wurde am 14. 4. ein sowjetrussisches Flugzeug über Langszorgen[2]) gemeldet. Mehrere Flugzeuge überflogen am 15. 4. im Raum Dynow-Lodzina — s. Losko die Interessengrenze. Am 17. 4. wurden allein 8 Flugzeuge über deutschem Gebiet festgestellt, und zwar je 4 bei Deumenrode und Swiddern, am 19. 4. 2 Flugzeuge über Malkinia, ein weiteres in 200 m Höhe (!) über Ostrowice.

Außerdem wurde noch eine Reihe weiterer Flugzeuge gemeldet, deren Nationalität jedoch infolge der Flughöhe nicht einwandfrei erkannt werden konnte. Es besteht jedoch nach Flugrichtung und den bei den dort eingesetzten deutschen Verbänden gemachten Feststellungen kein Zweifel, daß es sich hierbei ebenfalls um Grenzüberflüge durch Flugzeuge der UdSSR handelt.

Das Oberkommando der Wehrmacht muß nunmehr feststellen, daß die sich ständig steigernden Grenzüberfliegungen nur noch als planmäßiger Einsatz der Luftwaffe der UdSSR über dem Hoheitsgebiet des Reichs gewertet werden können. Da inzwischen auf Grund der Truppenverstärkungen auf der anderen Seite der deutschen Ostgrenze auch weitere deutsche Verbände zur Sicherung herangeführt werden mußten, ist mit erhöhter Gefahr von folgenschweren Grenzzwischenfällen zu rechnen.

Die Anordnungen des Oberkommandos der Wehrmacht zur äußersten Zurückhaltung sind trotzdem weiterhin in Kraft.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Im Auftrage: gez. JODL

---

1) Dieses Stück wurde bereits 1941 veröffentlicht in: „Proklamation des Führers an das Deutsche Volk und Note des Auswärtigen Amtes an die Sowjetregierung nebst Anlagen", S. 50 (Film 34, S. 24 594).

2) Laugzargen?

Nr. 241

Film 426, S. 218 002

Der Marineattaché bei der Deutschen Botschaft in Moskau an das Oberkommando der Kriegsmarine

[Telegramm][1])

Nr. 34 112/110 vom 24. 4.

Für Kriegsmarine

1. Hier umlaufende Gerüchte wollen von angeblicher Kriegsgefahr Deutschland-Sowjetunion wissen, wozu Mitteilungen Durchreisender aus Deutschland beitragen.

2. Nach Angabe italienischen Botschaftsrats[2]) sagt englischer Botschafter[3]) 22. Juni als Tag Kriegsbeginns voraus.

3. Sonst wird 20. Mai genannt.

4. Bin bemüht, Gerüchten entgegenzuarbeiten, die offensichtlich unsinnig.

Mar.Att.[4])

---

1) Vgl. Dokument Nr. 245.

2) L. Mascia.

3) Sir Stafford Cripps.

4) Fregattenkapitän von Baumbach.

Nr. 242

Film F 15, S. 315—320

Aufzeichnung des Deutschen Botschafters in Moskau Grafen von der Schulenburg über seine Unterredung mit Hitler am 28. April 1941

Geheime Reichssache

Gespräch des Führers mit dem Botschafter Graf von der Schulenburg am 28. 4. 1941 von 17.15 bis 17.45 Uhr

Der Führer begann mit der Frage, ob ich zum 1. Mai wieder in Moskau sei, was ich bejahte, da ich bei der Parade anwesend sein möchte.

Der Führer erwähnte sodann, daß ich während des Matsuokabesuches in Moskau anwesend gewesen sei und fragte, was die Auffassung der Russen von dem russisch-japanischen Vertrag sei. Ich erwiderte, daß die Russen über den Abschluß sehr erfreut gewesen seien, wenn sie auch Konzessionen hätten machen müssen.

Der Führer fragte mich daraufhin, was für ein Teufel die Russen geritten habe, daß sie den Freundschaftspakt mit Jugoslawien abgeschlossen hätten. Ich vertrat die Auffassung, daß es sich hierbei ausschließlich um die Anmeldung der russischen Interessen auf dem Balkan gehandelt habe. Rußland hätte jedesmal etwas getan, wenn wir auf dem Balkan etwas unternommen hätten. An sich seien wir durch die Konsultationsabrede wohl auch verpflichtet gewesen, die Russen zu informieren. Rußland hätte zwar kein spezielles Interesse an Jugoslawien, wohl aber grundsätzlich am Balkan. Der Führer sagte, daß er beim Abschluß des russisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes die Empfindung gehabt hätte, daß Rußland uns habe abschrecken wollen; ich verneinte dies und wiederholte, daß die Russen nur eine Interessenanmeldung bezweckt hätten, aber immerhin korrekt gehandelt hätten, indem sie uns von der Absicht informierten.

Der Führer meint sodann, es sei noch nicht geklärt, wer eigentlich die Drahtzieher des Umsturzes in Jugoslawien gewesen seien. England oder Rußland! Seine[r] Meinung nach seien es die Engländer gewesen, während die Balkanvölker alle den Eindruck hätten, daß Rußland dahinter gestanden habe. Ich entgegnete, daß von Moskau aus gesehen, keine Anhaltspunkte bestünden, daß Rußland seine Finger darin gehabt habe; als Beispiel hierfür gab ich den Mißerfolg des

Jugoslawischen Gesandten in Moskau, Gawrilowitsch an, dessen Versuche, die Sowjetunion für die jugoslawische Sache zu interessieren, bis zum letzten Augenblick vergeblich blieben. Der jugoslawisch-russische Vertrag sei erst zustande gekommen, als Jugoslawien nach dem Putsch die Initiative ergriff und Offiziere schickte, die den Vertrag angeboten hätten. Rußland habe dann unter dem Motto, daß es sich hier um ein Friedensinstrument handele, den Vertrag abgeschlossen. Jetzt sei Rußland sehr unruhig über die Gerüchte, die einen deutschen Angriff auf Rußland voraussagen. Der Führer betont, daß die Russen mit den Aufmärschen angefangen hätten, indem sie unnötig zahlreiche Divisionen im Baltikum konzentriert hätten. Ich erwiderte, daß es sich hierbei um einen bekannten russischen Drang nach 300 %iger Sicherheit gehandelt habe. Wenn wir für irgendeinen Zweck e i n e deutsche Division entsenden würden, entsendeten sie für den gleichen Zweck 10 Divisionen, um ganz sicher zu gehen. Ich könne nicht glauben, daß Rußland jemals Deutschland angreifen würde. Der Führer sagte, daß er durch die Vorgänge in Serbien gewarnt worden sei. Was dort geschehen sei, sei für ihn das Beispiel der politischen Unzuverlässigkeit eines Staates.

Der Führer machte längere Ausführungen über die von England verführten Völker, insbesondere über die Entwicklung seiner politischen Bemühungen in Jugoslawien. England habe auf eine jugoslawisch-griechisch-türkisch-russische Front im Südosten gehofft, habe diese breite Mächtegruppe angestrebt in Erinnerung an die Salonikifront des Weltkrieges. Er bedauere sehr, daß er, durch diese Bemühungen Englands gezwungen, nun auch gegen das armselige Griechenland habe ziehen müssen; es sei ihm widerwärtig gewesen, dieses kleine, tapfere Volk gegen seine Empfindung niederkämpfen zu müssen. Der jugoslawische Staatsstreich sei ohne jeden Grund vom Zaune gebrochen worden. Als ihm die Nachricht hiervon am 27. morgens überbracht wurde, habe er an einen Witz geglaubt. Wenn man so etwas erlebt habe, würde man zur Vorsicht gezwungen. Die Völker ließen sich heute weniger durch Verstand und Logik als durch Haß und vielleicht auch Geldinteressen in ihrer Politik bestimmen, und so sei es gekommen, daß durch die englischen Versprechungen und Lügen hintereinander die Polen, denen er die günstigsten Bedingungen gestellt habe, Frankreich, das den Krieg gar nicht wollte, Holland und Belgien, Norwegen und nun Griechenland und Jugoslawien sich ins Unglück gestürzt hätten. Man könne sagen, daß die Massen nichts dafür können, aber er habe ja nicht mit den Völkern, sondern mit den Regierungen zu tun. Und Griechenland sei bestimmt nicht neutral gewesen! Seine Presse sei unverschämt ge-

wesen. Griechenland habe stets mit England sympathisiert und vor allen Dingen habe es seinen Schiffsraum und seine U-Bootsbasen England zur Verfügung gestellt. Auch die Türkei sei sehr nahe daran gewesen, den gleichen Weg zu gehen. Er glaube zwar nicht, daß man Rußland zum Angriff auf Deutschland kaufen könne, aber es seien große Haßinstinkte doch zurückgeblieben und vor allen Dingen seien die russischen Absichten, weiter an Finnland und an die Dardanellen heranzukommen, unverändert, was Molotow bei seinem Besuch klar habe durchblicken lassen. Wenn er sich alles dies überlege, so sei er verpflichtet, vorsichtig zu sein.

Ich wies darauf hin, daß es Cripps erst 6 Tage nach Abschluß des russisch-jugoslawischen Vertrages gelungen sei, nur den Stellvertreter Molotows, Wyschinski, zu sprechen. Ich erinnerte ferner daran, daß Stalin Matsuoka gegenüber gesagt habe, er sei auf die Achse eingeschworen und er könne nicht mit England und Frankreich zusammenarbeiten, sowie an die Bahnhofsszene, die Stalin absichtlich herbeigeführt habe, um seinen Willen für die Zusammenarbeit mit der Achse öffentlich zu bekunden. England und Frankreich hätten sich 1939 alle erdenkliche Mühe gegeben, Rußland für sich zu gewinnen, und wenn Stalin sich in einer Zeit, als England und Frankreich noch beide stark waren, nicht habe entschließen können, für England und Frankreich zu optieren, so glaube ich, daß er erst recht heute diesen Entschluß nicht fassen werde, wo Frankreich vernichtet und England schwer angeschlagen sei. Ich sei im Gegenteil überzeugt, daß Stalin bereit sei, uns noch weitergehende Konzessionen zu machen. Unseren Wirtschaftlern sei bereits angedeutet worden, daß (falls wir uns rechtzeitig melden würden) nächstes Jahr Rußland uns bis 5 Millionen Tonnen Getreide liefern könnte. Unter Anführung von Zahlen meinte der Führer, daß die russischen Lieferungen durch die Transportverhältnisse begrenzt seien. Ich wies darauf hin, daß eine stärkere Benutzung der russischen Häfen den Transportschwierigkeiten begegnen könne.

Der Führer verabschiedete sich darauf von mir[1]).

---

[1] Handschriftliche Notiz (Film F 15, S. 314):

Büro RAM

Das Original der anl(iegenden) Aufzeichnung ist nebst 2 Durchschlägen heute um 15° mit Flugkurier nach Wien gesandt worden.

Herrn Staatssekretär

erg. mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Bln., den 29. 4. 41. Lohmann

Nr. 243

Film F 15, S. 311—312

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Reichsaußenminister

Aufzeichnung

Geheime Reichssache

BERLIN, den 28. April 1941

Fernschreiben
an den Herrn Reichsaußenminister

Zu der Aktennotiz des Grafen Schulenburg betreffend die deutsch-russischen Beziehungen:

Ich kann meine Auffassung über einen deutsch-russischen Konflikt in einem Satz zusammenfassen: Wäre jede niedergebrannte russische Stadt für uns ebensoviel wert wie ein versenktes englisches Kriegsschiff, dann würde ich den deutsch-russischen Krieg in diesem Sommer befürworten; ich glaube aber, daß wir gegen Rußland nur militärisch gewinnen, dagegen wirtschaftlich verlieren würden.

Man könnte es vielleicht für verlockend halten, dem kommunistischen System den Todesstoß zu geben, und vielleicht auch sagen, es liege in der Logik der Dinge, den europäisch-asiatischen Kontinent jetzt aufmarschieren zu lassen gegen das Angelsachsentum mit seinem Anhang. Entscheidend bleibt aber allein, ob dieses Unternehmen den Sturz Englands beschleunigt.

Zwei Fälle sind zu unterscheiden:

a) England steht nahe vor dem Zusammenbruch; rechnen wir hiermit, so wäre es verfehlt, die Engländer dadurch zu ermutigen, daß wir uns noch einen neuen Gegner vornehmen. Rußland ist kein potentieller Alliierter der Engländer. England hat von Rußland nichts Gutes zu erwarten. Die Hoffnung auf Rußland hält den englischen Zusammenbruch nicht auf. Mit Rußland vernichten wir keine englische Hoffnung.

b) Glauben wir nicht an den nahen Zusammenbruch Englands, so könnte sich der Gedanke aufdrängen, daß wir uns aus der Sowjetländermasse durch Anwendung von Gewalt verköstigen müssen. Daß wir militärisch bis Moskau und darüber hinaus siegreich vordringen, halte ich für selbstverständlich. Ich bezweifle aber durchaus, daß wir das Gewonnene gegen die bekannte passive Resistenz der Slawen ausnutzen könnten. Ich sehe im Russischen Reich keine tragfähige Opposition, welche das kommunistische System ablösen und sich uns anschließen sowie sich uns dienstbar machen könnte. Wir hätten also

wahrscheinlich mit dem Fortbestand des Stalin-Systems in Ostrußland und in Sibirien und mit dem Wiederaufleben von Feindseligkeiten im Frühjahr 1942 zu rechnen. Das Fenster nach dem Pazifischen Ozean bliebe zugeschlagen.

Ein deutscher Angriff auf Rußland würde den Engländern nur neuen moralischen Auftrieb geben. Er würde dort bewertet als deutscher Zweifel am Erfolg unseres Kampfes gegen England. Wir würden damit nicht nur zugeben, daß der Krieg noch lange dauern werde, sondern könnten ihn auf diesem Wege geradezu verlängern, statt ihn abzukürzen.

WEIZSÄCKER

Diese Stellungnahme ist ganz kurz gefaßt, da der Herr Reichsaußenminister sie binnen kürzester Frist gewünscht hat.

WEIZSÄCKER

Nr. 244

Film 1448, S. 365 359

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Bericht

MOSKAU, den 2. Mai 1941

Tgb. Nr. A/g/229/41.

Auf den Erlaß Pol. V 1495g vom 16. 4. 41[1]).

Inhalt: Gerüchte über deutsch-russische kriegerische Auseinandersetzung.

Geheim!

Den Gerüchten über eine bevorstehende deutsch-russische kriegerische Auseinandersetzung ist sowohl von mir als auch von allen leitenden Beamten meiner Botschaft stets entgegengetreten worden, da es selbstverständlich ist, daß derartige Gerüchte für die ruhige weitere Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen höchst bedenklich sind. Ich bitte jedoch zu berücksichtigen, daß die Gegenwirkung gegen diese Gerüchte hier in Moskau völlig wirkungslos bleiben muß, wenn aus Deutschland unaufhörlich derartige Gerüchte hierher dringen und wenn jeder Reisende, der nach Moskau kommt oder durch Moskau reist, nicht nur diese Gerüchte mitbringt, sondern sie auch noch durch Tatsachen zu erhärten weiß.

gez. Graf VON DER SCHULENBURG

---

1) Nicht gedruckt.

Nr. 245

Film 426, S. 218 003—218 004

Das Auswärtige Amt an die Deutsche Botschaft in Moskau

Telegramm

ab BERLIN am 4.Mai 1941 um 05.45 Uhr
an MOSKAU am 4. Mai 1941 um 10.00 Uhr

Diplogerma Moskau

Telegramm Nr. 878 vom 3.

Geheim. Nur von Beauftragten für Verschlußsachen zu entziffern. Antwort über Kurier oder Geheimchiffre.

Für Militärattaché. Geheime Kommandosache Nr. 602/41 G.Kdos Att Abt. O Qu 4, fr(emde) Heere[1]) Osten, M.A. Moskau ..... OKW/ Wf St/Abt. L teilt 3. Mai mit Nr. 952/41g Kdos mit:
Bezug: Telegramm Marineattaché Nr. 34 112/110 vom 24. 4.[2])
Sprachregelung:

Zu Ziffer 1: Gleiche Kriegsgerüchte wie in Rußland sind auch hier im Umlauf, sodaß der Versuch einer erneuten englischen Brunnenvergiftung vermutet wird. Gänzlich haltlose Meldungen, wie z. B. die Behauptung von umfangreichen Kartenherstellungen (Ukraine) in Prag oder von der Landung von über 12 000 deutschen Soldaten in Finnland bestätigen diese Vermutungen.

Im übrigen geben auch erhebliche russische Truppenansammlungen in Grenznähe Anlaß zu derartigen Gerüchten, zumal sie jeder militärischen Begründung entbehren, da deutscherseits nur die zur Rückendeckung der Balkanoperationen unbedingt erforderlichen Kräfte an der Grenze stehen.

Zu Ziffer 4:

Die Entkräftung der umlaufenden Gerüchte durch die dortigen deutschen Dienststellen ist besonders erwünscht, wobei in geeigneter Form davon Gebrauch gemacht werden kann, daß laufend deutsche Transporte von Osten nach Westen durchgeführt werden, die sogar in der ersten Hälfte Mai einen erheblichen Umfang annehmen werden (Zusatz nur zur persönlichen Unterrichtung: 8 Divisionen). Gen(eral-)Stab d(es) H(eeres), Attaché-Abteilung T. Nr. 602/41 G Kdos.

KRAMARZ[3])

---

1) Schreibfehler in Moskauer Entzifferung: „Herr".

2) Dokument Nr. 241.

3) Legationsrat Kramarz (Pol I M).

Nr. 246

Film 105, S. 113 418—113 419

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 7. Mai 1941 14.02 Uhr
Ankunft: den 7. Mai 1941 15.10 Uhr

Citissime!

Nr. 1092 vom 7. 5.

Geheim.

Stalin hat an Stelle von Molotow den Vorsitz im Rate der Volkskommissare der UdSSR übernommen und ist damit an die Spitze der Regierung der Sowjetunion getreten. Molotow hat den Rang eines stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare erhalten und bleibt Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten. Diese Änderung wird mit Arbeitslast Molotows begründet, tatsächlich bedeutet sie eine erhebliche Einschränkung seiner bisherigen Befugnisse. Der Grund hierfür dürfte in den außenpolitischen Fehlgriffen der letzten Zeit zu suchen sein, die zu einer Abkühlung der deutsch-sowjetischen freundschaftlichen Beziehungen geführt haben, deren Entstehung und Erhaltung von Stalin zielbewußt betrieben wurden, während sich Molotows eigene Initiative in einer oft engstirnigen Verfechtung von Einzelpositionen erschöpfte.

In seiner neuen Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, das heißt als Ministerpräsident der Sowjetunion, übernimmt Stalin die Verantwortung für sämtliche Handlungen der Regierung, sowohl nach innen als auch nach außen. Damit wird dem bisherigen unnatürlichen Zustande ein Ende gemacht, bei dem die Stellung des anerkannten und unbestrittenen Führers der Völker der Sowjetunion in der Verfassung nirgends verankert war. Die Vereinigung der gesamten Machtfülle in den Händen Stalins bedeutet eine Festigung der Regierungsgewalt in der UdSSR und eine weitere Erhöhung der Position Stalins, der offenbar geglaubt hat, in einer von ihm als ernst betrachteten außenpolitischen Lage die volle Verantwortung für die Geschicke der Sowjetunion persönlich übernehmen zu müssen. Ich bin überzeugt, daß Stalin seine neue Stellung dazu benutzen wird, um in eigener Person an der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der guten sowjetischen Beziehungen zu Deutschland tätig zu werden.

SCHULENBURG

Nr. 247

Film 1448, S. 365 383—365 388

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Bericht

Tgb. Nr. Ag/259/41

MOSKAU, den 12. Mai 1941.

An das Auswärtige Amt

Berlin

Geheim!

Inhalt: Ernennung Stalins zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare.

Im Anschluß an das Telegramm Nr. 1092 vom 7. 5. sowie unter Bezugnahme auf die Telegramme Nr. 1113 vom 8. 5., Nr. 1124 vom 10. 5., Nr. 1115 vom 9. 5., 1120 vom 9. 5. und 1137 vom 12. 5.[1])

Die derzeitige politische Lage der Sowjetunion wird durch die Ernennung Stalins zum Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare gekennzeichnet. Daß Stalin sich zur Übernahme dieses Amtes, das nach der bolschewistischen Revolution als erster W. I. Lenin bekleidet hat, entschlossen hat, gewinnt zunächst dadurch besondere Bedeutung, daß Stalin es bisher vermieden hat, ein Regierungsamt zu übernehmen. Seine Machtstellung in Partei und Staat hat Stalin lediglich durch seine persönliche Autorität und mit Hilfe ihm ergebener Männer erkämpft. Keine Probleme der inneren und äußeren Politik haben Stalin bisher veranlassen können, diese ihn persönlich charakterisierende Haltung zu verlassen. Auch anläßlich des Inkrafttretens seines persönlichen Werkes, der Stalin'schen Verfassung, hat er offenbar bewußt darauf verzichtet, die höchste staatliche Stellung einzunehmen und sich zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets wählen zu lassen.

Die Gründe, die Stalin nunmehr zu seinem Entschluß veranlaßt haben, sind in Anbetracht der hiesigen eigenartigen Verhältnisse durch direkte Befragung z. B. kompetenter Sowjetstellen nicht zu klären. Der neue französische Botschafter[2]) hat in Unkenntnis dieser Lage dies trotzdem versucht und anläßlich seiner Antrittsbesuche bei dem ersten stellvertretenden Außenkommissar Wyschinski, dem Generalsekretär des Außenkommissariats Sobolew und dem Abteilungsleiter Kusnetzow diese Frage gestellt. Die drei befragten Herren äußerten spontan und übereinstimmend, daß die Ernennung Stalins zum Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare das größte historische Ereignis der Sowjetunion seit ihrem Bestehen sei. Nach den

Gründen dieser Ernennung befragt, erklärten die drei Herren nach kurzem Zögern, daß die Ernennung Stalins durch die allzu starke Belastung Molotows verursacht worden sei. Auf das Mißverhältnis zwischen Ursache und Wirkung hingewiesen, wußten die befragten Herren nichts mehr zu erwidern.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Übernahme des Vorsitzes im Rat der Volkskommissare durch Joseph Stalin ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung darstellt. Daß dieses Ereignis durch irgendwelche innerpolitischen Fragen ausgelöst wurde, wie dies zunächst hier insbesondere in Kreisen ausländischer Pressevertreter behauptet wurde, halte ich für unzutreffend. Ich sehe kein Problem, das durch innere Verhältnisse der Sowjetunion aufgeworfen werden könnte und dem eine derartige Bedeutung zukäme, daß es einen solchen Schritt Stalins notwendig machen würde. Mit großer Gewißheit kann man vielmehr behaupten, daß, wenn Stalin sich entschlossen hat, das höchste Regierungsamt zu übernehmen, dies aus Gründen der Außenpolitik geschehen ist. Zur Aufklärung der näheren Umstände, die auf den Entschluß Stalins einen Einfluß gehabt haben müssen, ist auf einige Ereignisse hinzuweisen, die sich in den vorangegangenen Tagen abgespielt haben. So ist allgemein aufgefallen, daß bei der großen Parade am 1. Mai der Berliner Sowjetbotschafter Dekanosow unmittelbar neben Stalin an dessen rechter Seite auf der Regierungstribüne stand. Diese Hervorhebung Dekanosows muß als ein besonderer Vertrauensbeweis Stalins bewertet werden. Ferner hat an der Parade und dem darauffolgenden großen Empfang im Kreml eine bemerkenswert große Anzahl von Generälen und Admirälen der Roten Armee und der Roten Flotte teilgenommen. Schließlich hat am 5. Mai die Entlassung der Absolventen der Kriegsakademie im Rahmen einer größeren Feierlichkeit stattgefunden, bei der Stalin eine Ansprache von etwa 40 Minuten hielt. Da die Ernennung Stalins am 6. Mai vom Kreml bekanntgegeben wurde, liegt die Vermutung nahe, daß die Unterredungen mit dem Berliner Sowjetbotschafter und das Zusammensein mit Vertretern der Generalität den Entschluß Stalins, den Vorsitz des Rates der Volkskommissare zu übernehmen, herbeigeführt haben. Hierfür können keine anderen Gründe maßgebend gewesen sein als eine Neubeurteilung der internationalen Lage auf Grund der Größe und der Schnelligkeit der deutschen militärischen Erfolge in Jugoslawien und Griechenland und der Erkenntnis, daß dies eine Abkehr von den bisherigen außenpolitischen Methoden der Sowjetregierung, die zu einer Entfremdung mit Deutschland geführt haben, erforderlich macht. Wahrscheinlich hat außerdem die Beobachtung widerstreitender Meinungen in Kreisen der Parteipolitiker und hoher Militärs Stalin in dem Entschluß bestärkt, nunmehr das Steuer persönlich in die Hand zu nehmen.

Wenn man die seit Stalins Amtsantritt erlassenen Verlautbarungen und Regierungsakte, soweit sie in Betracht kommen, überblickt, so kann man behaupten, daß die anfänglich von ausländischen Pressevertretern, insbesondere von der japanischen Domei-Agentur[3]), verbreitete Version, daß die Ernennung Stalins einen bestehenden Zustand legalisiert und im übrigen alles beim Alten bliebe, zweifellos am Kern der Sache vorbeigeht. Die in Betracht kommenden Verlautbarungen und Regierungsakte liegen sämtlich auf dem Gebiet der Außenpolitik. Es handelt sich um

1. das TASS-Dementi über die angebliche Konzentrierung starker militärischer Kräfte an der westlichen Grenze der Sowjetunion usw.[4]).
2. den Erlaß über die Wiedereinführung von diplomatischen Rängen (Botschafter, Gesandter, Geschäftsträger),
3. den Beschluß über die Aufhebung der Gesandtschaften Belgiens, Norwegens und Jugoslawiens[5]),
4. den Regierungsbeschluß über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Irak[6]).

Diese Willenskundgebungen der Stalin-Regierung sind in erster Linie darauf gerichtet, unter Wahrung der eigenen Interessen das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu entspannen und eine bessere Atmosphäre für die Zukunft zu schaffen. Insbesondere ist davon auszugehen, daß Stalin persönlich stets für ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion eingetreten ist[7]).

Es versteht sich von selbst, daß im hiesigen diplomatischen Korps ein großes Rätselraten darüber im Gange ist, was Stalin wohl veranlaßt haben könnte, in dieser Zeit ein verfassungsmäßiges Regierungsamt zu übernehmen. Es ist bemerkenswert, daß die verschiedensten Kombinationen in der Vermutung übereinstimmen, daß Stalin eine Politik der Annäherung an Deutschand bzw. an die Achse anstrebe.

Meines Erachtens läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß Stalin sich ein außenpolitisches Ziel von überragender Wichtigkeit für die Sowjetunion gesteckt hat, das er mit Einsatz seiner Person zu erreichen hofft. Dieses Ziel besteht, wie ich fest glaube, darin, daß Stalin in einer von ihm ernst gehaltenen internationalen Lage die Sowjetunion von[8]) einem Konflikt mit Deutschland bewahren will.

gez. Graf von der SCHULENBURG

Anmerkungen siehe umseitig.

1) Nicht gedruckt außer Tel. Nr. 1092 v. 7. 5. (Dokument Nr. 246).

2) G. Bergery.

3) Domei-Meldung v. 8. Mai 1941: Film 493, S. 233 081 (Moskauer Botschaftsakten: Pol 3 Nr. 1, Bd. 1, Innenpolitik der Sowjetunion).

4) Vom Moskauer Rundfunk am 8. Mai, 19 Uhr 15, verbreitetes Tass-Dementi: Film 105, S. 113 426—113 427.

5) Mitteilung der Sowjetregierung an die Gesandtschaften Norwegens, Belgiens und Jugoslawiens, daß sie nicht länger als diplomatische Vertretungen anerkannt seien, 9. Mai.

6) Tass-Mitteilung über Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Irak, 12. Mai.

7) Vgl. Dokument Nr. 53: Molotows Hinweis (23. August 1939) auf Stalins Rede vor dem 18. Kongreß der Kommunistischen Partei am 10. März 1939.

8) Film 1448, S. 365 388.

Nr. 248

Film 105, S. 113 434

Der Deutsche Konsul in Harbin an das Auswärtige Amt

Telegramm

HARBIN, den 13. Mai 1941, 12.50 S[1]) Uhr
Ankunft, den 13. Mai 1941, 10.30 Uhr

Nr. 39 vom 13. 5.

Cito

Geheim.

Im Anschluß an Telegramm vom 11., Nr. 37[2])

Runderlaß aus Moskau vom 9. Mai:

Obwohl deutsch-russische Verhandlungen ordnungsmäßig verlaufen, ist es für Sowjets im Hinblick auf diktatorische Haltung Deutschlands unumgänglich notwendig geworden, Deutschland zu warnen, daß Sowjets vorbereitet sind, ihre Interessen zu schützen, falls (im Originaltelegramm fehlt diese Gruppe) diese verletzt. Unter diesen Umständen ist es sehr wichtig, Haltung aller anderen Staaten zu wissen im Falle Zusammenstoßes Deutschland—Rußland. Es ist notwendig, sehr vorsichtig vorzugehen. Um Prüfung der Lage und umgehenden Bericht wird gebeten.

PONSCHAB

1) S (-Zone) Harbin-Ortszeit.

2) bei Pol VII (nicht gedruckt).

Nr. 249

Film 34, S. 24 524—24 527

Aufzeichnung von Dr. Schnurre, Wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts

Ha Pol 294/41 gRS

2. Aufzeichnung

über Stand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen.[1])

1. Die vor einigen Tagen abgeschlossenen Besprechungen mit dem Ersten Stellvertretenden Volkskommissar für den Außenhandel der UdSSR, Krutikow, wurden von Krutikow mit einer bemerkenswert positiven Einstellung geführt. Schwierige Fragen des Wirtschaftsabkommens vom 10. Januar 1941, wie Lieferung von Ölsaaten, Buntmetallen, Mineralöl, Transit von ostasiatischem Kautschuk durch das Gebiet der UdSSR konnten zufriedenstellend gelöst werden. Trotz positiver Einstellung war die Haltung Krutikows bei der Vertretung sowjetischer Interessen fest. Er zeigte kein unbegründetes Nachgeben, das als Schwäche hätte ausgelegt werden können.

2. Schwierigkeiten ergeben sich nach wie vor bei der Durchführung der vertraglich vereinbarten deutschen Lieferungen nach der UdSSR, insbesondere auf dem Rüstungsgebiet. Die später liegenden Termine werden von uns nicht gehalten werden können. Allerdings wird sich die Nichteinhaltung deutscher Verpflichtungen erst nach August 1941 stärker bemerkbar machen, da bis zu diesem Zeitpunkt Rußland vorzuleisten hat. Schwierigkeiten sind insbesondere bei der Durchführung gewisser Lieferungen auf dem Luftwaffengebiet entstanden, da das Reichsluftfahrtministerium die zugesagten und bereits verkauften Flugzeuge nicht freigibt. Krutikow brachte diese Fragen vor, ohne jedoch stark zu insistieren. Der Weiterbau des Kreuzers „L" in Leningrad geht mit den vorgesehenen deutschen Zulieferungen planmäßig vorwärts. Es arbeiten an dem Weiterbau des Kreuzers in Leningrad rund 70 deutsche Ingenieure und Monteure unter Leitung des Admirals z. D. Feige.

3. Der Stand der sowjetischen Rohstofflieferungen zeigt nach wie vor ein günstiges Bild. Im April ist bei den wichtigsten Rohstoffpositionen folgendes geliefert worden:

Getreide	208 000 to	
Mineralöl	90 000 to	
Baumwolle	8 300 to	
Buntmetalle	6 340 to	Kupfer, Zinn und Nickel

Bei Manganerz und Phosphaten litt die Anlieferung an Tonnagemangel und an Transportstörungen im Südostraum.

Der Transitweg durch Sibirien funktioniert nach wie vor. Die Anlieferungen ostasiatischer Rohstoffe, insbesondere von Kautschuk, die Deutschland auf diesem Wege erreichen, sind weiterhin beträchtlich (Kautschuk im Monat April 2000 to in Sonderzügen, 2000 to in normalen Sibirienzügen). Insgesamt sind in diesem Jahre

an	Getreide	632 000 to
„	Mineralöl	232 000 to
„	Baumwolle	23 500 to
„	Manganerz	50 000 to
„	Phosphaten	67 000 to
„	Platin	900 kg

geliefert worden.

4. Große Schwierigkeiten machen die zahllosen Gerüchte über einen bevorstehenden deutsch-sowjetischen kriegerischen Konflikt. Diese Gerüchte finden ihre Nahrung zum großen Teil aus amtlichen Quellen. Die Folge dieser Gerüchte ist eine schwere Beunruhigung der deutschen Industrie, die danach trachtet, ihre Engagements mit Rußland zu lösen und sich zum Teil bereits weigert, das zur Durchführung der Verträge erforderliche Personal nach Moskau zu entsenden.

5. Ich habe den Eindruck, daß wir noch über den Vertrag vom *10. Januar 1941 hinausgehende wirtschaftliche Forderungen in Moskau* stellen könnten, Forderungen, die darauf abzielen sollten, den deutschen Rohstoff- und Ernährungsbedarf über das bisher vereinbarte Maß hinaus sicherzustellen. Das jetzt vereinbarte Ausmaß an Rohstofflieferungen wird von den Russen trotz der dadurch hervorgerufenen eigenen schweren Belastung pünktlich durchgeführt, was insbesondere bei Getreide eine beachtliche Leistung darstellt, da die Gesamtmenge des auf Grund des Vertrags vom 10. April d. J. und der Belgien- und Norwegen-Abkommen zu liefernden Getreidemengen mehr als 3 Millionen to bis zum 1. August 1942 umfaßt.

6. Für Ende Mai/Anfang Juni sind nach dem Wirtschaftsvertrag vom 10. Januar 1941 neue Bilanzverhandlungen in Moskau vorgesehen. Diese Verhandlungen hätten jedoch nur dann einen Zweck, wenn sie benutzt würden, um etwaige deutsche Forderungen zu präzisieren. Wenn dies nicht geschieht, beabsichtige ich, den Verhandlungstermin dilatorisch zu behandeln.

BERLIN, den 15. Mai 1941.

gez. SCHNURRE

---

[1]) „Meine erste Aufzeichnung über den gleichen Gegenstand vom 5. April liegt bei" (Dokument Nr. 229).

Nr. 250

Film 426, S. 217 951

Botschafter Ritter, Auswärtiges Amt,
an die Deutsche Botschaft in Moskau

Telegramm

ab BERLIN am 15. V. 1941 um Uhr 18.27
an MOSKAU am 15. V. 1941 um Uhr 22.30

Diplogerma
Moskau

Telegramm Nr. 938 vom 14. V.

Verschlußsache. Geheim. Nur von Beauftragten für Verschlußsachen zu entziffern. Antwort über Kurier oder Geheimchiffre.

Auf Drahtbericht Nr. 957 vom 21. IV.[1]) und Schriftbericht Nr. A: 1408 vom 22. IV. 1941[2]).

Bitte Außenkommissariat mitzuteilen, daß die namhaft gemachten 71 Fälle der deutschen Grenzverletzungen nachgeprüft werden. Nachprüfung erfordere einige Zeit, da betreffende Luftwaffenverbände und Flugzeugbesatzungen einzeln befragt werden müssen.

Wegen des bei Rowno am 15. April notgelandeten Flugzeugs bitte ich bei Sowjetregierung baldige Freilassung zu erwirken[3]).

RITTER

---

1) Dokument Nr. 239.
2) Nicht gedruckt.
3) Vgl. Dokument Nr. 253.

Nr. 251

Film 426, S. 217 944

Der Deutsche Gesandte in Stockholm Prinz zu Wied
an das Auswärtige Amt

[Telegramm]

Nr. 534 v. 16. 5.[1])

[STOCKHOLM, den 16. Mai 1941]

Hiesige sowjetrussische Gesandtin, Frau Kollontay, äußerte dieser Tage, wie ich erfahre, zu keinem Zeitpunkt in russischer Geschichte seien an der Westgrenze Rußlands stärkere Truppenkontingente zusammengezogen worden als jetzt.

WIED

---

1) Unter Pol I M 3378g der Botschaft in Moskau mitgeteilt.

Nr. 252

Film 105, S. 113 436

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

BERLIN, den 17. Mai 1941

St. S. Nr. 340.

Botschafter Oshima fragte mich heute im Laufe eines Gespräches über die japanisch-amerikanischen Verhandlungen, ob im deutsch-russischen Verhältnis eine „Entspannung" eingetreten sei. Ich erwiderte, das deutsch-russische Verhältnis sei unverändert. Wir beobachteten Rußland mit Wachsamkeit. Der russische Aufmarsch an unserer Grenze sei bekannt. Daß wir als Antwort auch deutsche Truppen nach dem Osten geschickt hätten, sei natürlich. Nicht alles hätte uns gefallen, was die Russen in den letzten Monaten getrieben haben. Von einem Zustand der „Spannung" würde ich jedoch nicht sprechen.

Im Diplomatischen Korps wird das Thema Rußland viel erörtert. Dem Schwedischen Gesandten[1]) habe ich in diesen Tagen auf eine direkte Frage gesagt, es hänge vom Verhalten Stalins ab, wie es zwischen Deutschland und Rußland weitergehen werde.

gez. WEIZSÄCKER

---

1) Arvid G. Richert.

Nr. 253

Film 426, S. 217 949

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 17. Mai 1941

zu A 272/41 g

Auswärtig

Berlin

Nr. 1193 vom 18. 5.

Auf Telegramm Nr. 938 vom 14. 5.[1])

Fall des bei Rowno notgelandeten deutschen Flugzeugs, mit dem bereits Verbindungsstab Roter Armee und Außenkommissariat befaßt sind, wurde heute auch bei Generalsekretär Sobolew mit Bitte um baldige Freigabe Flugzeugs zur Sprache gebracht. Bei dieser Gelegenheit wurde S. dortseits angeordnete Mitteilung betreffend

Nachprüfung deutscher Grenzverletzungen gemacht. S. entgegnete, daß Sowjetregierung deutsche Antwort erwarte, und hinwies in ernstem Tone darauf, daß Grenzverletzungen durch deutsche Flugzeuge andauern und auch in letzter Zeit häufig seien.

SCHULENBURG

[1]) Dokument Nr. 250.

Nr. 254

Film 34, S. 24 480—24 482

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts an die Deutsche Botschaft in Moskau

Telegramm (Konzept)

Zu Pol V 2523

Consugerma
Moskau

BERLIN, den 24. Mai 1941

Auf Nr. 1192 vom 17. Mai[1]).

I. Durch Antwort Sobolews sind unsere Wünsche hinsichtlich der endgültigen Festlegung der Grenze von der Igorka bis zur Ostsee befriedigend geklärt. Da sich indes die Klarstellung unserer Ansprüche aus Vertrag vom 10. Januar 1941 ohne unser Verschulden monatelang hingezogen hat, mußten sowohl Gesandter von Saucken wie Ministerialrat Conrad inzwischen für andere dringende Arbeiten eingesetzt werden und sind daher zur Zeit unabkömmlich. Wir sind bemüht, sie in möglichst kurzer Zeit wieder für Fortsetzung Arbeiten in Zentralgrenzkommission freizumachen und werden demnächst einen Vorschlag wegen eines neuen Termins machen.

Da unter diesen Umständen Hilfsarbeiter Wieber dort noch längere Zeit untätig sein würde, während er hier dringend gebraucht wird, bitte seine Rückreise veranlassen.

II. Bestätigungsurkunde zu Vertrag vom 10. Januar 1941 ist vom Führer vollzogen worden. Bitte Sowjetregierung zwecks Vorbereitung Austausch Urkunden verständigen.

WOERMANN

BERLIN, den 24. Mai 1941

Vermerk für Büro RAM-Fuschl

Der Sinn des beiliegenden Telegramms nach Moskau ist, die Angelegenheit der Grenzkommission weiterhin dilatorisch zu behandeln, da sonst der nächste Schritt die Bereisung der Grenze durch eine Gemischte Kommission sein müßte.

Auf der anderen Seite wird den Sowjetwünschen dadurch entgegengekommen, daß wir uns nunmehr zum Austausch der Ratifikationsurkunden über den Grenzvertrag vom 10. Januar 1941 bereit erklärt.

gez. WOERMANN

[1]) Nicht gedruckt; jedoch vgl. Dokument Nr. 236.

Nr. 255

Film 105, S. 113 450

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 24. Mai 1941, 15.45 Uhr
Ankunft: 24. Mai 1941, 18.15 Uhr

Nr. 1223 v. 24. 5.

Cito

Geheim

Im Anschluß an Telegramm vom 7. Nr. 1092[1])

Am 22. Mai war ich bei Molotow, um laufende Fragen betreffend Kulturgutverhandlungen, Entlassung von Häftlingen usw. mit ihm zu besprechen. Molotow empfing mich in seinem bisherigen Arbeitszimmer und in seiner gewohnten Umgebung im Kreml. Er war liebenswürdig, sicher und sachlich informiert so gut wie immer. Der einzige Unterschied gegen früher bestand in den Schild an der Eingangstür mit der neuen Aufschrift: Molotow — stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare. Nichts deutete darauf hin, daß seine Stellung bei Stalin erschüttert wäre oder sein Einfluß als Volkskommissar des Auswärtigen eine Minderung erfahren hätte.

Diese und sonstige Beobachtungen, die hier seit Übernahme der Staatsgewalt durch Stalin gemacht wurden, zeigen, daß die beiden stärksten Männer der Sowjetunion — Stalin und Molotow — Posten innehaben, die für die Außenpolitik der Sowjetunion entscheidend sind. Daß diese Außenpolitik vor allem auf die Vermeidung eines Konflikts mit Deutschland gerichtet ist, beweist die Haltung, die die Sowjetregierung in den letzten Wochen einnimmt, der Ton der Sowjetpresse, die alle Deutschland betreffenden Ereignisse in einwandfreier Weise behandelt, und die Erfüllung der mit Deutschland geschlossenen Wirtschaftsverträge.

SCHULENBURG

[1]) bei Pol V (Dokument Nr. 246).

Nr. 256

Film 105, S. 113 497—113 499

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm (offen)

MOSKAU, den 14. Juni 1941, 01.30 Uhr
Ankunft: den 14. Juni 1941, 08.00 Uhr

Nr. 1368 vom 13. 6. 1941

Volkskommissar Molotow teilte mir soeben nachstehenden Wortlaut einer Tass-Mitteilung mit, die heute abend durch Rundfunk und morgen in der Presse veröffentlicht wird:

Noch vor Ankunft des englischen Botschafters Cripps in London, besonders aber nach dessen Ankunft werden in der englischen und in der ausländischen Presse allgemein Gerüchte über „einen nahe bevorstehenden Krieg zwischen der UdSSR und Deutschland" verbreitet. Diese Gerüchte besagen:

1. Daß Deutschland angeblich Forderungen territorialen und wirtschaftlichen Charakters an die UdSSR gestellt hat und gegenwärtig Verhandlungen zwischen Deutschland und der UdSSR über den Abschluß eines neuen engeren Übereinkommens zwischen ihnen schweben;

2. daß die Sowjetunion angeblich diese Forderungen abgelehnt hat, und daß Deutschland in Verbindung damit begonnen hat, seine Truppen an den Grenzen der Sowjetunion zu konzentrieren, um die Sowjetunion zu überfallen;

3. daß die Sowjetunion angeblich ihrerseits begonnen hat, sich intensiv auf einen Krieg mit Deutschland vorzubereiten, und ihre Truppen an den Grenzen Deutschlands konzentriert.

Ungeachtet der offensichtlichen Sinnlosigkeit dieser Gerüchte haben es die verantwortlichen Kreise Moskaus doch als notwendig erachtet, angesichts der hartnäckigen Verbreitung dieser Gerüchte, die Tass zu ermächtigen zu erklären, daß diese Gerüchte eine plump zusammengebraute Propaganda der gegenüber der Sowjetunion und Deutschland feindlich eingestellten Kräfte, die an einer weiteren Verbreitung und Entfesselung des Krieges interessiert sind, darstellen.

Tass erklärt, daß:

1. Deutschland an die Sowjetunion keinerlei Forderungen gerichtet und ihr kein neues engeres Übereinkommen vorgeschlagen hat und daß infolgedessen Verhandlungen hierüber nicht stattfinden konnten;

2. nach den Unterlagen, über die die Sowjetunion verfügt, erfüllt Deutschland ebenso wie die Sowjetunion unentwegt die Bedingungen des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes, infolgedessen sind nach Ansicht sowjetischer Kreise die Gerüchte über die Absicht Deutschlands, den Pakt zu brechen und einen Angriff gegen die Sowjetunion zu unternehmen, völlig grundlos, während die in letzter Zeit stattfindende Verschiebung deutscher Truppen, die von den Operationen auf dem Balkan frei geworden sind, in östliche und nordöstliche Gebiete Deutschlands, wie angenommen werden muß, mit anderen Motiven, die in keinem Zusammenhang zu den sowjetisch-deutschen Beziehungen stehen, verbunden ist;

3. die Sowjetunion, wie dies aus ihrer Friedenspolitik resultiert, erfüllt und beabsichtigt zu erfüllen die Bedingungen des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes, infolgedessen sind alle Gerüchte darüber, daß die Sowjetunion sich auf einen Krieg mit Deutschland vorbereitet, erlogen und provokatorisch;

4. die gegenwärtig stattfindenden sommerlichen Einberufungen der Reservisten der Roten Armee und die bevorstehenden Manöver bezwecken nichts anderes als eine Schulung der Reservisten und die Kontrolle der Arbeit des Eisenbahnapparats, was, wie bekannt, jedes Jahr erfolgt; infolgedessen erscheint es zum mindesten albern, diese Maßnahmen der Roten Armee als feindselige Aktion gegenüber Deutschland einzustellen.

SCHULENBURG

Nr. 257

Film 93, S. 103 716

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Gesandten in Budapest

Telegramm

VENEDIG, den 15. Juni 1941, 21,40 Uhr
Ankunft: den 15. Juni 1941, 22,15 Uhr[1])

1) Chiffrierbüro Aus. Amt
2) Diplogerma Budapest

Nr. 552 vom 15. 6.

Geheimvermerk für geheime Reichssachen

Für Gesandten[2]) persönlich.

Ich bitte Sie, dem ungarischen Ministerpräsidenten[3]) folgendes mitzuteilen:

Im Hinblick auf die starke Anhäufung russischer Truppen an der deutschen Ostgrenze werde der Führer voraussichtlich bis spätestens

Anfang Juli gezwungen sein, das deutsch-russische Verhältnis eindeutig zu klären und hierbei gewisse Forderungen zu stellen. Da der Ausgang dieser Verhandlungen nicht abzusehen sei, halte die Deutsche Regierung es für notwendig, daß auch Ungarn seinerseits Schritte zur Sicherung seiner Grenzen unternimmt.

Der vorstehende Auftrag ist streng vertraulicher Natur. Ich bitte, dies auch dem ungarischen Ministerpräsidenten gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

RIBBENTROP

---

1) Randvermerk: unter Nr. 1021 nach Budapest weitergegeben. Telegrammkontrolle 15. 6.

2) Dr. Otto von Erdmannsdorff.

3) László von Bárdossy.

Nr. 258

Film 105, S. 113 558—113 562

Der Reichsaußenminister an den Deutschen Botschafter in Moskau

Telegramm

Berlin, den 21. Juni 1941.

Diplogerma Moskau

Citissime!
Funkweg!

Für Botschafter persönlich!

1. Mit Eingang dieses Telegramms ist sofort das gesamte, dort noch vorhandene Chiffriermaterial zu vernichten. Der Funkapparat ist unbrauchbar zu machen.

2. Ich bitte Sie, sofort Herrn Molotow zu benachrichtigen, daß Sie ihm eine dringliche Mitteilung zu machen hätten und ihn deshalb unverzüglich aufzusuchen wünschten. Gleich darauf bitte ich Herrn Molotow folgende Erklärung abzugeben:

„Dem Sowjetbotschafter in Berlin[1]) wird zu dieser Stunde durch den Reichsminister des Auswärtigen ein Memorandum übergeben, in dem das nachstehend in kurzer Zusammenfassung Wiedergegebene eingehend dargelegt wird:

1. Die Reichsregierung hat 1939 unter Zurückstellung schwerwiegender Bedenken, die sich aus dem Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus ergaben, den Versuch unternommen, zu einer Verständigung mit Sowjetrußland zu gelangen. Auf Grund

der Verträge vom 23. August und 28. September 1939 führte die Reichsregierung eine grundsätzliche Umstellung ihrer Politik gegenüber der UdSSR durch und nahm seitdem eine freundschaftliche Haltung zur Sowjetunion ein. Diese wohlwollende Politik ermöglichte der Sowjetunion große außenpolitische Erfolge.

Die Reichsregierung glaubte dabei mit Recht annehmen zu dürfen, daß fortan beide Völker unter Respektierung ihrer Regime ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Partners zu einer guten dauernden Nachbarschaft kommen würden. Leider stellte sich schnell heraus, daß die Reichsregierung sich in dieser Annahme gründlich getäuscht hatte.

II. Die Komintern hat schon bald nach Abschluß der deutsch-russischen Verträge ihre Zersetzungsarbeit gegen Deutschland erneut aufgenommen, wobei die amtlichen sowjetrussischen Vertretungen Hilfestellung boten. In großem Umfang wurden nachweislich Sabotage, Terror und kriegsvorbereitende Spionage in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht betrieben. In allen Deutschland benachbarten Ländern und in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten wurde gegen Deutschland gehetzt und gegen den deutschen Versuch, eine stabile Ordnung in Europa aufzurichten, gearbeitet. Jugoslawien wurden vom sowjetrussischen Generalstabschef[2]) bereitwillig Waffen gegen Deutschland angeboten, wie die Belgrader Aktenfunde beweisen. Die bei Abschluß der Verträge mit Deutschland abgegebenen Erklärungen der UdSSR über die beabsichtigte Zusammenarbeit mit Deutschland erwiesen sich so als bewußte Irreführung und Täuschung und der Abschluß der Verträge selbst als ein taktisches Manöver, um für Rußland vorteilhafte Abmachungen zu erreichen. Der Leitgedanke blieb die Schwächung der nicht bolschewistischen Länder, um sie leichter zersetzen und zur gegebenen Zeit niederschlagen zu können.

III. Auf außenpolitischem und militärischem Gebiete kam deutlich zum Ausdruck, daß es der UdSSR im Gegensatz zu der beim Abschluß der Verträge abgegebenen Erklärung, die in ihre Interessensphäre fallenden Staaten nicht bolschewisieren und annektieren zu wollen, darauf ankam, ihre militärische Macht überall, wo es ihr möglich erschien, nach Westen vorzuschieben und die Bolschewisierung weiter nach Europa hineinzutragen. Das Vorgehen der UdSSR gegen das Baltikum, Finnland und Rumänien, wo sich der Sowjetanspruch selbst auf die Bukowina erstreckte, zeigten dies klar. Die Besetzung und Bolschewisierung der ihr zuerkannten Interessensphäre durch die Sowjetunion verstieß eindeutig gegen die Moskauer Vereinbarungen, wenn sich auch die Reichsregierung mit den so geschaffenen Tatsachen zunächst abfand.

IV. Als Deutschland die durch das Vorgehen der UdSSR gegen Rumänien in Südosteuropa entstandene Krise durch den Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 beschwor, erhob die Sowjetunion Beschwerde und ging dazu über, auf allen Gebieten intensive militärische Vorbereitungen zu treffen. Deutschlands erneute Anstrengung zur Verständigung, die in dem Briefwechsel des RAM's mit Herrn Stalin und der Einladung Herrn Molotows nach Berlin zum Ausdruck kam, zeitigte Forderungen der Sowjetunion, die Deutschland nicht annehmen konnte, wie die Garantie Bulgariens durch die UdSSR, die Schaffung einer Basis für sowjetrussische Land- und Seestreitkräfte an den Meerengen und die völlige Preisgabe Finnlands. In der Folge trat dann die gegen Deutschland gerichtete Politik der Sowjetunion immer offener zutage. Die Warnung Deutschlands vor einer Besetzung Bulgariens und die an Bulgarien gerichtete Erklärung nach dem Einmarsch deutscher Truppen[3]), die direkt feindseligen Charakter trug, waren hierfür ebenso bezeichnend wie die im März 1941 der Türkei gegebene Rückendeckung[4]) für den Fall eines türkischen Eintritts in den Krieg auf dem Balkan.

V. Mit dem Abschluß des sowjetrussisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes vom 5. April d. J., der den Belgrader Putschisten den Rücken stärken sollte, trat die UdSSR hinter die gemeinsame englisch-jugoslawisch-griechische Front gegen Deutschland. Gleichzeitig versuchte sie die Annäherung an Rumänien, um dieses Land zum Abfall von Deutschland zu veranlassen. Nur an den raschen deutschen Siegen scheiterte der englisch-russische Plan eines Angriffs gegen die deutschen Truppen in Rumänien und Bulgarien.

VI. Begleitet wurde diese Politik von einer ständig zunehmenden Konzentrierung der gesamten verfügbaren russischen Streitkräfte auf einer langen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, gegen die von deutscher Seite erst später Gegenmaßnahmen getroffen wurden. Seit Anfang d. J. ergab sich daraus eine immer zunehmende Bedrohung des Reichsgebietes. Die Nachrichten der letzten Tage beseitigen die letzten Zweifel an der Aggressivität dieses russischen Aufmarsches und vervollständigen das Bild einer aufs äußerste gespannten militärischen Lage. Hinzutreten die aus England kommenden Nachrichten über die Verhandlungen des Botschafters Cripps zwecks noch engerer politischer und militärischer Zusammenarbeit Englands und Sowjetrußlands.

Zusammenfassend erklärt daher die Reichsregierung, daß die Sowjetregierung den von ihr übernommenen Verpflichtungen zuwider

1. ihre gegen Deutschland und Europa gerichteten Zersetzungsversuche nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt hat,

2. ihre Außenpolitik in sich immer steigerndem Maße deutschfeindlich eingestellt hat,
3. mit ihren gesamten Streitkräften an der deutschen Grenze sprungbereit aufmarschiert ist. Damit hat die Sowjetregierung die Verträge mit Deutschland gebrochen und ist im Begriff, Deutschland in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen. Der Führer hat daher der deutschen Wehrmacht den Befehl erteilt, dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten."

Schluß der Erklärung.

Auf irgendeine Erörterung dieser Mitteilung bitte ich Sie sich nicht einzulassen. Es ist Sache der Sowjetrussischen Regierung, für die persönliche Sicherheit des Botschaftspersonals zu sorgen.

RIBBENTROP.

---

1) W. G. Dekanosow.
2) General G. K. Zhukow.
3) Erklärung der Sowjetregierung: Rundfunk vom 3. März 1941; vgl. auch Dokumente Nr. 219 und 220.
4) Vgl. S. 324, Anm. 7.

Nr. 259

Film F 20 S. 038—031

Hitler an Mussolini

Brief

Kopie.

[21. Juni 1941]

Seiner Exzellenz dem Königl. Italien. Regierungschef Cav. Benito Mussolini, Rom

Duce!

Ich schreibe Ihnen diesen Brief in einem Augenblick, da monatelange, sorgenvolle Erwägungen sowohl als ein ewiges nervenbelastendes Abwarten im härtesten Entschluß meines Lebens ihr Ende finden. Ich glaube, daß ich nach Vorlage der letzten russischen Lagekarte sowie unter Würdigung zahlreicher anderer Berichte ein längeres Zusehen nicht mehr verantworten kann, und ich glaube vor allem, daß es keinen Weg mehr gibt, der diese Gefahr beseitigt, es sei denn ein weiteres Abwarten, das aber spätestens in diesem oder im nächsten Jahr zum Verderben führen müßte.

Die Lage: England hat diesen Krieg verloren. Mit dem Recht des Ertrinkenden greift es nach jedem Strohhalm, der in seinen Augen als Rettungsanker dienen könnte. Trotzdem sind bestimmte Ge-

dankengänge der Hoffnung dabei natürlich nicht frei von einer Logik. England hat seine Kriege bisher immer noch mit Festlandshilfen geführt. Die Vernichtung Frankreichs — überhaupt die Beseitigung aller westeuropäischen Positionen — lenken die Blicke der britischen Kriegstreiber immer wieder dorthin, von wo aus sie den Krieg einzuleiten versucht hatten, auf Sowjet-Rußland.

Beide Staaten, Sowjet-Rußland und England, sind gleichmäßig interessiert an einem in sich zerfallenen, durch einen langen Krieg ohnmächtig werdenden Europa. Hinter diesen beiden Staaten steht aufputschend und lauernd die Nordamerikanische Union. Seit der Liquidierung Polens zeigt sich in Sowjet-Rußland eine konsequente Richtung, die — wenn auch klug und vorsichtig — jedoch unentwegt zur alten bolschewistischen Tendenz der Ausbreitung des Sowjet-Staates zurückkehrt. Die zu dem Zweck notwendige Verlängerung des Krieges soll durch eine Fesselung deutscher Kräfte im Osten erreicht werden, so daß besonders luftmäßig die Verantwortung für einen Angriff großen Stils im Westen von der deutschen Führung nicht mehr übernommen werden kann. Ich habe Ihnen, Duce, schon neulich erklärt, daß gerade das gut gelungene Experiment von Kreta[1]) erwiesen hat, wie notwendig es ist, bei einer so viel größeren Aufgabe gegen England aber auch wirklich das letzte Flugzeug zum Einsatz zu bringen. Es kann in diesem Entscheidungskampf so kommen, daß man am Ende nur mit wenigen Geschwadern Überschuß siegt. Ich werde keinen Augenblick zögern, eine solche Verantwortung zu übernehmen, wenn ich, von allen anderen Vorbedingungen abgesehen, wenigstens die eine Sicherheit besitze, dann nicht plötzlich aus dem Osten angegriffen oder auch nur bedroht zu werden. Der Aufmarsch der russischen Kräfte — ich habe die letzte Karte durch General Jodl Ihrem hiesigen Attaché, dem General Maras[2]), vorlegen lassen — ist ungeheuer. Es sind eigentlich alle verfügbaren russischen Kräfte an unseren Grenzen. Seit Einbruch der warmen Jahreszeit wird außerdem an zahlreichen Sicherungen gearbeitet. Wenn mich die Umstände veranlassen würden, die deutsche Luftwaffe gegen England einzusetzen, besteht die Gefahr, daß dann Rußland seinerseits mit Erpressungen im Süden und im Norden beginnt, denen ich einfach aus dem Gefühl der luftmäßigen Unterlegenheit stillschweigend nachgeben müßte. Es wäre mir vor allem dann auch nicht möglich, mit den im Osten befindlichen Divisionen gegen russische Befestigungswerke ohne ausreichende Unterstützung einer Luftwaffe zum Angriff anzutreten. Will ich mich nun dieser Gefahr nicht aussetzen, dann wird vielleicht das ganze Jahr 1941 verstreichen, ohne daß sich an der allgemeinen Situation etwas ändert. Im Gegenteil. England wird erst recht nicht friedensbereit sein, denn es hat immer noch die Hoffnung auf den russischen Partner.

Ja, diese Hoffnung muß mit dem Fortschreiten des Fertigwerdens der russischen Wehrmacht naturgemäß eher noch zunehmen. Und dahinter steht die für das Jahr 1942 erhoffte amerikanische Massenlieferung an Kriegsmaterial.

Davon abgesehen, Duce, steht es noch nicht einmal fest, ob wir diese Zeit überhaupt bekommen, denn bei einer so gigantischen Anhäufung von Kräften auf beiden Seiten — ich war ja gezwungen, nun auch meinerseits immer mehr Panzerkräfte an die Ostgrenze zu werfen, sowie Finnland und Rumänien auf die Gefahr aufmerksam zu machen — besteht die Möglichkeit, daß in irgendeinem Augenblick ganz von selber die Gewehre losgehen. Ein Zurückziehen meinerseits aber müßte einen schweren Prestigeverlust für uns nach sich ziehen. Dies wäre besonders unangenehm in seinen möglichen Rückwirkungen auf Japan. Ich bin daher nach einem ewigen Grübeln doch zu dem Entschluß gekommen, diese Schlinge lieber vorzeitig zu durchhauen, ehe sie zugezogen werden kann. Ich glaube, Duce, daß ich damit unserer gemeinsamen Kriegsführung in diesem Jahr den wahrscheinlich größten Dienst erweise, den es gibt. Denn mein Gesamturteil ist jetzt so:

1. Frankreich ist nach wie vor ein unsicherer Kantonist. Eine unbedingte Gewähr dafür, daß Nordafrika nicht plötzlich abtrünnig wird, besteht nicht.

2. Nordafrika selbst ist, soweit es sich um Ihre Kolonien, Duce, handelt, bis zum Herbst wohl jeder Gefahr entrückt. Ich nehme an, daß die Engländer mit ihrem letzten Angriff[3]) Tobruk entsetzen wollten. Ich glaube nicht, daß sie in absehbarer Zeit in der Lage sein werden, dies zu wiederholen.

3. Spanien ist zaghaft und wird — leider befürchte ich — erst dann Partei ergreifen, wenn der Krieg als solcher entschieden ist.

4. In Syrien wird auf die Dauer der französische Widerstand, ob mit oder ohne unsere Hilfe, kaum aufrecht zu erhalten sein.

5. Ein Angriff auf Ägypten kommt vor Herbst überhaupt nicht in Frage. Ich halte es aber in Anbetracht der ganzen Situation für notwendig, in Tripolis selbst an den Aufbau einer operationsfähigen Truppe zu denken, die, wenn notwendig, auch nach Westen angesetzt werden kann. Es ist selbstverständlich, Duce, daß über diese Gedanken das strengste Stillschweigen herrschen muß, denn wir können sonst nicht erwarten, daß Frankreich die Erlaubnis zum Transport von Waffen und Munition über seine Häfen aufrecht erhält.

6. Ob Amerika in den Krieg eintritt oder nicht, ist insofern gleichgültig, als es unseren Gegner nach allen Kräften unterstützt, die es zu mobilisieren in der Lage ist.

7. Die Lage in England selbst ist schlecht, die Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen wird dauernd schwieriger. Der Kriegswille lebt im Grunde genommen nur auf Hoffnungen. Diese Hoffnungen basieren ausschließlich auf zwei Annahmen: Rußland und Amerika. Amerika zu beseitigen, besitzen wir keine Möglichkeit. Rußland auszuschalten aber liegt in unserer Macht. Die Ausschaltung Rußlands bedeutet gleichzeitig eine ungeheure Entlastung Japans in Ostasien und damit die Möglichkeit einer viel stärkeren Bedrohung des amerikanischen Vorgehens durch eine japanische Intervention.

Ich habe mich, wie schon erwähnt, unter diesen Umständen entschlossen, dem heuchlerischen Theater des Kreml ein Ende zu bereiten. Ich nehme an, d. h. ich bin überzeugt, daß sich an diesem Kampf, der ja letzten Endes Europa auch für die Zukunft von einer großen Gefahr befreien wird, Finnland ohne weiteres beteiligt, und ebenso auch Rumänien. General Maras hat mitgeteilt, daß Sie, Duce, ebenfalls wenigstens ein Korps zur Verfügung stellen wollen. Wenn Sie diese Absicht haben, Duce, — die ich selbstverständlich mit dankerfülltem Herzen annehme — wird die Zeit zur Realisierung noch genügend lang sein, denn auf diesem gewaltigen Kriegsschauplatz wird das Antreten ohnehin örtlich nicht überall zur gleichen Zeit stattfinden können. Die entscheidende Hilfe, Duce, können Sie aber immer dadurch bieten, daß Sie Ihre Kraft in Nordafrika verstärken, wenn möglich auch mit dem Blick von Tripolis nach dem Westen, daß Sie weiter zum Aufbau einer wenn auch zunächst nur kleinen Gruppe kommen, die für den Fall eines französischen Vertragsbruchs sofort in Frankreich selbst mit einmarschieren kann, und endlich, indem Sie vor allem den Luftkrieg und, soweit es überhaupt möglich ist, den U-Bootskrieg verstärkt ins Mittelmeer tragen.

Was die Sicherung der Gebiete im Westen anlangt, von Norwegen bis einschließlich Frankreich, so sind wir dort — soweit es sich um Heerestruppen handelt — stark genug, um jeder Eventualität blitzschnell zu begegnen. Was den Luftkrieg gegen England anbelangt, werden wir uns einige Zeit defensiv verhalten, d. h. aber nicht, daß wir etwa außerstande wären, britischen Angriffen auf Deutschland zu begegnen; im Gegenteil, wir werden — wenn notwendig — nach wie vor rücksichtslose Bombenangriffe auf das britische Heimatland zu starten in der Lage sein. Auch unsere Jagdabwehr wird

genügen. Sie besteht aus den besten Geschwadern, die wir überhaupt besitzen.

Was den Kampf im Osten anlangt, Duce, so wird er sicherlich hart sein, aber ich zweifle keine Sekunde an einem großen Erfolg. Ich hoffe vor allem, daß es uns dann möglich ist, in der Ukraine auf längere Sicht hin eine gemeinsame Ernährungsbasis zu sichern, die uns jene Zuschüsse liefern wird, die wir vielleicht in der Zukunft benötigen. Ich darf aber hier einfügen, daß — soweit es bis jetzt zu übersehen ist — die diesmalige deutsche Ernte eine sehr gute zu werden verspricht. Es ist denkbar, daß Rußland versucht, das rumänische Ölgebiet zu zerstören. Wir haben eine Abwehr aufgebaut, die, glaube ich wenigstens, das Äußerste verhindern wird. Im übrigen ist es die Aufgabe unserer Armeen, diese Bedrohung so schnell als möglich zu beseitigen.

Wenn ich Ihnen, Duce, erst in diesem Augenblick diese Mitteilung zugehen lasse, dann geschieht es, weil die endgültige Entscheidung selbst erst heute um 7 Uhr abends fällt. Ich bitte Sie daher herzlich, vor allem auch jede Verständigung Ihres Botschafters in Moskau ausfallen zu lassen, da eine absolute Sicherheit über das Nichtentziffernkönnen unserer chiffrierten Berichte nicht besteht. Auch ich lasse erst in der letzten Minute meinem eigenen Botschafter die getroffenen Entschlüsse mitteilen.

Das Material, das ich jetzt allmählich zu veröffentlichen gedenke, ist so umfangreich, daß die Welt mehr Gelegenheit haben wird, sich über unsere Langmut zu wundern als über unseren Entschluß, soferne sie nicht zu jenem Teil gehört, der aus Prinzip unser Gegner ist und bei dem Argumente deshalb von vornherein keinen Zweck haben.

Was immer nun auch kommen mag, Duce, unsere Situation kann durch diesen Schritt nicht schlechter, sie kann nur besser werden. Auch wenn ich am Ende dieses Jahres noch gezwungen sein sollte, 60 oder 70 Divisionen in Rußland stehen zu lassen, so ist das nur ein Bruchteil der Kräfte, die ich jetzt an der östlichen Front dauernd verbrauche. Sollte England aus den sich bietenden harten Tatsachen trotzdem keine Konsequenzen ziehen, dann werden wir, hinter uns den Rücken frei, mit einer erhöhten Kraft uns der Erledigung dieses Gegners zuwenden können. Was in unserem deutschen Vermögen liegt, Duce, das kann ich Ihnen versprechen, wird dann geschehen.

Alle Ihre Wünsche, Anregungen und Hilfen, die Sie, Duce, für den vor uns stehenden Fall mir zukommen lassen wollen, bitte ich, entweder mir selbst mitzuteilen oder gleich durch Ihre militärischen Stellen mit meinem Oberkommando vereinbaren zu lassen.

Abschließend darf ich Ihnen nun noch eines sagen, Duce. Ich fühle mich, seit ich mich zu diesem Entschluß durchgerungen habe, innerlich wieder frei. Das Zusammengehen mit der Sowjet-Union hat mich bei aller Aufrichtigkeit des Bestrebens, eine endgültige Entspannung herbeizuführen, doch oft schwer belastet; denn irgendwie schien es mir doch ein Bruch mit meiner ganzen Herkunft, meinen Auffassungen und meinen früheren Verpflichtungen zu sein. Ich bin glücklich, daß ich diese Seelenqualen nun los bin.

Mit herzlichen und kameradschaftlichen Grüßen

Ihr

[ADOLF HITLER]

---

1) 20. Mai bis 1. Juni 1941: Kampf um Kreta; Einsatz deutscher Fallschirmtruppen und Luftlandetruppen.

2) Generalleutnant Efisio Marras, Militärattaché bei der Italienischen Botschaft in Berlin.

3) 15.—17. Juni 1941: Kämpfe an der Sollumfront.

Nr. 260

Film 34, S. 24 545—24 546

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Film 34, S. 24 547—24 548

St. S. Pol. Nr. 411 BERLIN, den 21. Juni 1941

Aufzeichnung

Der russische Botschafter, der heute den Herrn Reichsaußenminister hatte aufsuchen wollen und an seiner Stelle an mich verwiesen wurde, suchte mich heute abend um 21.30 Uhr auf und übergab mir die beifolgende Verbalnote.

Diese Note greift zurück auf eine Beschwerde der russischen Regierung vom 21. 4. ds. Js.[1]) betreffend die Überfliegung Sowjetgebietes durch deutsche Flugzeuge im Frühjahr ds. Js. in 80 Fällen. Inzwischen hätten sich, so sagt die Note, noch weitere 180 ähnliche Fälle ereignet, wegen deren die Sowjet-Grenzwache jeweils bei den deutschen Grenzvertretern durch einen Protest vorstellig geworden sei. Auch hätten die Einflüge einen systematischen und absichtlichen Charakter angenommen.

Zum Schluß spricht die Verbalnote die Erwartung aus, die deutsche Regierung werde Maßnahmen zwecks Einstellung dieser Grenzverletzungen ergreifen.

Ich habe dem Sowjetbotschafter folgendes erwidert: Da mir das Nähere nicht bekannt und (mir)[2]) insbesondere über die angeblichen an

an der Grenze zwischen den örtlichen Instanzen stattgehabten Proteste nichts geläufig sei, müsse ich die Verbalnote den zuständigen Stellen zur Kenntnis bringen. Ich wolle der deutschen Antwort nicht vorgreifen. Nur soviel möchte ich bereits vorweg sagen, daß mir umgekehrt eine Fülle sowjetrussischer Flugzeug-Grenzverletzungen über deutschem Gebiet bekannt geworden sei; zu einer Beschwerde habe infolgedessen die deutsche Regierung Anlaß und nicht die russische.

Als Herr Dekanosow das Gespräch noch etwas fortspinnen wollte, habe ich ihm erklärt, da ich vollkommen anderer Ansicht sei als er und die Meinung meiner Regierung vorbehalten müsse, wäre es besser, das Gespräch jetzt nicht zu vertiefen. Die Antwort würde später erfolgen.

Der Botschafter stimmte dem Verfahren zu und verließ mich.

Ich habe zu dem Gespräch, da ein deutscher Dolmetscher für das Russische zur Zeit nicht aufzutreiben war, Herrn Gesandten von Grundherr als Zeugen zugezogen.

Hiermit dem

Herrn Reichsaußenminister.

(von WEIZSÄCKER)

---

[1]) Dokument Nr. 239.

[2]) Film 105, S. 113 542.

Verbalnote der Botschaft der UdSSR an die Reichsregierung

Abschrift

Übersetzung

Botschaft der Union der Sozialistischen
Sowjet-Republiken in Deutschland

zur Nr. o13 166

Verbalnote

Im Auftrage der Sowjet-Regierung beehrt sich die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken in Deutschland, der Deutschen Regierung über folgendes Erklärung zu machen:

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR teilte der Deutschen Botschaft in Moskau mit der Verbalnote vom 21. April über die Verletzungen der Staatsgrenze der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken durch deutsche Flugzeuge mit, die sich in der Zeit vom 27. März bis zum 18. April d. J. in 80 von der Sowjet-Grenzwache registrierten Fällen ausdrückten. Die Antwort der Deutschen Regierung auf die obenerwähnte Note ist jedoch von der Sowjet-Regierung bis jetzt noch nicht erhalten worden. Im Gegen-

teil, die Sowjet-Regierung muß feststellen, daß die Verletzungen der Sowjet-Grenze durch deutsche Flugzeuge in den letzten zwei Monaten, nämlich vom 19. April d. J. bis zum einschließlich 19. Juni d. J. nicht nur nicht aufgehört haben, sondern sich immer vermehren und haben einen systematischen Charakter übernommen, indem sie im angegebenen Zeitraum 180 Fälle erreichten, im Bezug auf jeden von denen von der Sowjet-Grenzwache den deutschen Grenzvertretern rechtzeitig ein Protest angesagt wurde. Die Systematik dieser Einflüge und die Tatsache, daß in einer Reihe von Fällen die deutschen Flugzeuge auf 100—150 und mehr Kilometer in die UdSSR einfliegen, schließen die Möglichkeit aus, die Zufälligkeit der Verletzung der Grenze der UdSSR durch die deutschen Flugzeuge zu vermuten.

Indem die Sowjet-Regierung die Aufmerksamkeit der Deutschen Regierung auf diesen Umstand lenkt, erwartet sie von der Deutschen Regierung die Ergreifung von Maßnahmen zur Einstellung der Verletzungen der Sowjet-Grenze durch deutsche Flugzeuge.

BERLIN, den 21. Juni 1941

Nr. 261

Film 105, S. 113 550

Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt

Telegramm

MOSKAU, den 22. Juni 1941, 01.17 Uhr
Ankunft: den 22. Juni 1941, 02.30 Uhr

Citissime

Nr. 1424 vom 21. 6. 41

Geheim!

Molotow bat mich heute abend um 9 Uhr 30 zu sich. Nachdem er die angeblich wiederholten Grenzverletzungen durch deutsche Flugzeuge mit dem Bemerken erwähnt hatte, daß Dekanosow den Auftrag erhalten habe, in dieser Angelegenheit beim Herrn Reichsaußenminister vorzusprechen, führte Molotow nachstehendes aus:

Eine Reihe von Anzeichen erwecken den Eindruck, daß die deutsche Regierung unzufrieden mit der Sowjetregierung sei. Es seien sogar Gerüchte im Umlauf, daß sich ein Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion vorbereitet. Sie würden genährt durch die Tatsache, daß von deutscher Seite auf die Tass-Mitteilung vom 13. Juni[1]) in keiner Weise reagiert worden, ja daß sie in Deutschland nicht einmal veröffentlicht worden sei. Die Sowjetregierung

könne sich Ursache der deutschen Unzufriedenheit nicht erklären. Wenn die jugoslawische Frage seinerzeit Anlaß zu einer solchen Unzufriedenheit gegeben hätte, so glaube er — Molotow — durch seine früheren Mitteilungen diese Frage, die im übrigen gar nicht mehr aktuell sei, geklärt zu haben. Er wäre dankbar, wenn ich ihm sagen könnte, welche Gründe die gegenwärtige Lage des deutsch-sowjetrussischen Verhältnisses hervorgerufen hätten.

Ich erwiderte, daß ich seine Frage nicht beantworten könne, da mir diesbezügliche Informationen fehlen. Ich würde aber seine Mitteilung nach Berlin weitergeben.

SCHULENBURG

---

1) Dokument Nr. 256.

Nr. 262

Film 67, S. 47 072—47 075

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Unterredung zwischen dem Reichsaußenminister und Botschafter Dekanosow am 22. Juni 1941

Büro RAM — Aufz. RAM 37/41

Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Herrn Reichsaußenminister und dem sowjetrussischen Botschafter Dekanosow am 22. 6. um 4 Uhr morgens im Auswärtigen Amt.

Der Herr Reichsaußenminister begann die Unterredung mit der Bemerkung, daß die deutsch-feindliche Haltung der Sowjet-Regierung und die schwere Bedrohung, die Deutschland in dem russischen Aufmarsch an der deutschen Ostgrenze erblicke, das Reich zu militärischen Gegenmaßnahmen gezwungen habe. Im einzelnen würde Dekanosow die Begründung für die deutsche Haltung in einem Memorandum[1]) dargelegt finden, das der Herr Reichsaußenminister ihm anschließend überreichte. Der Herr Reichsaußenminister fügte hinzu, daß er diese Entwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses sehr bedauere, da gerade er alles versucht habe, ein besseres Verhältnis zwischen den beiden Ländern herzustellen. Es hätte sich jedoch leider herausgestellt, daß die weltanschaulichen Gegensätze zwischen den beiden Ländern stärker geworden seien als die Vernunft, auf der[2]) er, der Herr Reichsaußenminister, seine Hoffnung gesetzt hätte. Weiteres habe er, so schloß der Herr Reichsaußenminister, seinen Bemerkungen nicht hinzuzufügen.

Dekanosow erwiderte, daß er um einen Empfang beim Herrn Reichsaußenminister gebeten habe, weil er im Namen der Sowjet-Regierung

einige Fragen vorbringen wollte, die seiner Ansicht nach der Klärung bedürften.

Der Herr Reichsaußenminister erwiderte darauf, daß er dem, was er bereits ausgeführt habe, nichts weiter hinzuzufügen hätte. Er habe gehofft, daß die beiden Länder zu einem vernünftigen Verhältnis miteinander gelangen würden. Diese große Hoffnung sei jedoch aus Gründen enttäuscht worden, die im einzelnen in dem soeben überreichten Memorandum auseinandergesetzt würden. Die deutschfeindliche Politik der Sowjet-Regierung, die ihren Höhepunkt in dem Abschluß eines Paktes mit Jugoslawien im Augenblick des deutsch-jugoslawischen Konfliktes gefunden habe, sei schon seit Jahresfrist erkennbar gewesen[3]). In einem Augenblick, in dem Deutschland in einem Kampf auf Tod und Leben begriffen sei, habe die Haltung Sowjet-Rußlands, besonders der Aufmarsch der russischen Streitkräfte an der Sowjet-Grenze eine so schwere Bedrohung des Reichs dargestellt, daß sich der Führer entschließen mußte, militärische Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Politik des Ausgleichs zwischen beiden Ländern habe also keinen Erfolg gehabt. Dies sei jedoch keineswegs Schuld der Reichsregierung, die den deutsch-russischen Vertrag bis ins einzelne genau durchgeführt habe, sondern sei vielmehr zurückzuführen auf eine bereits seit längerer Zeit bestehende feindliche Einstellung Sowjet-Rußlands gegenüber Deutschland. Unter dem Eindruck der schweren Bedrohung politischer und militärischer Art, die von Sowjet-Rußland ausgehe, habe Deutschland seit heute vormittag die entsprechenden Gegenmaßnahmen auf militärischem Gebiet getroffen. Der Herr Reichsaußenminister bedauerte, diesen Bemerkungen nichts weiter hinzufügen zu können, besonders, da er selbst habe feststellen müssen, daß es ihm trotz ernsthafter Bemühungen nicht gelungen sei, zwischen beiden Ländern ein vernünftiges Verhältnis herzustellen.

Dekanosow erwiderte kurz, daß er auch seinerseits diese Entwicklung außerordentlich bedaure, die auf einer vollständig irrtümlichen Auffassung der deutschen Regierung beruhe und er angesichts dieser Sachlage nichts weiter zu bemerken habe, als daß der Status der Russischen Botschaft nunmehr wohl mit der zuständigen deutschen Stelle geregelt werden würde.

Darauf verabschiedete er sich kurz von dem Herrn Reichsaußenminister.

BERLIN, den 22. Juni 1941

(Gesandter SCHMIDT)

---

1) Vgl. Dokument Nr. 240, Anm. 1.

2) So Vorlage.

3) ‚erkennbar gewesen': handschriftlich eingesetzt nach Ausstreichung von: ‚in einem antideutschen Fahrwasser verlaufen'.

Bemerkungen über die Akten

Die für diese Veröffentlichung ausgewählten Aktenstücke stammen aus den Sonderakten des Reichsaußenministers, sowie aus den regulären Akten des Auswärtigen Amts und aus den Akten der Deutschen Botschaft in Moskau, die 1941 kurz vor Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion nach Deutschland zurückgeschafft wurden.

Die Sonderakten des persönlichen Büros des Reichsaußenministers bestehen aus Abschriften ausgewählter Stücke aus den regulären Akten des Auswärtigen Amts.

Die Schriftstücke aus den regulären Akten des deutschen Auswärtigen Amts stammen aus den Registraturen der folgenden Dienststellen des Amts: Reichsaußenminister; Staatssekretär, Unterstaatssekretär; Politische Abteilung (Pol.), insbesondere Referat Pol. V, das für die Sowjetunion zuständig war; Handakten von Dr. Ritter, Handelssachverständiger des Auswärtigen Amts, und Dr. Paul Schmidt, Dolmetscher für Hitler und den Reichsaußenminister.

Die Moskauer Botschaftsakten bestehen aus persönlichen Papieren des Botschafters Grafen von der Schulenburg, den geheimen politischen Berichten der Botschaft, den allgemeinen Akten der Botschaft über die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion und zahlreichen anderen Akten, unter denen sich viele vom Auswärtigen Amt an die Botschaft für Informationszwecke gesandte Stücke befinden.

Die Akten des Auswärtigen Amts und der Botschaft wurden von den Deutschen in Bänden zusammengeheftet. Diese Bände sind gefilmt worden und jedes Stück der vorliegenden Sammlung kann durch die an der Spitze jedes Schriftstücks angegebene Filmnummer und die Nummer der Seite auf dem Film identifiziert werden. Die nachfolgende Liste der bei der Bearbeitung des vorliegenden Bandes herangezogenen Filme erlaubt sofortige Feststellung, in welchem Aktenband des Archivs des deutschen Auswärtigen Amts sich die für die Veröffentlichung gebrauchte Vorlage befindet.

Seriennummer des Films	Deutscher Aktenband
F 1—F 20	Sonderakten des Reichsaußenministers
34 Seiten 23 886 bis 24 248	Staatssekretär: Rußland Juli—Dezember 1939
34 Seiten 23 181/1 bis 23 885 und 24 249—24 882	Büro Unterstaatssekretär: Sowjetunion Mai 1939 bis Mai 1941
66	Akten von Dr. Paul Schmidt (Leiter des Büros des Reichsaußenministers). Bd. 1: 16 II 1939—24 XII 1940
	2: 1941
67	3: 1941
	4: 1942
	5: 1942
93	Staatssekretär: Ungarn, Bd. 4: 1 V 1941—20 IX 1941
103	Staatssekretär: Rußland, Bd. 1: 25 I 1939—31 X 1939
104	2: 1 XI 1939—24 VI 1940
	3: 25 VI 1940—31 XII 1940
	4: 1 I 1941—30 IV 1941
105	5: 1 V 1941—30 VI 1941
127	Botschaft Moskau: Pol 2 Nr. 1: Politische Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland, Bd. 1: 1 I 1939—31 VIII 1939
	2: 1 IX 1939—31 XII 1939
	3: 1 I 1940—31 XII 1940
147	Reichsaußenminister: Polen-Konflikt, 22 VIII 1939—3 IX 1939
155	Pol VIII Japan 2, Bd. 5: Politische Beziehungen Japans zu Deutschland 8 III 1939—29 XI 1939
165	Botschaft Moskau: Pol g; Geheime politische Akten, Bd. 3: 1 XI 1940—31 III 1941
	4: 1 IV 1941—18 V 1941
177	Staatssekretär: Japan, Bd. 3: 1 IV 1941—30 VI 1941
270	Botschaft Moskau: Pol g: Geheime politische Akten, Bd. 1: 8 IV 1940—19 VIII 1940
273	Pol V Rußland 2 Nr. 3 Molotow: Besuch Molotows in Berlin im November 1940
276	Botschaft Moskau: Persönliche Akten des Botschafters Graf von der Schulenburg. Politisches, Bd. 1: 3 X 1938—23 VIII 1940
285	Botschaft Moskau: Pol g, Geheime politische Akten, Band 2: 20 VIII 1940—31 X 1940
292	Botschaft Moskau: S Pol g: Sonderakte Politik (Geheim), 25 XI 1940—3 III 1941

Seriennummer des Films	Deutscher Aktenband
354	Botschaft Moskau: SD Pol 2: Krieg, Sonderakte: Politische Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten, Krieg, Bd. 2: 1 I 1940—24 IV 1940
357	Bd. 3: 24 IV 1940—31 X 1940
380	Botschaft Moskau: Pol 2 Nr. 3 Balk, Politik: Politische Beziehungen der Sowjetunion zu den Balkanstaaten, Bd. 3: 21 VI 1940—31 I 1941
384	Pol V Rußland 2: Politische Beziehungen Rußlands zu Deutschland, Bd. 3: 6 I 1940—17 XII 1940
388	Bd. 2: 12 I 1939—30 XII 1939
407	Unterstaatssekretär: Zwischenfall Litauen—Sowjetunion; Estland, Lettland 4 X 1939—13 IX 1940
426	Botschaft Moskau: Pol Mil g: Militärische Angelegenheiten (Geheim), Bd. 1: 8 IV 1940—19 V 1941
432	Botschaft Moskau: Pol 2 Nr. 3 Balt, Politik: Politische Beziehungen der Sowjetunion zu den Baltischen Staaten, Bd. 2: 30 V 1940—30 IX 1940
439	Staatssekretär: Schriftwechsel in politischen Angelegenheiten, Bd. 6: 1 I 1939—31 XII 1939 (L—Z)
459	Staatssekretär: Differenz zwischen Rumänien und Rußland 23 VI 1940—10 VII 1940
472	Staatssekretär: Politischer Schriftwechsel mit Beamten des Auswärtigen Dienstes, Bd. 6: 1 I 1939—31 XII 1939 (L—Z)
485	Staatssekretär: Aufzeichnungen über Diplomatenbesuche, Bd. 6: 1 I 1939—30 VI 1939 (L—Z)
495	Bd. 7: 1 VII 1939—31 XII 1939 (A—K)
506	Bd. 8: 1 VII 1939—31 XII 1939 (L—Z)
644	Politische Abteilung: Verträge, Sowjetunion 1939—1941
695	Botschaft Moskau: Pol 2 Nr. 1, Bd. 1: Ergänzung zu Film 127
838	Handakten Unterstaatssekretär Hencke: Persönliche Akten, Moskau 1939—1940
1228	Referat Pol Verschluß: Politische Angelegenheiten, Rußland, Bd. 7: 10 VII 1939—31 XII 1940
1337	Handakten Dr. Megerle (Megerle 2, 8): Berichte des OKW an die Reichsregierung über den sowjetrussischen Aufmarsch gegen Deutschland (lithogr.)
1369	Handakten Botschafter Ritter, Moskau, Bd. 1: 20 IX 1939—30 XI 1939
1379	Botschaft Moskau: Pol 2 Nr. 1, Bd. 3: Ergänzung zu Film 127
1448	Botschaft Moskau: Pol g, Bd. 4: Ergänzung zu Film 165
2097	Ha Pol Wiehl (Handakten Wiehl): Rußland, Band 14: März 1940—15 XI 1940

Fundstellen der Dokumente

Serien-nummer des Films	Dokumente
F 2	Nr. 89, 104
F 5	Nr. 178, 179
F 11	Nr. 49, 53
F 15	Nr. 242, 243
F 18	Nr. 119
F 19	Nr. 55, 149
F 20	Nr. 259
34	Nr. 18, 31, 52, 54, 59, 77, 79, 87, 88, 90, 91, 93, 120, 221, 249, 254, 260
66	Nr. 198
67	Nr. 223, 224, 225, 226, 227, 262
93	Nr. 257
103	Nr. 2, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 19, 20, 21, 22, 24, 60, 63, 75, 76, 80, 82, 83, 84, 85, 94, 95, 97, 98, 99, 103, 106, 114, 115, 116, 117, 118, 127, 128, 132, 133, 137, 145, 146, 147, 148
104	Nr. 156, 157, 158, 160, 162, 163, 167, 168, 169, 171, 174, 176, 180, 181, 183, 186, 187, 188, 189, 190, 196, 203, 205, 206, 207, 208, 209, 211, 212, 213, 214, 215, 218, 219, 220, 222, 228, 229, 231, 236, 238, 239
105	Nr. 246, 248, 252, 255, 256, 258, 261
127	Nr. 25, 26, 28, 29, 33, 34, 36, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 61, 62, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 78, 81, 101, 112, 113
147	Nr. 57, 58
155	Nr. 50
165	Nr. 234, 235
177	Nr. 232, 233, 237
270	Nr. 136
273	Nr. 199, 200, 202
276	Nr. 9, 16, 23, 30, 37
285	Nr. 182, 184
292	Nr. 197, 201
354	Nr. 124, 125
357	Nr. 129, 130
380	Nr. 150, 153
384	Nr. 126, 131, 165
388	Nr. 3, 4, 5, 64, 65, 92
407	Nr. 110, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 159, 161, 177
426	Nr. 216, 217, 241, 245, 250, 251, 253
432	Nr. 135
439	Nr. 56
459	Nr. 151, 152, 154, 155
472	Nr. 32
485	Nr. 1
495	Nr. 96, 107, 108, 111
506	Nr. 102, 109
644	Nr. 35, 44, 51, 100, 210
695	Nr. 27, 45, 46, 47, 48
838	Nr. 86
1228	Nr. 134
1337	Nr. 240
1369	Nr. 105
1379	Nr. 121, 122, 123, 164, 166, 170, 172, 173, 175, 191, 192, 193, 194, 195
1448	Nr. 230, 244, 247
2097	Nr. 185
Deutsche Heeres-archive	Nr. 204

Schlüssel für Abkürzungen

A. A.	Auswärtiges Amt
Abt.	Abteilung
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
Antikominternpakt	Abkommen gegen die Kommunistische Internationale
A. o. Gesandter	Außerordentlicher Gesandter
Art.	Artikel
Att.-Abt.	Attaché-Abteilung
Auswärtig Berlin	Telegrammadresse des Auswärtigen Amts
betr.	betreffend
bev.	bevollmächtigt
BRAM	Büro des Reichsaußenministers
bzw.	beziehungsweise
Consugerma	Telegrammadresse deutscher Konsulate
d. h.	das heißt
Diplogerma	Telegrammadresse deutscher diplomatischer Missionen
Div.	Division
d. J. (d. Js.)	des Jahres
d. M.	des Monats
DNB	Deutsches Nachrichten-Büro
d. O.	der Obige
Dômei-Agentur	Japanisches Nachrichtenbüro
Elta (L. T. A.)	Litauische Telegraphenagentur (Amtliches litauisches Nachrichtenbureau) Kaunas (Kowno)
e. o.	ex officio
erg.	ergebenst
E. Z.	europäische Zeit
F. H. Qu.	Führer-Hauptquartier
Fü	Führer
g = geh.	Geheim
geh. Ch.	Geheim-Chiffre
Ges.	Gesandter
gez.	*gezeichnet*
gK = g. Kdos.	geheime Kommandosache
g. Rs.	geheime Reichssache
Gr. verst.	Gruppe verstümmelt
H.	Herr
Ha Pol	Handelspolitische Abteilung des A. A.

I. A.	Im Auftrag
km	Kilometer
K. P. D.	Kommunistische Partei Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
LR.	Legationsrat
LS.	Legationssekretär
M. A. (Mil. Att.)	Militär-Attaché
Mar. Att.	Marine-Attaché
m. E.	meines Erachtens
NB = n. b.	Nota bene!
OKH	Oberkommando des Heeres
OKM	Oberkommando der Kriegsmarine
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Op	Operationsabteilung
OQu	Oberquartiermeister
P	Nachrichten- und Presse-Abteilung des A. A.
p. n.	pro nota
Pol.	Politische Abteilung des A. A.
Politbüro	Politisches Bureau: Ausschuß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion
Pz. Kräfte	Panzer-Kräfte
R	Rechtsabteilung des A. A.
RAM	Reichsaußenminister
Ref.	Referat; Referent
S.	Seite
St. S.	Staatssekretär
t	Tonne
TASS	Telegrafnoe Agenstvo Sovetskogo Sojuza: Telegraphen-Agentur der Sowjetunion
Tel.	Telegramm
Tgb.	Tagebuch
to	Tonne
u.	und
u. a.	unter anderem
u. a. m.	und anderes mehr
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
U. St. S.	Unterstaatssekretär
usw.	und so weiter
vgl.	*vergleiche*
VLR.	Vortragender Legationsrat
v. M.	vorigen Monats
W	Wirtschaftspolitische Abteilung des A. A.
WFST (Wf St)	Wehrmacht-Führungsstab
z. B.	zum Beispiel
z. b. V.	zur besonderen Verwendung
z. D.	zur Disposition (d. h. im einstweiligen Ruhestand)
z. d. A.	zu den Akten
z. Zt.	zur Zeit

Personenverzeichnis*)

Aktay, Ali Haydar, Türkischer Botschafter in Moskau 20. VIII. 1939, S. 186

Alfieri, Dino, Italienischer Botschafter in Berlin 18. V. 1940, S. 305

Apaydin, Zekai, Türkischer Botschafter in Moskau 10. VII. 1935, S. 48

Astachow, Georgij, Botschaftsrat bei der Sowjetbotschaft in Berlin, S. 3, 4, 5, 6, 11, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 29, 31, 35, 36, 38, 40, 41, 43, 44, 49, 50, 51, 54, 60, 61

Babarin, Stellvertretender Sowjet-Handelsvertreter in Berlin, S. 25, 36, 37, 40

Bárdossy von Bárdos, Dr. László, Ungarischer Außenminister 4. II. 1941: Ministerpräsident und Außenminister 3. IV. 1941, S. 388

von Baumbach, Fregatten-Kapitän, Marine-Attaché der Deutschen Botschaft in Moskau, S. 369, 375

Beck, Josef, Oberst, Polnischer Außenminister 2. XI. 1932—1939, S. 16, 19

Bergery, Gaston, Botschafter der Vichy-Regierung in Moskau, April 1941, S. 377

von Blücher, Dr. Wipert, Deutscher Gesandter in Helsinki 13. V. 1935, S. 114, 137, 212

Bolt-Jørgensen, L. B., Dänischer Gesandter in Moskau 28. I. 1939, S. 48

Bräuer, Dr. Curt, Deutscher Gesandter in Oslo 3. XI. 1939, S. 153

von Brauchitsch, Walther, Generaloberst und Oberbefehlshaber des Heeres 1938, Generalfeldmarschall 19. VII. 1940, S. 101

Braun von Stumm, Gustav, VLR 18. XI. 1937, Amtsbezeichnung Gesandter 1938, Stellvertretender Leiter der Nachrichten- und Presse-Abteilung des Auswärtigen Amts, S. 5, 35

Brücklmeier, Dr. Eduard, LR. Büro RAM, S. 113, 114, 115

Bürkner, Leopold, Kapitän z(ur) S(ee), Chef der Abteilung Ausland/Abwehr des OKW (seit Juni 1938), S. 142, 313

Carol II., König von Rumänien 1930 bis September 1940, S. 183, 196

Chamberlain, Neville, Prime Minister 28. V. 1937—10. V. 1940, S. 22, 33, 82, 83, 138

Chen Chieh, Chinesischer Botschafter in Berlin 16. XII. 1938, S. 254

Chiang Kai-shek, Marschall; Oberbefehlshaber der Steitkräfte der Chungking-Regierung, S. 254, 342, 362

Churchill, Winston, Prime Minister 10. V. 1940, S. 302, 322

Ciano di Cortellazzo, Conte Galeazzo, Italienischer Außenminister 9. VI. 1936, S. 60, 61, 124, 195, 254, 306, 345, 349

Clodius, Dr. Carl August, Ges. I. Klasse als Ministerialdirigent 4. XI. 1938, S. 156

*) Bei Diplomaten ist das Datum der Beglaubigung bei fremden Regierungen angegeben, sonst das Datum der Ernennung zur angegebenen Stellung.

Collier, A. C., Lt.-col., Luft-Attaché bei der Englischen Botschaft in Moskau 1935—1937, S. 47

Conrad, Dr. Walter, Ministerialrat, S. 385

Craigie, Sir Robert L., Englischer Botschafter in Tokyo 11. IX. 1937, S. 331

Cripps, Sir Stafford, Englischer Botschafter in Moskau 28. VI. 1940, S. 159, 160, 188, 229, 369, 372, 391, 316, 320

Croy, Reginald Prince de, Belgischer Gesandter in Stockholm 9. III. 1936, S. 165

Csáky, Graf Stephan, Ungarischer Außenminister 10. XII. 1938 bis 27. I. 1941, S. 195

Darré, R. Walther, Reichsbauernführer; Reichs- und Preußischer Minister für Ernährung und Landwirtschaft 30. I. 1933, S. 225

Davidesco, G., Rumänischer Gesandter in Moskau 14. X. 1939, S. 183

Dekanosow, Wladimir Georgewitsch, Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten (April 1940); Beauftragter der Sowjetregierung für den Anschluß Litauens an die Sowjetunion 17. VI. 1940; Botschafter der UdSSR in Berlin 24. XI. 1940 (beglaubigt 19. XII. 1940) bis Juni 1941, S. 173, 190, 201—207, 247, 256, 265, 288, 299, 378, 389, 397 bis 401

Dienstmann, Dr. Carl, VLR 5. VIII. 1936, Gesandter 1. Kl. als Ministerialdirektor 25. VIII. 1938; Vertreter des Leiters der Personal- und Verwaltungs-Abteilung, S. 35

Dittmann, Dr. Herbert, LR 10. VI. 1939, Personal- und Verwaltungs-Abt. des Auswärtigen Amts, S. 35

Draganoff, Parvan, Bulgarischer Gesandter in Berlin 22. IV. 1938, S. 23, 24, 137, 138

Eden, Robert Anthony, Secretary of State for Foreign Affairs 23. XII. 1940, S. 320

von Erdmannsdorff, Dr. Otto, Deutscher Gesandter in Budapest 11. V. 1937, S. 388

Erkko, Juho Eljas, Finnischer Außenminister 13. XII. 1938 — 1. XII. 1939, S. 114

Fabricius, Dr. Wilhelm, Deutscher Gesandter in Bukarest 9. IV. 1936, S. 183

Feige, Admiral z(ur) D(isposition), Leiter der Bauvertretung der Schiffsbaugesellschaft (Kreuzer „L"), Leningrad, S. 381

Filipow, Tass-Vertreter in Berlin, S. 4

Filoff, Bogdan, Professor der Archäologie, Bulgarischer Ministerpräsident und Unterrichtsminister 16. II. 1940, S. 196

François-Poncet, André, Französischer Botschafter in Rom 18. XI. 1938, S. 88

Frank, Dr. Hans, Reichsminister ohne Geschäftsbereich 1934, Generalgouverneur des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete 12. X. 1939 (seit 15. VIII. 1940 einfach „Generalgouvernement"), S. 142

Frohwein, Dr. Hans, Deutscher Gesandter in Tallinn (Reval), Estland, 9. III. 1936, S. 114, 115

Funk, Dr. Walther, Reichswirtschaftsminister (4. II. 1938) und Präsident der Deutschen Reichsbank (Jan. 1939), S. 225, 344

Gasparri, Pietro (1852—1934), Kardinal - Staatssekretär 1914—1930, S. 350

de Gaulle, Charles, General, Führer der Bewegung für die Befreiung Frankreichs, S. 249

Gaus, Dr. Friedrich, Ministerialdirektor (4. V. 1924) mit der Amtsbezeichnung Unterstaatssekretär,

Leiter der Rechts-Abteilung des Auswärtigen Amts, S. 34, 104, 109, 110, 126, 127

Gawrilowitsch, Milan, Jugoslawischer Gesandter in Moskau 11. VII. 1940, Minister ohne Portefeuille im Kabinett Simowitsch, 27. III. 1941), S. 355, 371

von Geldern, Oberst, OKW, S. 167

Gerede, R. Husrev, Türkischer Botschafter in Berlin 27. IX. 1939, S. 252

Gigurtu, Joan, Rumänischer Außenminister 1. VI.—28. VI. 1940; Ministerpräsident 4. VII. 1940, S. 184, 196

Göring, Hermann Wilhelm, Generalfeldmarschall; Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches 19. VII. 1940; Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe; Beauftragter für den Vierjahresplan; Preußischer Ministerpräsident, S. 90, 141, 221, 224, 226, 230, 368

Grew, Joseph Clark, Amerikanischer Botschafter in Tokio 14. VI. 1932, S. 331

von Grote, Otto, LS 6. III. 1939; der Abt. Pol I M zugeteilt 23. V. 1940, S. 169

von Grundherr, Dr. Werner, VLR 26. VI. 1936, Amtsbezeichnung Gesandter 9. V. 1940; Leiter des Referates Pol VI (Skandinavien und Randstaaten) der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, S. 170, 398

Grzybowski, Dr. Waclaw, Polnischer Botschafter in Moskau 4. VII. 1936, S. 105, 106

Halifax, 3rd Viscount, Edward Frederick Lindley Wood, Secretary of State for Foreign Affairs 1938 bis 1940, S. 156

Helphand (Helfand), L., Sowjet-Geschäftsträger in Rom, S. 60, 61, 161, 166, 210

Hencke, Dr. Andor, Gesandtschaftsrat 1. Kl. 16. VI. 1936, VLR. 14. VII. 1939, S. 80, 84, 116, 404

Henderson, Sir Nevile Meyrick, Englischer Botschafter in Berlin 11. V. 1937, S. 82

Hewel, Walther, SS-Standartenführer, LR 1. Kl. 16. VI. 1938, VLR 20. IV. 1939, Gesandter 1. Kl. als Ministerialdirigent 28. IX. 1940. Leiter des Persönlichen Stabes des Reichsministers des Auswärtigen, S. 28

von der Heyden-Rynsch, Dr. Bernd Otto, Freiherr, LR 1. Kl. 2. IX. 1938, S. 168

Hilger, Gustav, Dipl.-Ing. Seit Anfang 1923 Angestellter bei der Deutschen Botschaft in Moskau mit der Amtsbezeichnung LR., später Handels-Attaché und Gesandtschaftsrat; Botschaftsrat 28. XI. 1939, S. 7, 10, 20, 24, 25, 28, 30, 31, 33, 104, 108, 110, 159, 213, 232, 243, 247, 256, 265, 279

v. Hindenburg, Paul von Beneckendorff und H. (1847—1934), Generalfeldmarschall, Reichspräsident 1925—1934, S. 163

Hirohito, Kaiser von Japan seit 5. XII. 1926, S. 340, 345, 353, 354

Hitler, Adolf, Führer und Reichskanzler, Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, S. 11, 13, 14, 18, 20, 23, 28, 29, 34, 64, 68, 72, 75—79, 82, 83, 87, 88, 90, 108, 111, 112, 124, 135, 138, 139, 150, 151, 177, 195—197, 201, 221, 224, 233, 236, 238—240, 247—249, 251, 254, 256 bis 278, 291, 316—338, 341, 346, 347, 370—372, 388, 392, 401

Holsti, Dr. Rudolf, Finnischer Außenminister 7. X. 1936—16. XI. 1938, S. 142

Hudson, Robert Spear, Secretary of Department of Overseas Trade 1937—1940, S. 22

Idman, Karl Gustaf, Finnischer Diplomat, S. 48, 341

Jodl, Alfred, Generalmajor 1939; General der Artillerie 19. VII. 1940; Chef der Operationsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht, dann des Wehrmachtführungsstabes, S. 369, 393

Kallio, Kyösti, Finnischer Staatspräsident 1. III. 1937—28. XI. 1940, S. 272

Keitel, Wilhelm, Generaloberst und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) 4. II. 1938; Generalfeldmarschall 19. VII. 1940, S. 141, 142, 143

von Kessel, Albrecht, LR. 3. III. 1939; Büro StS zugeteilt 1. X. 1939, S. 168

Kiosseivanoff, Dr. Georgi, Bulgarischer Außenminister 21. IV. 1935; Ministerpräsident und Außenminister Juli 1936—15. II. 1940, S. 34

Kivimäki, Toivo Mikael, Finnischer Gesandter in Berlin 20. VII. 1940, S. 296

Köstring, Ernst, Generalleutnant; General der Kavallerie Sept. 1940; Militärattaché bei der Deutschen Botschaft in Moskau 1936—1941, S. 48, 99, 106, 108, 183

Kollontay, Frau Aleksandra Michailovna, Gesandte der UdSSR in Stockholm 30. X. 1930, S. 165, 383

Konoye (Konoe), Prinz Fumimaro, Japanischer Ministerpräsident 27. IX. 1940, S. 287, 353, 354

Kordt, Dr. Erich, VLR 20. IV. 1939, Büro RAM, S. 80, 109

Kotzinš, Fricis, Lettischer Gesandter in Moskau 4. I. 1937, S. 48

Kramarz, Hans, LS 25. II. 1939; mit der Leitung des Referats Pol. I M beauftragt 17. VII. 1940; LR. 19. VIII. 1940, S. 375

Krebs, Oberst, Vertreter des Militär-Attachés bei der Deutschen Botschaft in Moskau, S. 363

Kreevinš (Kreewinsch), Edgars, Lettischer Gesandter in Berlin 22. XI. 1938, S. 190, 192, 193

Kriebel, Hermann, Oberst a(ußer) D(ienst), Ministerialdirektor 20. IV. 1939, Leiter der Personal- und Verwaltungs-Abteilung des Auswärtigen Amts, S. 35

Krummacher, Major, OKW, Amt Ausland, S. 169

Krutikow, Aleksej D., 1. Stellvertretender Volkskommissar für den Außenhandel der UdSSR, S. 367, 381

Kuznetsov, Leiter der Abteilung „Westeuropa" im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, S. 377

Labonne, Eric, Französischer Botschafter in Moskau 21. VI. 1940, S. 316

Lamla, Johann, Kanzler der Deutschen Botschaft in Moskau, S. 34

Laval, Pierre, Stellvertretender Ministerpräsident der Vichy-Regierung 11. VII. 1940, S. 260

Lawrentiew, Gesandter der UdSSR in Bukarest 8. VII. 1940, S. 183

Lenin, Wladimir Iljitsch (1870 bis 1924), S. 377

Litwinow, Maksim Maksimowitsch, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR 21. VII. 1930—3. V. 1939, S. 3, 4, 89

Lohmann, Dr. Johann Georg, VLR 21. XII. 1940, im Büro RAM, S. 372

Longmore, Sir Arthur Murray, Air Chief Marshal, Oberbefehlshaber der Royal Air Force im Mittleren Osten 1940—1941, S. 309

Loraine, Sir Percy Lyham, Englischer Botschafter in Rom 8. V. 1939, S. 88

von Mackensen, Dr. Hans-Georg, Deutscher Botschafter in Rom 10. III. 1938, S. 90, 162, 166, 207, 209

Mahomed Saed, Iranischer Botschafter in Moskau 21. IV. 1938, S. 186

Manoilescu, Mihail, Rumänischer Außenminister 4. VII. 1940, S. 196
Marras, Efisio, Generalleutnant, Militär-Ataché bei der Italienischen Botschaft in Berlin, S. 393, 395
Martius, Dr. Georg, VLR 1934; Leiter des Referats XII (Verkehrswesen) der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, S. 198
Mascia, L., Botschaftsrat bei der Italienischen Botschaft in Moskau, S. 369
Massigli, René, Französischer Botschafter in Ankara 13. I. 1939, S. 186
Matsuoka, Yosuke, Japanischer Außenminister 27. IX. 1940, S. 254, 287, 298, 315—354, 359, 360, 361, 363, 365, 366, 370, 372
Megerle, Dr. Karl, Büro Ribbentrop, S. 404
Meissner, Dr. Otto, Staatsminister (1934) und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers, S. 348
Merekalow, Aleksej Fedorowitsch, Botschafter der UdSSR in Berlin 13. VII. 1938—3. IX. 1939, S. 1, 2, 11, 12, 15, 16, 17, 18, 19, 40, 52
Merkys, Antanas, Oberbürgermeister von Kaunas, Litauischer Ministerpräsident 21. XI. 1939, S. 164
Meyer - Heydenhagen, Maximilian, LR. 1. VII. 1938, S. 35
Mikojan, Anastas I., Volkskommissar für den Außenhandel der UdSSR, Stellvertetender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR, S. 6, 7, 20, 22, 24—28, 30, 33—35, 149, 155, 207, 300
Möllerson, Rudolf, Estnischer Gesandter in Berlin 19. XII. 1939, S. 190, 194
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch, Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der UdSSR (1930) und (3. V. 1939) Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; Stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der UdSSR 5. V. 1941, S. 2—4, 6—9, 11, 12, 14, 15, 17 bis 19, 21, 22, 29, 31, 32, 34, 38, 40, 43—47, 50, 52—55, 57—63, 65—68, 70, 72, 75, 79—82, 84—86, 94—102, 104, 105, 108, 109, 111—113, 116, 118—122, 124—129, 131, 133, 134, 137, 139, 140, 150—159, 161, 164 bis 166, 173, 174, 176, 178, 179, 183, 186, 187, 194—198, 200, 201, 203, 204, 206, 207, 209—214, 219, 220, 223, 226—233, 239—241, 243, 247, 249, 250, 251, 255—288, 299, 300, 302, 303, 305—307, 310—313, 315, 319, 333, 340, 341, 345, 354—360, 363, 364, 365, 372, 376, 378, 386, 387, 391, 399, 400, 403
Munters, Wilhelms, Lettischer Außenminister, 14. VII. 1936, S. 123
Mussolini, Benito, Italienischer Regierungschef und Duce, S. 6, 81, 88, 90, 166, 201, 278, 306, 316, 345, 349, 392
Naggiar, Paul-Emile, Französischer Botschafter in Moskau 11. II. 1939, S. 9, 25, 47
von Neurath, Constantin, Freiherr, Reichsprotektor in Böhmen und Mähren 1939—1943, S. 162
Nishi, H., Erster Botschaftsrat der Japanischen Botschaft in Moskau, S. 360
Norkaitis, Jonas, Ministerialdirektor und Leiter der Handels-Abteilung im Litauischen Außenministerium, S, 200
Oikawa, K., Admiral, Marineminister im Kabinett des Prinzen Konoye vom 27. IX. 1940, S. 354
Oshima, Hiroshi, Japanischer Botschafter in Berlin 21. XI. 1938 bis 4. XII. 1939 (19. XII. 1939—28. II. 1941 Botschafter Saburo Kurusu); 28. II. 1941 Beginn von Oshimas zweiter Botschafterperiode in Berlin, S. 77, 78, 81, 316, 319, 324, 329 346, 384

Ott, Eugen, Generalmajor, Deutscher Botschafter in Tokio, 28. IV. 1938, S. 316, 324, 330, 335, 344

von Papen, Franz, Deutscher Botschafter in Ankara 29. IV. 1939 bis 1. VIII. 1944, S. 123

Pawlow, LS bei der Sowjetbotschaft in Berlin, S. 185, 247, 256, 265

Payart, Jean, Botschaftsrat der Französischen Botschaft in Moskau, S. 9

Pétain, Philippe, Maréchal de France, Chef des Französischen Staates 11. VII. 1940, S. 260, 345

Pius XII. (vorher Eugenio Pacelli), Papst seit 2. III. 1939, S. 349

Ponschab, Dr. August, Kommissarischer Leiter des Konsulats in Harbin, 27. VI. 1940, Konsul 1. IV. 1941, S. 380

Popoff, Iwan, Bulgarischer Außenminister 15. II. 1940, S. 196

Potemkin, Wladimir P., 1. Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR bis 1. III. 1940, S. 6, 9, 21, 22

Powilaitis, Augustinas, Direktor des Staatsschutz-Departements in Litauen (bis 13. Juni 1940), S. 167, 190

Purkajew, M., General, Militär-Attaché bei der Sowjetbotschaft in Berlin, S. 99

Raeder, Dr. h. c. Erich, Generaladmiral, Oberbefehlshaber der Deutschen Kriegsmarine seit 1935; Großadmiral 1. IV. 1939, S. 141, 208, 343

Raštikis, St., Brigadegeneral, Oberbefehlshaber der litauischen Armee bis 22. IV. 1940; Direktor der Kriegsakademie 7. VI. 1940, S. 167

Raštikis, Oberst, Bruder des litauischen Ministerpräsidenten, S. 167

Reek, N., General-Leutnant, Estnischer Generalstabschef, S. 114

Rei, August, Estnischer Gesandter in Moskau 9. II. 1938, S. 48

von Renthe-Fink, Cecil, Deutscher Gesandter in Kopenhagen 8. VII. 1936, S. 153

von Ribbentrop, Joachim, Reichsminister des Auswärtigen 4. II. 1938, S. 9, 13, 14, 18, 20, 28, 29, 31, 33, 34, 36, 42, 53, 55, 58—62, 64, 66, 67, 70—76, 78—83, 84, 85, 86, 95, 98, 100—102, 108—116, 118 bis 123, 126, 127, 130, 136, 138, 140, 143, 144, 146, 150, 151, 153, 154, 157—159, 166, 168, 170, 177—180, 182, 183, 189, 190, 193—197, 199, 201, 203, 204, 206, 208, 212, 219, 221, 222, 226, 228, 231, 233, 240 bis 243, 247—256, 259, 264, 265, 273, 276, 279—290, 296, 298, 299, 301, 302, 304, 307, 310, 315—324 330, 331, 333—348, 354, 357, 359, 361 bis 363, 373, 374, 399, 389, 399 bis 401, 403

Richert, Arvid C., Schwedischer Gesandter in Berlin 11. III. 1937, S. 136, 384

von Rintelen, Emil, VLR, 15. XII. 1936, S. 163

Ritter, Dr. Karl, Botschafter zur besonderen Verwendung des Auswärtigen Amts; Leiter der Sonderreferate Pol I M und für Fragen des Wirtschaftskrieges, S. 160, 299, 308, 313, 368, 383, 403

Roessing, Oberst, Militär- und Luft-Attaché (zugleich für Estland und Lettland) bei der Deutschen Gesandtschaft in Helsinki, S. 114

Rommel, Erwin, General der Panzertruppen (seit Juli 1941), S. 318

Roosevelt, Franklin Delano, Präsident der Vereinigten Staaten, S. 322, 323, 335, 336, 339, 343, 350, 360

Rosso, Augusto, Italienischer Botschafter in Moskau 9. X. 1936, S. 9, 10, 60, 61, 63, 181, 217, 316, 363

Saracoglu, Sükrü, Türkischer Außenminister 11. XI. 1938—10. VII. 1942, S. 131, 133, 186

von Saucken, Reinhold, VLR, 1. X. 1939, Gesandter 1. Kl. 24. V. 1940; Leiter der Deutschen Delegation in der Gemischten Zentralkommission des Deutschen Reiches und der UdSSR für Grenzfragen, S. 154, 365, 385

Schkwarzew, Aleksander A., Botschafter der UdSSR in Berlin 3. IX. 1939—24. XI. 1940, S. 144, 145, 196, 197, 199, 231, 237, 283

Schliep, Martin, VLR 1. VIII. 1936; Leiter des Referats Pol V (Osteuropa, d. h. Polen, Danzig und Sowjetunion) der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, S. 35, 47, 314

Schmidt, Dr. Paul Otto Gustav, VLR unter Beilegung der Amtsbezeichnung Gesandter 18. X. 1938, Gesandter 1. Kl. als Ministerialdirigent 27. VII. 1940; Leiter des Büros des Reichsaußenministers; Chefdolmetscher der Reichsregierung, S. 152, 183, 247, 256, 265, 316, 324, 348, 400, 403

Schmidt, Dr. Paul, VLR 20. IV. 1939; mit der Leitung der Nachrichten- und Presse-Abteilung beauftragt; Gesandter 1. Kl. als Ministerialdirigent 10. X. 1940, S. 35, 222

Schnurre, Dr. Karl, VLR 9. VI. 1936, Amtsbezeichnung Gesandter 19. IX. 1939, Gesandter 1. Kl. als Ministerialdirigent 11. III. 1940; Leiter des Referats W IV (Osteuropa, d. h. Sowjetrußland, Estland, Lettland, Litauen, Abwicklung Polen) 1939 bis 1940; Leiter der Gruppe Ost der Handelspolitischen Abteilung (Osteuropa, Nordeuropa, Orient, Ostasien) 1941, S. 3, 5, 6, 7, 13, 20, 25, 26, 27, 30, 33, 34, 36, 40, 41, 44, 49, 54, 69, 92, 132, 146, 171, 200, 207, 221, 224, 226, 231, 232, 244, 300, 356, 367, 381

Schroeder, Hans, VLR 3. VIII. 1938; Stellvertretender Leiter der Personal- und Verwaltungsabteilung; Gesandter 1. Kl. als Ministerialdirigent 20. IV. 1939, S. 35

von der Schulenburg, Friedrich Werner, Graf, Deutscher Botschafter in Moskau 3. X. 1934, S. 6, 8—11, 14, 15, 17—20, 27, 28, 31, 34, 36, 40—44, 47, 52, 54, 55, 58—60, 62, 65, 67, 70—72, 75, 76, 83, 94—113, 122—128, 130, 131, 133, 138, 140, 143, 150—162, 166, 173—176, 178 bis 187, 194—204, 206—214, 216, 220, 233, 240—244, 283, 288, 298 bis 300, 302, 305—307, 310—312, 315, 354, 357—363, 365, 366, 370, 373, 374, 376, 377, 384, 386, 387, 389, 399, 403

Schweimer, Horst-Günther, LS (15. IV. 1939) im Persönlichen Stabe des RAM, S. 220

Schwendemann, Dr. Karl, LR 1. Kl. 1937, S. 35

Schwerin von Krosigk, Lutz, Graf, Reichsminister der Finanzen (seit Juni 1932), S. 87

Seeds, Sir William, Englischer Botschafter in Moskau 28. I. 1939, S. 3, 9, 25, 47

Seibert, Dr. Theodor, Stellvertreter des Hauptschriftleiters und Außenpolitischer Schriftleiter des V. B. („Völkischer Beobachter"), S. 35

Selchow, Curt, VLR 1937, Leiter von Pers Z (Chiffrier- und Nachrichtenwesen) der Personal- und Verwaltungsabteilung im Auswärtigen Amt, S. 34

Selter, Karl, Estnischer Außenminister 9. V. 1938, S. 115

Shdanow, siehe Zhdanow

Shkvartsev, siehe Schkwarzew

Simowitsch, Duschan, Jugoslawischer General, Kommandant der Luftwaffe, Ministerpräsident, 27. III. 1941, S. 355

Škirpa, Kazys, Litauischer Gesandter in Berlin 28. II. 1939, S. 129, 130, 163, 167, 171, 189, 190, 194

Skoropadskyj, Pawlo, Hetman der Ukraine 29. IV. 1918—November 1918, S. 162

Skučas, K., Brigadegeneral d. Res., Litauischer Innenminister 21. XI. 1939—12. VI. 1940, S. 167, 190

Smetona, Antanas, Litauischer Staatspräsident 14. XI. 1938, S. 167, 168, 173

Sobolew, Arkadij A., Generalsekretär des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; Delegierter der Sowjetregierung für die Donau-Konferenz in Bukarest 1940, S. 364, 365, 367, 368, 377, 384, 385

von Sonnleithner, Dr. Franz, LR (9. III. 1939) im Büro des RAM, S. 166, 170

Stahmer, Heinrich Georg, Hauptreferent in der Dienststelle Ribbentrop (seit 31. VIII. 1936) mit der Amtsbezeichnung Gesandter, S. 238

Stalin, Iosif Wissarionowitsch, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR seit 1922; Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der UdSSR 6. V. 1941, S. 3, 39, 59, 64, 65, 71—73, 75, 76, 79—84, 94, 105 bis 113, 127, 139, 140, 149—152, 176, 185—188, 220, 222, 228, 233, 240—243, 248, 250, 251, 254, 259, 260, 270, 277, 281, 283, 287, 315, 320, 332—335, 338, 340—342, 361 bis 363, 366, 372, 374, 376—379, 384, 386, 391

Stamenoff, I., Bulgarischer Gesandter in Moskau 16. VII. 140, S. 311, 312

Steinhardt, Laurence A., Amerikanischer Botschafter in Moskau 11. VIII. 1939, S. 186, 316, 360

Stelzer, Dr. Gerhard, Gesandtschaftsrat 2. Kl. an der Deutschen Gesandtschaft in Bukarest 28. IV. 1938, S. 184

Strang, William, Assistant Under-Secretary of State in the Foreign Office, Chief of the European Department, 1939—1943, S. 25, 47, 63, 65

Sugishita, Yujiro, Japanischer Gesandter in Helsinki 2. VI. 1938, S. 341

Sultan Akhmed Khan, Afghanischer Botschafter in Moskau 9. III. 1939, S. 125

Tatekawa, Yoshitsugu, Generalleutnant, Japanischer Botschafter in Moskau 28. X. 1940, S. 315, 333, 346, 365

Teleki, Graf Paul, Ungarischer Ministerpräsident 16. XI. 1938—3. IV. 1941, S. 195

Thomas, Georg, General der Infanterie, Chef des Wirtschafts-Rüstungsamtes im OKW, S. 143, 221

von Tippelskirch, Werner, Botschaftsrat der Deutschen Botschaft in Moskau 17. IX. 1935; Amtsbezeichnung Gesandter 1. III. 1940, S. 2, 21, 24, 34, 49, 109, 219, 222, 228, 232, 364, 365, 367

Tiso, Dr. Józef, Staatspräsident der Slowakei 26. X. 1939, S. 195

Togo, Heihachiro (1847—1934), Japanischer Admiral, S. 343

Tojo, Hideki, Generalleutnant, Kriegsminister im Kabinett des Prinzen Konoye vom 27. IX. 1940, S. 354

Tschangkaishek (Tschiangkaischek), siehe Chiang Kai-shek

Türkmen, Behzet, Oberstlt., Militär- und Luft-Attaché bei der Türkischen Botschaft in Moskau, S. 48

Tuka, Dr. Vojtěch, Slowakischer Ministerpräsident 26. X. 1938, S. 195

Urbšys, Juozas, Litauischer Außenminister 21. XI. 1939, S. 124, 127, 128, 130, 164, 189, 193

Veltjens, Theo, Oberstleutnant der Luftwaffe, beim Beauftragten für den Vierjahresplan (Göring), S. 230

Voroshilov, siehe Woroschilow

Vyshinskij, siehe Wyschinski

Warlimont, Walter, Generalleutnant, Stellvertreter des Chefs des Wehrmachtführungsstabes im OKW, S. 313

Wavell, Sir Archibald Percival, Commander-in-Chief, Middle East, 1939—1941, S. 318

von Weizsäcker, Ernst Freiherr, Staatssekretär des Auswärtigen Amts 19. III. 1938; Botschafter beim Vatikan 31. III. 1943, S. 1, 8 bis 14, 17, 19, 20, 29, 31, 34, 37, 40, 41, 52, 62, 77, 79, 107, 123, 129, 136, 137, 141—143, 161, 165, 168, 172, 184, 190, 193, 195, 244, 287, 296, 299, 301, 304, 309, 372, 373, 384, 387, 403, 404

von Welck, Wolfgang, Freiherr, LR, S. 167

Wieber, Robert, Bürohilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, S. 385

Wied, Victor, Prinz zu, Deutscher Gesandter in Stockholm 5. XII. 1933, S. 383

Wiehl, Emil, Ministerialdirektor 22. X. 1937; Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung (1941 umbenannt in Handelspolitische Abteilung) des Auswärtigen Amts bis 28. IX. 1944, S. 1, 13, 404

Witting, Dr. Rolf Johann, Finnischer Außenminister 27. III. 1940, S. 213

Woermann, Dr. Ernst, Ministerialdirektor mit der Amtsbezeichnung Unterstaatssekretär 1. IV. 1938, Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, S. 23, 35, 163, 314, 385, 386, 403

Woroschilow, Kliment Efremowitsch, „Marschall der Sowjetunion" (Titel), Volkskommissar für die Landesverteidigung November 1925 — 8. V. 1940; Vorsitzender des neuen Ausschusses für Landesverteidigung, Mai 1940, S. 22, 63, 105, 106, 107, 367

Wuorimaa, Aarne, Finnischer Gesandter in Berlin 31. VIII. 1933, S. 123, 134, 135

Wyschinski, Andrej Januar'ewitsch, 1. Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und (7. IX. 1940) 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der UdSSR; Beauftragter der Sowjetregierung für den Anschluß Lettlands an die Sowjetunion 17. VI. 1940, S. 173, 312, 372, 377

Yamagata, Aritomo, Fürst (1838 bis 1922), Japanischer Feldmarschall, S. 350

Zechlin, Dr. Erich, Deutscher Gesandter in Kaunas (Kowno), 14. II. 1933, S. 129

Zhdanow, Andrej A., Sekretär der Kommunistischen Partei für das Gebiet Leningrad; Beauftragter der Sowjetregierung für den Anschluß Estlands an die Sowjetunion 17. IV. 1940, S. 173

Zhukow, Georgij Konstantinowitsch, Armee-General Juni 1940; Generalstabschef und stellvertretender Verteidigungskommissar 14. I. 1941, S. 390

Ziemke, Kurt, Gesandter im einstweiligen Ruhestand; Vertreter des Auswärtigen Amts beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Prag, 26. IX. 1939 — 15. II. 1941, S. 162

DER STAATSSEKRETÄR
DES AUSWÄRTIGEN AMTS

Berlin, den 27. Mai 1939.

Eingegangen
MOSKAU 26.5.39

Verehrter, lieber Graf Schulenburg,

Ihren Brief vom 22. haben wir zunächst durch das gestrige Telegramm beantwortet, welches Sie selbst wahrscheinlich weniger verwundern wird als Herrn Hilger, der Geburtszeuge einer ganz anderen Weisung war. Ich schulde Ihnen daher noch ein Wort der Erklärung. Wir sind hier der Ansicht, daß die englisch-russische Kombination doch nicht einfach zu vermeiden sein wird. Immerhin mag auch heute noch ein ziemlich breiter Verhandlungs-Spielraum vorliegen, in welchem wir uns durch eine deutlichere Sprache vielleicht bremsend und störend hätten einschalten können. Die Erfolgswahrscheinlichkeit wurde freilich hier immer recht bescheiden eintaxiert, sodaß man abwägen mußte, ob eine sehr offene Sprache in Moskau statt zu nützen vielleicht eher schaden und sogar vielleicht ein Tartarengelächter hervorrufen könnte. In der Abwägung dieser Gesichtspunkte hat dann auch eine Rolle gespielt, daß ein Glied in der ganzen Kette, nämlich ein schrittweiser Ausgleich zwischen Moskau und Tokio von den Japanern doch als äußerst problematisch bezeichnet wurde. Auch Rom war recht zurückhaltend, sodaß schließlich die Nachteile des gedachten weitgehenden Schrittes für ausschlaggebend angesehen wurden. Kurzum es soll bei der Instruktion bleiben, die wir Ihnen erteilt haben und wir wollen nun eben sehen, wie tief Moskau einerseits und Paris-London andererseits sich gegenseitig engagieren.

178396

Nachrichten und Urteile von Ihnen über die Lage sind natürlich jederzeit hier äußerst willkommen.

Unsere Anfrage wegen Rückkehr des hiesigen russischen Sowjetbotschafters, Merekaloff, hatte auch nur eine Bedeutung im Rahmen der oben besprochenen ev. Aktion am Kreml.

Herzliche Grüße und beste Wünsche

Hail Hitler!

aufrichtig stets der Ihre

Ribbentrop

P.S. Berlin, den 30. Mai 1939.

Meinen obigen Zeilen muß ich nachtragen, daß nun doch unter Billigung des Führers eine allerdings entschieden modifizierte Fühlungnahme mit den Russen stattfinden soll und zwar durch ein Gespräch, was mir für heute mit dem Russischen Geschäftsträger aufgetragen worden ist. Sie werden selbstverständlich amtlich auf dem Laufenden gehalten. Ich brauche daher hier nicht tiefer in die Materie einzugehen.

D.O.

Kl.

178397

Nr. 1 b

Dokument Nr. 9 (Schluß)

Abschrift

Der Deutsche Botschafter. Moskau, den 5. Juni 1939.

Sehr geehrter Herr von Weizsäcker !

Darf ich Ihnen für Ihr gefälliges, sehr interessantes Schreiben vom 27.v.M. bestens danken.

Daß Japan es nicht gern sieht, wenn auch nur der kleinste Ausgleich zwischen uns und der Sowjetunion stattfindet, liegt auf der Hand. Je geringer unser Druck auf die russische Westgrenze wird, umso stärker wird sich das Gewicht der Sowjetunion in Ostasien bemerkbar machen. Die Italiener sollten eigentlich einen deutsch-russischen Ausgleich begrüßen; sie selbst haben sich stets gehütet, sich mit Moskau zu zerstreiten, und das Reich könnte Frankreich gegenüber stärker auftreten, wenn Polen durch die Sowjetunion in Schach gehalten und dadurch unsere Ostgrenze entlastet wird. Wenn die Italiener trotzdem "recht zurückhaltend" sind, so dürfte der Grund sein, daß sie es ungern sehen, wenn durch eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und die dadurch zwangsläufig herbeigeführte Verstärkung unserer Macht das Gewicht des Reichs innerhalb der Achse größer wird.

Es scheint mir, daß man in Berlin den Eindruck gewonnen hat, als ob Herr M o l o t o w bei der Unterhaltung mit mir einen deutsch-sowjetischen Ausgleich abgelehnt hätte. Ich habe mein Telegramm noch einmal durchgelesen und mit meinem Briefe an Sie und mit meiner Aufzeichnung verglichen. Ich kann nicht entdecken, was diese Auffassung in Berlin hervorgerufen hat. In Wirklichkeit liegt die Sache doch so, daß Herr Molotow geradezu zu politischen Gesprächen aufgefordert hat. Unser Vorschlag, nur wirtschaftliche Verhandlungen zu führen, ist ihm ungenügend erschienen. Gewiß bestand und besteht die Gefahr, daß die Sowjetregierung deutsche Vorschläge zu einem Druck auf die Engländer und Franzosen benutzen wird. Herr Molotow

111398

Nr. 2

Dokument Nr. 15 (S. 20)

Botschafter Graf von der Schulenburg an Staatssekretär von Weizsäcker,

Entziffertes Telegramm

№ 1766

Abgang aus Berlin den 14. August 1939 192 22 Uhr 53 Min.

Ankunft in Moskau den 15. August 1939 192 4 Uhr 40 Min.

Geheime!

Diplogerma

Nr. 173 vom 14. August. Moskau

Für Herrn Botschafter persönlich.

Ich bitte Sie, Herrn Molotow aufzusuchen und ihm folgendes mitzuteilen:

1.) Der Gegensatz zwischen dem nationalen Idee, verkörpert durch das nationalsozialistische Deutschland, und der Idee der Weltrevolution, verkörpert durch die UdSSR, war in den vergangenen Jahren die alleinige Ursache, daß sich Deutschland und Russland in zwei weltanschaulich getrennten und sich bekämpfenden Lagern gegenüberstanden. Die Entwicklung der neueren Zeit scheint zu zeigen, daß die verschiedenen Weltauffassungen ein vernünftiges Verhältnis zwischen den beiden Staaten und der Wiederherstellung neuer guter Zusammenarbeit nicht ausschliessen. Die Periode der aussenpolitischen Gegnerschaft könnte damit ein für allemal abgeschlossen und der Weg für eine neue Zukunft der beiden Länder frei werden.

2.) Reale Interessengegensätze zwischen Deutschland und Russland bestehen nicht. Deutschlands und

260350 Russlands

69510

Nr. 3

Dokument Nr. 34 (S. 55)

Der Reichsaußenminister an Botschafter Graf von der Schulenburg,

VOLLMACHT

Dem Reichsminister des Auswärtigen

Herrn Joachim von RIBBENTROP

erteile ich hierdurch Generalvollmacht, im Namen des Deutschen Reiches mit bevollmächtigten Vertretern der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einen Nichtangriffsvertrag sowie über alle damit zusammenhängenden Fragen zu verhandeln und sowohl den Nichtangriffsvertrag als auch andere sich aus den Verhandlungen ergebende Vereinbarungen zu unterzeichnen, und zwar gegebenenfalls mit der Massgabe, dass

F110032

Nr. 4 a

Dokument Nr. 49 (S. 76)

Vollmacht für Reichsaußenminister zum Vertragsabschluß mit der Sowjet-

dieser Vertrag und diese Vereinbarungen sofort mit der Unterzeichnung in Kraft treten.

Obersalzberg, den 22. August 1939

F110033

Nr. 4 b
Dokument Nr. 49 (Schluß)

Nr 1845 39

Moskau, 23.August 1939.

Tel.&Geh.Ch.V.)

Auswärtig
Berlin.
2044.23

Citissime!

Bitte sofort den Führer zu melden, dass soeben erste dreistündige Besprechung mit Stalin und Molotow beendet. Bei Besprechung, die im übrigen durchaus positiv in unserem Sinne verlief, hat sich herausgestellt, dass entscheidender Punkt für Endergebnis Anspruch der Russen ist, die Häfen Libau und Windau als ihre Interessensphären von uns anerkannt zu sehen. Ich wäre dankbar für Bestätigung dass Führer hiermit einverstanden. Vorgesehen ist Unterzeichnung eines geheimen Protokolls über Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären im gesamten Ostgebiet.

Ribbentrop.

Nr. 5

Dokument Nr. 51 (S. 78)

Der Reichsaußenminister an das Auswärtige Amt, 23. August 1939

Ganz geheim!

#

U18.

Geheime Reichssache

Aufzeichnung über

über eine in der Nacht vom 23. zum 24. August zwischen dem Herrn R.A.M. einerseits sowie Herrn Stalin und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Molotow andererseits geführte Unterhaltung.

Es wurden folgende Fragen erörtert:

1) Japan:

Der Herr R.A.M. führte aus, daß die deutsch-japanische Freundschaft in keiner Weise gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Vielmehr seien wir dank unserer guten Beziehungen zu Japan in der Lage, zu einem Ausgleich der Gegensätze zwischen der Sowjetunion und Japan beizutragen. Falls Herr Stalin und die Sowjetregierung dieses wünschten, sei der Herr R.A.M. bereit, in diesem Sinne zu wirken.

F110019

Nr. 6

Dokument Nr. 53 (S. 79)

Aufzeichnung über die Unterredung des Reichsaußenministers mit Stalin

Auswärtig

Tel. i. Z. (geh. Ch.) № 2170 39

Berlin Citissime

streng geheim

Tel. № 350 vom 14.9.

Auf Tel. № 336 vom 13.9.

Ab 14/9 18h

Molotow bat mich heute 16 Uhr zu sich und erklärte, daß sich Bereitschaft Roter Armee schneller erreicht worden sei als erwartet. Sowjetische Aktion könne daher früher erfolgen als er bei unserer letzten Unterredung annahm (vgl. Tel. № 317 vom 10.9.) Für die politische Untermauerung sowjetischen Vorgehens (Zerfall Polens und Schutz „russischer" Minderheiten) sei es vom

69806

Nr. 7

Dokument Nr. 71 (S. 102)

Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt

Auswärtig

Berlin

Tel. i. Z. [illegible]
zu A 2328

ab 10.5. 1900

Citissime

Tel. № 844 vom 10.5.

auf Erlass vom 7. Mai

Für den Herrn Reichsaussenminister.

Weisung bei Molotow ausgeführt.
M. nahm Mitteilung verständnisvoll
auf und hinzufügte für begreife daß Deutschland
sich gegen englisch-französischen
Angriff schützen müsse. Er zweifele
nicht an unserem Erfolge.

Schulenburg.

2. Jtl

Ref. 10/5

203978

Nr. 8

Dokument Nr. 130 (S. 159)

Botschafter Graf von der Schulenburg an den Reichsaußenminister

Berlin, den 8. Juni 1940.

zu Pol.V 5676.

Dg.Pol.

1.) An

den Vertreter des A.A.
beim Reichsprotektor in
Böhmen und Mähren,

Prag.

Vertraulich! (auch i.R.

Auf den Bericht vom 27.5.40.
- 5769/D.Pol.5. -

Betr.: Beabsichtigter Besuch des Hetmans Skoropadsky beim Reichsprotektor.

Nach Abg.

Pol. IV

z.Kts.

Im Hinblick auf die deutsch-sowjetschen Beziehungen erscheint es ~~[illegible]~~ geboten, alles zu vermeiden, was geeignet sein könnte, das Mißtrauen der Sowjetregierung in der ukrainischen Frage zu wecken. Dementsprechend wird vom A.A. Wert darauf gelegt, daß die in Groß-Deutschland vorhandenen ukrainischen Organisationen keine politische Aktivität entfalten. Dies gilt auch für den früheren Hetman S k o r o p a d s k y und seine Bewegung. Die Bedeutung der Hetman-Bewegung ist zwar in letzter Zeit ~~zugunsten der von den zuständigen innerdeutschen Stellen geförderten Ukrainischen Nationalen Vereinigung (UNO)~~ zurückgegangen, doch verfügt der Hetman auch jetzt noch über zahlreiche Anhänger ausserhalb Deutschlands, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Kanada, wo einige tausend Ukrainer ihm den Treue-Eid geleistet haben und sein Geschlecht als erbliche Dynastie anerkennen.

Das A.A. und die Geheime Staatspolizei stehen mit dem Hetman laufend in Verbindung, der sich Deutschland gegenüber stets loyal verhalten hat. Um ihm und seiner Familie einen standesgemäßen

8 Juni 1940

334518

Nr. 9 a

Dokument Nr. 134 (S. 162—163)

Das Auswärtige Amt an den Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichs-

Lebensunterhalt zu sichern, wird ihm neben dem von dem verstorbenen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg im Jahre 1928 ausgesetzten monatlichen Ehrensold vom A.A. laufend eine erhebliche Unterstützung gezahlt. Die Beziehungen zu ihm sind seit einiger Zeit leider dadurch beeinträchtigt, daß der 73-jährige Hetman offenbar seine Hauptaufgabe darin erblickt, die anderen ukrainischen Gruppen, ~~insbesondere die oben erwähnte UNO~~ anzugreifen und zu verdächtigen.

I.A.

gez. v.Rintelen.

Nü 5/VI

334519

Nr. 9 b
Dokument Nr. 134 (Schluß)

Telegramm (Geh. Ch.V.)

Moskau, den 13. Juli 1940 19,04 Uhr
Ankunft, den 13. Juli 1940 21,10 Uhr

Nr. 1363 vom 13. Juli 1940 C i t i e s i s e !

+) B R A M 230

Auf Telegramm vom 8. Nr. 1164 +) und im Anschluß an Telegramm vom 12. Nr. 1348 .
Molotow bat mich heute zu sich und erklärte Nachstehend Stalin habe die Vorgänge betreffend litauischen Gebietsstreifen nochmals genau geprüft mit dem Ergebnis, daß unser Anspruch aus diesem Gebietsstreifen und die sowjetische Verpflichtung auf Überlassung desselben unbestreitbar seien. Unter den gegenwärtigen Umständen sei jedoch die Abtretung dieses Gebietsstreifens für die Sowjetregierung ausserordentlich unbequem und schwierig. Daher bäten Stalin und er selbst inständig die deutsche Regierung zu prüfen, ob nicht entsprechend den ausserordentlich freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Weg gefunden werden könne, der diesen Gebietsstreifen dauernd bei Litauen belasse. Molotow hinzufügte, daß wir selbstverständlich die deutschstämmige Bevölkerung aus Litauen einschließlich dieses Gebietsstreifens jederzeit aussiedeln könnten. Molotow unterstrich immer wieder die Schwierigkeiten, die für die Sowjetregierung aus der Abtretung dieses Gebietsstreifens gegenwärtig entstehen würden, und gab seiner und Stalins Bitte einen sehr dringlichen Charakter, indem er wiederholt der Hoffnung auf ein deutsches Entgegenkommen Ausdruck gab. Erbitte Drahtweisung. Vielleicht kann der sowjetische Wunsch dazu benutzt werden, um unsere wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen gegenüber den Baltenstaaten durchzusetzen. Schulenburg.

vgestellt in 8 St.
von sind gegangen:
1 an BRAM(Arb.St)
2 RAM
3 St.S.
4 BRAM
5 U St.S.Pol
6 U St.S.Recht
7 Min.Dir.Pers.
8 Dg.Pol.
Das ist Nr. 3

112311

Nr. 10

Dokument Nr. 157 (S. 186—187)

Nur als Verschlußsache zu behandeln

Telegramm

(Gen.Ch.V.)

Moskau, den 8. Januar 1941 16,45 Uhr
Ankunft: den 8. Januar 1941 18,00 Uhr

Nr. 46 vom 8.1.

+) Pol I 1650 g Rs

Auf Telegramm vom 7. Nr. 36 +)

Strengst geheim.

Über Entsendung deutscher Truppen nach Rumänien umlaufen hier bereits zahlreiche Gerüchte; es wird sogar Stärke der Transporte mit 200 000 (zweihunderttausend) Mann angegeben. Hiesige Regierungskreise, Rundfunk und Sowjetpresse haben die Angelegenheit noch nicht aufgegriffen. Über Demarchen fremder Missionen bei Sowjetregierung nichts bekannt.

Sowjetregierung wird an diesen Truppenbewegungen stärkstes Interesse nehmen und wird darüber unterrichtet werden wollen, welchen Zwecken Truppenansammlungen dienen und insbesondere inwieweit gegebenenfalls Bulgarien und die Türkei (Meerenge) davon berührt werden.

Ich bitte, mich mit entsprechender Weisung zu versehen oder eventuell Herrn Dekanosow dort zu unterrichten.

Schulenburg

112942

Nr. 11

Dokument Nr. 208 (S. 298—299)

Botschafter Graf von der Schulenburg an das Auswärtige Amt, 8. Januar 1941

Telegramm (G.Ch.V.) Nr. 243 41/g.

ab Berlin am 4.Mai 1941 um Uhr 05.45

an Moskau am 4.Mai 1941 um Uhr 10.00

Diplogerma

Moskau

Telegramm Nr. 278 vom 3.

Geheim. Nur von Beauftragten fuer Verschlussachen zu entziffern. Antwort ueber Kurier oder Geheimchiffre.

Fuer Militaerattache. Geheime Kommandosache Nr. 602 / 41 G.Kdos Att Abt. O Qu 4,fr.Herr POsten M.A. Moskau ..... OKW / Wf St/Abt.L teilt 3.Mai mit Nr.952/41g Kdos mit :

Bezug : Telegramm Marineattache Nr 34112 / 110 vom 24.4.

Sprachregelung

zu Ziffer 1 : Gleiche Kriegsgeruechte wie in Russland sind auch hier im Umlauf sodass der Versuch einer erneuten englischen Brunnenvergiftung vermutet wird. Gaenzlich haltlose Meldungen, wie z.B. die Behauptung von umfangreichen Kartenherstellungen (Ukraine) in Prag oder von der Landung von ueber 12000 deutschen Soldaten in Finland bestaetigen diese Vermutungen.

Im uebrigen geben auch erhebliche russische Truppenansammlungen in Grenznaehe Anlass zu derartigen Geruechten, zumal sie jeder militaerischen Begruendung entbehren, da deutscherseits nur die zur Rueckendeckung der Balkan - operationen unbedingt erforderlichen Kraefte an der Grenze stehen.

Zu Ziffer 4 :

Die Entkraeftung der umlaufenden Geruechte durch die dortigen deutschen Dienststellen ist besonders ...

218003

Nr. 12

Dokument Nr. 245 (S. 375)

Büro RAM.

Aufz. RAM 37 / 41

Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Herrn Reichsaussenminister und dem Sowjetrussischen Botschafter Dekanosow am 22.6. um 4 Uhr morgens im Auswärtigen Amt.

Der Herr Reichsaussenminister begann die Unterredung mit der Bemerkung, dass die deutsch-feindliche Haltung der Sowjet-Regierung und die schwere Bedrohung, die Deutschland in dem russischen Aufmarsch an der deutschen Ostgrenze erblicke, das Reich zu militärischen Gegenmassnahmen gezwungen habe. Im Einzelnen würde Dekanosow die Begründung für die deutsche Haltung in einem Memorandum dargelegt finden, das der Herr Reichsaussenminister ihm überreichen lassen wird. Der Herr Reichsaussenminister fügte hinzu, dass er diese Entwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses sehr bedauere, da gerade er alles versucht habe, ein besseres Verhältnis zwischen den beiden Ländern herzustellen. Es hat sich jedoch leider herausgestellt, dass die weltanschaulichen Gegensätze zwischen den beiden Ländern stärker geworden seien als die Vernunft, auf der er, der Herr Reichsaussenminister, seine Hoffnung gesetzt hätte. Weiteres habe er, so schloss der Herr Reichsaussenminister, seinen Bemerkungen nicht hinzuzufügen.

47072

-2- Dekanosow

Nr. 13

Dokument Nr. 262 (S. 400)

Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Reichsaußenminister